28./VI. 1919

78/2

Die Ungarische Räterepublik.

Die Rote Armee.

Verbot der Benützung von Lazarettzügen.

Mittels Lazarettzuges dürfen nur Kranke befördert werden. Gesunde dürfen Lazarettzüge nicht benützen.

Die Ausgabe dieses Befehls ist durch den bedauerlichen Umstand dringend notwendig geworden, daß in jüngster Zeit zahlreiche Leute unter allerlei Vorwänden, selbst unter dem Titel von Dienstreisen, die Benützung von Lazarettzügen gewaltsam durchsetzten, wodurch sie nicht nur für Kranke bestimmte Plätze okkupierten und Aerzte, Pfleger und Pflegerinnen in ihrer verantwortungsvollen Arbeit störten, sondern auch durch das Besteigen von Kranke führenden Zügen, auf denen sich wohl auch ansteckende Kranke befinden konnten, oder durch Verunreinigung desinfizierter und gereinigter Lazarettzüge der Verbreitung von Seuchen Vorschub leisteten, was uns bisher hintanzuhalten gelungen ist.

Den Roten Soldaten mag zur Beruhigung dienen, wenn wir im Gegensatz zu den vordem vollkommen ausgeplünderten, leeren und verlassenen Lazarettzügen auf die segensvolle und staunenswerte Tätigkeit unserer wohlausgerüsteten Lazarettzüge verweisen, und auf die Tatsache, daß die diesen Zügen zugeteilten Aerzte, Apotheker, Pfleger und Pflegerinnen durch ihre aufopferungsvolle, verantwortungsreiche, hervorragende und fleißige Tätigkeit die vollste Anerkennung und alles Lob sämtlicher zuständigen Faktoren erworben haben, was um so mehr hervorzuheben ist, als die Abtransportierung der Kranken und Verwundeten vom Kampfplatze fast ausschließlich auf ambulanten sanitären Institutionen beruht.

Ich fordere daher sämtliche Militär-Eisenbahnbehörden, Arbeiter- und Soldatenräte sowie Direktorien auf, dem oben mitgeteilten Befehl unbedingt Geltung zu verschaffen.

Rudolf Manß,
stellvertretender Volksbeauftragter für Heerwesen.

An die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte!

Es ereignet sich häufig, daß Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Leuten, die zur aktiven Militärdienstleistung einzurücken verpflichtet sind, einen Aufschub gewähren, ja in gewissen Fällen diesen Leuten das Einrücken verbieten.

Da die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte auf diese Weise ihren Wirkungskreis überschreiten, teilen wir behufs Danachrichtung in Bestätigung unserer in diesem Belange bereits erlassenen Verordnungen wiederholt mit, daß die Gewährung eines Aufschubes an einzelne oder ein Verbot, einzurücken, nicht im Rechte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte steht.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Ungültigkeitserklärung.

Der dem Stande des I. Bataillons des 16. Fabriksarbeiterregiments angehörige Genosse Eduard Faragó hat seine mit dem amtlichen Siegel des Fabriksarbeiterrates versehene Legitimation Nr. 36429, die zugleich zum Waffentragen ermächtigt, verloren.

Ich erkläre die Legitimation für ungültig.

Wer etwa einen Mißbrauch mit der Legitimation zu verüben versuchen sollte, ist festzunehmen und dem Revolutionsgerichtshofe einzuliefern.

Budapest, 24. Juni 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Vollstreckung der Todesurteile.

Die Räteregierung hat in ihrer Sitzung am 26. Juni den Beschluß gefaßt, daß gegen die in gegenrevolutionären Angelegenheiten von den Revolutionsgerichten gefällten Todesurteile eine Berufung nicht eingelegt werden kann und die Urteile unverzüglich vollstreckt werden können.

Kölnische Zeitung

28.VII.1919

28
3

Die Donaustaaten.

Die Gegenrevolution in Ungarn.

DZB **Budapest**, 27. Juni. (Telegr.) Der Ujsag meldet: Vorigen Donnerstag brach in Kalocsa, einem kleinen Orte südlich von Budapest, nahe der Donau, eine Gegenrevolution aus. Ehemalige Offiziere bildeten aus der Landbevölkerung der Umgebung eine Weiße Garde und entwaffneten mit deren Hilfe die dort befindliche Rote Wache. Der Arbeiterrat wurde verhaftet. Der Präsident der Parteiorganisation in Kalocsa wurde erschossen und die waffenfähige Bevölkerung gezwungen, sich der Weißen Garde anzuschließen. Am Samstag traf der Volksbeauftragte Scanuelli in Kum Szt. Miklos ein, um die Aktion zur Unterdrückung der Gegenrevolution zu leiten, was ihm auch nach dreitägigen Kämpfen gelang.

⊙ **Wien**, 26. Juni. (Telegr.) Nach einer Äußerung des Staatssekretärs der Finanzen, Schumpeter, würde die Vermögensabgabe unterbleiben, wenn infolge der Friedensbedingungen eine geordnete Finanzpolitik nicht möglich wäre.

Neues Wiener Tagblatt Abend
28./VI. 1919

a 28/5

Das Chaos in Ungarn.

Von einer bekannten ungarischen politischen Persönlichkeit, die mittels Automobils heute früh in Wien eingetroffen ist, erhalten wir folgende Darstellung der wahren Situation in Ungarn:

Die ungarische Räteregierung ist innerlich vollständig zusammengebrochen, und auch die Volkskommissäre sind davon überzeugt, daß es ihnen nicht mehr gelingen kann, die Ordnung im Lande wiederherzustellen. Ihr ganzes Bestreben geht nun dahin, wenigstens Herr über die Lage in Budapest zu werden. Dort befinden sich die terroristischen Truppen, welche sich bemühen, die Ordnung soweit als möglich wiederherzustellen. Es ist unwahr, wenn die Räteregierung behaupten läßt, daß der Aufstand am Mittwoch bereits unterdrückt wurde. Auch am Donnerstag, als ich Budapest in den Abendstunden verließ, dauerte die Schießerei in den Straßen noch fort.

Nun will die Räteregierung die Evakuierung Budapests anordnen, was so viel bedeutet, daß die jetzige Bürgerschaft einfach aus Budapest abgeschoben werden soll, damit die Räteregierung ohne Kontrolle in Budapest schalten und walten kann. Mit Schrecken sieht die Bürgerschaft der Durchführung dieser Maßnahme entgegen, und ihre einzige Hoffnung ist das entschiedene Eintreten der Entente gegen ein solches Vorhaben. Man weiß gar nicht, wie eine solche zwangsweise Abschiebung sich vollziehen und wohin die Bevölkerung, die der Räteregierung nicht genehm ist, gebracht werden soll. Auch befürchtet man, wenn die Bürgerschaft ihre Wohnungen verlassen wird, daß Plünderungen und Raub offen vollzogen werden.

Die Räteregierung steht am 1. Juli vor einer finanziellen Katastrophe. Sie versuchte, die Wertpapiere, welche sie von den Banken willkürlich an sich nahm, irgendwo in Geld umzutauschen, bisher jedoch vergebens. Es waren Verhandlungen im Zuge, daß die ungarischen Schiffspapiere den Italienern verkauft werden sollten, und einzelne italienische Kreise zeigten sich geneigt, diese Aktien zu erwerben. Gerade vor Abschluß dieses Geschäftes, welches die Räteregierung in den Besitz fremder Valuta gebracht hätte, trat die Gegenrevolution ein, und augenblicklich ist zwischen der italienischen Kommission und Bela Kun ein vollständiger Bruch entstanden.

Die Gegenrevolution an und für sich ist nur eine Episode in dem furchtbaren Chaos, das in Ungarn entstand. Eine scharfe Strömung besteht nämlich in der Roten Armee gegen die Räterepublik, die sich um alle ihre Versprechungen gebracht und von Bela Kun betrogen fühlt. Die Rote Armee hoffte in dem befreiten Gebiete viel Beute zu machen und ist enttäuscht, daß sie sich jetzt zurückziehen muß. Ein großer Teil will nicht in der Demarkationslinie bleiben, sondern kehrt nach Budapest zurück, und es steht zu befürchten, daß, wenn die bewaffneten roten Soldaten massenhaft nach Budapest kommen, sie dort ein Blutbad anrichten werden. Die Verpflegung in Budapest selbst ist furchtbar. Die Bevölkerung leidet unter einer schrecklichen Hungersnot. Seit Dienstag sind sogar die Brückenzwischen Pest und Ofen abgesperrt, so daß die Ofner Bevölkerung nicht einmal in die Pester Markthalle zum Einkauf gehen kann. Vom Lande ist die ganze Hauptstadt vollständig boykottiert und wenn es überhaupt etwas zu kaufen gibt, sind es bloß Gemüsearten aus Budapester Gärten. Fleisch ist in Budapest seit acht Tagen nicht mehr gesehen worden, Fett gibt es überhaupt nicht. Der gegenwärtige Wirrwarr kann höchstens Tage andauern, keinesfalls wird es aber der Räteregierung gelingen, sich noch länger zu halten.

Außer unsern Gewährsmann sind noch etwa 30 bis 40 Personen heute früh in Wien eingetroffen. Sie haben Budapest auf Schleichwegen verlassen müssen, da dort eine achttägige Quarantäne für die Ausstellung von Reisepässen angeordnet worden ist. Unter den Angekommenen befinden sich mehrere namhafte Politiker, mehrere Bankdirektoren, viele Damen, die ohne Gepäck, nur um ihr nacktes Leben zu retten, ihre Heimat verließen. Sie erzählen furchtbare Einzelheiten über die Schießereien, welche in Budapest stattgefunden haben und noch immer nicht beendet sind. Während ihrer Reise durch die Provinz konnten sie sich überall davon überzeugen, daß die Bauernschaft starken Widerstand gegen die Räterepublik leistet, welcher sich bisher in einer passiven Resistenz geltend gemacht hat, die jetzt knapp vor dem Einbringen der Ernte und bei der Durchführung der Requisitionsverordnung auch ganz besonders zum Ausdruck kommen dürfte. Die Budapester Bevölkerung beabsichtigt, sich an die Wiener Ententemissionen zu wenden, sie mögen ein neutrales Komitee zum Studium der wahren Sachlage, zur Feststellung der Vergewaltigungen, Plünderungen und der Morde der Räterepublik nach Budapest entsenden und die arme, unschuldige Bevölkerung gegen die Bluttaten und Gewalttätigkeiten schützen. In Budapest selbst diktiert Szamuely noch die Todesurteile, die in seiner Gegenwart vollstreckt werden.

Wiener - Stimmen

28/VI. 1919

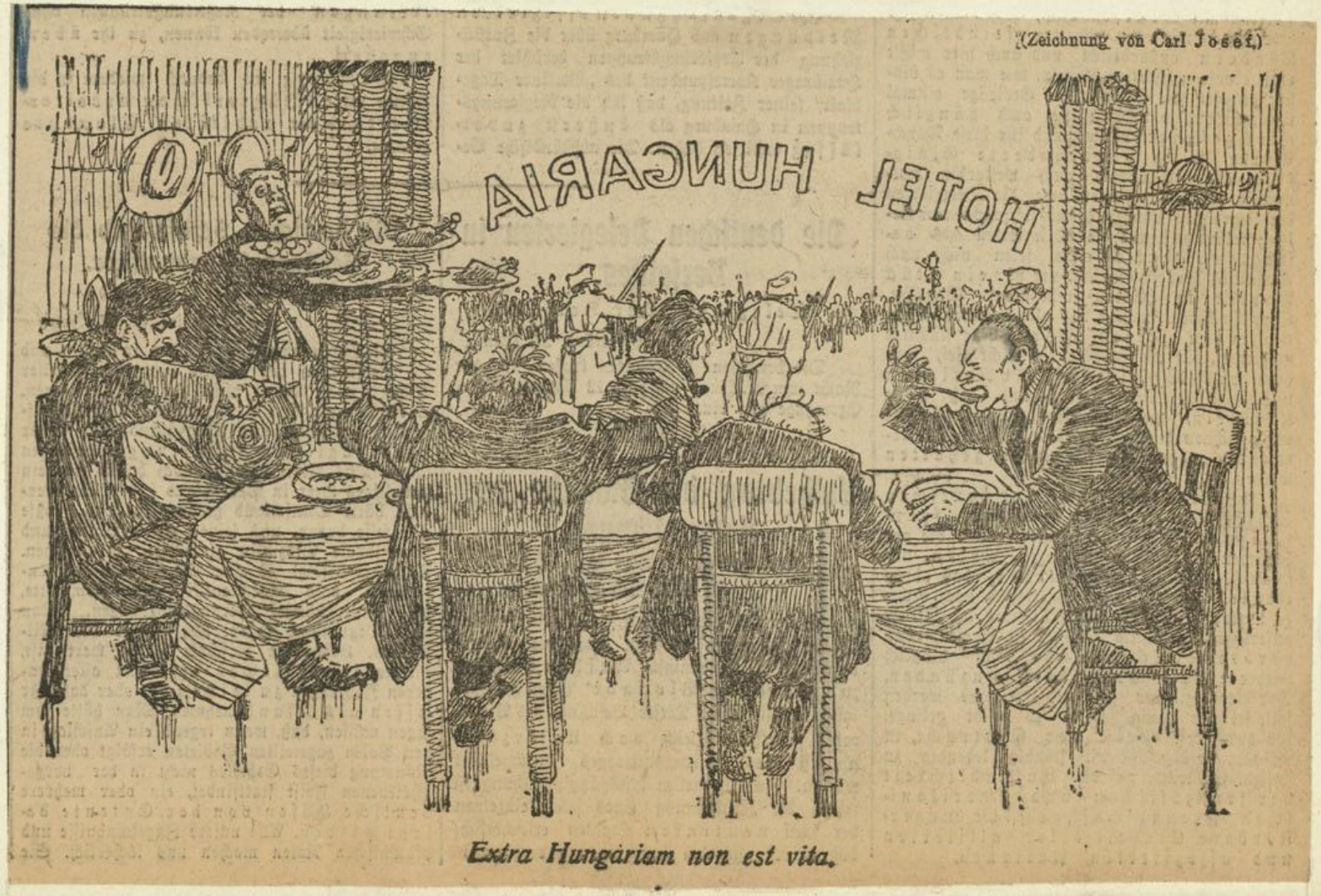
b

„Ruhe in Budapest".

Zeichnung von Fritz Schönpflug.

Bela Kun: „Bitte, meine Herrschaften, überzeugen Sie sich selbst! Bei uns ist alles ruhig. . . ."

(Zeichnung von Carl Josef.)



Extra Hungáriam non est vita.

Pester Lloyd Abend
30. VI. 1919
0
30
10

Die Ungarische Räterepublik.

Die amtlichen Frontberichte.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet:

29. Juni.

Die Lage unserer Fronten ist unverändert.

Armeeoberkommando.

30. Juni.

Im Sinne der Ententenote haben wir den Rückzug nach den uns aufgezwungenen Grenzen heute um fünf Uhr früh begonnen.

Auf den übrigen Fronten nichts Neues.

Armeeoberkommando.

Einziehung der Banknoten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank.

Im Sinne des § 2 der Verordnung Zahl CXI der Revolutionären Räteregierung verlieren ab 1. Juli die Banknoten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank zu 50, 100, 1000 und 10.000 Kronen ihre Zirkulationsfähigkeit. Wer die angeführten Banknoten über den 1. Juli l. J. hinaus als Zahlungsmittel verwendet, annimmt, wechselt oder die Verordnung auf irgendeine Weise umgeht, gelangt vor das Revolutionsgericht. Außer der zu bemessenden Strafe verfallen die im Besitze des Täters befindlichen Noten der Konfiskation. Dem Anzeiger gebührt als Prämie der halbe Anteil der konfiszierten Summe. Die Rote Wache und jede Behörde der Räteregierung wird emsig darüber wachen, daß dise aus dem Verkehr gezogenen Banknoten niemand mehr verwenden und daß das Publikum die Verordnung Zahl CXI der Räteregierung auf keine Weise umgehen könne. Die aus dem Verkehr gezogenen Banknoten können bei der Postsparkasse oder bei jedem unter Kontrolle der Räteregierung stehenden Geldinstitut beziehungsweise bei jeder Vermittlungsstelle dieser Institute bis Ende August l. J. behufs Umwechslung präsentiert werden. In Verbindung mit dem Umtausch ist keinerlei Abzug am Platze. Das einlösende Institut tauscht die Banknoten im vollen Kronenwert gegen zirkulationsfähige Geldsorten der ungarischen Räterepublik ein. Obwohl jedermann das Recht hat, solche Banknoten auch weiter in Besitz zu behalten, hat es keinerlei Zweck, diese Banknoten weiterhin zu thesaurieren, da sie doch als Zahlungsmittel ohnedies nicht verwendet werden können. Demgegenüber sind im Sinne des § 6 der Verordnung die aus dem Verkehr gezogenen Banknoten innerhalb der für die Einlösung festgestellten Frist bei den sozialisierten Geldinstituten als Einlage oder Kontokorrent placierbar und der Inhaber solcher Forderungen kann über sie frei verfügen, ja, er hat sogar Anspruch auf eine vierprozentige Verzinsung der Einlage. Die Leitungen der Geldinstitute werden dafür vorsorgen, daß das die Banknoten umwechselnde Publikum möglichst ohne langes Wartena befriedigt werde.

An alle Branchen- und Fabriksvertrauensmänner!

Dienstag, den 1. Juli abends halten die Fabriks- und Werkstättenvertrauensmänner an den Orten, wo gewöhnlich die Vertrauensmännersitzungen ihrer Branche stattfinden, eine Vertrauensmännersitzung ab. In der Vertrauensmännersitzung werden Mitglieder und Abgesandte der Revolutionären Räteregierung über die politische Lage Bericht erstatten. Wir bitten die Leitung der Organisationen, Maßnahmen zu treffen, damit sich die Vertrauensmänner versammeln, und das Parteisekretariat im Laufe des Montags darüber zu benachrichtigen, in welchem Lokal sie die Vertrauensmännersitzung abhalten.

Die Parteileitung.

Die Slowakische Räterepublik.

— Funkspruch des Ung. Tel.-Korr.-Bureaus, übermittelt durch die Budapester Radiostation. —

Moskau, 25. Juni.

Volkskommissär des Auswärtigen Tschitscherin richtete nachstehendes Telegramm an das Volkskommissariat des Auswärtigen der Slowakischen Räterepublik:

Die russische Sowjetrepublik begrüßt freudig die zuletzt in die Reihen der revolutionären sozialistischen Sowjetstaaten eingetretene Slowakische Räterepublik. In den ehernen Tagen des Kampfes um Leben und Tod auf den Schlachtfeldern, wo der Weltimperialismus und die Weltrevolution aufeinanderprallen, ist die jüngste sozialistische Republik als ein frischer Kämpfer der neuen Welt erschienen. Glück auf zu heldenmütigen Taten, zu unausbleiblichen Prüfungen und zu glorreichen Siegen für die Sache der Arbeiterrevolution, Hand in Hand mit den im Feuer stehenden Arbeiter- und Bauernstaaten, als Kampfgenosse im Weltbunde der sozialistischen Sowjetrepubliken!

Es lebe die Rote Räterepublik der Slowakei! Es lebe die kommunistische Internationale! Es lebe die Weltrepublik!

— Funkspruch des Ung. Tel.-Korr.-Bureaus, übermittelt durch die Budapester Radiostation. —

Petersburg, 28. Juni.

Die Dritte Internationale richtete an die Kommunisten der Slowakei folgendes Telegramm:

Die kommunistische Internationale begrüßt mit Freuden das Entstehen einer Sowjetrepublik in der Slowakei. Wir sind fest überzeugt, daß es keine Macht in der Welt gibt, die den Lauf der Geschichte hemmen kann. Der Kapitalismus hat sich selbst sein Todesurteil unterzeichnet, in dem Augenblick, als das imperialistische Gemetzel von 1914 begann. Der Triumph der Sozialverräter, die sich bestreben, die Arbeiterbewegung aufzuhalten, wird von kurzer Dauer sein. Die Rätemacht siegt unvermeidlich in ganz Europa und sodann auch in der ganzen Welt. Euch, den Vorkämpfern der neugeborenen Sowjetrepublik, senden wir unseren kommunistischen Gruß.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale:

Sinowjew.

Vossische Zeitung
30./VI. 1919

30/6
11

Schreckensherrschaft in Budapest.

Wien, 28. Juni.

Wie das „Neue Wiener Abendblatt" meldet, trafen heute etwa 40 Flüchtlinge aus Budapest in Wien ein, darunter mehrere namhafte Politiker und Bankdirektoren und viele Damen, die ohne Gepäck, nur um das Leben zu retten, die Heimat verließen. Sie erzählen furchtbare Einzelheiten über die Schießereien in Budapest. Während ihrer Reise durch die Provinz konnten sie sich überall davon überzeugen, daß die Bauernschaft der Räterepublik starken Widerstand leistet. Die Budapester Bevölkerung beabsichtige, sich an die Wiener Ententekommission zu wenden zur Feststellung der Vergewaltigungen, Plünderungen und Morde in der Räterepublik, und um die unschuldige Bevölkerung gegen Bluttaten zu schützen. In Budapest diktiere Szamuely noch immer Todesurteile, die in seiner Gegenwart vollstreckt würden.

Berner - Tagblatt
30. III. 1919

12

Aus den Donaustaaten.

Die deutschösterreichischen Kommunisten.

ag. Wien, 28. Juni. (W. K.-B.) Die kommunistische Partei lädt durch Plakate die Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer Versammlung vor dem Rathaus ein. Die Plakate enthalten die Aufforderung, dafür zu wirken, daß anläßlich der im Parlament tagenden Reichskonferenz der Arbeiterräte endlich die Räterepublik in Deutschösterreich ausgerufen und geschaffen werde.

Aus Ungarn.

ag. Wien, 28. Juni. Das „Neue Wiener Tagblatt" veröffentlicht eine von einer eingetroffenen Budapester politischen Persönlichkeit gegebene Darstellung der Lage der ungarischen Räteregierung, welche innerlich längst zusammengebrochen und bestrebt sei, durch Terror die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Sie wolle die Evakuierung Budapests anordnen, um ohne Kontrolle schalten und walten zu können. Die Räteregierung stehe am 1. Juli vor dem finanziellen Bankrott. Verhandlungen, um bei den Banken beschlagnahmte Wertpapiere in Geld umzutauschen, waren bisher erfolglos und sind infolge der nunmehr ausgebrochenen Gegenrevolution zusammengebrochen. Außer dem Gewährsmann des Blattes trafen 30 bis 40 Personen in Wien ein, darunter namhafte Politiker, mehrere Bankdirektoren und eine Anzahl Damen, welche durchwegs über Schießereien, welche in Budapest stattfanden und noch nicht beendet sind, erzählen und erklären, daß die Bauernschaft starken Widerstand gegen die Räterepublik leistet, welcher vor dem Einbringen der Ernte ganz besonders zum Ausdruck kommen dürfte.

Nachklänge zur Gegenrevolution.

ag. Budapest, 28. Juni. (U. K.-B.) Die Nacht auf den Freitag und der gestrige Tag sind ruhig verlaufen, so daß die außerordentliche Bereitschaft der roten Wache eingezogen werden konnte. Der Ausnahmegerichtshof war den ganzen gestrigen Tag mit dem Verhör der angeklagten Gegenrevolutionäre beschäftigt. Insgesamt sind 73 Gegenrevolutionäre wegen der Vorfälle in der Engelskaserne angeklagt. Wie die „Voeroes Ujsag" meldet, leugnen die bisher einvernommenen Angeklagten Gegenrevolutionäre zu sein. Sie beharren bei ihrem Leugnen trotz der gegenteiligen Zeugenaussagen.

Die beiden aufrührerischen Monitore, welche am Mittwoch Budapest donauabwärts verließen, haben seither kein Lebenszeichen von sich gegeben. Das Blatt erfährt von kompetenter Stelle, daß sich die beiden Monitore gegenwärtig südlich von Paks verankert haben, wo sie wiederholte vergebliche Versuche unternahmen, sich den Serben anzuschließen, welche ihnen jedoch das Passieren der Minensperre nicht gestatteten.

ag. Budapest, 29. Juni. (U. K.-B.) Wie die „Voerös Ujsag" meldet, finden die Verhandlungen des Standgerichtes seit gestern nachmittag unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der gestrige Vormittag wurde durch Verhöre ausgefüllt. Die bisher gemachten Aussagen lieferten Klarheit bezüglich der Hintermänner des gegenrevolutionären Putsches und machte noch die Einvernahmen zahlreicher Personen nötig. Es wurde daher heute noch kein Urteil gefällt.

Pester Lloyd Abend
1./VII. 1919

61
1
14

Die Ungarische Räterepublik.

Der amtliche Frontbericht.

Das Ung. Telegr.-Korr.-Bureau meldet am 1. Juli:

An der nördlichen Front setzen wir unsere begonnenen Bewegungen fort.

Sonst nichts Neues.

Armeeoberkommando.

Befehl.

Die bei den jetzigen Musterungen und Offiziersmeldungen für tauglich befundenen und während des Weltkrieges bei Sanitätstruppen und Anstalten gedienten Personen (ehemalige Reserve-Sanitätstruppenoffiziere und Mannschaft) haben sich zwecks Evidentführung binnen 48 Stunden bei dem Kommando der Budapester Roten Sanitäts-Ersatzabteilung, bei Ignaz Rátly (ehemaligem Oberstleutnant), Budapest, VI., Hungária-ut 127, im gewesenen Garnisonsspital N. XVI, zu melden.

Budapest, 29. Juni 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Kundgebungen für die Räteregierung.

Zahlreiche Gemeinden des Basvárer Bezirkes haben in einer gut besuchten Volksversammlung mit großer Begeisterung der Revolutionären Räteregierung nach Anhörung von aufklärenden Vorträgen Vertrauen votiert und ihrer Anhänglichkeit an diese Regierung Ausdruck verliehen.

Diese Bekundungen sind eine Folge der klug geleiteten Aufklärungsarbeit, die im Volke die Sehnsucht nach der gesellschaftlichen und politischen Befreiung erweckt hat.

Pester Lloyd
2./VII. 1919

Die Ungarische Räterepublik.

Befehl.

Personen, die bei den jetzigen Musterungen und Offiziersmeldungen für tauglich befunden wurden, sowie Personen, die während des Weltkrieges bei Sanitätstruppen und -anstalten gedient haben, (ehemalige Reserve-Sanitätstruppenoffiziere und Mannschaft) haben sich zwecks Evidentführung binnen 48 Stunden bei dem Kommando der Budapester Roten Sanitäts-Ersatzabteilung, bei Ignaz Nátly (ehemaligem Oberstleutnant), Budapest, VI., Hugaria-ut 127, im gewesenen Garnisonsspital Nr. XVI, zu melden.

Budapest, 29. Juni 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Treuekundgebung der „Szamos"-Mannschaft.

Im Rahmen einer erhebenden Feierlichkeit hat heute der Monitor „Szamos" von der unerschütterlichen Treue der Matrosenmannschaft zu der Proletarierdiktatur und der Räteregierung Zeugenschaft abgelegt. Das Fahrzeug erschien, reich mit roten Fahnen und Blumen geschmückt, nachmittag dreiviertel 5 Uhr vor dem „Hotel Hungaria"; die Mannschaft bereitete Béla Kun und den übrigen Mitgliedern der Räteregierung stürmische Ehrungen. Das Schiff legte vor dem „Hotel Hungaria", ganz nahe zum Ufer, Anker. Die Mannschaft stand in Reih und Glied an Bord und sang die Internationale. Der Volksbeauftragte für Aeußeres Béla Kun und der Volksbeauftragte für Heerwesen Béla Szántó begaben sich in Begleitung des Oberkommandanten der Roten Wache Franz Jancsik nach dem Kai. Auf Befehl des Volksbeauftragten Szántó kam die Mannschaft ans Ufer und nahm dort Aufstellung. Nach der militärischen Ehrenbezeigung erstattete der Kommandant des Schiffes Zimmermann seine Meldung, worauf die Volksbeauftragten die Front abschritten. Nun richtete Béla Kun an die Matrosen eine Ansprache, in der er folgendes sagte:

— Es ist gerade heute eine Woche her, daß die Gegenrevolution ihr Haupt erhob. Es gab Schiffe, deren Mannschaft sich von den Gegenrevolutionären irreführen ließ. Heute haben diese Irregeführten die gerechte Strafe bereits erhalten. Ihr habt aus Euren Reihen die Verräter ausgestoßen, mit denen aber, die nach serbischen Gewässern flohen, hat das serbische Proletariat abgerechnet, wie sie es verdient haben. Die Herrschaft der Proletarier steht felsenfest; keine Macht vermag sie zu stürzen. Eure Aufgabe ist es nun, auf der Stelle, auf die Euch die Räterepublik gestellt hat, auszuharren und unerschütterlich Eure Pflicht zu tun. Hoch die Proletarierdiktatur! Hoch die internationale Herrschaft der Proletarier! Hoch die Weltrevolution!

Nach der mit Eljenrufen aufgenommenen Rede trat einer der Matrosen vor und legte auch im Namen aller seiner Genossen das Gelöbnis ab, daß die „Szamos" der Räterepublik immer treu bleiben werde und nur eine Regierung zu unterstützen geneigt sei, die auf der Grundlage der Proletarierdiktatur steht. Die Volksbeauftragten plauderten dann mit den Matrosen, die ihre Kriegserlebnisse erzählten. Aus den Fenstern sahen Hunderte Menschen die Feierlichkeit mit an; auch am Donauufer nahmen große Mengen an den Ovationen teil. Auf Befehl des Volksbeauftragten Szántó kehrte die Mannschaft auf das Schiff zurück, wo sie wieder die Internationale anstimmte. Der Monitor kehrte dann nach dem Ujpester Hafen zurück.

Kundgebungen für die Räteregierung.

Noch immer kommen Begrüßungsdepeschen aus allen Teilen des Landes an die Räteregierung anläßlich der Niederwerfung des gegenrevolutionären Putsches. Am heutigen Tage sind dem Präsidenten der Räteregierung Alexander Garbai Begrüßungsdepeschen zugekommen: vom Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates in Eßtergom, von der Vertrauensmännerkorporation des Verbandes der ungarländischen öffentlichen Beamten, von einer Volksversammlung in Tolnatamási, vom Arbeiter- und Bauernrat in Felsőőzeged, vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat in Szabadszállás, von der sozialistisch-kommunistischen Parteileitung in Szigetszentmiklós, von der Ortsgruppe der Ziegelarbeiter in Dombovár, von der Volksversammlung in Kiskörös und von den im Sanatorium in Balatonfüred Erholung suchenden Proletarierkranken.

Aus Szeged wird gemeldet: Das Szegeder Tanyenvolk veranstaltete am jüngsten Sonntag in den nichtbesetzten Tanyen mehrere Volksversammlungen gegen die Gegenrevolutionäre und die Szegeder Zirkusregierung. An den Versammlungen nahmen die kleinen Landwirte und die Feldarbeiter in großer Zahl teil. Die Redner waren Koloman Valisch (Szegeder untere Tanya), Johann Udvardi (Szatmár), Munkácsi (Szegeder obere Tanya). Die Redner schilderten in wirkungsvollen Reden die irrationelle und zwecklose Tätigkeit der Szegeder Zirkusregierung, wie auch die Ereignisse der verflossenen Tage. Die Anwesenden beschlossen mit außerordentlicher Begeisterung, die Räteregierung, das Oberkommando und die Rote Wache anläßlich der Niederringung des gegenrevolutionären Putsches auf das herzlichste zu begrüßen. Es wurde folgender Beschlußantrag angenommen:

Die Volksversammlungen auf den Szegeder Tanyen nehmen die erfolgreiche Niederringung des in schmutziger und niedriger Weise vorbereiteten gegenrevolutionären Putsches mit größter Freude zur Kenntnis und begrüßen aus diesem Anlasse die Räteregierung, das Armeeoberkommando, die Rote Wache und alle organisierten Arbeiter, die an diesem heldenmütigen Kampf teilgenommen haben. Zugleich erklären sie auf das entschiedenste, daß sie auf der Grundlage der Räterepublik stehen und daß sie jeden Versuch, der sich gegen diese richtet und das alte System wiederherstellen will, wenn nötig, mit Sensen und Hauen in der Hand niederschlagen werden. Der in Szeged sitzenden Zirkusregierung und ihren Vasallen entbietet das Publikum der Volksversammlung die Botschaft, nicht zu wagen, mit den Franzosen und den Serben auf die Tanyen zu kommen, denn sie würden das ganze Volk der Tanyen sich gegenüber finden. Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Revolution!

Pester Lloyd
3./VII. 1919

Die Ungarische Räterepublik.

Die Rote Armee.

Befehl.

Personen, die bei den jetzigen Musterungen und Offiziersmeldungen für tauglich befunden wurden, sowie Personen, die während des Weltkrieges bei Sanitätstruppen und -anstalten gedient haben, (ehemalige Reserve-Sanitätstruppenoffiziere und Mannschaft) haben sich zwecks Evidentführung binnen 48 Stunden bei dem Kommando der Budapester Roten Sanitäts-Ersatzabteilung, bei Ignaz Rátly (ehemaligem Oberstleutnant), Budapest, VI., Hugaria-u 127, im gewesenen Garnisonsspital Nr. XVI, zu melden.

Budapest, 29. Juni 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Die Assentierungen.

Zur Orientierung über das Ergebnis der vorgenommenen Assentierungen und zur Evidenz wird angeordnet, daß die Komitats-Arbeiter- und Soldatenräte über das Gesamtergebnis der Assentierungen, und zwar nach Bezirken und Städten detailliert, einen mit 1. Juli abgeschlossenen summarischen Ausweis der Werbeabteilung des Volkskommissariats für Heerwesen (Volkskommissariat für Heerwesen, Hauptgebäude, III. Stock 15) telegraphisch vorlegen. Vom 1. Juli an haben die Komitats-Arbeiter- und Soldatenräte telegraphische Tagesberichte über das Ergebnis der in den Bezirken und Städten durchgeführten Assentierungen einzusenden. Bezüglich der Detaillierung der Berichte sind die Rubriken der Tagesberichte maßgebend. Die Tagesberichte können der Werbeabteilung des Volkskommissariats für Heerwesen (Telephon 58—05) auch telephonisch abgegeben werden.

Budapest, 2. Juli 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Auflösung der Ordnung in der tschechischen Armee.

Aus Kassa wird dem Ung. Tel.-Korr.-Bureau gemeldet: Von der Front sind zuverlässige Nachrichten hiehergelangt, nach denen in der tschechischen Armee sich die Ordnung ganz aufgelöst hat. Ein Teil der Armee zieht sich in Unordnung zurück und will selbst auf Befehl nicht vorwärtsgehen, der andere marschiert unter roten Fahnen vorwärts.

Begrüßungsdepeschen.

Aus Anlaß der Niederwerfung der Gegenrevolution haben an den Präsidenten der Revolutionären Räteregierung Alexander Garbai neuestens Begrüßungsdepeschen gerichtet: der Arbeiterrat von Jászberény, der Bauernrat von Nagykónyi.

3./VII.1919

Die Ungarische Räterepublik.

Der amtliche Frontbericht.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet am 3. Juli:

An der Nordfront setzen wir die bereits gemeldeten Bewegungen in Ordnung fort.

An den übrigen Fronten nichts Neues.

Armeeoberkommando.

Gefangenenaustausch mit der Tschecho-Slowakei.

Wie aus Prag gemeldet wird, hat General Pellé den ungarischen Armeekommandanten Wilhelm Böhm verständigt, daß die tschecho-slowakische Regierung in den Austausch der militärischen Gefangenen gewilligt hat. In dieser Sache werden General Mittelhauser, Oberstleutnant Francis Faucher und Hauptmann Dusek in Pozsony verhandeln.

Ferner hat General Pellé dem ungarischen Volksbeauftragten für Aeußeres mitgeteilt, daß er die Beschwerde über die rumänische Vorrückung an den Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau weitergeleitet habe.

Verkehr auf den Brücken.

Der Distriktsoberkommandant der Roten Wache Franz Hancsik erläßt folgenden Befehl:

Ich befehle aufs nachdrücklichste, daß auf sämtlichen Brücken die Lastautos und Lastwagen, selbst wenn sie Personen befördern oder leer fahren, mit höchstens vier Kilometern Geschwindigkeit, alle sonstigen Fuhrwerke aber mit höchstens zwölf Kilometern Geschwindigkeit fahren dürfen. Die Truppen der Roten Wache und der Roten Armee dürfen nur langsam und in ungleichem Schritt über die Brücken marschieren. Eine Ausnahme bilden bloß die Wagen der Rettungsgesellschaft und der Feuerwehr. Ich ersuche jedoch deren Lenker, auf ihre Proletarierehre bauend, die Geschwindigkeit möglichst zu mäßigen. Jene, die diesen Befehl übertreten, und zwar sowohl den Lenker des Automobils als auch dessen Insassen, ferner auch die pflichtvergessenen Roten Wachposten auf der Brücke werde ich zum abschreckendem Beispiel sofort vor den Revolutionären Gerichtshof stellen.

Obligatorische Einlieferung der Arzneiflaschen.

Das Volkskommissariat für Arbeitswesen und Volkswohlfahrt hat nachstehendes Rundschreiben an alle Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz erlassen:

Ich ersuche Sie, innerhalb Ihres Wirkungskreises unverzüglich in der erforderlichen Weise für die Bekanntmachung des Inkrafttretens folgender Verordnung Sorge zu tragen:

Verordnung über die Einlieferung der Arzneiflaschen und Tiegel.

Die Bewohner jener Gemeinden, in denen sich Apotheken befinden, sind verpflichtet, die außer Gebrauch befindlichen Arzneiflaschen und Salbentiegel binnen achtundvierzig Stunden, die Bewohner jener Gemeinden, die keine Apotheke besitzen, binnen acht Tagen in reinem Zustande der nächstgelegenen Apotheke einzuliefern.

Die Apotheken haben die ordentlich gereinigten Flaschen und Tiegel zu nachstehenden Preisen einzulösen:

runde Flaschen: zu 100 Gramm zu k 0.56, zu 200 Gr. zu k 0.80, zu 300 Gr. zu k 1.08, zu 500 Gr. zu k 1.56, zu 750 Gr. zu k 2.08, zu 1000 Gr. zu k 2.82;

eckige Flaschen: zu 50 Gramm zu k 0.64, zu 100 Gr. zu k 1.08, zu 200 Gr. zu k 1.08, zu 300 Gr. zu k 1.59, zu 500 Gr. zu k 2.32, zu 1000 Gr. zu k 3.52.

Für die Tiegel sind bis zu 50 Prozent der geltenden Taxpreise zu bezahlen.

Wer den Verfügungen dieser Verordnung nicht entspricht, gelangt vor das Revolutionsgericht.

Für die Durchführung der Verordnung haben die Arbeiterräte zu sorgen.

Begrüßungen.

An den Präsidenten der Räterepublik Alexander Garbai sind neuerdings folgende Begrüßungstelegramme gelangt:

Keczel. Aus der am 29. Juni 1919 in der Gemeinde Keczel abgehaltenen großen Volksversammlung, an der die Bevölkerung des Dorfes ausnahmslos teilgenommen hat, wurde nach der Schilderung der Lage durch Alexander Braun und Ludwig Viczián mit einmütiger Begeisterung folgendes Telegramm an die Räteregierung gesendet:

Mit tiefer Abscheu denken wir an die geschehene bedauerliche Bewegung der weißen Garde, in die wir durch schlechte, gewissenlose Leute hineingebracht wurden, doch mit heiliger Ueberzeugung erklären wir in Hinkunft Spaten und Sensen gegen jeden zu ergreifen, der sich in unsere Gemeinde hineinwagt, um uns aufzureizen. Zum Beweise dessen wird das Proletariat der Gemeinde Keczel mit der größten Opferwilligkeit arbeiten und der Räteregierung bis zum letzten Tropfen Blut dienen.

Szentgotthárd. Die Arbeiterschaft von Szentgotthárd nimmt mit der größten Entrüstung und Bestürzung von dem abscheulichen und niederträchtigen Attentat Kenntnis, das die bezahlten Schergen der kapitalistischen Entente und der Bourgeoisie gegen das Herz der ungarischen Proletarierdiktatur gerichtet haben. Das hiesige Proletariat, in einem kleineren Nest der gegenrevolutionären Bewegungen Transdanubiens lebend, konnte erst jüngst eine, wenn auch kleiner angelegte Gegenrevolution von kürzerer Dauer erleben, wertet also doppelt die wackere Arbeit, die das großartige Proletariat von Budapest durch die Niederwerfung der Gegenrevolution für die Befestigung der Proletarierdiktatur verrichtet hat. Anläßlich der Vernichtung der niederträchtigen gegenrevolutionären Attentate senden wir unseren heißesten Dank und Gruß der Räteregierung, der Arbeiterschaft von Budapest und den großartigen Führern der Arbeiterschaft. Indem wir gleichzeitig unser festes Vertrauen und unsere Anhänglichkeit zur Herrschaft der Proletarier ausdrücken, ersuchen wir die Räteregierung, auch in Hinkunft mit vor nichts zurückschreckender Energie und mit eiserner Hand der Proletarierdiktatur Geltung zu verschaffen.

Im Namen des Arbeiterrates von Szentgotthárd:

Dancsics,
Präsident des Direktoriums,

Siska,
Schriftführer.

Lloyd

4./VII. 1919

4/7 20

Die Ungarische Räterepublik.

Die ungarische Frage im Rate der Fünf.

Ein Pariser Funkspruch meldet:

Der Fünferrat beschäftigte sich gestern nachmittag mit der ungarischen Frage. (U. T.-K.-B.)

Die Einziehung des „blauen Geldes".

Das Präsidium des Budapester Revolutionären zentralen Arbeiter- und Soldatenrates hat in Angelegenheit der Einziehung des blauen Geldes an die Vollzugsausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte sämtlicher Bezirke folgende Verordnung erlassen:

Vom Volkskommissariat für Inneres ist heute telegraphisch folgende Verordnung eingelangt:

„721/1919. Ich weise die Vollzugsausschüsse an, folgende Verordnung wörtlich dem Publikum in entsprechender Weise unverzüglich mitzuteilen:

Im Sinne der Verordnung CXI der Revolutionären Räteregierung hören die 50-, 100-, 1000- und 10.000-Kronen-Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank am 30. Juni 1919 als gesetzliche Zahlungsmittel auf. Infolgedessen verlieren diese Banknoten vom 1. Juli an ihre Gültigkeit. Mit diesen Banknoten können Zahlungen von nun an nicht mehr geleistet werden. Wer im Besitze solcher Banknoten ist, kann sie innerhalb sechzig Tagen, vom 1. Juli 1919 an gerechnet, bei der Postsparkasse oder bei einem der unter Kontrolle der Räterepublik stehenden Geldinstitute oder bei irgendeiner Vermittlungsstelle dieser Anstalten gegen gleichwertige Banknoten eintauschen. Jedermann ist berechtigt, die angeführten Banknoten auch nach Ablauf der für die Einlösung festgesetzten Tage in seinem Besitz zu behalten, doch die Inverkehrsetzung dieser Banknoten ist strengstens verboten. Wer nach dem 30. Juni 1919 mit den angeführten Banknoten zahlt oder solche an Zahlungs Statt annimmt, sie einwechseln läßt oder die Verordnung auf irgendeine Weise ausspielt, wird vor das Revolutionäre Gericht gestellt; solche Personen werden nicht nur streng bestraft, sondern es werden ihnen auch die bei ihnen vorgefundenen derartigen Banknoten konfisziert.

Wer eine Person, die diese Verordnung übertritt, anzeigt, erhält als Belohnung die Hälfte des Wertes des konfiszierten Betrages. Ich weise die Vollzugsausschüsse, sowie sämtliche Kommanden der Roten Wache an, diese Verordnung mit Vermeidung von Belästigungen des Publikums, jedoch in der energischesten und strengsten Weise durchzuführen.

Die Fälle der Uebertretungen dieser Verordnung, beziehungsweise der eingeleiteten Verfahren sind unter Angabe des konfiszierten Betrages alle zehn Tage auf einmal der Leitung der Oesterreichisch-Ungarischen Bank und dem Volkskommissariat für Inneres anzumelden.

Landler m. p.,
Volksbeauftragter für Inneres."

Hievon setzen wir die Vollzugsausschüsse sämtlicher Bezirke zur Orientierung in Kenntnis. Für die Veröffentlichung dieser Verordnung auf dem Gebiete der Hauptstadt durch Affichen sorgt das Zentralpräsidium.

Budapest, 2. Juli 1919.

Das Präsidium des Budapester Revolutionären Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates.

Begrüßungskundgebung.

Dem Preßbureau des Deutschen Volksamtes ist aus Szengotthárd folgende Depesche zugegangen:

„In Farkasdifalva (Deutschwestungarn) fand am 29. Juni eine Volksversammlung statt, deren Redner Johann Zotter, Josef Bajzek und Koloman waren. Die Volksversammlung hat mit Begeisterung folgenden Beschlußantrag angenommen:

Die Bevölkerung von Farkasdifalva gibt ihrer Freude Ausdruck über die rasche Niederwerfung der gegenrevolutionären Umtriebe in der Hauptstadt, und beschloß, aus diesem Anlasse die Räteregierung im Wege des Deutschen Volksamtes zu beglückwünschen."

Der Präsident der Revolutionären Räteregierung Alexander Garbai erhielt heute folgendes Begrüßungstelegramm:

Für die siegreiche Niederwerfung der Gegenrevolution senden die dem Stande des 1. Regiments der Feldpolizei, Rote Wache, 1. Kompagnie, 1. Zug angehörigen Roten Genossen, die in Lajosmizse stationiert sind, ihren Gruß.

Zugskommando.

Die Rote Armee.

Befehl.

Personen, die bei den jetzigen Musterungen und Offiziersmeldungen für tauglich befunden wurden, sowie Personen, die während des Weltkrieges bei Sanitätstruppen und -anstalten gedient haben (ehemalige Reserve-Sanitätstruppenoffiziere und Mannschaft) haben sich zwecks Evidentführung binnen 48 Stunden bei dem Kommando der Budapester Roten Sanitäts-Ersatzabteilung, bei Ignaz Nátly (ehemaligem Oberstleutnant), Budapest, VI., Hugaria-ut 127, im gewesenen Garnisonsspital Nr. XVI, zu melden.

Budapest, 29. Juni 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Die Assentierungen.

Zur Orientierung über das Ergebnis der vorgenommenen Assentierungen und zur Evidenz wird angeordnet, daß die Komitats-Arbeiter- und Soldatenräte über das Gesamtergebnis der Assentierungen, und zwar nach Bezirken und Städten detailliert, einen mit 1. Juli abgeschlossenen summarischen Ausweis der Werbeabteilung des Volkskommissariats für Heerwesen (Volkskommissariat für Heerwesen, Hauptgebäude, III. Stock 15) telegraphisch vorlegen. Vom 1. Juli an haben die Komitats-Arbeiter- und Soldatenräte telegraphische Tagesberichte über das Ergebnis der in den Bezirken und Städten durchgeführten Assentierungen einzusenden. Bezüglich der Detaillierung der Berichte sind die Rubriken der Tagesberichte maßgebend. Die Tagesberichte können der Werbeabteilung des Volkskommissariats für Heerwesen (Telephon 58—05) auch telephonisch abgegeben werden.

Budapest, 2. Juli 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Pester Lloyd
5./VII.1919

57
21

Die Ungarische Räterepublik.

Wiener Preßlügen.

In ihrer Angst vor der proletarischen Weltordnung ist der Wiener Presse bekanntlich keine Lüge zu dumm, wenn sie der Ungarischen Räterepublik nur irgendwie zu schaden verspricht. Die unübersehbare Reihe unserer diesfälligen Erfahrungen wird nun gemehrt durch eine „Information" des Deutschen Volksblattes in Wien, die besagt, die ungarische Gesandtschaft sei seit drei Tagen ohne regelmäßige telephonische Verbindung mit Budapest und müsse den Verkehr mit ihrer Regierung durch gelegentliche Kuriere unterhalten. Natürlich fehlt auch die „ungarische informierte Seite" nicht, die diese Störung des Verkehrs mit neu bevorstehenden Kämpfen in Zusammenhang bringt.

Nun weiß alle Welt ganz genau, daß zwischen Budapest und Wien nach wie vor regelmäßige Telephon- und Telegraphenverbindung besteht. Wer daran nicht glauben mag, der sehe sich eben die — Wiener Zeitungen an, die ihre Spalten mit telephonisch und telegraphisch übermittelten Nachrichten aus Budapest füllen, allerdings nicht, ohne sie vorher in ihrem eigenen Sinne gründlich denaturalisiert zu haben.

Es liegt uns natürlich durchaus fern, der trotz der Lebensmittelzüge der Entente gründlich darbenden Bevölkerung Wiens die Enten wenigstens in dieser Form zu mißgönnen. Sie könnte freilich bei einiger Energie sich schon ganz gut helfen, denn was sie braucht, ist wesentlich anderes als täglich wiederholte Lügenmeldungen über erdichtete Verlegenheiten Sowjetungarns.

Soldatenversammlungen in den Kasernen.

Heute um 11 Uhr vormittags fanden in allen Kasernen in Budapest Versammlungen statt mit der Tagesordnung: „Revolution und Gegenrevolution." Bei diesen Soldatenversammlungen haben Referate erstattet: Engels-Kaserne (Lehel-utca 3) Béla Kun, Trotzkij-Kaserne (Lehel-utca 35) Matthias Rákosi, Pionierkaserne (Aréna-ut 51) Franz Bajáki, Rosa Luxemburg-Kaserne (Hungária-ut 254) Eugen Hamburger, Marx-Kaserne (Nellöi-ut) Josef Haubrich, Martinovich-Kaserne (Nellöi-ut) Béla Szántó, Alte Pfandleihanstalt in der Szerb-utca Zoltán Rónai, Bucharin-Kaserne (Falk-Miksa-utca 29) Franz Kulcsár, Petöfi-Kaserne (Pálffy-tér 3) Julius Lengyel, Bebel-Kaserne (Kelenföld) Anton Dovcsák, Lassalle-Kaserne (Fehérvári-ut 22) Josef Brunner, Leo Frankel-Kaserne (Hungária-körut 256) Anton Guth, Malzfabrik-Kaserne (Külsö Jászberényi-ut) Alexius Bolgár, Jaurès-Kaserne (Gróf Haller-utca 7—9) Josef Kelen, Táncsics-Kaserne (Veres-Pálné-nica) Josef Rabinovics, Liebknecht-Kaserne (Ferdinand-tér) Albert Király Georg-Dózsa-Kaserne (Kerepesi-ut 41) Julius Alpári, Lenin-Kaserne (Nellöi-ut, Népliget) Eugen Werner, Mehring-Kaserne (Timo-utca 3) Ladislaus Rudas, Marinekaserne in Óbuda Alexander Garbai, und Ujpest (Clarisseum) Emil Horti.

Das Erscheinen der periodischen Zeitschriften.

Die Administrationen der im Verlage des Volkskommissariats für Unterricht sowie der im Verlage kommunisierter Betriebe erscheinenden Zeitschriften unterstehen dem Landesrat für geistige Produkte, der auch über sie die Aufsicht übt. Der Rat kann die Administrationen dieser Zeitschriften nach Maßgabe der Notwendigkeit vereinigen. Zu diesem Zwecke sind die Administrationen verpflichtet, wenn sie hiezu aufgefordert werden, sämtliche Geschäftsbücher und sonstige Dokumente dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Reichspost

5./VII. 1919

Die Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft.

Ist Deutschösterreich eine selbständige, souveräne Republik oder ist es eine Filiale des jüdisch-bolschewikischen Großunternehmens Lenin unter Bela Kuns Prokura? Dies ist die Frage, die sich aus der sprachlosen Entrüstung über die durch die Note des Polizeipräsidenten Schober enthüllten ungeheuerlichen Pläne und Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse losringt. Die Ungarn errichten in Wien ein Werbebureau für ihre Rote Armee, sie verursachen den Wiener Putsch und das Blutvergießen vom 17. April. Sie berufen den Gesandten Bolgar wegen des Mißlingens des Aprilputsches ab und ersetzen ihn durch den tatkräftigeren Czobel; es kommt durch das Geld und die Hetze der Ungarn zum blutigen Junisonntag; ein Kellereinbruch in die Oesterreich-Ungarische Bank wird geplant, Polizeibeamte sollen bestochen werden, um dem Sturz der deutschösterreichischen Verfassung unter Abfall von ihrem Diensteide Vorschub zu leisten, sogar ein Mordplan gegen deutschösterreichische Politiker spielt in den bolschewikischen Machenschaften eine Rolle. Und was geschieht in Wien zur Abwehr dieser verbrecherischen Umtriebe Fremder, die gegen unsere Staatsordnung und unseren Besitz gerichtet sind? In jedem andern Staate würde dies Veranlassung zu einer mehr oder weniger höflichen Einladung an den andern Staat sein, einen Gesandten abzuberufen, der sich direkt gegen die Gastfreundschaft vergangen hat. Ein solches Verlangen wäre selbst unter befreundeten Regierungen möglich. Bei uns ist es anders. Staatssekretär Eldersch gibt endlich, durch die Zeitungsveröffentlichungen dazu veranlaßt, in der Nationalversammlung die Erklärung ab, daß „Verhandlungen im Zuge" seien, richtet aber seine Entrüstung mehr gegen die Veröffentlichung des Verbrechens als gegen dessen Urheber. Die Nationalversammlung vertagt sich, ohne irgendwie Stellung zu nehmen. Ueber allen Wipfeln ist Ruh' und die Verbrecher in der Bankgasse können weiter in Wien gegen die deutschösterreichische Republik minieren.

Nur eine vernünftige Begründung ist für die Haltung unserer Regierung in dieser Angelegenheit möglich: die verantwortlichen Staatsmänner können nichts tun, weil der Staat, für dessen Leitung sie verantwortlich sind, nicht in der Lage ist, den Forderungen der Gerechtigkeit und Sühne für die verbrecherischen Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft den entsprechenden Nachdruck zu geben. Dies wäre ein Eingeständnis der Wehrlosigkeit Deutschösterreichs. Ist jedoch unser Staat wirklich in einer so traurigen Hilflosigkeit, daß sich Mörder und Einbrecher ungestraft inmitten der Hauptstadt unter dem Deckmantel einer Gesandtschaft ein Hauptquartier errichten können, um von dort aus nicht nur Leben und Eigentum der Staatsangehörigen, sondern den ganzen Staatskörper zu bedrohen, so fällt die Schuld an dieser Schmach, die auf der Seele eines jeden eingebornen Deutschösterreichers brennt und ihm die Schamröte über seine Staatszugehörigkeit in die Wangen treibt, einzig und allein auf die Sozialdemokraten, die mit bewußter Absicht unsere Wehrmacht vernichtet haben.

Eine Pflicht hat jedoch die Regierung gegen die Oeffentlichkeit, die sie unter allen Umständen zu erfüllen jetzt gezwungen ist: Klarheit zu schaffen und wenigstens jene Maßnahmen zu treffen, die in unserer Lage möglich sind, um dem weiteren Treiben der Ochrana in der Bankgasse Einhalt zu tun. Das Volk hat endlich genug des Doppelspieles und verlangt Tatkraft und Schutz von dem Staat, für dessen neue Wehrmacht es Hunderte von Millionen aufbringen soll.

•

Das Bild der Tätigkeit der ungarischen Gesandtschaft, die durch die Note des Polizeipräsidenten gekennzeichnet ist, können wir noch ergänzen durch folgende Mitteilungen, die uns heute durch eine kürzlich erst aus Sowjetungarn geflüchtete Persönlichkeit gemacht wurden:

Eine Hauptsorge der ungarischen Regierung und ihres Wiener Gesandten war bekanntlich in der letzten Zeit besonders die finanzielle Frage. In Ungarn war bereits alles geraubte Material von Wert verklopft, und der Bestand an eigenen Noten der früheren gemeinsamen Bank so ziemlich aufgezehrt. Deshalb versuchte die Wiener ungarische Gesandtschaft auch durch Geschäfte in Wien die nötigen Propagandagelder zu beschaffen. In Ungarn wurde den Bauern Wein „gegen spätere Bezahlung abgekauft" oder einfach weggenommen und nach Wien beordert, um ihn hier gegen schweres Geld durch Agenten (a. a. Balint, Hoch und Graf) sowie durch die sogenannten „Leninbuben" an hiesige Weinhändler zu verkaufen. Während die meisten ein solches rechtlich anfechtbares Geschäft ablehnten, wurde der Firma Schlumberger, ferner einer Linzer Firma und einer polnischen Gesellschaft Wein geliefert. Auch eine reichsdeutsche Gesellschaft, die der Bleichrödergesellschaft angeschlossen ist, erhielt eine Weinsendung, die sie mit durchgeschmuggelten Waren bezahlte. Vorige Woche sollte wieder eine große Partie vom Plattenseegebiet nach Deutschösterreich geliefert werden, sie wurde aber von der amerikanischen Grenzkontrolle aufgehalten. Diese und andere Geschäfte fanden ihre Ergänzung in einer anderen Betätigung der ungarischen Räteregierung und ihrer hiesigen Gesandtschaft. Was durch Bestechung nicht gelang, sollte der Gewalt vorbehalten bleiben und so wollte man den hiesigen ungarischen Agenten Dienstag dieser Woche noch eine Hilfe von 300 Mann Terrortruppen senden. Sie wurden aber in Bruck an der Leitha aufgehalten. Was man mit ihnen machte, ist allerdings unbekannt.

Vorwärts

7. Juli 1919

7/28

Kommunistische Angriffspläne gegen Wien.

Veröffentlichungen aus ungarischen Akten.

Wien, 7. Juli. (T. U.) Die Blätter veröffentlichen eine Reihe von Dokumenten, die aus der Wiener ungarischen Gesandtschaft stammen und beweisen sollen, daß eine planmäßige Aktion zur Eroberung Wiens mit Waffengewalt von Seiten der ungarischen Kommunisten beabsichtigt war. Hierzu sei eine Armee von 14500 Gewehren und Karabinern, 200 Maschinengewehren und 150 Geschützen bestimmt. Die rote Armee sollte von der äußeren Stellung konzentrisch in die Stadt vordringen. Die Gebäude der Staatsämter, Kasernen, der Post und Telegraphenämter, der Hofburg und Hofstallungen waren nach einem detaillierten Plan zu besetzen. Die Blätter verlangen kategorisch die Abberufung des ungarischen Gesandten, der durch die Entdeckung der Putschversuche Khuns stark kompromittiert ist.

Wien, 6. Juli. (W. T. B.) Wie die Korrespondenz Herzog erfährt, befindet sich eine Abschrift aller im ungarischen Gesandtschaftsgebäude gefundenen Pläne, Skizzen, Quittungen usw. in den Händen des Leiters einer hiesigen ausländischen Mission. In Wien und in Wiener Neustadt sind ungarische Offiere in Ententeuniformen angehalten worden.

Die Zeit
7. VIII. 1919

Großreinemachen mit Kun.

Pariser Beratungen. — Forderungen der Wiener Ententemission.

Saint-Germain, 6. Juli. Der Konferenzberichterstatter der „Chicago Tribüne" erfährt, daß der Fünferrat gestern auf Drängen Clemenceaus beschlossen habe, militärische Sachverständige über die Stärke der Armee und der Artillerie Bela Kuns und über die Anzahl der sofort gegen Ungarn verfügbaren Ententetruppen zu befragen. Hoover war bei der Sitzung anwesend und berichtete, daß die Versorgung Polens, der Tschecho-Slowakei, der russischen Provinzen und Rumäniens durch die Ungarn behindert werde, weil alle Eisenbahnlinien in Budapest zusammenlaufen.

Französische Truppen bei Wien.

In der Umgebung von Wien stehen geringe französische Kräfte, weiter südlich serbische und rumänische. Nach den den Alliierten vorliegenden Berichten dürfte Bela Kun 200.000 Mann zur Verfügung haben, von denen aber weniger als die Hälfte ausgerüstet ist. Er besitzt etwas Artillerie, aber keine Munition. Es wird versichert, daß Kun die Versorgung seiner Leute hauptsächlich mit Vorräten bewerkstelligt, die aus bestohlenen Hoover-Zügen stammen. Die Franzosen und Amerikaner sind der Meinung, daß die bei Wien stehenden französischen Kräfte zu schwach sind, um gegen die Ungarn marschieren zu können. Andererseits will man die Rumänen nicht loslassen, da man fürchtet, ihre Offensive, wenn sie einmal im Gang ist, nicht mehr aufhalten zu können. Die Tschecho-Slowaken können nicht gegen die Ungarn aufgeboten werden, weil Bela Kun den Transport der Kriegsmittel verhindert. Es heißt, daß die Möglichkeit bestehe, italienische Kavallerie gegen Kun aufzubieten. Aber die Italiener verlangen dafür Kompensationen, die Amerika nicht geben will.

Die Wiener Ententemission für endliches Losschlagen!

Der Wiener Korrespondent der „Chicago Tribune" meldet, daß mehrere Wiener Entente-Repräsentanten in Paris dringende Vorstellungen erhoben haben, man möge endgültig energisch gegen Ungarn einschreiten. Sie haben vorgeschlagen, entweder Truppen zu schicken oder in ganz Ungarn durch von Aeroplanen abgeworfene Flugzettel die Tatsache bekanntzugeben, daß die Entente die Bolschewiken niemals anerkennen, sondern nur mit einer sozialistischen Regierung verhandeln wird. Man fürchtet in Wiener Ententekreisen, daß Bela Kun die von der slowakischen Front zurückgezogenen Truppen, die er in Budapest nicht brauchen kann, zu einer Offensive gegen die Rumänen benützen will.

Ein Friede mit Kun unmöglich!

Paris, 6. Juli. (Havas-Meldung.) Der Oberste Rat der Alliierten trat Samstag nachmittags zusammen und erörterte die ungarische Frage. Nach einem Meinungsaustausch wurde festgestellt, daß es unmöglich sei, mit der Regierung Bela Kuns Frieden zu schließen, und daß andererseits die Aufrechthaltung der Blockade notwendig sei.

Eine Note Kuns.

Budapest, 7. Juli. (U. T.-K.-B.) Der Volkskommissär des Aeußeren der ungarischen Räterepublik Bela Kun hat heute nachmittag durch die Wiener Gesandtschaft der ungarischen Räterepublik dem Staatssekretär für Aeußeres der deutschösterreichischen Republik Dr. Bauer folgende Note überreichen lassen:

Hochgeehrter Herr Staatssekretär! Ich muß mit Bedauern die systematische Verhetzung feststellen, die in Wien gegen den Gesandten der ungarischen Räteregierung getrieben wird, und fühle mich veranlaßt, gegen dieses Vorgehen entschiedensten Einspruch zu erheben. Gleichzeitig ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, dem Gesandten den Schutz vor Verunglimpfungen zu gewähren, der den Vertretungen befreundeter Staaten überall zuteil wird. Es bleibt vollständig Ihrem Ermessen, Herr Staatssekretär, anheimgestellt, die ungarische Gesandtschaft, falls dies Ihnen notwendig erscheint, heimlich polizeilich beobachten und belastendes Material gegen sie zusammentragen zu lassen; keineswegs kann es mir aber gleichgiltig sein, wenn verantwortliche Personen auf Grund rein subjektiver Beobachtungen subalterner Beamter gegen unsere Gesandtschaft objektive Beschuldigungen erheben und wenn Aktenstücke, die diese Beschuldigungen enthalten, der Presse in die Hände gespielt werden. Dieses vormärzliche Dokument beruht in Ansehung von Angelegenheiten, über deren wahren Stand Sie, hochgeehrter Staatssekretär, sich jederzeit zu informieren in der Lage waren, auf vollständig grundlosen Depositionen und auf den Handlungen einzelner Personen, deren Wirken und Treiben mit den Intentionen der ungarischen Räteregierung und ihrer Wiener Gesandtschaft in krassem Widerspruch stehen und mit ihnen in keinerlei Zusammenhang gebracht werden können. Es muß hiezu noch bemerkt werden, daß diese Anschuldigungen von einer Seite stammen, die mit Kenntnis der Wiener Polizei Agent provocateur-Versuche gegen die ungarische Gesandtschaft unternommen hat. Das besprochene Aktenstück läßt wohl kaum einen Zweifel darüber aufkommen, daß diese verleumderische Pressekampagne von deutschösterreichischer offizieller Seite wertvolle Unterstützung erfahren hat, ja sogar von deutschösterreichischer amtlicher Stelle direkt in Szene gesetzt wurde. Hinter dem wüsten Manöver steht die Wiener Polizei mit ihren verrosteten geistigen Waffen und mit ihrer vermorschten Ideologie. Ganz entschieden verwahre ich mich gegen jene unerhörten Angriffe, zu denen sich die Wiener Presse aus diesem Anlaß hinreißen ließ. Es kann wohl niemandem verwehrt werden, sich Dokumente anzueignen, die die angeblichen geheimen Pläne der ungarischen Räteregierung enthüllen, sich aber eines augenscheinlich gefälschten Dokumentes zu bedienen, von dessen Inhalt sowohl die Gesandtschaft wie auch die ungarische Räteregierung nur durch diese Veröffentlichung Kenntnis erlangt haben und dasselbe zum Ausgangspunkt von Verunglimpfungen niedrigster Art zu machen, steht in der Geschichte der Presse befreundeter Staaten wohl einzig da.

Sie werden es, Herr Staatssekretär, nach dem Besagten begreiflich finden, daß ich für die Förderung der gewissenlosen Preßkampagne von einer amtlichen Seite wie auch für das unerhörte Pressemanöver eine angemessene Genugtuung gewärtigen muß. Es erscheint dies umso gerechtfertigter, als nicht nur der deutschösterreichische Gesandte, sondern auch ein jeder deutschösterreichische Staatsangehörige auf dem Gebiete der ungarischen Räterepublik des weitestgehenden Schutzes teilhaftig wird. In keinem Lande erfreuen sich deutschösterreichische Staatsangehörige einer derartigen Bevorzugung den eigenen Staatsangehörigen gegenüber, wie dies in der ungarischen Räterepublik der Fall ist. Wir haben nun auch in dieser Beziehung durch den Umstand, daß sowohl der deutschösterreichische Gesandte in Budapest wie auch deutschösterreichische Staatsangehörige eine unseren Institutionen und Prinzipien gegensätzliche Haltung einnehmen, durchaus nicht beeinflussen lassen. Ihrer baldigen geschätzten Antwort entgegensehend, benütze ich diesen Anlaß, um Ihnen, hochgeehrter Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Budapest, 6. Juli 1919.

Bela Kun m. p.,
Volkskommissär der auswärtigen Angelegenheiten der ungarischen Räterepublik.

Eine Korrespondenz der ungarischen Regierung.

In Wien ist plötzlich eine „Korrespondenz Expreß" aufgetaucht, die schon dadurch merkwürdig ist, weil bei ihr nicht einmal den Vorschriften des Preßgesetzes Rechnung getragen wird, die die Angabe eines verantwortlichen Redakteurs anordnen, geschweige denn, daß sie jenes Mindestmaß von journalistischer Anständigkeit aufbringen würde, das gebietet, sich, wenn man „Informationen" vermitteln will, zu nennen. Aber es ist unschwer, zu erkennen, was sich hinter dieser sauberen oder unsauberen Korrespondenz verbirgt: eine Machination der Budapester Machthaber, die auf diese Weise die ihnen genehmen Mitteilungen in die Wiener Zeitung einschmuggeln möchten. Eine Spekulation auf die Dummheit der Wiener Presse ist aber immer eine richtige Spekulation, und so wird auch dieses Expreßgewächs, statt überall hinausgeworfen zu werden, die Möglichkeit haben, sich einzunisten ... Heute veröffentlicht die „Korrespondenz" übrigens ein Interview mit dem Präsidenten Landesberger von der deutschösterreichischen Friedensdelegation, das vom Anfang bis zum Ende eine Erfindung sind, welche Erfindung wahrscheinlich irgend unlautere Manöver der sich hinter der „Korrespondenz" bergenden Hintermänner ist. Schon das müßte ausreichen, daß sich mit dem Expreß niemand einläßt ...

Die Zeit Abend
8./VII. 1919

Ungarischer Aufmarsch gegen Niederösterreich.

Verstärkung unseres Grenzschutzes.

Wie wir bereits im Morgenblatt gemeldet haben, werden auf den nach Niederösterreich führenden Straßen seit einigen Tagen Teile der Roten Armee zusammengezogen, die von der Slowakei kommen und sich im Kampf gegen die Tschechen besonders bewährt haben. Es sind durchaus verläßliche Anhänger des Regimes Kun. Insbesondere in Altenburg und nordöstlich vom Neusiedlersee stehen bereits 4000 bis 5000 Mann rote Truppen zum Einfall in Niederösterreich bereit, darunter Kavallerie- und Maschinengewehrabteilungen. Es ist offensichtlich, daß diese Truppen zu einem eventuellen Marsch gegen Wiener-Neustadt und das Steinfeld dienen sollen.

•

Das kombinierte oberösterreichische Volkswehrbataillon, dessen Heranziehung zum Grenzschutz gegen Ungarn wir bereits am 3. d. angekündigt haben, trifft mit einem Stand von zirka 300 Mann im Laufe des heutigen Tages in Wien ein und wird über die Ostbahn nach Bruck und Sigmundsherberg weitergeleitet, wo es vorläufig verbleiben wird.

Poster Lloyd

Abendblatt
8./III. 1919

a 8 / 37

Die Ungarische Räterepublik.

Kecskemét unter der Proletarierdiktatur.

Die Stadt Kecskemét hat die vielfachen Umgestaltungen, die die Proletarierdiktatur im Interesse der Arbeitenden erfordert, zum größeren Teil schon überstanden. Die Wohnungsfrage, die öffentliche Versorgung, die Sozialisierung haben sich dem Lebensinteresse der arbeitenden Massen angepaßt. Die Wohnungsfrage bot manche Schwierigkeit, da sich die Stadtbevölkerung seit Kriegsausbruch von 70.000 auf 146.000 Köpfe vermehrt hat. Obwohl die zur Verfügung gestandenen Räume den Proletariern gegeben wurden, müssen angesichts der starken Bevölkerungszunahme und des Zustromes an Flüchtlingen aus den Gebieten jenseits der Theiß neue große Bauarbeiten ausgeführt werden. Von den Häusern der Stadt sind bisher etwa 500 in Gemeinbesitz übergegangen.

Die Fabriken sind fast ohne Ausnahme in Betrieb. Die landwirtschaftlichen Arbeiten schreiten gut vorwärts. Das Ergebnis der Getreideernte wird befriedigend sein. Beim Drusch wird strenge Kontrolle geübt; man will sich heuer nicht wieder auf Requirierungen verlassen, die noch stets mit wenig Erfolg durchgeführt worden sind. Es ist bemerkenswert, daß die versteckten Getreidevorräte massenhaft zum Vorschein kommen, seit das Mahlen nicht mehr von einer Bewilligung abhängig ist. Die Mühlen müssen Tag und Nacht arbeiten. Das städtische Verpflegsamt hat sich einen größeren Vorrat angelegt.

Kürzlich ist eine Verordnung des Beauftragten der Räteregierung für Kecskemét Franz Berkes veröffentlicht worden, die den Arbeitszwang ausspricht und jenen, die nicht arbeiten wollen oder für ihre Arbeit unmäßigen Lohn fordern, mit der Entziehung der Lebensmittel und aller Rechte droht.

Die Jeremiaden Stefan Bethlens.

Mehrere Wiener Blätter veröffentlichen heute Aeußerungen Stefan Bethlens, der jetzt im Auftrage der sogenannten Szegeder Gegenregierung in Wien weilt. Natürlich klärt Stefan Bethlen die Wiener darüber auf, daß die Lage der ungarischen Räteregierung überaus kritisch sei. In Anbetracht des Umstandes, daß die Wiener bürgerliche Presse seit dem ersten Tage des Bestandes der Räterepublik dies fortwährend in die Welt posaunt, ist es ganz zweifellos, daß das Lesepublikum Oesterreichs derartige Aeußerungen ziemlich gleichgültig entgegennimmt, um so eher, als es gar keine Anzeichen dafür erblickt, daß die Lage der Räterepublik tatsächlich erschüttert wäre. Im übrigen kann auch Stefan Bethlen die Lage der Räteregierung nicht für überaus kritisch halten, denn in einem Atem erklärt er dem Journalisten, daß die Räteregierung von ihren Machtmitteln so schonungslos Gebrauch mache, daß der Sturz des Regimes von ihnen außerordentlich schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich sei.

Stefan Bethlen erwähnt sodann den jüngsten gegenrevolutionären Putsch und erzählt dem Journalisten das Ammenmärchen, daß dieser Putsch eigentlich deshalb mißlungen sei, weil Oberkommandant Haubrich, der „im geheimen Einverständnis mit den Aufständischen gestanden sei", im entscheidenden Augenblick den Mut verloren und zu der Räteregierung abgeschwenkt sei. Aus dieser Aeußerung Stefan Bethlens geht genau hervor, daß die Szegeder Gegenregierung mit den Budapester Verhältnissen ebenso im klaren ist, wie mit der eigenen Lage. Jedenfalls geht es über die Grenzen des Zulässigen hinaus, wenn jemand den Charakter eines prinzipientreuen Mannes in so schmählicher Weise verdächtigt.

Im übrigen führt Stefan Bethlen Klage darüber, daß die Entente die Szegeder Gegenregierung noch immer nicht anerkennt, und sich noch nicht entschlossen habe, Truppen gegen die Ungarische Räterepublik zu schicken, tröstet aber den Journalisten mit der großen Neuigkeit, daß seines Wissens Frankreich, England und Amerika mit dem Kommunismus nicht sympathisieren. Mit dem Verhalten Italiens ist aber Stefan Bethlen gar nicht zufrieden. Er erzählte, nach seinen „ausgezeichneten" Informationen unterstütze Italien die Ungarische Räteregierung im geheimen.

Zum Schlusse aber, da er schon einmal beim Klagen ist, trägt er auch seinen Schmerz darüber vor, daß es der Szegeder Regierung keineswegs gelingen will, mit dem deutschösterreichischen Auswärtigen Amt in ein gutes Verhältnis zu treten. In Wien wolle man nicht einwilligen, daß die Szegeder Gegenregierung eine offizielle Gesandtschaft in Wien errichte. Bethlen findet, daß Staatssekretär Bauer nicht das geringste Interesse für die Gegenregierung beweise. Natürlich fehlt in dem Interview die Betonung der Demokratie wiederum nicht, jener Demokratie, auf der die Szegeder Gegenregierung ihre Herrschaft aufzubauen wünscht. Diese Erklärung wird die öffentliche Meinung jedenfalls mit großem Zweifel aufnehmen, gerade aus dem Munde jenes Stefan Bethlen, der während seiner unpopulären politischen Laufbahn der intransigenteste Gegner auch der geringsten Ausdehnung des Wahlrechtes war. Seine Erklärung wird daher jedermann für gewöhnlichen Unsinn erachten, wie sie denn auch nichts anderes ist. Der Schlußakkord seiner langen Litanei ist, die Entente werde sicherlich die Gegenregierung anerkennen, wenn es ihr gelingen wird, einen Teil des Gebietes Ungarns in Besitz zu nehmen. Leider konnte er die Neugierde seiner Zuhörer in der Hinsicht nicht befriedigen, für welchen genauen Zeitpunkt dies erwartet werden könne.

Das Erscheinen der periodischen Zeitschriften.

Die Administrationen der im Verlage des Volkskommissariats für Unterricht sowie der im Verlage kommunisierter Betriebe erscheinenden Zeitschriften unterstehen dem Landesrat für geistige Produkte, der auch über sie die Aufsicht übt. Der Rat kann die Administrationen dieser Zeitschriften nach Maßgabe der Notwendigkeit vereinigen. Zu diesem Zwecke sind die Administrationen verpflichtet, wenn sie hiezu aufgefordert werden, sämtliche Geschäftsbücher und sonstige Dokumente dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Basler Nachrichten

8./VII. 1919

Abt. 8

38

Deutsch-Oesterreich.

T. J. Wien, 6. Juli. Der „Neue Tag" veröffentlicht eine Kopie von den Originaldokumenten über den Plan der militärischen Eroberung Wiens durch die Budapester Räteregierung, wobei das Blatt erklärt, daß die Dokumente aus der ungarischen Gesandtschaft in Wien stammen. Den Dokumenten zufolge sollten 19,500 Mann Infanterie, Artillerie und Kavallerie mit 150 Geschützen, 200 Maschinengewehren nach einem bestimmten Plan Wien umzingeln und eine Anzahl strategisch wichtiger Punkte der Stadt besetzen. Die fremden militärischen Missionen und Gesandtschaften sollten durch terroristische Marineure umstellt werden. Der „Neue Tag" kündigt weitere Dokumente an, denen zufolge Attentate gegen fremde Gesandtschaften und Ententemissionen geplant waren. In der ungarischen Gesandtschaft befindet sich ein Lager von Handgranaten und Explosivstoffen. Bei diesem Plan habe die Budapester Regierung auf die Mitwirkung von fünf Bataillonen der Wiener Volkswehr gerechnet, die scheinbar mit Geld gewonnen werden sollten. Das Blatt veröffentlicht Originalskizzen der Ordre des Bataillo.

T. I. Wien, 5. Juli. Gestern wurde auf offener Straße bei der ungarischen Gesandtschaft ein maskierter Mann von Geheimagenten verhaftet. Laut „Neue Freie Presse" soll der Verhaftete der für Wien bestimmte ungarische Diktator Bettelheim sein.

Pester Lloyd Abend
9./VIII.1919
a 9
40

Die Ungarische Räterepublik.

Versammlung der slowakischen Arbeiter.

Die slowakische Gruppe der ungarländischen sozialistisch-kommunistischen Arbeiter hält Donnerstag, den 10. d. M., um halb fünf Uhr in Csepel im Arbeiterheim eine Sitzung ab. Referenten: Rudolf Kubis und Stefan Mokrány. Die slowakischen Mitglieder werden ersucht, in möglichst großer Zahl zu erscheinen.

An die slowakischen und tschechischen Parteimitglieder.

Die slowakischen und tschechischen Genossen, die sich in die Parteiorganisation eingeschrieben haben, mögen sich zur Uebernahme ihrer Mitgliedskarten beim slowakischen Parteisekretariat (VI., Rózsa-utca 61) melden.

Die Rote Armee.

Aufforderung!

Nachstehend angeführte gewesene Offiziere und Offiziersaspiranten usw. in der Reserve, die dem Stand des früheren 44. gemeinsamen Infanterieregiments angehörten und zur Zeit der Revolution vom Jahre 1918 teils im 44. Infanterieregiment, teils außerhalb dieses Regiments Dienst geleistet haben, sind aus dem aktiven Dienste geschieden, ohne abgerüstet zu haben oder sonstwie entlassen worden zu sein. Da die kompetente militärische Behörde von ihrem gegenwärtigen Los, beziehungsweise militärischen Verhältnis keine Kenntnis hat, werden die Genannten aufgefordert, ihr gegenwärtiges militärisches Verhältnis, beziehungsweise die Umstände, unter denen sie aus dem Militärdienst geschieden sind, behufs Evidenz dem 44. Ersatzkaderkommando (Kaposvár) mittels Korrespondenzkarte sofort anzumelden. Gleichzeitig werden die früheren Offiziere in der Reserve ersucht, Daten, die ihnen über die nachstehend Angeführten bekannt sind, diesem Kommando mitzuteilen:

1. Oberleutnants in der Reserve: Eduard Gangl, Kornel Szalágyi, Desider Schuller, Johann Boghó, Béla Berger, Ludwig Tóth, Viktor Paul, Eugen Kempfner, Alexander Sára, Alos Fehéry, Martin Rádas, Eugen Rechnitzer, Alexander Szirtes, Ferdinand Neugebauer, Josef Horváth, Eugen Lunova, Karl Oswald, Andreas Lantos, Johann Erös, Johann Schwartz, Stefan Braun, Julius Nagy, Rudolf Hoff, Edmund Regeczi, Nikolaus Gyárfás, Sigmund Csillag, Béla Boér, Josef Rickert, Dr. Franz Szegö, Theodor Ballasko, Alexander Bencsik, Ludwig Schrödl, Isaak Mann, Franz Bachrati, Dr. Eugen Székely, Josef Telkes, Julius Gallia-Branko, Julius Pigmond, Ludwig D. Albini, Max Szekfárdi, Andreas Déri, Emil Fischer, Alexander Páris, Emerich Haláß, Albert Galadalics, Leopold Steiner, Alexander Szabó, Wilhelm Gießendorf, Josef Fekete.

2. Leutnants in der Reserve: Desider Balog, Josef Budai, Anton Kauder, Johann Kassa, Stefan Gerö, Béla Csató, Eugen Faragó, Hugo Lehner, Josef Polgár, Aladár Sossories, Wilhelm Radó, Alexander Löwy, Ladislaus Széchányi, Nikolaus Révész, Karl Balla, Josef Lampert, Johann Dumbrawszky, Peter Soóki, Karl Girscht, Sigmund Kertész, Johann Posiril, Gabriel Bechine, Georg Balog, Johann Maráth, Franz Cari, Emerich Hochmann, Dr. Robert Kämpf, Desider Niedzielsky, Richard Vinzenz Dávid, Paul Darvas, Stefan Novák, Ernst Németh, Wilhelm Bokor, Ladislaus Lukics, Josef Zsigmond, Andreas Eser, Josef Dénes, Julius Füleki, Ferdinand Meininger, Karl Fábián, Otto Gál (Goldner), Walter Altmann, Stefan Ferencz, Thomas Moritz, Josef Töth, Max Michitek, Stefan Hakl, Stefan Szivós, Josef Kulcsár, Josef Kovács, Franz Hága, Stefan Pollák, Roderich Häffner, Alexander Kele, Ludwig Vycpalek, Karl Wendl, Rudolf Szegedy, Edmund Pápai, Alexander Bódis, Andreas Losos, Eduard Bartól, Ladislaus Csermák, Josef Frei, Josef Hochsteiger, Ernst Müller, Karl Böhm, Stefan Szlávik, Tibor Bonyháti, Friedrich Zerbes, Gottlieb Jezek, Andreas Vermes-Weiber, Vinzenz Varga, Georg Aldor, Géza Maki, Franz Takács, Rudolf Dorschner, Paul Vojaischek, Rudolf Zita, Ludwig Preiß, Koloman Hegyi, Johann Békefi, Ernst Martin, Ludwig Takács, Koloman Sobr.

3. Fähnriche in der Reserve: Simon Silbiger, Tibor Töth, Julius Kiss, Karl Blaha, Gustav Kuschka, Josef Heider, Iwan Bánhás, Franz Gundi, Aurel Wohl, Koloman Sághy, Adolf Princz, Max Alfred Bonisch, Anton Kohn, Desider Biró.

4. Oberärzte in der Reserve: Alexander Majnarics, Michael Galla, Nikolaus Neßtlinger, Johann Stockinger, Josef Acs, Eugen Sattler, Karl Ferdinand Greif.

5. Sanitätsleutnants: Adam Schreck, Hugo Parrag, Bálint Singer, Alexander Kuhár, Stefan Krauß, Hillarius Kende, Desider Gottlieb, Georg Nagy, Armin Weiner, Philipp Frommer.

6. Leutnantrechnungsführer: Julius Sattler, Karl Franek.

7. Feldkurate: Emerich Bucskics, Ludwig Bonis, Wilhelm Fischer.

Reichspost
9./VII. 1919

Die Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft in Wien.

Eine Demarche der fremden Staatenvertretungen in Wien.

Wir erfahren:

In den letzten Tagen hat ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen den Wiener und neutralen Gesandtschaften und den Regierungen der einzelnen in Wien diplomatisch vertretenen Staaten stattgefunden, welche sich auf das genaueste unterrichten lassen wollten über die Art und den Fortgang der bolschewikischen Agitation in Wien. Es steht fest, daß alle Fäden dieser Propaganda in der Wiener Gesandtschaft der Budapester Räteregierung zusammenlaufen. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Gesandtschaften eigene Anweisungen von ihren Regierungen erhalten werden, wie sie sich gegenüber der dem internationalen Recht widerstrebenden Tätigkeit der Vertreter der Budapester Räteregierung zu verhalten haben.

Während die auswärtigen Diplomaten auf das eifrigste die Lebensmittelversorgung von Wien betreiben sucht die sogenannte ungarische „Gesandtschaft" Ordnung und Ruhe in Wien, die Voraussetzungen jeder vernünftigen Versorgung, zu stören. Dagegen werden die hiesigen Gesandtschaften über Auftrag ihrer Regierungen einen Protest einlegen, der voraussichtlich dem Staatsamt für Aeußeres überreicht werden wird. Das Wiener diplomatische Korps will in keiner Weise die Herren aus der Bankgasse als rechtmäßige diplomatische Mission anerkennen.

In dieser Form wird der Protest der auswärtigen Staaten zugleich einer ernsthaften Demarche gleichkommen.

Pester Lloyd

9/VII. 1919

Die Ungarische Räterepublik.

Das Urteil in Sachen des gegenrevolutionären Putsches.

Nach fast zweiwöchiger Verhandlung hat das Standgericht das Urteil über die wegen des mißlungenen gegenrevolutionären Putschversuches angeklagten Personen verkündet. Das Standgericht hat auch die Urteile des einstweiligen Blutgerichtshofes überprüft, der in der Nacht des 22. Juni, des Ausbruches des Putsches, fungiert hatte. Die Urteile dieses Gerichtes wurden auf Grund neuerer Feststellungen abgeändert.

Ohne Urteil wurde das Verfahren gegen etwa fünfzig Belastete eingestellt.

In Sachen der dem Gericht vorgeführten 402 Angeklagten ist folgendes Urteil gefällt worden:

Elf Angeklagte wurden zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Ein Angeklagter erhielt drei Jahre schweren Kerker.

Zu Zwangsarbeit wurden verurteilt:

sechs Angeklagte lebenslänglich,

acht auf 15 Jahre,

zehn auf 10 Jahre (von diesen wurde bei einem die Strafe bedingt ausgesetzt und sie wird nur dann vollstreckt, wenn gegen ihn eine neuere gegenrevolutionäre Anklage erwiesen würde),

sechs zu 5 Jahren (bei einem mit bedingter Aussetzung),

fünf zu 3 Jahren,

neun zu 2 Jahren (bei dreien mit bedingter Aussetzung),

einer auf anderthalb Jahre,

zwanzig zu einem Jahr (von denen bei elf Angeklagten das Urteil bedingt ausgesetzt wurde)

und einer auf 6 Monate.

Zur Internierung wurden verurteilt:

vier Angeklagte

zur Erziehungsarbeit in der Internierung.

254 Angeklagte (die Zöglinge der Ludovika-Akademie).

Freigesprochen und sofort auf freien Fuß gestellt wurden 66 Angeklagte.

Das Standgericht hat die Urteile zum größten Teil schon am verflossenen Samstag und die Todesurteile heute vormittag 10 Uhr den Angeklagten verkündet.

Die Regelung des Verkehrs in den Grenzgebieten.

Der Leiter der Hauptsektion für öffentliche Versorgung des Volksrates für Wirtschaftswesen hat heute zur Regelung des Verkehrs in den Grenzgebieten eine Verordnung ausgegeben. Im Sinne dieser Verordnung bildet die Abwicklung dieses Verkehrs ausschließlich die Aufgabe der von der Hauptsektion entsendeten Delegierten. Jede Einmengung in ihren Wirkungskreis berührt wichtige Staatsinteressen, und ebendeshalb ist jede solche Einmengung in den Verkehr strengstens verboten. Damit die Lebensmittel nicht in unberufene Hände gelangen, verbietet der Leiter der Hauptsektion jedermann, der nicht eine vom Armeeoberkommando vidimierte Legitimation vorweisen kann, das Betreten des Operationsgebietes. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf die nicht im Dienste stehenden Eisenbahner und deren Familien. Auch der Bevölkerung des Operationsgebietes ist es streng untersagt, Schweineprodukte und solche Produkte der öffentlichen Versorgung zu erstehen, die die Organe der Hauptsektion für die Zwecke der Volksernährung angekauft haben. Dieses Verbot bezieht sich auf militärische Formationen, Beschaffungsgruppen und auch auf sonstige Behörden. Das Uebertreten dieses Verbots wird vom Revolutionsgericht geahndet; es werden aber auch diejenigen bestraft, die die Organe der Hauptsektion, anstatt sie zu unterstützen, in ihrer Arbeit behindern. Die Direktorien der betreffenden Bezirke sind verpflichtet, den Delegierten in jeder möglichen Weise an die Hand zu gehen.

Das Erscheinen der periodischen Zeitschriften.

Mit Rücksicht auf den großen Papiermangel darf im Sinne einer Verordnung des Volkskommissariats für Unterrichtswesen vom 25. Juli an nur derjenige eine periodische Zeitschrift herausgeben, der hiezu vom Landesrat für geistige Produkte eine Bewilligung erhält. Auch zum Erscheinen nach dem 15. Juli der schon bestehenden Blätter ist eine solche Bewilligung notwendig. Um diese Bewilligung muß schriftlich angesucht werden. Die Verordnung führt detailliert die Erfordernisse der Gesuche an. Für die Einhaltung der Verordnung sind die Herausgeber, der verantwortliche Redakteur des Blattes und der Eigentümer, beziehungsweise der Produktionskommissär der Druckerei, die das Blatt herstellt, verantwortlich.

Die Administrationen der im Verlage des Volkskommissariats für Unterricht sowie der im Verlage kommunisierter Betriebe erscheinenden Zeitschriften unterstehen dem Landesrat für geistige Produkte, der auch über sie die Aufsicht übt. Der Rat kann die Administrationen dieser Zeitschriften nach Maßgabe der Notwendigkeit vereinigen. Zu diesem Zwecke sind die Administrationen verpflichtet, wenn sie hiezu aufgefordert werden, sämtliche Geschäftsbücher und sonstige Dokumente dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Die Kontrolle der Vereine.

Im Sinne einer Verordnung des Volkskommissariats für Inneres ist jeder Verein, der nicht dem Verbande des Gewerkschaftsrates angehört, verpflichtet, binnen 14 Tagen mit Unterbreitung seiner Statuten über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten. Der Bericht ist der Präsidialabteilung des Volkskommissariats für Inneres zu unterbreiten. Das Volkskommissariat wird jene Vereine, die diese Anmeldung unterlassen, auflösen.

Mitteilungen des deutschen Parteisekretariats.

Donnerstag, den 10. Juli, abends 6 Uhr findet im Saale des Marx-Lenin-Hauses ein Vortrag statt über „Kunst und Literaturprobleme des Proletariats". Referent Nikolaus Schmidt. Alle Mitglieder werden gebeten, zu erscheinen.

Das deutsche Parteisekretariat veranstaltet einen sechswöchigen deutschen Agitationskurs.

Zur Ausbildung deutscher Agitatorinnen für die Agitation beginnt am 15. Juli ein Agitatorinnenkurs. Alle diejenigen, die an diesen Kursen teilnehmen wollen, haben sich im deutschen Parteisekretariat, VI., Rózsa-utca 61, I. 11, täglich von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends zu melden.

Versammlung der slowakischen Arbeiter.

Die slowakische Gruppe der ungarländischen sozialistisch-kommunistischen Arbeiter hält Donnerstag, den 10. d. M., um halb fünf Uhr in Csepel im Arbeiterheim eine Sitzung ab. Referenten: Rudolf Kubis und Stefan Mokránn. Die slowakischen Mitglieder werden ersucht, in möglichst großer Zahl zu erscheinen.

An die slowakischen und tschechischen Parteimitglieder.

Die slowakischen und tschechischen Genossen, die sich in die Parteiorganisation eingeschrieben haben, mögen sich zur Uebernahme ihrer Mitgliedskarten beim slowakischen Parteisekretariat (VI., Rózsa-utca 61) melden.

Die Zeit Abend
10./VII. 1919

A
10
44

Gesandter Czobel abgereist.

Aus Kreisen der ungarischen Gesandtschaft erfahren wir:

Die ungarische Räteregierung hat den Volkskommissär für Justizwesen Dr. Peter Agoston, den früheren Volkskommissär für Aeußeres, nach Wien zur Untersuchung der Gründe, die zur Trübung der Beziehungen zwischen der Wiener ungarischen Gesandtschaft und dem deutschösterreichischen Staatsamt für Aeußeres geführt haben, entsendet.

Dr. Agoston ist bereits in Begleitung seines Sekretärs Dr. Steinitz in Wien eingetroffen und dürfte sich noch im Laufe des heutigen Tages mit dem hiesigen Staatsamt des Aeußern in Verbindung setzen.

Gesandter Dr. Ernst Czobel hat sich, einer Aufforderung des Volkskommissärs für Aeußeres Folge leistend, nach Budapest begeben, um dort Bericht über die Angelegenheit zu erstatten. Eine Rückkehr des Dr. Czobel wird uns auf der ungarischen Gesandtschaft als äußerst unwahrscheinlich bezeichnet.

Die Zeit 10/VII Abendbl. 1919 45

Die Abberufung des Gesandten Czobel.

Unter dem Drucke der Entente.

Die Note des Staatssekretärs Dr. Bauer an die ungarische Räteregierung, in der die Abberufung des ungarischen Gesandten Czobel verlangt wird, hat in allen politischen Kreisen die größte Genugtuung erweckt. Man bedauert nur, daß nicht zugleich ein vollständiger Wechsel im Personal der ungarischen Gesandtschaft verlangt werden kann, da zweifellos nicht nur der Gesandte, sondern auch das Gesandtschaftspersonal an den kommunistischen Umtrieben in Wien Mitschuld trägt. Die Festigkeit, die Dr. Bauer endlich gegen die ungarische Räteregierung zeigt, wird auch das gute Verhältnis der Parteien zur Regierung stärken. Auch in den Ländern, die ja vielfach nur wegen der kommunistischen Umtriebe von Wien immer mehr abrückten, wird das Vorgehen Dr. Bauers einen guten Eindruck machen. Dieser Hauptgrund der Losreißungstendenzen fällt nun weg.

Eine parlamentarische Korrespondenz meldet, daß der Schritt gegen die Kommunisten und gegen den Gesandten Czobel unter dem Drucke der Entente erfolgte, deren Missionen dem Auswärtigen Amt vertrauliche Winke geben ließen, daß die Duldung der bolschewikischen Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft nicht länger mehr mit angesehen werden könne.

Pester Lloyd

Abend
10./VII. 1919

D
10
46

Die Ungarische Räterepublik.

Reorganisierung des Volkskommissariats für Aeußeres.

Der erste Schritt auf dem Wege, die alte Bourgeoisieverwaltung durch eine proletarische zu ersetzen, ist im Volkskommissariat für Aeußeres getan worden. Volksbeauftragter für Aeußeres Béla Kun hat nämlich folgende Verordnung herausgegeben:

Angesichts dessen, daß die Kommune einer guten und wohlfeilen Verwaltung bedarf, wünsche ich eine funktionsfähige Amtsorganisation zu schaffen, die ihre Bezahlung auch verdient. Zu diesem Zwecke hebe ich die Anstellung der unten Angeführten bei dem Volkskommissariat für Aeußeres mit heutigem Tage auf. Bezüglich der Diensteinteilung der Verbleibenden werde ich mit besonderer Verordnung verfügen. (Folgen mehr als hundert Namen.)

Kun m. p.

Außerdem erließ Volksbeauftragter Kun nachstehende Zirkularverordnung:

Anläßlich der Reorganisation des Volkskommissariats für Aeußeres, beziehungsweise der Neueinteilung der zurückbleibenden Angestellten verfüge ich, daß sämtliche Angestellten nach Beendigung der Reorganisierungsarbeiten, beziehungsweise bei Uebernahme ihres neu festgesetzten Arbeitskreises eine Erklärung mit nachfolgendem Text zu unterfertigen haben:

„Erklärung. Ich, endesgefertigter Angestellter des Volkskommissariats für Aeußeres, verpflichte mich ehrenwörtlich, die Interessen und den Vorteil der Ungarländischen Räterepublik mit allen meinen Kräften zu fördern zu trachten, mich den Verordnungen und Verfügungen der Räteregierung und des Volkskommissariats, sowie der übrigen revolutionären Behörden zu unterwerfen, den Feinden und Angreifern der Räterepublik und der Proletarierdiktatur mit allen Mitteln, nötigenfalls auch mit bewaffneter Hand, entgegenzutreten. Meine Stellung und mein Amt werde ich nicht benützen, um irgend welche Vorteile oder Vorrechte zu erlangen."

Die künftig in den Dienst des Volkskommissariats für Aeußeres tretenden Angestellten haben diese Erklärung bei ihrer Aufnahme zu unterfertigen.

Kun m. p.

Die Einstellung des Hamsterns.

Die zentrale Beschaffung der Lebensmittel bildet ein Interesse des Proletariats. Die Beschaffung und die entsprechende Verteilung der Lebensmittel wieder erheischt die definitive Einstellung der individuellen Warenbeschaffung (Rucksackverkehrs). Dazu bedarf es einer Brachialbereitschaft, die aus selbstbewußten, energischen und unnahbaren Arbeitern besteht.

Im Einvernehmen mit dem Budapester Stadtkommando fordern wir die Arbeiterräte der Fabriken auf, aus den Fabriksarbeiterbataillonen hiezu geeignete Mitglieder namhaft zu machen und deren Namensliste unverzüglich dem Leiter der Verpflegssektion des Volksrates für Wirtschaftswesen Stefan Kulcsár (Eskütér 1) zu unterbreiten.

Die Rote Armee.

Meldung russinischer Roter Soldaten.

Das Oberkommando der russinischen Roten Gardedivision fordert die Roten Soldaten Michael Markovits, ehemals Stürmer im 11. Honvédinfanterieregiment, und Johann Alboh, ehemals Infanterist des 65. Infanterieregiments, gebürtig aus Munkács, auf, sich zur Einrückung unverzüglich bei der Sektion für Heerwesen des Volkskommissariats für die Rußka-Krajna (VIII., Esterházygasse 40) zu melden.

Die Zeit 12/VII 1919

Die Millionen der ungarischen Gesandtschaft.

In den nächsten Tagen dürfte die Urteilsfällung in Angelegenheit der aus der ungarischen Gesandtschaft geraubten 135 Millionen, beziehungsweise jenes Teilbetrages von 69 Millionen bei dem Wiener Landesgericht erfolgen, der von der Wiener Polizei seinerzeit sichergestellt, jedoch auf Einschreiten der Oesterreichisch-ungarischen Bank bei der Staatskasse deponiert und unter Sperre gesetzt wurde. Wie erinnerlich, hat gegen die Verfügung des Bezirksgerichtes Innere Stadt, womit zur Sicherung des angeblichen Anspruches der Oesterreichisch-ungarischen Bank der Betrag unter Sperre gesetzt wurde, die ungarische Gesandtschaft Widerspruch erhoben. Das Bezirksgericht hat jedoch in einer am 5. Juni erfolgten Entscheidung den Beschluß gefaßt, die Verfügung betreffend die Sperre aufrechtzuerhalten und nur die Oesterreichisch-ungarische Bank zur Leistung einer Kaution im Betrage von 5 Millionen Kronen zu verpflichten. Außerdem wurde die Oesterreichisch-ungarische Bank verpflichtet, ihren Anspruch im Klagewege bis zum 15. Juni geltend zu machen. In einer am 13. Juni bei Gericht eingebrachten Eingabe erklärte jedoch die Bank, daß es ihr bisher nicht möglich ist, die zur Begründung des Klageanspruches erforderlichen Beweismittel zu beschaffen, daß sie jedoch zuversichtlich hoffe, rechtzeitig in die Lage zu kommen, die notwendigen Behelfe zu beschaffen. Die Bank bat deshalb um eine dreimonatige Frist bis 15. September 1919 zur Einbringung der Klage. Andererseits hat die ungarische Gesandtschaft in Wien, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Viktor Lefford, gegen den Beschluß des Bezirksgerichtes Innere Stadt einen Rekurs eingebracht, der nun das Landesgericht als zweite Instanz beschäftigt. Entsprechend der prinzipiellen Bedeutung des Rechtsfalles wurden die Akten auch im Staatsamt für Justiz einer Prüfung unterzogen. In ihrem Rekurs ficht die ungarische Gesandtschaft den Beschluß als ungesetzlich an und begehrt die Aufhebung der einstweiligen Sperrverfügung über die 69 Millionen. Der Rekurs betont, daß die einstweilige Verfügung des Gerichtes, die durch die ungarische Gesetzgebung ausgesprochene Sozialisierung der Hauptanstalt der Oesterreichisch-ungarischen Bank in Budapest, also einen gesetzgeberischen Akt eines fremden Staates verletzt, und will eine fremde Staatshoheit der deutschösterreichischen Gerichtsbarkeit unterwerfen. Die Verfügung ist daher völkerrechtswidrig und nichtig. Nach österreichischem Gesetz ist die Verfügung auch ungesetzlich, weil ein fremder Staatsakt der österreichischen Gerichtsbarkeit entzogen ist. Der Rekurs weist darauf hin, daß Ungarn bisher das Eigentum der Republik Deutschösterreich und der deutschösterreichischen Staatsbürger in besonderem Maße geschützt hat. Die ungarische Gesandtschaft muß daher entschieden auf jene Konsequenzen hinweisen, die nach völkerrechtlichen Grundsätzen den deutschösterreichischen Staatsbürgern durch ungesetzliche Maßnahmen der deutschösterreichischen Regierung, beziehungsweise der deutschösterreichischen Gerichte erwachsen müssen. Ebensowenig wie Ungarn in fremde Rechte eingegriffen hat, wird es einen Eingriff in das Gebiet der einheimischen ungarischen Gesetzgebung dulden und solche Eingriffe mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpfen, ebenso wie es andere Staaten tun würden, gegen die Deutschösterreich denselben Weg einschlagen würde. Der Prozeß ist daher von weittragender außerordentlich ernster Bedeutung nicht für Ungarn, sondern für Deutschösterreich.

Die ungarische Gesandtschaft betont, daß die beschlagnahmten 69 Millionen Kronen ungarischer Staatsgelder zur Zahlung von in Deutschösterreich getätigten Warenkäufen bestimmt waren. Die infolge der Beschlagnahme herbeigeführte Unmöglichkeit der Erfüllung hat zur Stornierung von Verträgen, Verfall von Angeldern, Reugeldern, Zinsenverlusten u. dgl. geführt. Die daraus erwachsenen unmittelbaren Schäden betragen laut einer der Oesterreichisch-ungarischen Bank bereits übermittelten detaillierten Aufstellung vorläufig 15 Millionen. Hierzu kommt noch eine gewaltige Summe von mittelbaren Schäden. Die Aufstellung dieser mittelbaren Schäden (Verringerung der Produktion, des Eisenbahnverkehrs, Schädigung der Landwirtschaft usw.) wird durch eine besondere ungarische Kommission erfolgen. Die vorläufig ermittelten Schäden betragen annähernd mehr als 900 Millionen Kronen.

Der Rekurs bestreitet weiter die Zulässigkeit der Sperrverfügung mit Berufung auf die Exekutionsordnung, weil keine der gesetzlichen Voraussetzungen vorliegt, weder ein nach österreichischem Privatrecht gegebener Eigentumsanspruch seitens der Bank, weder irgendeine Bescheinigung des Anspruches, noch die Glaubhaftmachung einer Gefährdung. Schließlich betont der Rekurs, daß die ungarische Gesandtschaft sich ausdrücklich die Geltendmachung aller dem ungarischen Staate aus der Beschlagnahme erwachsenen Schadenersatzansprüche gegen die Oesterreichisch-ungarische Bank und den deutschösterreichischen Staat vorbehält. Für den Fall, als das Rekursgericht wider Erwarten die einstweilige Verfügung aufrechterhalten sollte, verlangt der Rekurs der Gesandtschaft die Stellung einer Kaution von 100 Millionen Kronen durch die Oesterreichisch-ungarische Bank.

In juridischen Kreisen sieht man dem Urteil mit großem Interesse entgegen.

Pester Lloyd Abendblatt
15./VIII. 1919

A 15/49

Die Ungarische Räterepublik.

Ueber die Korruption

schreibt Volksbeauftragter Eugen Varga in der heutigen Nummer der Népszava beherzigenswerte Worte. Er will nicht mißverstanden werden, wenn er außer den Anhängern des alten Regimes auch die Pöbelbourgeoisie der neuen Ordnung offen des Herbertismus und des Nepotismus, des Panamismus und der sittlichen Verseuchtheit anklagt. Nur wurde während des alten Regimes die Korruption einfach institutiv gehandhabt; die heutige allerdings in ihren Massen viel kleinere Korruption ist anarchisch und infiziert die öffentliche Meinung noch ärger als die alte moralische Angesteckt-heit. Es fehlt das sittliche Hochplateau, und der moralische Verfall des alten kapitalistischen Staates wird hinüberverschleppt in den neuen Staat, in dem die Proletarier ihre Amtsgewalt ebenso mißbrauchen, wie ehemals die Bourgeois. Dies sei eine Wahrnehmung, die bei allen gesellschaftlichen Schichten zu machen sei, in der Hauptstadt und in der Provinz, bei Beamten, Aerzten, Angestellten usw. Kein Wunder, wenn sich unter solchen Umständen der Hefe und dem Abhub der Bourgeoisie ein vortreffliches Betätigungsfeld biete. Hiegegen gibt es nur eine Hilfe: jeder anständige Mensch muß, ohne die Mühe zu scheuen, mit dazu beitragen, die Unanständigen, die Verlotterten, die Verkommenen, die moralisch Infizierten öffentlich an den Pranger zu stellen. Hiedurch erweist er der Diktatur des Proletariats einen ausgezeichneten Dienst und trägt dazu bei, das Wort Lenins zu verwirklichen, nach dem die Läuse und die Blutegel der Revolution von dem Leibe des Proletariats abgekratzt werden müssen. Schließlich ruft der Verfasser des Aufsatzes jeden anständigen Menschen ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und der Parteistellung in diesem Kampfe zu Hilfe.

Wiener-Stimmen
15./III. 1919

Die Paßfolter im Prater.

Wie in Wien Deutschösterreicher durch die tschechoslowakische Gesandtschaft behandelt werden.

Den „Wiener Stimmen" wird geschrieben: Bekanntlich werden die Reisepässe der Deutschösterreicher aus fast allen Bezirken Wiens im Gasthause Svec im Prater vidiert. Es gehört eine Engelsgeduld und ein Zeitraum von 4 bis 5 Tagen dazu, bis man dieses Visum bekommt. Nach erstmaligem Vormerken erscheint man an dem von einem Wachmanne bestimmten Tage mit dem, mit den nötigen Dokumenten belegten deutschösterreichischen Reisepaß zeitig früh bei der Paßstelle. Durch auffallend langsames Arbeiten der Paßstelle und infolge der jetzt begreiflich großen Reisefrequenz stehen auf dem von den Wachleuten verfaßten Namensverzeichnissen Hunderte von Parteien.

Am bestimmten Tage erscheinen meist mit den ersten Elektrischen 150 bis 200 Vorgemerkte und besetzen in der Reihenfolge des Erscheinens den Vorgarten des Gasthauses. Um halb 8 Uhr erscheinen zwei Wachleute. Dann beginnt das Exerzieren mit den Parteien. Kommando: Alles aus dem Garten hinaus! Es wird vorgelesen! Aufstellung zu zwei! Front gegen den Eingang zum Saale!" Unter den Angekommenen befinden sich Personen aller Stände, Beamte, die sich zur Einholung des Visums einen Tag Urlaub erbitten müssen, Frauen mit Kindern, welche noch zu einer ärztlichen Ordination erscheinen müssen, Arbeiter, welche zu diesem Zwecke auf den Tagesverdienst verzichten müssen, Kranke und Invalide. Sofort nach der Aufstellung beginnt die zweite Verlesung, wobei die Identität auf Grund des Reisepasses ganz überflüssigerweise festgestellt wird. 1/4 9 Uhr beginnt der Einlaß, es wird zum dritten Male vorgelesen, man bekommt von einem Soldaten einen Nummerzettel und befindet sich endlich im Vorraume des Amtslokales.

Der Einlaß geschieht von zehn zu zehn Nummern, welche äußerst selten eingehalten werden. Die Ueberprüfung des Passes geht mit einer Genauigkeit vor sich, die an russische Gebräuche in den Nihilistenzentren stark erinnert. Nach langem Schwanken zwischen ja und nein wird der Paß vom Referenten dem Schreiber übergeben. Nach Anfertigung der Klausel kommt der Paß zur Unterschrift des Herrn Vorstandes. Dieser überprüft alle Daten samt Dokumenten neuerdings noch gründlicher als die Referenten, denen er nicht zu trauen scheint. Die Parteien, oft harmlose junge Mädchen, werden von ihm vorgerufen, neuerdings ausgefragt und können endlich nach Bezahlung der Taxe das Lokal verlassen.

In vier Stunden werden auf diese Weise kaum 60 bis 70 Pässe vidiert, während hundert noch draußen warten!

In der Zwischenzeit erscheinen durch andere Eingänge einzelne Wachleute (täglich acht bis zehn Mann), anscheinend um die Pässe von „Persönlichkeiten" dem Herrn Vorstande zu überreichen. Zu wünschen wäre aber, daß der Anfangsdiplomat, der da als Vorstand fungiert, wenigstens einmal durch einen Ausblick ins Vorzimmer sich überzeugen möchte, wie viele Berücksichtigungswürdige dort warten, die eine raschere Abfertigung nötig haben.

Punkt 12 Uhr Samstag wird Schluß gemacht. Niemand wird mehr vorgelassen.

Trotz Vormerkung, fünfstündigem Warten heißt es, am Montag kommen. Auf diese Weise wollen uns die Tschechen in Wien wohl den „Kriegszustand" mit Deutschösterreich fühlen lassen. Mag die Union tausendmal die Gleichberechtigung der Völker zum Ausgleich predigen und Dr. Renner in St.-Germain tausendmal behaupten, daß wir uns mit keinem der Sukzessionsstaaten im Kriegszustand befinden, beim Dr. Veterka am Lobkowitzplatz und beim Svec im Prater dauert der Kriegszustand mit den lieben Wienern weiter. Da erzählt uns ein Teil der Presse täglich von „politischer Annäherung". Müssen wir uns in Wien solche Zustände gefallen lassen? Gibt es keine Möglichkeit zu Gegenmaßnahmen? Die jüngsten blutigen Vorfälle im Arsenal lassen vermuten, daß Deutschösterreich mit seinen Paßbewilligungen an Tschechen weit unvorsichtiger ist.

Pester Lloyd Abendblatt
17./VII. 1919

a
17
53

Die Ungarische Räterepublik.

Népszava über die Szegeder Gegenregierung.

Wir haben in unserem Morgenblatt die Insinuation der Wiener Blätter zurückgewiesen, als ob der Wechsel in der Leitung der Szegeder gegenrevolutionären Regierung darauf zurückzuführen wäre, daß zwischen der Szegeder Regierung und den ungarischen Sozialdemokraten Verhandlungen im Zuge wären, die ein Zusammenwirken mit einem bürgerlichen Kabinett bezwecken.

Népszava, das bis zum 21. März das amtliche Organ der ungarländischen sozialdemokratischen Partei war, schreibt hierüber folgendes:

„Gegenüber den durchsichtigen Lügen der Wiener bürgerlichen Presse stellen wir fest, daß die Nachricht, als ob irgendein nennenswertes Mitglied der ungarländischen sozialdemokratischen Partei mit dem Szegeder Marionettenkabinett sich eingelassen hätte oder sich einlassen würde, eine nichtswürdige Verleumdung, niederträchtige Insinuation und elender Betrug ist. Die ungarländische sozialdemokratische Partei hat sich aufrichtig, ehrlich, ohne Vorbehalt und Hintergedanken auf den Standpunkt der Diktatur des Proletariats gestellt. Diese Partei existiert nicht mehr. Sie hat ehrenvoll und in strahlender Reinheit ihren Beruf in der Arbeiterbewegung erfüllt, und wir werden stets stolz darauf sein, daß wir an der Spitze der Arbeiterschaft diese reine Fahne geschwungen haben. Wir mußten aber einsehen, daß in der gegebenen Lage, in der gegebenen Phase der Entwicklung der Revolution die Demokratie zum Sozialismus nicht führen konnte, sondern nur die Diktatur des Proletariats. Aufrichtig, ohne Vorbehalt haben wir uns die Methode der Diktatur zu eigen gemacht. Genosse Weltner hat Dienstag in der Sitzung des leitenden zentralen Ausschusses folgendes erklärt: „Es ist jeder wahnsinnig, der da glaubt, daß die kommunistische Regierung durch eine sozialdemokratische Regierung abgelöst werden kann." Eine sozialdemokratische Partei gibt es nicht, es gibt nur eine ungarländische Partei der sozialistisch-kommunistischen Arbeiter. Wenn jemand in Szeged im Namen der Sozialdemokraten verhandelt, so ist er ein Betrüger, oder aber ist Desider Abrahám ein Betrüger, wenn er in Wien schreiben läßt, daß ein gewesener Sozialdemokrat sich mit ihm eingelassen habe. Nach der Diktatur des Proletariats gibt es kein Zusammenwirken der Klassen mehr, nach der bauenden Arbeit des Sozialismus kann, wenn auch inzwischen Fehler begangen worden wären, ein Sozialist oder ein Sozialdemokrat an der Wiederherstellung des Kapitalismus nicht mitwirken, nach der Proklamierung des Rätesystems kann nicht eine Nationalversammlung einberufen werden. Die bürgerlichen Politiker können ihren prinzipiellen Standpunkt verändern, sie können ihr Programm ausschalten oder preisgeben, die Politiker der Arbeiter sind indessen für derartiges nicht zu haben. Desider Abrahám kann Ministerpräsident in Szeged sein, die Wiener Blätter können über Verhandlungen lügen, aber ein selbstbewußter Arbeiter wird nicht Mitglied der Szegeder Regierung sein. Weder ein früherer Kommunist, noch ein früherer Sozialdemokrat."

Pester Lloyd Abendblatt
23. VII. 1919

a 23
57

Verbot des Lebensmittelhamsterns.

Budapest, 23. Juli.

Die Hauptabteilung für öffentliche Versorgung des Volksrates für Wirtschaftswesen hat in Angelegenheit ihres Verbotes des Hamsterns die folgende Verordnung erlassen:

Von zwölf Uhr nachts des 26. Juli 1919 beginnend setzen wir sämtliche bisherigen auf den Transport von Lebensmitteln in Handgepäck (Hamstern) bezughabenden Verordnungen außer Kraft. Ueber diesen Termin werden wir das Hamstern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf das strengste verhindern, sowie auch den Unfug, daß einzelne durch Aneignung der Lebensmittelvorräte sich zum Schaden der Gesamtheit der Arbeitenden eine exzeptionelle Versorgung schaffen.

Es ist daher jedermann **verboten, irgendwelche Lebensmittel** auf der Eisenbahn, per Schiff oder auf einem sonstigen Vehikel **als Handgepäck**, Paket oder auf irgendeine sonstige Weise **ohne Bewilligung zu transportieren.** Als einzige Ausnahme gilt der als dreitägige Wegzehrung dienende Lebensmittelvorrat, der nicht unter dieses Verbot fällt. Wir machen jedermann aufmerksam, **sich im eigenen Interesse vom Hamstern fernzuhalten.** Niemand möge mit der Absicht des Hamsterns reisen, niemand kaufe und transportiere Lebensmittel zu diesem Zweck, weil die angekauften, beziehungsweise transportierten Lebensmittelvorräte durch die auf den Zügen wirkenden ambulanten Wachen, in den Zwischenstationen sowie in den Budapester Bahnhöfen aber durch die die Kontrolle leitenden und zu diesem Zwecke aus den Fabriks- und Betriebsarbeiterbataillonen eigens organisierten Brachialerposturen **unbedingt konfisziert werden.** Die konfiszierten Lebensmittelvorräte werden aber niemand zurückgegeben, denn sie dienen für Zwecke der öffentlichen Versorgung.

Wir haben gleichzeitig sämtliche Provinzdirektionen angewiesen, auf das strengste zu verbieten und schonungslos zu verhindern, daß Fremde aus dem Gebiete ihres Bezirkes, beziehungsweise ihrer Gemeinden ohne vorschriftmäßige Bewilligung in welcher Weise immer, daher auch in Handgepäck Lebensmittel ausführen können. Lebensmitteltransportzertifikate kann **nur die Hauptabteilung für öffentliche Versorgung** des Volksrates für Wirtschaftswesen ausstellen. An **Privatpersonen** werden solche Zertifikate **unter keinerlei Umständen ausgefolgt.** Nur jene Transportzertifikate sind gültig, die die Unterschrift und das Amtssiegel des Leiters der Hauptabteilung für öffentliche Versorgung oder dessen Stellvertreter enthalten. Demnach ist jedes Transportzertifikat **ungültig**, das durch eine andere Zivil- oder Militärbehörde, durch Versorgungsinstitutionen und Organe von Fabriks- und sonstigen Belegschaftsgruppen ausgestellt wurden.

Pester Lloyd
24./VIII. 1919

24
58

Die Ungarische Räterepublik.

Die Umtriebe der gegenrevolutionären Regierung.

Budapest, 23. Juli.

Aus Wien und Bukarest gehen uns in der Nachtstunden zwei Telegramme zu, die geeignet wären, die gegenrevolutionäre Regierung vollständig zu charakterisieren, wenn man diese albernen Herrschaften auch ohnehin in ganz Sowjetungarn nicht zur Genüge kennen würde. In der Oeffentlichkeit arbeiten sie mit den Schlagworten des Liberalismus und der Demokratie und wollen die Arbeiterschaft durch den Mißbrauch mit der Bezeichnung Sozialdemokratie ködern, im geheimen schüren sie den unverschämtesten Rassenhaß und bereiten Pogrome vor. Einen Teil der Bevölkerung wollen sie mit dem Losungswort der territorialen Integrität für sich gewinnen, während sie zu gleicher Zeit dem rumänischen Armeeoberkommandanten Mardarescu Ovationen bereiten, zu Ehren der rumänischen Offiziere Bankette veranstalten und an die Hilfe und Bereitwilligkeit der Entente appellieren. Pogrom und Vaterlandsverrat reichen sich brüderlich die Hand. Mit solchen niederträchtigen, schnöden Mitteln hoffen die Szegeder Abenteurer die Seele der ungarischen Arbeiterschaft zu vergiften. Das wird ihnen nie gelingen. Das ungarische Proletariat wendet sich weiterhin mit Verachtung von dieser Gesellschaft, der sie vor vier Monaten für immer den Laufpaß gegeben hat, ab.

Die beiden Telegramme lauten:

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 23. Juli.

Der Abend veröffentlicht einen Aufruf, den auf Veranlassung der ungarischen gegenrevolutionären Regierung in Szeged hier in der Druckerei der Reichspost hergestellt wurde. Zettel mit diesem Aufruf sollen massenhaft verbreitet werden. Aus dem Aufruf geht hervor, daß die ungarische gegenrevolutionäre Regierung Hand in Hand mit den bürgerlichen Pogromhetzern arbeitet. Der Abend bemerkt dazu: Man darf mit Spannung den Entschlüssen entgegensehen, die die deutschösterreichische Regierung in diesem Falle fassen wird. Sie hat gestern die Pflicht der Neutralität bei Waffenlieferungen betont. Diese Pflicht gilt auch für vergiftete Waffen. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft, die am Montag neuerlich ihren Willen gezeigt hat, werde derlei Umtriebe nicht dulden.

Der Aufruf, der in ungarischer Sprache abgefaßt ist, lautet:

„Ungarische Brüder! Fünf Jahre lang haben wir uns mit der ganzen Welt herumgeschlagen. Nach fünfjährigen Leiden sind uns die Budapester Juden an den Hals gekommen, die sich während des Krieges in ihren Häusern verborgen hielten, und saugen uns jetzt unseren letzten Blutstropfen noch aus. Sie haben unser Vaterland, uns selbst und unser alles vernichtet. Sie haben das Land und das arbeitende ungarische Volk ausgeraubt. Sie wissen nun, daß ihre letzte Stunde geschlagen hat. Sie wollen jetzt in Sicherheit kommen. Die Macht wollen sie jüdischen Genossen übergeben — die sie rennen ließen —, damit diese die Gaunereien, die sie früher getan, weiter betreiben können. Michael Károlyi hat das Land an die Juden verkauft. Er selbst ist geflüchtet und jetzt wollen ihm seine Komplizen folgen. Christen! Glaubt nicht an die Komödie, die in Budapest ihren Anfang genommen hat. Den kürzeren werdet nur ihr ziehen. Wir wollen reine Arbeit im Lande machen. Ehrliche ungarische Ordnung muß geschaffen werden. Wartet mit Geduld, in kurzer Zeit werdet Ihr sehen, daß wir Euch nicht verlassen haben. Glaubet den Juden nicht. Was sie auch immer machen, zum Schluß seid Ihr doch immer wieder die Betrogenen. Christliche ungarische Bauern und Arbeiter! Ihr seid die Mehrheit im Lande. Ihr dürfet nicht zulassen, daß fremde Vampyre Euer Blut saugen! Wartet mit Geduld, wir kommen. Die Stunde der Freiheit naht!"

Reichspost

26./VII.1919

Vb
60

Die ausländischen Wertpapierdepots in Sowjet-Ungarn. Der Wiener ungarische Gesandte teilte dem deutschösterreichischen Staatssekretariat des Aeußern im Gegensatze zu der Meldung eines Wiener Blattes mit: Die Räteregierung hat bezüglich der in bankmäßiger Verwaltung sich befindenden Wertpapiere eine Verordnung erlassen, die die Feststellung des Bestandes der Valutapapiere bezweckt. Ausschließlich zu diesem Zwecke wurden alle Wertpapiere der Geldinstitutszentrale überwiesen, wo die Aufarbeitung des Materials erfolgen wird. Die Wertpapierdepots fremder Staatsangehöriger werden auch in Zukunft nicht in Anspruch genommen werden. In jedem Falle wird der Besitz der Ausländer in erster Linie der Deutschösterreicher durch die Räteregierung unbedingt respektiert werden.

Reichspost

27./VII.1919

27
61

Westungarn für Deutschösterreich.

Die Bevölkerung des Oedenburger Komitates.

(Von einem Westungarn.)

Nach dem Frieden von St.-Germain werden Teile Deutsch-Westungarns endlich an Deutschösterreich angegliedert werden. Die endgültigen Grenzen scheinen noch nicht festgesetzt worden zu sein, sondern dürften erst in den nächsten Tagen bestimmt werden. Es kann doch unmöglich z. B. Güns bei Ungarn bleiben. Der Experte für Deutsch-Westungarn Dr. Beer wurde telegraphisch nach St.-Germain berufen und ist am 22. Juli dorthin abgegangen. Wir wollen uns daher heute nur darauf beschränken, jene Orte aufzuzählen, die nach der amtlichen magyarischen Statistik, die gewiß nicht zugunsten der Deutschen gefärbt ist, vorwiegend von Deutschen bewohnt sind.

Die Einwohnerzahl des Oedenburger Komitates beträgt nach der amtlichen Volkszählung von 1900 246.319 Einwohner, davon sollen 123.076 magyarischer, 91.445 deutscher, 30.371 kroatischer, der Rest verschiedener Muttersprache sein. Der Religion nach ist die Mehrzahl römisch-katholisch 213.984; dazu kommen 26.675 evangelisch, 7296 Juden; Rest andere Bekenntnisse.

Des Lesens und Schreibens sind 175.496 kundig. Die Anzahl der Wohnhäuser beträgt 38.145.

Da auf vielen Karten nur der magyarische Ortsname verzeichnet ist, so wird in Klammer der ungarische Name angeführt, die zweite Ziffer ist immer die Zahl der angeblichen Ortsanwesen der Magyaren.

Im Tschapringer Bezirk: Roggendorf (Nemetsidany): Deutsche 441, mit magyarischer Muttersprache 5.

Bezirk Oberpullendorf: Unter-Leisdorf (Alsolaszlo) 441, 5 Magyaren, Unter-Pullendorf (Alsopulya) 6, 32 Magyaren, 800 Kroaten, Unter-Rabnitz (Alsoramocz) 523, 6, Piringsdorf (Bonya) 887, 2, Borsmonostor 627, 9, Kaisersdorf (Csaszarfalu) 135, 19, Stoob (Csava) 1407, 18, Draßmarkt (Derecske) 1110, 13, Dörfl (Dörföl) 780, 30, Oberleisdorf (Felsölaszlo) 884, 5, Ober-Pullendorf (Felsöpulya) 60, 687 (?), Oberrabnitz (Felsöramocz) 401, 2, Frankenau (Franko) 12, 7, 817 Kroaten, Karl (Karlo) 311, 2, Mannersdorf (Kethely) 800, 11, Neudorf (Kisujfalu) 293, Steinberg (Köhalom) 1064, 102, Landsee (Landzser) 531, 7, Lutzmannsburg (Locsmand) 1136, 179, Strebersdorf (Micske) 466, 52, Edelhof (Nemestelek) 140, Hochstraß (Osloros) 300, 26, Schwendgraben (Repczefö) 220, Lindgraben (Sopron harsfalu) 351, 7, Neuthal (Sopronujlak) 827, 25, St. Martin (Szentmarton) 818, 27.

Eisenstädter Bezirk: Unterbergeisenstadt (Alsokismartonhegy) 363, 81, Stinkenbrunn (Büdöskut) 385, 30, Donnerskirchen (Feheregyhaz) 1631, 133, Purbach (Feketevaros) 1696, 95, Oberbergeisenstadt (Felsökismartonhegy) 1199, 200, Kleinhöflein (Kishöflany) 976, 23, Eisenstadt Schloßgrund (Kismartonvaralja) 165, 60, Leithaprodersdorf (Lajtaporddany) 750, 30, Neufeld (Lajtaujfalu) 2054, 342, Loretto (Loretton) 274, 24, Großhöflein (Nagyhöflany) 1362, 33, Oggau (Oka) 1541, 44, Oslopp (Oszlop) 124, 34, Gschieß (Sercz) 1324, 51, Stotzing (Stoczing) 665, 3, Müllendorf (Szaraszvam) 1012, 59, Hornstein (Szarvkö) 208, 83, Breitenbrunn (Szeleszkut) 1291, 48, St. Georgen (Szentgyörgy) 1136, 22, St. Margareten (Szentmargita) 2053, 110, Wimpassing (Vimpacz) 694, 19.

Mattersdorfer Bezirk: Walbersdorf (Barbolya) 734, 20, Draßburg (Darufulva) 273, 39, Hirm (Felhersfalu) 529, 76, Forchtenau (Frakne) 974, 27, Neudörfl (Lajtaßentmiklos) 2112, 172, Marz (Marcsfalva) 1621, 19, Rohrbach (Nadasd) 1731, 23, Mattersdorf (Nagymarton) israelitische Gemeinde: 545, 69, katholische 2782, 228, Antau (Ottova) 360, 16, Pötsching (Pecsenyed) 2370, 90, Pöttelsdorf (Petöfalva) 695. 18, Wiesen (Retfalu) 1577, 38, Sigliß (Siklos) 897, 11, Stottern (Stodra) 865, 43, Siegraben (Szikra) 870, 4, Krennsdorf (Formafalu) 981, 10, Neustift (Ujtelak) 1041, 4.

Oedenburger Bezirk: Agendorf (Agfalva) 1760, 47, Unterpetersdorf (Alsopeterfa) 598, 11, Woljs (Balf) 1919, 52, Wandorf (Banfalva) 2058, 136, Holling (Boz) 492, 25, Tschurndorf (Csundra) 372, 2, Reiding (Doborjan) 912. 12, Oberpetersdorf (Felsöpeterfa) 361, 3, Haritschon (Haracsony) 819, 4, Harkau (Harka) 1177, 10, Haschendorf (Hasfalva) 176, 1, Kobersdorf (Kabold) 1164, 46, Girm (Küllö) 509, 9, Lackendorf (Lakfalva) 207, 20, Lackenbach (Lakompak) 1488, 103, Leipersdorf (Lepesfalva) 798, 42, ? (Lok) 538, 14, Mörbisch (Megyes) 1608, 23, Kalchgruben (Meszverem) 259. Deutsch-Kreuz (Nemetkereßtur) 3059, 299, Neckenmarkt (Nyek) 1650, 52, Kreisbach (Rakos) 2654, 107, Ritzing (Giczing) 1397, 31, Schattendorf (Somfalva) 1848, 43, Wepersdorf (Veperd) 1035, 4, Oedenburg (Sopron) 17.924, 13.540.

Die Oedenburger Ziffer beweist, wie in Ungarn Statistik gemacht wurde. Im Jahre 1910 hatte Oedenburg, das 1900 noch 17.924 deutsche Bewohner gehabt haben soll, nur mehr 17.318, während bereits 15.022 Magyaren ausgewiesen werden. Die Deutschen hätten sich also binnen zehn Jahren nicht vermehrt, seien im Gegenteil weniger geworden, ebenso alle anderen Nationalitäten. Dagegen habe sich in den letzten 40 Jahren laut magyarischer Statistik in Oedenburg das Magyarentum progressiv vermehrt.

In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, mit Deutschen aus Westungarn über die Statistik zu sprechen. Wie staunten sie, als ich ihnen mitteilte, daß nach der Statistik in diesem oder jenem Dorfe 30 bis 40 Magyaren sein sollen. „Nicht ein Magyare ist in unserem Dorfe!" war stets die Antwort. Falls 1920 eine Volkszählung unter der deutschösterreichischen Verwaltung stattfindet, so wird man sehen, daß das „Heinzenland" ein rein deutsches Gebiet ist.

S.

Reichspost
30./VII.1919

Graf Karolyi der Weltrevolutionär.

Bolschewistische Agitation in Frankreich. — Die Flucht aus Ungarn mit 11 Millionen Kronen.

Von Dr. Attila von Orbok, Genf.

Graf Michael Karolyi hat in dem Wiener sozialdemokratischen Organ vom 25. d. den Versuch gemacht, sich gegen die Beschuldigung des Vaterlandsverrates zu rechtfertigen; er will die ganze Verantwortung auf seine Freunde und Kollegen, die gewesenen Volksbeauftragten Sigmund Kunfi und Wilhelm Böhm, schieben. Er leugnet, daß die Einsetzung der Bolschewikenherrschaft in Ungarn seine Schuld sei und will den Schein erwecken, als ob er der ganzen bolschewikischen Bewegung ferne gestanden sei. Mit Michael Karolyi, der vor den Folgen seiner Umsturzarbeit aus dem armen, unglücklichen Ungarn geflüchtet ist, will ich nicht polemisieren, erlauben Sie mir aber, hochverehrter Herr Redakteur, daß ich zur Feststellung der geschichtlichen Wahrheit folgendes beitrage:

Graf Michael Karolyi reiste im Frühling 1918 in die Schweiz und setzte sich dort mit dem französischen Bolschewiken Guilbeaux in Verbindung, der in Genf mit deutschem Gelde das kommunistische Blatt „Demain" gründete und redigierte. Als im Februar 1919 die Schweizer Behörden gegen Guilbeaux wegen seiner bolschewikischen Wühlarbeit eine Untersuchung einleiteten, nahmen sie bei Guilbeaux eine Hausuntersuchung vor und wiesen ihn auf Grund der Ergebnisse aus dem Lande. Bei der Sichtung der Schriften Guilbeaux' fand man unter vielen anderen auch einen Brief des Grafen Michael Karolyi aus dem Jahre 1918, den Karolyi aus Bern nach Genf an Guilbeaux geschickt hat. In diesem Schreiben forderte Karolyi Guilbeaux auf, in Frankreich einen Umsturz vorzubereiten und an einer Weltrevolution tatkräftig mitzuarbeiten. Der nämliche Graf Karolyi hat sich den Machthabern Frankreichs gegenüber immer als ein großer Freund der Entente gegeben, ja sogar bei seiner Entlassung aus Frankreich — bekanntlich war er bei Kriegsbeginn dort festgehalten worden — einen Revers unterschrieben, daß er nie gegen Frankreich und seinen Verbündeten kämpfen werde. Dieser Brief gelangte noch im Februar 1919 in die Hände der französischen Gesandtschaft in der Schweiz und war der eigentliche Anlaß dafür, daß die Entente mit Karolyi überhaupt nicht verhandeln wollte, als er, dank der Revolution in Ungarn, an der Spitze der Regierung stand. Rumänien hätte mit seinen Gebietsforderungen gegenüber Ungarn sicherlich so gut abgeschnitten, wenn nicht Karolyi gewesen wäre. Im Kriegsrate des Verbandes berief sich nämlich Bratianu bei der Verhandlung über die Aufteilung Ungarns auf den Brief Karolyis an Guilbeaux, mit der Betonung, daß Graf Michael Karolyi Ungarn bewußt dem Bolschewismus zuführt. Dieser Brief ist ein Beweis dafür, daß Graf Karolyi schon im Jahre 1918 im Fahrwasser des Bolschewismus war. Es sind zwar auch Beweise vorhanden, daß es Graf Karolyi mit dem Kommunismus nicht sehr ernst nimmt. Ich bin bereit, den Zeugenbeweis dafür zu erbringen, daß Graf Karolyi, der vor kurzem noch in zerrütteten Geldverhältnissen lebte, vor seiner Flucht bei einer größeren Wiener Bankfirma für 11 Millionen fremde Valuta gekauft hat. Herr Karolyi hat Ungarn zugrunde gerichtet und seine Landsleute arm gemacht, ihm aber sind noch immer 11 Millionen geblieben.

Die Zeit
30./III.1919

Beschlagnahme ausländischer Werte in Ungarn.

Aus Budapest, 29. d., wird telegraphiert:

Die ungarische Räteregierung richtete in Angelegenheit der Frage der Beschlagnahme des Besitzes ausländischer Wertpapiere zwei Noten an die deutschösterreichische Gesandtschaft in Budapest.

In der ersten Note wird auf die Verlängerung der Anmeldefrist bezüglich der im Besitz von Ausländern befindlichen Wertpapiere hingewiesen, und zwar müsse die Anmeldung seitens der Angehörigen der europäischen Staaten bis zum 31. August tatsächlich eingetroffen sein. Die Note betont, daß eine neuerliche Verlängerung des Anmeldetermins nicht erfolgen könne, da der Beginn der Vorarbeiten für die finanzielle Abrechnung mit den ausländischen Staaten nicht aufgeschoben werden könne, und daher nach dem festgesetzten Termin angemeldete Forderungen nicht mehr berücksichtigt werden würden.

Bezüglich der in Ungarn wohnenden ausländischen Staatsbürger sagt die Note, daß deren Wertpapiere, wenn die Anmeldung derselben bis 31. d. nicht erfolgt ist, nicht als fremdes Eigentum angesehen werden können, ausgenommen, wenn nachgewiesen wird, daß die rechtzeitige Anmeldung unmöglich war. Firmen, Aktiengesellschaften usw., deren Hauptniederlassungen sich in Ungarn befinden, werden als ungarische Unternehmungen angesehen ohne Rücksicht, ob ihr Kapital zum Teile oder ganz ausländisches Eigentum ist. Dies gilt aber nicht für die ungarischen Filialen ausländischer Firmen, aber wenn diese Filialen in Ungarn arbeiten und hier angemeldet sind, bezieht sich die Anmeldefrist der Wertpapiere auch auf sie. Ungarische Wertpapiere, die sich im Besitz von außerhalb Ungarns wohnenden Ausländern befinden, werden nur in dem Falle als ausländisches Eigentum behandelt, wenn das Eigentumsrecht rechtzeitig angemeldet wird.

In der zweiten Note erklärt die ungarische Räteregierung, sie könne nicht auf das Recht verzichten, das Vermögen in Ungarn wohnender Ausländer bildende oder im Besitz von in Ungarn wohnenden Ausländern befindliche Wertpapiere im Bedarfsfalle in Anspruch zu nehmen. Jedenfalls werden Ausländer im Falle einer Inanspruchnahme ihrer Papiere vollständig schadlos gehalten werden.

Die Note verweist schließlich auf identische Maßnahmen ausländischer Regierungen, so auf die Verordnungen des deutschen Finanzministers. Auch die deutschösterreichische Nationalversammlung habe einen Gesetzentwurf angenommen, wonach alle Ausländer, die sich seit 1. August 1914 in Deutschösterreich niedergelassen haben, beziehungsweise dort Handel treiben, ferner jede ausländische Firma, Gesellschaft und juridische Person, die in Deutschösterreich eine Geschäftsniederlassung besitzt, also auch die Ungarn, beziehungsweise die Niederlassungen ungarischer Firmen, verpflichtet seien, ihre ausländischen Staatspapiere abzuliefern. Demgegenüber können in Ungarn nur die im Depot einer Bank befindlichen Wertpapiere ausländischer Staatsbürger in Anspruch genommen werden.

Pester Lloyd 1./8. 1919.

1/8
67

Die Ungarische Räterepublik.

Ein Engländer über die Einrichtungen der Räterepublik.

Budapest, 31. Juli.

Ein Mitarbeiter des Daily Herald hat dieser Tage Budapest verlassen. Er hat den Zweck verfolgt, die Einrichtungen der Ungarischen Räterepublik unmittelbar kennenzulernen. Er hat keine Mühe gescheut, er ist in unsere Mitte gekommen, um sich auf Grund persönlicher Erfahrungen davon zu überzeugen, was an den Schreckensnachrichten Wahres ist, von denen die Presse des Auslandes wimmelt und die nur von Blut, von Terror, von Zerstörung zu reden wissen, die schaffende Arbeit der Räterepublik aber verschweigen. Der nüchtern, gerecht denkende Ausländer hat über alles, was er bei uns wahrgenommen, mit größter Anerkennung geschrieben. Unter anderem hatte er Gelegenheit, die Produktivgenossenschaft im Somogyer Komitat zu besuchen, wo er das arbeitende Landvolk mit der emsigsten Erntearbeit beschäftigt fand. Wie er in seinem Bericht hierüber schreibt, war sein erster Eindruck, daß nirgend Zerstörung, wohl aber überall schaffende Arbeit zu sehen ist. Die Getreidefelder, die Weingärten, die Obstanlagen — schreibt er unter anderem — beweisen nur, daß hier fleißige Hände, begeisterte Menschen sich regen. Denn wenn es wahr wäre, daß die Landarbeiter erbittert seien, wogie wohl auch dann der goldgelbe Weizen vor mir, böten auch dann die mit reichen Weingärten besetzten Hügelgelände so großartige Aussichten? Er sieht, daß der Weizen nicht nur den Bedarf des Landes decken, sondern auch noch einen Ausfuhrüberschuß bieten werde. In der Qualität des Viehbestandes erblickt er eine Gewähr dafür, daß die ausgezeichnete Einrichtung der Produktivgenossenschaft die durch den Krieg verursachten Schäden rasch und sicher werde zu ersetzen vermögen. Er zog einen Vergleich zwischen den Verhältnissen Polens, wo er sich früher aufgehalten hatte, und Ungarns. Dort können die Reichen noch in den Kaffeehäusern Obers bekommen, eine uiere kranke arme Frau aber, die ihn einmal anflehte, ist zum Tode verurteilt, weil sie Milch wegen des hohen Preises nicht kaufen kann. In Ungarn dagegen können der Gerechtigkeit entsprechend nur Kinder, Kranke und Greise Milch bekommen.

Die soziale Einrichtung der Produktivgenossenschaften hält er für das vollkommenste. Der Arbeiter wählt selbst seinen Brotherrn und bestimmt selbst die Arbeitsbedingungen. Wieso ist es möglich, daß die Arbeiter täglich nicht nur acht, sondern mehr als zehn Stunden lang arbeiten? Sie arbeiten für sich selbst und wenn sie Sabotage treiben, schaden sie auch nur sich selbst. Jeder einzelne Arbeiter weiß, daß er jetzt nicht für den Hungerlohn, sondern im eigenen Interesse arbeitet. Davon überzeugt die ausgezeichnet geführte Propaganda jeden Arbeiter. Aber nicht nur die armen Bauern sind begeisterte Arbeiter der Räterepublik geworden. Ich habe — schreibt der englische Journalist — mit mehr als einem Grundbesitzer gesprochen, der heute Arbeiterführer bei einem Teil der Produktivgenossenschaft ist und seine Arbeit pünktlicher, mit größerer Begeisterung verrichtet als früher, an der Poduktion mit derselben Begeisterung teilnimmt wie irgendein Ernte- oder Druscharbeiter. Niemand kümmert sich um seine politische Ansicht, man fragt nur, ob er arbeiten will oder nicht. Und alle Gemüter sind von Arbeitseifer durchdrungen.

Das städtische Proletariat kann wahrlich ruhig sein — konstatiert der Berichterstatter —, wenn es solche Landarbeiterproletarierbrüder an der Seite hat. In Ungarn konnte von einer Hungersnot nur dann die Rede sein, wenn die Lebensmittel nicht verhältnismäßig verteilt würden; für eine solche Verteilung bieten jedoch die Energie und der Takt der Regierung volle Gewähr. Die Blockade — schließt der Berichterstatter seine objektiven Ausführungen — kann nicht mit der Begründung aufrechterhalten werden, in Ungarn herrsche Terror und Unordnung und ruhe die Produktion vollkommen. Jeder, der die Kapospärer Gegend bereiste, konnte den ernteden Arbeiter beobachten und die Grundlosigkeit dieser Anklagen beweisen. Welch anderen Grund können wir dann haben, die Blockade weiter aufrechtzuerhalten?

Die Rote Armee.

Auszahlung der Kriegsunterstützungen und der Arbeitslohnvergütungen.

Das Volkskommissariat für Heerwesen hat folgende Verordnung erlassen: Um der mehrfachen Anweisung der Kriegsunterstützungen und Lohnvergütungen vorzubeugen, macht das Volkskommissariat die eingerückten Roten Soldaten der Fabriksbetriebe und deren Familienangehörige aufmerksam, daß sie ihre Gebühren nur im Wege ihrer Fabriks- oder Betriebs-Arbeiterräte erheben können. Die übrigen eingerückten Roten Soldaten und deren Familienangehörige erheben ihre Gebühren bei der Sektion 60/a (VII., Miksatica 9), beziehungsweise beim Oekonomieamt. In Zukunft, und zwar schon vom 1. August 1919 an, können sie ihre Bezüge nur dann erhalten, wenn sie durch ein an ihrem letzten Arbeitsplatz ausgestelltes authentisches Zeugnis nachweisen, wo sie vor ihrem Einrücken gearbeitet haben. Diejenigen, die vor ihrer Einrückung arbeitslos waren, haben ihre damalige Arbeitslosigkeit durch ihre Gewerkschaften bestätigen zu lassen.

Wiener Stimmen

1/8. 1919

1/8
68

Ungarn vor der Entscheidung.

Der Druck der Gewerkschaften auf Bela Kun.

Anwachsen der gegenrevolutionären Strömungen an der Front.

Die „Wiener Stimmen" erfahren über die Lage in Sowjet-Ungarn:

Die Gewerkschaften von Budapest hielten eine gemeinsame Beratung ab, in der beschlossen wurde, die Räteregierung aufzufordern, die Bedingungen des Verbandes, unter denen er die Blockade aufheben wolle, anzunehmen und zurückzutreten.

Die Gewerkschaften entsandten eine Abordnung zu Bela Kun und ließen ihn nicht im Zweifel darüber, daß sie, wenn ihrer Forderung nicht entsprochen werden sollte, zu ernsten Maßnahmen greifen und die Zügel der Regierung in die Hand nehmen werden.

Bela Kun scheint sich dem Diktat der Gewerkschaften noch nicht fügen zu wollen, doch drängen mehrere Volkskommissär darauf, das bolschewikische Regierungssystem zu liquidieren, da sie jede Hoffnung, daß es sich noch längere Zeit behaupten könnte, verloren haben.

Von der Front kommen Nachrichten über ein unheimlich rasches Anwachsen der gegenrevolutionären Bewegung. Die roten Truppen sehnen sich nach dem Frieden und erhoffen sich vom Sturze der Kunregierung das Ende der Kämpfe. Die Flucht zum Feinde nimmt immer größeren Umfang an.

In Budapest herrscht augenblicklich noch Ruhe. Aber jeder fühlt es, es ist die Ruhe vor dem Sturm, der vielleicht schon morgen losbrechen kann.

Wiener Stimmen
2. VIII. 1919

70

Nach dem Sturz der Kunregierung.

Besprechungen Agastons mit der Entente. — Die neuen Farben. — Wiedererscheinen der Zeitungen.

Die „Ung. Post" meldet: Die gestern abend in Wien begonnenen Besprechungen zwischen den Vertretern der ungarischen Republik und den bevollmächtigten Mitgliedern der hiesigen Ententemissionen werden heute fortgesetzt. Mittags trifft der Minister des Aeußern Dr. Peter Agoston in Wien ein, um die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen.

Die Wiener ungarische Gesandtschaft erhielt eine amtliche Mitteilung, wonach die Regierung die neuen Farben und Flagge Ungarns bereits festgestellt hat. Die Flagge besteht aus einem einzigen roten Felde mit rotweißgrünen Rand. Die Gesandtschaft hat die Anordnungen getroffen, daß die neuen Farben Ungarns sofort angewendet werden.

In den nächsten Tagen dürften die Organe aller Parteien in Ungarn bereits wieder erscheinen. Betreffend die Beschaffung des nötigen Rotationsdruckpapieres sind bereits Verhandlungen im Zuge. Infolge früherer Käufe stehen auf dem Gebiete Deutschösterreichs 170 Waggons Rotationspapier zur Verfügung Ungarns. Hievon lagert in Wien allein eine Menge, die geeignet ist, das Erscheinen der Blätter in Budapest zumindest teilweise sofort nach ihrem Einlangen in Budapest möglich zu machen.

Wiener - Stimmen
2./VIII. 1919

2

71

Der letzte Akt.

Zeichnung von Robert Wosak.

Bela Kun: „Wai geschrieen! Jetzt heißt es abfahren, bevor die Bombe platzt und ich mit meinen Kohnnationalen in die Luft fliege!"

Reichspost
2/8 1919.
2/8 19.
S. 72

Bela Kuns Ende.

Wien, am 1. August.

Es ist aus mit der Diktatur der Budapester Judenbuben. Selbst ihre verbrecherische Frechheit hat schließlich nicht mehr ausgereicht, um sich dem durch die blutigen Zwangsmittel der Revolutionstribunale durchbrechenden Volkssturm länger zu widersetzen. Sie haben heute einer sozialdemokratischen Parteiregierung mit schwachem kommunistischen Einschlage das Feld geräumt.

In der modernen Geschichte Mitteleuropas gibt es keine geschichtliche Episode, die an Scheußlichkeit diesem jüdisch-bolschewikischen Zwischenspiel der ungarischen Revolution zu vergleichen wäre. Auch die Münchner Spartakistenherrschaft war nicht so pervers und blutig, wie diese Tyrannei einer Gesellschaft von jüdischen Winkeljournalisten, Agenten und entlassenen Kassensekretären, die seit vier Monaten Ungarn schlimmer verheert hat, als der fünfjährige Krieg ein Land der gewesenen Monarchie zu verheeren vermochte. Der Volkswohlstand der Städte ist zerstört, die Bevölkerung von Budapest ist mitten in einem landwirtschaftlich überreichen Lande am Verhungern, Hunderte von Millionen des Staatsvermögens sind defraudiert, der Goldbesitz des Landes geraubt und verschleppt, blühende Organisationen, wie der Katholische Volksverein Ungarns, dem sein in die Hunderttausende gehendes Stammkapital weggenommen wurde, oder der Verein für die christliche Presse, dem man den im Kriege gesammelten Preßfonds von zehn Millionen raubte, sind vernichtet, die wenigen christlichen Zeitungsunternehmungen bis auf den letzten Heller ausgeplündert. Die großen Landgüter durch die Räuberwirtschaft sogenannter Volkskommissäre sind verwüstet, Tausende von Existenzen aller Stände ruiniert. Der politische Mord gehörte zur täglichen Einrichtung. Die sadistischen Metzeleien des Bürschleins Tibor Szamuely haben ebenso die Mauern der Budapester Gefängnisse mit dem Blute unschuldiger braver Männer und Frauen bespritzt, wie die Dörfer der Theißgegend und Westungarns. Noch ist die Geschichte der Katastrophe eines christlichen Volkes, das der Loge und einem machthungrigen Judentum in die Hände fiel, weil es zu rechter Zeit sich dagegen zu wenig zur Wehre setzte, nicht geschrieben. Vieles mußte bisher noch unveröffentlicht bleiben, weil die Angehörigen der Betroffenen sich noch in der Gewalt der Mörderbande befanden, die sich Räteregierung nannte. Viele dieser tragischen Einzelschicksale werden in dem Meer von Unglück, das die Tyrannei jüdischer Abenteurer zurückgelassen hat, für immer untergehen. Der Fluch eines ganzen Volkes heftet sich den Schuldigen an die Fersen, die über Ungarn ein größeres Unheil gebracht haben, als einst die Horden Solimans.

Der Traum des Kommunismus war bald verflogen. Die sozialistische Arbeiterschaft, deren ehrliche, nichtjüdische Führer sich bald zurückgezogen hatten, zum Teil, wie Garami, ins Ausland gegangen waren, rieb sich erschreckt die Augen, als sie anstatt der versprochenen Herrlichkeiten die nackte Wirklichkeit sah: das Versiegen der Lebensmittelzufuhr, die Stillegung der Industrie infolge der kommunistischen Eingriffe in Landwirtschaft und Industrie, die gierige Bereicherung der kommunistischen Eigentumsverächter, die wahnwitzige Verschleuderung von Staatsgut, die betrügerischen Machenschaften mit gefälschtem Papiergeld. Junge Taugenichtse verwandelten sich plötzlich mit gestohlenem Gute in Millionäre, Arbeit, Kunst und Fleiß waren Unsinn, Gewissenlosigkeit und verbrecherischer Hang Vorteile geworden. Die Budapester Kommunistenherrschaft hätte nicht ein Monat lang gehalten, wenn sie nicht die staatsbürgerliche Freiheit aufgehoben und jede Aeußerung der Unzufriedenheit durch ein Heer von Spähern und Häschern niedergehalten hätte. Aber die Gewalt tötet sich selbst. Sie wäre in Budapest auch zusammengebrochen, wenn das verzweifelte Volk die Schuldigen hinter einem Wall von Maschinengewehren hätte hervorholen müssen.

Eine sozialdemokratische Regierung übernimmt die traurige Erbschaft. Wohl gehören auch dieser noch drei Kommunisten, unter ihnen der Fälscher des ungarischen Papiergeldes, Julius Lengyel, an; aber doch ist aus der Zusammensetzung der Regierung das Bestreben der Budapester sozialistischen Arbeiterschaft unverkennbar, der Judenherrschaft an der Spitze des Landes ein Ende zu setzen und tüchtige Männer aus der eigenen Mitte mit der öffentlichen Gewalt zu betrauen. Namen wie Beidel und Garami sind aller Ehren wert. Mit dem Rätesystem ist gebrochen, die neue Regierung nennt sich bereits Ministerium und will mit einer Kundgebung vor die Welt treten, in der sie sich, mit dem sozialistischen Radikalismus brechend, zum Schutze des Privateigentums bekennt.

Es wäre ein Wunder, wenn eine Regierung, die in einem von Unglück, Not und erbitterten Leidenschaften erfüllten Lande den ersten Versuch der Umkehr zur Ordnung und neuem Leben unternimmt, sofort sich zu halten vermöchte. Voraussichtlich werden bald Umbildungen der Regierung stattfinden müssen, die der Volkszusammensetzung des Landes entsprechen und das ganze ungarische Volk hinter dem Ministerium zu sammeln streben. Der Rumäne steht nahe den Toren der Hauptstadt, in der Provinz sind heftige Ausbrüche der von ihren kommunistischen Peinigern befreiten Bevölkerung zu erwarten — da bedarf es starker Männer, die sich auf den wirklichen nationalen Willen zu stützen vermögen, um dem schwergeprüften Staat Ordnung und Ruhe wiederzugeben. Möge jetzt Ungarn die Führer finden, die bei aller Strenge gegen die Schuldigen Maß zu halten und die zersplitterten Kräfte des Landes wieder zu einigen wissen!

In Deutschösterreich hat man den Einbruch des Bolschewismus in Ungarn bangen Herzens miterlebt. Die Befreiung des Nachbarlandes aus einer Verbrechertyrannei ist auch eine Erlösung für Deutschösterreich. In diesen Monaten gemeinsamer Not haben sich zwischen Tüchtigen und Ehrlichen von hüben und drüben Fäden wieder geknüpft, die schon zerrissen schienen.

Die Zeit
2/8 1919.

3/8
75

Ein Zusammenbruch.

Die Räterepublik Bela Kuns ist zusammengebrochen. An ihr hat sich das Sprichwort nicht bewährt, daß die Totgesagten lange leben. Für das arme Ungarn freilich, das Michael Karolyi der Diktatur der Bela Kun und Szamuely überantwortet hat, um es vor dem Diktatfrieden der Entente zu retten, hat diese Nachahmung des Lenin-Trotzkyschen Vorbildes viel zu lange gedauert. Fünf Monate lang hat der schmale Rest des Reiches der Stephanskrone, den der Krieg übriggelassen hatte, die absolutistische Schreckensherrschaft einer Minderheit erdulden müssen, und die älteste parlamentarische Verfassung Europas, die der englischen den Vorrang streitig machte, wurde auf den Düngerhaufen gekehrt. Der Reichtum des Landes, dem der Krieg nichts anhaben konnte, verschwand in den weiten Taschen, aus denen die ungarischen Kommunistenführer die Weltrevolution soutenieren wollten. Die Räteregierung wütete gegen alle volkswirtschaftlichen Einrichtungen, brandschatzte alle Finanzinstitute, auch wenn ihr Kapital aus den Sparpfennigen der kleinen Leute bestand, und setzte glatten Raub des persönlichen Eigentums an die Stelle eines redlichen Sozialisierungsprinzips. Sie hat ein Schreckensregiment aufgerichtet, das alle, die ihr nicht zu Willen waren, in steter Todesangst hielt. Sie mußte den Henker vor der Tür ihres Beratungszimmers bereit halten, weil es sonst nicht möglich gewesen wäre, daß diese Gesellschaft von Budapester Pflastertretern ein Land, in dem bisher der Bauernadel so mächtig war, entrechten und knechten konnte.

Dieser Zusammenbruch hat kommen müssen. Er wäre unvermeidlich gewesen, auch wenn die rumänischen Truppen an der Theiß das zusammengewürfelte, undisziplinierte Heer der Räteregierung nicht zu Paaren getrieben hätten. Auch dann, wenn die Entente es nicht an der Zeit gefunden hätte, das letzte Hindernis der neuen Friedensordnung in Europa zu beseitigen. Was da Gewissenlosigkeit und Unfähigkeit versucht hatten, konnte keinen Bestand haben, weil es gegen alle Gesetze der Vernunft, der natürlichen Entwicklung und der sittlichen Notwendigkeit war. Wir in Deutschösterreich haben schwer genug unter diesem Wahnsinn mitgelitten, der in unserer nächsten Nachbarschaft sein Unwesen trieb und oft genug über die Grenze zu greifen drohte. Aber für uns mag es immerhin ein Glück sein, daß wir diesen warnenden Anschauungsunterricht genossen haben. Das arme Ungarn hat teures Lehrgeld für uns bezahlt. Hoffentlich werden wir wie die Klugen aus dem Schaden der anderen klug und warten nicht wie die Toren, um am eigenen Schaden nichts zu lernen.

In Ungarn ist eine neue Regierung gebildet worden, oder besser gesagt, sie hat sich selbst gebildet, und zwar auf sozialdemokratischer Grundlage, aber ohne eigentlich dem Rätesystem so unzweideutig abzusagen, wie es die Entente als Vorbedingung gefordert hat, ehe sie bereit sein will, in Friedensverhandlungen mit Ungarn einzutreten. Verfassungsmäßig kann jetzt in Ungarn keine Regierung zustande kommen, weil ja die Verfassung, wie erwähnt, vernichtet wurde. Die neue Regierung verdankt ihre augenblickliche Macht gleichfalls dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte und findet in ihrer ersten Proklamation kein Wort an Bürger und Bauer. Die Entente hat noch heute nachts diese Regierung anerkannt und ihr die Aufgabe überlassen, Wahlen zu einer Nationalversammlung durchzuführen, damit endlich wieder der Wille des ganzen ungarischen Volkes zum Ausdruck gelange. Oberstleutnant Romanelli, der einzige Vertreter der Entente in Ungarn, fordert die Bevölkerung in einer Proklamation auf, der Regierung Folge zu leisten, und stellt die Aufhebung der Blockade und den baldigen Frieden in Aussicht. Es gibt in Ungarn allerdings auch noch eine zweite Regierung, die von Szegedin, die sich bisher des Schutzes der Entente zu erfreuen hatte. Auch gegen sie mußte man vom demokratischen Standpunkt aus gewisse Bedenken hegen. Denn wenn die neue Regierung Peidls, die die Geschäfte von Bela Kun übernommen hat, zu wenig deutlich vom Rätesystem abrückt, so scheint die Szegediner Regierung dafür zu sehr in der Nähe des alten monarchischen und feudalen Klüngels geblieben zu sein.

Aber wie sich nunmehr diese beiden Regierungen zueinander stellen werden, ist eine nebensächliche Frage. Die Hauptsache ist, daß das System Kun erledigt ist, und daß in Bälde dem ungarischen Volke Gelegenheit gegeben sein wird, seinen Willen in demokratischen Formen zum Ausdruck zu bringen und selbst die Methode zu bestimmen, nach der es regiert sein will. Es wird sich ganz gewiß für keine Art von Diktatur entscheiden, weder für eine aristokratische noch für eine proletarische.

Pester Lloyd

Z. VIII. 1919

Einstellung des Erscheinens des Budapester „Pester Lloyd".

Wie wir in unserer ersten Nummer in einer Erklärung der Pester Lloyd-Gesellschaft festgestellt haben, wurde der „Pester Lloyd" am 22. März, also am ersten Lebenstage der Räteregierung, sozialisiert. An diesem Tage verließen der Chefredakteur des Blattes, Ministerialrat Josef Vészi, und der politische Redakteur des Blattes, Dr. Josef Strasser, die Redaktion des Blattes. Die Führung des nunmehr kommunistischen Organs wurde von der Räteregierung dem Journalisten Ernst Bródy anvertraut. Das Blatt verfügte zu dieser Zeit über mehrere Millionen Reserven. Während die Pester Lloyd-Gesellschaft Sorge dafür trug, daß ihr Presseorgan vorläufig im Sinne der Intentionen der Gesellschaft in Wien erscheinen könne, ist gestern der kommunistische „Pester Lloyd" eingegangen. An der Spitze der letzten Nummer dieses Blattes konnte der Chefredakteur wieder zu Worte kommen, da inzwischen das bolschewistische System zusammengebrochen ist. In dieser Erklärung stellt Ministerialrat Josef Vészi fest, daß er naturgemäß seit 22. März keinen Einfluß auf die Redaktion des Budapester „Pester Lloyd" genommen hat und selbstverständlich dem geistigen Inhalte des Blattes während dieser Zeit völlig ferne gestanden ist. In den vier Monaten der sozialisierten Tätigkeit hat die Redaktion des Blattes sämtliche in Budapest zugängliche Mittel des Blattes aufgezehrt und infolgedessen ist sie heute auch nicht in der Lage, das Erscheinen möglich zu machen. Nach einer Erklärung, die auch von dem Vizepräsidenten der Lloyd-Gesellschaft Franz Székely und dem Chefredakteur, Ministerialrat Josef Vészi, unterfertigt ist, ist das Wiedererscheinen des Blattes in Budapest nach Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten, namentlich der Papierversorgung, in Aussicht gestellt.

Wir hoffen, daß der Zeitpunkt, in dem unser Blatt seinen Erscheinungsort wieder nach Budapest zurückverlegen kann, nur durch einige Tage von uns getrennt ist.

Pester Lloyd

Z. 1/VIII. 1919

Die Anerkennung des Privateigentums in Ungarn.

Die provisorische Budapester Regierung hat alle Verordnungen über die Sozialisierung Finanzinstitute, Unternehmungen, Betriebe, Geschäfte aufgehoben. In Ungarn ist daher seit dem gestrigen Tage das Privateigentum restlos theoretisch anerkannt. Vor drei Tagen noch erklärte Herr Peter Agoston feierlich, daß an der Sozialisierungsaktion nicht gerüttelt werden dürfe, und nunmehr wird diese schon still und sanft eingescharrt. Herr Peter Agoston trifft alles; er kann das Eigentum ebenso gut töten wie es leben lassen, ohne dadurch die geistige Balance zu verlieren. Herr Peter Agoston muß auch durch seine letzte Verbeugung vor der Privatwirtschaft seinen kommunistischen Grundsätzen nicht entsagen, da er ja lediglich das praktisch bereits vernichtete Eigentum für ideell bestehend erklärte.

Eine bloße Hinwegräumung des Verordnungsschutzes bedeutet aber noch lange nicht die Wiederkehr der Ordnung. Das Recht des Unternehmers auf seine Betriebe kann sich erst dann reell auswirken, wenn die von der Räteregierung verfügten Betriebsverfassungen vollständig beseitigt sein werden. Das absolute Diktat der Arbeiterschaft und Angestellten, das durch das Rätesystem ein gedankliches Fundament erhielt, muß dem kommunistischen Terror in die Grube nachfolgen. An diese heiklen Ding aber wagt die gegenwärtige Regierung ihre Hand nicht zu legen, weil sie sich vor dem Katzenjammer der Arbeiterschaft fürchtet. Eigentums- ohne konstitutionelles Unternehmerrecht ist aber ein Hacke ohne Stiel, eine Halbheit ein Kokettieren nach beiden Seiten, womit der Wiederaufbau nicht begonnen werden kann.

Auch zeigt die Nachfolgerin der Räteregierung keinen Weg, wie der Eigentümer zu seinem Eigentum gelangen kann. Die Bausteinlagen der Industrie hat die Räteregierung für Popularitätshascherein und Agitationen verbaut, die Besitztitel der Banken sind zerstreut, müssen erst mühsam gesammelt werden und von ihnen werden ganz gewaltige Bruchstücke eines einst staatlich gewesenen Vermögens fehlen. Die Lager des Handels sind geräumt, den Kaufleuten wurden exorbitante Verlustpreise vorgeschrieben, und außerdem deren flüssige Mittel für die nach oben unbegrenzten sozialen Lasten in Anspruch genommen. Vorläufig ist daher der letzte Regierungsakt des neuen Kabinetts nur eine Höflichkeitsbezeugung, nur ein Symptom der Einkehr, aber noch lange nicht die Einkehr selbst.

Die Anerkennung des Privateigentums wird nur dann tatsächlich erfolgt sein, wenn auch die durch die Räteregierung verursachten Schäden und Verwüstungen ersetzt werden. Eine auf dem Boden der Tatsache stehende Regierung muß daher die Wiedergutmachung zumindest grundsätzlich in ihr Programm aufnehmen. Inwieweit der ungarische Staat seinen Bürgern Entschädigungen für die Expropriationsakte wird leisten können, hängt von der Tragkraft seiner Wirtschaftsgrundlage ab. Jedenfalls wird die Entschädigung in streng sachlicher Beziehung zur Vermögensabgabe stehen müssen. Gänzlich undiskutierbar ist es aber, auf dem Wege zum Privateigentum das Privateigentum selbst aus dem Wege zu räumen und ein gedankenblasses Eigentumsrecht festzustellen, das eine Kapsel ohne Inhalt bedeutet. Eine Regierung, die wie Peter Schlemihl immer ihren Schatten, den von den Waffen enteigneten Kommunismus, sucht, kann wohl Verordnungen erlassen, aber Ordnung machen kann sie nicht. Immerhin ist durch das Verlassen der Sozialisierungstendenzen die Möglichkeit der Wiederherstellung der Wirtschaft Ungarns geschaffen, die allerdings besseren Händen anvertraut werden muß, als die gegenwärtige Budapester Exekutivgewalt besitzt.

Pester Lloyd

9./VIII. 1919

Die Kleinstaaten gegen Rumänien.

Belmar, 8. August.

(Funkspruch des Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Aus Paris wird berichtet: Das von den Rumänen an Ungarn gestellte Ultimatum hat bei den kleinen Nationen große Bestürzung hervorgerufen. Eine Venizelos nahestehende Persönlichkeit äußerte sich, es sei nicht einzusehen, warum Griechenland die Lösung der thrazischen Frage, im Sinne der Entente hinnehmen solle, wenn sich Rumänien gar nicht um die Wünsche und Befehle des Obersten Rates der Alliierten bekümmere. Die Rumänien von der Entente erwiesenen Wohltaten seien schon vergessen, die 40 Millionen Dollar, die zur Rettung der Rumänen vor der Hungersnot aufgewendet wurden, aus der Erinnerung geschwunden. Nun sei das Land erholt, seine stark vergrößerte Armee mit frischem Mut gestärkt und daher wolle es rücksichtslos von dem Ungarn das fordern, was den Alliierten gebühre. Die Kriegsausrüstung der Armee Mackensen, die in Ungarn zurückgeblieben sei, scheine die Rumänen am meisten zu reizen. Eine gute Ernte sei in Sicht, die Hungersgefahr beseitigt und die Konferenz mit sich selbst uneinig, daher habe Rumänien es wagen können, an die Ungarn ein so hartes Ultimatum zu richten. Die kleinen Staaten meinen, daß es anscheinend unnötig sei, die Weisungen der Entente zu befolgen, oder sie auch nur entgegenzunehmen, da die Entente ohnmächtig sei. Die Lage sei umso eigentümlicher, als Rumänien nicht mehr auf der Konferenz vertreten sei, da es seine Delegierten zurückzog, weil es mit den Bestimmungen über die Minoritäten und wegen der Nichtzuteilung Bessarabiens unzufrieden war. Die Rumänen sind auch keine Kriegsalliierten der Entente und waren deshalb auch nicht an dem mit Ungarn geschlossenen Waffenstillstand beteiligt. Die Erklärungen der Vertreter Rumäniens in Paris, daß die Rumänen bloß die Einhaltung der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages der Alliierten von Ungarn erzwingen wollen, wird angesichts des Ultimatums allgemein als lächerlich bezeichnet.

Erzherzog Josef gegen konfessionelle Unduldsamkeit.

Budapest, 8. August.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Erzherzog Josef und Ministerpräsident Stephan Friedrich erschienen heute vormittags im Ernährungsministerium, wo sich im Laufe des gestrigen Tages Symptome konfessioneller Unduldsamkeit gezeigt haben. Der Ministerpräsident legte den Angestellten des Ministeriums nachdrücklichst nahe, sich solcher Aktionen zu enthalten, denn wer an solchen Bewegungen teilnehme, werde schonungslos aus dem Staatsdienste entlassen.

Ministerialsekretär Josef Tamassy erwiderte namens der Beamtenschaft, daß die Aktion keinen konfessionellen Charakter hatte, sondern sich bloß gegen die Exponenten der bolschewistischen Herrschaft richtete, mit denen die Beamten nicht weiter zu arbeiten geneigt seien.

Erzherzog Josef nahm diese Erklärung zur Kenntnis und sagte, daß man das Land aus der heutigen schweren Lage nur mit vereinten Kräften ohne konfessionelle Unduldsamkeit herausführen könne.

Pester Lloyd
12./VIII. 1919

12
96

(Oberst Anton Baron Lehár.) Von militärischer Seite wird uns geschrieben: Eine Budapester Nachricht vom 9. August besagt, daß Oberst Baron Lehár mit 3000 Mann und einigen Geschützen in Steinamanger (Szombathely) eingetroffen ist. Einer Grazer Nachricht von demselben Tage zufolge hat sich der Uebergang in den westlichen Grenzkomitaten in die neue Regierungsform in Ruhe vollzogen. Ehemalige aktive Offiziere werben in allen Dörfern verläßliche Soldaten. In Massen melden sich die Bauern, besonders ehemalige Angehörige der Infanterie-Regimenter Nr. 83, 76 und 106. In Sopron und Szombathely wurden alle kommunistischen Direktionsmitglieder verhaftet. Die Uebernahme der Regierung durch Erzherzog Josef wurde mit Freude bei allen ordnungsliebenden Elementen begrüßt. Oberst Anton Lehár (der Bruder des bekannten Operettenkomponisten) ist Ritter des Maria Theresien-Ordens, war bis Mitte November 1918 Kommandant des Infanterieregiments Nr. 106, dessen Mannschaft sich aus den Komitaten Vas und Sopron ergänzte, und steht erst im 43. Lebensjahre. Aus seiner Lebensgeschichte ist bekannt, daß er der Sohn eines Musikfeldwebels ist, der aus Mähren stammte und dort heimatszuständig war. Er besuchte, da der Vater beim Infanterieregiment Nr. 76 diente, die Volksschule und Mittelschule in Sopron, dann in Pozsony, später die Infanterie-Kadettenschule in Brasso, aus welcher er zufolge seines vorzüglichen Erfolges als Leutnant zum Infanterieregiment Nr. 50 ausgemustert wurde. Später absolvierte er die Kriegsschule, wurde dem Generalstabe zugeteilt, vermählte sich mit einer vornehmen, gebildeten, anmutigen Wienerin. Zum Hauptmann außer der Rangtour befördert, diente er im Infanterieregiment Nr. 83, später als Lehrer an der Armeeschießschule, wo er bei der Einführung der Maschinengewehre in der österreichisch-ungarischen Armee ein gewichtiges Wort mitgesprochen hat. Im Kriege erwarb er sich als Kommandant eines ungarischen Landsturmbataillons, wie erwähnt, den Maria Theresienorden. Er wurde zweimal schwer verwundet. Als Kommandant des neuformierten Infanterieregiments Nr. 106 kämpfte er im Juni 1918 heldenhaft an der Piave bei Saletuol und westlich Salgareda und erwarb sich die goldene Tapferkeitsmedaille. Auf dem Rückzuge von der Piave anfangs November 1918 errang sich sein Regiment im Verein mit den 83ern, 19ern und 12ern unverwelkliche Lorbern. Diese Regimenter gehörten der berühmten 33. Division an, die Tausende der in musterhafter Marschzucht zurückgehenden Armee des Generaloberſten Baron Wurmb vor der Störung des Rückzuges und dem Lose der Gefangenschaft infolge ihrer tapferer Haltung bewahrt hat. Unmittelbar vor Kriegsende bewarb er sich um die Heimatszuständigkeit in Sopron und die ungarische Staatsbürgerschaft. Das Gesuch blieb in den Stürmen der Zeit unerledigt. Oberst Lehár zog sich, angewidert durch Michael Károlys Zersetzung des Heeres, Ende November nach Wien ins Privatleben zurück. In Danzers „Armeezeitung" schrieb er einen Artikel („Mein Vaterland"), worin er das tragische Los vieler Offiziere schildert, die nicht wissen, wo eigentlich ihr neues kleines Vaterland ist. Er selbst hätte nach der Heimatszuständigkeit seines Vaters Tschecho-Slowak, durch langjährigen Aufenthalt in Wien Deutschösterreicher werden können. Nach seinen Taten und nach dem Zug seines Herzens hat er sich für Ungarn entschieden. Die Schilderung seiner Leistungen bei Organisierung der Elemente der Ordnung gegen die Bolschewisten muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten werden.

Strafverfahren gegen Bela Kun.

Ungarn verlangt die Auslieferung.

Budapest, 12. August. Im heutigen Ministerrat teilte Justizminister Szaszy mit, daß die Staatsanwaltschaft gegen Bela Kun und Genossen das strafrechtliche Verfahren eingeleitet und die notwendigen Schritte unternommen habe, um die Auslieferung der nach Deutschösterreich geflüchteten Kommunisten zu erwirken. Die Wiener Polizeidirektion wurde ersucht, die internierten Kommunisten in Haft zu setzen und festzustellen, welche Kommunisten außer den bereits internierten noch nach Deutschösterreich geflüchtet sind. Schließlich teilte der Justizminister mit, daß die Staatsanwaltschaft auch gegen alle Mitglieder der gewesenen Räteregierung das strafrechtliche Verfahren eingeleitet hat und daß deren Verhaftung im Zuge sei.

Budapest, 12. August. (Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus.) Das Amtsblatt enthält folgende drei Publikationen der Budapester Staatsanwaltschaft:

Kundmachung: In der Strafsache des mit dem Verbrechen der Aufreizung zum Morde, ferner des Raubes, der Geldfälschung sowie anderer strafbarer Handlungen belasteten Bela Kun und Genossen ersuche ich die Verwaltungs- und Polizeibehörden des Landes, unter Schilderung des Tatbestandes und womöglich unter kurzer Bezeichnung der Person der direkten Täter der Budapester Staatsanwaltschaft mitzuteilen, wer zur Zeit der Proletarierdiktatur in Ihrem Sprengel, sei es auf Grund von Urteilen der sogenannten revolutionären Gerichte, sei es in sonstiger Weise getötet wurde.

Erklärung der Staatsanwaltschaft: Die Budapester Staatsanwaltschaft gibt zur Beruhigung der öffentlichen Meinung bekannt, daß gegen sämtliche Individuen, die mit während der Proletarierdiktatur begangenen Verbrechen belastet sind, das Strafverfahren eingeleitet wurde und daß behufs Ergreifung sowie Auslieferung der nach dem Auslande geflohenen Personen die notwendigen Verfügungen getroffen worden sind.

Aufforderung: Ich richte an alle jene, deren Angehörige während der Proletarierdiktatur verschwunden sind, die Aufforderung, die Umstände des Verschwindens und die auf ein etwaiges Delikt verweisenden Angaben der Budapester Staatsanwaltschaft mündlich oder schriftlich dringend mitzuteilen.

Garbai verhaftet.

TK Budapest, 12. August. (Priv.-Tel.) Gestern ist der Präsident der früheren Sowjetrepublik Garbai verhaftet worden.

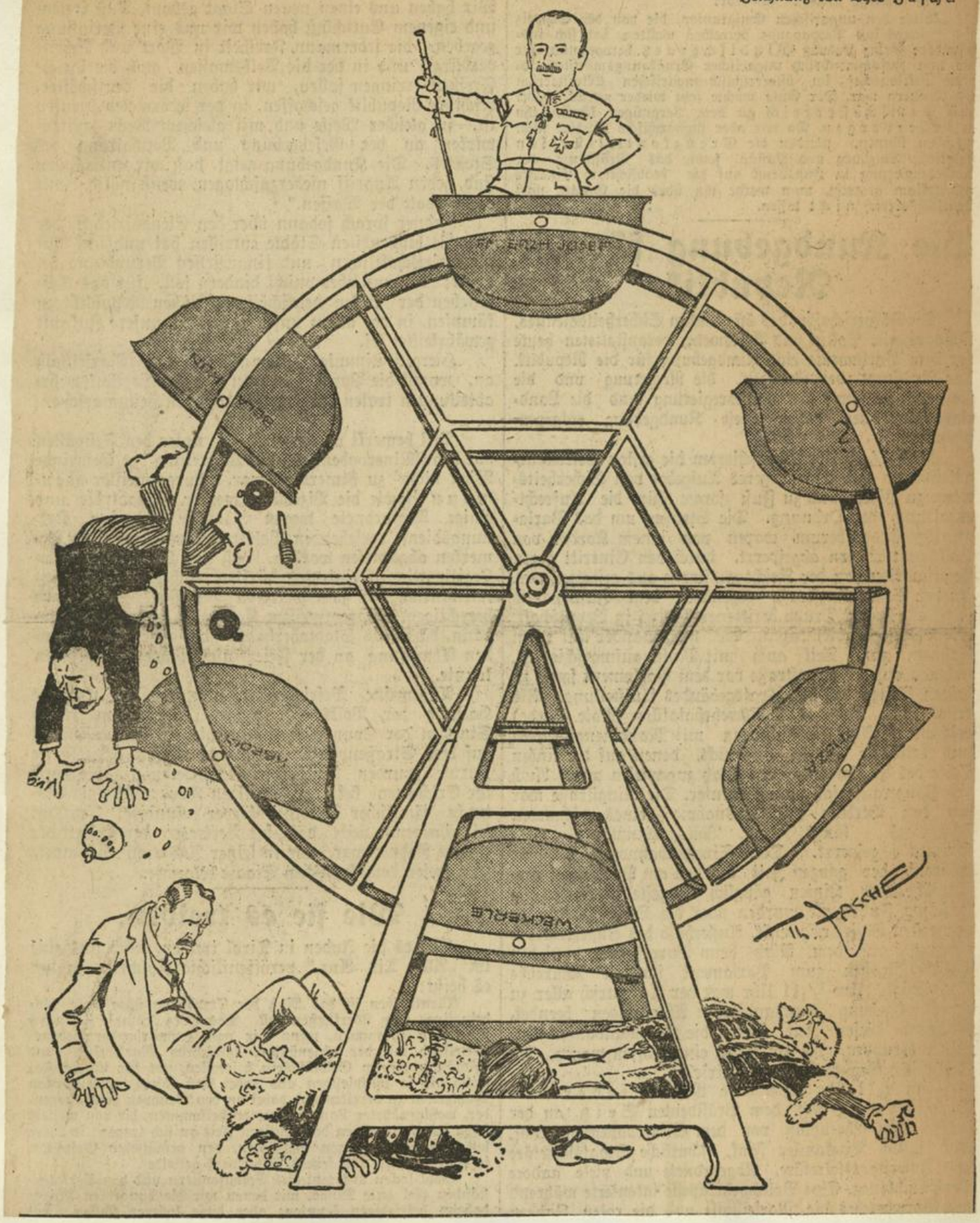
Die Zeit
13. VIII. 1919
13
98

Wiener - Stimmen
13./VIII. 1919

99

Das Rad der ungarischen Zeitgeschichte.

Zeichnung von Theo Zasche.



Die Zeit
14./VIII. 1919

14
100

Zweideutige Erklärung Josefs.

TK Budapest, 13. August (Priv.-Tel.) Der Vertreter der Telegraphen-Kompanie ist auf Grund einer ausdrücklichen Autorisation des Erzherzogs Josef zu der Feststellung ermächtigt, daß Erzherzog Josef jeder monarchistischen Tendenz fernsteht.

Der Erzherzog lehnt mit aller Entschiedenheit die Zumutung ab, als würde er in irgendeiner Richtung auf die Entschlüsse der einzig zuständigen Volksvertretung Einfluß nehmen oder das monarchische System in Ungarn wieder einführen wollen. Er erfüllt ausschließlich eine staatsbürgerliche Pflicht, indem er die ihm zugewiesene Mission eines Verwesers ausübt. Er wird alle ihm auferlegten Pflichten ausschließlich so erfüllen, wie es die Rücksicht auf die unzweifelbare Souveränität des Volkes fordert.

Alle Gerüchte, die mit dieser Erklärung in Widerspruch stehen oder die dem Erzherzog monarchistische Tendenzen zuschreiben, seien aus der Luft gegriffen und widersprechen den Tatsachen.

Die ungarische Gefahr.

Ausführungen Dr. Renners.

Bern, 15. August. Auf der Reise nach Saint-Germain machte Staatskanzler Dr. Renner gegenüber dem Vertreter der amerikanischen Depeschenagentur United Preß folgende Aeußerungen über den Umschwung in Ungarn:

Man läßt Deutschösterreich nicht zur Ruhe kommen. Unter diesem Gesichtspunkte stellen sich mir die Ereignisse in Ungarn in erster Linie dar. Die bolschewikische Gefahr konnte bei uns als gebannt gelten. Im Augenblick, wo Bela Kun gestürzt war, bestand die bolschewikische Gefahr für uns überhaupt nicht mehr. Die Versammlungen der Wiener Kommunisten waren in den letzten Wochen nur von wenigen Dutzend Menschen besucht, aber die Nachrichten aus Ungarn haben sofort eine unangenehme Wirkung erzeugt, sowie ihnen bekannt wurde, daß Erzherzog Josef in Budapest unter der Egide von Ententetruppen ein zweideutiges System begründen wolle, dessen Endziel nur die Wiederherstellung der Herrschaft der Habsburger sein kann. In diesem Augenblick rührten sich unsere Kommunisten wieder, und ihre Versammlung, die sie am letzten Sonntag abhielten, hatte bereits eine Zuhörerschaft von mehreren tausend Menschen. Oder nehmen wir die Wiener Volkswehr. Es ist bekannt, daß diese Notschöpfung der ersten Tage nach dem Zusammenbruch der Monarchie anfänglich das Sorgenkind für viele Leute war; doch war in der letzten Zeit ziemlich anerkannt, daß sich die Volkswehr zu einer staatstreuen Truppe herausgebildet hatte und sogar die Belastungsprobe aushielt, dem von der Entente geforderten Abbau ihrer Stände zuzustimmen. Ohne Hindernis konnte der Bestand der Volkswehr von 50.000 auf 35.000 Mann verringert werden. Aber jetzt haben die Nachrichten aus Ungarn auch bei der Volkswehr eine große Gärung hervorgerufen. Die Volkswehr hat bereits den Entschluß kundgegeben, angesichts der Gefahr einer monarchistischen Restauration keine weitere Herabsetzung ihrer Zahl zu dulden. Sie hat auch bewaffnete Demonstrationen gegen die Wiederherstellung der Monarchie angekündigt.

Das sind so die ersten Folgen, die die Budapester Ereignisse für uns gehabt haben. Nun ist man sich bei uns allerdings klar, daß der Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie in Deutschösterreich nur zu einer blutigen Niederlage der Reaktionäre führen könnte. Die Monarchie hat nicht nur bei der Demokratie der Städte abgewirtschaftet, sondern auch bei der Bauernschaft. Es ist ja bekannt, wie sich der Tiroler Bauer, der so lange als eine Grundfeste der Monarchie galt, aufs energischeste von den Habsburgern abgekehrt hat. Als monarchistisch gesinnt können höchstens gewisse kleine Kreise der Wiener Christlichsozialen gelten und jene Personen und Familien, deren Einfluß und Glanz zusammen mit der Monarchie verschwunden ist. Also wir wissen, daß ein monarchistisches Abenteuer bei uns keinen Erfolg haben würde, aber nichtsdestoweniger wäre es uns sehr unangenehm, unsere ruhige Entwicklung auf einmal durch neue Kämpfe unterbrochen zu sehen. Die Entente, insoweit sie hinter Erzherzog Josef stehen sollte, hat wieder einmal eine sehr unglückliche Hand bewiesen.

Ueber das neue System, mit dem Ungarn beglückt werden soll, möchte ich nur folgendes sagen, es betrifft aber einen kennzeichnenden Punkt: Die neue Regierung soll erklärt haben, daß die Nationalversammlung, die über die Staatsform zu entscheiden haben wird, gewählt werden soll nicht auf der Grundlage des vom Grafen Karolyi eingeführten Wahlrechts, sondern auf Grund des bestehenden Wahlrechts. Diese sehr zweideutige Ausführung muß für das Ausland erst interpretiert werden. Sie besagt nämlich, daß die Wahlen nicht stattfinden sollen auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, sondern auf Grund des alten Wahlrechts, das bekanntlich eines der reaktionärsten von Europa war, und nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das Gros der Bauern vom Wahlrecht ausschloß. Auch wenn gemeint sein soll, daß das Wahlrecht jenes sein soll, welches Tisza zum Urheber hat, so wäre damit nicht viel geändert, denn diese Wahlreform war charakterisiert durch eine Reihe ausgeklügelter Kniffe, geradezu gesetzestechnische Monstrositäten, die bloß den einen Zweck verfolgten, doch wieder nur die kleine Clique, die Ungarn beherrschte, an der Macht zu erhalten. Und das wagt man anzukündigen in einer Zeit, die durch das Ansteigen der demokratischen Flut in allen Ländern gekennzeichnet ist.

In dieser durch die Budapester Ereignisse geschaffenen Atmosphäre soll ich nun die endgültigen Friedensbedingungen der Entente für Deutschösterreich entgegennehmen. Neues über die Bedingungen ist ja kaum mehr zu sagen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß nach unseren Berechnungen diese Bedingungen Deutschösterreich eine Schuld von 55 bis 60 Milliarden Kronen aufbürden würden. Das sind auf den Kopf der Bevölkerung ungefähr 10.000 Kronen. Kein Land der Erde, auch nicht das reichste, könnte eine derartige Belastung aushalten, geschweige denn das arme Deutschösterreich. In Wien hat man bereits das Schlagwort vom anbefohlenen Bankrott geprägt. Arbeiter, Bürger und Bauern werden gleich ruiniert werden. Die Entente, die immer wieder ihren Abscheu vor dem Bolschewismus betont, würde durch ihre Friedensbedingungen nur erreichen, daß die Bourgeoisie Deutschösterreichs dem Kommunismus entrinnt, nur um in den Bankrott getrieben zu werden. Wieder kann man da sagen, daß die Entente die Kunst besitzt, immer das Gegenteil von dem zu erreichen, was sie bezweckt.

Die Zeit 16. Juli 1919 102

Ungarn droht mit bewaffnetem Widerstand.

Eine scharfe Note Lovaszys.

Wien, 17. August. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau gibt in einem Telegramm aus Budapest den Text einer Note wieder, die der Minister des Aeußern Martin Lovaszy durch den ungarischen Geschäftsträger in Wien an die deutschösterreichische Regierung gerichtet hat.

Die ungarische Regierung erklärt darin, daß sie mit Bedauern und Befremden von dem Schritt der deutschösterreichischen Regierung Kenntnis erhalten habe, mit dem diese den Präsidenten der Friedenskonferenz Herrn Clemenceau um die Ermächtigung gebeten hat, die Ordnung und Ruhe in den westungarischen Komitaten durch Gendarmerie, Volkswehr und Sicherungstruppen sichern zu dürfen.

Die ungarische Regierung protestiert gegen die in der deutschösterreichischen Note gegebene Begründung, daß die magyarischen Truppen, deren Chauvinismus und Gewalttätigkeit bekannt seien, die deutsche Bevölkerung der westungarischen Komitate dem Schrecken und Verderben aussetzen würden, und erklärt, in dem Schritt der deutschösterreichischen Regierung eine ernste Gefährdung der angestrebten freundnachbarlichen Beziehungen zu Deutschösterreich zu erblicken.

In der ungarischen Note wird die deutsche Bevölkerung Ungarns als „Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut" bezeichnet und die Erklärung, daß die deutsche Bevölkerung mißhandelt werde, mit dem Hinweis bestritten, daß die in Westungarn einschreitenden Truppen zumeist aus Offiziersformationen bestünden. Die ungarische Regierung würde sich einzig und allein vor einem Beschluß der Versailler Friedenskonferenz beugen müssen, wogegen jede einer derartigen Entschließung vorgreifende gewaltsame Besetzung der westungarischen Komitate bewaffneten Widerstand zur Folge haben müßte.

Die ungarische Note will auch einen Widerspruch zwischen dem Schritt der deutschösterreichischen Regierung und ihrem bisherigen Standpunkt finden, wonach die Entscheidung über das Schicksal Westungarns von einer unbeeinflußten Volksabstimmung abhängig gemacht werden soll.

Die Zeit 18. Juni 1919

18/105

Die Zeit

18./VIII. 1919

18
106

Vazsonyi gegen den Judenhaß.

Budapest, 17. August. Minister a. D. Wilhelm Vazsonyi veröffentlicht im nichtamtlichen Teil des Amtsblattes einen Aufruf an die ungarische Gesellschaft, worin es unter anderem heißt:

Die Bolschewiken haben als Vulkan des Klassenhasses den fruchtbaren Boden unseres Landes mit Lava und Asche bedeckt, und kaum ist dieser Krater, der das Leben zur irdischen Hölle gemacht hat, erloschen, muß ich voll Schrecken die drohende Eruption eines neuen, unser Leben bedrohenden Kraters erblicken, jenes des konfessionellen Hasses.

Es ist keine Selbstüberhebung, wenn ich daran erinnere, daß ich als Erster in Ungarn die Gefahr des Bolschewismus bemerkt und meine Stimme dagegen erhoben habe. Ich habe also das Recht zu fordern, daß man meinen Worten Gehör schenke. Gibt es doch niemanden in Ungarn, den die Bolschewiken mehr gehaßt hätten als mich. Es ist unzweifelhaft, daß die meisten Führer der Bolschewiken der jüdischen Rasse entstammen, aber es ist auch gewiß, daß diese Propheten der Hölle sich seit langer Zeit von der jüdischen Religion losgesagt haben, daß sie Gott verleugnen und also in Wirklichkeit bloß ihrer Abstammung nach Juden sind. Und wir müssen auch feststellen, daß die bolschewistische „jüdische Inquisition" bei ihrem Zerstörungswerk auch die Geschäfte und Fabriken der Juden nicht geschont hat. Die Sünde ist um so größer, weil dieses Land seinen Bürgern jüdischen Glaubens das volle Ausmaß der Rechtsgleichheit hat angedeihen lassen und ihnen nicht nur auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, sondern auch im öffentlichen Leben der Weg vollständig frei stand. Die Schuldigen sollen ohne Unterschied der Konfession bestraft werden, aber niemand darf nur deshalb verfolgt werden, weil er einer bestimmten Konfession angehört. Die Zugehörigkeit zu einer anderen Konfession darf für niemanden ein Palladium bilden. Die Herrschaft des Hasses möge in Ungarn ein Ende nehmen. Auf der ganzen Welt haben wir keinen Freund. Alles hat uns verlassen. Wir bluten aus tausend Wunden, und nur brüderliche Liebe und schwere Arbeit Schulter an Schulter können uns aus der schrecklichen Tiefe wieder emporheben.

*

Das ungarische Ministerium komplett.

Budapest, 17. August. Bei der vorgestern erfolgten Konstituierung des neuen Ministeriums blieben bekanntlich mehrere Portefeuilles, darunter das Handelsportefeuille und das Ministerium für Volksernährung, unbesetzt, da die Verhandlungen mit den für diese Portefeuilles in Aussicht genommenen Persönlichkeiten nicht rechtzeitig beendet werden konnten. Heute ist es gelungen, die Besprechungen zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Das Handelsportefeuille übernahm Franz Heinrich. Zum Volksernährungsminister wurde Karl Ereky ernannt.

Der neuernannte Handelsminister Franz Heinrich ist Chef der Eisengroßhandlungsfirma Heinrich. Volksernährungsminister Karl Ereky ist von Beruf Ingenieur. Er ist Begründer und langjähriger Leiter der Schweinemästerei in Nagy-Teteny und Direktor der Viehverwertungsanstalt.

Gewalt gegen die Deutschen in Westungarn.

Magyarische Besatzungen in den Ortschaften. — Androhung der Todesstrafe.

f Fürstenfeld, 19. August. (Priv.-Tel.) Alle deutschen Gemeinden in Westungarn, in denen am Sonntag Versammlungen für den Anschluß an Deutschösterreich stattfanden, erhielten magyarische Besatzungen von je 30 Mann mit zwei Maschinengewehren. Diese Besatzungen forderten die sofortige Ablieferung der Waffen bei Androhung der Todesstrafe und Einäscherung des Ortes.

Der dumpfe Groll, der sich allenthalben in der Bevölkerung angesammelt hat, droht sich in schrecklicher Weise zu entladen. Die Forderung nach dem Eingreifen Deutschösterreichs wird immer dringlicher.

Um zu verhindern, daß Nachrichten über ihre Gewalttaten zu den Nachbarn dringen, verhindern die Magyaren seit heute vormittags den Grenzübertritt nach Steiermark.

*

Einer Korrespondenz zufolge hat sich gestern der Vollzugsausschuß des Wiener Soldatenrates mit der durch die Ereignisse in Westungarn geschaffene Lage beschäftigt.

Uebereinstimmend wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß man die westungarischen Brüder nicht dem Terror der magyarischen Soldateska und Gendarmerie ausliefern dürfe und daß alle Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß die Willensäußerung der westungarischen Deutschen unbeeinflußt und ungeknebelt erfolgen könne.

Um ein einheitliches Vorgehen aller beteiligten Faktoren zu gewährleisten, wurde beschlossen, daß sich der Vollzugsausschuß unverzüglich mit der Staatsregierung ins Einvernehmen setze.

Die Zeit 19. Juli 1919

107

Die Zeit

20./VIII. 1919

20

108

Das Standgericht in Ungarn.

Budapest, 19. August. Einer Kundmachung des Vorsitzenden des Budapester Strafgerichtshofes zufolge hat das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Kriegsministerium eine Verordnung erlassen, die die standgerichtliche Behandlung folgender Verbrechen verfügt: Verbrechen gegen die Staatstreue, Aufwiegelung, Mord, vorsätzliche Tötung, Verbrechen gegen die Sicherheit der Volksgesundheit, wenn dieses den Tod von Menschen zur Folge hat, Raub, Brandstiftung, Verursachung von Ueberschwemmungen, gemeingefährliche Handlungen gegen Eisenbahnen, Telegraphen- und Telephonleitungen oder Schiffe. Die Kundmachung schließt mit dem Aufruf an die Bevölkerung, jede Störung der Ordnung zu vermeiden.

Anschließend an diese Kundmachung richtet der Oberstadthauptmann einen Aufruf an die Budapester Bevölkerung, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß sich die Verordnung nicht nur auf jene bezieht, die eine der aufgezählten Taten begehen, sondern daß im Sinne der Verordnung jeder mit dem Tode bestraft wird, der durch gesprochene oder geschriebene Aeußerungen oder durch seine Haltung, so durch das Bestreben zur Wiederherstellung der kommunistischen Schreckensherrschaft, mit dem Gesetz in Konflikt gerät, ferner jeder, der durch Aeußerungen, durch seine Haltung oder seine Handlungen einen gewaltsamen Angriff gegen die Regierung, die Behörden, irgendeine Klasse der Gesellschaft, irgendeine Nationalität oder irgendeine Konfession vorbereitet oder versucht.

Der Aufruf schließt mit der Bitte um Unterstützung der Staatspolizei durch das Publikum bei der Durchführung der gesetzlichen Verfügung.

*

Gegen Josef.

Eine Abkanzelung in der „Times".

KR Kopenhagen, 20. August. (Priv.-Tel.) Die „Times" tadelt, daß die Alliierten die Einsetzung eines Habsburger Erzherzogs in dem Augenblick duldeten, da doch die revolutionäre Bewegung in allen Ländern die Entente im Gegenteil bestimmen müßte, radikalste demokratische Politik zu betreiben. Das Blatt meint, man könnte jetzt auch Ex-Kaiser Karl nach Wien und die deutschen Bundesfürsten in ihre früheren Residenzen zurückbringen. „Times" erwartet, daß England sich an diesen Experimenten nicht beteiligt. In demselben Sinne äußern sich „Daily News", „Manchester Guardian" und „Herald".

Auch die Rumänen schütteln ihn ab.

KR Genf, 20. August. (Priv.-Tel.) Der rumänische Minister in Paris Vaida erklärte einem Interviewer des „Petit Parisien", daß Rumänien die Regentschaft Josefs mit Unbehagen verfolge, da Rumänien von den Habsburgern nichts wissen wolle, wie die Magyaren selbst. Die Einsetzung Josefs sei durch viel mächtigere Faktoren als durch das kleine Rumänien bewerkstelligt worden. Rumänien strebe keinerlei Gewaltpolitik in Ungarn an und werde auch auf die Gefahr einer schweren nationalen Enttäuschung hin in allen Fragen den Wünschen der Entente nachkommen.

*

Ein rumänisches Dementi.

Prag, 19. August. Die Pressesektion des Ministeriums für nationale Verteidigung teilt mit: Der Verbindungsoffizier der rumänischen Armee beim Oberkommandanten der tschechoslowakischen Streitmacht veröffentlicht folgendes Dementi: In den am 10. August in Prag abgehaltenen Protestversammlungen gegen die Wiedererrichtung der Monarchie im magyarischen Staate wurden Entschließungen angenommen, in denen erklärt wird, daß die Gegenrevolution im magyarischen Staate mit Hilfe der rumänischen Truppen ins Werk gesetzt werde. Im Namen des rumänischen Oberkommandanten bestreite ich nachdrücklich die Richtigkeit dieser Meinung, denn das rumänische Heer hatte und hat gar nichts gemeinsam mit den inneren magyarischen Angelegenheiten.

Ende der Militärdiktatur in der Slowakei.

Preßburg, 20. August. Der bevollmächtigte Minister für die Verwaltung der Slowakei hat die mittels Verordnungen vom 5. Juni und 20. Juni 1919 in mehreren Gebieten der Slowakei verhängte Militärdiktatur aufgehoben.

Die Zeit
20./VIII. 1919

20
109

Die Ereignisse in Westungarn.

Friedrich verlangt den Einmarsch der Rumänen.

Aus Budapest wird uns telegraphiert: Das rumänische Preßbureau meldet: Gestern nachmittags fanden in Budapest mehrere Versammlungen statt, in denen gegen die Besetzung Westungarns durch Deutschösterreich protestiert wurde.

Ministerpräsident Friedrich richtete an das rumänische Besatzungskommando das Ansuchen nach ehester Besetzung Westungarns durch die rumänischen Truppen, um einer ungerechtfertigten und voreiligen Besetzung seitens der Deutschösterreicher zuvorzukommen. In ungarischen Regierungskreisen hegt man die Absicht, einer Besetzung seitens Deutschösterreich mit Waffengewalt entgegenzutreten.

Kernmagyarische Truppen in den westungarischen Grenzorten.

Zur Verhinderung der Anschlußbewegung

Aus Wiener-Neustadt wird uns berichtet: In der hiesigen Bevölkerung wird es mit großem Befremden bemerkt, daß in dem benachbarten Grenzort Neudörfl an der Leitha sowie in anderen Grenzorten kernmagyarische Truppen in den letzten Tagen eingetroffen sind und die bisherigen deutschen Grenzwachen abgelöst haben. Wie verlautet, sind auch in die übrigen Grenzorte, die nicht nach Wiener-Neustadt gravitieren, kernmagyarische Truppen eingezogen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Truppen berufen sind, die Bevölkerung Deutsch-Westungarns für die bevorstehende Volksabstimmung zu präparieren und das Uebergreifen der elementaren Anschlußbewegung, wie sie sich Sonntag in den Gemeinden des Eisenburger Komitats abgespielt hat, zu verhindern.

Die Gegenaktion der magyarischen Machthaber in Westungarn.

Aus Fürstenfeld wird berichtet: Wie zu erwarten war, hat gegen die großen Anschlußkundgebungen der Deutschen Westungarns vom Sonntag eine brutale Gegenaktion der magyarischen Machthaber im neusteirischen Gebiete eingesetzt. Der Oberbefehlshaber der transdanubischen Streitkräfte Oberst Lehar in Steinamanger sendete einen Panzerzug nach Güssing. Er selbst kam im Panzerauto dort an und richtete unter dem Schutze der Bajonette seiner Soldaten an eine Gruppe von magyarischen Beamten eine Ansprache, in der er behauptete, daß es den Deutschen Westungarns nichts nützen würde, wenn sie von Ungarn losgetrennt würden. Kaum 30 Zuhörer hatten sich bei Lehar eingefunden, die ganze Stadt blieb menschenleer. Gegen Abend kam ein magyarisches Bataillon, um eine „Strafaktion" durchzuführen. Gegen Hunderte von Arbeitern und Bauern wurden Haftbefehle erlassen. Ein großer Autopark wurde aufgeboten, um die Versammlungsteilnehmer, die bei den Anschlußkundgebungen gesprochen hatten, einzubringen. Der steirischen Grenzbevölkerung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Die Grenzbauern sind fest entschlossen, den Vorgängen nicht stumm und untätig zuzusehen, sondern ihren Verwandten und Freunden im neusteirischen Gebiete zu Hilfe zu kommen.

Feuerüberfall durch magyarische Grenzgendarmen.

Aus Bruck a. d. L. wird berichtet: Gestern fand in dem auf niederösterreichischem Boden an der ungarischen Grenze gelegenen Ort Sommerein eine Volksversammlung statt, zu der auch zahlreiche Teilnehmer aus Westungarn, aus dem Wieselburger Komitat, erschienen waren. Als sich nach der Versammlung die Wieselburger wieder über die Grenze nach Hause begeben wollten, veranstalteten die magyarischen Grenzgendarmen auf die Leute einen richtigen Feuerüberfall. Sie ließen die Leute die Grenze passieren und eröffneten, nachdem sich die Wieselburger in einer entsprechenden Entfernung befanden, das heißt, als sie dieselben in Schußweite hatten, ein regelrechtes Gewehrfeuer. Zum Glück war schon die Dämmerung eingetreten, unter der die Treffsicherheit der magyarischen Schützen einigermaßen litt. Es wurden nur einige Leute leicht verletzt.

Der weiße Terror.

Aus Fürstenfeld wird berichtet: Alle Gemeinden in Deutsch-Westungarn, in denen Sonntag Volksversammlungen stattgefunden haben, erhielten Besatzungen von 30 Mann mit zwei Maschinengewehren. Die Besatzungen fordern Ablieferung der Waffen bei Androhung sofortiger Todesstrafe und Einäscherung des Ortes. Der dumpfe Groll in der Bevölkerung, der sich allenthalben angesammelt hat, droht sich in schrecklicher Weise zu entladen. Die Forderung nach Eingreifen deutschösterreichischer Truppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wird immer dringlicher. Um zu verhindern, daß Nachrichten über die Gewalttaten der Weißen Truppen in Westungarn nach Deutschösterreich dringen, verhindern die Magyaren den Grenzübertritt nach Steiermark.

Die Entscheidung der Entente vertagt.

Paris, 19. August. (Funkspruch.) Der Oberste Rat beschäftigte sich gestern mit der Note des Staatskanzlers Dr. Renner über die deutschen Gebiete von Westungarn. Die Entscheidung wurde vertagt.

Saint-Germain, 19. August. „Petit Journal" meldet, daß sich der Oberste Rat gestern unter Vorsitz Pichons mit der Lage in Westungarn und mit der Frage der Streiks in Schlesien beschäftigt habe, welch letztere in Warschau große Beunruhigung hervorriefen. Der Oberste Rat habe die Mittel ins Auge gefaßt, um dort eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Reichspost

25./VIII. 1919

Der Regierungswechsel in Ungarn.

Des Verwesers Rücktritt.

Budapest, 24. August. Auf Wunsch der Militärmission der Entente ist gestern der Rücktritt des Verwesers Erzherzog Josef und des Ministeriums Friedrich erfolgt. Letzteres wird auf Wunsch der Entente die Geschäfte bis zur Konstituierung der neuen Regierung fortführen. In seiner Antwort an die Militärmission erklärte Ministerpräsident Friedrich daß das Kabinett innerhalb einiger Tage sich umgestalten werde und daß den Sozialdemokraten zwei Ministerportefeuilles und eine Staatssekretärstelle zur Verfügung stünden. Im letzten Ministerrat erstattete Friedrich Bericht über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit der Militärmission der Entente. Hierauf legte Verweser Prinz Josef in aller Form den Verweserposten nieder. Im Namen des Ministeriums nahm Minister des Aeußern Lovaszy in einer ergreifenden Ansprache von dem Prinzen Abschied.

„Nun nehmen wir schweren Herzens Abschied von Eurer Hoheit. Daß Eure Hoheit das Land aus der völligen Anarchie herausgehoben und die Ordnung wieder herstellend, eine Situation geschaffen haben, in der die Konsolidierung nunmehr mit schleunigeren Schritten erfolgen kann, ist Ihr unvergänglich großes Verdienst. Empfangen Sie für Ihre entfaltete Tätigkeit den immerwährenden Dank der ganzen Nation. Die ungarische Nation wird Ihre selbstlosen Bemühungen nie und nimmer vergessen."

Tief ergriffen erwiderte Prinz Josef:

„Für meine Arbeit gebührt mir kein Dank. Ich bin gekommen, weil man mich rief. Ich habe gehandelt, weil es die Verhältnisse geboten, weil ich meinem geliebten Vaterland helfen wollte. Wie mir scheint, ist es mir gelungen, dies in Gemeinschaft mit meinem Kampfgenossen, dem Ministerpräsidenten Friedrich, zu erreichen. Beruhigt darf ich mich zurückziehen. Ich fühle, daß ich meine Pflicht gegenüber meiner Nation erfüllt habe. Zum Abschied sage ich, meine Herren, bloß soviel: Wo immer und wann immer die ungarische Nation meiner bedarf, stehe ich ihr bis zum letzten Atemzug und bis zu meinem letzten Tropfen Blut zu Diensten. Gott segne Sie, nehmen Sie meinen Dank dafür, daß Sie sich in diesen schweren Tagen an meine Seite gestellt haben. Während Ihrer weiteren Tätigkeit denken Sie vor allem an eines: Alles und jedes nur zum Wohle des Vaterlandes!"

Der Prinz reichte sodann den Mitgliedern der Regierung der Reihe nach die Hand und entfernte sich.

Erzherzog Josef erließ folgende

Proklamation an das ungarische Volk:

In den verhängnisvollsten Stunden der schwersten Krisis übernahm ich über Aufforderung die Leitung meines geliebten Vaterlandes. Hiezu hat mich bloß das Bewußtsein ermuntert, daß ich vielleicht jenen helfen kann, die mit den innigsten Banden an mein Herz geknüpft sind: meinen geliebten Kompatrioten. Es hat mich bloß die Absicht geleitet, sie aus den Leiden herauszuführen an die Schwelle einer besseren Zukunft. Nun ich sehe, daß unser Vaterland im Aufstieg aus dem Niedergang begriffen ist und die Vorbereitung der Wahlen ohne Hindernis in Gang kommen kann, dergestalt, daß die Nation wirklich aus ihrem eigenen Sinn ihre Zukunft gründen kann, erachte ich meine Tätigkeit für beendet und lege die Verweserschaft in die Hände der Nation zurück. Meine Person soll kein Hindernis dafür sein, daß unsere bisherigen Feinde zu unseren Freunden werden und uns mit den zur Entwicklung unseres Volkes notwendigen Mitteln helfen.

Ich trete von meinem Verweserposten zurück, doch bleibe ich im Guten wie im Bösen auch weiterhin hier und stehe meinem ungarischen Vaterlande zu Diensten, für das ich lebe und sterbe mit unerschütterlicher Treue bis zum letzten Atemzug. Der Gott der Magyaren segne meine geliebte Nation und lasse unser Vaterland aufblühen!

Budapest, 23. August 1919.

Erzherzog Josef, Feldmarschall.

L 70 000
52
1919
28./VI. – 25./VIII.
Äußere Politik
I.
Ungarn
5

Pester Lloyd
Abend
28./VI. 1919
a 28
1

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Nagyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G. Wien, Wollzeile 9. – Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 30 Heller. Abendblatt 20 Heller.

Morgenblatt auf den Bahnhöfen 30 Heller.

Redaktion und Administration: V., Márk Valéria-utca 12. – Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Samstag, 28. Juni 1919 — Nr. 150

Die Niederwerfung der Gegenrevolution.

Das Begräbnis der Opfer des gegenrevolutionären Putsches.

Die Opfer der Kämpfe aus Anlaß des jüngsten gegenrevolutionären Putsches werden Sonntag nachmittag unter imposanten Kundgebungen der Trauer und der Pietät zu Grabe geleitet werden.

Die Proletarierhelden, und zwar: die Soldaten des 32. Roten Regiments Josef Sokoli, Franz Korbély, Géza Gyenis, Stefan J. Szabó, Julius Petö, Moritz Grósz, Stefan Gigecz, Franz Szentgáli, die Soldaten des 1. Roten Regiments Johann Meleg, Johann Deutsch, Gustav Gutai und Michael Hemin, der Artillerist Stefan Csóry, das Mitglied der Roten Wache Eugen Lemberkovics und der politische Beauftragte Béla Lövi, die in den schweren Kämpfen gefallen sind und ihre Namen in die Annalen der Revolution unauslöschlich eingegraben haben, werden vom gesamten Proletariat der Hauptstadt nach ihrer letzten Ruhestätte geleitet.

Die Trauerfeier veranstaltet der Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat im Einvernehmen mit der revolutionären Räteregierung. Die Feier beginnt um 2 Uhr nachmittags auf dem Orczaház-tér, wo ein roter Katafalk für die 16 Särge aufgestellt sein wird. Das Präsidium des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates fordert sämtliche Budapester Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften und die Parteiorganisationen sowie die gesamte Arbeiterschaft von Budapest auf, sich ohne Ausnahme einzufinden und die Trauerfeier schon durch die Masse der Teilnehmer möglichst imposant zu gestalten.

Im Namen der Räteregierung wird Präsident Alexander Garbai, im Namen des Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates Stefan Biermann sprechen, außerdem Redner des Gewerkschaftsrates der Partei der sozialistisch-kommunistischen Arbeiter, der Roten Wache und der Roten Regimenter. An der Trauerfeier werden sich auch sämtliche Budapester Militärkapellen und die Arbeiterchöre beteiligen.

Die Leiter der Arbeiterchöre werden ersucht, sich Sonntag vormittags 9 Uhr im Zentral-Stadthause (1. Stock 80) bei Stefan Biermann zu einer Besprechung einzufinden; die Mitglieder der Gesangschöre mögen sich um 1 Uhr nachmittags vor dem Börsenpalais auf dem Szabadság-tér versammeln.

Der Trauerzug bewegt sich vom Orczaház-tér nach dem alten Kerepeser Friedhofe, wo den Gefallenen ein Ehrengrab zur Verfügung gestellt wurde. Hinter den 16 Trauerwagen werden die Ehrenkompagnien der Regimenter marschieren, denen die Gefallenen angehörten. Als Wegrichtung wurde bestimmt: die Alkotmány-utca, Váci-körut, Andrássy-ut, Terézkörut, Erzsébet-körut, Rákóczi-ut und Köztemetö-ut. Das Präsidium des Arbeiterrates fordert die Vertrauensmänner der Häuser auf den erwähnten Straßen auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Gebäude rot beflaggt werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat des X. Bezirkes fordert sämtliche Mitglieder auf, Sonntag nachmittag bis spätestens 1 Uhr im Hause Rákay-utca 28 zu erscheinen, von wo der Arbeiterrat korporativ zum Leichenbegängnis der bei der Niederringung der Gegenrevolution gefallenen 32er Roten Soldaten ziehen wird.

Gescheiterte Versuche.

Auch in verschiedenen Nachbarorten Budapests haben die Gegenrevolutionäre Aktionen versucht. So glückte es ihnen, in Rákoscsaba mit Hilfe einiger wohlhabenden Landwirte eine Reihe von Frauen, Landstreichern und Deserteuren aufzuwiegeln. Diese Gesellschaft erschien in einer sozialistischen Volksversammlung teils mit Waffen, teils mit Stöcken ausgerüstet und störte den Redner gleich nach Beginn mit Rufen wie „Nieder mit den Juden!," Nieder mit dem Rätesystem!", „Heute werden wir Blut trinken!" usw.

Schließlich warfen sie die Rednertribüne um, auf der Julius Vojticzky zu reden versucht hatte, griffen die Führer der sozialistischen Partei und des Direktoriums an, sodaß diese sich in das Sowjethaus zurückziehen mußten. Nun begann eine Beschießung des Gebäudes, das aber von der Roten Wache unerschütterlich gehalten wurde, bis aus Budapest eine Terrortruppe eintraf und die Ordnung herstellte. Die Haupträdelsführer wurden verhaftet und dem Revolutionsgericht eingeliefert.

Aehnliche Versuche wurden auch in anderen Gemeinden gemacht, scheiterten jedoch an der Wachsamkeit und Disziplin der Arbeiterschaft. Im ganzen Bezirk Gödöllö herrscht heute volle Ruhe und eifrige Arbeit.

Begrüßungsdepesche.

Der Arbeiterrat von Rábahidvég hat folgende Depesche an das Volkskommissariat für Inneres gerichtet:

Rábahidvég begrüßt die Rote Armee aus Anlaß ihrer Taten im Interesse des Proletariats und begrüßt auch das Proletariat Budapests in dem Augenblick, in dem die Arbeiterschaft Budapests ihr Blut und Leben für die Proletarierdiktatur opfert. Rábahidvég gelobt gleichzeitig, in der Gegenwart ebenso wie in der Vergangenheit nur eine Pflicht zu kennen: mit Herz und Seele der Räteregierung zu dienen.

Rábahidvég.
Eugen Bognár, Ladislaus Koós, Karl Tóth, Räteräsidenten.

Die Ungarische Räterepublik.

Der amtliche Frontbericht.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet am 28. Juni: An unseren Fronten ist die Lage unverändert.

Armeeoberkommando.

Befehl.

Vom 29. Juni an ist die allgemeine Sperrstunde 10 Uhr abends; der Aufenthalt auf der Straße ist bis 11 Uhr gestattet. Die Bewilligungen zum Ausbleiben sind gültig. Theater, Unterhaltungsorte, Kaffee-, Gasthäuser, Restaurants usw. sind den ganzen Tag offen, beziehungsweise in Betrieb zu halten.

Josef Haubrich m. p.,
Militäroberkommandant von Budapest.

Franz Jancsik m. p.,
Oberkommandant der Roten Wache.

Die Verfassung.

Das amtliche Blatt verlautbart heute die von dem Rätekongreß am 23. d. angenommenen Grundprinzipien der Verfassung der Ungarländischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik.

An die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte!

Es ereignet sich häufig, daß Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Leuten, die zur aktiven Militärdienstleistung einzurücken verpflichtet sind, einen Aufschub gewähren, ja in gewissen Fällen diesen Leuten das Einrücken verbieten.

Da die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte auf diese Weise ihren Wirkungskreis überschreiten, teilen wir behufs Danachrichtung in Bestätigung unserer in diesem Belange bereits erlassenen Verordnungen wiederholt mit, daß die Gewährung eines Aufschubes an einzelne oder ein Verbot, einzurücken, nicht im Rechte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte steht.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Kommission zur Entlastung der Hauptstadt.

Das Präsidium des Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates fordert die Leiter der Arbeiter- und Soldatenräte sämtlicher Bezirke auf, bis zum 29. d., morgens, die Namen und Adressen der in die Kommission zur Entlastung der Hauptstadt entsendeten Bevollmächtigten dem Präsidium (Zentralstadthaus, I., 82—84, Telephon Városháza 27) mitzuteilen, da sonst die vor kurzem einberufene Kommissionssitzung wegen geringer Teilnahme nicht abgehalten werden könnte.

Frauenversammlung.

Montag, 30. d. M., halb 6 Uhr nachmittags, findet im Marx-Lenin-Hause, Rózsa-utca 61, eine von der deutschen sozialistischen kommunistischen Arbeiterpartei Ungarns veranstaltete große Frauenversammlung mit der Tagesordnung: „Die Räterepublik und die Proletarierfrauen" statt. Als Referentin fungiert Anneliese Rueg aus der Schweiz.

Mitteilungen für das slowakische Proletariat.

Jeder slowakische Proletarier melde sich zur slowenskischen internationalen Roten Armee! Näheres: Slowakisches Parteisekretariat, Rózsa-utca 61, I. 13.

Das Programm des Leiters des Wohnungskommissariats.

Budapest, 28. Juni.

Der Landeskongreß der Räte hat bekanntlich Josef Brunner an die Spitze des Landeswohnungskommissariats gestellt. Der neue Leiter dieser wichtigen Amtsstelle hat heute seine Tätigkeit angetreten und über sein Programm sich folgendermaßen geäußert:

— Ich halte es für meine erste und wichtigste Aufgabe, alle in Zinshäusern, Privathäusern oder in sonstigen bewohnbaren Gebäuden untergebrachten Bureaus und Aemter in leerstehende Geschäftsräume zu verlegen. Es gibt von verschiedenen Institutionen besetzte Zinshäuser, die Hunderte Wohnungen und Kanzleien beherbergen und ebensovielen Proletarierfamilien bequeme Unterkunft bieten könnten. Auch gibt es in Budapest für die Aufnahme von Aemtern bestimmte Bauten, die wegen Materialmangels bis auf den heutigen Tag unvollendet sind. Ich werde mit aller Kraft bestrebt sein, diese Bauten vollenden zu lassen, damit sie ihrer Bestimmung übergeben werden können. Zu diesem Zwecke werde ich untersuchen, ob tatsächlich der Materialmangel ihre Fertigstellung gehindert hat, und sollte ich Indolenz entdecken, die eine Sabotage unserer Tätigkeit darstellt, so werde ich für die Bestrafung der Schuldigen sorgen. Die Erbitterung des Proletariats ist hauptsächlich auf die langsame Amtsgebahrung und auf das stundenlange Anstellen zurückzuführen. Um dem abzuhelfen, werde ich die ganze Vorderfront des Parlamentsgebäudes als Wohnungsamt einrichten lassen; jeder Bezirk wird ein eigenes Amt erhalten, das natürlich leicht zugänglich sein wird. Diese Lösung wird auch die Erledigung der Angelegenheiten aufs äußerste beschleunigen. Diese Reform ist bereits eingeleitet, so daß Montag hoffentlich schon unser ganzer Apparat in Tätigkeit stehen kann.

Die meisten Klagen gelangten wegen der Wohnungsbefreiungen an die kompetenten Behörden. Die Klageführenden hoben hervor, daß beim Wohnungskommissariat Personen, die hiezu durch nichts berufen sind, auf Grund von Freundschaftsdiensten oder auf sonstige Weise zu solchen Wohnungsbefreiungen gelangten. Um solche Verdächtigungen von mir abzuwälzen, hielt ich mit den Leitern der Bezirke eine Konferenz ab, in der beschlossen wurde, daß diese Befreiungen mit den Bezirken, die den Kontakt mit der Menge nach außen aufrechterhalten, gemeinsam erfolgen werden. Bisher hat der Leiter des Wohnungskommissariats allein die Befreiungen erledigt, in Zukunft wird dies jedoch durch eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission geschehen. Mitglieder dieser Kommission sind: der Leiter des Landeskommissariats für Wohnungsangelegenheiten, der Leiter der Budapester Zentralen Wohnungskommission und ein Delegierter jenes Bezirkes, in dem die Wohnungsbefreiung erbeten wird. Obgleich ich voraussetze, daß meine Genossen von meiner Anständigkeit, von meiner Ehrlichkeit und meiner Unnahbarkeit überzeugt sind, habe ich dennoch diese Dreierkommission organisiert, um jeder Verdächtigung vorzubeugen. Wenn wir drei in einer Angelegenheit einheitlich verfügen, so ist nach außen jedermann verpflichtet, dies vollauf zu respektieren.

Es ist eine Verordnung im Zuge, die in gewisser Beziehung die Entlastung Budapests von sehr vielen Wohnungswerbern bezweckt. Wir lassen im Einvernehmen mit dem Volkskommissariat für Volkswohlfahrt die Villen der Umgebung konskribieren, die eigentlich nicht so sehr Villen als Familienhäuser sind und in denen wir im Einverständnis mit den Arbeiterräten der umliegenden Gemeinden Proletarier unterbringen werden. Ich erachte es für überflüssig, daß der Arbeiter, der in der Obudaer Schiffswerfte oder in der Mátyásföld Flugzeugfabrik arbeitet, im Stadtinnern von Budapest wohne, wenn er in einer benachbarten Villa in der Nähe seines Arbeitsplatzes eine bequeme, hygienische, ruhige und entsprechende Wohnung erhalten kann.

Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung Budapests vor den fortwährenden Belästigungen durch überflüssige Nachforschungen zu schützen. Künftig wird man die Bewohner nicht acht- bis zehnmal nacheinander belästigen, sondern ein einzigesmal feststellen, ob jemand auf die betreffende Wohnung Anspruch hat und höchstens noch einmal von einer anderen Kommission die Feststellung überprüfen lassen. Mit acht- bis zehnmaliger Nachforschung wird unser Amt jedoch die Proletarier in Hinkunft verschonen.

Zur völligen Beruhigung der Arbeiterschaft lasse ich auch die Stellen der Amtsleiter umorganisieren, indem ich statt der geistigen Arbeiter physische hinsetze. Hiebei kann ich Béla Kuns Worte anführen, der sich folgendermaßen geäußert hat: „Das Proletariat ist in jede leitende Stel-

Neues Wiener Tagblatt
28/VI. 1919

Die ungarische Räteregierung und ihre Gegner.

Der Blutterror. — Das Zaudern der Entente. — Aus Bela Kuns Leben. — Der seinerzeitige Fluchtplan von Regierungsmitgliedern. — Geheime Konferenzen Kuns in Wien. — Die gegenrevolutionären Strömungen. — 20 Kunsche Hunderter im Straßenkot. — Abwurf Kunscher weißer Noten aus einem Aeroplan.

Von einer in den letzten Tagen aus Budapest hier eingetroffenen Persönlichkeit, einem Fabrikanten, welcher durch die Enteignung von seinem Besitze vertrieben wurde, erhalten wir Mitteilungen, denen wir die nachstehenden Einzelheiten entnehmen:

„In Wien — so sagen unsre Gewährsmänner — kann man sich nach den offiziösen Mitteilungen des Ungarischen Korrespondenzbureaus sowie auch aus den mittlerweile hier eingelangten Budapester Zeitungen, welche hier alle unter der strengen Zensurkontrolle der Räteregierung stehen, kein rechtes Bild von den Zuständen machen, die nach dem Putsch in der ungarischen Hauptstadt herrschen. Gar so einfach, wie die Angelegenheit von der Regierung Bela Kuns jetzt dargestellt wird, ist sie doch nicht gewesen; sonst wäre es auch nicht notwendig, einen solchen Blutterror auszuüben, wie dies jetzt geschieht. Sicher ist, daß die Budapester Gegenrevolution von dem gesamten Bürgertum ebenso heiß ersehnt wurde wie von dem größten Teile der Arbeiterschaft.

Es ist kein Zweifel, und dies ist auch die allgemeine Empfindung, daß der Stern Bela Kuns im Erbleichen ist. Viele sind sogar überzeugt, daß sein Sturz nur noch eine Frage von Tagen ist. Bezeichnend sind die Urteile, die man in Budapester Kreisen — natürlich nur im vertrautesten Gespräche — über das merkwürdige Zaudern der Entente der Räteherrschaft gegenüber aussprechen hört. Man kann sich dieses Zaudern nicht erklären, da man doch Grund zur Annahme zu haben glaubt, daß die Entente ein ureigenes Interesse daran habe, den völligen Niederbruch Ungarns hintanzuhalten, um das Uebergreifen des gefährlichen Brandes auf die Nachbarstaaten und dann auf die Ententeländer zu verhindern.

Der heute allgewaltige Bela Kun war früher Diurnist, später Kassier einer Krankenkasse in Siebenbürgen, und es wurde ihm nachgesagt, daß er dort einmal 87,000 K. unterschlagen hätte. Andre freilich erklären, daß dies unrichtig sei und daß er nur einmal Belege für etwa 2000 K. nicht hatte erbringen können. Während des Krieges war er ziemlich häufiger Fahrgast des Balkanexpreßzuges zumeist auf der Strecke Budapest-München gewesen; der Zweck dieser Reisen ist nicht ganz aufgeklärt. Er befand sich bei diesen Fahrten gewöhnlich in Gesellschaft eines Mannes, der große Lebensmittelgeschäfte zwischen Ungarn und Bayern durchführte und sich der Protektion der ungarischen Gesandtschaft in München erfreute. Auch in Wien hat Bela Kun zu dieser Zeit häufig Aufenthalt genommen, doch konnte nicht festgestellt werden, mit wem er hier verkehrte. Vor einigen Wochen, als wieder einmal vom nahen Sturze der Räteregierung gesprochen wurde, fragten (Wir haben darüber seinerzeit berichtet. Anm. d. R.) Mitglieder der ungarischen Räteregierung bei der deutschösterreichischen Regierung an, ob sie im Falle ihrer Flucht mit ihren Familien in Wien oder in der Umgebung der Stadt ein Asyl finden könnten. Telephonisch wurde von Wien aus an Bela Kun die zustimmende Antwort erteilt. Bela Kun zeigte sich darüber sehr erstaunt und erklärte, daß er kein derartiges Ansuchen gestellt habe. Wenn die Mitglieder seiner Regierung die Flucht ergreifen wollten, anerkenne er das Entgegenkommen des ihnen in Deutschösterreich gewährten Asyls. Er selbst aber ziehe es vor, unter allen Umständen auszuharren, selbst auf die Gefahr hin, dem Schicksale, gehenkt zu werden, nicht zu entgehen.

Nun ist es erwiesen, daß sich Bela Kun vor zwei Wochen einige Stunden in Wien aufgehalten hat. Er war mittels Automobils neben dem Chauffeur sitzend und als Diener verkleidet nach Wien gekommen. In der hiesigen Gesandtschaft war er nicht, aber er hatte hier mit verschiedenen Personen und Parteileuten Besprechungen.

Sein starker Rückhalt in Budapest war die Rote Armee, die aber nur zu 20 Prozent aus Kommunisten besteht und sonst eine nationale Armee ist, in der es jetzt auch gärt, da die gute Verpflegung infolge des herrschenden Lebensmittelmangels aufgehört hat und viele Offiziere zu den Gegenrevolutionären übergehen wollen. Auch unter der organisierten Arbeiterschaft sind der Räteregierung inzwischen ungemein viel Gegner erstanden, denn auch unter ihnen gibt es viele Enttäuschte, die sich von den anfänglichen Versprechungen hatten verlocken lassen und nun unter dem Lebensmittelmangel sowie unter der vollständigen Wertlosigkeit des „weißen Geldes" leiden. Sie erhalten nur solches, das aber gar keine Kaufkraft besitzt. Als Illustrationsfaktum mag dienen, daß vor wenigen Tagen bei der Budapester Markthalle im Straßenkot 20 Stück solcher weißer Hundertkronenscheine vollständig beschmutzt stundenlang gelegen sind, ohne daß jemand es der Mühe wert fand, dieses Geld aufzuheben. Eine eigenartige Demonstration wird nun unter den Gegenrevolutionären geplant, um die vollständige Wertlosigkeit dieses Geldes zu erweisen. Sie haben Tausende und Tausende solch wertloser Hundertkronenscheine, wie sie von der Räteregierung ausgegeben werden, herstellen lassen, und in den nächsten Tagen soll ein Aeroplan oder auch mehrere derselben Budapest überfliegen und die Stadt mit diesem weißen Gelde förmlich überschwemmen, um so zu zeigen, welche Wertlosigkeit das Geld der Regierung Bela Kuns besitzt.

Die größten Gegner hat aber die Regierung unter dem Bauernstande, der bereit ist, sofort zu den Gegenrevolutionären überzugehen und sich zu bewaffnen, die Schienen aufzureißen und Budapest von allem Verkehr abzuschneiden.

* * *

Ein kommunistischer Bericht über die ersten Kämpfe.

Der gestern in Wien eingetroffene „Pester Lloyd", der gegenwärtig bekanntlich das Organ der Räteregierung ist, meldet im Sinne der Kommunisten über den Putschversuch in Budapest eine Reihe von Einzelheiten. Der Beginn des Putsches fand in der Engelkaserne statt, wo die gegenrevolutionären Offiziere den Artilleristen angeblich einredeten, daß der Budapester Stadtkommandant Haubrich die Bewegung leite, worauf einzelne Kanonenschüsse gegen die Margareteninsel abgegeben wurden. Politische Bevollmächtigte und Arbeiterführer drangen in die Kaserne ein und klärten die Mannschaft auf, welche daraufhin ihr Vorgehen aufgab.

Die Schüsse aus der Engelkaserne waren das Signal für die Marinekaserne in Altofen, wo, wie berichtet, drei Monitoren mit rotweißgrüner Flagge den Kriegshafen verließen, den Strom hinabfuhren, drei Schüsse mit geringem Effekt auf das Sowjethaus abgaben und bei der Insel Csepel wieder kehrtmachten. Ihr Kommandant zwang die auf der Donau ankernden Schiffe zur Hissung der Nationalflagge, die dann wieder eingezogen wurde. Während der Aktion der Monitoren wurde vor dem Sowjethause ein Mann erschossen, der mit einem weißen Tuch winkte und „Nieder mit Bela Kun!" rief.

Während dieser Begebenheit erfolgte der Handstreich von 50 Zöglingen der Ludowikaakademie unter Führung zweier Offiziere auf die Telephonzentrale auf dem Maria Theresienplatze, die sie besetzten. Ein rotes Halbbataillon kam herbei, umzingelte das Gebäude und begann es zu beschießen. Gegen 7 Uhr abends begann dann der eigentliche Sturm auf das Gebäude. Er währte bis 11 Uhr nachts. Auch die Telephonistinnen mußten diese aufregenden Stunden mitmachen. Endlich erhielt der Kommandant den Befehl Haubrichs, sofort die Waffen zu strecken, da sonst das Gebäude mit Kanonen beschossen werden würde. Nun ließ der Kommandant das Trompetensignal „Feuer einstellen" geben. Die Weißen legten die Waffen nieder und wurden nach der Martinovichkaserne geführt.

In den Kämpfen um die Telephonzentrale wurden beiläufig 50 Rote Soldaten verwundet.

Das ganze 4. Korps ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten.

Die Monitoren, die vorgestern auf das Sowjethaus Schüsse abgaben, kreuzten gestern vormittag außerhalb der Nordgrenze von Budapest, und gegen ¼12 Uhr fuhren zwei Schiffe und ein Patrouillenboot stromabwärts durch die Hauptstadt. Von beiden Donauufern wurden auf die Fahrzeuge Gewehr- und Maschinengewehrsalven abgegeben, die sie durch Mitrailleusenfeuer erwiderten.

Der Bevölkerung der Hauptstadt wurde nahegelegt, nur in den äußerst notwendigen Fällen die Straße aufzusuchen und die Fenster der Wohnungen auf die erste Aufforderung der Leute der Roten Wache zu schließen.

* * *

Mitteilungen von Reisenden aus Bruck a. d. Leitha.

Fortdauer der Zusammenstöße am Donnerstag und Freitag.

Im Laufe des gestrigen Tages waren in Wien Nachrichten verbreitet, daß die Räteregierung in Budapest noch keineswegs die gegenrevolutionäre Bewegung, die sie in einem Blutbade zu ersticken drohte, vollständig niedergekämpft habe, und daß es vielmehr auch im Laufe des Donnerstags wie auch des Freitags noch zu Kämpfen in den Straßen von Budapest gekommen sei. Authentisches ist bisher nicht zu erfahren, doch geht aus Mitteilungen von Reisenden, die im Laufe des gestrigen Tages aus Budapest in Bruck an der Leitha angekommen sind, hervor, daß in Budapest die Ruhe doch noch nicht, wie in den offiziellen Verlautbarungen der ungarischen Räteregierung erklärt wird, wieder eingekehrt ist.

Der Zugsverkehr von und nach Budapest wickelt sich in Bruck an der Leitha regelmäßig ab; die Zahl der aus Budapest ankommenden Reisenden ist jedoch nur gering, da die Ausreisebewilligungen in noch spärlicherem Maße erteilt werden als in den Vortagen. Die aus Budapest angekommenen Reisenden berichten, wie gesagt, daß es sowohl Donnerstag als auch gestern Freitag an mehreren Punkten der Stadt wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen Terrortruppen und antibolschewistischen Arbeitern und bürgerlichen Gegenrevolutionären gekommen sei, die wieder zahlreiche Opfer gefordert hätten. Die Zahl der Opfer erhöht sich dadurch, daß kurzweg in die Leute hineingeschossen wird, die den Terrortruppen nicht als unbedingte Anhänger der Räteregierung erscheinen. In jeder kleinen Gruppe von Menschen, die sich irgendwo zusammenfindet, um die aufregenden Ereignisse der letzten Tage zu besprechen, erblicken die Roten Gardisten Bela Kuns Verdächtige, und ohne viel Wesens zu machen, wird auf diese Menschen ein Feuer eröffnet. Diese Schießereien schüchtern die Bevölkerung derart ein, daß sich die Leute überhaupt nicht mehr recht aus ihren Wohnungen auf die Straße trauen. Das Straßenbild ist infolgedessen ganz verödet. Die Bevölkerung zittert förmlich vor dem blutigen Terror, und der Schrecken ist um so größer, als die Massenverhaftungen auch vorgestern und gestern andauerten und Gerüchte verbreitet sind, daß mit einzelnen der Verhafteten kurzer Prozeß gemacht wurde. Es wird berichtet, daß einzelne Verhaftete zum abschreckenden Beispiel auf der Straße justifiziert, gehenkt oder erschossen worden seien.

Wie die Reisenden ferner berichten, wäre es dem Anhange der bolschewistischen Regierung namentlich auch gestern noch nicht gelungen, die antibolschewistischen Matrosen, die auf den Donaumonitoren von der Donau aus das Feuer aus Mitrailleusen auf das Hotel Hungaria, den Sitz der Volksbeauftragten, eröffneten, niederzukämpfen. Es heißt, die Matrosen hätten außer Lebensmitteln für längere Zeit auch Munitionsnachschübe erhalten, die sie in die Lage versetzen, ihre Kämpfe gegen die Regierung fortzusetzen. So hätten sie von der Margareteninsel aus auch gestern ein heftiges Maschinengewehrfeuer auf die Roten Soldaten unterhalten und seien, obwohl ihre Zahl nicht sehr groß sei, imstande, den Angriffen der Rätetruppen starken Widerstand zu leisten.

* * *

Der Verlauf des gestrigen Tages.

Budapest, 27. Juni. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Auch die gestrige Nacht und der heutige Tag sind vollkommen ruhig verlaufen, so daß die außerordentliche Bereitschaft der Roten Wache eingezogen werden konnte. Der Ausnahmsgerichtshof unter dem Vorsitz Emil Hortis war den ganzen gestrigen Tag über mit dem Verhör der angeklagten Gegenrevolutionäre beschäftigt. Ihr Verhör wurde heute fortgesetzt. Wie „Börös Ujsag" meldet, leugnen die bisher einvernommenen Angeklagten hartnäckig, Gegenrevolutionäre zu sein.

Demselben Blatte zufolge haben die aufrührerischen Monitoren „Pozsony" und „Komarom", welche mittags Budapest donauabwärts verließen, seither kein Lebenszeichen von sich gegeben. Das Blatt erfährt von kompetenter Seite, daß die beiden Monitoren sich gegenwärtig südlich von Paks verankert haben, wo sie wiederholt versuchten, sich den Serben anzuschließen, welche ihnen jedoch das Ueberschreiten der Minensperre nicht gestatteten.

* * *

Gerüchte über einen Putschversuch auf die ungarische Gesandtschaft.

Bei der hiesigen ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse herrschte in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, wie uns von einer der Gesandtschaft nahestehenden Seite mitgeteilt wird, große Aufregung. Der Gesandtschaft waren Gerüchte zur Kenntnis gekommen, daß von Gegenrevolutionären, die mit den Gesinnungsgenossen in Budapest in Verbindung stünden, ein Ueberfall auf die Gesandtschaft geplant sei. Insbesondere sollte es sich um die Gefangennahme des Gesandten und die Ausrufung einer Gegenregierung auf dem Boden der Gesandtschaft handeln. Der Gesandte Czobel traf sofort umfassende Gegenmaßnahmen. Wirtschaftsdirektor Fenyö, der mit seiner Frau und seinen beiden Kindern seit seiner vor einigen Wochen in der Ge-

Weitere Einzelheiten über den Putschversuch in Budapest.

Wien, 27. Juni.

Die heute hier eingelangte Nummer des Budapester Kommunistenorganes „Vörös Ujsag", welches vermöge seiner Parteistellung keine Ursache hat, die Dimensionen der Putschbewegung zu vergrößern, veröffentlicht über die gegenrevolutionäre Bewegung neue Einzelheiten, welche den blutigen Charakter der Budapester Schreckenstage grell beleuchten.

Ueber die Aktion der Donaumonitoren wird ergänzend berichtet, daß diese Mittwoch gegen 11 Uhr vormittags neuerdings vor das Sowjethaus an der Donau dampften, jedoch von den Roten Truppen ergiebig beschossen wurden. Die auf dem Blocksberg aufgestellten Batterien vertrieben die Monitoren, die sich nun noch durch das auf den verankerten Donauschleppern spielende Maschinengewehrfeuer hindurchtreiten mußten. Nach kurzem Aufenthalt bei der Franz Josefsbrücke fuhren die Monitoren nach dem Süden weiter. Des Nachts erschienen die Monitoren wieder bei der Elisabethbrücke. Die Verteidiger warfen von der Brücke Handgranaten auf die Kriegsschiffe, wobei der Rauchfang eines Monitors vernichtet wurde. Die Donaubrücken wurden abgesperrt. Auf den Brücken halten Rote Truppen, mit Minenwerfern, Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet, Wache. Der Verkehr zwischen Ofen und Pest, der um die Mittagszeit äußerst lebhaft ist, mußte demnach vollkommen eingestellt werden.

Dramatisch gestaltete sich der Kampf um die Josefs-Telephonzentrale auf dem Maria Theresienplatz. Als die Militärakademiker in die Zentrale einzogen, veranlaßten sie sofort, daß der Telephondienst für den Privatverkehr gesperrt werde. Der Installateurarbeiter Leo Kleber stellte sich auf die Seite der Gegenrevolutionäre und zeigte ihnen sämtliche Schalträume sowie die dort befindlichen, für die rote Wache bestimmten Maschinengewehre, welche die Akademiker nunmehr gegen die roten Truppen verwenden konnten. Die Militärzöglinge verhafteten die in der Zentrale befindlichen Kommunisten Kiß, Samuel Jaszay, den Bataillonskommandanten Koloman Kardics, den politischen Beauftragten Rotk und den weiblichen politischen Beauftragten Charlotte Manuel. Die Telephonzentrale konnte nach der Besetzung nur von Vertrauten der Gegenrevolutionäre benützt werden. Nur wer die zwei bereits früher ausgegebenen Losungsworte anzugeben vermochte, erhielt eine telephonische Verbindung. Die Einzelheiten des Kampfes sind aus den früheren Schilderungen bereits bekannt.

Die schwersten Kämpfe spielten sich vor der Ludovika-Akademie ab. Die Akademie wurde von Offizieren und Militärzöglingen zäh verteidigt. Von den roten Soldaten wurden beim Sturm 12 Mann getötet, darunter der politische Beauftragte des 32. Regiments.

Die Niederschlagung des Putsches wurde mit rücksichtsloser Strenge durchgeführt. Ein Mann, der aus der Marie Valeriegasse in der Richtung nach dem Sowjethaus lief und ein weißes Taschentuch unter Abzugrufen auf die Proletariatdiktatur schwenkte, wurde auf der Stelle erschossen. Zwei Männer, die vor dem Gebäude der Oberstadthauptmannschaft dem aus der Werft kommenden Donaumonitor entgegenwinkten, wurden gleichfalls auf der Stelle getötet. In der Kossuth Lajosgasse gab ein gewesener Oberleutnant aus seinem Wohnungsfenster einen Revolverschuß auf die Roten Wachen ab. Er wurde sogleich festgenommen und an Ort und Stelle erschossen. Die Theater, Kaffeehäuser und Wohnhäuser wurden sofort geschlossen. Die Rote Wache forderte auf den Straßen und Gassen die Passanten auf, sich sofort nach Hause zu begeben. In Ofen glaubten zahlreiche Bürger, daß der Putschversuch gelungen sei, und hißten rot-weiß-grüne Fahnen. Rote Soldaten drangen in die Häuser und ließen die Fahnen einziehen. In einzelnen Ofner Häusern wurden Lichtsignale beobachtet. Die Roten Soldaten nahmen diese Gegenrevolutionäre, schreibt „Vörös Ujsag", gefangen, verhafteten sie zum Teil, die Uebrigbleibenden wurden auf der Stelle erschossen. Auch auf dem Pester Ufer wurden Lichtsignale beobachtet und die Täter festgenommen. Auf dem Dache der Kirche in der Mariengasse hatten die Gegenrevolutionäre Maschinengewehre aufgestellt. Die Mariengasse befindet sich in der Nähe der Josefszentrale. Der in der Kirche befindliche Geistliche sowie die dort weilenden Kadettenschüler wurden verhaftet. Es fanden Verhaftungen in großer Zahl statt. Ueber die Verhafteten urteilt das in Permanenz befindliche Standgericht.

Die Räteregierung hat sich veranlaßt gesehen, zur Entlastung der Hauptstadt scharfe Maßregeln gegen diejenigen zu ergreifen, die ohne irgendeine Beschäftigung in der Hauptstadt leben. Es wurden große Razzien gegen die eingewanderten Galizianer veranstaltet. Etwa 200 wurden am verflossenen Freitag mit Extrazug nach Polen befördert. Diejenigen Galizianer, die bereits vor dem 1. November des Vorjahres einer Gewerkschaft angehörten, wurden nicht abgeschoben. Bezüglich der Abschiebung der übrigen Galizianer kam mit der polnischen Gesandtschaft eine Vereinbarung zustande, wonach von den weiteren Razzien vorläufig Abstand genommen werden solle, wogegen sich die polnische Gesandtschaft verpflichtet, wöchentlich zwei Züge mit je 1000 Galizianern nach Polen zu transportieren. Zur Entlastung der Hauptstadt werden weiter alle diejenigen entfernt, die von ihrem Kapital leben oder nicht nachzuweisen vermögen, daß sie für eine Arbeit Lohn erhalten. Die Namensliste dieser Leute befindet sich bereits in der Hand der Entlastungskommission.

Die gegenrevolutionäre Bewegung in der Provinz.

Aus den offiziellen Berichten der Räteregierung geht hervor, daß gleichzeitig mit dem Putschversuche in Budapest auch zahlreiche Provinzstädte und Gemeinden zu gegenrevolutionären Aktionen ausholten. Während bisher die transdanubischen Komitate die Räterepublik am schärfsten bekämpft und wiederholt gegenrevolutionäre Aktionen veranstaltet hatten, nahm dieses Mal bemerkenswerterweise das Pester Komitat, namentlich die an der Donau gelegenen Orte, von Budapest bis hart an die serbische Demarkationslinie, an der Gegenrevolution teil. Der Reihe nach erhob sich die Bauernschaft der Gemeinden Laczhaza, Taß, Szalkszentmaron, Dunavecse, Apostag, Dunapatay, ferner die wichtige Stadt Kalocsa, die der Sitz eines Erzbistums ist. Die genannten Gemeinden sind von kernmagyarischer Bevölkerung bewohnt und erstrecken sich in der angeführten Reihenfalge von Norden gegen Süden, dem Lauf der Donau entlang. Wahrscheinlich lag der Plan vor, daß die bewaffnete Bevölkerung dieser Gemeinden im Falle des Gelingens der lokalen gegenrevolutionären Aktionen gegen Norden nach Budapest vordringe und sich hier mit den Gegenrevolutionären der Hauptstadt vereinige, beziehungsweise diese unterstütze.

Der offizielle Bericht teilt mit, daß der Widerstand in Dunapatay besonders stark gewesen sei. Die Bauernschaft verfügte über zwei Kanonen und fünf Maschinengewehre und hat dreihundert Tote auf dem Kampfplatz gelassen. Dunapatay liegt nördlich der Stadt Kalocsa an der Donau, gegenüber von Dunapatay liegt der Ort Pacs. Die Bevölkerung der genannten Orte besteht fast durchwegs aus wohlhabenden Bauern, die infolge der Nähe der Hauptstadt und infolge des billigen Wasserweges ihre Produkte leicht nach Budapest bringen können. Diese Gegenden haben sich der Aufforderung der Räteregierung, die Lage der hauptstädtischen Bevölkerung durch Lebensmittelzufuhren zu erleichtern, stets hartnäckig verschlossen. Es zeigt sich nun, daß alle diese Gemeinden gegenrevolutionär gesinnt waren. Die Nähe der Hauptstadt und die dort verfügbare Truppenmenge machte es möglich, daß die Aufstände dieser scheinbar gut organisierten gegenrevolutionären Bauern in verhältnismäßig kurzer Zeit niedergeschlagen werden konnten. Die gegenrevolutionäre Bewegung griff auch auf die nordöstlich von Budapest gelegenen Orte Peczel und Aszod über. In diesen Orten, die mit Lokalbahnen zu erreichen sind, wohnen zahlreiche teils in der Hauptstadt, teils in benachbarten Fabriken angestellte Industriearbeiter. Um so verwunderlicher ist es, daß sich auch in diesen beiden Gemeinden eine gegenrevolutionäre Bewegung erheben konnte. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser neue, auf dem linken Donauufer entstandene gegenrevolutionäre Herd weiter ausbreiten wird.

Die großen gegenrevolutionären Bewegungen, welche die Räteregierung bisher niederzuschlagen hatte, waren durchwegs in den transdanubischen Gebieten entstanden. So unter anderm in Stuhlweißenburg, in Devecser, Csorna, Kapuvar, in Steinamanger, Körmend, in Alsolendva, in Oedenburg usw. In den letzten Tagen haben in den westungarischen Komitaten abermals ernste gegenrevolutionäre Bewegungen stattgefunden, die jedoch von den Truppen der Räteregierung unterdrückt werden konnten. In den Nachbargemeinden des Komitatssitzes Steinamanger wurden Anschläge gegen die Räteregierung blutig unterdrückt. In Körmend widersetzte sich die Bauernschaft den Anordnungen der Räteregierung und vertrieb die dorthin entsendeten Roten Truppen. Erst als verstärkte Rote Mannschaften erschienen, mußte sich die Bauernschaft fügen. In Alsolendva in der Nähe der serbischen Demarkationslinie ließ sich die dortige Rote Besatzung auf die Nachricht, die Serben seien im Anzuge, von den gegenrevolutionären Offizieren entwaffnen. Als sich jedoch diese Nachricht als falsch erwies, rissen die Roten Soldaten mit Hilfe der inzwischen eingetroffenen Verstärkungen die Macht wieder an sich und die gegenrevolutionären Elemente wurden verhaftet. Man brachte sie, etwa 60 an der Zahl, in Viehwagen nach Budapest, wo die Rädelsführer, zwei Oberleutnants, zum Tode verurteilt wurden. Die übrigen erhielten Kerkerstrafen von 18 bis zu 20 Jahren. Von einer organisierten, über die ganze Provinz sich erstreckenden gegenrevolutionären Bewegung ist bisher nichts bekannt geworden. Die Räteregierung hat es bisher stets nur mit einzelstehenden lokalen Putschbewegungen zu tun, deren Niederringung ihr mit Hilfe der ihr zur Verfügung stehenden organisierten Truppen gelungen ist.

Gerüchte von einem Putsch auf die ungarische Gesandtschaft.

Heute nacht kam der ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse das Gerücht zu, daß im Zusammenhange mit den konterrevolutionären Vorgängen in Budapest auch ein neuer Putsch auf das Gesandtschaftsgebäude geplant sei. Gesandter Fenyö wohnt seit der Entführung durch ungarische Offiziere nicht mehr im Hause, sondern hat mit Frau und Kind eine Wohnung im 15. Bezirk. Gesandter Dr. Czobel stellte seine aus ehemaligen ungarischen Marinesoldaten bestehende Hausgarde in Bereitschaft. Auch die Polizeibehörde wurde von den Gerüchten verständigt. Die Bewachung dauerte die ganze Nacht, doch ereignete sich nichts Auffälliges.

Ruhiger Verlauf des heutigen Tages.

Budapest, 27. Juni.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Auch die gestrige Nacht und der heutige Tag sind vollkommen ruhig verlaufen, so daß die außerordentliche Bereitschaft der Roten Wache eingezogen werden konnte. Der Ausnahmsgerichtshof unter dem Vorsitze Emil Hortis war den ganzen gestrigen Tag über mit dem Verhör der angeklagten Gegenrevolutionäre beschäftigt. Ihr Verhör wurde heute fortgesetzt. Wie „Vörös Ujsag" meldet, leugnen die bisher einvernommenen Angeklagten hartnäckig, Gegenrevolutionäre zu sein.

Die gegenrevolutionären Monitoren.

Dem „Vörös Ujsag" zufolge haben die aufrührerischen Monitoren „Pozsony" und „Komarom", welche mittags Budapest donauabwärts verließen, seither kein Lebenszeichen von sich gegeben. Das Blatt erfährt von kompetenter Seite, daß die beiden Monitoren sich gegenwärtig südlich von Paks verankert haben, wo sie wiederholt versuchten, sich den Serben anzuschließen, welche ihnen jedoch das Ueberschreiten der Minensperre nicht gestatteten.

mos" zusammen und legte in einer längeren Rede dar, die Diktatur stehe trotz allen Plänen der bezahlten Gegenrevolution fest und sicher, die Führer der Gegenrevolution säßen bereits hinter Schloß und Riegel, die Proletarier mögen unter keinen Umständen der gegenrevolutionären Aufwiegelung aufsitzen. Vertrauensmann Stefan Kovács erklärte namens der Matrosen, es gebe keinen einzigen unter ihnen, den man der Räterepublik und der Diktatur des Proletariats abwendig machen könnte.

Hierauf kamen von den Schiffen der Reihe nach die folgenden Funkentelegramme:

„Komárom", „Lajta" und „Fogas" haben morgen in Budapest einzulaufen. Was gibts Neues?

Die verräterischen Schiffe erhielten keine Antwort. Das zweite Telegramm lautete:

„Maros", „Pozsony", „Csuka" sind in südlicher Richtung mit Anker ausgelaufen. Sie haben die Trikolore gehißt. „Pozsony" hat das Hungária-Gebäude beschossen, mit dem Flottenkommando ist die Verbindung abgebrochen. „Szamos", „Komárom" mögen sich melden, ob etwas geschehen sei. In Budapest Ruhe.

Auch diese Lügennachricht wurde von der „Szamos" nicht beantwortet, die Bemannung wußte schon, in Budapest herrsche keine Ruhe und die Gegenrevolution habe ihre Arbeit bereits begonnen.

Das dritte Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Szamos", „Lajta", „Komárom". Vereinigt Euch, und mit Volldampf gegen Budapest, auf die Südseite. Kommt in der Nacht.

An alle! „Komárom", „Lajta" sind erfolgreich durchgebrochen, sie fahren in südlicher Richtung.

„Fogas", „Compó", „Pozsony", „Viza", „Lajta". Kämpft bei der Eisenbahnverbindungsbrücke. Wartet auf die „Lajta". Auf der ganzen Flotte flattern Trikoloren. Kampf gegen Budapest und die Terrortruppen.

Die Bemannung der „Szamos" war kaum vom Kampfe gegen das gegenrevolutionäre Schiff zurückzuhalten, auf Béla Birinyis Einsprache standen sie zunächst davon ab.

Die Verhandlung gegen die Gegenrevolutionäre.

Die Verhandlung des Statarialgerichtes gegen die Gegenrevolutionäre findet seit gestern nachmittag bei geschlossenen Türen statt und wurde heute den ganzen Tag fortgesetzt. Die bisherigen Aussagen werfen ein volles Licht auf den Hintergrund des gegenrevolutionären Versuchs und lassen die Vernehmung neuer Zeugen notwendig erscheinen. Das Urteil wird nach Erledigung des ganzen riesigen Materials über sämtliche Angeklagten gleichzeitig verkündet werden.

Der Dank und die Anerkennung des Armeeoberkommandanten.

Budapest, 28. Juni.

Nachstehend teile ich das vom Armeeoberkommandanten Böhm unter Nr. 1308/Hfp. an mich gerichtete Telegramm vollinhaltlich mit:

Anläßlich der glücklichen Niederringung des elenden, des Proletariat meuchlings anfallenden gegenrevolutionären Putsches begrüße ich im Namen der gesamten Roten Armee voll Dank und Liebe das 4. Korps, dessen Kommandanten, seine Roten Soldaten, die Rote Wache, die Rote Eisenarbeiterdivision und die mit Werkzeugen und Waffen kämpfenden Soldaten der Arbeiterersatzbataillone. Während der eine Teil des Proletariats mit der Waffe in der Hand den Kampf gegen die schändlichen Angriffe der Imperialisten führt, hat ein aus einem Teil der ehemaligen Offiziere, aus jüdischen Kapitalisten, Bourgeois und Grundbesitzern, die ihr Vermögen verloren haben, gebildeter Bund, in feigem und meuchlerischem Angriffe, mit bestochenen Söldlingen die Räterepublik angegriffen.

Das Proletariat hat jedoch bewiesen, daß es, obwohl von der Tagesarbeit ermüdet, neben dem Werkzeug auch die die Macht sichernde Waffe fest in seiner Hand hält und mit Leichtigkeit diejenigen niederstampft, die die Herrschaft des Proletariats stürzen wollen. Dank und Anerkennung jedermann, der die Rote Armee und die Herrschaft des Proletariats gegen diesen feigen und heimtückischen Angriff verteidigt hat.

Ich verfüge hiemit, daß Sie den Dank der Roten Armee, meine besondere Anerkennung und Dankbarkeit all denjenigen ausdrücken, die teilgenommen haben an der Niederbrechung der Gegenrevolution, in erster Linie der Roten Wache, der Roten Eisenarbeiterdivision, den Arbeiter-Reservebataillonen, den Roten Soldaten der Ersatzkörper und all jenen Kommandanten, deren Wachsamkeit und Energie zur Niederwerfung des Putsches beigetragen hat. Von denjenigen, die sich durch Opferwilligkeit, Tapferkeit und Heldenmut besonders ausgezeichnet haben, legen Sie mir ein Namensverzeichnis vor. Gleichzeitig ordne ich an, daß auf das Grab jedes Toten, der im Kampfe gegen die Gegenrevolution gefallen ist, im Namen der Roten Armee ein Kranz gelegt werde. Ueber den Zeitpunkt des Begräbnisses ersuche ich, verständigt zu werden. Die Rote Armee wird bei dem Begräbnis durch eine Deputation vertreten sein.

Böhm,
Armeeoberkommandant.

Indem ich den anerkennenden und belobenden Befehl des Armeeoberkommandanten zwecks Verlautbarung vor den unterstellten Truppen mitteile, kann ich gleichzeitig nicht unterlassen, auch meinerseits meine lobende Anerkennung den Truppen und jedem einzelnen Soldaten des 4. Korps, ebenso sämtlichen in den Kasernen untergebrachten Formationen und den Fabriksarbeiterregimentern wegen ihrer hervorragenden, aufopfernden und heldenmütigen Haltung auszudrücken. Schließlich ordne ich an, daß sämtliche Truppen, mit Ausnahme der die Ufer der Donau schützenden Artilleriewachtruppen, in ihre normalen Ubikationen und zu ihren normalen Beschäftigungen zurückkehren.

Haubrich,
Korpskommandant.

Begrüßung des Oberkommandanten Haubrich.

Das Landes-Organisierungskomitee den Frauen hat an den Oberkommandanten Josef Haubrich folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet:

Wir begrüßen Sie liebevoll anläßlich ihrer umsichtigen, weisen und energischen Arbeit, die sie gelegentlich der siegreichen Niederwerfung des weißen Terrors geleistet haben. Wir bitten sie gleichzeitig, unseren heißen Dank allen Soldaten des unter Ihrem Oberbefehl stehenden Armeekorps, der dem Oberkommandanten der Roten Wache, Genossen Franz Jancsik, unterstehenden Roten Wache und der Arbeiterreservebataillone zu vermitteln; sie alle sind mit heldenhaftem Schwung, revolutionärer Selbstaufopferung für die Proletarierdiktatur zu sterben bereit. Mit Rührung und stolzem Selbstbewußtsein fühlt jede sozialistische Proletarierfrau, daß, solange ihr Leben von solchen eisernen Fäusten der Proletariersolidarität verteidigt wird, sie keine Ursache zur Klage wegen der Verpflegungsschwierigkeiten, noch zur Furcht wegen des Fernbleibens ihrer an der Front befindlichen Männer, Väter und Söhne haben. Wir versprechen und geloben, durch alle Prüfungen hindurch bis zum Aeußersten neben der Proletarierdiktatur auszuhalten und alle gegenrevolutionären Giftmischer in der Proletarierfrauen würdigen Art zu behandeln.

Es lebe die soziale Weltrevolution!

Das Landes-Organisierungskomitee der Frauen.

Aufruf.

Ich ersuche die Fabriks-Arbeiterregimenter bei dem Sonntag, 29. d., 2 Uhr nachmittags, stattfindenden Leichenbegängnis der den Heldentod gefundenen Roten Soldaten in je größerer Zahl auszuziehen, um Spalier zu stehen.

Der Trauerzug geht vom Parlamentsgebäude über die Alkotmány-utca, die Vilmos-császár-ut, die Andrássy-ut, den Teréz-körut, Erzsébet-körut, die Rákóczi-ut und Köztemető-ut nach dem Kerepeser Friedhofe.

Die Aufstellung der Fabriks-Arbeiterregimenter ist die folgende: Vom Parlamentsgebäude in die Alkotmány-utca bis zur Szemere-utca das 5., von hier bis zur Vilmos-császár-ut das 12., auf der Vilmos-császár-ut bis zur Báthory-utca das 11., von hier bis zur Arany-János-utca das 14., von hier bis zur Fürdö-utca das 17., auf der Andrássy-ut bis zur Dalszinház-utca das 1., von hier bis zur Nagymező-utca das 6., von hier bis zum Teréz-körut das 3., auf dem Teréz-körut bis zur Király-utca das 9., auf dem Erzsébet-körut bis zur Wesselényi-utca das 7., von hier bis zur Rákóczi-ut das 15., auf der Rákóczi-ut bis zur Alsó-Erdösor das 16., von hier bis zum Baross-tér das 13., auf der Köztemető-ut bis zur Léggöz-utca das 4., von hier bis zur Juranics-utca das 10., von hier bis zum Eingang des Kerepeser Friedhofes das 2. Fabriks-Arbeiterregiment auf beiden Seiten der bezeichneten Straßenteile.

Josef Haubrich,
Militäroberkommandant von Budapest.

Die Ungarische Räterepublik.

Die Rote Armee.

Sofortiges Einrücken der einberufenen Aerzte.

Mit Rücksicht darauf, daß die Armee im Felde einer größeren Anzahl von Aerzten bedarf, ordnet das Volkskommissariat für Heerwesen an, daß jene Aerzte, die einen auf Namen lautenden Befehl zur Militärdienstleistung erhalten, von seiten ihres Betriebes (Anstellungsamtes) weder eine auf acht Tage lautende Aufschubslegitimationen noch eine Abwartungsbewilligungen erhalten können.

Jeder Arzt, der einen Einberufungsbefehl erhält, hat daher diesem, unter sonstigen Folgen, unversäumt Folge zu leisten.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Enthebung der Druschmaschinisten und -heizer.

Druschmaschinisten und -heizer, die sich ständig mit landwirtschaftlichem Drusch beschäftigt haben, können zwecks Sicherung der Approvisionierung des Landes für die Dauer des Drusches vom aktiven Militärdienst befreit werden.

Die Enthebungsgesuche (Namenslisten), die bei den Produktivgenossenschaften das Rayonsinspektorat, bei Maschinister von Gemeinden oder Städten aber der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Landwirterates der zuständigen Gemeinde zu vidimieren hat, sind in der Enthebungsabteilung der Hauptsektion für Ackerbau des Volksrates für Wirtschaftswesen einzureichen, wo derartige Gesuche dringlich behandelt werden.

Falls die Druschmaschinisten und -heizer nach Einreichung des Gesuches einen Einberufungsbefehl erhalten, so ist um die Bewilligung zum Abwarten telegraphisch bei der Enthebungsabteilung der Hauptsektion für Ackerbau des Volksrates für Wirtschaftswesen (Volkskommissariat für Ackerbau, Országház-tér 11) anzusuchen.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Mitteilungen für das slowakische Proletariat.

Jeder slowakische Proletarier melde sich zur slowenskischen internationalen Roten Armee! Näheres: Slowakisches Parteisekretariat, Rózsa-utca 61, I. 13.

Die Niederwerfung der Gegenrevolution.

Die Schliche der verräterischen Monitoren.

Die Versuche der gegenrevolutionären Monitoren, auch die Bemannung der anderen Schiffe für ihre Sache zu gewinnen, begannen damit, daß Ankner, der verräterische politische Beauftragte des einen gegenrevolutionären Schiffes, die Beauftragten der übrigen Schiffe zusammenrief, indem er erklärte, am 26. l. M. würde die Revolutionäre Räteregierung abdanken und die Diktatur des Proletariats ein Ende nehmen.

Die politischen Beauftragten nahmen die Nachricht nur mit Zweifel entgegen und mehrere erklärten, solange sie keine untrüglichen Beweise von Ankners Behauptung hätten, würden sie keinen Entschluß fassen und nähmen Verordnungen ausschließlich von der Proletarierregierung entgegen.

Ankner fügte sich scheinbar der Aufforderung der politischen Beauftragten, sich auf dem Wachboot „Csuka" nach Pest zu begeben und von seiten der Proletarier der revolutionären Schiffe die Matrosen Leich, Zamensik, Lojonczy und Neucesek mit sich zu nehmen. Kaum hatte er sich aber von den Schiffen entfernt, ließ er die vier Mannverhaften. Seit dieser Zeit fehlt jede Nachricht über sie.

Da das Wachtboot zur angegebenen Zeit nicht zurückkehrte, faßte die Bemannung der „Szamos" einstimmig den Beschluß, mit dem verräterischen Schiff abzubrechen.

Béla Birinyi rief, nach einer kurzen Beratung mit den Vertrauensmännern die Bemannung der „Sza-

Die Niederwerfung der Gegenrevolution.

Begrüßungsdepeschen.

Alexander Garbai, der Präsident der Revolutionären Räteregierung, hat aus Anlaß der Niederwerfung der Gegenrevolution folgende Begrüßungstelegramme erhalten: Vom Direktorium von Leninváros, vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat in Gyöngyös, vom Direktorium in Sárkeresztur, von der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterpartei in Hatvan und vom Direktorium in Tass. Das Proletariat von Kecskemét sandte folgendes Telegramm:

„Das arbeitende Volk in Kecskemét nimmt mit Entrüstung die Nachricht vom meuchlerischen Angriff der Bourgeoisie zur Kenntnis, die die bezahlte Horde der Reaktion gegen die Herrschaft der arbeitenden Millionen gerichtet hat. Dieser Angriff beweist, daß die Unterdrücker dieses tausendjährigen Staates sich nicht mit der Diktatur der arbeitenden, kämpfenden und leidenden Millionen abfinden können. Wenn wir Jahrzehnte hindurch fähig waren, ohne Waffen den Klassenkampf auszukämpfen, ist es unmöglich, daß wir jetzt mit der Waffe in der Hand unterliegen. Im Bewußtsein des sicheren Sieges begrüßt das arbeitende Volk von Kecskemét die Revolutionäre Räteregierung."

Der Győrer Arbeiter- und Soldatenrat betont in seiner Begrüßungsdepesche, daß die Arbeiterschaft jederzeit hinter der Räteregierung steht und daß insbesondee die Győrer Arbeiterschaft, die zur Sicherung der Proletarrierdiktatur notwendigen Maßregeln in Transdanubien getroffen habe.

In Sátoraljaujhely hielt das dortige Proletariat am 29. d. eine Volksversammlung ab, in der es das Budapester Proletariat seiner Liebe und unverbrüchlichen Unterstützung versichert.

Ebenso fand Sonntag nachmittag in Rimaszombat eine imposante Volksversammlung statt, in der einstimmig beschlossen wurde, die Budapester Genossen aufs wärmste zu begrüßen und an der Räteregierung und der Proletarierdiktatur festzuhalten.

Der Zalaegerszeger Grenzschutzbezirk hat an der Volksbeauftragten Haubrich folgende Begrüßungsdepesche gerichtet:

Im Namen der für die heilige Sache des Proletariats und deren Sicherheit als Grenzschutz stehenden Roten Soldatenbrüder begrüße ich den Genossen Haubrich anläßlich der Niederringung der Budapester Gegenrevolution, ein mahnendes Beispiel für jene Kreaturen, die geschlossenen Auges einherschreiten und nicht sehen wollen, daß ihre Existenz nicht berechtigt ist, zugleich aber auch eine Lehre für das Proletariat zukünftigem streng folgerichtigem Verhalten.

Mit Stolz begrüßen wir unsere braven Proletarierbrüder zu der getanen Arbeit.

Es lebe die III. Internationale!

Mit Genossengruß

Franz Horváth,
politischer Beauftragter des Zalaegerszeger Grenzschutzbezirkes.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Győr hat an die revolutionäre Arbeiterschaft in Budapest die folgende Depesche gerichtet:

Wir begrüßen Euch mit stolzem und selbstbewußtem Herzen anläßlich der Niederringung der Gegenrevolution. Wir sind in Gedanken im Kampfe neben Euch und beobachten mit Gewehr bei Fuß alles, damit diejenigen, die sich gegen uns verbündet haben, nicht die Hand erheben können. Unsere siegreiche rote Fahne möge die gesamte Arbeiterschaft auch weiterhin führen und unser einmütiges Auftreten, unsere Solidarität möge der sicherste Beweis der Kräftigung der Diktatur des Proletariats und der Verwirklichung des Sozialismus und des Kommunismus sein.

Die Ungarische Räterepublik.

Die Rote Armee.

Befehl.

Die bei den jetzigen Musterungen und Offiziersmeldungen für tauglich befundenen und während des Weltkrieges bei Sanitätstruppen und Anstalten gedienten Personen (ehemalige Reserve-Sanitätstruppenoffiziere und Mannschaft) haben sich zwecks Evidentführung binnen 48 Stunden bei dem Kommando der Budapester Roten Sanitäts-Ersatzabteilung, bei Ignaz Nátly (ehemaligen Oberstleutnant), Budapest, VI., Hungária-ut 127, im gewesenen Garnisonsspital N. XVI, zu melden.

Budapest, 29. Juni 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Außerkraftsetzung der Enthebungen im Falle des Verlassens des Arbeitsortes.

Den Betriebleitern aller Betriebe, Anstalten, Aemter usw. wird strengstens zur Pflicht gemacht, jene in den ihrer Leitung unterstehenden Betrieben, Aemtern usw. angestellten Genossen, die von der militärischen Dienstleistung enthoben wurden, strengstens zu kontrollieren, daß sie ihren Arbeitsort nicht eigenmächtig verlassen, denn schon im Falle der ersten von zuständiger Seite gemachten Anzeige wird die Außerkraftsetzung der Enthebung verfügt. Die Betriesräte, Leiter von Aemtern usw. haben in allen Fällen ihre Berichte über die Außerkraftsetzung der Enthebung von ihrem Arbeitsorte eigenmächtig verlassenden Enthobenen der Zentral-Enthebungsabteilung des Volkskommissariats für Heerwesen unverzüglich zu unterbreiten.

Die Enthebungslegitimationen der zum Verlassen ihres Arbeitsortes gezwungenen oder ihren Arbeitsort aus freiem Willen ändernden enthobenen Genossen sind durch den Be-

Pester Lloyd Abendl
2. Juli 1919
0 2 / 10

Die Ungarische Räterepublik.

Der amtliche Frontbericht.

Das Ung. Telegr.-Korr.-Bureau meldet vom 2. Juli:

An der nördlichen Front vollziehen unsere Truppen die angeordneten Bewegungen planmäßig und in der größten Ordnung.

Bei Tißaluc überschritt eine kleinere rumänische Abteilung die Theiß mit der Absicht, anzugreifen; sie wurde vernichtet.

Die Brücke östlich von Szolnok haben die Rumänen gesprengt. Gegen das Vorgehen der Rumänen, das gegen alle bisherigen Vereinbarungen verstößt, wurde an kompetenter Stelle energisch Verwahrung eingelegt.

Armeeoberkommando.

Die Einziehung der blauen Noten.

Budapest, 2. Juli.

Der Distriktsoberkommandant der Roten Wache Franz Jancsik hat folgende Verordnung erlassen:

Mit Verordnung Nr. CXI hat die Revolutionäre Räteregierung die 50, 100, 1000 und 10.000 Kronen-Noten „blaues Geld" mit Giltigkeit vom 1. Juli ab aus dem Verkehr gezogen. Zur Orientierung der Roten Wache und des Publikums wird betreffend den Vollzug des Erlasses folgendes angeordnet:

§ 1. Die im Erlaß festgestellte Strafhandlung begeht nur derjenige, der die angeführten Banknoten nach dem 1. Juli l. J. als Zahlungsmittel verwendet, annimmt, wechselt oder die Verfügung auf irgend eine Weise umgeht. Es kann demnach nicht verfolgt werden derjenige, der blaues Geld in welcher Menge immer in Besitz hält, wenn er es in Verkehr zu bringen nicht versucht. Zur Feststellung dieser Tatsache kann also weder eine Hausdurchsuchung, noch eine Leibesvisitation vorgenommen werden. Auch die Inverkehrsetzung der blauen Zehn- und Zwanzig-Kronen-Noten bildet keine Strafhandlung. Die Rote Wache und die recherchierenden Organe sind demnach nicht berechtigt, in Kaffeehäusern, Gasthäusern, auf der Elektrischen oder auf der Straße das Publikum aufzufordern, seine Geldbörse vorzuweisen oder bei irgend jemand eine Leibesvisitation vorzunehmen, wenn der Betreffende mit den aus den Verkehr gezogenen Banknoten keine Zahlung geleistet, oder solche als Zahlung angenommen, oder das zu tun nicht versucht hat. Jenes Mitglied der Roten Wache, oder jener Recherchеur, der unbefugt oder den Wirkungskreis überschreitend Leibesvisitation, Hausdurchsuchung oder Geldbeschlagnahme vornimmt, ist durch die vorgesetzte Behörde unverzüglich zu verhaften und vor einen revolutionären Gerichtshof zu stellen.

§ 2. Im Falle der Verübung des obigen Deliktes haben die Roten Wachen und Detektivs folgendermaßen vorzugehen: Wer das blaue Geld, ausgenommen die Zehn- und Zwanzig-Kronen-Noten, in Verkehr bringt, als Bezahlung entgegennimmt, beziehungsweise damit Geschäfte macht, wird, womöglich mit den Zeugen, zu dem nächsten Bataillonskommando gebracht. Wenn das Gebäude des Bezirkskommandos näher liegt, so ist der Betreffende zwischen 8 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags nach der Kriminalabteilung, nach dieser Zeit zu der dort befindlichen Zentralinspektion (Parterre Nr. 55) zu bringen. Ausnahmsweise kann in dringenden Fällen der Täter auch nach der nächsten Wachstube geschafft werden, ist aber von dort innerhalb höchstens einer halben Stunde nach dem Bataillonskommando zu führen.

§ 3. Verhör und Durchsuchung können ausschließlich auf dem Bezirks- oder Bataillonskommando vorgenommen werden. Es haben bei dieser Prozedur in jedem einzelnen Falle folgende Personen anwesend zu sein: Der Bataillonskommandant oder sein Vertreter, der politische Bevollmächtigte, der die Anzeige erstattende Rote Wachmann, der instradierende Beamte, schließlich ein Detektiv oder ein Roter Wachmann. Ueber den Vorgang ist in jedem einzelnen Fall ein Protokoll aufzusetzen, das folgendes enthält:

a) Niederschrift der mündlichen Anzeige des Roten Wachmannes,

b) die genauen Personaldaten des Verdächtigten,

c) die Vornahme und das Ergebnis der Durchsuchung, wobei die gefundenen Banknoten und Werte eingehend und einzeln anzuführen sind,

d) die Namen der an dem Vorgang teilnehmenden Personen,

e) die Verteidigung des Verdächtigten,

f) die Zeugenaussagen.

§ 4. Die Beschlagnahme der vorgefundenen Banknoten können die Bezirks- und Bataillonskommandanten oder ihre Vertreter, die der Kriminalabteilung zugeteilten Anklagekommissäre, sowie der inspektionierende Zentralanklagekommissär verfügen. Die Beschlagnahme ist unbedingt anzuordnen, wenn der Angeklagte des im § 1 umschriebenen Deliktes begründeterweise verdächtigt werden kann.

§ 5. Ueber die beschlagnahmten Banknoten ist dem Verdächtigten unbedingt eine regelmäßige Quittung auszufolgen, die mit der Nummer des Aktenstückes, dem Siegel der beschlagnahmenden Behörde zu versehen und vom Bataillonskommandanten oder seinem Vertreter, beziehungsweise dem Abteilungsleiter oder seinem Vertreter zu unterschreiben ist. Die Partei hat eine Gegenquittung auszufertigen, die von ihm, sowie denselben Personen, wie die Quittung, zu unterschreiben und den Akten beizuschließen ist.

§ 6. Die Bataillonskommanden und die Zentralinspektion sind verpflichtet, die beschlagnahmten Banknoten binnen 36 Stunden bei der Depositenkasse des Distriktskommandos mit den Schriften zu deponieren; die Kasse übermittelt nach Einnahme und Buchung die Schriften unmittelbar und unverzüglich der Kriminalabteilung zum weiteren Verfahren.

§ 7. Das Revolutionsgericht kann die Beschlagnahme aussprechen. Ebenso stellt das Revolutionsgericht das Anrecht auf die Prämie fest. Die offenbar irrtümlich oder unbegründet beschlagnahmten Banknoten können vom Leiter der Kriminalabteilung, seinem Vertreter und dem ihm zugeteilten politischen Beauftragten gemeinsam zur Rückstellung angewiesen werden.

§ 8. Die Depositenkasse liefert die beschlagnahmten Banknoten alle zehn Tage nebst einem Verzeichnis der Oesterreichisch-Ungarischen Bank ein und sorgt bei dieser Gelegenheit auch dafür, daß entsprechende Mengen „weißes Geld" zur Auszahlung der Prämien zur Verfügung gestellt werden.

§ 9. Insofern der Betreffende nicht bei der Tat ertappt wird oder wenn eine Privatpartei die Anzeige erstattet, so ist die Anzeige beim nächsten Bataillonskommando zu Protokoll zu nehmen und sind die Schriften nach Ausweisleistung des Anmelders zur Ueberprüfung der Angelegenheit der Kriminalabteilung zu unterbreiten. In dringenden Fällen kann der Kriminalabteilung oder der Zentralinspektion auch telephonisch eine Anzeige erstattet werden.

§ 10. Die Depositenkasse ist verpflichtet, dem die beschlagnahmten Banknoten einliefernden Kommando oder der Abteilung über die Uebernahme der Schriften und der Werte eine Quittung auszufolgen. Die Partei ist verpflichtet, die über die beschlagnahmten Werte vom Bataillonskommando, von der Zentralinspektion oder von der Kriminalabteilung ausgestellte Quittung binnen 48 Stunden bei der Depositenkasse gegen die von dieser Kasse auszustellenden regelrechten Depositenquittung umzutauschen.

Franz Jancsik
Distriktsoberkommandant der Roten Wache.

Erbschaftsverfahren.

Das Volkskommissariat für Justizwesen hat in Ergänzung der Verordnung über die Aussetzung des Erbschaftsverfahrens mit Verordnung Z. 18 angeordnet, daß auf Antrag einer zur Beantragung der Einleitung des Erbschaftsverfahrens berechtigten Partei alle zur Uebergabe des Nachlasses notwendigen Verfügungen zu treffen sind. Bis zur endgültigen Regelung des Erbrechtes kann aber der Nachlaß nicht übergeben werden. Die Verordnung bestimmt ferner die Forderungen, die auf Antrag und nach Anhörung der Beteiligten auf Grund glaubwürdiger Urkunden dem Nachlaß gegenüber festgestellt und befriedigt werden können. Wer sich durch Mißbrauch dieser Verordnung unberechtigten Vorteil verschafft, gelangt vor den Revolutionsgerichtshof.

Die Erledigung außerprozessualer Angelegenheiten.

Das Volkskommissariat für Justizwesen hat mit Verordnung Z. 17 das Verfahren in außerprozessualen Angelegenheiten geregelt. Für das Verfahren sind die bisherigen Vorschriften mit der Abweichung maßgebend, daß auch vor einen Gerichtshofsenat gewiesene Angelegenheiten in erster Instanz künftighin vor Einzelrichter gehören. Gegen die Entscheidung der ersten Instanz ist eine Unterbreitung an den mit der Erledigung dringender Angelegenheiten betrauten Senat zulässig, der endgültig entscheidet. Auf bereits eingelegte Rechtsmittel sind die bisherigen Vorschriften anzuwenden.

Begrüßungskundgebungen.

Der Cegléder Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat folgende Begrüßungsdepesche an das Proletariat von Budapest gerichtet:

Der Cegléder Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat entbietet freudigen Herzens seinen Proletariergruß dem Budapester Proletariate aus dem Anlasse, daß dieses sich wie ein Mann erhoben, mit einem kraftvollen Faustschlag den gegenrevolutionären Putsch niedergeschlagen und mit Proletarierschwung die bezahlten Söldner der niederträchtigen Bourgeoisie in den Staub geworfen hat. Hoch die Rote Republik! Hoch die Rote Revolution!

Die Rote Armee.

Ausweisleistung der Assentpflichtigen.

Das Präsidium des vereinigten Arbeiter- und Soldatenrates macht die Hausvertrauensmänner wiederholt darauf aufmerksam, daß die Ausweisleistung der Assentpflichtigen erst nach Beendigung der Assentierungen zu erfolgen hat. Der Termin wird seinerzeit bekanntgegeben werden.

Enthebung der Apotheker.

Jene Apotheker, deren Enthebung vom Militärdienst im Zuge ist, erhalten, falls von seiten des Volkskommissariats für Heerwesen nicht anders verfügt wird, auf Grund der von seiten des Betriebes ausgestellten „Legitimation" im Falle ihrer Einberufung bei dem zuständigen Kommando einen neuntägigen Aufschub. Der Text und die Ausstellungsmodalitäten sind in der Gewerkschaft zu erfahren. Sollte die Enthebung während der neuntägigen Aufschubfrist nicht zu erledigen sein, wird die Apothekersektion des Volkskommissariats für Arbeitswesen und Volkswohlfahrt über die weiteren Agenden Auskunft erteilen.

Die Stellen der eingerückten Aerzte.

Eine Verfügung des Volksbeauftragten für Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen ordnet an: Da die Einberufung der Aerzte zum Militärdienste im Prinzip für ungefähr drei Monate geplant ist und nach Ablauf dieser Zeit eine Ablösung der Eingerückten stattfinden wird, ordne ich an, daß die Stellen aller einrückenden Aerzte diesen bis zu deren Rückkehr freizuhalten sind und im Bedarfsfalle höchstens provisorisch besetzt werden können. Falls die Stelle irgendeines eingerückten Arztes während der Einrückung abläuft, hat die Ernennung automatisch abermals zu erfolgen. Im Sinne der beiden ersten Punkte dieser Verfügung sind bei neuen Stellenausschreibungen für Aerzte solche, die Frontdienst geleistet haben, im Falle gleicher Befähigung in erster Reihe zu berücksichtigen. Diese Verfügung hat rückwirkende Kraft bis April 1919.

Die Versorgung der Angehörigen der Roten Soldaten.

Das Zentralamt für militärische Beschaffungsgruppen und Speisestellen hat erst vor einigen Tagen seine Tätigkeit begonnen und die Bevölkerung der Dörfer ist schon überall bestrebt, seine Bodenprodukte den Angehörigen der Roten Soldaten zukommen zu lassen. Bisher meldeten sich etwa 160.000 Personen um die Berechtigung, an den Verteilungsstellen für Angehörige der Roten Soldaten einkaufen zu können. Das veranlaßte das Zentralamt, neue Verteilungsstellen einzurichten. Zu den bisherigen Verteilungsstellen werden in jedem Bezirke vorläufig eine Fleischverteilungs- und eine Gemüseverteilungsstelle errichtet. Die Fleischverteilungsstellen beginnen demnächst ihre Tätigkeit und werden noch rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Gemüseverteilung erfolgt in den Meinlschen Geschäften.

Das Zentralamt verfügte auch die Aufstellung von Kleider- und Schuhreparaturanstalten. Vorläufig befindet sich Dalszinház-utca 1 eine Schuhreparaturwerkstätte, Nagykorona-utca 16 eine Kleiderreparaturwerkstätte für die Angehörigen der Roten Soldaten. Demnächst sollen auch neue Bekleidungsstücke hergestellt werden.

Armeeoberkommandant Böhm gestattete den Truppenkörpern, für ihre Angehörigen Lebensmittel nach Budapest zu senden. Damit die Sendungen entsprechend verteilt werden, erfolgt die Verteilung unter Kontrolle durch eine Kommission, in die jede Wohlfahrtskommission der Budapester Truppen ein Mitglied entsendet. Aus den einzelnen Sendungen werden nur die Angehörigen derjenigen Soldaten beteilt, die in dem betreffenden Truppenkörper dienen. Durch die Errichtung der Verteilungsstellen wird Budapest das mißliche Bild des Anstellens loswerden.

Die Angehörigen der Roten Soldaten können sich zur Aufnahme und zum ständigen Einkaufe an folgenden Verschleißstellen melden:

Im I. Bezirk: Ignaz Goldstein (Alkotás-utca 11), Ungarische Automobilisten (Ezredes-utca 7), Samuel Fernengel (Krisztina-tér 9), Filiale Meinl (Fehérvári-ut 27). Im II. Bezirk: früheres Honvédersatzbataillon Nr. 29 (69), Beschaffungsgruppe (Döbrentei-tér 2), Meinl (Szilágyi-tér 3). Im III. Bezirk: Militärtechnisches Amt (Miklós-tér 2), Johann Bastius (Zsigmond-utca 7). Im IV. Bezirk: Beschaffungsgruppe des 53. Roten Jägerregiments (Szerb-utca 2), Ferdinand Horváth (Vámház-körut 4), Ferdinand Horváth (Türr-István-utca 17), Peter Jung (Fővám-tér 6), Adolf Hasduska u. Konp. (Mária-Valéria-utca 1), Filiale Meinl Kossuth-Lajos-utca 14—16). Im V. Bezirk: Marineure, J. Pick (Lipót-körut 11), Ludwig Sáfrán (Wilmos-császár-ut 28), Meinl (Lipót-körut 29), Meinl (Erzsébet-tér 17). Im VI. Bezirk: Militär-Eisenwarengeschäft (Lehel-utca 45), Feldartillerieregiment Nr. 38 (Hungária-körut 96), Verpflegsmagazin Nr. 1 (Lehel-utca 41), Desider Hegedüs (Andrássy-ut 55), Rudolf Klein (Váci-ut 102), Meinl (Andrássy-ut 48), Meinl (Király-utca 108). Im VII. Bezirk: Beschaffungsgruppe der Roten Eisenarbeiterdivision (Vörösmarty-utca 7), Philipp Kulka (Rákóczi-ut 69), Samuel Bak (Király-utca 38), Meinl (Garai-tér 4), Alexander Klein (Rózsa-utca 29). Im VIII. Bezirk: Schweitzer u. Konp. (József-körut 16), Meinl (Rákóczi-ut 39). Im IX. Bezirk: Jakob Varga (Ráday-utca 54), Karl Ceglédi (Mester-utca 16), Meinl (Ferec-körut 38). Im X. Bezirk: Rotes Feldartillerieregiment Nr. 29 (Hungária-körut 289), Rotes Artillerieregiment Nr. 68 (Hungária-körut 256), Béla Bajs (Kápolna-utca 13), Meinl (Kőbánya, Belső Jászberényi-ut 11). In Ujpest: Meinl (Arpád-utca 47). In Kispest: Meinl (Kispest, Üllői-ut 47).

In den Meinlschen Filialen werden die Verteilungsstellen in einigen Tagen eröffnet werden.

Herabsetzung der Wohnungsansprüche auf ein Minimum, drittens Verwendung der geschlossenen Geschäftslokalitäten, Bureaus und Werkstätten für Wohnungszwecke, viertens Entlastung der Hauptstadt, eventuell mit Zwangsmaßregeln.

Was das Zusammensiedeln von Verwandten betrifft, so besteht da die Befürchtung, daß die Bourgeoisie durch eine derartige Vereinigung gekräftigt werden würde, infolgedessen wäre es besser, sie unter die Kontrolle des Proletariats zu stellen. Demgegenüber wird das Argument geltend gemacht, der größte Teil des Proletariats sei noch nicht so abgehärtet, daß es die Sekkaturen der Bourgeoisie ertragen könnte; die Proletarier fühlen sich fremd in den großen, geräumigen Wohnungen, viele laufen davon und kehren lieber in ihre alten Löcher zurück. Durch das Zusammensiedeln von Verwandten würden wir größere Wohnungen für die größeren Proletarierfamilien gewinnen.

Was die Herabsetzung auf ein Minimum betrifft, so verzichten viele Proletarier, besonders aber die geistigen Arbeiter sehr schwer auf die tatsächlich entbehrlichen Lokalitäten, die aber unbedingt weggenommen werden müssen, wenn wir nicht wollen, daß die ohne Wohnung stehenden Proletarier selbst sie wegnehmen. Redner steht erst seit fünf Tagen an der Spitze des Wohnungswesens, doch schon bisher sind ihm 1027 Briefe zugegangen, in denen verschiedene Genossen einzelne Personen protegieren und einzelne durch die Anrede „Genosse" ihre Wohnung von der Requirierung befreien wollen. Es ist unmöglich, daß der Leiter des Wohnungswesens, ein Mensch, als allgemeines Beschwerdebureau betrachtet werde, wie es die Genossen jetzt tun. Ein Uebelstand ist es auch, daß unberufene Personen Wohnungspolitik machen, Wohnungen und Befreiungen von der Requirierung versprechen; so treiben die Volkskommissariate für Inneres, für Heerwesen, für Volkswohlfahrt sowie die besonderen Gewerkschaften ihre eigene Wohnungspolitik, der Leiter des Wohnungswesens aber wird täglich von Tausenden und aber Tausenden bestürmt.

Als Kämpfer der Räterepublik ist Redner der Anhänger der allerweitestgehenden Demokratie. Er billigt es nicht, daß früher der Bezirk und das Landes-Wohnungskommissariat mit dem Publikum Football gespielt, und daß sie ohne ernste Unterlage Versprechungen gegeben haben. Wir müssen das Beispiel einzelner Provinzstädte nachahmen und die Erledigung der Wohnungsangelegenheiten den Arbeiterräten übertragen.(Lebhafte Zustimmung.) Ist doch der Rat des Bezirkes für die Bevölkerung des Bezirkes verantwortlich. Es kann nicht die Aufgabe des Landes-Wohnungskommissariats bilden, einzelne Wohnungen zuzuweisen, sondern nur, einerseits die in erster Instanz zur Erledigung der Wohnungsangelegenheiten berufenen Organe zu organisieren, damit sie einheitlich vorgehen können und diese Organe zu kontrollieren, andererseits als Appellationsforum zweiter Instanz die etwaigen Ungerechtigkeiten beizulegen. Die Bezirke hinwieder müssen an die Spitze der Wohnungsangelegenheiten Genossen stellen, deren Ehrlichkeit, Kraft und Intelligenz bei entsprechender einheitlichen Lenkung die gerechte Erledigung garantieren. Das zentrale Wohnungskommissariat wird die einzelnen unvermeidlichen Entgleisungen wettmachen können. (Zustimmung.)

Redner sprach hierauf über die finanzielle Seite des Wohnungskommissariats und beanstandete die derzeitige Art und Weise der Wohnungsentlastungen. Hier müsse jeder einzelne Fall gesondert gründlich untersucht werden. (Beifall.)

Redner tritt seine schwere Arbeit mit größter Gewissenhaftigkeit an und ersucht die Genossen um ihre Unterstützung, erwartet aber auch andererseits, daß seine Verfügungen entsprechend respektiert werden. (Lebhafte Eljenrufe und Beifall.)

Auch die Oeffnung der geschlossenen Geschäftsräumlichkeiten ist eine schwierige Sache, denn es stellte sich heraus, daß der Leiter des Wohnungswesens mit den geschlossenen Geschäftsräumlichkeiten nichts zu tun habe und es stehe z. B. nicht in seiner Macht, einer Gewerkschaft die Räumlichkeit eines geschlossenen Kaffeehauses anzuweisen.

Die Entlastung der Hauptstadt ist sehr schwer, obwohl Eugen Varga recht hat, daß ein so verkleinertes Land wie Ungarn eine wasserköpfige Hauptstadt wie Budapest nicht ertragen kann. Wir ertragen eine Zwei-Millionen-Hauptstadt weder in industrieller Hinsicht noch in bezug auf die Verpflegung. Nicht nur die Bourgeoisie, die Handelsangestellten, sondern auch ein Teil der industriellen Arbeiterschaft muß damit rechnen, zur Urproduktion zurückkehren, in die Provinz hinausgehen zu müssen, und dann schaffen sie auch Wohnungsmöglichkeiten. In Budapest bedarf es in Wirklichkeit keiner Bauten, die Wohnungsfrage ist nicht durch Bauten zu lösen, dies käme nur dann in Betracht, wenn Budapest ein industrielles Zentrum sein könnte. Man muß dafür Sorge tragen, daß diejenigen, die keine andere Arbeit haben, um aufrichtig zu sprechen, zum Spaten greifen. Der Rennplatz ist das glänzendste Beispiel. Richter der Kurie, Advokaten, Maler von großer Begabung und Zöglinge der Musikakademie tragen Dünger und es stellte sich heraus, daß, als der Produktionskommissär einige von ihnen dem Kanzleidienst zuzuteilen beabsichtigte, sich keiner melden wollte. (Beifall.)

Auf dem Gebiete der Wohnungsansprüche herrscht eine zweifache Richtung, die eine ist der extreme linksseitige Standpunkt, der um jeden Fall Aergernis hervorzurufen wünscht, die zweite Richtung will alles für sich retten. So werden z. B. Mißbräuche getrieben mit den separaten Arbeitszimmern. Dies und andere Mißbräuche sind aus der Welt zu schaffen. Zum Redner kommt man vergebens mit Protektion, selbst wenn man sich hinter eine amtliche Form birgt. Wenn nur zehn Wohnungen zur Verfügung stehen und 32.517 Wohnungsbedürftige vorhanden sind, kann nur ein Prinzip maßgebend sein: jeder hat das Kukuruzbrot aufzuessen. (Beifall.)

Das Landes-Wohnungskommissariat wurde von einem Tag zum anderen ohne die entsprechende Grundlegung ins Leben gerufen. Es wurde nicht in Betracht gezogen, daß es in Budapest nur für eine Million Menschen Wohnungen gibt, dagegen fluteten zwei Millionen Menschen her. In Budapest gibt es keine Wohnungsstatistik und bis zum heutigen Tage ist es nicht festgestellt, wieviel Ein- und Mehrzimmerwohnungen vorhanden sind. Es gibt keine Richtschnur dafür, wer als Fremder, als Ausländer zu betrachten sei. Diese Ungewißheit führt wieder zu Ungerechtigkeiten. Die Sache wird noch durch Pester Einwohner, die nach den besetzten Gebieten zuständig sind, kompliziert. Besondere Verordnungen verfügen über die Roten Soldaten, über die Eisenbahner, die Schauspieler, wogegen die Volkskommissariate für ihre eigenen Beamten besondere Arbeitszimmer wünschen. Wir entlasten die Sommerfrischler, wie auch diejenigen, die auf Studienreisen gehen. Dagegen stellt er die Frage, ob wohl das Proletariat unter so guten Umständen gelebt habe, daß die Wohnungen der Proletarier entlastet werden müssen. Diese Verordnungen dienen also kaum dem Interesse des Proletariats. (Wahr! So ist's.)

Die Wohnungs- und Versorgungsfrage Budapests.

— Sitzung des Zentralausschusses. —

Budapest, 3. Juli.

Der Zentrale Revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat Budapests hielt heute, Donnerstag, um 4 Uhr nachmittags unter dem Vorsitze Ignaz Bogárs eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung die Wohnungsfrage und die Angelegenheit der öffentlichen Versorgung standen.

Vor der Tagesordnung begründete

Julius Bernát

folgenden vom I. Bezirk unterbreiteten Antrag:

— Die am 28. Juni 1919 abgehaltene Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates des I. Bezirkes weist den Präsidenten des Leitenden Ausschusses an, in der nächsten Sitzung des Fünfhunderter-Zentralausschusses im Namen des Rates des I. Bezirkes einen Beschlußantrag zu unterbreiten, der das Fünferpräsidium anweist, innerhalb kürzester Frist, jedenfalls aber innerhalb zweier Wochen, den Entwurf der Verfassung und der Geschäftsordnung der Bezirksräte fertigzustellen, ihn zur Begutachtung den Bezirksräten einzusenden und mit deren Eingabe dem Zentralausschuß zur Verhandlung vorzulegen.

Der Rat nahm den Antrag einstimmig an.

Hierauf begründete

Alexander Lázár

den Antrag des Arbeiter- und Soldatenrates des VIII. Bezirkes, wonach die Räteregierung die leitenden Ausschüsse sämtlicher Bezirks-Arbeiterräte über die außen- und innerpolitische sowie über die militärische Lage dem Bedarfsfalle entsprechend, aber mindestens einmal wöchentlich, in entsprechender Form und befriedigender Weise informieren möge.

Auf Antrag des Präsidenten wurde ausgesprochen, daß der Antrag den Volkskommissariaten für Aeußeres, für Inneres und für Heerwesen überwiesen werde.

Josef Brunner,

der Leiter des Wohnungswesens, sprach sodann über die Wohnungsfrage. Er betonte, daß wir hinsichtlich der Wohnungen ebenso daran seien wie in bezug auf die Lebensmittel; wir verfügen nur über wenig Wohnungen, die proportionell verteilt werden müßten. Sehr wichtig ist daher die Proportionierung, ferner, daß in erster Reihe die Ansprüche des arbeitenden Proletariats befriedigt werden.

Für die Lösung gibt es vier Modalitäten. Erstens freiwilliges oder, wenn es sein muß, zwangsweises Zusammensiedeln verwandter Familien, zweitens

Arbeiterzeitung
5./VII. 1919

Geld aus Ungarn.

Auf der Reichskonferenz der Arbeiterräte machte ein Delegierter die Bemerkung, er könne sich des Gedankens nicht erwehren, daß die Weisungen zur Errichtung der Räterepublik von einer höheren Stelle aus kommen, die sagt: Wenn ihr euch nicht bald rührt, dann werden wir die Geldsendung einstellen . . . Diese Bemerkung des Genossen Mett enthält das richtige Urteil über die Geldmittel, die die Kommunisten von Ungarn bekommen und nehmen. Es ist ganz falsch, die Sache so darzustellen, als handelte es sich hier um jene Unterstützung, die eine Bruderpartei der anderen erweist. Das ist schon deshalb falsch, weil das ungarische Geld gar nicht Geld einer Partei, vielmehr Staatsgeld ist, das die ungarische Regierung veruntreut, wenn sie es zur parteipolitischen Propaganda verwendet. Aber eine Unterstützung? Das könnte man glauben, wenn es sich um bescheidene, beim Proletariat übliche Beträge handelte. Hier handelt es sich aber um Millionen und Millionen, und das ändert die Sachlage von Grund aus: die Kommunisten bekommen das ungarische Geld zur Durchsetzung der Rätediktatur, also im Wesen zur Vorbereitung und Organisierung von Putschen; die Putsche sind geradezu die Leistung, für die die Geldmittel gegeben werden, die man also dann einfordern kann und die nicht geweigert werden darf. Man sieht es ja der kommunistischen Taktik zeitweilig schon an, daß sie bestimmte „Aktionen" vollführen muß, obwohl selbst ihre politische Einsicht sie widerratet, als dem Proletariat schädlich erkennt, weil eben die Machthaber in Budapest zur Festigung ihrer erschütterten Stellung den Putsch in Wien brauchen und ihn, auf ihre Geldlieferungen pochend, verlangen können. So war es ja bei den Vorbereitungen zu dem Putsch am 15. Juni, von dem nur diejenigen, die die Oeffentlichkeit belügen wollen, erzählen können, daß da Gewalt nicht geplant ward.

Dazu kommt noch eines und wichtigeres: dieses Verfügen über so riesige Geldsummen, deren Erhalt niemand kontrolliert und deren Verwendung jeder Nachprüfung entbehrt, muß unweigerlich zur Korruption führen. Man hört, daß sich die Kommunisten bereits ein großes Haus gekauft haben, man sieht, daß sie bei ihrer Agitation an keinem Punkte sparen müssen; aber zu all dem braucht man solche Riesensummen nicht. In Wahrheit werden sie gegeben, um mit Geld zu arbeiten, Menschen zu bestechen, Personen zu kaufen; sie werden zweifellos so auch verwendet. Aus dem geistigen Kampfe für Ideen wird dadurch ein raffiniertes Bestechungssystem. Es verdient gewiß, beachtet zu werden, daß die Partei, die das Geld und seine unseligen Wirkungen abschaffen will, es so benützt, wie es nur die raffiniertesten Volksverderber benützt haben: zur Korrumpierung charakterschwacher Menschen, daß sie auf das Geld ihre Sache stellt und mit der Verführung, die von dem fluchwürdigen Geld ausgeht, ihre Pläne durchsetzen möchte. Deshalb ist es also wichtig, daß die Genossen erfahren, wie die Propaganda der Kommunisten mit ungarischem Geld genährt wird.

Wir haben darüber bereits am 15. Juni Mitteilungen gemacht, teilen aber, aus diesen Erwägungen, eine Liste mit einer Reihe von Personen mit, die in den letzten Monaten mit Budapester Propagandageldern versehen worden sind. Es sind teils Kommunisten, die in Deutschösterreich wirken, teils Menschen, die von Ungarn nach Wien zum Zwecke kommunistischer Propaganda entsendet worden sind. An der Richtigkeit der Liste ist nicht zu zweifeln; sie enthält folgende Namen und Beträge:

	Kronen
Hans Brodnig	10.000
Ernst Schafer	1.000
Freund, Herzog und Kupec	1.000
Bosky-Mahler	5.000
Hans Kohlberg	500
Josef Pittner	5.000
Frau Johann Kaiser	1.000
Johann Kaiser	112.860
Elek Bolgar, ungarischer Gesandter in Wien	20.000
Kohn und drei Genossen	1.200
Karl Auer	3.000
Franz Kramer	500
Collin, Hamburger Soldatenrat	5.000
Karl Formann	600
Bernard Freund	1,000.000
Volkskommissär Seidler, Gesandter in München . . . . . 21.000 Mark	42.420
Simon Bec	1.200
Arnold Jung	200
Gerhard Lenard	1.575
Alexander Neumann	100
Pilot Johann Risztics für Fahrt nach Graz	2.500
Julius Fuchs, Kertesz, Mahler	6.000
Johann Jozsa, Nandor Lang	300
Julius Weinberger	4.000
Johann Grüner	1.000
Paul Bart	2.000
Richard Werner	500
Toman . . . . . 500 und	100.000
Manner	10.000
Ferdinand Kappner	1.000
Alexander Török	250
Karl Auer	300
Gottfried Laritz	200
Elek Spitzer	350
Franz Kaller	3.000
Karl Szlorjanik . . . . . 700 und	46.000
Glöszner und Locker	10.000
Anna Gert	6.000
Palizovszki	5.000
Arthur Weiler	37.240
Johann Kaiser . . . . . Mark	1.000
Alexander Weber	300
Richard Bauer	1.200
Ignaz Barna	1.500
Ludwig Kerczer	4.000
Josef Halmos . . . . . Mark	1.500
Eduard Steiner	1.600
Lörincz Weiß	1.700
Otto Mandel . . . . . 400 und	5.000
Locker . . . . . 3000, 400 und	300
L. Török	4.500
Karl Weber	20.600
Alois Klein	100.000
Johann Beer	4.600
Frisch und Kellner	6.000
Julius Toth . . . . . 1200 und	50.000
Frau Ludwig Dener	1.200
Ladislaus Mahler	1.000
Ernst Bettelheim (bei der ungarischen Gesandtschaft in Wien)	500.000
Ferdinand Kapu	200
Frau Josef Herner	1.600
Frau Rudolf Schachmad	1.600
Nikolaus Lazarovits	20.000
Czervenka	3.000
Marie Dembler	10.000
Meineber	700
Leitner	200
Anton Czervenka	2.000
Frau Moritz Morin	1.200
Ignaz Barna . . . . . 12.000 und	3.000
Desider Por	4.000
Johann Török	400
Adolf Krentiger	6.400
Friedrich Houcy	1.600
Josef Fazekas	20.000
Josef Steiner	100.000
Johann Kaiser	500.000
Josef Mahai	100.000

Manche von diesen Sendlingen werden vielleicht auch militärische Spionagedienste zu leisten haben; die ungarischen Machthaber, die das Edle und Sittliche verkünden, haben nämlich auf kein Mittel der alten Diplomatie und des alten Militarismus verzichtet und unterhalten in Deutschösterreich allerorten geheime Militärspione. Aber viele von den Genannten sind als Budapester Kommunistenorgane bekannt. Broding, mit dem die Liste beginnt, ist der Grazer Kommunistenführer. Kertesz und Mauler waren in Wien in Haft, nach Einstellung des Verfahrens sind sie über die Grenze gebracht worden. Der Pilot Mahner war der Ueberbringer der 100.000 Kronen an Toman. Locker soll ein Mitglied der Wiener Partei sein; daraus geht hervor, daß die Wiener Agitatoren auch individuelle Zuwendungen erhalten. Eduard Steiner und Julius Toth sind ungarische Kommunisten, sie wurden schon einmal über die Grenze gebracht. Weiler ist ein früherer Anarchist, der jetzt bei den Kommunisten wirkt . . . Wir sind überzeugt, daß auch den kommunistischen Arbeitern diese saubere Geldwirtschaft sehr wenig nach dem Herzen sein wird und sie dagegen Einspruch erheben werden, daß diese Korrumpierung der Partei und der Arbeiterschaft ihren Fortgang nimmt.

* * *

„Enthüllungen" über die ungarische Gesandtschaft.

Der „Neue Tag" veröffentlicht heute eine Note, die der Polizeipräsident Schober am 4. Juli der Regierung (Staatskanzler, Staatsamt für Inneres, Staatsamt für Aeußeres, Landeshauptmann von Niederösterreich) über die kommunistische Agitation in Wien erstattet hat. Der größte Teil der Mitteilungen bezieht sich auf die Tatsachen, die wir am 15. Juni mitgeteilt haben. Neu sind nur die Mitteilungen von jener Zeit an, und die wollen wir angeben. Der Polizeipräsident berichtet da:

Daß die Mitglieder des Volkswehrbataillons Nr. 41 mit der ungarischen Gesandtschaft in Verbindung stehen, geht schon aus dem Vorstehenden zur Genüge hervor. Hier sei noch darauf hingewiesen, daß am 3. Juni d. J. vormittags und in den Nachmittagsstunden je eines der bei der ungarischen Gesandtschaft in Verwendung stehenden Automobile bei der Kaserne in der Selzergasse vorfuhren und daß die Insassen der Automobile, Zivilisten und Soldaten, sich in die Kaserne begaben. Auch am 30. Juni d. J. wurde festgestellt, daß sich der gegenwärtige ungarische Militärbevollmächtigte zu Wien, Oberst Lindner, in einem Automobil in die Kaserne Selzergasse begab.

Auch die deutschösterreichischen kommunistischen Seeleute stehen mit der ungarischen Gesandtschaft in dauernder Fühlung, ja 25 von ihnen unter der Führung des Matrosenrates Richter bilden eine Art Leibgarde des ungarischen Gesandten und halten sich abwechselnd Tag und Nacht im Gesandtschaftsgebäude auf, wofür sie per Mann mit je 50 Kronen täglich entlohnt werden.

Was die Gruppe der kommunistischen Arbeitslosen betrifft, so ist ihr Führer Karl Neufingerl seit einiger Zeit in der ungarischen Gesandtschaft, und zwar angeblich als Chauffeur beschäftigt. Am 14. Juni begab er sich in Gesellschaft des gleichfalls in der Gesandtschaft als Diener beschäftigten deutschösterreichischen Staatsangehörigen Karl Ivanek und mehrerer anderer Personen, angeblich gleichfalls Bedienstete der Gesandtschaft, in die Wohnung des angeblich ungarischen Gegenrevolutionärs Arpad Gyulay im neunten Wiener Gemeindebezirk und nahm dort, ohne Zuziehung irgend welcher behördlicher Organe, eine Hausdurchsuchung vor, bei der auch Schriftstücke saisiert und beschlagnahmt wurden. Neufingerl und Ivanek wurden deshalb dem Landesgericht eingeliefert und befinden sich auch gegenwärtig noch dort in Untersuchungshaft. Die Genannten sollen auch anläßlich der vor kurzer Zeit von der Polizeidirektion in ungarischen gegenrevolutionären Werbebüros vorgenommenen Revisionen, denen sie in ihrer Eigenschaft als Arbeiterräte als Zeugen zugezogen wurden, Schriftstücke auf die Seite geschafft und sie später dem ungarischen Gesandten Czobel übergeben haben, der über den Inhalt dieser Aufzeichnungen nach Budapest berichtete. Diese Berichte sollen Anlaß zur Verhaftung von etwa fünfzig Gegnern der Räteregierung in Budapest gegeben haben.

Um etwa dieselbe Zeit wurden auch zwei andere Angestellte der ungarischen Gesandtschaft, und zwar der Detektive Leo Hanvas und Rudolf Kreuzig, die auch beide mit Passierscheinen der ungarischen Gesandtschaft in Wien versehen waren, in Reichenau verhaftet und dem Bezirksgericht Gloggnitz eingeliefert, weil sie einen Kellner des Hotel Edlacherhof zu bereden versucht hatten, gegen ein hohes Honorar mehreren dort wohnhaften ehemaligen ungarischen Magnaten mitgebrachtes Chloroform unter ihre Speisen zu mischen, um sie zu betäuben, sich dann ihrer Brieftaschen zu bemächtigen und dieselben ihnen einzuhändigen. Auch diesfalls kam der Polizeidirektion die vertrauliche Nachricht zu, daß diese Aktion vom Gesandten Czobel selbst veranlaßt worden sei.

Um ungefähr dieselbe Zeit versuchte der Gesandte Czobel auch durch Vermittlung eines seiner Detektives, des ungarischen Staatsangehörigen Alexander Battik, mit Beamten der Polizeidirektion in Verbindung zu treten, um sie gegen hohe Entlohnung für die kommunistische Sache zu gewinnen und im Falle eines Umsturzes auf

Pester Lloyd

5. VIII. 1919

5/24

Die Ungarische Räterepublik.

Die Rote Armee.

Die Registrierungslegitimationen.

Aus von verschiedenen Seiten an das Volkskommissariat für Heerwesen gelangten Beschwerden erhellt, daß die Hausvertrauensmänner die Gültigkeit der Registrierungslegitimationen, die bei den vor den Assentierungen verfügten Registrierungen ausgegeben wurden, nicht anerkennen und den Betreffenden die Lebensmittelkarten entziehen. Dieses Vorgehen ist ganz unrichtig und unberechtigt. Sämtliche Hausvertrauensmänner werden aufgefordert, sich in Hinkunft dieser Ueberschreitung ihres Wirkungskreises zu enthalten. Zur Kenntnisnahme wird mitgeteilt:

Die während der Registrierung ausgegebenen Legitimationen sind ebenso gültig wie die Assentierungslegitimationen.

Budapest, 3. Juli 1919.

Volkskommissariat für Heerwesen.

Die Roten Fliegertruppen komplett.

Da der Mannschaftsstand der Fliegertruppen bereits komplett ist, wurde das weitere Anwerben eingestellt. Sollte zum Ersatz der eventuellen Abgänge eine Fortsetzung des Anwerbens notwendig erscheinen, so wird dies rechtzeitig in den Blättern bekanntgegeben werden. Es wird daher ersucht, die Fliegertruppe mit zwecklosen Nachfragen nicht in ihrer Arbeit zu stören.

Die Aufgaben der Lehrerschaft.

Der Volksbeauftragte Béla Kun hielt in der Gólyavár für die hauptstädtische Lehrerschaft über die Aufgaben des Lehrerstandes einen Vortrag, dem ein äußerst zahlreiches Auditorium beiwohnte. Er sagte unter anderem:

— Die Proletarierdiktatur bedeutet einen großen Funktionswechsel im Leben der Menschen. Sie bedeutet den Uebergang von der Klassengesellschaft zur klassenfreien Gesellschaft, die Verwirklichung der Menschlichkeit auf dem Wege der institutiven Arbeit der Proletarierdiktatur. Diejenigen also, die die Proletarierdiktatur aus dem Gesichtspunkte der Humanität als Institution der Gewalt beanstanden und die Bourgeoisdiktatur verschweigen, die, gleichviel unter welchem Namen, ebenfalls eine Institution der Gewalt war, erheben im Namen des Humanismus gegen die Menschlichkeit und gegen die Humanität ihre Stimme, und zwar um so pharisäischer, als die Proletarierdiktatur zur Verwirklichung der Humanität führt. Die Proletarierdiktatur ist die Befreiung der Menschheit vor der Sachwerdung, vor dem System der maschinellen Arbeit.

Die materielle Bewertung der geistigen Arbeit und deren Verwechslung und Kombinierung mit der geistigen Leitung: das ist es, was zu den meisten Mißverständnissen in den verschiedenen Schichten der geistigen Arbeiter Anlaß gibt. Für die wirtschaftliche Bewertung der geistigen Arbeit hat der Marxismus seine einfachen Thesen. Marx bezeichnete in seinem „Kapital" die qualifizierte Arbeit als zusammengesetzte einfache Arbeit. Die geistige, beziehungsweise die qualifizierte Arbeit baut sich aus der Schichtung mehrerer einfachen Arbeiten auf. Nach ihrer Bewertung spielt es sich also stets hinter dem sozialen Bewußtsein ab — sagt Marx —, aus wieviel einfachen Schichten die geistige Arbeit, die qualifizierte Arbeit hervorgeht. Die Abweichung liegt nämlich in der Frage der geistigen Leitung. Die Verwechslung der geistigen Leitung mit der Bewertung der geistigen Arbeit, das ist es, was in einer großen Schichte der Intellektuellen grundlose Bitternis hervorruft.

Die Gegenrevolution wollte ihre Macht über die Gewerkschaft der physischen und geistigen Kräfte wieder zurückerlangen, über die Schule ebenso wie über die Fabrik. Wir dagegen sagen: die geistige Führung war auch bisher nichts anderes als das Klassenbewußtsein des Proletariats, und nunmehr sollen des Proletariats Klassenbewußtsein und dessen klassische Interpreten die zur Leitung Berufenen sein. Nicht eine bestimmte Qualifikation befähigt zum Leiten, sondern die spezielle Qualifikation, daß jemand fähig ist, das Proletariat zu leiten. Doch die Leitung selbst ist nicht ein individuelles, sondern ein kollektives Klassenbewußtsein des Proletariats.

Die gewissen neugebackenen Sozialisten, die in den verschiedenen Gewerkschaften den Samen der Zwietracht auszustreuen versuchen, streben nach dem Privilegium der geistigen Arbeit. Zwischen der geistigen und der physischen Arbeit bestehen aber keine einander widersprechenden Gegensätze. Der Bauer bedarf mehr Kenntnisse als jener, der den ganzen Tag auf der Maschine schreibt. Die Gegensätze wird die Arbeit der sozialen Erziehung aus der Welt schaffen. Man muß das Privilegium zertrümmern, das zwischen geistiger und physischer Arbeit Gegensätze, Zusammenstöße verursachen kann, und wir müssen erreichen, daß das Proletariat: der geistige, der sogenannte Kopfarbeiter und der physische Arbeiter, eine einheitliche Klasse bilden. Die geistige Arbeit war auch damals eine privilegierte Arbeit, als sie so schlecht bezahlt wurde wie die Arbeit der Lehrer, denn sie besaß ein gewisses Ansehen, wenn auch kein übermäßig großes. Die Lehrer genossen gewisse Privilegien, weil sie Herren waren. Die Abschaffung dieses Privilegiums, dessen Ursprung weit zurückreicht auf die avitische Gesellschaft des Menschen und die Arbeit der Geistlichen, beginnt gerade mit der Proletarierdiktatur, die sehr vielen nicht angenehm sein wird, wodurch sich bei uns in Ungarn die Gegensätze zuzuspitzen beginnen.

Die geistige Führung kann nicht Aufgabe eines besonderen Teiles sein, berufen ist hiezu derjenige, der den klassischesten Ausdruck des proletarischen Klassenbewußtseins darstellt. Nur solche können an den verschiedenen Stellen eine Führerrolle spielen. Heute sind dies die physischen Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist auch ganz natürlich, hatte doch bisher der geistige Arbeiter keine Gelegenheit, sich dieses Klassenbewußtsein anzueignen, denn die Lehrerschaft konnte, mag sie auch aufgeklärt, in progressiver Richtung geschult und in diesem Geiste unterrichtet sein, mag sie auch einige soziale Bildung erworben haben, nicht der klassische Ausdruck des Klassenbewußtseins werden.

Jeder geistige Arbeiter muß also danach streben, ein möglichst klassischer, möglichst vollkommener Ausdruck dieses Klassenbewußtseins, ein möglichst opferwilliges, kampflustiges Mitglied des Proletariats zu werden; nie sei er bestrebt — das ist ein praktischer Gesichtspunkt —, seine Arbeit als eine höherer Ordnung, sondern stets als eine aus unserer Mitte hervorgehende anerkennen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Das werden Sie, als Lehrer, am besten begreifen.

Sie, die Sie es unternommen haben, die Diktatur, die Befreiung des Proletariats, die Schaffung des Sozialismus durch Lehren und Lernen auf logischem und auf praktischem Wege zu verbreiten, sollen diese Propaganda in erster Reihe auf das Dorf erstrecken; denn das Dorf, wo heute das proletarische Klassenbewußtsein — leider — nicht nur keinen klassischen, sondern keinen irgendwie klaren Ausdruck besitzt, ist uns heute wichtig. Die Lehrerschaft hat also hier, wo sich unter der Bauernschaft keine klassenbewußte gewerbliche Arbeiterschaft befindet, eine wahrhaft bedeutsame Aufgabe zu erfüllen.

Klarheit auf die Abweichung zwischen dem amerikanischen und dem englischen Text. Im Sinne des amerikanischen Textes „verpflichten sich die Amerikaner, Frankreich augenblicklich zu Hilfe zu eilen". Nach dem englischen Text „willigen die Engländer ein, den Franzosen zu Hilfe zu kommen". Nach einem der Kommentatoren zeigt England augenscheinlich weniger Begeisterung, Frankreich im Notfalle zu Hilfe zu eilen als Amerika. Auch heißt es aber, die Abweichung sei kaum wesentlich. Nach der Auslegung der Amerikaner selber

Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht besteht also in erster Reihe darin, auf Ihre Lehrerkollegen in der Provinz einzuwirken und sie mit dem Proletarierklassenbewußtsein zu durchtränken, damit sie, wenn auch nicht klassische Vertreter, so doch klare Erläuterer dieses Bewußtseins werden. Das ist die Aufgabe, die Arbeit der Pester Lehrerschaft.

Genossen! Ich will Sie hier bitten, sich und Ihre Kollegen und Berufsgenossen stets in dieses proletarische Klassenbewußtsein einzufügen, das — ich wiederhole es — der einzige kollektive geistige Leiter jenes mächtigen großen Kampfes ist, der die Menschheit mit einem mächtigen Sprung aus dem Reiche der Notgedrungenheit, aus dem Reiche der Knechtschaft in das Reich der Freiheit hinüberführt. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf hielt der Delegierte des Volkskommissariats für Ackerbauwesen Arpád Hajdu einen Vortrag, der der Lehrerschaft Aufklärung über die bisher befolgte und über die in Zukunft zu befolgende wirtschaftliche Politik der Räteregierung erteilte. Er skizzierte die wirtschaftlichen Einrichtungen, die die kollektive Produktion bezwecken, und forderte schließlich die sich zum Propagandawerk rüstenden Lehrer auf, beim Ackerbauproletariat dahin zu wirken, daß die Produktion möglichst intensiv gestaltet werde, da nur von der kommunistischen Ordnung ein Gedeihen zu gewärtigen sei. In einem zurückkehrenden Unterdrückersystem müßte das Ackerbauproletariat den größten Teil der Lasten tragen.

Die neutrale Zone.

Ein Prager Funkspruch des Ung. Tel.-K.-Korr.-Bureaus meldet: General Pellé hat dem Volkskommissär Böhm mitgeteilt, daß die tschecho-slowakische Regierung das Protokoll bezüglich der neutralen Zone, die in den Verhandlungen zwischen General Mittelhauser und dem Volkskommissär Ágoston in Pozsony am 1. Juli näher bestimmt wurde, ratifiziert hat.

Aus dem Tagebuch eines Ludovikazöglings.

Im Verlaufe der Untersuchung über den gegenrevolutionären Putsch ist man sensationellen Daten auf die Spur gekommen. Es hat sich herausgestellt, daß es sich um eine ausgedehnte und wohlorganisierte Verschwörung handelte. Das Gericht ist der Ansicht, niemand, selbst der erwiesenermaßen Schuldige könne verurteilt werden, solange nicht alle Details der Sache aufgeklärt seien. Man dürfe hier nichts übereilen, damit nicht die wahren Hauptschuldigen, die sich feig zurückgezogen haben, der strafenden Hand der Gerechtigkeit entgehen können, denn es werde bezweckt, die intellektuellen Urheber zu treffen, nicht aber die in zweiter Reihe Schuldigen, die irregeleiteten und nur als Mittel verwendeten Menschen. Während des Verhörs der Ludovikazöglinge wurde festgestellt, daß die jungen Burschen eigentlich erst im letzten Augenblick erfahren haben, wozu man sie benützen wollte, ihre leitenden Offiziere aber, der gewesene Major Barta, der gewesene Hauptmann Bayer und ihre Genossen schon vom Beginn an in das Komplott eingeweiht waren. Das Gericht gelangte in den Besitz eines interessanten Beweises hiefür. In einem Zimmer der Ludovika wurde unter einem Bett das Tagebuch gefunden, das der verhaftete Zögling Alexander Jubeczky während der Belagerung der Akademie geschrieben hat. Auf Grund dieses Tagebuches ist es nun klar, daß die Offiziere des Ludovizeums, und in erster Reihe der gewesene Hauptmann Bayer, schon vorher im Komplott waren und dessen Zweck gekannt haben. Jubeczky beschreibt in seinem Tagebuch eine Rede Bayers, in der er die Zöglinge aufforderte, sich ihm anzuschließen, und ihnen den Befehl zu einer Uebung in Felduniform gab. Diese Rede hielt er schon um zwei Uhr nachmittags, die Signalschüsse aber wurden erst um fünf Uhr abgegeben. Auch auf die Rolle des Majors Barta sowie auf die Umstände der Ermordung des unglücklichen Löwy wirft das Tagebuch aufklärendes Licht. Jubeczky — oder wie die Zöglinge einander zu spotten pflegen, der Aks (Ochs) — hatte ein Tagebuch angelegt, das folgendermaßen beginnt:

Budapest-Ludovika, 24. Juni 1919.

Heute nachmittag zwei Uhr kam der Befehl: Zur Uebung rüsten. Jeder tunlich in Felduniform.

Die Sache ist sehr verdächtig. Die Offiziere laufen auf den Couloirs mit Revolvern umher.

Die Kompagnie stellt sich. Hauptmann Franz Bayer apostrophiert sie folgendermaßen:

— Wer mit mir nicht mittun will, der möge austreten. Die Gegenrevolution wird um drei Uhr nachmittags ausbrechen, wer aber Furcht hat, kann austreten. Die Gegenrevolution wird von den Engländern geführt. Halten Sie mit?

— Jawohl!!!

— Erheben Sie die Hände, ich begnüge mich auch damit. Wer sich meinen Befehlen widersetzt, den schieße ich eigenhändig nieder.

Nach der Rede nahm jeder so viel Patronen zu sich, als er zu tragen vermochte.

Den Ausbruch der Gegenrevolution werden zwanzig Kanonenschüsse aus der Wilhelmkaserne signalisieren, die aus dem Ludovikapark erwidert werden. Wir erwarten den Ausbruch, beziehungsweise die Schüsse. Ich fange an, schon Furcht zu haben. Dreißig Minuten vergehen — noch immer nichts. Eine Stunde vergeht — und es ist noch immer nichts zu hören.

Um vier Uhr dreißig Minuten ertönt der erste Kanonenschuß — Gott sei Dank.

Wir eilten im Sturmschritt auf die zu besetzende Partie und nahmen unseren Platz ein. Ich wurde als Wache in ein Fenster gestellt.

Pester Lloyd

6./VII. 1919

6

25

die vorgeschriebenen Rationen erhalten, wogegen andere von den Beschaffungsgruppen so versorgt werden, daß sie Vorräte anlegen können.

Nach den Erörterungen Julius Alpáris, Josef Brunners und anderer folgte das Schlußwort Stefan Biermanns.

Heute herrscht auf der ganzen Linie eine Verpflegsanarchie, sagte er. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung muß auch nach seiner Ansicht jeder Privathandel aufgehoben werden, und das wird auch geschehen: die Lebensmittelgeschäfte werden in Zukunft Lebensmittelverschleißstellen des Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates sein. Auf diese Weise wird es gelingen, die vollständigste Rayonierung zu erzielen; in jedem derartigen kleinen Lebensmittelladen werden ungefähr fünfhundert Familien mit allerlei Lebensmitteln versehen werden können. In ähnlicher Weise möchte er den Holz- und Kohlenhandel in Kommunalverwaltung übernehmen. Eine wesentliche Abhilfe wird auch der Umstand bieten, daß schon in nächster Zukunft die Lebensmittelzufuhr und die Lebensmittelverteilung gänzlich in eine Hand gelangen werden. Der Aufhebung des Privathandels, beziehungsweise der kommunalen Leitung des Lebensmittelhandels wird die Einstellung der Beschaffungsgruppen auf dem Fuße folgen. Bis es aber gelingt, dies vollkommen durchzuführen, muß dafür gesorgt werden, daß niemand an zwei Stellen einkaufen könne. Zu diesem Zwecke wird jede Familie mit einem Stammblatte versehen werden und der Einkauf wird nur mit dem Stammblatte erfolgen können; auf diese Weise wird hoffentlich jeder Mißbrauch verhindert werden können. Wenn die Proletarier sehen werden, daß sie auf Grund ihres Familienstammblattes dasjenige, was sie in der Fabriksbeschaffungsgruppe erhalten, viel leichter und einfacher in den Lebensmittelverkaufsstellen erhalten können, so werden sie von selber die Beschaffungsgruppen vernachlässigen und diese werden allmählich absterben. Aus diesem Grunde bedurfte es der dringenden Unterbreitung des Beschlußantrages, der übrigens auch der Dienstagssitzung des 500er Arbeiter- und Soldatenrates vorgelegt werden wird. Er beantragt, der Leitende Ausschuß möge den Beschlußantrag annehmen.

Hierauf nahm der leitende Ausschuß den Beschlußantrag Biermanns einhellig an und wählte Josef Sütö zum Leiter der Sektion für öffentliche Versorgung des Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Beratung über die übrigen Punkte der Tagesordnung und die Unterbreitung der eingelaufenen Anträge auf die nächste Sitzung des Leitenden Ausschusses verschoben, die Donnerstag stattfinden wird.

Die Ungarische Räterepublik.

Urteil im Strafprozeß der Ludovikazöglinge.

In der heutigen Sitzung des Standgerichtes der Räterepublik wurde das Urteil in Angelegenheit der 253 angeklagten Ludovikazöglinge verkündet. Der Präsident des Standgerichtes verkündete das Urteil folgendermaßen:

— Ich verkünde Ihnen das Urteil des Standgerichtes der Räterepublik. Das Standgericht hat die 253 angeklagten Zöglinge des Ludoviceums zu Erziehungsarbeit verurteilt und ersucht das Volkskommissariat für Unterricht zur Vornahme der dringlichen Maßregeln. Dies ist das Urteil.

Außerhalb des Urteils sage ich hier Ihnen allen: danken Sie jedem einzelnen Soldaten der Räterepublik, daß man bereits heute hier Ihnen ein Urteil verkünden konnte, denn wenn diese Roten Soldaten nicht Menschen, sondern das gewesen wären, wozu man sie machen wollte, dann — erinnern Sie sich alle daran — würden Sie im Garten der Ludovika geblieben sein. Das Standgericht ist darüber im reinen, daß Sie Mittel waren. Wir haben Ihre Lage erwogen und die Räterepublik erwartet von Ihnen, daß Sie solch nützliche arbeitende Mitglieder dieser Gesellschaft werden, wie es diejenigen sein müssen, die das Brot der Räterepublik essen. Die Roten Soldaten, die Ihre Kugeln getroffen haben, schrien nach Rache; die Rache findet keinen Widerhall, doch werden wir jeden einzelnen Menschen zwingen, jede Verfügung dieser Räterepublik zu respektieren und für deren Interessen zu arbeiten. Wer für die Interessen dieser Räterepublik nicht arbeiten will, möge mit sich und mit seinem Gewissen abrechnen und sich seinen Angehörigen gegenüber verantworten.

Die Serben räumen das Komitat Baranya.

Vörös Ujság erfährt: Die serbischen Truppen treffen alle Vorbereitungen zur Räumung der Stadt Pécs und des Komitats Baranya. Alles, was entfernt werden kann, haben sie zusammengepackt, um es bei ihrem Abzug mitzunehmen. Der von den besetzenden Serben ernannte Obergespan Pandurovics hat die Stadt Pécs schon verlassen. Der Abzug soll, wie es scheint, nach dem russischen Rezept der Entente erfolgen. Die Serben haben das besetzte Gebiet noch gar nicht verlassen und schon organisiert sich die weiße Garde, um die Leitung der Stadt Pécs und des Komitats Baranya zu übernehmen und die traurige Herrschaft des ausbeutenden Kapitalismus auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Des Polizeidienstes haben sich die Weißen bereits bemächtigt. Das war aber auch in der Tat sehr notwendig für sie, denn das Proletariat der besetzten Gebiete ist von dem stärksten revolutionären Empfinden durchdrängt. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist revolutionär. Haben sich doch vor ihren Augen in den verflossenen Monaten auch alle Niederträchtigkeiten der Bourgeoisieherrschaften abgespielt. Die Proletarier haben Kummer und Elend erlitten, die Arbeitslöhne waren auf den besetzten Gebieten niedrig, während die Bourgeoisie in Nahrungsmitteln und an Kleidung geschlemmt hat. Die Erbitterung der Arbeiterschaft wird noch dadurch gesteigert, daß die Weißen eine allgemeine Assentierung angeordnet haben, ein Plan, der aber an der revolutionären Stimmung der Arbeiterschaft ohne Zweifel kläglich Schiffbruch leiden wird. Die selbstbewußten Proletarier der besetzten Gebiete bereiten sich schon vor, die ihnen in die Hand gegebenen Waffen gegen die Unterdrücker zu wenden. Trotzdem wollen die Weißen die serbische Front übernehmen. Im Arpádgebirge zirkulieren weiße Patrouillen und alles läßt darauf schließen, daß die Weißen sich für den Fall des Abzugs der Serben vorbereiten.

Uns kann es, sagt Vörös Ujság, nur zur Freude gereichen, wenn die Gegenrevolution und die sie verzärtelnde Entente sich in ihrer wahren Eigenschaft zeigen. Wenigstens ist deutlich zu sehen, was wir von ihnen zu erwarten haben und was getan werden muß.

Sistierung der Tätigkeit des Landes-Wohnungskommissariats und der Wohnungskommissionen.

Vom 28. März bis 30. Juni sind in der Hauptstadt den Proletarierfamilien etwa 30.000 Wohnungen angewiesen worden. Trotzdem gibt es noch immer ungefähr 30.000 Wohnungsansprüche, die mit den zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten überhaupt nicht befriedigt werden können. Da das Landes-Wohnungskommissariat die Beurteilung dieser Ansprüche und die Einsetzung in die Wohnungen von neuem den Wohnungskommissionen der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenräte übertragen hat, ist eine neuerliche Reorganisierung der Bezirks-Wohnungskommissionen notwendig geworden. Aus diesem Grunde werden die Entgegennahme der Wohnungsansprüche, die Einsetzungen in die Wohnungen, sowie die Erledigung von Wohnungsangelegenheiten vom 6. d. bis auf weitere Verfügung eingestellt. Die Wiederaufnahme der Amtstätigkeit wird in der Presse mitgeteilt werden.

Erhöhung der Fleischration.

Der Volksrat für Wirtschaftswesen hat heute folgende Verordnung herausgegeben:

Von Montag an erhöhe ich die Kopfration in der Fleischversorgung von sechs auf acht Dekagramm.

Kulcsár,
Leiter der 5. Hauptsektion des Volkswirtschaftsrates.

Schließung der Ausstellung für Volkshygiene.

Die im Institutshause der Budapester Bezirks-Arbeiterversicherungskasse befindliche Ausstellung für Volkshygiene wurde heute, Samstag, 10 Uhr vormittags in Gegenwart zahlreicher Besucher vom Volksbeauftragten Anton Guth geschlossen.

Der Direktor der Kasse Adolf Kiss begrüßte die erschienenen Gäste im Namen der Leitung der Ausstellung und verwies auf die opferwillige, hingebungsvolle Tätigkeit, die das Soziale Museum, seine Mitarbeiter und die Beamten der Kasse im Interesse des Erfolges der Ausstellung bekundet hatten. Zehntausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und Schülern besuchten die Ausstellung, zu deren Erfolg außer dem glücklichen Arrangement auch die entsprechenden Räumlichkeiten sowie das außerordentlich interessante und lehrreiche Material der Ausstellung beitrugen. Redner bat den Volksbeauftragten, dem Sozialen Museum die zu seiner Fortentwicklung notwendigen Mittel sicherzustellen, damit die Verbreitung der volkshygienischen Kenntnisse im ganzen Lande in je größerem Maße möglich werde.

Volksbeauftragter Anton Guth gab der vollsten Anerkennung für die Ausstellung und ihren Erfolg Ausdruck. Er legt auf die möglichst große Popularisierung der hygienischen Kenntnisse großes Gewicht. Auf dem Gebiete des Sanitätswesens und der Volkswohlfahrt stand die Proletarierherrschaft den Folgen der schweren Sünden des kapitalistischen Systems gegenüber. Der Kapitalismus vermochte diese Folgen nur zu verursachen, nicht aber sie auch zu beheben. Wie groß auch diese Aufgabe sein möge, die Proletarierherrschaft fühlt sich dazu berufen, die Folgen des Kapitalismus auch auf dem Gebiete der Volkshygiene zu beheben. Bei dieser Arbeit kann und will aber die Proletarierregierung nicht die Mitwirkung der interessierten großen Massen entbehren, denn sie weiß, daß ohne die Mitwirkung und Unterstützung der breiten Volksschichten die Fragen der Volkshygiene keinesfalls erfolgreich gelöst werden können. Er schreibt dem Sozialen Museum und der Ausstellung einen großen Wert zu, denn sie haben für die Popularisierung der Volkshygiene geeignete Mittel geschaffen. Er will alles im Interesse der Fortentwicklung dieser Institution aufbieten. Am Schlusse seiner höchst beifällig aufgenommenen Ansprache erklärte er die Ausstellung für geschlossen.

Die Angestellten des ehemaligen Parlaments.

Die Angestellten des ehemaligen Parlaments waren während der Zeit zwischen der Auflösung des Reichstages und der Einberufung der neuen Reichstagssession im Sinne der Hausordnung dem Minister des Innern unterstellt. Da im Sinne der neuen Verfassung der Präsident der Räteregierung auch in seiner Person mit dem Präsidenten des leitenden Ausschusses identisch ist und seine Aufgabe die oberste Leitung des Staatslebens und der Gesetzgebung bildet, in welcher Eigenschaft er ständig die vorbereitende und evidenthaltende Tätigkeit der Angestellten des Hauses der Räte in Anspruch nimmt, war der Gedanke naheliegend, daß das Gesamtpersonal des Hauses der Räte dem Kompetenzkreise des Volkskommissariats für Inneres entzogen und der Leitung des Präsidiums der Räteregierung unterstellt werde. Die Revolutionäre Räteregierung hat in ihrer gestrigen Sitzung auch in diesem Sinne entschieden und ausgesprochen, daß die Angestellten des ehemaligen Parlaments unter die Aufsicht des Präsidenten der Räteregierung ge-

Pester Lloyd
6./VII. 1919
26

Zustellung ferner für das Inland und Oesterreich Morgen- und Abendblatt: Ganzjährl. 140 Kronen, halbj. 70 Kronen, vierteljährl. 35 Kronen, monatl. 12 Kronen. Bloss Morgenblatt: Ganzjährl. 100 Kronen, halbjährig 50 Kronen, vierteljährl. 25 Kronen, monatlich 9 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährlich 60 Kronen, halbj. 30 Kronen, vierteljährl. 15 Kronen, monatl. 6 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 40 K, für alle übrigen Staaten 45 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

In Budapest, in der Administration des Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: L. Blockner, B. Lekatsits, Győri & Nagy, Jacies & Co., Geb. Leopold, Aut. Mezei, Rudolf Rosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und die alte Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller.

Morgenblatt auf den Balkanbörsen 40 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang. Budapest, Sonntag, 6. Juli 1919 Nr. 156

Sitzung des 500er Arbeiterrates.

Der 500er Budapester revolutionäre zentrale Arbeiter- und Soldatenrat hält am 8. Juli, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Neuen Stadthause eine Sitzung ab. Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlungen über die Wohnungs- und Approvisionierungsfrage.

Wahrheit über Ungarn!

Budapest, 5. Juli.

Sonntag, den 6. Juli, früh nimmt in Wien die Reichskonferenz der kommunistischen Vertrauensmänner Deutschösterreichs ihren Anfang, auf deren Tagesordnung für die nächste Gestaltung der Dinge in Deutschösterreich ausschlaggebende Gegenstände stehen. Wir rufen ihren Arbeiten ein herzliches Glück auf! zu und wünschen unserer Bruderpartei im hartumstrittenen Nachbarland Klärung und Stärkung aus dieser inneren Aussprache.

Entscheidend wichtig für die Politik in Deutschösterreich ist die Beurteilung der Lage in Ungarn. Wien liegt keine fünfzig Kilometer von unserer Grenze und dennoch ist seine Bevölkerung eingesponnen in ein Netz von Unwahrheiten und Mißdeutungen, die ihr die Diktatur des Proletariats in Ungarn nur in dem Zerrspiegel zeigen, den ihr der offene und verborgene Haß der bürgerlich Denkenden vorhält. In dem Maße, als die Bedrängnis der im Bündnis mit den Besitzenden regierenden Sozialdemokratie durch die Agitation der Kommunisten gewachsen ist, wurde sie mitinteressiert an den bürgerlichen Bemühungen, das proletarische Regime in Ungarn schlecht zu machen und totzusagen. Die lebendige, in Fleisch und Blut erstandene soziale Revolution jenseits der Leitha wurde der sozialdemokratischen Genügsamkeit in Deutschöstereich um so unbequemer, je zugkräftiger ihr Beispiel den Massen wurde, deren elenden Lage alle politischen Erfolge nicht im geringsten abhalfen. In den ersten Tagen mit den brüderlichen Gefühlen begrüßt, die dem Ruck nach links entsprachen, den ihr „Ich hab's gewagt!" in allen Ländern auslöste, ward die Diktatur des Proletariats in Ungarn der Sozialdemokratie Deutschösterreichs und ihrer Presse alsbald zum Scheuel und Greuel. Obwohl eine Spur von sozialistischem Pflichtgefühl die Arbeiterzeitung eine gute Weile abgehalten hat, offen gegen die Ungarische Räterepublik zu schreiben, so hat sie es doch durch die Ueberschriften und die systematische Aufmachung mit einer Gehässigkeit getan, die viel wirksamer war, als etwa die albernen Schmutzereien der Reichspost. Mit dem Nachrichtendienst der sozialen Revolution aus Ungarn liegt es aber leider sehr im argen. Geschickt inszenierte „Enthüllungen" nach Wien heimgekehrter Rotgardisten, die nichts anderes enthüllt haben, als daß die Enthüller ausgezogen waren zu kämpfen, dies aber bald satt bekamen, das Geschwätz der in Wien zusammengeströmten, beschäftigungslos gewordenen ungarischen Bourgeoisie und das gewisse on dit der Teuerung und der Entbehrung, das in unseren schweren Zeiten in allen Bevölkerungsklassen seufzend hörbar wird, all das läßt die Lage in Ungarn in Wien heute ungleich schlimmer erscheinen, als sie in Wirklichkeit ist. Zersetzung der Produktion, Sabotage der Landbevölkerung, Verelendung der Stadtbewohner, Unzufriedenheit der Arbeitermassen, kurz und gut ein völliges Daniederliegen aller eigentlichen Lebensbetätigung, eine rein militärische Durchhaltepolitik, so ungefähr malt sich den arbeitenden Massen Wiens das Bild der Lage in Ungarn. Ein Zustand, der nicht zur Nachahmung reizt, dessen Spuren schrecken. Mögen die arbeitenden Massen Deutschösterreichs auch noch so sehr zu der Erkenntnis erwacht sein, wie blutwenig ihnen die erreichte Demokratie nützt, wie aussichtslos auch nur teilweise Verbesserungen ihrer Klassenlage innerhalb des bürgerlichen Staates seien — die vermeintliche Tatsache, daß der gerade Weg des Klassenkampfes in Ungarn nur Uebles mit sich gebracht, das Proletariat nur Opfer gekostet hat, trübt ihr Urteil. Daß diese, das herrschende Proletariat Ungarns niederdrückenden Tendenzen heute schon überkompensiert sind durch die es erhebenden, daß die außenpolitische Entwicklung und die Wiederaufnahme des Verkehrs gleichfalls eine Besserung der Lage verheißen — diese Erkenntnisse vermögen sich nicht durchzusetzen.

Die Berichte der Auslandspresse über die Entwicklung in Ungarn unter der Diktatur des Proletariats führen vollkommen irre. Sie zeigen immer nur die Schattenseiten und dunklen Flecke dieser Entwicklung, sie stellen sich blind für all das Positive, das die Umgestaltung für das ungarische Proletariat gebracht hat, blind für die großen Leistungen sozialistischen Neubaues, sozialistischer Liquidation einer reifen Wirtschaft, sozialistischer Verteilung des Geringen, was vorhanden ist, sozialistischer Erziehungsarbeit auf nationalem Maßstab und sozialistischer Wirkung nach außen. Im richtigen Gefühl der irreführenden Halbheiten, aus denen das Proletariat Deutschösterreichs sich heute über den Erfolg oder Mißerfolg des Bolschewismus in Ungarn ein Urteil bilden soll, wurde auf der Reichskonferenz der Arbeiterräte in Wien beantragt, daß eine Kommission nach Ungarn entsendet werde, um ein klares Bild zu gewinnen. Bei aller verständlichen Skepsis bezüglich des Wertes kommissioneller Forschungsreisen, die weniger als einzelne Eindrückesammler dazu geeignet sein mögen, in die Realitäten eines fremden Landes Einblick zu tun, ist es doch schwer begreiflich, warum Friedrich Adler diesem Antrag entgegengetreten ist. Er tat aber das noch dazu mit demselben Argument, das noch im März die Abreise der mitteleuropäischen Mitglieder der Berner Sozialistenkommission nach Rußland verhindert hat: die wenigen ökonomisch Sachkundigen seien derzeit unabkömmlich. Eine höchst fragwürdige Begründung.

Was die harte Gegenwart betrifft, so macht die Bevölkerung von Budapest heute einen Zustand durch, ohne den es auch in den anderen Millionenstädten der besiegten Länder nicht abgehen wird. Infolge des Mangels an Waren ist das Geld entwertet, infolgedessen die Lebensmittelzufuhr unzulänglich geworden. Dies erfordert einen Abbau der Großstadtbevölkerung, der unter dem proletarischen Regime planmäßig erfolgt, unter dem bürgerlichen aber anderswo ein langwieriger Prozeß ist, der mehr einem Abfaulen ihrer Bedeutung beraubter Großstädte gleicht. Die damit verbundenen Lebenserschwerungen und Leiden der Bevölkerung sind unvermeidlich und nicht größer im kommunistischen Budapest als in Wien, wo die Ententehilfe in Wirklichkeit doch nur für die zahlungsfähige Bevölkerung, also gerade nicht für die vom Kriege am meisten mitgenommenen Schichten fühlbar werden konnte. Das Entscheidende bei der Betrachtung dieses gewichtigen Faktors — des Maßes an Unzukömmlichkeiten und Entbehrungen, das die Massen zu ertragen haben — ist aber der Ausblick auf den kommenden Herbst und den Winter. Und da steht es schlechter um die kapitalistischen Besiegtenstaaten als um die Länder des Kommunismus, denn die Ententehilfe wird nicht ohne Bezahlung gewährt. Schon muß Deutschösterreich zur Deckung der nächsten Lebensmittelzufuhren seine Goldmünzen und Auslandswerte hingeben und eine Kautionshypothek auf seine gesamten Holzbestände gewähren. Dies macht augenfällig, wie wenig sich die Entente im Grunde genommen um die Staatsform in einem ihrer Schuldnerländer kümmert. Denn wenn sie so weitgehende Faustpfänder für ihre Lieferungen verlangt, so scheint sie damit schon mögliche Umgestaltungen der Wirtschaftsordnung des belieferten Landes vorwegzunehmen.

Man darf nicht erwarten, daß Länder, die bettelarm und, insofern sie überhaupt noch Produktionsfaktoren besitzen, bis zum Hals hinauf an die Entente verschuldet sind, fortdauernd aus Lebensmittellieferungen der Entente verpflegt werden können. Das müßte selbst dann bald sein natürliches Ende finden, wenn Deutschösterreich seine soziale und politische Unabhängigkeit beibehalten würde. Das ist aber nicht anzunehmen. Die Dinge in Deutschland gehen ihrer Reife entgegen. Ein Wiederaufbau und eine Regeneration dieses schwer angegriffenen Sechzigmillionenvolkes, dem nebst den technischen Voraussetzungen durch den Kriegsausgang auch die notwendige geistige Revolutionierung gegeben ist, sind undenkbar ohne den Sozialismus. Die Unabhängigen mit ihren Illusionen von dem Weg zur Macht für die Arbeiterklasse durch die Demokratie müßten recht behalten, die Besitzenden und die Reaktionäre müßten zum Bewußtsein der Lage gelangt sein und durch ihre Einsichtigkeit alle Erfahrungen der Geschichte beschämen, sollte Deutschland dem Bolschewismus entgehen. Deutschösterreich aber wird keine schwarze Insel bilden zwischen einem roten Deutschland und Ungarn. Die wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Erfahrungen während der Diktatur des Proletariats in Ungarn sind deshalb wertvolles Material für die kommende Entwicklung westlich der Leitha, deshalb ist es dringend geboten, daß man dort die Wahrheit über Ungarn zu erfahren sucht, daß man ihr nachgeht und daß das Interesse tiefer geht als bis zur Registrierung der politischen und wirtschaftlichen Oberflächenerscheinungen. Unsere kommunistischen Genossen in Deutschösterreich wissen gar nicht, wieviel Argumente brauchbarster Art, wieviel schlagende Tatsachen, wieviel sozialistische Entdeckungen ihnen die drei Monate alte Diktatur in Ungarn bei näherem Zusehen bieten kann. Wir vermissen ein wenig solches Interesse jenseits unserer Grenze, auch bei solchen, die vermöge ihres ganzen Arbeitsgebietes mehr für das Wesentliche sind, für das, was auf dem Gebiete der Sozialisierung, des Agrarsozialismus, der proletarischen Staatsverwaltung neugeschaffen worden ist, wie es sich bewährt hat und welche Aenderungen daran notwendig waren. Nur bei der gründlichen Unkenntnis und der allgemeinen Unwissenheit, die in Wien heute in allen ungarischen Angelegenheiten herrschen, war es möglich, daß auch die Arbeiterzeitung das Einsetzen der freien Kritik innerhalb der Partei, das Eintreten zum Beispiel von Weltner und Kunfi für die mildere und gleichmäßigere Handhabung der Diktatur, triumphierend als einen Angriff auf die Diktatur selbst, als den Versuch einer sozialdemokratischen Schilderhebung gedeutet hat. Nur Böswilligkeit oder naive Unvertrautheit mit den gegebenen Möglichkeiten in Ungarn konnte Hoffnungen auf die Rückkehr zu einer sozialen Demokratie, auf die Abwendung von der kommunistischen Taktik hegen.

Der Gesichtswinkel, unter dem in Wien die Dinge in Ungarn nun einmal gesehen werden, gibt recht oft ein schiefes Bild. Um so mehr müssen wir hier Gewissenhaftigkeit und Selbstkritik oberflächlichen, gleichviel ob günstigen oder ungünstigen, Eindrücken gegenüber fordern von allen, die sich zu einem gerechten Urteil über die politische und wirtschaftliche Lage in Ungarn berufen fühlen und die durch allen Schein hindurch zur Wahrheit vordringen wollen. Niemand verlangt von politischen Fachleuten, daß sie offiziösen Schönfärbereien Glauben schenken. Aber deshalb kleinbürgerlicher Flaumacherei und Unwissenheit oder gar der Brunnenvergiftung der Bourgeoispresse aufzusitzen, heißt auch noch nicht die Wahrheit haben. Die Räterepublik sorgt durch eine Reihe von fremdsprachlichen Veröffentlichungen für eine Menge Tatsachenmaterial. Angesehene Blätter der Entente und Amerikas lassen wochenlang ihre Korrespondenten in Budapest sitzen, um da die Dinge zu studieren. Da sie aber jeweils nach der stärker oder schwächer abgetönten kapitalistischen Interessiertheit ihrer Blätter, nie aber wahrheitsgemäß ihre Berichte erstatten, so sind sie gewiß nicht die objektive Quelle, die das eigene Zusehen des sozialistischen Auslandes ersetzen könnte. Kommet und sehet! ruft das sozialistische Ungarn seinen Nachbarn zu.

Andor Ortzög.

Der Bolschewismus in Deutschösterreich.

Budapest, 5. Juli.

Das offizielle Deutschösterreich läßt sich keine Gelegenheit entgehen, ohne feierlichst gegen den Verdacht des Bolschewismus zu protestieren. Für einen deutschösterreichischen Staatssekretär, der kein unwürdiger Nachfolger der uniformierten, in Demut ersterbenden, in bureaukratischer Beschränktheit verstockten Minister ist, bedeutet die Räterepublik den leibhaftigen Gottseibeiuns. Vor dem bloßen Klang des Namens des Kommunismus erzittern die sanften Gemüter, und denken an den hohen Klerus, an die Entente, die Deutschösterreich unausgesetzt mit dem Höherhängen des Bratkorbes bedroht, wenn es den bösen Geistern der kommunistischen Lehre Gehör zu schenken geneigt wäre. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung richtete der demokratische Abgeordnete Friedmann eine Anfrage an den Staatssekretär des Innern, wie er die angeblichen Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft in Wien dulden könne und was er zur Vermeidung dieser angeblichen Umtriebe veranlaßte, beziehungsweise zu veranlassen gedenke. Die Großdeutschen — ein trauriges Ueberbleibsel aus der Glanzzeit des Erzhauses Habsburg — haben die sozialdemokratischen Staatssekretäre geradezu beschuldigt, ein Doppelspiel zu treiben, indem sie sich gegen die Gründung der Räterepublik vor der Oeffentlichkeit wohl verwahren, im geheimen aber mit den Kommunisten liebäugeln. Die Antwort des Staatssekretärs Eldersch war ganz stilgemäß; sie entfließt einer Politik, die in Oesterreich seit dem Ausgleich heimisch ist und die vom Grafen Taaffe die Politik des Fortwurstelns genannt wurde. Eldersch meinte, die sozialdemokratischen Staatssekretäre wünschen die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems der Demokratie — daß dieses vermittelnde System sich bereits überlebt hat und das Zeitalter der faulen Kompromisse für immer vorbei ist, das will Herr Eldersch nicht begreifen —, aber immerhin könne man nicht mit absoluter Gewalt gegen die Propaganda der Idee der Errichtung der Räterepublik auftreten. Also weder für noch gegen. Theoretisch wäre demnach Deutschösterreich gegen die Errichtung der Räterepublik, gegen den Kommunismus, gegen die Ideen, für die der Proletarierstaat Ungarn mit allen erlaubten Mitteln der Ueberzeugung Propaganda macht.

In der Praxis sehen wir aber, wie dieses theoretische Verhalten beängstigend wankt, ja geradezu umzukippen droht. Professor Schumpeter, der Staatssekretär für Finanzen, der Staatsökonom, dem man einen allzu übertriebenen Radikalismus kaum vorwerfen könnte, erklärte bei der Verhandlung des Budgets, wenn die finanziellen Friedensbedingungen nicht erträglicher werden, wisse er nicht, ob man ein Uebergehen zu anderen Prinzipien dann überhaupt noch mißbilligen könne. Ganz klar und ohne diplomatische Umschweife und Verzierungen ausgesprochen, bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, daß Deutschösterreich durch die erdrückenden finanziellen Bedingungen in die Enge getrieben, sich endlich doch dazu entschließen müsse, mit der kapitalistischen Wirthschaftsmethode aufzuräumen und „zu anderen Prinzipien überzugehen". Diese anderen Prinzipien — wer darf sie nennen und wer bekennen? — sind die Prinzipien, die den ungarischen Proletarierstaat geschaffen haben

Er wurde damals verhaftet und vor dem Landesgericht wegen Aufforderung zu Ungesetzlichkeiten angeklagt. Das Landesgericht fand aber in den Umständen, die gegen ihn ins Feld geführt wurden, nicht hinreichende Beweise für das Delikt und sprach ihn frei.

Man hat den Freigesprochenen nicht ausgewiesen, zumal da er damals krank war und in Spitalbehandlung bleiben mußte.

Erwiesen ist, daß er aber wieder nach Ungarn gefahren ist, denn Leute, die ihn kennen, haben ihn auf einer Reise nach Ungarn gesehen. Er soll jetzt auch zwei Tage in Gastein gewesen sein.

Benedikt gab an, er habe sich in den Kreisen der Kommunisten Benedikt, aber auch Kovacs und Bettelheim genannt. Es ist aber so gut wie sicher, daß er mit der Angabe, er sei der von Ungarn als Diktator über die hiesigen Kommunisten gesetzte Mensch, der Bettelheim genannt wird, nur renommiert, um sich als wichtige Person darzustellen; nicht einmal das scheint wahrscheinlich, daß er mit der Erklärung, er sei der Bettelheim, die Fährte von dem, der als Diktator Bettelheim über Toman, Koritschoner und Wertheim thront, ablenken will. Eher wäre es möglich, daß der als Detektivchef der ungarischen Gesandtschaft bekannte Alexander Battik, der vor dem 15. Juni Wiener Polizeiangestellte durch Bestechungen für die Teilnahme an dem Putsch gewinnen wollte, auch der Mann ist, der als Bettelheim seine Rolle spielte. Sowohl Benedikt wie Battik sind große, kräftig gebaute, glattrasierte Männer und sehen einander sehr ähnlich. Auch der Bettelheim Agierende wird als so aussehend geschildert.

Benedikt hatte einen Brief bei sich, und er wollte ihn, nachdem er verhaftet war, zerreißen. Die Polizeiagenten haben das verhindert. Der Brief ist von einem Wiener Kommunisten geschrieben und ist erkennbar an Budapester Kommunisten gerichtet. Der Briefschreiber erzählt, daß ihm die Verhältnisse in der Wiener kommunistischen Partei nicht gefallen, und er nennt die Lage der Partei in Deutschösterreich trostlos. Es scheint, daß Benedikt den Brief übernommen hat, um ihn der ungarischen Kommunistenleitung zu überbringen. In dem Brief ist auch von dem „Genossen Bettelheim" die Rede, und er wird auch darin als Diktator bezeichnet. Der Brief, in dem die meisten Wiener Kommunistenführer getadelt und als nach Volksbeauftragtenstellen gierig bezeichnet werden, spricht auch von „Bettelheim" in einem so wenig freundlichen Tone, daß sich schon daraus ergibt, daß derjenige, dem dieser Brief zur Zustellung übergeben wurde, nicht der Bettelheim ist. Es ist in dem Briefe auch von der Konferenz die Rede, die die deutschösterreichischen Kommunisten gestern im Saale „zum Auge Gottes" abgehalten haben. Die Konferenz wird als eine „Art Parteitag" bezeichnet, den man einberufen habe, um die Verworrenheit in der deutschösterreichischen Kommunistischen Partei zu beseitigen.

Es wird jetzt wieder viel von dem verhafteten Detektivchef Battik erzählt. Die Arbeiter-Zeitung hat seine Verhaftung schon früher mitgeteilt und auch Samstag im Leitartikel von ihr gesprochen. Hervorzuheben ist, daß Battik bis zur Zeit der Räteregierung kein Sozialist war und es auch dann nur geworden ist, um Geld zu verdienen. Er war früher ein Schwindler und Prasser und ist das auch in seiner „kommunistischen Zeit" geblieben.

* * *

„Die Eroberung Wiens."

Mit Schobers Bericht hat der „Neue Tag" sein kommunistisches Sensationsgeschäft eröffnet. Die Konkurrenz wurde nervös. In Benedikts bürgerlich-fürsichtiger Seele besiegte für einen Augenblick der Geschäftsgeist die Bourgeoisangst und er schickte einen seiner jungen Leute in die Bankgasse und gab der Welt ein Interview mit Herrn Czobel zum besten. Vergebenes Bemühen! Karpeles ist doch schon wieder um eine ganze Nasenlänge voraus. Da bringt sein Sonntagsblatt unter dem fettesten ganzseitigen Titel: „Wie die Kommunisten Wien erobern wollten!" wirklich und wahrhaftig den militärischen Plan der ungarischen Kommunisten zur Niederwerfung Wiens, die genaue „Ordre de bataille". Doch nicht etwa bloß deren Inhalt, sondern das Originaldokument selbst in sorgfältigster Nachbildung, die Skizze mit allen ihren graphischen Kunststückchen. Daraus kann nun jedermann erfahren, was Budapest aufbieten will, um Wien zu erobern. Zwölf Bataillone „kommunistischer", das heißt ungarischer Infanterie zu je 850 Mann, in der Gesamtstärke von 10.200 Mann, dazu sollen sich fünf Bataillone zu je 1000 Mann von der Wiener Volkswehr anschließen; sie erscheinen auf der Skizze als sozialdemokratische Infanterie in der Gesamtstärke von 5000 Mann; weiterhin 500 Mann kommunistischer Kavallerie, zwei Bataillone terroristischer Marine, insgesamt 1400 Mann und 2400 Artilleristen. Alles in allem ein Gefechtsstand von 14.500 Gewehren und Karabinern, 200 Maschinengewehren und 150 Geschützen. Die terroristische Marine wäre gleichfalls aus Budapest mitzunehmen; sie hätte „die besonders wichtig erscheinenden Operationen auszuführen, Widerstände niederzuschlagen und Verhaftungen vorzunehmen".

Wie aber soll nun Wien „niedergerungen" werden? Auch das hat Herr Karpeles aufs genaueste erfahren, er bringt die Skizze des Angriffsplanes und erläutert sie wie folgt: „Die Roten Truppen sollten vom äußeren Gürtel konzentrisch in die Stadt vordringen. Zu diesem Behuf ist die Gürtellinie in vierzig Abschnitte eingeteilt, zu denen entsprechende Sektoren gehören . . . Die Stärke der einzelnen Operationskolonnen schwankt zwischen 30 und 200 Mann; jeder Kolonne sind Maschinengewehre und Geschütze beigegeben. Wenn es nach dem Plane der Budapester Regierung gegangen wäre, dann hätte die Rote Armee nach Ueberwindung der Widerstände an der Grenze direkt nach Wien loszumarschieren und den äußeren Gürtel in der vorgeschriebenen Weise zu besetzen gehabt, wobei sie von den Kommunisten Wiens auf vorbedachte Art unterstützt worden wäre." Wie das furchtbar klingt! Aber es ist doch nur eine große Kinderei. An der Echtheit der Planskizze kann man freilich nicht zweifeln. Uns und vielen anderen ist sie eine alte Bekannte. Diese Skizze ist nämlich nicht mehr und nicht weniger als ein Verteidigungsplan, den der Generalstab noch in den Tagen des Kaisertums entworfen hatte: der Plan zur Sicherung der inneren bürgerlichen Bezirke gegen einen etwaigen Arbeiteraufruhr in den Vorstädten. So hat auch der Plan, hat die Besetzung des Gürtels nach Abschnitten, die Absperrung der Donaukanalbrücken einen gewissen Sinn, wie unsinnig der ganze Gedanke sein mag. Auch die Zerteilung der verfügbaren Streitkräfte in kleine Detachements, die bei einem erobernden Angriff widersinnig wäre, möchte sich vielleicht gegen schlecht bewaffnete Arbeiterzüge als militärisch zweckmäßig erweisen.

Dieser alte Verteidigungsplan also, den der Generalstab der Sozialistenfurcht der Monarchie zuliebe entworfen hat, ist nun Herrn Karpeles in die Hände gefallen. Offenbar hat ein Generalstäbler, der jetzt in der ungarischen Botschaft

---

Verhaftung eines ungarischen Kommunisten.

Samstag vormittag wurde die Polizei verständigt, daß in der ungarischen Gesandtschaft ein Mann sei, dem man dort große Beachtung schenke und der auch der vielgenannte Bettelheim sein könne. Zwei Polizeiagenten prüften nun, ob die Nachricht wahr sei. Sie sahen bald aus dem Gesandtschaftshause einen Mann mit schwarzer Brille und schwarzem Schnurrbart kommen, und hinter ihm gingen einige von den Soldaten, die zum Schutze des Gebäudes vor neuerlichen gegenrevolutionären Ueberfällen verwendet werden. Der Mann ging in die Schottengasse und blieb bei einem Auslagefenster stehen, offenbar um zu sehen, ob sein Schnurrbart noch fest halte. Der Bart war nämlich falsch. Die Polizeiagenten traten nun an den Mann heran, jeder hängte sich in einen Arm ein und sie forderten ihn auf, seine schwarze Brille und seinen schwarzen Schnurrbart abzunehmen. Er tat das. Dann wurde er zur Polizei geführt. Er hatte einen von einer ungarischen Behörde ausgestellten und von der hiesigen ungarischen Gesandtschaft vidierten Paß auf den Namen Kovacs bei sich. Er gab zu, daß dieser Paß falsch sei und er Otto Benedikt heiße.

Man fand bei Benedikt 14.500 Kronen, und er gab zu, daß er sie soeben in der ungarischen Gesandtschaft bekommen habe.

Benedikt ist 32 Jahre alt. Er ist ein ungarischer Kommunist und den hiesigen Behörden seit längerer Zeit persönlich bekannt. Er hielt sich bereits früher in Wien auf und man hatte ihn im Verdacht, daß er für den Putsch am Gründonnerstag agitiert habe.

Reichspost
7. VIII. 1919

Wien ohne Schutz?

Budapester Pläne zur Eroberung Wiens. — Die Mitteilungen der „Reichspost" vom 17. Juni bestätigt.

Bekanntlich wollen die Budapester Judendiktatoren um jeden Preis ihre Herrschaft auch über Wien und einen Teil Deutschösterreichs ausdehnen. Schon haben sie einen gewissen Bettelheim, dessen Verhaftung übrigens in den letzten Tagen der Wiener Polizei gelungen sein soll, den Wiener Kommunisten zum Parteidirektor bestellt; der Mann sollte vermutlich dann gegebenenfalls an die Spitze der Diktatur in Deutschösterreich gestellt werden. Mit Riesensummen, die sie zum Teil selbst, zum Teil durch ihre Wiener Gesandtschaft verteilen ließ, warb die Budapester Regierung Helfer für einen Umsturz in Wien. Nicht nur fast alle kommunistischen Führer, auch eine Reihe anderer Agenten bezogen Geld aus Budapest, wie der Bericht des Polizeipräsidenten an das Staatsamt des Innern nachgewiesen hat. Besonders eifrig bemühte sich die Budapester Regierung, unter den Truppen Deutschösterreichs Anhänger zu werben. Bei allen bisherigen Putschversuchen und revolutionären Kundgebungen hatte die Budapester Judenregierung die Hand im Spiele und wirkte Budapester Geld, das die „Regierung" bekanntlich den rechtmäßigen Eigentümern einfach gestohlen hat.

Aber mit bloßen Wühlereien und der Anstiftung von Putschversuchen begnügte sich die Budapester Regierung nicht. Schon am 17. Juni veröffentlichte die „Reichspost" an leitender Stelle folgendes:

„Uns ist ein ins Einzelne genau ausgearbeiteter Plan, dessen Echtheit wir nicht prüfen konnten, der aber von bestimmten Stellen für echt gehalten wurde, gezeigt worden, nach dem während des Putsches vom 15. Juni die Hochbanten der gesamten inneren Stadtbahnlinien von Kommunisten zu besetzen und als Stützpunkte zur Absperrung der inneren Bezirke auszubauen und mit Maschinengewehren zu armieren gewesen wären."

Diese Mitteilungen wurden gestern vom „N. Tag" durch den Abdruck einer Anzahl von Dokumenten vollkommen bestätigt, die aus der Wiener ungarischen Gesandtschaft stammen und aus Dokumenten folgen, aus denen hervorgeht, daß die Budapester Regierung bereits einen fertigen Plan zu einem Einfalle ihrer Roten Armee in Niederösterreich sowie zur Eroberung und militärischen Besetzung Wiens ausgearbeitet hatte. Das Gelingen des Ueberfalles erhoffte die Budapester Regierung von der Hilfe eines Teiles der Wiener Volkswehr, von der man in Budapest annahm, daß etwa zwölf Bataillone „kommunistischer Infanterie" in der Gesamtstärke von 10.200 Mann und fünf Bataillone „sozialdemokratischer Infanterie" in der Stärke von 5000 Mann, 500 kommunistische Kavalleristen, 2 Bataillone „terroristischer Marine" (1400 Mann) und 2400 Artilleristen, zusammen 14.500 Gewehre und Karabiner, 200 Maschinengewehre und 150 Geschütze, die Budapester Einfallstruppen unterstützen würden.

Es hätte diese Eroberung Wiens durch ungarische rote Truppen und „terroristische" ungarische Marinesoldaten erfolgen sollen unter Mithilfe von 5 Bataillonen Wiener Volkswehr, auf welche die ungarischen Verschwörer in der Bankgasse, die Urheber dieses ganzen Planes, rechneten. So hätten z. B. vom Margaretner bis zum Lerchenfelder Gürtel an jeder Straßenbahnstation 2 Maschinengewehre mit 35 ungarischer roter Truppen und dazwischen auf dem Viadukt der Stadtbahn je 50 Mann Ungarn postiert werden sollen, ähnlich längs des Donaukanals. Die Brigittabrücke wäre mit sechs Maschinengewehren armiert worden.

Die zwei Dutzend Toten und zahlreichen Schwerverletzten gelegentlich der bisherigen Putschversuche, zu denen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden „gegen die Bürger einigen" Parteien geführt haben, sind daher wohl nur als belanglose Opfer der Unterhaltungen der beiderseitigen jüdischen Führer zu betrachten. Sogar das Blatt des gewesenen sozialdemokratischen Machers der Hammerbrotwerke Dr. Karpeles wendet sich in folgender scharfer Weise gegen diese Haltung des Staatssekretärs Dr. Bauer, da durch die Duldung der Budapester Wühlereien namenloses Unglück über Wiens Bevölkerung gebracht werden kann:

> Die Dokumente enthüllen die Gefahr, die Wien bedroht hat und bedrohen wird, solange die Agenten des Herrn Bela Kun unter den Augen unserer sogenannten Regierung ihr Treiben fortsetzen dürfen. Von Herrn Dr. Otto Bauer wird Wien, wird Deutschösterreich Rechenschaft fordern für die feige Duldung verbrecherischer Umtriebe, die nichtsbewirken können, als namenloses Unheil. Die Entente wird Ungarn von Bela Kun befreien. Aber wir wollen nicht, daß auch Wien von Bela Kun durch die Entente befreit werden muß. Dazu sind wir noch immer stark genug, um mit den Kun und Czobel fertig zu werden. Herr Dr. Bauer häuft auf unser armes Land Schimpf, wenn er auch jetzt noch sich weigert, seine Pflicht zu erfüllen.

Wie die Korr. Herzog erfährt, befinden sich Abschriften aller bei der seinerzeitigen Durchsuchung des ungarischen Gesandtschaftsgebäudes in der Bankgasse vorgefundenen Pläne, Skizzen, Quittungen usw.

in den Händen des Leiters einer hiesigen ausländischen Mission,

der die Entente von den inzwischen zum Scheitern gebrachten Plänen der Sendlinge Bela Kuns informiert hat. Sämtliche Missionen in Wien hatten durch Spezialkuriere ihren Regierungen Mitteilung von den aufgefundenen Plänen gemacht und Verhaltungsmaßregeln eingefordert. Ein besonderes Augenmerk wird der Tatsache zugewendet, daß sowohl in Wien als auch in Wiener-Neustadt in der letzten Zeit ungarische Offiziere in den Uniformen von Ententemilitär betreten wurden.

Unter den parlamentarischen Parteien besteht die Absicht, neuerlich von der Regierung Aufklärung über ihr bisheriges Verhalten gegenüber den Ueberfallsvorbereitungen der Budapester Diktatoren und entschiedene Maßnahmen für die Zukunft zu fordern. Die Zweideutigkeit, das verdächtige Doppelspiel muß endlich aufhören. Offenkundige Verbrechen und feindselige Akte gegen Wien dürfen nicht geduldet werden, wenn die Regierung nicht den letzten Rest von Autorität einbüßen will.

Anwachsen der Los-von-Wien-Bewegung!

Wie verderblich das Liebäugeln gewisser Mitglieder der Wiener Zentralregierung mit dem Bolschewismus wirkt und Wien schädigt, wird am besten vielleicht durch die Tatsache illustriert, daß nunmehr sogar das Wiener Hauptorgan der Alldeutschen, das bisher die Selbständigkeitsbestrebungen der Länder besonders gehässig beurteilt und als „klerikale Umtriebe" verdächtigt hatte. in seiner gestrigen Sonntagsausgabe selber unter der Ueberschrift „Los von Wien" der völligen Trennung der Länder von Wien das Wort redet:

> Heute weiß ganz Deutschösterreich, daß auch die Sozialdemokraten und ihre Vertreter in der Regierung die Aufrichtung der Räterepublik im Schilde führen. Wien und seine auf den Umsturz hinarbeitende Regierung sind heute die größte Gefahr für eine gedeihliche Weiterentwicklung der deutschen Ostmark. Der Gedanke an das jüdisch-kommunistische Wien erfüllt uns gerade mit Ekel und Grausen ... Der Ruf Los von Wien darf nicht mehr verstummen, denn nur in der Verwirklichung des Programmes, das dieser Ruf in sich birgt, liegt die Befreiung von dem jüdisch-kommunistischen Alpdruck.

Man sieht, wohin Wien gerät, wenn die bolschewikische „Orientierung" oder zumindest die Zweideutigkeit der herrschenden sozialdemokratischen Partei noch länger fortgeht. Wien droht, ganz abgesehen vom blutigen Jammer einer etwaigen Bettelheim-Diktatur. die völlige Vereinsamung und Verarmung. Haben denn die Bauer und Genossen gar kein Herz für die Wiener Bevölkerung?

Schwere Anklagen gegen das Auswärtige Amt. — Das sozialdemokratische Doppelspiel.

Allgemein wird geklagt, daß gegenüber dieser ungeheuerlichen Budapester Machenschaften eigentlich nur die Wiener Polizei ihre Pflicht erfüllt, nicht aber die Regierung. Für die Unterlassungssünden der Regierung wird hauptsächlich Staatssekretär Dr. Bauer als Leiter des Auswärtigen Amtes verantwortlich gemacht, der anscheinend die Brücken zum Bolschewismus noch immer nicht abbrechen will. Uebrigens zeigt die gleiche Tendenz auch das Wiener sozialdemokratische Hauptorgan, das nach den angeblich furchtbar ernst gemeinten Streitereien auf der Reichskonferenz der roten Arbeiterräte in seiner Abendausgabe vom letzten Samstag versichert, daß Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die „Bürger" (gemeint sind alle Nichtgenossen!) vollkommen einig seien.

Staatssekretär Eldersch hält den Plan für undurchführbar.

In der Korresp. Herzog äußert sich Staatssekretär Eldersch über die Dokumente des „N. Tag" u. a.:

Der Plan ist ein seinerzeit vom Kriegsministerium ausgearbeiteter Plan zur Verteidigung der Stadt Wien, der nun von einem Generalstabsoffizier, welcher Beziehungen zur ungarischen Räterepublik unterhält, adaptiert worden ist und den Ungarn als ernstes Projekt übermittelt wurde. Schon dem Laien muß es klar werden, daß dem Plane als Angriffsplan der ungarischen Räteregierung keinerlei Bedeutung beigelegt werden kann. Es muß geradezu als widersinnig bezeichnet werden, wenn die ungarische Räteregierung oder überhaupt irgend jemand diese Ordre de bataille als ernsthaftes Projekt ansehen kann. Man bedenke nur: eine Armee von 15.000 Mann — der erwähnte „Stratege" hat auch einen sehr beträchtlichen Teil der Volkswehr in seine Rechnung einbezogen — soll sich von Ungarn aus der Stadt Wien bemächtigen. Die Armee, die von jenseits der Leitha marschieren würde, dürfte doch kaum unbemerkt und unbehindert hieher gelangen, zumal ja zweifellos die Arbeiterschaft ebenso wie der überwiegende Teil der übrigen Bevölkerung sich dem Einmarsche dieser Truppen in ganz entschiedener Weise widersetzen würde. Der „Plan" stellt eines der schon wiederholt aufgetauchten abenteuerlichen kommunistischen Projekte zur „Eroberung Wiens" dar (Also doch!), dessen Einzelheiten nicht nur dem strategischen Sachverständigen, sondern auch jedem Laien geradezu lächerlich und dilettantenhaft erscheinen muß, denn die Unmöglichkeit der Durchführung eines derartigen Planes liegt auf der Hand. Das Projekt, das der Regierung schon seit längerem bekannt war, wurde offenbar von den interessierten Kreisen gut bezahlt. Die Summe, die hiefür verausgabt wurde, ist wahrhaft vergeudet. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung allen ihr zur Kenntnis gelangenden Tatsachen die größte Aufmerksamkeit zuwendet und selbstverständlich auch mit der nötigen Energie einschreiten würde, wenn es sich um eine ernsthafte Aktion handelte. Eine solche ernste Aktion aber stellt der mitgeteilte „Angriffsplan" nicht dar. Die Bevölkerung mag dessen gewiß sein, daß von der Regierung nichts außer acht gelassen wird, um die Ruhe in Stadt und Land zu sichern.

Schließlich wendet sich Staatssekretär Eldersch dagegen, daß die bolschewikischen Budapester Unternehmungen von der Presse so „aufgebauscht" werden. Was seine mehrfachen Berufungen auf „den ersten Blick des Laien" betrifft, so klingen sie etwas seltsam, da er behauptet, der Plan stamme von einem „Generalstabsoffizier" und die Räteregierung habe den Plan „gut bezahlt". Es schaut fast so aus, als bestünde hinter dieser Abwiegelei die Absicht, die Aufmerksamkeit des Publikums von den Vorgängen abzulenken. Karolyi hat es seinerzeit nicht anders gemacht ...

Pester Lloyd Abendbl. 7/VII. 1919 IV 7 81

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: A. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Marai, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller.

Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Montag, 7. Juli 1919 — **Nr. 157**

Die Entente und die ungarische Räterepublik.

Budapest, 7. Juli.

Seit acht Monaten sitzen die Staatsmänner der siegreichen Länder beisammen, um der Welt den Frieden, natürlich den Frieden nach ihrer Art, zurückzugeben. Seit acht Monaten geben sie fast täglich Proben ihrer Unfähigkeit, ihres Mangels an politischer Voraussicht, an Tatkraft, ihrer Unkenntnis der Wirklichkeiten, der tatsächlichen Verhältnisse in den besiegten Ländern. Verwirrung und Kopflosigkeit diktierten alle bisherigen Beschlüsse. Und nun trat der Fünferrat zusammen, um über Ungarns Schicksal zu entscheiden. Durch die Indiskretionen der amerikanischen Berichterstatter erfahren wir aus zwei heute uns zugegangenen Telegrammen recht Interessantes und Lustiges über diese Beratungen. Wir haben uns nie der trügerischen Hoffnung hingegeben, daß die Entente uns Gnade willfahren lassen werde. Wir wissen sehr gut, daß die Entente uns ebenso wie die russische Räterepublik gar zu gerne vernichten möchte, wenn ihr dazu die Möglichkeit geboten wäre. Ebenso wissen wir aber auch, daß der Entente die dazu notwendigen Mittel fehlen. Hätten wir das nicht gewußt, so würden uns jetzt hierüber unsere amerikanischen Kollegen belehren. Wir erfahren aus den Mitteilungen des Konferenzberichterstatters der Chicago Tribuna, daß in der Enquete des Fünferrates über die ungarischen Verhältnisse die militärischen Sachverständigen über die Stärke der ungarischen Roten Armee und über die Schwäche der gegen diese Armee zur Verfügung stehenden Kräfte der Entente berichten konnten. Erst jetzt erfuhren die führenden Männer der Entente, daß die Versorgung Polens, der Tschecho-Slowakei und der übrigen östlichen Länder durch Ungarn verhindert wird, weil alle Eisenbahnlinien in Budapest zusammenlaufen. Ebenso wußten die militärischen Sachverständigen Clemenceau und Genossen die Kenntnis der Tatsache beizubringen, daß Béla Kun nicht willens ist, den Transport der Kriegsmittel zu gestatten, die den Tschecho-Slowaken zum Feldzug gegen die ungarische Republik zugeführt werden sollen. Lustig mutet es an, wenn es in dem Berichte heißt, daß man die Rumänen gegen die ungarische Räterepublik nicht loslassen wolle, weil man fürchtet, daß diese rumänische Offensive nicht mehr leicht aufgehalten werden könnte. Der Heldenmut und die Tapferkeit der rumänischen Truppen, im Balkanfeldzug ebenso wie während des Weltkrieges, ihre gewaltigen Siege berechtigen ja die Entente in vollem Maße zu dieser Annahme. Diese Sorge kann aber die ungarische Räteregierung von den ohnehin schwer bedrückten Schultern der Ententestaatsmänner nehmen. Die ungarische Rote Armee wird dem Offensivdrang der rumänischen Bojarenfölflinge rechtzeitig ein Ende setzen, wie sie ja auch den Angriffsversuchen der Tschecho-Slowaken einen so erfolgreichen Widerstand geleistet hat, daß den Herren in Prag und Paris darüber die Haare zu Berge gestanden sind. Es soll nun alles versucht werden, um eine Armee gegen Ungarn ausrüsten zu können. Man feilscht und schachert mit allen verbündeten Staaten auf Kosten des ungarischen Proletariats. Die Italiener sollen Artillerie beistellen, doch sind die Kompensationsforderungen der Italiener so hoch, daß man sie nicht bewilligen kann. Aus alldem ersehen wir, daß das Ansehen der ungarischen Roten Armee, das sie sich in den wenigen Wochen ihres bisherigen Bestandes durch ihre Opferwilligkeit, durch ihren Heldenmut, durch ihre Ausdauer und selbstbewußte Entschlossenheit zu erringen vermochte, die ungarische Frage zu einem der heikelsten Probleme der Friedenskonferenz gestaltet hat. Die Entente beabsichtigt, wenn alle Drohungen ihre Wirkung verfehlen sollten, zu dem für Ungarn furchtbarsten Mittel zu greifen: von Aeroplanen abgeworfene Flugzettel sollen dem ungarischen Proletariat die schreckliche Tatsache bekanntgeben, daß die Entente die Bolschewisten nicht anerkennen werde. Daß in diesen Berichten über die Verhältnisse in Ungarn auch die üblichen Verleumdungen und Verstellungen nicht fehlen, ist nur natürlich.

Die heute uns zugekommenen Telegramme lauten:

St.-Germain, 6. Juli.

Der Konferenzberichterstatter der Chicago Tribune erfährt, daß der Fünferrat auf Drängen Clemenceaus beschlossen hat, militärische Sachverständige über die Stärke der Armee und der Artillerie Béla Kuns und über die Anzahl der sofort gegen Ungarn verfügbaren Ententetruppen zu befragen. Hoover, der bei der Sitzung anwesend war, berichtete, daß die Versorgung Polens, der Tschecho-Slowakei, der russischen Provinzen und Rumäniens durch Ungarn behindert wird, weil alle Eisenbahnlinien in Budapest zusammenlaufen.

In der Umgebung von Wien stehen geringe französische Kräfte, weiter südlich serbische und rumänische. Nach den den Alliierten vorliegenden Berichten dürfte Béla Kun 200.000 Mann zur Verfügung haben. Es wird versichert, daß Kun die Versorgung seiner Leute hauptsächlich mit Vorräten bewerkstelligt, die aus gestohlenen Hooverzügen stammen.

Die Franzosen und die Amerikaner sind der Meinung, daß die bei Wien stehenden französischen Kräfte zu schwach sind, um gegen die Ungarn marschieren zu können. Andererseits will man die Rumänen nicht loslassen, da man fürchtet, ihre Offensive, wenn sie einmal im Gangeist, nicht mehr aufhalten zu können. Die Tschecho-Slowaken können nicht gegen die Ungarn aufgeboten werden, da Béla Kun den Transport der Kriegsmittel verhindert. Es heißt, daß die Möglichkeit bestehe, italienische Artillerie gegen Béla Kun aufzubieten. Aber die Italiener verlangen dafür Kompensationen, die Amerika nicht geben will.

Der Wiener Korrespondent der Chicago Tribune meldet, daß mehrere Ententerepräsentanten in Paris vorgeschlagen haben, entweder Truppen zu schicken, oder in ganz Ungarn durch von Aeroplanen abgeworfene Flugzettel die Tatsache bekanntzugeben, daß die Entente die Bolschewisten nicht anerkennen werde. Man fürchtet in Wiener Ententekreisen, daß Béla Kun die von der slowakischen Front zurückgezogenen Truppen zu einer Offensive gegen die Rumänen benützen wird. (U. T.-K.-B.)

— Funkspruch des Ung. Tel.-Korr.-Bureaus, übermittelt durch die Budapester Radiostation. —

New York, 7. Juli.

Evening News melden aus Paris: Der Fünferrat konnte auch heute über irgendeine endgültige Aktion in der ungarischen Frage nicht entscheiden. Der Beratung wurden auch wirtschaftliche und militärische Sachverständige beigezogen. Es stellte sich heraus, daß die Armee Béla Kuns ansehnlich wächst. Später wurde mitgeteilt, daß das ganze ungarische Problem einer weiteren eingehenden Erwägung unterzogen werden soll.

— Funkspruch des Ung. Tel.-Korr.-Bureaus, übermittelt durch die Budapester Radiostation. —

New York, 7. Juli.

Meldung der New York World aus Paris: Unversehens ist am Samstag nachmittag Clemenceau im Rate der Fünf erschienen und hat ein zwangloses Geschpräch über das künftige Schicksal Oesterreichs und Ungarns geführt. Der Fünferrat beschloß, über Ungarn eingehende Informationen zu beschaffen; in bezug auf Oesterreich hat sich noch gar nichts bestimmt ausgestaltet.

Die Ungarische Räterepublik.

Eine französische Lektion für die Arader Gegenregierung.

Budapest, 7. Juli.

Jeder vernünftige Mensch in Sowjetungarn vermag nur herzlich zu lachen, so oft ihm eine der nicht allzu seltenen Ennunziationen der Arader Gegenregierung vor die Augen gelangt. Dennoch gab es vielleicht einige Leute, die dem aus der unaufhörlichen Berufung auf die Freundschaft der Entente geschöpften Aplomb Károlyis und Genossen auf den Leim gingen. Diesen Leichtgläubigen leuchtet nun ein sehr zuständiger Faktor heim, der hier sattsam bekannte General Franchet d'Esperey, der die Gegenregierung, wie nachfolgende Depesche besagt, ohne viel Federlesens aus Arad hinauswarf. Mit der Ententefreundschaft ist es also nicht weit her. Die Herrschaften werden nun in ihrem neuen Zufluchtsort, in Szeged, über die Kürze von Lügenbeinen nachdenken können. Daß sie mit neuen Erfindungen herauskommen werden, ist klar; gewiß werden sie aber nach der bitteren Lektion, die ihnen der unhöfliche Franzose erteilt hat, doch schon bedeutend weniger Glauben finden.

Wien, 6. Juli.

(Privatmeldung des Ung. Tel.-Korr.-Bureaus.) Mehrere Blätter melden aus Szeged: Im Auftrage der Entente ist vor einigen Tagen General Franchet d'Esperey in Arad eingezogen, wo er sympathisch empfangen wurde.

Auf eine Begrüßungsansprache des Bürgermeisters, der auch die Huldigung der Vertreter der ungarischen Regierung Julius Károlyis verdolmetschte, erklärte Franchet d'Esperey, er müsse seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß in Arad eine ungarische Regierung existiere, denn diese Stadt gehöre doch zu Rumänien.

Infolge dieser Stellungnahme des französischen Generals sind die in Arad weilenden Mitglieder des Kabinetts Károlyi endgültig nach Szeged übergesiedelt.

Konferenz beim Landes-Wohnungskommissariat.

In Angelegenheit der Umorganisierung des Wohnungswesens wird Dienstag, den 8. d. M., um 10 Uhr vormittags, beim Landes-Wohnungskommissariat (Országház, I. Tor, I. Stock) eine Konferenz stattfinden, zu der das Kommissariat das Erscheinen der Präsidenten der Arbeiter- und Soldatenräte und je zweier Leiter der einzelnen Bezirks-Wohnungskommissionen erbittet.

Landes-Wohnungskommissariat.

Einschränkung des Postverkehrs.

Das Volkskommissariat für Soziale Produktion hat eine Verordnung erlassen, nach der im Postverkehr sowohl im Inland als auch im Ausland folgende Einschränkungen ins Leben treten:

1. An Private können Briefe, gleichviel ob rekommandierte oder gewöhnliche Briefe, nur offen (in nicht abgeschlossenem Kuvert) gesendet werden.

2. Bei Korrespondenzkarten sind auf dem oberen Teile der Adressenseite, bei Briefen und sonstigen Postsendungen ebenfalls auf dem oberen Teile der Adressenseite oder auf der Rückseite des Kuverts Namen und genaue Adresse des Aufgebers anzuführen.

3. Wertbriefe, Wertkartons, Pakete, die von Privaten aufgegeben wurden, dürfen keine schriftliche Mitteilung enthalten. Bei Paketen, die im Inlande aufgegeben wurden und für das Inland lauten, ist zur Bestätigung, daß es keine schriftliche Mitteilung enthält, durch den Aufgeber auf die Rückseite des Frachtbriefes die Aufzeichnung anzuführen: „Enthält keine schriftliche Mitteilung." Die Aufzeichnung ist zu unterfertigen. Die Postämter sind berechtigt, Pakete, die ihnen verdächtig erscheinen, daß sie schriftliche Mitteilungen enthalten, bei der Aufgabe durch den Aufgeber öffnen zu lassen und im Beisein des Aufgebers genau zu untersuchen. Oeffnet der Aufgeber auf Aufforderung des Postbediensteten das Paket nicht, ist die Aufgabe zu verweigern. Die Post hat das Recht, die Pakete auch nach der Aufnahme kommissionell zu öffnen und ihren Inhalt zu untersuchen.

4. Wertbriefe und Wertkartons haben die Parteien offen zur Post zu bringen. Der aufnehmende Postbedienstete untersucht sie, lautet der Wertbrief auf das Inland, so verschließt er ihn auf die in der im P. T. és T. H. Lapja Nr. 45 l. J. sub Nr. 13236/1919 verlautbarten Verordnung enthaltene Weise. Wertbriefe und Wertkartons, die für das Ausland lauten, schließt der Aufgeber im Postamte im Beisein des aufnehmenden Postbediensteten mit dem mitgebrachten Siegellack und Petschaft.

5. Die obigen Beschränkungen beziehen sich nicht auf den Verkehr der Behörden und Aemter, sowie der staatsadministrative Agenden führenden Organe (Räteregierungskommissär, Produktionskommissär, politischer Bevollmächtigter, Warenverteilungs- usw. Zentralen), der Gewerkschaften und der zu Gewerkschaftsverbänden gehörigen Verbindungen und der sozialisierten Betriebe unter sich oder mit Privatparteien.

6. Die obigen Beschränkungen beziehen sich ferner nicht auf Sendungen der in Ungarn befindlichen auswärtigen Vertretungsbehörden fremder Staaten (Gesandtschaften und Berufskonsulate), ob nun die Sendungen von ihnen aufgegeben werden oder an sie adressiert sind.

7. Die Behörden, Aemter, die staatsadministrative agendenführenden Organe, Gewerkschaften, Verbindungen und sozialisierten Betriebe wie auch die Behörden der auswärtigen Vertretungen haben ihre Berechtigung unter vollem Namen und Petschaftsabdruck des Aufgebers auf dem Kuvert nachzuweisen.

8. Den obigen Verfügungen nicht entsprechende Sendungen können von den Postämtern nicht angenommen werden. Sendungen, die in Briefkasten aufgegeben wurden und den obigen Verfügungen nicht entsprechen, werden von den Postämtern den Aufgebern zurückgestellt oder, wenn dies nicht möglich ist, als Retoursendungen behandelt. Aus dem Auslande geschlossen einlangende Privatbriefe und geschlossene Kartenbriefe werden von den Postämtern nach ihrem Aufgabsort zurückgesendet.

Die Verordnung teilt mit, daß Werte aus dem Auslande ohne Beschränkung nach Ungarn eingeführt werden können, weshalb auch die in Angelegenheit der zeitweiligen Beschränkung des Zahlungsverkehrs unter Nummer 1311/1919 M. E. am 19. Februar 1919 ausgegebene und in der Nummer vom 20. Februar des Budapesti Közlöny veröffentlichte Regierungsverordnung über die Postverkehrseinschränkungen aufgehoben wird. Die Verfügung jedoch, daß in den Relationen Deutschösterreichs der Postanweisungs-, Nachnahme- und Postmandatsverkehr ruht, und die Verfügung, daß die Summe von Postanweisungen nach Deutschland 60 Mark, die Summe der von dort kommenden Anweisungen 100 Kronen nicht überschreiten kann, bleiben auch weiterhin aufrecht.

Die Verordnung teilt schließlich mit, daß fortan im Verkehr mit Italien und mit Estland offene rekommandierte Privatbriefe und andere rekom-

Die Zeit
8/VII. 1919

8
33

Ungarns Befreiung von der Räteregierung.

Die Tätigkeit der Szegediner Regierung. — Aeußerungen des Grafen Stephan Bethlen.

Der gegenwärtig im Auftrage der Szegediner Regierung in Wien weilende Graf Stephan Bethlen hat gestern in den Räumen des ehemaligen polnischen Klubs im Hotel Imperial einen Vertreter unseres Blattes empfangen und sich über die Tätigkeit und über das Programm der Szegediner Regierung zur Befreiung Ungarns vom Joch des Bolschewismus geäußert.

Die Szegediner Befreiungsarmee.

Das Hauptaugenmerk der Szegediner Regierung konzentriert sich darauf, die ihr bereits zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte auszurüsten und zu schulen, ihren Kampfwert zu heben und alle militärischen Vorbedingungen für das Gelingen des großen Befreiungswerkes zu schaffen. Täglich und stündlich strömen Freiwillige aus allen Teilen Ungarns nach Szegedin, die sich der dortigen Regierung zur Verfügung zu stellen, der Gefahren nicht achtend, die ihnen beim Ueberschreiten der Grenzen Räteungarns von seiten der Häscher Bela Kuns drohen. Allen diesen Leuten werden von den kommunistischen Behörden Pässe und anderweitige Reisedokumente ausnahmslos verweigert, und sie müssen unter dem Schutze nächtlicher Dunkelheit auf geheimen Schleichwegen die gegenwärtig von Ententetruppen besetzte neutrale Zone zu erreichen suchen. Trotz aller dieser Schwierigkeiten hofft die Szegediner Regierung binnen kurzem eine genügend starke und disziplinierte militärische Macht gesammelt zu haben, die dann dank der Unterstützung durch die Entente ausgezeichnet ausgerüstet den Vormarsch gegen die Räte-truppen antreten wird.

Graf Bethlen ist um so hoffnungsfreudiger, als inzwischen auch die Dinge im Innern Ungarns ausreifen und nach den letzten Nachrichten, die er aus Budapest erhalten hat, die Lage der Räteregierung sich äußerst kritisch gestaltet. Die Schreckensherrschaft Bela Kuns hat dem Volke rasch die Augen geöffnet. In Budapest selbst tut sich die Regierung noch einigermaßen Gewalt an, um nicht den Unwillen der Ententemissionen in allzu hohem Maße zu erregen. In den Städten der Provinz und auf dem flachen Land aber arbeiten die kommunistischen Machthaber mit dem wildesten Terror und unterdrücken mit blutiger Hand jede freie Meinungsäußerung.

Diese schonungslose Anwendung der äußersten Machtmittel ist es auch, die nach Ansicht des Grafen Bethlen die Befreiung von innen heraus unmöglich, oder wenigstens äußerst schwierig gestaltet, obwohl, wie der letzte Putschversuch in Budapest gezeigt hat, der größte Teil der Arbeiterschaft dem Räteregime bereits feindlich gegenübersteht. Dieser Putsch, der von weit größerem Umfang war, als die offiziellen Budapester Communiqués glauben machen wollten und dem die Bedeutung einer großangelegten gegenrevolutionären Aktion zukam, ist eigentlich nur durch

das Doppelspiel des Stadtkommandanten Haubrich

mißlungen, der in geheimem Einverständnis mit den Aufständischen stand, im entscheidenden Augenblick aber den Mut verlor und zu den Rätetruppen abschwenkte. Die Schüler der Ludovicaakademie und die sie anführenden Offiziere waren eigentlich nur die Avantgarde der Konterrevolution. In den größten Fabriken Budapests standen die Arbeiter bereit, um auf ein verabredetes Zeichen gegen die Rote Garde vorzugehen und Haubrich, der Kommandant der Budapester Roten Armee, sollte selbst das Zeichen geben. Als aber der Kampf auf dem Donaukai und in der Telephonzentrale sich zu ungunsten der Aufständischen wendete, hielt Haubrich die Partie für verloren und ließ durch Vertraute den Arbeitern in den Fabriken die Weisung zugehen, nicht auszurücken, da der Putsch niedergeschlagen sei. Der Regierung gegenüber aber gab sich Haubrich nachher als der Retter der Revolution aus.

Der Putschversuch hat gezeigt, daß die Erbitterung gegen das herrschende System auch in den Kreisen des Proletariats eine allgemeine ist und daß der überwiegende Teil der Bevölkerung mit Freuden bereit ist, jede Aktion zum Sturz der Räteregierung tatkräftig zu unterstützen. Andererseits hat der Putsch den Beweis erbracht, daß der Erfolg eines Aufstandes der unbewaffneten Bevölkerung sehr fraglich ist und jedenfalls zu einem Bürgerkrieg führt, weit blutiger als sich der Kampf einer planmäßig organisierten Armee gestalten dürfte, wie sie die Szegediner Regierung mit Hilfe der Entente gegen die Rote Garde ausrüstet.

Auf die Frage, wie weit sich diese Hilfe der Entente erstreckt, teilt Graf Bethlen mit, daß eine offizielle Anerkennung der Szegediner Regierung bisher nicht erfolgt ist und daß die Entente sich auch bisher nicht entschließen konnte, ein größeres Kontingent ihrer eigenen Truppen gegen die ungarische Räteregierung aufzubieten. Es steht jedoch fest, daß insbesondere Frankreich, England und Amerika sich dem kommunistischen Regime gegenüber absolut feindlich verhalten.

Die Entente wird mit der Räteregierung keinen Frieden schließen und unterstützt — wenn auch inoffiziell — mit dem größten Wohlwollen die Pläne der Szegediner Regierung, der sie zweifellos die Anerkennung nicht versagen wird, sobald es dieser gelungen sein wird, sich in den Besitz wenigstens eines Teiles des ungarischen Staatsgebietes zu setzen.

Etwas anderes ist es mit dem Verhältnis Italiens zu der Regierung Kun. Italien, das sich anscheinend von den Versicherungen Bela Kuns, daß es sich in Ungarn weniger um eine bolschewikische als um eine nationale, durch die gewaltsamen Gebietsabtrennungen hervorgerufene Bewegung handle, hat täuschen lassen, beabsichtigt offenbar Ungarn als Bollwerk gegen den jugoslawischen Imperialismus tunlichst zu kräftigen. Graf Bethlen hält es nach seinen Informationen für äußerst wahrscheinlich, daß

die Räteregierung von Italien insgeheim gestützt

wird, wobei man sich offenbar in Rom über die schwache Basis, auf der der Bolschewismus in Ungarn ruht, nicht im klaren ist.

Zu allen Staaten ist es jedoch der Szegediner Regierung gelungen, bessere Beziehungen anzuknüpfen, als zum deutschösterreichischen Auswärtigen Amt, obwohl ihr Bestreben dahin gerichtet ist, ihre hiesige Vertretung zu einer offiziellen Wiener Gesandtschaft auszugestalten. Staatssekretär Dr. Bauer beweist nicht das geringste Interesse für die gegenrevolutionäre Regierung in Szegedin und ihre Wiener Mission und erkennt ausschließlich die Herren in der Bankgasse als die legitimen Vertreter des ungarischen Volkes an.

Das Programm der Szegediner Regierung.

Ueber das Programm, mit dem die Szegediner Regierung die Geschäfte übernehmen würde, äußert sich Graf Bethlen dahin, daß die erste Aufgabe die Wahl der Nationalversammlung sein werde. Diese Volksvertretung müsse, auf breitester Grundlage aufgebaut, ein getreues Spiegelbild des wahren Volkswillens bieten. Nur mit einer Regierung, die sich auf eine solche demokratische Verfassung stütze, werde die Entente Frieden schließen. Die Szegediner Regierung sei auch von dem ehrlichen Willen erfüllt, die während der Zeit der bolschewikischen Herrschaft völlig zerrüttete Volkswirtschaft neu aufzubauen und so weit dies überhaupt noch möglich sein wird, die Wiederherstellung des Privateigentums und Schadengutmachung durchzuführen. Die Erfüllung dieser Aufgabe werde naturgemäß um so schwieriger, je länger sich der unvermeidliche Sturz der Räteregierung hinauszieht, und die Szegediner Regierung ist daher unaufhörlich darauf bedacht, durch Beendigung ihrer eigenen Vorbereitungen und durch fortgesetzte Vorstellungen bei der Entente den Beginn der entscheidenden militärischen Operationen gegen die Rätetruppen zu beschleunigen.

Reichspost
8./VII. 1919

Die Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft in Wien.

Enthüllungen des Wiener Kommunistenblattes gegen den ung. Gesandten.

Jetzt steht die Welt nimmer mehr lang. Heute ist auch der „Abend", das erklärte halboffiziöse Organ der Wiener Kommunisten, unter die Enthüller gegangen, welche die Wiener ungarische Gesandtschaft schwer belasten und ihre aktive Anteilnahme an den Umtrieben gegen die Sicherheit Wiens beweisen. Daß das Blatt dies in der Form eines Angriffes auf die Wiener Polizeidirektion tut und dabei sicherlich einen anderen Zweck verfolgte, als den, seine Hintermänner und deren ungarische Geldgeber noch tiefer in die Tinte zu reiten, ändert nichts an dem Sachverhalt.

Bekanntlich ist einer der vielen Anklagepunkte gegen die bolschewikische ungarische Gesandtschaft der, daß bei ihr Pläne ausgeheckt worden seien, um durch einen Kanal in die Keller der Oesterreichisch-Ungarischen Bank einzubrechen und Wiener Polizeibeamte zu bestechen, die bei dem für den 15. Juni geplant gewesenen Putsch gewisse Dienste hätten leisten sollen. Einer der dabei am schwersten Kompromittierten ist der Chef des sogenannten „Sicherheitsdienstes" der Wiener ungarischen Gesandtschaft — wozu braucht diese einen eigenen „Sicherheitsdienst" in Wien? — namens Battik.

Der „Abend" erklärt, den Anklagen der Wiener Polizeidirektion liege „nichts anderes zugrunde als ein Spiel, daß die Spitzel des Wiener Polizeipräsidiums und der Wiener ungarischen Gesandtschaft ausgeheckt haben". Also doch auch der ungarischen Gesandtschaft. Das Blatt gibt auch zu, daß Battik von der ungarischen Bolschewikenregierung „aus Budapest nach Wien geschickt wurde, um in der hiesigen ungarischen Gesandtschaft den Sicherheitsdienst zu leiten." — Dieser Battik aber habe in Wien mit einem „Konfidenten X.", der von dem Sicherheitsbureau der Wiener Polizeidirektion gegen die Spielhöllen verwendet worden sei — der „Abend" verschweigt aus „Gründen", die ihn veranlassen, seinen Namen vorläufig nicht zu nennen, den wirklichen Namen des X., der Mann heißt Winkler — ein Gegenseitigkeitsgeschäft abgeschlossen: Winkler habe dem Battik Nachrichten aus der Polizeidirektion, Battik dem Winkler Nachrichten aus der ungarischen Gesandtschaft mitgeteilt oder auch fabriziert, beides in der Absicht, dabei Geldgeschäfte zu machen: „Battik erzählte in der Bankgasse Schauergeschichten über die Polizeidirektion und X bei der Polizeidirektion Schauergeschichten über die Bankgasse." — Das ist nichts Besonderes und wohl jede Behörde, die mit solchen Elementen dienstlich sich befassen muß, weiß, daß Konfidenten häufig nach mehreren Seiten hin Geschäfte machen. Wie der „Abend" selbst feststellt, war sich über diese Zusammenhänge auch die Wiener Polizeidirektion nicht im unklaren. Das kommunistische Blatt glaubt nun, die Bedeutungslosigkeit der Anklagen der Wiener Polizeidirektion gegen die Wiener ungarische Gesandtschaft durch folgende Mitteilungen erweisen zu können:

Im April und Mai hat man sich bei der ungarischen Gesandtschaft mit den Nachforschungen nach den dort geraubten Millionen beschäftigt. Man hatte Grund zur Annahme, daß man in dem Palais Renngasse 4, in dem der ungarische Graf Bethlen wohnt, das Versteck des Geldes kenne. Ein neunzehnjähriger Bursche namens Hanvas, der bei der ungarischen Gesandtschaft im Bewachungsdienste verwendet wurde, faßt den Plan, durch den Kanal von der Bankgasse in die Renngasse zu gelangen. Er wollte dort Verschwörungen der Gegenrevolutionäre belauschen und den Aufenthalt des versteckten Geldes erfahren. Er ersuchte den X., ihm einen Kanalplan Bankgasse—Renngasse zu verschaffen. X. wendete sich zu diesem Zwecke an den Wiener Architekten D., der gegen das übliche Honorar den Plan beim Stadtbauamte kopieren ließ. Einen solchen Plan übergab X. dem Hanvas, einen zweiten aber sofort auch dem Polizeirat Dr. Pollak von der Staatspolizei, dem er auch sofort erzählte, welche Bewandtnis es mit diesem Plane habe. Dr. Pollak hat damals — es war anfangs Mai — den ihm überreichten Plan gar nicht übernommen, sondern sich die Erzählung des X. mit großer Heiterkeit angehört. Es scheint, daß der Herr Polizeirat ganz genau weiß, daß man durch einen normalen Stadtkanal gar nicht in ein Haus eindringen kann. Trotzdem erzählt der Bericht des Polizeipräsidenten Schober an den Staatssekretär des Innern unter vielen Vorbehalten, wie „es heißt" und „soll" und „immerhin", daß der Plan dazu diente, in die Oesterreichisch-Ungarische Bank einzudringen.

Eine Woche vor dem 15. Juni besprachen der Konfident X. und Battik einen Plan. Battik sagte dem X., es stehe ein Putsch bevor und man würde von der ungarischen Gesandtschaft sicherlich viel Geld erhalten, um damit Polizeibeamte zu bestechen. Beide waren sich darüber klar, daß dabei viel Geld zu verdienen sei. Battik führte den Konfidenten mehrere Male „auch dem Gesandten Czobel vor. Es wurden dabei längere Gespräche geführt, deren Kosten hauptsächlich Battik bestritt. Er sprach von der Beamtenbestechung.

Am 12. Juni, also drei Tage vor dem Putsch, erschien der Konfident X. bei Polizeirat Pollak in der Staatspolizei und erzählte ihm, Battik und Czobel wollten Polizeibeamte bestechen, um bei einem Putsch ein „laxes Kommando" zu bewirken. Die Polizei müsse jetzt einen Beamten in Uniform entsenden, den er, der X., zu Battik und Czobel führen werde. Dr. Pollak stellte darauf den X. dem Chef der Staatspolizei, Polizeirat Brandl, vor, dem der X. noch einmal seine Mitteilungen vortrug.

Freitag den 18. erschien der X. wieder in der Polizeidirektion. Es wurde ein Revierinspektor namens Schuster herbeigeholt. Es fand nun eine Besprechung zwischen Polizeirat Brandl, Oberpolizeirat Dr. Pamer, dem Revierinspektor Schuster und dem Konfidenten X. statt. Polizeirat Brandl führte das Wort. Es handle sich darum, den ungarischen Gesandten Czobel auszuholen. Schuster möge zu ihm hinausgehen. Schuster erklärte auf eine Frage, daß er dies tun wolle. Schuster war in Uniform und fand sich am Abend dieses Tages im Café Landtmann am Franzensring ein, wo der Konfident X. und Battik mit ihm zusammentrafen. Im Kaffeehaus wurde zwischen den dreien ein vollständig gleichgültiges Gespräch geführt. Dann gingen sie in das ungarische Palais, sprachen dort wieder miteinander und zwar wieder über ausschließlich gleichgültige Dinge. In vorgerückter Stunde wurden sie zum Gesandten geführt. Der Gesandte fragte Schuster, wie die Lage in Wien sei. Schuster erzählte, die Not sei groß, in Favoriten müßten die Brotwagen beim Ausfahren oft von Stadtschutzwachen begleitet werden. Die Polizei selbst leide auch Not, bekäme wenig Zigaretten. Czobel erkundigte sich dann nach den Gehalten bei der Polizei und nickte dann plötzlich ein. Er fuhr aber sofort wieder auf, bat um Entschuldigung, er sei sehr abgespannt und verabschiedete sich.

„Es liegt die Schlußfolgerung nahe," sagt der „Abend", „daß damals überhaupt nur der Konfident X. und der Ehrenmann Battik von dem Putsch untereinander gesprochen haben, weil Battik die Polizei und den Gesandten mißbrauchen wollte. Jedenfalls scheint sicher zu sein, daß die Polizei hereingefallen ist," schließt das zitierte Blatt, das dann noch berichtet, daß Battik am 14. d., um dafür Geld zu erhalten, in der Polizeidirektion Enthüllungen über den bevorstehenden Putsch gemacht habe; daß er seine Absicht erreicht habe, weiß der „Abend" nicht zu berichten.

So die Angaben des genannten Blattes, soweit diese als zur Sache gehörig betrachtet werden können.

Eine Zusammenfassung.

Man braucht sich bei Einzelheiten, Auslegungen und Versionen nicht aufzuhalten, sondern nur festzustellen, was aus den Mitteilungen dieses kommunistischen Blattes klipp und klar hervorgeht:

1. Der auch nach der Mitteilung des Kommunistenblattes „mit der Leitung des Sicherheitsdienstes" in der ungarischen Gesandtschaft betraute Battik beschäftigte sich mit Wissen des Gesandten Czobel nicht mit dem Sicherheitsdienste, sondern mit allerlei dunklen, schmutzigen Machenschaften.

2. Dieser Battik war tatsächlich in der Lage, den „Konfidenten X" (Winkler) „mehrere Male" dem Gesandten Czobel vorzuführen, und der Gesandte beteiligt sich an „längeren Gesprächen" mit diesem Konfidenten, mindestens durch seine Anwesenheit.

3. Dem Konfidenten war gesagt worden, es handle sich bei diesen Besuchen darum, „daß man bei der ungarischen Gesandtschaft sicherlich viel Geld erhalten würde, um damit Polizeibeamte zu bestechen" und nach „mehreren längeren, in Gegenwart des Gesandten geführten Gesprächen" fühlt sich der Konfident wirklich davon überzeugt, daß nicht nur Battik, sondern auch der Gesandte Czobel Polizeibeamte zu bestechen beabsichtigen.

4. Tatsächlich empfängt der Gesandte Czobel „in vorgerückter Stunde" — wir wollen genauer sein: um 11 Uhr nachts! — trotz seiner großen „Abspannung" einen in Uniform vorgeführten Wiener Polizeirevierinspektor und redet mit ihm natürlich nicht über das Wetter, sondern über „die Lage in Wien" und „die Gehalte der Wiener Polizei", Gesprächsgegenstände, die, wenn sie harmlos gemeint gewesen wären, unstreitig nicht gerade um 11 Uhr nachts von einem ungarischen Gesandten mit einem einfachen Polizeirevierinspektor behandelt werden müssen.

5. In den Diensten Czobels steht aber nicht nur der famose Battik, der Polizeibeamte zu Bestechungszwecken um mitternächtige Stunde dem ungarischen Gesandten vorführt, sondern auch Hanvas, der nach der Mitteilung des Kommunistenblattes auch „bei der ungarischen Gesandtschaft, im Bewachungsdienste verwendet wurde" und ungestört durch seine Stellung in der ungarischen Gesandtschaft in einem Keller einbrechen will. Dieser hoffnungsvolle junge Mann ist aber auch derselbe, der ausgestattet mit Legitimationen der ungarischen Gesandtschaft in Edlitz erschienen ist und dort ein Chloroformattentat gegen mehrere ungarische politische Persönlichkeiten unternahm, um ihnen Dokumente zu rauben. Dabei wurde dieses „Organ" der ungarischen Gesandtschaft bekanntlich verhaftet. Es ist doch merkwürdig, daß ausgerechnet auch dieser Verbrecher bei dem ungarischen Gesandten Czobel angestellt ist.

Bekanntlich hat die Wiener Polizeidirektion auch eine ganze Reihe von dokumenttarischen Nachweisungen, handschriftlichen Geldbestätigungen, aufgebracht, aus denen ersichtlich ist, daß aus der ungarischen Gesandtschaft Geld in Strömen unter gewisse Elemente — das Wiener sozialdemokratische Organ veröffentlichte ganze Namensserien — geflossen ist. Die ungarische Bolschewikenregierung ist in großen Zahlungsschwierigkeiten; sie raubt das Geld aus den Kassen, um sich aus den Verlegenheiten zu helfen. Wenn sie trotzdem in Wien Millionen diskret verteilt, tut sie es nicht aus Mildtätigkeit und wegen der schönen Augen der Empfänger, sondern aus denselben Gründen, aus denen der Gesandte Czobel trotz der Strapazen seiner Amtstätigkeit noch um 11 Uhr nachts einen Wiener Polizeirevierinspektor empfing, um sich mit ihm über „die Gehälter der Wiener Polizei" zu unterrichten.

So hat denn das Wiener kommunistische Organ erreicht, was für die Wiener Polizeidirektion jetzt zu erreichen war: Die Bestätigung eines gewiß unvoreingenommenen Zeugen, daß der ungarische Gesandte Czobel persönlich an den infamen Machenschaften gegen Wien und die Sicherheit unseres Staates beteiligt ist. Da Gesandter Czobel sich für diesen Bärendienst nicht dankbar zeigen dürfte, so ist der Wiener Polizeidirektion zu empfehlen, sie möge wenigstens ihrerseits dem abendlichen Kommunistenorgan gebührend erkenntlich sein.

Wann aber wird unsere Staatsregierung mit dem selbst von dem Wiener Kommunistenblatt schwerbelasteten ungarischen Bolschewikengesandten Czobel auspacken?

Eine Darstellung der Polizeidirektion.

Zu der Veröffentlichung des „Abend" veröffentlicht die Polizeikorrespondenz eine längere Darstellung, in der gesagt wird:

Im Mai 1919 erschien spontan der im Bericht des „Abend" als „Konfident" bezeichnete Privatmann und gab an, daß er gute Beziehungen zum ungarischen Gesandten und zu dem in dieser Gesandtschaft zugeteilten Detektivchef Alexander Battik habe, von Plänen wisse, die in der ungarischen Gesandtschaft gegen die Integrität der deutsch-österreichische Republik geschmiedet würden und bereit sei seine Kenntnis der Polizeidirektion zur Verfügung zu stellen. Sein Ersuchen um polizeiliche Unterstützung und um die Erteilung bestimmter Aufträge wurde glatt abgelehnt, dagegen wurde ihm bedeutet, daß es ihm selbstverständlich, wie jedem Staatsbürger freistehe, Anzeigen zu erstatten und, daß diese Anzeigen überprüft werden würden. Tatsächlich erschien der Bezeichnete mehrmals bei der Polizeidirektion, ohne daß jedoch seinen Angaben irgend welche nennenswerte Bedeutung beigemessen wurde.

Wenige Tage vor dem Putsche vom 15. Juni erschien er abermals beim Amte, teilte mit, daß er und Battik vom Gesandten Czobel beauftragt seien, Polizeiorgane für die kommunistische Sache zu gewinnen und hob hervor, daß es dem Gesandten Czobel daran gelegen sei, mehrere, und zwar auch höhere Funktionäre, insbesondere solche der Sicherheitswache, zu akquirieren, wofür er einen namhaften Geldbetrag ausgesetzt habe. Die betreffenden Beamten sollten noch am selben Abend zum Gesandten Czobel selbst gebracht werden. Auch diesen Angaben stand die Polizeidirektion zunächst skeptisch gegenüber; allein mit Rücksicht auf die der Behörde von verschiedenen verläßlichen Seiten zugekommenen Meldungen über einen für den 15. Juni von Kommunisten angesetzten und von offizieller ungarischer Seite unterstützten Putschversuch mußte die Polizeidirektion pflichtgemäß alles daransetzen, um festzustellen, ob die Angaben des als „Konfident X." bezeichneten Mannes den Tatsachen entsprechen. Aus diesem Grunde duldete die Polizeidirektion, daß ein Revierinspektor die vom „Konfidenten X." zu vermittelnde Bekanntschaft mit dem Detektivchef Battik mache. Der Revierinspektor Schuster ist auch diesem Auftrage pünktlich nachgekommen. Bei der in der Gesandtschaft folgenden Unterredung war, wie auch der Bericht des „Abend" selbst angibt, nicht nur der „Konfident X" und Battik, sondern auch der Gesandte Czobel selbst, trotz der späten Stunde und trotz seiner angeblichen Uebermüdung anwesend, wobei nebstbei bemerkt nicht nur von nebensächlichen Dingen, wie es in der Darstellung des „Abend" wiedergegebenen erscheint, die Rede war.

Am 14. Juni erschienen der als „Konfident X" bezeichnete und Alexander Battik spontan neuerlich bei der Polizeidirektion, wo sie die Mitteilung machten, der ungarische Gesandte sei jetzt mehr als je des Willens mit höheren Polizeibeamten in Verbindung zu treten und habe für der deren Gewinnung einige hunderttausend Kronen gewidmet. Battik stellte das Ersuchen, ihm einige Wachoffiziere zur Verfügung zu stellen, die anscheinend auf die Weisungen des ungarischen Gesandten eingehen würden. Die Erschienenen wurden mit diesem Ansinnen entschiedenst abgewiesen und ihnen bedeutet, daß die Polizeidirektion zu einem derartigen Spiel nicht die Hände bieten könne.

Am 21. Juni wurde Alexander Battik, der inzwischen anderer Dinge beschuldigt worden war außerhalb des Gesandtschaftsgebäudes zur Ausweisleistung angehalten. Anläßlich seiner Einvernahme machte er verschiedene Angaben, welche auch den als „Konfident X." bezeichneten Mann belasteten. Daher wurde auch der „Konfident X." angehalten und in seiner Wohnnng eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Bei dieser Hausdurchsuchung wurde nun der Plan eines Teiles des Kanalnetzes des ersten Wiener Gemeindebezirkes vorgefunden, was immerhin von der Behörde nicht unbemerkt gelassen werden konnte, da Battik anläßlich seines polizeilichen Verhöres ausdrücklich angegeben hatte, der Gesandte Czobel sei im Besitze von Wiener Kanalplänen, die er für seine Zwecke verwenden wolle. Insbesondere sei dadurch festgestellt worden, daß man von der ungarischen Gesandtschaft durch einen Kanal in den Kellerraum der Oesterreichisch-Ungarischen Bank gelangen könne. Wie aus dem im „Neuen Tag" mißbräuchlicherweise publizierten Polizeiberichte hervorgeht, hatte die

Pester Lloyd

8./VII. 1919

b
36

OYD

In Budapest, in der Administration des Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Negyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller.

Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 157

Das Kesseltreiben gegen die Wiener ungarische Gesandtschaft.

Budapest, 7. Juli.

Ein Teil der Wiener Zeitungen führt seit Tagen die niederträchtigste Preßkampagne gegen die Wiener Gesandtschaft der Ungarländischen Räterepublik. Die Zeitung, die in dieser auf Lügen und Verleumdungen aufgebauten Aktion eine führende Rolle spielt, hat einen Bericht des Wiener Polizeipräsidenten an dessen vorgesetzte Behörde veröffentlicht, — ein naives, verlogenes und auf Grund von Spitzelberichten verfaßtes Schriftstück, das offenbar zum Zwecke der Vergiftung des guten Einvernehmens zwischen den beiden Staaten in die Hände des von dem „Sozialdemokraten" Karpeles geleiteten sensationslüsternen Blattes gespielt worden ist.

Wie seriös dieses Schriftstück zu nehmen ist, wird zur Genüge dadurch charakterisiert, daß darin der Wiener Polizeipräsident mit der Schunddetektivroman-Absurdität herausrückt, die Ungarische Räterepublik und deren Wiener Gesandtschaft hätten in Kellerlokalitäten des Gebäudes der Oesterreichisch-Ungarischen Bank eindringen wollen.

Ein paar Tage später tischte dasselbe Blatt der Oeffentlichkeit einen angeblichen militärischen Plan auf, den irgendein Organ der Ungarischen Räterepublik zum Zwecke der Besetzung der Stadt Wien ausgearbeitet haben soll. Es ist überflüssig hinzuzufügen, daß der Inhalt dieses offenkundig gefälschten Dokuments weder der Wiener Legation noch der Ungarischen Räterepublik überhaupt bekannt war und daß die Republik sowohl wie ihre Wiener Vertretung von dem Unsinn erst aus der Wiener Presse Kenntnis schöpften. Zum Beweise dessen, daß dieses plumpe Manöver selbst dem besserempfindenden Teile der Wiener Presse schon zu bunt war, sei hier ein Zitat aus einem heutigen Wiener Abendblatte angeführt, in dem es heißt, die Note der Polizei sei „ein leibhaftiges Dokument deutschösterreichischen Skandals und Blödsinns".

In Angelegenheit des gegen die Legation systematisch betriebenen Kesseltreibens hat der Volksbeauftragte für Auswärtiges der Ungarländischen Räterepublik Béla Kun am Montag nachmittag durch die Wiener Gesandtschaft der Räterepublik nachfolgende Note dem Staatssekretär für Auswärtiges der deutschösterreichischen Republik Dr. Otto Bauer überreichen lassen:

Hochgeehrter Herr Staatssekretär!

Ich muß mit Bedauern jene systematische Verhetzung feststellen, die in Wien gegen den Gesandten der ungarischen Räteregierung getrieben wird, und fühle mich veranlaßt, gegen dieses Vorgehen entschiedenst Einspruch zu erheben. Gleichzeitig ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, dem Gesandten jenen Schutz vor Verunglimpfungen zu gewähren, der den Vertretungen befreundeter Staaten überall zuteil wird.

Es bleibt vollständig Ihrem Ermessen, Herr Staatssekretär, anheimgestellt, die ungarische Gesandtschaft, falls dies Ihnen notwendig erscheint, heimlich polizeilich beobachten und belastendes Material gegen sie zusammentragen zu lassen. Keineswegs kann es mir aber gleichgültig sein, wenn verantwortliche Personen auf Grund rein subjektiver Beobachtungen subalterner Beamten gegen unsere Gesandtschaft objektive Beschuldigungen erheben, und wenn Aktenstücke, die diese Beschuldigungen enthalten, der Presse in die Hände gespielt werden.

Dieses an vormärzliche Zeiten gemahnende Dokument beruht in bezug auf Angelegenheiten, über deren wahren Stand Sie, hochgeehrter Herr Staatssekretär, sich jederzeit zu informieren in der Lage waren, auf vollständig grundlosen Depositionen und auf Handlungen einzelner Personen, deren Wirken und Treiben mit den Intentionen der ungarischen Räteregierung und ihrer Wiener Gesandtschaft in krassem Widerspruche stehen und mit ihnen in keinerlei Zusammenhang gebracht werden können.

Es muß hiezu noch bemerkt werden, daß diese Anschuldigungen von einer Seite stammen, die mit Kenntnis der Wiener Polizei Versuche im Stile von Agents provocateurs gegen die ungarische Gesandtschaft unternommen hat.

Das besprochene Aktenstück läßt wohl kaum einen Zweifel darüber aufkommen, daß diese verleumderische Preßkampagne von deutschösterreichischer offizieller Seite wertvolle Unterstützung erfahren hat, ja sogar von deutschöster-

schwerden werden unter keinen Umständen entgegengenommen, da das persönliche Erscheinen der Parteien uns nur in der Erledigung unserer wichtigen Arbeit stören würde.

Organisierung der Feldarbeiter.

Aus Miskolc wird dem Ung. Telegr.-Korr.-Bureau gemeldet: Nahezu in sämtlichen Gemeinden des Komitats Borsod wurden die Feldarbeiter organisiert. Der Miskolcer Gruppe schlossen sich auch die Organisationen einiger Gemeinden aus den Komitaten Zemplén und Gömör an, so daß mit den Organisationen des Komitats Borsód zusammen in 169 Gemeinden sich die Feldarbeiter- und Kleinwirtorganisationen konstituiert haben. Im Komitate Borsód und in Mezökövesd hat die Organisation mehr als 5000 Mitglieder. Zur Erleichterung der Agitationsarbeit wurden mehere Volksversammlungen gehalten, so zum Beispiel in Mezökövesd, wo Karl Tamási, dann in Emöd, wo Josef Vadász Referent waren. Beide erörterten die politische Lage.

Versammlungen im Komitat Fejér.

Aus Székesfehérvár wird dem Ung.-Telegr.-Korr.-Bureau gemeldet: Die Proletarierfrauen von Székesfehérvár haben eine großangelegte Versammlung abgehalten, der aus der Hauptstadt Frau Alexander Vincze beiwohnte. In einer größeren Rede schilderte sie die politische Lage und erörterte den Beruf und die Aufgabe der Frau in der künftigen Gesellschaft.

Außer dieser Versammlung fanden auf dem ganzen Gebiete des Komitats politische Konferenzen statt. In Dunaadony hielt der Bezirks-Vollzugsausschuß eine Sitzung, dann wurde eine Volksversammlung abgehalten. Auch in Dunapentele fand eine Volkversammhung statt. An beiden Stellen hielt Johann Horváth eine Rede.

Begrüßungskundgebungen.

An den Präsidenten der ungarischen Räteregierung Alexander Garbai haben neuestens Begrüßungsdepeschen gerichtet: Das in Magyaróvár stationierte 13. Ersatzbataillon, ferner — aus Anlaß der in Kiskörös am 6. abgehaltenen großen Volksversammlung — das Kiskörösser Direktorium.

Das Erscheinen der periodischen Zeitschriften.

Die Administrationen der im Verlage des Volkskommissariats für Unterricht sowie der im Verlage kommunisierter Betriebe erscheinenden Zeitschriften unterstehen dem Landesrat für geistige Produkte, der auch über sie die Aufsicht übt. Der Rat kann die Administrationen dieser Zeitschriften nach Maßgabe der Notwendigkeit vereinigen. Zu diesem Zwecke sind die Administrationen verpflichtet, wenn sie hiezu aufgefordert werden, sämtliche Geschäftsbücher und sonstige Dokumente dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Die Zeit
9./III. 1919

39

Deutschösterreich verlangt die Abberufung Czobels.

Eine Note Otto Bauers an Bela Kun.

Staatssekretär Dr. Bauer hat durch die deutschösterreichische Gesandtschaft in Budapest dem ungarischen Volkskommissär für Aeußeres folgende Note überreichen lassen:

Die Regierung der deutschösterreichischen Republik legt den größten Wert auf die Erhaltung freundnachbarlicher Beziehungen zu der ungarischen Räterepublik. Leider wurden diese Beziehungen gefährdet durch das Verhalten einiger der ungarischen Gesandtschaft in Wien zugeteilten Organe, die sich nicht nur in die inneren politischen Verhältnisse Deutschösterreichs eingemengt, sondern auch, ihre exterritoriale Stellung mißbrauchend, strafbare Handlungen vorbereitet, in einzelnen Fällen sogar begangen haben. Der gegenwärtige Gesandte der ungarischen Räterepublik in Wien, Herr Czobel, hat diese Umtriebe der ihm untergeordneten Organe geduldet, sie zum mindesten nicht zu verhindern vermocht. Dadurch ist bedauerlicherweise jenes vertrauensvolle Verhältnis zwischen der deutschösterreichischen Regierung und der Gesandtschaft der ungarischen Räterepublik, das die deutschösterreichische Regierung im Interesse der freundnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Republiken stets zu erhalten und zu pflegen bemüht war, empfindlich getrübt worden. Die deutschösterreichische Regierung sieht sich daher zu ihrem aufrichtigen Bedauern gezwungen, der Regierung der ungarischen Räterepublik mitzuteilen, daß der gegenwärtige ungarische Gesandte in Wien der deutschösterreichischen Regierung nicht mehr genehm ist.

Keine Trübung der Beziehungen!

Die deutschösterreichische Regierung bittet die Regierung der ungarischen Räterepublik, überzeugt zu sein, daß diese Mitteilung ausschließlich durch den Wunsch bestimmt ist, jede Trübung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Republiken, die durch ihre Lage, ihre Geschichte und ihre wirtschaftlichen Interessen einander so nahe stehen, zu verhüten. Die Ernennung einer Persönlichkeit, die mit den beklagenswerten Vorfällen der jüngsten Zeit nicht belastet und geeignet ist, ein für das freundnachbarliche Verhältnis beider Staaten gedeihliches Wirken zu entfalten, zum Gesandten der ungarischen Räterepublik in Wien würde von der Regierung der deutschösterreichischen Republik als ein Beweis freundschaftlicher Gesinnung der ungarischen Räterepublik und als eine Bürgschaft der freundnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen herzlich begrüßt werden.

Czobel hatte kein Agrement.

Die deutschösterreichische Regierung sieht sich gezwungen, bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung der ungarischen Räterepublik bei der Ernennung des Herrn Czobel zum Gesandten in Wien von der im Verkehr zwischen allen Völkern geübten Gepflogenheit abweichend, es unterlassen hat, das Agrement der deutschösterreichischen Regierung einzuholen. Die deutschösterreichische Regierung hat diesem Umstand keine Bedeutung beigemessen, weil sie der Tatsache Rechnung trug, daß die Besetzung der Gesandtschaft in Wien in jenem Augenblick der Regierung der ungarischen Räterepublik so dringend erscheinen mochte, daß jede Verzögerung vermieden werden sollte. Die deutschösterreichische Regierung glaubt jedoch, daß es im gegenwärtigen Augenblick durchaus zweckmäßig wäre, zu der im Verkehr zwischen allen Völkern geübten und bewährten Gepflogenheit zurückzukehren. Die deutschösterreichische Regierung hofft daher, daß ihr die Regierung der ungarischen Räterepublik so bald als möglich die Mitteilung zugehen lassen wird, wen sie zum Gesandten der ungarischen Räterepublik in Wien zu ernennen gedenkt.

Kuns Note bleibt ohne Antwort.

Was die Note des Herrn Volkskommissärs des Aeußern vom 6. d. betrifft, bedauert die deutschösterreichische Regierung, diese Note nicht beantworten zu können. Die deutschösterreichische Regierung hat sich schon einmal gezwungen gesehen, der Regierung der ungarischen Räterepublik mitzuteilen, daß sie keine Note mehr beantworten wird, die Beleidigungen und Verdächtigungen der deutschösterreichischen Regierung enthält. Diesem Vorsatz getreu, muß die deutschösterreichische Regierung die Beantwortung der jüngsten Note des Herrn Volkskommissärs für Aeußeres zu ihrem Bedauern ablehnen. Die deutschösterreichische Regierung glaubt, daß ein Austausch beleidigender Noten keineswegs ein geeignetes Mittel wäre, die Freundschaft zwischen den beiden Nachbarvölkern zu festigen; und sie ist der Ueberzeugung, daß eine Regierung ebensowenig wie ein Privatmann verpflichtet ist, Fragen zu beantworten, die in beleidigender Weise gestellt werden. Wünscht die ungarische Räteregierung bei der deutschösterreichischen Regierung Vorstellungen zu machen oder Beschwerden zu erheben, so bittet die deutschösterreichische Regierung, dies in derselben freundschaftlichen Weise zu tun, deren sich die deutschösterreichische Regierung in ihren Vorstellungen und Beschwerden bei der ungarischen Räteregierung stets bedient hat. Wenn die ungarische Räteregierung dies tun wird, wird die deutschösterreichische Regierung ihre Vorstellungen und Beschwerden zum Gegenstand der gewissenhaftesten Prüfung machen und, falls sie sich als berechtigt erweisen, nicht verfehlen, Abhilfe zu schaffen und Genugtuung zu leisten.

Bauer m. p.

Pester Lloyd Abend
10./VII. 1919
A 10 43

YD

Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Janius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 80 Heller.

Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

19 Nr. 159

Die Ungarische Räterepublik.

Versammlung der slowakischen Arbeiter.

Die slowakische Gruppe der ungarländischen sozialistisch-kommunistischen Arbeiter hält Donnerstag, den 10. d. M., um halb fünf Uhr in Csepel im Arbeiterheim eine Sitzung ab. Referenten: Rudolf Kubis und Stefan Mokrány. Die slowakischen Mitglieder werden ersucht, in möglichst großer Zahl zu erscheinen.

An die slowakischen und tschechischen Parteimitglieder.

Die slowakischen und tschechischen Genossen, die sich in die Parteiorganisation eingeschrieben haben, mögen sich zur Uebernahme ihrer Mitgliedskarten beim slowakischen Parteisekretariat (VI., Rózsa-utca 61) melden.

Aus den Akten des gegenrevolutionären Putsches.

Erst jetzt, wo nach der Urteilsfällung die Akten des gegenrevolutionären Putsches abgeschlossen sind, ist es möglich, ein glaubwürdiges und zusammenhängendes Bild dieser Verschwörung zu erhalten. Im Laufe der mehr als zwei Wochen hindurch geführten Verhandlung hatte sich — wie Vörös Ujság berichtet — herausgestellt, daß nicht nur die Teilnehmer an dem Putsch in dem Komplott waren, sondern daß es sich hier um eine große, weitverzweigte Verschwörung gehandelt hat, die mit allen bisher aufgedeckten gegenrevolutionären Organisationen im Zusammenhang war. Die Vorgeschichte der Sache ist daher fast interessanter als die Details des Putsches selbst.

Der Kronzeuge in der ganzen Sache ist eigentlich Ladislaus Szikora, ein gewesener Offizier, der seit der Aufdeckung der Dormándyschen Verschwörung kurrentiert war, sich aber der Verhaftung entziehen konnte, weil er seine Umtriebe unter dem Namen Ladislaus Szabó fortgesetzt hat. Er war der Kommandant der die Josef-Telephonzentrale verteidigenden Ludoviceumzöglinge und geriet bei der Besetzung dieser Zentrale in Gefangenschaft. Seine Aussagen enthalten die meisten Daten, die bei den weiteren Erhebungen benützt werden konnten. Der eigentliche Organisator der Verschwörung war der frühere aktive Hauptmann Lembergovics, der die Artillerieoffiziere durch eine falsche Telephonmeldung veranlaßt hat, auf die Stadt scharfe Schüsse abzugeben und der sich auch persönlich in die Engelskaserne begeben hat, um dort an die Mannschaft eine aufreizende Rede zu richten. Lembergovics wußte ganz gut, welche Namen auf die Arbeiterschaft eine Zauberkraft ausüben und erteilte unter diesen Namen die Befehle. Noch am Vormittag des 22. Juni ernannte er einige seiner Anhänger zu Polizeistadthauptleuten und auf andere wichtige Stellen. Er trachtete auch, seine Pläne geschickt vorzubereiten, doch litten diese daran Schiffbruch, daß die Arbeiterschaft den Abenteurern nicht aufgesessen ist. Von ihm hätte man interessante und wichtige Daten erfahren können, doch ist er noch in den Nachtkämpfen nach dem Putsch gefallen.

Neben ihm fungierten als Hauptorganisatoren der Mitarbeiter des Alkotmány und mehrerer anderen klerikalen Blätter Johann Anka, der frühere Leutnant Béla Fényes, der schon unter dem Károlyiregime unter dem Verdacht der Gegenrevolution verhaftet war, der Advokat Dr. Desider Baltlay und ein Artillerieoffizier namens Salac, der im Namen Haubrichs die falschen Befehle erteilte. Alle diese Genannten sind flüchtig.

Die Fäden dieses Putsches führen noch in die Zeit der Károlyiregierung zurück. Die erste gegenrevolutionäre Organisation war die Stefan Friedrichsche Verschwörung, deren auf freiem Fuß belassene Spießgesellen nacheinander noch vier Verschwörungen vorbereitet haben, die jedoch alle noch vor ihrem Ausbruch entdeckt wurden. Immer blieben aber einzelne zurück, die dann neuere Verschwörungen organisierten. Friedrich war bekanntlich im Kabinett Károlyi Staatssekretär des Kriegsministeriums, doch wollte er Kriegsminister und im Falle des Erfolges Diktator werden, deshalb organisierte er eine Verschwörung, deren Zweck der Sturz der Volksrepublik war. Die Tatsache, daß die Teilnehmer an dieser Verschwörung auch an dem Juniputsch beteiligt waren, beweist am besten, daß die Gegenrevolutionäre nicht demokratische und sozialdemokratische, sondern offen royalistische und reaktionäre Zwecke vor Augen haben. Friedrich wurde seinerzeit verhaftet, bald aber auf freien Fuß gestellt und nur in seiner Wohnung bewacht, doch war es ihm möglich, mit seinen Spießgesellen, mit der Gegenregierung, so auch mit Wien in Berührung zu bleiben.

Meldung der Militärdienst leistenden Bäckereiarbeiter.

Die bei irgendwelcher Formation der Armee dienenden Bäckereiarbeiter werden aufgefordert, sich bei ihrer vorgesetzten Behörde zu melden, damit sie von ihrem dortigen Dienste befreit und mit einer Lebensmittelkarte versehen an die Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter überwiesen werden, um in die Feldbäckereien fachgemäß eingeteilt zu werden.

Pester Lloyd

11/VIII. 1919

Die Ungarische Räterepublik.

Clemenceau über den Kommunismus.

Budapest, 10. Juli.

In alten Jahrgängen des Pester Lloyd blätternd, fanden wir in der Morgennummer vom 20. August 1908 die Schilderung eines Gesprächs, das Koloman Balkányi mit George Clemenceau, der zu jener Zeit ebenfalls Chef der französischen Regierung war, in Karlsbad hatte. Wir führen folgende charakteristische Zeilen aus dem Artikel an:

„Es ist interessant zu hören, wie der Ministerpräsident Frankreichs über die Verwirklichung des sozialistischen Staates denkt. „Die Freiheitsschwärmer" — so führte Clemenceau aus — „scheuen vor diesem Gedanken zurück, weil der Kommunismus Zwang bedeutet. Allerdings würde es in einem kommunistischen Staate weniger Freiheit geben als heute. Aber man darf nicht vergessen, daß gesellschaftliche Gestaltungen sich rasch ändern, so daß dasjenige, was mir heute noch unerträglich scheint, in künftigen Jahrhunderten der individuellen Entwicklung meiner Nachkommen ganz

Die Zeit
16./III. 1919

51

Bela Kun an Clemenceau.

Er appelliert an seine Autorität.

Budapest, 14. Juli. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Der Volkskommissär für Aeußeres Bela Kun erhielt am 13. Juli folgende Depesche:

„Bela Kun,

Budapest.

In Beantwortung des Radiotelegramms, das Sie unter dem 11. d. an den Präsidenten gerichtet haben, erklärt die Konferenz, mit Ihnen insolange nicht unterhandeln zu können, als Sie die Waffenstillstandsbedingungen nicht einhalten."

Bela Kun antwortete mit einer Depesche, in der es heißt:

„Dem Präsidenten der Friedenskonferenz

in Paris.

Wir hätten gern Tatsachen konkretisiert gesehen, durch die wir den Waffenstillstandsvertrag verletzt haben. Die konkrete Aufzählung dieser Tatsachen wäre uns um so willkommener gewesen, als wir leider in der Lage sind, sofort eine ganze Reihe der gegen den Waffenstillstandsvertrag gerichteten Uebertretungen bezeichnen zu können, die die Regierungen der verbündeten und assoziierten Staaten, in erster Reihe die rumänische und die Regierung der tschecho-slowakischen Republik, begangen haben. Die Militärkonvention vom 13. November kennt die Donaulinie als Demarkationslinie nicht, und trotzdem stehen die tschechischen Truppen an der Donaulinie. Ruska Krajina, ein föderativer Bestandteil der ungarischen Räterepublik, steht unter der Herrschaft der tschechischen und rumänischen Waffen. Wir bringen der Friedenskonferenz in Erinnerung, daß die Truppen der tschecho-slowakischen Republik trotz des Waffenstillstandsabkommens bereits südlich von Miskolcz standen, als unsere Truppen zum Schutz der vitalen Interessen des Landes zur Gegenoffensive übergingen, in deren Verlauf unsere Armee die tschecho-slowakischen Truppen siegreich zurückwarf. Trotzdem zogen wir unsere Truppen von den den Tschecho-Slowaken genommenen Gebieten zurück im Vertrauen auf das Versprechen des Herrn Clemenceau, daß in diesem Falle auch die kgl. rumänischen Truppen sich auf die in dem an die Regierung der ungarischen Räterepublik gerichteten Telegramm vom 13. Juni bezeichnete Linie zurückziehen werden. Der Waffenstillstandsvertrag, den die Regierungen der verbündeten und assoziierten Staaten geschlossen haben, wurde durch die genannten Staaten überhaupt nicht respektiert, sondern von ihnen Schritt für Schritt verletzt, so daß dieser Vertrag heute als nicht existierend zu betrachten ist gerade durch das gegen die Prinzipien des Völkerbundes verstoßende Verhalten dieser Regierungen.

Indem wir all dies feststellen, sind wir gezwungen, noch einmal die Frage vor der Friedenskonferenz aufzuwerfen, ob der Befehl des Herrn Clemenceau als Präsidenten der Friedenskonferenz die Truppen der kgl. rumänischen Regierung verpflichtet oder nicht. Sind sie verpflichtet, jenen Befehl des Herrn Clemenceau zu vollstrecken, daß sie sich von der Theißlinie auf die in der Depesche vom 13. Juni bezeichnete Linie zurückzuziehen haben? Können wir darauf rechnen, daß das Versprechen des Herrn Clemenceau durch die kgl. rumänischen Truppen auch respektiert wird?

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz darauf, daß es sich hier derzeit nicht um Verhandlungen handelt, sondern um die Einhaltung des Versprechens des Herrn Clemenceau, beziehungsweise um die Durchführung des Befehls der Friedenskonferenz durch die kgl. rumänischen Truppen. Die Regierung der ungarischen Räterepublik hat ihrerseits alles getan, damit der Waffenstillstandsvertrag im Sinne der Bestimmungen der Militärkonvention vom 13. November durchgeführt wird und damit den Verhandlungen nichts im Wege steht. Sie ersucht aber im Vertrauen auf das Versprechen des Herrn Clemenceau anzuordnen, daß die kgl. rumänischen Truppen mit der Räumung der in der Depesche vom 13. Juni bezeichneten Gebiete sofort beginnen.

Bela Kun,
Volkskommissär für Aeußeres."

Pester Lloyd
16/III. 1919
52

OYD

In Budapest, in der Administration des Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, G. Eckstein, Eyer & Nagy, Jaulus & Co., Ged. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Venzer, Ludwig Nagy, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: N. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller.

Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unverlangte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 164

Sitzung des leitenden Zentralausschusses.

Debatte über die auswärtige und innere Politik.

Budapest, 15. Juli.

Der aus 150 Mitgliedern bestehende leitende Zentralausschuß hielt heute nachmittag vier Uhr unter dem Vorsitze Alexander Garbais eine Sitzung. Der Vorsitzende berichtete zunächst über die jüngst erlassenen Verordnungen der Räteregierung. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es folgte sodann die Tagesordnung: Orientierung über die auswärtige und innere Lage.

Das Referat Béla Kuns.

Berichterstatter Béla Kun leitete die Debatte mit folgendem Referat ein:

Die Diktatur des Proletariats in Ungarn hat jetzt eine Krise mitzumachen. Diese Krise ist dreifacher Natur in der Machtfrage und in wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht. Die Krise in der Machtfrage kommt darin zum Ausdruck, daß die zentrale Gewalt ebenso wie die lokale ein gewisses Schwanken gegenüber den gegenrevolutionären Erscheinungen zeigt, das heißt, sie bekundet nicht jene Festigkeit, die die Diktatur des Proletariats zu jeder Zeit bekunden muß. Die wirtschaftliche Krise kommt in erster Reihe darin zum Ausdruck, daß wir mit Ernährungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Andererseits besteht aber auch eine große Reihe von Hindernissen auf dem Gebiete der Produktion und der Organisation der Produktion, Schwierigkeiten, durch die wir uns derzeit nur mit sehr unsicheren Schritten durchzuschlagen vermögen. Die moralische Krise besteht zum Teil in der Korruption, die sich bei verschiedenen Institutionen des Proletariats zeigt und mit deren Ausrottung bereits begonnen worden ist. Und diese Ausrottung werden wir über alle Hindernisse hinweg fortsetzen. Alle diese drei Symptome können in einen psychologischen Zustand zusammengefaßt werden, der darin besteht, daß das Gefühl einer gewissen Resignation nicht nur einen Teil der Massen beherrscht, sondern hauptsächlich und in erster Reihe manche Männer, die zur Führung berufen wären. Diese Resignation, dieses Schwanken, dieses Verzagen ist in erster Reihe darauf zurückzuführen, daß sehr viele der Ansicht sind, sie haben sich bei der Beurteilung der Dinge geirrt, als wir das Schicksal des ungarländischen Proletariats auf der internationalen Revolution des Proletariats aufgebaut haben. Diejenigen, die diese Auffassung verkünden, das heißt nicht so sehr verkünden als verbreiten, vergessen, daß sie sich nicht in der internationalen Revolution getäuscht haben, sondern überhaupt in der revolutionären Taktik, in der revolutionären Tendenz der Arbeiterbewegung, selbstverständlich nach ihrer Auffassung. Diejenigen, die da glaubten, daß die internationale Revolution zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt kommen müsse, waren nicht nur schlechte Marxisten, sondern ihr Verhalten unterscheidet sich, wie die Ereignisse es bewiesen haben, in nichts von dem Verhalten des Pöbels, der sich leider nach dem 21. März der Diktatur des Proletariats angeheftet hat. Sie unterscheiden sich in nichts von diesem Pöbel, denn sie betreiben dieselbe Saisonpolitik. Es ist wahrlich keine große Sache, revolutionär zu sein, wenn die Revolution schon eingetreten ist. Der selbstbewußte Marxist, der Revolutionär, wird gerade dadurch charakterisiert, daß er die Notwendigkeit und Richtigkeit der Revolution vor der unwissenden Menge zu einer Zeit verkündet, da deren Richtigkeit und Notwendigkeit und deren sicherer Eintritt noch nicht jedermann offenkundig sind. Der wahre, in der Handlung sich äußernde Internationalismus läßt natürlich derartige Zweifel nicht aufkommen. Der wahre Internationalismus will von der internationalen Proletarierrevolution nicht nur nichts erwarten, sondern er will der internationalen Proletarierrevolution auch geben, und er weiß, daß wenn er für die internationale Proletarierrevolution etwas tut, er auch von ihr etwas zu erwarten hat.

Wenn jemand heute fragt, von welchem Gesichtspunkte die Lage der Räterepublik günstiger sei, vom Gesichtspunkte der auswärtigen, oder von dem der inneren Politik, so kann ganz sicher die objektive Antwort erteilt werden, daß unsere auswärtige Lage viel günstiger ist, als unsere innere. Die auswärtige Lage ist günstiger, denn — mögen manche die Nachrichten, die über die Verbreitung der internationalen Proletarierrevolution von allen Seiten zu uns gelangen, so hinstellen wollen, als ob diese Nachrichten Phantasieprodukte der Revolution wären — es ist zweifellos, daß die ungarländische Proletarierrevolution gemeinsam mit der russischen jenes Milieu geschaffen hat, das ihre Existenz gewährleistet. In der ganzen Geschichte der II. Internationale gab es keinen einzigen Fall des internationalen Handelns, der so beschaffen wäre, wie der, den wir jetzt erwarten und mit dem wir nunmehr sicher rechnen können. Nach den Lehren des Marxismus schafft jede Erscheinung ihre eigenen Existenzbedingungen. So schuf das russische und das ungarische Proletariat seine eigenen Lebensbedingungen in der internationalen Handlung, in deren Form nunmehr das Proletariat von ganz Europa ihm zu Hilfe eilt. Abgesehen davon, daß die III. Internationale, die keine organische Einheit, sondern ein Kampfbündnis des Proletariats darstellt, fortgesetzt sich ausdehnt, ist es zweifellos, daß die Handlung des russischen und des ungarischen Proletariats jene internationale Handlung revolutionären Charakters ausgelöst hat, die in dem für den 21. Juli geplanten Massenstreik in Italien, Frankreich, England, der Schweiz, Holland und Schweden zum Ausdruck gelangt. Das ist zweifellos ein Faktor, der ruhig der bewaffneten

s Proletariats nicht verändern, denn nach den bisherigen fahrungen kann diese Diktatur nicht anders gedacht werden s in der Form des Rätesystems. Jede andere Aenderung ürde eine Aenderung der Staatsform bedeuten, des Zuandes, in dem wir uns jetzt befinden und der zum Abstern des Staates führt und von da zurück zu dem Zuand, in dem der Staat in der Hand einer anderen Klasse zu jenem Leben erweckt werden ürde. Hinter jedem Schlagwort, auch hinter dem demoratischesten, schwebt das reinste kapitalistische Ziel, die iederherstellung des Kapitalismus. Behauptungen, man nnte eine Vereinbarung treffen, laut der e Fabriken in den Händen der Arbeiter blieben, n übrigen aber der alte Zustand wieder hergestellt würde, iese Rathenauschen Weisheiten bedeuten inen naiven Standpunkt, der die geeigeteste Brücke zum weißen Terror bildet. Auf iesem Wege gelangt die Macht in die Hand der Julius Andrássy. Alles bis auf die Fabriken zurückzugeben, mit der ntente sich zu verständigen, damit das Privateigentum restituiert werde: das würde die vollste Wiederherstellung des kapitalismus bedeuten, und es wäre dann unmöglich, der rbeiterschaft die Fabriken zu erhalten. Vergebens beruft man sich darauf, man müsse sich mit der Entente verständigen, weil die Blockade über uns verhängt ist. Was geschieht, wenn die Blockade länger dauert? Wir werden schlecht leben. Hört aber die Blockade auf, so wird einfach die Bourgeoisie die 0.000 Stück Kleider und die 300 Waggons Fett, die wir erhalten würden, wegnehmen, so daß diese Sendungen keineswegs dem Proletariat zugute kämen. Wer das will, der will das Proletariat dem endgültigen Ruin entgegenführen. Die reimonatige Diktatur des Proletariats und sämtliche Kosten des Krieges müßte man mit der Ausrottung des Proletariats bezahlen. Die Bourgeoisie würde keine Schonung gegenüber dem Proletariat predigen. Ich zitiere auch heute die Worte Kunfis: „Wir wollen mit der Bourgeoisie nicht anders umgehen, als sie mit uns umgegangen ist." Wir gehen mit der Bourgeoisie aber viel schonungsvoller um als sie mit den streikenden Erntearbeitern, die sie ins Gefängnis geworfen hat.

Für die Uebelstände kann die Diktatur des Proletariats ebensowenig verantwortlich gemacht werden, wie etwa für das Anstellen. Die Fäulnis der alten Gesellschaft ist auch jetzt noch zu verspüren, und wir können dem ein Ende nur bereiten, wenn wir nicht schwanken und nicht zaudern, sondern fest auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats stehen. Leider richten sich auch unter den führenden Leuten viele so ein, als ob die Diktatur des Proletariats nur ein Uebergangsstadium wäre, das nicht zum Sozialismus führt, sondern zum Kapitalismus zurückführt. Ich muß das hier aufrichtig herausjagen. Unter solchen Umständen ist es sehr schwer, jenen moralischen Sumpf auszutrocknen, in dem sich die Bourgeoisie befindet, gegen die wir noch immer Schonung verkünden. Die Gegenrevolution will uns an den Hals. Wir haben daher das Recht, sie zu vernichten, denn sonst wird sie uns vernichten. Jede Kundgebung der Gegenrevolution muß vernichtet werden, selbst wenn wir dadurch die bestehenden Institutionen desorganisieren. Gegenüber den Grausamkeiten der Entente vermögen wir zu bestehen, aber wir können in unserer eigenen Gleichgültigkeit ertrinken. Wir müssen die entsprechenden Verfügungen auf dem Gebiete der inneren und auswärtigen Politik treffen.

Die wirtschaftlichen Fragen hängen eng mit den Fragen der inneren Politik zusammen. Auch unsere wirtschaftlichen Uebel wurzeln in der Mangelhaftigkeit der Konstruktion der Gewalt. Wir haben keine Brachialgewalt und können unsere Verfügungen nicht vollstrecken. Heute oder morgen werden wir dort halten, wo die demokratische Károlyi-Regierung, die keine bewaffnete Gewalt und kein Ansehen hatte, hielt. Eine wichtige Bedingung ist, die Arbeiterräte in Budapest und in der Provinz neu zu organisieren. Unsere Arbeiterräte machen nicht die Entwicklungsstufe durch, wie dies in Rußland geschah. Desgleichen begegnen wir einer Auffassung, die nicht imstande ist, die Klassenregierung und die Klassenverwaltung mit entsprechendem Nachdruck zu fördern; nur das Parteiregime und das Gewerkschaftsregime stehen im Vordergrunde. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterräte über keine Brachialgewalt ver-

[illegible] Sodann wurde die Sitzung
en nicht jeden Bankdirektor ein- 3 Uhr vertagt.
ist wohl wahr, daß ein Teil
eiden des Krieges entschädigt zu
roße Menge ist geneigt, auch
also auch zu sehen, wofür es
erechtes System wollen.
erkung, daß die außenpoli-
n mangelhaft seien, verweist

Die Ungar
repu

Das Geheimnis des

Pester Lloyd
17./VII. 1919

17
54

Aufruf an das Proletariat aller Länder.

Die Ungarländische Föderative Sozialistische Räterepublik richtet folgenden

Aufruf

an die Proletarier aller Länder!

Das befreite, aber noch leidende Proletariat eines Landes richtet an Euch sein Bruderwort. Im Schweiße unseres Angesichts ringend, arbeiten wir an der Errichtung des Sozialismus, mit wunden Fingern, blutend tragen wir die Steine zu dem Zukunftsbau der Arbeitenden zusammen. Schwer ringend führen wir unseren Kampf gegen die internationale und die innere Gegenrevolution, wir scheuen nicht Hunger, nicht Elend, nur um frei leben zu können.

An Euch wenden wir uns, die Ihr noch in Knechtschaft schmachtet, an Eure Solidarität appellieren wir gegenüber Euren eigenen Unterdrückern, die auch unsere Unterdrücker und die solidarischen Stützen unserer gegenrevolutionären Bourgeoisie sind.

Als wir das Joch des Kapitalismus abschüttelten, um erhobenen Hauptes an die Schaffung des Sozialismus zu schreiten, gaben wir uns gar keinen Illusionen hin. Wir waren uns vielmehr jener Schwierigkeiten bewußt, die uns entgegenstürmten. Wir waren uns im klaren darüber, daß aus den Ruinen des Kapitalismus der Palast der Zukunft nur mit harter Arbeit wird aufgebaut werden können, daß aus dem korrupten Sumpfe des Kapitalismus die reine Blume der kommunistischen Gesittung nur schwer wird emporblühen können. Wir wußten, daß der jungen Saat des Sozialismus die Gefahr droht, in dem Blutmeer erstickt zu werden, worein die Räuberinstinkte der nahen und fernen Imperialistenstaaten sie tauchen möchten.

Zu jedem Opfer bereit, haben wir unsere Arbeit, die die Zerstörung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus bezweckt, in Angriff genommen, in dem Bewußtsein, daß in dem Momente, wo das Proletariat des einen Landes die Mauern des kapitalistischen Kerkers zu durchbrechen vermochte und die Brücke betrat, die aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit führt, auch die Arbeitenden der übrigen Länder nicht untätig bleiben können. Wir wußten, daß unsere revolutionäre Tat die Manifestation proletarischer Internationalität darstellt, auch wenn das Echo von Eurer Seite sich verzögert. Denn es gibt nur eine Art Internationalität: diejenige des revolutionären Handelns!

Wir ringen, kämpfen, entbehren und bluten; das Proletariat der Ungarländischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik häuft die Opfer ohne Zahl, und doch, nach den Erfahrungen unseres viermonatigen Bestandes, rufen wir Euch zu: Es gibt kein Opfer, vor dem wir zurückscheuen würden, wenn wir das große Ziel ins Auge fassen: ein befreites Proletariat, von der Ausbeutung befreite Arbeitende, freie Menschen gewordene Lohnsklaven!

Nach den ersten Wochen unseres Bestandes warf sich der internationale Imperialismus mit seiner ganzen Räuberwut auf uns. Wutschnaubend und gefräßig stürzte er sich auf uns, um das Proletarierland, das Land des internationalen Proletariats, zu vertilgen. Diejenigen, die Millionen ins Verderben gestürzt, zu Krüppeln, Waisen und Witwen gemacht, wollten unseren Proletarierstaat vernichten, um die Werkstätte niederzureißen, in der der Stoff zum Bau des Sozialismus verarbeitet wird.

Mit unserem Blute verteidigten wir die internationale Revolution gegen den vereinten Angriff der Imperialisten und ihrer Helfershelfer. Wir stehen in Waffen, um die vorgeschobenen Posten der internationalen Gegenrevolution zurückschlagen zu können, die bloß auf die Gelegenheit lauern, um in unserem Lande die kapitalistische Ausbeutung wiederherzustellen. Wir verteidigen den Boden, die Fabriken, die Gruben, die den Arbeitenden gehören, wir lassen es nicht zu, daß sie wieder zu Werkzeugen der Ausbeutung werden.

Stark ist unser Vertrauen in unsere Kraft, doch ebenso mächtig ist unser Glaube an die geschichtliche Mission des Proletariats, der sich die Arbeiterschaft keines einzigen Landes entziehen kann. Euer Vorgehen am 20. und 21. Juli ist der Beweis, daß das Proletariat nur einer geschichtlichen Notwendigkeit folgt, wenn es diese Mission erfüllt. Unsere Niederlage würde auch Euch zum Verhängnis. Ihr müßtet also die Vormundschaft Eurer Bourgeoisie und ihres Trosses von Euch abstreifen, um Eure Solidarität mit unserer Sache vor aller Welt zu bekunden.

Mit herzlichen Bruderworten wenden wir uns an Euch, Ihr revoltierenden, zur Demonstration und zum Generalstreik rüstenden Proletarier Italiens, Frankreichs, Englands, Hollands, Schwedens, der Schweiz und Oesterreichs. Wandelt die Solidarität mit uns und mit unserer russischen Schwesterrepublik aus einer festlichen Manifestation in die Aktion des Alltags um!

Schüttelt ab das Joch des Kapitalismus, entfaltet die Fahne der zerstörenden und aufbauenden Revolution!

Den Krieg, den die imperialistischen Räuber nicht beenden können, kehrt um in den Klassenkrieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden!

Lasset Eure Rebellion weder durch Gewalt, noch mit schönen Reden ersticken! Es gibt nur einen Ausweg aus den Folgen des fünfjährigen Krieges: die soziale Weltrevolution!

Nieder mit dem internationalen Imperialismus!

Hoch die internationale Proletarierrevolution!

Hoch die internationale Sowjetrepublik!

Mit Brudergruß im Namen der Ungarländischen Föderativen Sozialistischen Räterepublik:

Alexander Garbai, Präsident. **Béla Kun,** Volksbeauftragter des Aeußern.

Budapest, 16. Juli.

Der 21. Juli 1919 ist dazu berufen, in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einen bedeutungsvollen Wendepunkt zu bilden. Gerade vor fünf Jahren, im Monat Juli 1914, ist die Zweite Internationale jäh dahingeschieden. Der chauvinistische Taumel bei Ausbruch des Krieges riß auch einen großen Teil der Arbeiter mit sich und die führenden Männer der Arbeiterbewegung bei den Mittelmächten ebenso wie bei der Entente konnten oder wollten den die Internationale tödlich treffenden Pfeil den Arbeitern nicht fernhalten. Die internationale Solidarität, auf der die Theoretiker die Zukunft des Sozialismus aufgebaut hatten, wurde gleich am ersten Tage des Weltkrieges durchbrochen. Nur einige mutige Männer wollten sich wohl ins Mittel legen, aber ihr Wort verhallte wie in der Wüste, ohne gehört zu werden. In den letzten Jahren des Krieges begann man erst zur Besinnung zu gelangen und man suchte nun durch Mittel, die sich bald als vollständig unzulänglich erwiesen haben, die Internationalität der Proletarier zusammenzukleistern. Lenin, der unermüdliche Vorkämpfer der internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder, bezeichnete den Weg, der gewandelt werden muß, um die Arbeitenden der Welt in einem Lager zu vereinigen. Verknöcherte Theoretiker, vom Gifte des Chauvinismus infizierte Sozialpatrioten, zaudernde, unentschlossene, unmittelbar vor dem Handeln zurückschreckende Männer in allen Ländern verhinderten es, daß dieser Weg auch in den übrigen Ländern betreten werde. Nur in Ungarn gelang es einigen beherzten, die Kraft des arbeitenden Volkes ahnenden Männern, dieses arbeitende Volk dafür zu gewinnen, dem Beispiele unserer russischen Brüder zu folgen und das unerträgliche Joch des Kapitalismus, der in seinem Uebermut uns in einen fünfjährigen blutigen Krieg verwickelt und diesen Krieg dann verloren hat, für immer abzuschütteln. Die Führer der ungarischen Räteregierung rechneten in erster Reihe und für die erste Zeit ausschließlich auf die eigene Kraft des ungarischen Proletariats. Sie wußten wohl, daß sogar in den besiegten Ländern der Kapitalismus noch über genügend Bajonette verfügt, um zu verhindern, daß die Arbeiter die ihnen zukommende Macht an sich reißen. Sie sprachen von der Weltrevolution, deren Konturen bereits erblickt werden können. Sie stellten sie aber keineswegs für die nächste Zukunft in Aussicht. Sie wußten, daß die kapitalistisch-imperialistischen Machthaber der siegreichen Länder ihren Gesinnungsgenossen in den besiegten Staaten, wenn auch wider Willen, die Hand reichen werden, wenn es gilt, eine einheitliche Front gegen jede freiheitliche Regung des Proletariats zu bilden. Man konnte vorausahnen, daß die Bourgeoisie, die wohl fühlte, daß ihr Ende herannahte, ihren Platz nicht ohne Kampf räumen werde. Warum sollte die Bourgeoisie gelehriger sein als die übrigen Klassen, die ihr Ende vorausgesehen haben.

Die Bourgeoisie macht die Rechnung ohne den Wirt. Die Solidarität unter den Arbeitenden aller Länder beginnt sich nicht nur zu regen, sondern sie nimmt immer deutlichere Formen an. Vergebens versuchte Herr Clemenceau die Kundgebung der Pariser Arbeiterschaft am 1. Mai blutig zu unterdrücken. Vergebens versuchte die verlogene Bourgeoisiepresse die immer größere Dimensionen annehmende Streikbewegung in England, Frankreich und Italien als eine aus dem politischen Gesichtspunkte belanglose Lohnbewegung hinzustellen. Vergebens wurden die Beschlüsse der Arbeitervereinigungen in England und Frankreich, der sozialistischen Parteitage, entstellt der Oeffentlichkeit übermittelt, die Wahrheit durchbrach abermals, wie schon oft in der Weltgeschichte, alle Hindernisse, die ihr in den Weg gelegt wurden. Am 21. Juli veranstalten die Proletarier Frankreichs, Englands, Italiens, Schwedens, Hollands, der Schweiz und vieler anderen Länder, in denen der Krieg keine so verheerenden Wirkungen ausgeübt hat wie bei uns und unseren früheren Bundesgenossen, einen allgemeinen Streik. Es handelt sich diesmal nicht um den Sechs- oder Siebenstundentag, es handelt sich diesmal nicht um die Herabsetzung der Lebensmittelpreise, es gilt nicht, höhere Löhne zu erringen, es gilt nicht, einige brutale Werkführer zu verjagen, nein, es ist ein Demonstrationszug gegen den Gewaltfrieden, eine große spontane Kundgebung gegen die Einmengung in die inneren Verhältnisse Rußlands und Ungarns, eine feierliche Drohung wider den Plan eines Vormarsches gegen Rußland und Ungarn. Es wäre weit gefehlt, in dieser Kundgebung den unmittelbaren Anschluß an die Dritte Internationale, den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch der Weltrevolution zu erblicken. Es unterliegt indessen keinem Zweifel, wie ja Volksbeauftragter Béla Kun in seiner gestrigen großen Rede, in der er die Lage des ungarischen Proletarierstaates in so offener Weise darstellte, betont hat, daß die für den nächsten Montag angekündigte Massenkundgebung des Proletariats eine internationale Handlung revolutionären Charakters ist, die getrost der bewaffneten Macht des Ententeimperialismus entgegengestellt werden kann. Diese Kundgebung der internationalen Solidarität hat auch in Deutschland und Deutschösterreich ihren Widerhall gefunden. Die durch den Krieg so arg mitgenommenen, durch die elenden Friedensbedingungen der düstersten Zukunft entgegenblickenden Proletarierbrüder Deutschlands und Deutschösterreichs rüsten sich ebenfalls zu einer gewaltigen Kundgebung der internationalen Solidarität.

Die ungarische Räteregierung wendet sich heute in einem Aufruf an die Proletarier aller Länder. Sie schildert die Kämpfe, die das ungarische Proletariat zu führen hat, um aus den Trümmern des Kapitalismus das zukünftige Gebäude der arbeitenden Menschheit zu erbauen. Das ungarische Proletariat steht noch in Waffen gegen die vorgeschobenen Posten, um die internationale Gegenrevolution zurückschlagen zu können. Die Regierung vertraut ihrer eigenen Kraft, sie glaubt aber auch an den historischen Beruf des Proletariats aller Länder. Sie fordert die Proletarierbrüder auf, das Joch des Kapitalismus ebenfalls abzuschütteln und den Krieg, den die imperialistischen Räuber nicht beenden können, den Klassenkrieg der Besitzlosen gegen die Besitzenden umzugestalten. Die Räteregierung und das ihr felsenfestes Vertrauen entgegenbringende, sie mit aller Kraft unterstützende, allen Schwierigkeiten trotzende ungarische Proletariat hofft zuversichtlich, daß schon in Bälde die Arbeitenden aller Länder in einem Lager vereinigt

Pester Lloyd
19./VII. 1919

55/19

Budapest, 18. Juli.

Der politische Streik des Weltproletariats am 21. Juli ist mehr als eine Sympathiekundgebung für Sowjetrußland und Sowjetungarn. Er bedeutet in den Siegerstaaten die erste Etappe, in den neutralen Ländern den Anfang, bei den besiegten Völkern aber die Fortentwicklung der sozialen Revolution. Vergegenwärtigt man sich aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, wie schwer es war und welche Arbeit es kostete, auch nur in einem einzigen Lande einen Massenstreik und noch dazu einen politischen zu organisieren, so muß es jedem Verständigen einleuchten, daß keine Regie, keine Agitation, selbst die größte Entwicklung der Streiktechnik nicht imstande wären, einen auf den ganzen Erdteil sich erstreckenden Massenstreik zu veranstalten, wären nicht die Voraussetzungen zur sozialen Revolution in den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen Europas vorhanden. Alle Faktoren, die das Zustandekommen dieses Massenstreiks ermöglichen, die internationale Solidarität des Proletariats aller Länder, die revolutionäre Psyche der Volksmassen, der Wille zum entscheidenden Kampf gegen die überlieferte Wirtschaftsordnung, konnten nur in einem Zeitalter zur Entfaltung kommen, in dem das morsche Gebäude des Kapitalismus ins Wanken geriet, und das Schwert der Millionen der Proletarier nach wirtschaftlicher und sozialer Befreiung unbezähmbar geworden ist. Wäre die kapitalistische Wirtschaft nicht vollständig desorganisiert, gäbe es eine Möglichkeit der Fortführung dieser Wirtschaftsordnung, hätte der Kapitalismus die Kraft und die Macht, die Arbeitermassen auch weiter im Joche der Lohnarbeit zu halten, so wäre diese Massenkundgebung einfach undenkbar. Nur auf einem für die Weltrevolution vorbereiteten Boden konnte diese Saat der internationalen Zusammengehörigkeit aller Proletarier zu die Höhe sprießen.

Vergebens war die Riesenveranstaltung der Pariser Siegesfeier, die durch Aufstacheln des Nationalstolzes, der chauvinistischen Instinkte die Aufmerksamkeit des Volkes von den Leiden des Krieges, der wirtschaftlichen Verarmung und der sozialen Knechtung abzuwenden versuchte. Trotz aller Triumphpforten, Siegestrophäen und Böllerschüssen des 14. Juli werden die Arbeiterscharen von Paris am 21. Juli in unabsehbaren Kolonnen für die Vereinigung des Proletariats aller Länder, für die Unverletzlichkeit der Sowjetrepubliken, in denen die Arbeiterschaft die Fesseln der alten Weltordnung abgeschüttelt hat, demonstrieren. Und auch die Arbeitermassen des siegesbewußten Englands, seit Italiens und der Tschecho-Slowakischen Republik fühlen sich mit den besiegten, für Befreiung kämpfenden ungarischen und russischen Brüdern solidarischer, als mit den Ausbeutern ihrer eigenen Nation. Dieses Weltproletariat ist fest überzeugt, daß der Friede, der die siegreichen Ententeländer den besiegten Völkern diktierte, keineswegs den Proletariern der Siegerstaaten zum Nutzen und den Kapitalisten der besiegten Länder zum Schaden gereichen, sondern ausschließlich die Kapitalisten der Siegerstaaten reicher und mächtiger und das Proletariat der besiegten Länder ärmer und geknechteter machen wird. Aus den Lagern des Krieges hat das Weltproletariat erfahren, wen es als wahren Feind zu betrachten hat, und zugleich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Weg zum Verderben einzig und allein durch die soziale Revolution führt.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Weltrevolution sind in allen europäischen Staaten mehr oder minder gegeben. Vielleicht mit der einzigen Ausnahme Englands sind die Staatsfinanzen derart zerrüttet, daß das Staatsleben auf der bisherigen Grundlage nicht mehr fortgeführt werden kann. Auch das ehemals so kapitalsreiche Frankreich wird aus den Finanzkalamitäten keinen anderen Ausweg finden können, als den vollständigen Umsturz der Wirtschaftsordnung. Man muß nur einen Blick auf das Vierzig-Milliarden-Defizit im französischen Budget werfen, um ganz klar zu sehen, daß die französische Finanzwirtschaft vor einer unüberwindlichen Krise steht. Die Kosten des wahnsinnigen Krieges kann auch Frankreich nicht mehr aus seiner kapitalistischen Nationalwirtschaft erschwingen. Liefert das besiegte Deutschland der französischen Finanzwirtschaft die unsinnigen Milliarden zur Deckung des Defizits nicht, und es kann und wird sie nicht liefern, so ist der völlige Staatsbankerott auch in Frankreich nicht zu vermeiden. Ebenso schlimm steht es mit dem italienischen Staatsschatz, der die Kosten des Krieges, die Deckung der Zinsen seiner Schulden aus dem Ertrag seiner Nationalwirtschaft ebenfalls nicht erschwingen kann. Eine kurze Zeit können sich die lateinischen Staaten noch mit der Fiktion betören, daß die sogenannten Wiederherstellungskosten, die die besiegten Länder bereitzustellen haben, ihre Finanzen wieder aufrichten werden. Es wird sich aber bald zeigen, daß weder Deutschland, noch Oesterreich und Ungarn wirtschaftlich imstande sind, aus dem Ertrage ihrer desorganisierten Wirtschaft die Zinsen der Staatsschulden dieser siegreichen Staaten zu decken, und dann kommt es sowohl in Frankreich, wie auch in Italien zum Staatsbankerott, was aber insbesondere bei den Franzosen gleichbedeutend mit dem Ausbruch der sozialen Revolution ist.

Aber auch abgesehen von der staatsfinanziellen Notlage laborieren die Siegerstaaten an demselben wirtschaftlichen und sozialen Gebrechen wie die Besiegten. Die Produktion ist auch bei ihnen desorganisiert, der Arbeitswille des Proletariats verschwunden, der Geist der kapitalistischen Arbeitsdisziplin zerstört. In Italien mehren sich von Tag zu Tag die Anzeichen des wirtschaftlichen Zusammenbruches und damit parallel jene der sozialen Revolution. Arbeiterausstände ohne Unterlaß, Lebensmittelrevolten, Teuerungsaufruhre sind an der Tagesordnung. Die Injektionen der amerikanischen Lebensmittel- und Materialienzufuhr, der englischen und amerikanischen Kredite können den in Aufruhr befindlichen Organismus nicht mehr beschwichtigen. Alle diese Umstände sprechen dafür, daß die nächste Etappe der Weltrevolution sich in Italien abspielen werde. Das besiegte Deutschland aber, das sich dem Friedensdiktat aus Not unterworfen hat, kann nicht zur Ruhe kommen, weil es undenkbar ist, daß seine Arbeiter sich nunmehr gefügig in das Joch der Fronarbeit begeben, die nur zur Bereicherung der fremden Kapitalisten dienen soll. Was aber die besiegten Länder von den Ententeimperialisten zu erdulden haben, beweist am schlagendsten das deutschösterreichische Beispiel. Der Lebensmittelkredit, den die Ententekapitalisten Deutschösterreich gewährt haben, ist erschöpft. Die Sendungen haben nur hingereicht, um die Lebensmittelnot der bemittelten Bevölkerungsschichten zu lindern, während die breiten Volksmassen nach wie vor dem Hunger preisgegeben sind. Nun ist dieser Kredit von etwa eineinhalb Milliarden Kronen erschöpft, und es stellt sich heraus, daß die österreichische Regierung diesen für Lebensmittel eingeflossenen Betrag anderweitig verausgabt hat und nun mit verzweifelter Anstrengung nach Pfandobjekten ausspäht, die sie den habgierigen Lieferanten der Entente für weitere Sendungen bieten soll. Aus diesem deutschösterreichischen Beispiel hat auch unser Proletariat viel gelernt. Es hat erfahren, daß die Entente mit Lebensmitteln nur dann zu helfen bereit ist, wenn das hungernde Volk die geforderten Wucherpreise zu zahlen imstande ist. Da Ungarn nach Ansicht der Machthaber der Entente momentan über keinerlei Zahlungsmittel verfüge, also in den Augen der Lebensmittelschacherer nicht kreditfähig sei, wäre kein Regime denkbar, dem die Entente Lebensmittel und Rohmaterial kreditieren würde. Die Unterstellung der weißen Gegenrevolution, als ob die Entente Ungarn wegen der Proletarierdiktatur nichts liefern würde, ist daher eine bewußte Unwahrheit. Dies weiß auch das ungarische Proletariat zu gut, und es schöpft aus diesem Bewußtsein Mut und die Entschlossenheit zur Ausdauer. Das Ernährungsproblem ist in Ungarn nur eine Frage der Organisation und der Verteilung, da das Land seinen Eigenbedarf selbst produzieren und auf das mit schwerem Gold zu erkaufende Antojen der Entente überhaupt nicht angewiesen ist. Das Proletariat wird der inneren weißen Gegenrevolution Herr werden und in dem Augenblick hat auch die Lebensmittelfrage aufgehört, akut zu sein. Die deutschösterreichische Arbeiterschaft ist aber bereits ebenfalls dahin im klaren, daß sie von der Entente keine Lebensmittelhilfe zu erhoffen hat, weil die spärlichen Sendungen nur den bemittelten Klassen zugänglich gewesen sind und sie in dem Augenblick ganz aufhören, in dem die Zahlungsmittel des Staates erschöpft sind und dadurch auch der Kredit ausgegangen sein wird, ein Zeitpunkt, der allem Anschein nach bereits sehr nahegerückt ist. Die soziale Gärung in allen Ländern läßt sich mit Beschwichtigungsmitteln alten Stils nimmermehr besänftigen. Europa ist auf dem Wege der sozialen Entwicklung bei der Schale der Revolution angelangt. Diese Tatsache soll und wird die Massenkundgebung des Weltproletariats am 21. Juli allen Wissenden und Verstehenden, und allen, die es nicht wissen und verstehen wollen, laut verkünden. Die alte Welt ist ins Wanken geraten, der Zusammensturz ist unaufhaltbar. Aus ihren Trümmern wird der Neubau entstehen, an dessen Aufrichtung das ungarische Proletariat bereits emsig am Werke ist.

Pester Lloyd
22./VII. 1919
22
56

Österreich: Morgen- und Abendblatt: ganzjährl. 140 Kronen, halbj. 70 Kronen, vierteilj. 35 Kronen, monatl. 12 Kronen. Blass Morgenblatt: Ganzjährl. 100 Kronen, halbjährig 50 Kronen, vierteilj. 25 Kronen, monatlich 9 Kronen. Blass Abendblatt: Ganzjährlich 60 Kronen, halbj. 30 Kronen, vierteilj. 15 Kronen, monatl. 5 Kronen. Für die äußeren Bezirke des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten.
Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt.
Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 40 K, für alle übrigen Staaten 45 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Herausgeber: J. Bleckner, B. Lukatsch, Björk & Kapp, Jaulus & Co., Heb. Leopold, Ant. Steno, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Kapp, Jak. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland: H. Oskar Kastelitzer & Co., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen inländischen Inseratenbureaus in Österreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.
Einzelnummern für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller, Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller.
Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang. Budapest, Dienstag, 22. Juli 1919 Nr. 169

Sitzung des 80er leitenden Ausschusses.

Der 80er leitende Ausschuß des Budapester Zentralen Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates hält Dienstag, den 22. Juli, um 4 Uhr nachmittags im Zentralstadthause (Teil der Városház-utca, I. Stock) eine Sitzung mit folgendem Programm ab: 1. Antworten auf Interpellationen; 2. Ergänzung des zentralen Präsidiums; 3. Feststellung der Badepreise; 4. Regelung der Straßenbahnpreise; 5. Verpflegsangelegenheiten; 6. Sanitäre Angelegenheiten; 7. Konstituierung des Appellationssenats.

Budapest, 21. Juli.

Memento mori! Gedenke des Todes, gedenke der Vergänglichkeit des irdischen Daseins. Diese Worte flüsterte ein Sklave dem mit reichem Sieg und großer Beute beladenen Könige der Perser, Xerxes, zu, als er seinen Triumphzug in der Hauptstadt seines Reiches hielt. Xerxes hörte die Warnung nicht, er wurde übermütig und sprach, er wollte die Welt erobern, bis ihm dann das kleine Griechenvolk mit recht brutalen Mitteln die Worte seines Sklaven erinnerte. Memento mori! rief man auch den triumphierenden Feldherren der Römer bei ihrem festlichen Einzug in Rom zu. Fast keiner kehrte sich daran, und die meisten erinnerten sich erst im Augenblick ihres schmachvollen Unterganges an diesen Warnungsruf. Vor Wochenfrist, am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertage, wurde in Paris der große Sieg über Deutschland und seine früheren Verbündeten in festlicher Weise begangen. Was die Geschichte des Altertums, des Mittelalters und auch der Neuzeit an äußeren Dekorationen bei solchen Anlässen aufzuweisen hatte, wurde alles in vielleicht noch prunkvollerer Weise zum Ausdruck gebracht. Man huldigte den Marschällen Foch, Joffre und Pétain, man feierte Poincaré und Clemenceau, man ließ auch die Verbündeten hochleben. Dem Feste fehlte aber etwas, was selbst die französischen bürgerlichen Blätter nicht verheimlichen konnten: das selbstbewußte Proletariat Frankreichs hielt sich ostentativ fern, es übernahm keine Rolle in dem Paradezug und in Wort und Schrift protestierten die Führer der französischen Arbeiter dagegen, daß der Sieg, der mit dem Leben vieler Millionen Proletariersöhne so teuer erkaufte Sieg in so knabenhafter Weise durch äußeren Prunk gefeiert wurde. Eine Rolle übernahm indessen das Proletariat Frankreichs, eine Rolle, die es zu Ende spielen will und wird, die Rolle der Erben, der dereinstigen Sieger, die schon jetzt Memento mori! flüstert. Diese Worte sind wie Peitschenhiebe, sie peitschen, sie werden gellend in die Welt gerufen, und wehe denen, die diese Warnung nicht hören wollen.

Die Feier des Jahrestages der Gründung der Dritten Internationale, zu der sich die Führer der ungarischen Arbeiter am 21. März dieses Jahres, also alle Meinungsverschiedenheiten beiseite schiebend und sich auf gemeinsamen Grundsätzen vereinigend, bekannten, ist bereits in allen jenen Ländern, wo das Proletariat noch nicht gesiegt hat, wo die kapitalistische Herrschaft noch nicht gestürzt ist, wo das arbeitende Volk noch der Einsicht der ausbeutenden Bourgeoisie zu erliegen hat, zum Anlaß einer Kundgebung für den Weltstreik der Arbeitenden der europäischen Länder zugunsten ihrer ungarischen und russischen Brüder, die durch die vereinigte internationale Bourgeoisie erdrosselt werden sollen, geworden. Die Proletarier aller Länder sind nun aufgerufen, zu dem Verbrechen, das sie an ihren Brüdern begehen wollen, Stellung zu nehmen, sie haben die Pflicht, mit allen Mitteln zu verhindern, daß noch einem vierundhalbjährigen Weltkrieg zwei Völker brutal vernichtet werden sollen, einzig und allein aus dem Grunde, weil die Ausgebeuteten die Gelegenheit benützt haben, sich ihrer Ausbeuter zu entledigen und selbst die Macht in ihre Hände zu nehmen, weil sie den Kampf gegen die Ausbeuter aufzunehmen, weil sie den Kampf gegen diesen zu ihren Gunsten zu entscheiden, und weil sie die Einrichtungen getroffen haben, daß ihre Errungenschaften auch für die Zukunft gesichert sind.

Die Proletarier der ganzen Welt wissen, mit welcher Wut die Feigen Soldlinge der Entente-Staaten sich auf das neue Ungarn stürzten, das eben im Begriffe war, auf den Trümmern des verfaulten Kapitalismus den sozialistischen Staat aufzubauen. Die Entente-Regierungen versuchten die Arbeiterschaften Frankreichs und Italiens, zum Verrat an ihren unter der mörderischen Faust Clemenceaus verblutenden Brüdern zu verleiten, aber vergeblich. Fast überall wurde einmütig der Beschluß gefaßt, am heutigen Tage eine Massenkundgebung aller Klassenbewußten Proletarier zu veranstalten, um einerseits die internationale Solidarität des Proletariats dem internationalen Kapital gegenüber zu manifestieren, andererseits [illegible] Selbst in Deutschösterreich, dessen Proletariat zum Teil gegenwärtig noch um die Gunst der Entente bettelt in der Hoffnung, auf diese Weise von der Hartherzigkeit Englands Lebensmittel erbetteln zu können, vergaß man für diesen Tag an die schweren Brotsorgen. Und man führte den Generalstreik einig und geschlossen im Interesse der Internationale durch. Ebenso ergaben die selbstbewußten Arbeiter des unter den unbarmherzigen Bedingungen des Gewaltfriedens schwer arbeitenden Deutschlands vollauf den Geist der solidarischen Aktion.

Diese großartige Manifestation der internationalen Zusammengehörigkeit ist ein bedeutungsvolles Ereignis. Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben und wir wollen die Bedeutung des heutigen Tages für den Augenblick nicht überschätzen. Wir wissen, daß die Bourgeoisie sich durch friedliche Kundgebungen der Arbeiterschaft nicht einschüchtern läßt. Sie wird aber diesmal nicht mit einem zynischen Lächeln, mit einer wegwerfenden Handbewegung über diese friedliche Kundgebung hinweggehen können. In Rußland und in Ungarn hat sie die Faust des Proletariats empfindlich zu spüren bekommen, und sie weiß, daß die Grundpfeiler ihrer Herrschaft überall erschüttert sind. Was heute eine friedliche Demonstration ist, kann morgen zum bewaffneten Widerstand werden und übermorgen zum endgültigen Sieg des für immerwährende Zeiten befreiten Proletariats. Der heutige Tag bildet die erste Etappe auf dem Wege zur Weltrevolution. Es ist nicht nur ein Sympathiestreik, nein, es ist auch die erste gemeinsame revolutionäre Handlung des durch die und dann solidarischen internationalen Proletariats. Die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Italiens und auch der übrigen Länder kommt allmählich zu der Ueberzeugung, daß es sich nicht nur um die Zukunft des russischen Sowjetstaates, daß es sich nicht nur um den Bestand der Herrschaft des ungarischen Proletariats, sondern daß es sich auch um die eigene Sache der französischen, englischen und italienischen Arbeitenden handelt. An die Existenz der beiden Sowjetrepubliken knüpft sich auch das Schicksal der Proletarier der übrigen besiegten Länder wie auch der siegreichen Staaten. Fällt Rußland oder fällt Ungarn, so ist auch das Schicksal jener Freiheitsbewegung des übrigen Proletariats für lange Zeit der räuberischen Willkür der gegenwärtigen Imperialisten preisgegeben. Die soziale Revolution, die durch Rußland eingeleitet, durch Ungarn fortgesetzt worden ist, würde dann weiter ein Phantasiegebilde bleiben, für das es so manche bis zum Jahre 1917 gehalten haben und auch jetzt noch halten trotz unserer deutlichen Gegenbeweise, die Lenin und Béla Kun uns geliefert haben. Die ungarische Arbeiterschaft kann ihren Brüdern in Wien, Berlin, Paris, London und Rom die Versicherung geben, daß sie die Opfer, die sie im Interesse der gemeinsamen Sache gebracht hat nicht bereut und daß sie entschlossen ist, weitere Opfer zu bringen, um der Weltrevolution zum Siege zu verhelfen. Sie kann gelassen und verzagtheit aus ihrer Mitte und ist entschlossen, unentwegt weiter zu kämpfen für die Erlösung des Proletariats aller Länder. In dieser Entschlossenheit rechnet sie ganz bestimmt auf die [illegible] Solidarität aller selbstbewußten Proletarier, auf jene proletarische Solidarität, die [illegible] in diesen Tagen in so imposanter Weise auch nach außen hin zum Ausdruck gelangt ist. Sie hat sich in offener Aussprache von Zimmerwald durch nichts trennend machen lassen, [illegible] an den [illegible] Sozialisten Ungarns, der nach holländischer Feststellung der Ausbeutung den Arbeitenden aller Länder [illegible] wird die neue Klassenlage, jede Unterdrückung und Knechtung ausschließende, alle Segnungen der Ethik für die Arbeiterschaft in Anspruch nehmende Welt in [illegible] und im Geiste [illegible] zu bauen.

Die Massenkundgebung des Weltproletariats.

Budapest, 21. Juli.

Der Massensympathiestand des Weltproletariats hat heute in der Hauptstadt Ungarns sein Endgefunden. Dieses Gefühl [illegible] Sozialisten, sondern war ein Ausdruck des Gefühls der Solidarität mit den Millionen in Not, die heute für Ungarns und Rußlands Arbeitende Massenkundgebungen veranstalteten. Der Tag selber war produktiver Arbeit gewidmet. Als schon um 6 Uhr nachmittags die Fabrikssirene zu pfeifen und die einzelnen Arbeiterbanden zu singen aufhörten, wurden auf allen großen Plätzen Budapests imposante Manifestationen veranstaltet. Versammlungen des arbeitenden Volkes, in denen die Volksbeauftragten in längeren Reden die Bedeutung des Ereignisses und des Tages würdigten.

Vormittag, [illegible] Truppenschau über die Rote Armee, auf der Óbuder Generalswiese veranstaltet worden. Auch bei der Truppenschau hielten Volksbeauftragte Ansprachen und diese wurden mit ebenso hellem Jubel und ranschender Begeisterung aufgenommen, wie die Reden in den Volksversammlungen. Die Reden und der Empfang, der ihnen bereitet wurde, sind ein straffer Beweis für die großartige Einigkeit des ungarischen Proletariats mit der Weltrevolution und zugleich eine Kundgebung des unerschütterlichen Vertrauens zur Politik, durch die die Räteregierung ihre bisherigen Erfolge erreicht hat und ganz gewiß auch ihre künftigen erringen wird.

Neben die Einzelheiten des Tages, die Truppenschau, die Volksversammlungen in Budapest, die Kundgebungen usw. in der Provinz und die Ereignisse im Ausland berichten wir eingehend in nachstehendem:

Truppenschau auf der Generalswiese.

Aus Anlaß der Kundgebung des Weltproletariats hatte sich heute vormittag um 9 Uhr die ganze Garnison von Budapest auf der Generalswiese versammelt. Der Präsident der Revolutionären Räteregierung Alexander Garbai, der Volksbeauftragte für Heerwesen Béla Szántó und der Armeeoberkommandant Eugen Landler nahmen über die Ersatzbataillone, Ersatzbatterien und die Truppen der Brychialgewalt die Revue ab. Es waren ausgerückt: das 5. Armeekorps, die Roten Regimenter Nr. 1 und 2, das Rote Eisenbahnregiment, die Schiffsbesatzungen, die Sturmbataillone der Roten Wache, das Kavallerieregiment der Roten Wache und die Artillerie der Roten Eisenarbeiterdivision. Soldaten jeder Waffengattung, Infanterie und Kavallerie, technische und Sanitätstruppen, Radfahrer, und Maschinengewehrabteilungen, vier Batterien Artillerie und ein Panzerautomobil hatten auf der weiten Wiese Aufstellung genommen, wo etwa fünftausend Mann, lauter Arbeiter Budapests, [illegible] hatten. Ein Hornsignal zeigte die Ankunft des Präsidenten Garbai und des Volksbeauftragten Szántó an. Oberkommandant Landler erstattete die militärische Meldung, worauf unter den Klängen der Internationale Garbai und Szántó die Reihen abschritten. Mehrere Redner würdigten die Bedeutung des Tages.

Vor der Front des Roten Eisenarbeiterregiments Nr. 41 hielt Präsident Garbai folgende Rede:

— Genossen! Die Bedeutung dieser Militärschau liegt darin, daß das Proletariat, dem Arbeitenden der ganzen Welt, für diesen einen Tag die Arbeit niedergelegt haben, damit die Entente die Russische und die Ungarische Räterepublik nicht mit den Waffen angreifen könne. Damit die Waffen der Entente nicht gegen diese beiden Länder erhoben werden, fordert die weltweite Arbeiterschaft überall, daß die Entente mit den Arbeitenden dieser beiden Länder politisch übereinkomme. Die Bedeutung des Tages charakterisiert die Aufschrift, die die französischen Genossen auf ihre Plakate gesetzt haben: „Keine französischen Waffen mögen sich gegen die Ungarische Räterepublik erheben, keine französischen Waffen gegen den Staat des russischen Proletariats gerichtet werden!“ Denn geschieht dies, so verliert nicht nur die Arbeiterklasse Ungarns und Rußlands, sondern auch die der ganzen Welt die Hoffnung, befreit zu werden. Wenn diese beiden Länder fallen, so wird damit auch die Hoffnung des Proletariats auf Befreiung zunichte. Fallen aber diese beiden Länder nicht, sondern entwickeln und entfalten sie sich weiter, ringen sie sich durch die Schwierigkeiten des Umsturzes hindurch, dann werden wir zwei Länder von uns haben, die der Arbeiterschaft der ganzen Welt ein Beispiel zeigen werden, wie das eigene Land umzugestalten sei.

Genossen! Hier vor Ihnen muß ich betonen, welch großen Anspruch [illegible] Ungarn, dieses Handbreit Land, vor der Arbeiterschaft der ganzen Welt erhebt. Ihm wird eine so große Bedeutung beigemessen, daß dieses kleine Land aufrichtig hochgeschätzt wird, und das ist ein Verdienst der selbstbewußten Arbeiterschaft. Das große Ansehen und die Ehre dieses Landes haben Sie klassenbewußt mit den Waffen erungen, mit denen Sie nicht nur in den Fabriken, in den Gewerkschaften, sondern auch selbstbewußt, willig draußen auf den Schlachtfeld fochten und kämpften. Wir werfen die alte Welt zum Gespött, um an ihrer Stelle eine schönere, bessere Welt, die der Arbeitenden, aufzubauen. Die Zeiten beweisen, daß der sicherste Wert des Klassenbewußtseins ist, es muß verehrt und geschätzt werden, denn von dem Erfolge hängt es ab, ob die Welt den Arbeitenden oder den anderen Ständen gehören soll. In Ihrer Hand befindet sich die Waffe, lassen Sie sie nicht von ihr, als bis die Proletarierrevolution in der ganzen Welt gesiegt haben wird. Hoch die internationale Revolution! Hoch die klassenbewußte Arbeiterschaft der ganzen Welt! Hoch die Rote Armee!

Volkskommissär Béla Szántó sprach sodann zu den Truppen

Arbeiterzeitung
25. Juli. 1919

59

Die Geschichte meiner Abdankung.

Von **Michael Karolyi.**

Bei seiner Durchreise in Wien hat Graf Karolyi diesen Artikel einem Freunde mit dem Ersuchen übergeben, dessen Veröffentlichung in der Arbeiter-Zeitung zu erwirken. Wir entsprechen gern diesem Ersuchen, schon weil die Darlegung des ersten und letzten Präsidenten der ungarischen Republik auch ein großes geschichtliches Interesse hat.

In diesem Artikel möchte ich den wahren Verlauf der Ereignisse für die Oeffentlichkeit und die Nachwelt feststellen, welche man gewöhnlich als „die Uebergabe der Macht an die ungarische Räterepublik" zu bezeichnen pflegt und welche durch Gerüchte und Verleumdungen in eine phantastische Fabel verwandelt wurden. In der Behandlung des Stoffes will ich mich sowohl jeder Kritik des Bolschewismus als auch der führenden Persönlichkeiten enthalten. Für eine kritische Beleuchtung der Ergebnisse ist die gegenwärtige krisenhafte Periode wohl noch gänzlich ungeeignet. Aber die Feststellung des wahren Sachverhalts erachte ich als meine moralische Pflicht sowohl unserer als auch der kommenden Generation gegenüber.

Vielleicht wird man fragen, warum ich bis jetzt geschwiegen und meine vielbestrittene Rolle nicht aufgeklärt habe. Darauf ist zu erwidern, daß mir dazu teils die Gelegenheit gänzlich fehlte, teils wollte ich den Kampf auf Leben und Tod, den die ungarische Rote Armee gegen die imperialistischen Angreifer des Landes damals führte, in keiner Weise beeinträchtigen.

Die wahre Geschichte jener verhängnisvollen Tage ist, so kurz als möglich zusammengefaßt, die folgende: (Ich schreibe nicht nur aus dem Gedächtnis, sondern teilweise nach dem amtlichen Protokoll des letzten Ministerrates.)

Am Vormittag des 20. März übergab mir Oberstleutnant Vix seine bereits bekannte Note. Ich berief sofort für den Nachmittag den Ministerrat, damit dieser Stellung nehmen könne. Im Ministerrat teilte ich den Inhalt der Note mit. Ich bemerkte, daß im Anschluß an die Ueberreichung der Note Oberstleutnant Vix zu mir wie auch zu dem gleichfalls anwesenden Ministerpräsidenten Berinkey und dem Kriegsminister Böhm mehrmals und mit besonderem Nachdruck betonte, daß die in der Note enthaltene neuere Demarkationslinie fortab nicht den Charakter einer bloß strategischen Linie habe, sondern die provisorische politische Grenze Ungarns sei. Zum Schluß erklärte Oberstleutnant Vix, daß insofern er bis 6 Uhr abends des nächsten Tages (des 21. März) keine bedingungslos bejahende, das heißt die Note vollkommen akzeptierende Antwort erhalten würde, die alliierten Missionen sogleich Budapest verlassen würden. (Diese letzte Erklärung konnte nicht anders gedeutet werden, als daß die Entente uns mit einem neuerlichen Kriegszustand bedrohen läßt.)

Ich erwiderte dem Oberstleutnant Vix sogleich, daß seine Forderungen unerfüllbar seien, denn diese bedeuten neuerliche arge Verstümmelungen des rein magyarischen Territoriums, welche sowohl den Wortlaut als auch den Sinn des Belgrader Waffenstillstandsvertrages schwer verletzen, uns altnationale Besitzstände rauben und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes völlig unmöglich machen. Diese Bedingungen könnten wir umsoweniger annehmen, da die Befragung des Landes in dieser Schicksalsfrage teils durch die ultimatumartig knappe Frist der französischen Note, teils durch die geplante sofortige Zerreißung des magyarischen Territoriums unmöglich gemacht wurde.

Ich sah auch augenblicklich ein — so setzte ich meinen Vortrag im Ministerrat fort —, daß die bisherige Koalitionsregierung unhaltbar geworden ist, denn gegenüber dem national so schwer gedemütigten Lande hätten die bürgerlichen Parteien allen moralischen Rückhalt verloren. Nur eine rein sozialdemokratische Regierung könnte die arg gefährdete Ordnung des Landes aufrecht erhalten. Die tatsächliche Macht war ja schon seit Monaten ausschließlich in den Händen der organisierten Arbeiterschaft. Wenn wir die mörderischen Forderungen der Entente nicht erfüllen wollen, brauchen wir ein einheitliches Heer. Dieses einheitliche Heer kann in dieser Periode der wirtschaftlichen Krise und der furchtbar erbitterten Klassenkämpfe (kommunistische Tumulte waren auf der Tagesordnung!) allein die sozialdemokratische Partei schaffen. Die westliche Orientierung, die auf Wilson aufgebaute Politik hat definitiven Schiffbruch erlitten. Wir brauchen eine neue Orientierung, welche uns die Sympathien der Arbeiterinternationale sichern wird. Unter solchen Umständen könnte die bisherige Koalitionsregierung die Lage nur verschlechtern, denn eine völlige moralische und soziale Einheit der Regierung ist die erste Bedingung des Kampfes geworden. Auch gegenüber den immer schärfer und rücksichtsloseren Angriffen der Kommunisten könnte sich nur eine rein sozialistische Regierung halten, denn die jetzige Koalitionsgestaltung werde dadurch bei den Massen unmöglich gemacht, daß die Kommunisten die Sozialisten anklagen, als Söldner der Bourgoisie den Kampf gegen den Bolschewismus zu führen.

Solch eine rein sozialistische Regierung würde nach meiner Ansicht, auch die ganze Bürgerschaft freudig unterstützen in ihrer Arbeit der Verteidigung des Landes gegenüber den imperialistischen Raubangriffen und der Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit. In diesem Falle werde die sozialdemokratische Regierung auch auf die Unterstützung der ganzen Internationale rechnen können.

Nach meiner Ansicht werde jetzt die neue sozialdemokratische Regierung mit den Kommunisten eine Vereinbarung treffen müssen, damit, solange sie diesen Kampf auf Leben und Tod gegen die imperialistischen Eindringlinge führt, im Lande keine Unordnung und Schwierigkeiten entstehen. Uebrigens würde die Stellung der Sozialisten den Kommunisten gegenüber aus dem früher erwähnten Grunde eine beträchtlich stärkere sein, doch müßte man trachten, nutzlose innere Schwierigkeiten überall zu verhindern.

Meine Ausführungen schloß ich mit den Worten, daß ich von der Präsidentschaft der Republik nicht abdanken, sondern in dieser schwierigen Situation die Leitung des Staatsschiffes unbedingt behalten werde. Wenn der Ministerrat meinen Standpunkt annimmt, wird dies morgen dem Oberstleutnant Vix mitgeteilt und ich werde den neuen Ministerpräsidenten ernennen, der mir, den Wünschen seiner Partei entsprechend, die Liste der neuen sozialdemokratischen Regierung unterbreiten wird. Ueber das Weitere wird diese neue sozialistische Regierung entscheiden.

Nach meinen Ausführungen ergriff Kriegsminister Wilhelm Böhm das Wort. Er äußerte die gleiche Meinung sowohl in der Beurteilung der Note als auch im Hinblick auf deren Folgen und die zu ergreifenden Maßregeln. Unterrichtsminister Siegmund Kunfi betonte, die ganze sozialdemokratische Partei Ungarns sei einig darin, daß die Forderungen der Entente unerfüllbar sind. Meine Vorschläge halte er für durchaus richtig. Doch hätte er einen vermittelnden Antrag. Die Regierung möge Vix antworten, daß, insofern die Entente bei ihren Forderungen verharrt, die Berinkeysche Koalitionsregierung abdankt und an ihrer Stelle eine sozialdemokratische kommen wird. Man müßte zugleich der Entente mitteilen, daß eine sozialdemokratische Regierung unbedingt mit der Zeit eine Anpassung an den Kommunismus bedeute. Bis zum Eintreffen der Antwort der Entente möge die Regierung von Vix die Suspendierung der ganzen Angelegenheit verlangen. Kunfi wollte die Ententeregierungen hiedurch in das Dilemma versetzen, ob sie vor ihren eigenen Völkern die Verantwortung übernehmen wollen, zu Gunsten des rumänischen Imperialismus ein Land, das heute noch nicht bolschewikisch ist, in die Richtung des Kommunismus zu drängen. Diesen Sachverhalt sollten die bürgerlichen Parteien und Minister durch einen Funkspruch der weitesten Oeffentlichkeit übergeben, damit der moralische Druck auf die Entente ein desto größerer werde. Bis sich diese Sache entscheide, möge die Regierung auf ihrem Platze bleiben und die Geschäfte weiterführen.

Handelsminister Garami widersetzte sich dem vermittelnden Antrag Kunfis, weil von ihm ein praktisches Ergebnis nicht zu erwarten sei. Die bisherigen Drohungen der Regierung sind immer erfolglos geblieben. Außerdem könne man auf die Gründung einer sozialdemokratischen Regierung nicht mehr verzichten, da diese eine unumgängliche soziale Notwendigkeit geworden sei. Johann Hock, Präsident des Nationalrates, der zu diesem Ministerrat eigens eingeladen wurde, teilte in vollem Maße meinen und Garamis Standpunkt. Auch deswegen verwarf er den Vorschlag Kunfis, weil der Funkspruch der bürgerlichen Minister eventuell den Anschein erwecken könnte, daß sie, der Macht verlustig, jetzt vor der Entente die Sozialdemokraten denunzieren möchten. Er meldete zugleich die vollste Unterstützung der Bürgerschaft zu Gunsten eines rein sozialdemokratischen Ministeriums an und teilte mit, daß er im Nationalrat einen Antrag auf dessen Auflösung einbringen werde.

Im selben Geiste äußerten sich alle anwesenden Minister, namentlich Alexander Juhasz, Stephan Szabo, Barna Buza, Paul Szende, Ernst Balogh, Vinzenz Nagy, Johann Vass und Julius Peidl, worauf der Ministerrat einstimmig den Beschluß faßte:

Daß die Regierung abdankt, ich auf meinem Platze verbleibe und am nächsten Tage ein rein sozialdemokratisches Kabinett ernenne, welches die Forderungen des Oberstleutnants Vix ebenfalls ablehnen wird.

Bei diesem Beschluß möchte ich mit allem Nachdruck noch zwei Umstände hervorheben: 1. Sämtliche sozialistischen Mitglieder des abtretenden Kabinetts stellten als Conditio sine qua non zur Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung mein Verbleiben als Präsident der Republik auf. 2. Der Beschluß wurde nicht nur einstimmig gefaßt, sondern alle anwesenden Minister haben in längeren oder kürzeren Ausführungen ihr Votum abgegeben, wobei sie nicht nur meine Resolution annahmen, sondern auch ihrer Begründung vollinhaltlich beistimmten.

Am Vormittag des nächsten Tages, des 21. März, hielt die Parteileitung der Sozialdemokraten eine Sitzung, in welcher die sozialdemokratischen Minister über die Lage berichteten. Zur gleichen Zeit beriet ich mich mit Politikern der in der Regierung nicht vertretenen bürgerlichen Parteien, klärte sie über die Lage auf und hörte ihre Ansichten. Sämtliche, unter ihnen Gabriel Ugron, der die Angelegenheit mit seinen politischen Freunden besprochen hatte, teilten meine Auffassung, daß man nichts anderes tun könne, als die Forderungen der Note zurückzuweisen und eine rein sozialdemokratische Regierung zu ernennen. Gabriel Ugron erklärte zugleich, daß seine Meinung mit der seiner Freunde und namentlich mit der des Grafen Stephan Bethlen übereinstimmt. Während ich mit Ugron unterhandelte, erhielt ich die Nachricht, daß 30.000 Eisenarbeiter unter dem Eindruck der Note von Vix zu der Partei der Kommunisten übergegangen seien.

Am frühen Nachmittag hielt der sozialdemokratische Parteivorstand eine Sitzung. Was da vorging, darüber äußerten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung in dem Ministerrat, der der sozialdemokratischen Sitzung folgte, mit keinem Wort, daher war ich, wie auch die bürgerlichen Minister, der Ueberzeugung, daß sie auf Grund des Beschlusses des Ministerrates am Tage vorher die persönlichen und sachlichen Angelegenheiten eines rein sozialdemokratischen Kabinetts besprochen hätten. Ebenso erwähnten die sozialistischen Minister weder vor mir noch vor den bürgerlichen Ministern mit einem Wort, daß schon am frühen Nachmittag, schon um drei Uhr, die Führerschaft der sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten eine schriftliche Vereinbarung abgeschlossen hatte, laut welcher die beiden Parteien sich fusionieren und entgegen dem Beschluß des Ministerrates keine sozialdemokratische, sondern eine Sowjetregierung bilden werden.

Der Ministerrat begann gegen 5 Uhr nachmittags und dauerte bis 7 Uhr abends, ohne daß ich oder die bürgerlichen Minister von diesen Vorgängen etwas erfahren hätten. Im Gegenteil: Der letzte Ministerrat bekräftigte nur unsere Ueberzeugung, daß nun eine sozialdemokratische Regierung kommen wird. Nur einige Belege hiezu will ich erwähnen: Der Handelsminister Garami, der, wie ich mich erinnere, an der Nachmittagssitzung seiner Parteileitung nicht teilgenommen hatte, machte eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Erledigung der in Schwebe befindlichen Angelegenheiten, welche bei einer Sowjetregierung gänzlich überflüssig gewesen wären (zum Beispiel Erhöhung des Aktienkapitals verschiedener industrieller Unternehmungen ꝛc.). Finanzminister Szende beantragte, die zeitliche Abwesenheit des Ministerpräsidenten Berinkey benützend, daß dieser zun einem hohen Richterposten ernannt werde, worauf Kriegsminister Böhm erwiderte, daß die neue Regierung die Verdienste Berinkeys vollauf zu würdigen gedenke und ihm einen sehr wichtigen Vertrauensposten einräumen werde. Später unterbreitete Kriegsminister Böhm auf Wunsch der sozialdemokratischen Partei seinen Vorschlag im Interesse der Freilassung der Kommunistenführer. Justizminister Juhasz bat dann, man möge die kommunistischen Führer erst am nächsten Tage befreien, weil die Stimmung in der Stadt sehr erregt sei und man sich fürchten müsse, daß sie Unruhen hervorrufen würden. Bemerken muß ich noch, daß infolge des Setzerstreiks seit drei Tagen keine Blätter erschienen waren, und daher die verbreiteten, gänzlich unkontrollierbaren Alarmnachrichten in der ganzen Stadt eine große Erregung hervorgerufen hatten. Böhm und Kunfi beruhigten den Justizminister, worauf wir beschlossen, daß ich die Freilassung der Kommunisten anordnen werde. Das war so gegen ½7 Uhr. Der Arbeiterrat war für 7 Uhr zusammenberufen. Etwas nach 7 Uhr — soweit ich mich erinnere — war der Ministerrat zu Ende, der sich in dem Bewußtsein aufgelöst hatte, daß ich nach der Sitzung des Arbeiterrates die neue sozialdemokratische Regierung ernennen werde. Kunfi versprach mir, mich nach der Sitzung des Arbeiterrates, wenn noch so spät, im Nationalpalast aufzusuchen, damit die neue Regierung gebildet werde. Die ausscheidenden bürgerlichen Minister nahmen von mir Abschied. Berinkey bat dann Kunfi, die neue Regierung möge ihm erlauben, noch eine Woche in der Wohnung des Ministerpräsidiums zu verbleiben, was Kunfi auch bereitwilligst versprochen hat.

Die Lage aber war schon damals in einem ganz anderen Sinne entschieden, als sie der Ministerrat lösen wollte. Schon nachmittags hatte der Soldatenrat auf Vorschlag seines Präsidenten Pogany beschlossen, die Kommunisten zu unterstützen; und er ließ sämtliche Autofahrzeuge, auch die der Minister, schon um 5 Uhr nachmittags requirieren. Die Platzwache geriet ganz in kommunistische Hände und als um 7 Uhr abends im Arbeiterrat Garbai als bereits feststehende Tatsache mitteilte, daß eine Sowjetregierung gebildet wird, hatten die Soldaten und Matrosen die Macht tatsächlich in ihre Hände bekommen, ohne daß von all dem das Kabinett und ich, die wir damals noch beisammen waren, irgend etwas erfahren hätten. Wie mir später Bela Kun mitteilte, waren auf dem Blocksberg vier Kanonen aufgestellt, um im Falle eines Widerstandes die Regierungsgebäude zu beschießen.

Von all dem hatte mir, dem Präsidenten, niemand Mitteilung gemacht. Statt dessen wurde ich nach 7 Uhr, als die Entschließung des Arbeiterrates bereits in die Oeffentlichkeit gedrungen war, durch einen journalistischen Vertrauensmann der Kommunisten, Paul Keri, aufgefordert, gegen meinen bisherigen Standpunkt und gegen den Beschluß des Ministerrates mit der neuen Situation zu rechnen. Nach dem Geschehenen mußte ich meine Abdankung beschließen und zur Vermeidung unnützen Blutvergießens — es war ja keine andere organisierte Kraft als die der Sozialisten vorhanden und die ganze bewaffnete Macht, Platzwache, Volkswache, Polizei, Heer, stand unter sozialistisch-kommunistischer Führung — unterschrieb ich die Proklamation, mit welcher ich abdankte und „die Macht dem Proletariat übergab", das dieselbe tatsächlich schon früher übernommen und proklamiert hatte. Ich brachte dieses Opfer — statt die billige Märtyrerkrone einer Verhaftung auf mich zu nehmen —, damit kein Bürgermetzel entstehe, damit auf den Straßen Budapests kein nutzlos vergossenes Blut fließe, damit das Land von den ärgsten Greueln eines Bürgerkrieges verschont bleibe.

Das ist die kurze und treue Vorgeschichte der Ausrufung der Räterepublik, soweit ich darin eine Rolle gespielt habe. Ich habe die Macht dem Proletariat nicht übergeben, da es dieselbe schon früher durch planmäßigen Ausbau eines sozialistischen Heeres errungen hatte. Ich besaß keine andere Wahl: Entweder nutzloses Blutvergießen und erbitterter Bürgerkrieg oder mich dem fait accompli fügen. Ich hätte wohl die billige Rolle eines Märtyrers der Bürgerschaft spielen können — sie hätte mir kaum etwas anderes, als meine Verhaftung gekostet —, aber Hunderte von Menschenleben wären dadurch gefährdet worden.

Dabei konnte ich mit Recht hoffen, daß die Arbeiterschaft unter der Führung der ehemaligen sozialistischen Minister die Schattenseiten des russischen Experimentes vermeiden werde, wenn sich die Sachen glatt und ohne Widerstand der Bourgeoisie entwickeln würden. Ferner konnte ich mit Recht hoffen, daß das einige Proletariat den Verteidigungskrieg gegen die Zerstückelung des Landes nun mit einheitlicher moralischer Kraft aufnehmen werde.

Ich glaube auch heute unentwegt daran, daß die arbeitende Menschheit das endgültige Schicksal Europas entscheiden wird, und nicht ein Häuflein von Heerführern und Diplomaten. Ich glaube auch heute unverändert, daß das Dogma der Heiligkeit des Privateigentums im alten Sinne nicht aufrecht zu erhalten ist, daß eine weitgehende Sozialisierung der Wirtschaft folgen wird mit Zurückdrängung des Kapitalismus. Das russische Experiment beweist nichts gegen diese Auffassung. Das russische Volk handelt unter dem Drucke des Hungers und der Verzweiflung. Wenn nur einmal die Einheit des europäischen Proletariats zustande

Pester Lloyd

29/7 1919.

29/7

62

Budapest, 28. Juli.

Der Raub an Ungarn, den die Entente in dem Friedensvertrag von St. Germain durch die Angliederung Westungarns an Deutschösterreich begehen will, hat kaum seinesgleichen in der Geschichte der gesitteten Völker. Deutschösterreich selbst erhebt auf das westungarische Gebiet unter dem Titel der nationalen Zugehörigkeit Anspruch und wollte diesen Anspruch dennoch durch eine Volksabstimmung geltend machen. Der Wille des Volkes sollte darüber entscheiden. Die imperialistischen Ententeführer finden jedoch jede Volksabstimmung überflüssig und haben Westungarn ohne viel Federlesens, aus eigenem Machtwillen Deutschösterreich zugesprochen. Sie schieben nach dem Vergleich Wilsons das Volk Westungarns wie Schachfiguren von einem Staat zum anderen. Woher diese große Zuneigung für Deutschösterreich, das die Entente im Friedensvertrage sonst so grausam behandelt und verkürzt? Die Erklärung ist wahrlich nicht schwer. Bei der Aufteilung der Beute bekunden die gefräßigen kleinen Wölfchen eine unersättliche Gier, die aus dem Körper Deutschösterreichs allein unmöglich befriedigt werden kann. Das gerissene, auf dem Boden liegende, wirtschaftlich erschöpfte Deutschösterreich kann für die ihm auferlegten Verpflichtungen selbst nicht aufkommen. Italien, Jugoslavien und Rumänien fordern auch eine ansehnliche Beute an Vieh von Deutschösterreich. Die Milchkühe liefern sich wohl aus den Alpenwirtschaften Deutschösterreichs noch herbeischaffen, doch mangelt es dem Schuldner an Zugvieh, Schweinen und Pferden. Der Vasall ist demnach zahlungsunfähig; nun soll er auf einfache Weise fahrbereit gemacht werden. Mangelt es ihm an Vieh, so soll ihm dieses Zahlungsmittel durch ein großmütiges Geschenk der Entente bereitgestellt werden. Man reißt einfach der Ungarischen Räterepublik noch ein Stück aus dem lebendigen Leibe. Die drei westungarischen Komitate bilden ein reiches Agrargebiet, das über einen ergiebigen Viehbestand verfügt. Laut der Statistik des Jahres 1912 bezifferte sich der Viehstand in diesen Gebieten auf etwa 400.000 Rindvieh, 350.000 Stück Schweine, 80.000 Stück Schafe und 60.000 Stück Pferde. Schenkt man dieses Westungarn den Deutschösterreichern, so könnten sie mit einem Schlag den durch den Friedensvertrag ihnen auferlegten Viehtribut Italien, Jugoslavien und Rumänien gegenüber leisten.

Was schert es die Entente, daß Jugoslavien und Rumänien selbst Viehzüchter sind, die einen ansehnlichen Ueberschuß an Rindvieh, Borstenvieh und Pferden verfügen, unvergleichlich, als die viehreichsten Gebiete Ungarns, ganz Südungarn, das Banat und Siebenbürgen eben diesen unseren Armen zur Beute fallen. Der imperialistische Ententekapitalismus fragt nicht nach den Ernährungsmöglichkeiten der besiegten Länder. Es ist ihm ganz gleichgültig, ob das arbeitende ungarische Volk, des größten Teiles des einstigen Viehbestandes Ungarns beraubt, sich noch werde ernähren können. Das in Viehüberfluß schwelgende Serbien und Rumänien soll auch den letzten Bissen Fleisch des ungarischen Arbeiters erhalten. Der wirtschaftliche Unsinn, der darin liegt, dient der Ententebourgeoisie bei dieser Vergewaltigung nicht im mindesten als Hemmnis.

Das gefügige Deutschösterreich begibt sich durch den Friedensvertrag in das Joch des Ententekapitalismus, verdammt seine Arbeiter durch den Frieden dazu, den Ententekapitalisten jahrzehntelang Dividenden, Tantiemen und Rentenziffern zu erarbeiten. Es soll aber für seine Friedensbereitschaft einen Sklavenlohn erhalten, der, gleich seine Zahlungsfähigkeit und die Arbeitswilligkeit seines Proletariats zu erhoben geeignet ist. Die Entente weiß aus Erfahrung allzu gut, daß die Politik Deutschösterreichs mit der Politik des Magens eng verquickt ist. Für die bloße Hoffnung, Lebensmittel zu erhalten, ist dieses Deutschösterreich, insbesondere die Hauptstadt Wien, die heute fast den ganzen deutschösterreichischen Staat bedeutet, zu jedem Frieden bereit. Da gaukelt nun die Entente, die sich in Wien schon bisher als Fütterungsmächte gebärdete, der Bourgeoisie und dem Wiener Proletariat kulullische Verpflegsgenüsse vor. Seid Ihr Deutschösterreicher willig, werdet Ihr unsere gehorsamen Knechte, so schenke ich Euch Westungarn, diese ergiebige Lebensmittelkammer, aus der Ihr Euch sattessen könnt! Denn nicht nur Vieh gibt es in Westungarn, sondern auch Getreide, Obst, Kartoffeln, Gemüse in Hülle und Fülle.

Die Stadt Wien hat in der Zeit der Kriegsnahrung aus den westungarischen Komitaten einen großen Teil ihres Lebensmittelbedarfes gedeckt. Was der Besitz dieser Territorien für die Brotversorgung Wiens bedeuten würde, geht aus den folgenden Ziffern hervor: Die Anbaufläche der auszugliedernden Komitate betrug im Frieden etwa 570.000 Hektar, wovon 40.000 Hektar auf Weizen, fast 100.000 Hektar auf Roggen, rund 75.000 Hektar auf Gerste und je 50.000 Hektar auf Hafer, Mais und Kartoffeln entfielen. Die Ernte stellte sich 1912 auf 1·9 Millionen Meterzentner Weizen, je eine Million Meterzentner Roggen und Gerste, je etwa 700.000 Meterzentner Hafer und Mais und 4·2 Millionen Meterzentner Kartoffeln. Die in diesen Komitaten befindlichen Zuckerfabriken erzeugten in der Kampagne 1913/14 rund eine Million Meterzentner Zucker. In normalen Jahren steht den westungarischen Komitaten ein Exportüberschuß von rund einer Million Meterzentner Brotfrucht zur Verfügung. Diese Kornkammer, die nicht ihr gehört, schenkt nun die Entente dem deutschösterreichischen Schuldner, damit dieser billiger arbeiten könne und dadurch zahlungsfähiger werde.

Sie hat aber die Rechnung wieder ohne den Wirt gemacht. Die Sozialisten Deutschösterreichs standen bisher auf dem Standpunkt, daß die Zugehörigkeit Westungarns durch eine Volksabstimmung entschieden werde, und wir haben keinen Anlaß, an der Ehrlichkeit ihrer diesbezüglichen Politik zu zweifeln. Viele Zeichen sprechen dafür, daß der Rücktritt des Staatssekretärs Bauer vom Staatsamt für Aeußeres zum Teil auch mit diesem Gewaltakt der Entente zusammenhänge. In Wort und Schrift hat Bauer wiederholt feierlich erklärt, daß in territorialen Fragen nur der unbeeinflußte Volkswille entscheiden dürfe. Ein selbstbewußter und ehrlicher Sozialist wird sich niemals dazu hergeben, um an dem imperialistischen Raube der Ententekapitalisten, den die österreichische Bourgeoisie gern mittun würde, als Helfershelfer zu wirken. Das größte Hindernis der Angliederung Westungarns an Deutschösterreich liegt jedoch in dem Widerstande des arbeitenden Volkes von Westungarn selbst. Der ungarländischen Räteregierung gehen von Tag zu Tag Kundgebungen aus dem Kreise des westungarischen Proletariats zu, in denen dagegen Verwahrung eingelegt wird, daß diese Gebiete der Räterepublik entrissen und einem kapitalistischen Staate einverleibt werden. Selbst die deutschnationalistische Bourgeoisie Westungarns, auf die sich Deutschösterreich in seinem Anspruch auf diese Gebiete gestützt hat, wünscht die Volksabstimmung zur Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit. Ohne diese Volksabstimmung kann das westungarische Problem unmöglich friedlich gelöst werden. Westungarn würde, durch den Machtspruch der Entente an Deutschösterreich gegliedert, diesem zu einem Danaergeschenk. Der Rätegedanke wurzelt auch in diesem Teile Ungarns so tief, der revolutionäre Geist des dortigen Proletariats ist so lebendig, die Arbeiterschaft ist auch dort vom sozialistischen Prinzip so durchdrungen, daß das kapitalistische Deutschösterreich mit diesen Gebieten nichts anzufangen wüßte und durch die Angliederung sich einen stets flammenden Brandherd schaffen würde. Der Wiener Bürgersinn, der vor jeder Berührung mit dem ungarischen Bolschewismus erschauert, dessen Aengstlichkeit sich auch auf die Wiener Behörden verpflanzt hat, die die Ammenmärchen über unterirdische Bankanschläge und bolschewistische Besetzungspläne sich mit bewunderungswürdigem Eifer zueigen gemacht haben, könnte wenn mit der Terminologie der Entente zu sprechen — mit diesem westungarischen Bazillenherd des Bolschewismus kaum fertig werden. Die Herren in Wien scheinen das zu ahnen. Selbst der christlichsoziale Vizekanzler Fink erklärte in der letzten Sitzung der deutschösterreichischen Nationalversammlung, „Westungarn soll zu uns nur kommen, wenn das sein eigener, freier, in unbeeinflußter Volksabstimmung bekundeter Wille ist." Deutschösterreich würde der westungarische Raub keinen Segen bringen. In Zittern und Schmerz hätten die Wiener ihr bitteres westungarisches Brot zu essen.

Pester Lloyd
30/7 919.
63

Für Budapest mit Zustellung ins Haus: Ganzjährig 144 Kronen, halbjährig 72 Kronen, vierteljährig 36 Kronen, monatlich 12 Kronen. Für das Inland mit Postversendung: Ganzjährig mit Morgen- und Abendblatt 240 Kronen, halbjährig 120 Kronen, vierteljährig 60 Kronen, monatlich 20 Kronen. Nur Morgenblatt: Ganzjährig 180 Kronen, halbjährig 90 Kronen, vierteljährig 45 Kronen, monatlich 15 Kronen. Nur Abendblatt: Ganzjährig 120 Kronen, halbjährig 60 Kronen, vierteljährig 30 Kronen, monatlich 10 Kronen. Für die separate Zustellung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 12 Kronen zu entrichten.

Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 50 K, für alle übrigen Staaten 45 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

In Budapest, in der Administration des Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: A. Oppelik, H. Schalek, Győri & Nagy, Julius & Co., Gab. Leopold, Ant. Reich, Rudolf Mosse, Jul. Tanzer, Ludwig Rapp, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: A. Oppelik Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller.

Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller.

Redaktion und Administration: V., Báros Vaskapu-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang. Budapest, Mittwoch, 30. Juli 1919 Nr. 176

Eine Deklaration der Entente.

Manifest der Räteregierung an das Weltproletariat.

Budapest, 29. Juli.

Vier für Ungarn bedeutungsvolle Aktenstücke wurden seit gestern der Oeffentlichkeit übermittelt. Der sozialdemokratische Ministerpräsident des tschecho-slowakischen Staates hat an den sozialistisch-kommunistischen Volksbeauftragten für Aeußeres Béla Kun eine Note gerichtet. Volksbeauftragter Kun hat unverzüglich geantwortet. Tusar bemüht sich, den diplomatischen Ton anzuschlagen. Béla Kun weist, wie bisher immer, die alten diplomatischen Formen entschieden von sich. Er, der bisher in seinen Aktenstücken stets als Mensch zum Menschen gesprochen hat, wendet sich in seiner Antwort an den tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten als Sozialist an den Sozialisten. Vielleicht wird ihn Tusar verstehen, vielleicht wird ihn der jetzt im tschechischen Ministerpräsidenten noch die Erinnerung an jene Zeit, wo auch er den unentwegten Klassenkampf verkündet, wo auch er im Vereine mit seinen deutschen Genossen für die internationale Solidarität der Arbeitenden gewirkt hat. Vielleicht kann sich Tusar noch der nationalistisch-chauvinistischen Bande entledigen, in die er und viele der tschechischen Arbeiterschaft verstrickt wurden. Die Wünsche des Nationalisten Tusar hat Béla Kun sämtlich erfüllt. Wird Tusar dafür Sorge tragen, daß die bescheidenen Wünsche des Sozialisten Béla Kun, die sich auf das Schicksal jener Proletarier beziehen, die durch die tschecho-slowakischen Truppen bei ihrem Rückzuge verschleppt worden sind und die Verhinderung der Organisation einer bewaffneten weißen Gegenrevolution gegen die Ungarische Räterepublik im besetzten Gebiete bezwecken, also die elementarsten Anforderungen darstellen, die ein Sozialist an den anderen stellen kann, in Erfüllung gehen?

Das zweite Aktenpaar, dessen Inhalt uns heute zugänglich gemacht wird, ist im internationalen Verkehr noch ungewohnter. Vor etwa vierzehn Tagen haben wir eine Note an Clemenceau gerichtet, in der den Waffenstillstandsvereinbarungen gemäß die Räumung des durch die rumänischen Truppen widerrechtlich besetzten Gebietes zum wiederholtenmale gefordert wird. Wir wiesen darauf hin, daß wir diese Vereinbarungen bis in die kleinsten Einzelheiten eingehalten haben, während die Rumänen sich an die Weisungen der Entente gar nicht kehren. Diese unsere Note blieb unbeantwortet. Wir mußten Vorbereitungen treffen, um dem Willen der Entente mit den Waffen in der Hand Geltung zu verschaffen und die Rumänen aus dem Gebiete jenseits der Theiß zu verjagen. Die Rumänen wandten sich, von unserer Roten Armee schwer bedroht, mit Hilferufen nach Paris. Unter dem Eindruck der ersten Erfolge unserer Truppen stand man in Paris wieder einmal ratlos da. Der Fünfer- oder Viererrat trat zusammen, um zum so und so vielten Male über das widerspenstige Ungarn schlüssig zu werden. Diesmal ging es nicht so leicht, denn man konnte nicht auf den Ungehorsam der ungarischen Räteregierung hinweisen. Den Bedingungen, die die Entente in ihrer letzten Note an uns gestellt, hatte die ungarische Räteregierung samt und sonders entsprochen. Gegen die braven rumänischen Bundesgenossen, die sich so ungebührig benahmen, wollte man nicht vorgehen. Béla Kun hatte in seiner Note unangenehme Fragen gestellt, die die Entente nicht beantworten konnte. Es war darin von Tatsachen die Rede, die in keiner Weise abgeleugnet werden konnten. Die alten Diplomaten sind indessen nicht in Verlegenheit, wenn es sich darum handelt, Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, Wahrheiten zu bemänteln, Nichtswürdigkeiten zu beschönigen. Die amerikanische und die italienische Presse schwatzt abermals aus der Schule. Die Friedenskonferenz konnte einen Entschluß über die ungarische Frage nicht fassen, weil die italienische, französische und englische Arbeiterschaft sich beharrlich und entschieden dem Eingreifen — so heißt es in dem amerikanischen Blatte — in das ungarische Sowjetexperiment widersetzt. Darüber hinaus wird überall die Demobilisierung gefordert, und selbst die Truppen, deren Klassenbewußtsein noch nicht so weit gediehen ist, wie die des Ententeproletariats, sind nicht willens, ihre Haut für die räuberischen Interessen des kapitalistischen Imperialismus auf dem Markt zu tragen. Die amerikanische Delegation, deren Mitglieder doch noch einen Funken von Menschlichkeit und Gescheitheit in sich tragen, forderte, daß die bei Abschluß des Waffenstillstandes zugestandenen Gebiete geräumt werden, und man könnte es den Ungarn nicht verübeln, wenn sie selbst zur Wiederbesetzung schreiten. Das Eingreifen der amerikanischen Delegierten scheint nun die Ratlosigkeit der Pariser Herren nur noch gesteigert zu haben. Am nächsten Tage beriet man wieder und man konnte abermals zu keinem Entschluß kommen; die Sache drängte, die Rumänen waren in Gefahr und da griff man nun zu einem Mittel, das beredt für die geistige Armut und die tückische Verstellungskunst derjenigen Leute zeugt, die die Vermessenheit haben, über das Schicksal der Welt entscheiden zu wollen.

Die Deklaration, die die vereinigten und verbündeten Regierungen veröffentlichen, reiht sich an Wahrheitsliebe würdig den diplomatischen Aktenstücken an, die seit neun Monaten den Besiegten übermittelt werden. Sie enthält nichts als Lügen und Entstellungen, falsche Thesen und noch unrichtigere Schlüsse. Es wird darin die Versorgung der Völker und der wirtschaftliche Aufbau Mitteleuropas mit dem Bestand der Ungarischen Räterepublik in kausalen Zusammenhang gebracht. Ungarn trägt demnach die Schuld, daß die deutschen Frauen und Kinder noch immer hungern, daß in Deutschland die wöchentliche Fleischration noch immer 20 Dekagramm beträgt, daß in den deutschen Städten die auf das Mindestmaß herabgesetzte Brotration noch immer nicht zur Verteilung gelangen kann, die Ungarische Räterepublik ist schuld daran, daß Deutschösterreich außerstande ist, die unerschwinglichen Wucherpreise für Lebensmittel, die die Entente liefern kann, zu bezahlen, die Ungarische Räterepublik ist schuld daran, daß Staatskanzler Renner von St.-Germain aus täglich Noten an die Pariser Machthaber richten muß, sie möchten doch der hungernden österreichischen Bevölkerung die notwendigsten Lebensmittel zukommen lassen. Ist die Kohlennot, die die deutsche Industrie infolge der unsinnigen Räuberpolitik der Entente in gleicher Weise lähmt, wie die Deutschösterreichs, vielleicht ebenfalls darauf zurückzuführen, daß das ungarische Proletariat den Mut hatte, das Joch des Kapitalismus abzuschütteln? Auf ähnlich schwachen Füßen stehen die übrigen Behauptungen dieser jüngsten Mißgeburt der Ententediplomatie. Volksbeauftragter Béla Kun beeilt sich, die Deklaration der Entente zu beantworten. In einem Manifest an das Weltproletariat widerlegt er von Satz zu Satz die verlogenen Behauptungen der Erklärung. Er erbringt den Beweis, daß die kapitalistischen Führer der Ententenationen kein anderes Ziel vor Augen haben, als die Vernichtung der Sowjetrepubliken, denn der bloße Bestand der beiden Staaten der Arbeitenden birgt die Gefahr in sich, die so gierig ersehnte, mit dem Blute des eigenen Proletariats erkaufte Beute der imperialistischen Ententestaaten in letzter Stunde zunichte zu machen.

Die Deklaration der Entente wird nach jeder Richtung hin die sicherlich beabsichtigte Wirkung verfehlen. Den Herren Gegenrevolutionären wird sie ein schwacher Trost sein, denn selbst diesen, die sich daran gewöhnt haben, zwischen den Zeilen zu lesen, wird es beim besten Willen nicht gelingen, aus dem Aufrufe der Entente die frohe, längst ersehnte Kunde zu entnehmen, daß die Entente entschlossen ist, der ungarischen Räteregierung mit bewaffneter Hand ein Ende zu bereiten. Alle bisher gehegten Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Es ist auch in dieser letzten Kundgebung der Entente von einer militärischen Operation der alliierten und assoziierten Staaten gegen Ungarn nicht die Rede, auch nicht von einer militärischen Besetzung Ungarns. In welchen Absätze ist nun diese Deklaration gerichtet? Vielleicht an die des ungarischen Proletariats? Dieses hat wiederholt bewiesen, da es sich durch die Liebesverbungen der Ententekapitalisten, die es über sich brachten, Millionen von Frauen und Kindern schonungslos dem Hungertode preiszugeben, nicht einen Augenblick irreführen läßt. Glaubt denn die Entente, daß dieses Proletariat, das am 21. März unbekümmert um die Gefahren und Hindernisse den Weg der Tat betreten und seither wiederholt den festen Willen gezeigt hat, auf diesem Weg unerschütterlich vorwärts zu schreiten, daß dieses Proletariat jetzt, wo es sieht, wie die Völker Deutschlands und Deutschösterreichs, die sich auf Geheiß ihrer Führer in Erwartung der Belohnung so brav aufgeführt haben, von der Entente behandelt worden sind, auch nur einen Augenblick wankend gemacht werden kann? Das ungarische Proletariat will den Frieden, es will den Frieden auch mit den kapitalistischen Nachbarn, damit es endlich ungestört seine schaffende Arbeit beginnen kann. Es wendet sich an die Völker der Entente mit den Worten Shylocks: „Ihr nehmt uns das Leben, wenn Ihr uns die Mittel nehmt, mit denen wir leben sollen." Das arbeitende Volk der Entente wird, so hoffen wir zuversichtlich, den Willen des ungarischen Proletariats zum Leben verstehen und würdigen.

Paris, 27. Juli.

(Funkspruch.) Die alliierten und assoziierten Regierungen haben nachstehende Erklärung veröffentlicht:

Den alliierten und assoziierten Regierungen wäre es sehr erwünscht, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen und dadurch einen Zustand zu beendigen, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unmöglich macht und der Verpflegung der Bevölkerung unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Jedoch ist es unmöglich, das Verpflegungswerk zu beginnen, bevor nicht in Ungarn eine Regierung besteht, die den Volkswillen darstellt und die mit den alliierten und assoziierten Regierungen eingegangenen Verpflichtungen dem Buchstaben und dem Geiste nach ausführt. Die Regierung Béla Kuns entspricht diesen Bedingungen in keiner Weise. Nicht nur, daß sie nicht das ungarische Volk darstellt, greift sie gegenwärtig auch eine befreundete Macht an.

Die alliierten und assoziierten Regierungen werden unter eigener Verantwortung jene Maßregeln ergreifen, die diese besondere Frage notwendig macht. Wenn Lebensmittel geliefert werden sollen, die Blockade aufgehoben, der wirtschaftliche Wiederaufbau begonnen werden und Friede sein soll, muß das ungarische Volk durch eine tatsächlich repräsentierende Regierung und nicht durch eine solche, deren Autorität auf dem Schrecken beruht, vertreten sein.

Selbstverständlich wird jede Besetzung des ungarischen Territoriums, insofern dieses von der Friedenskonferenz als solches bezeichnet wurde, durch fremde Truppen gleich ein Ende nehmen, wenn der Kommandierende der alliierten Truppen von der richtigen Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen überzeugt sein wird.

Auf die Erklärung der Entente, sie unterhandle mit der Räteregierung nicht, erläßt diese folgenden Aufruf an die Proletarier aller Länder:

Proletarier aller Länder!

Die Bourgeoisregierungen der Ententemächte wollen uns nun durch die Gewalt der Waffen und der Aushungerung von neuem das abgeschüttelte Joch des Kapitalismus auferlegen. Die Macht der Waffen, der Blockade und der Verleumdungen sind bisher an der

Zustellung hierher für das Inland und Oesterreich Morgen- und Abendblatt: Ganzjährl. 160 Kronen, halbj. 76 Kronen, viertelj. 38 Kronen, monatl. 13 Kronen. Blaues Morgenblatt: Ganzjährig 100 Kronen, halbjährig 50 Kronen, viertelj. 25 Kronen, monatlich 9 Kronen. Blaues Abendblatt: Ganzjährlich 60 Kronen, halbj. 30 Kronen, viertelj. 15 Kronen, monatl. 6 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten. Für Wien auch durch Herrn. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 15 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Bureaus: J. Blockner, S. Lakatits, Győri & Nagy, Haasenstein & Vogler, Gebr. Lodgold, Ant. Goos, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Nagel, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Aus alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Ausande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd. Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller. Morgenblatt auf den Bahnhöfen 60 Heller. Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang. Budapest, Freitag, 1. August 1919 Nr. 178

Erklärung.

Heute nachmittag ist in Wien angeblich im Verlage der Direktion der Pester Lloyd-Gesellschaft eine Zeitung erschienen, die den Namen unseres Blattes Pester Lloyd führt, sich als amtliches Organ der Szegeder Gegenregierung präsentiert und angeblich von Mitgliedern der Budapester Redaktion des Pester Lloyd hergestellt wird.

Demgegenüber halten wir es im Interesse der Wahrheit für geboten festzustellen, daß die Redaktion des Pester Lloyd, mit Ausnahme zweier Mitglieder, die den Redaktionsverband verlassen mußten, aus denselben Mitarbeitern besteht, die vor dem 21. März der Redaktion des im Verlage der Pester Lloyd-Gesellschaft erschienenen Pester Lloyd angehört haben. Die Redaktion hat seit dem Bestande der Räterepublik kein einziges neues Mitglied in ihren Verband aufgenommen.

Die Mitarbeiter des Pester Lloyd versehen in diesen für das Land wie für die Zeitung selbst ernsten Zeiten mit gewohntem Pflichtbewußtsein ihren schweren, aufreibenden Dienst in der festen Ueberzeugung, eine Entwirrung aus der durch den furchtbaren fünfjährigen Weltkrieg hervorgerufenen kritischen Lage sei nur dadurch möglich, daß die Arbeitenden selbst die Produktion in die Hand nehmen und sie für die arbeitende Gesellschaft organisieren.

Die Redaktion des Pester Lloyd:

Ernst Bródy,
Leiter der Redaktion.

Alfred Anda, Dr. August Bari, Gustav Baum, Zoltán Bendel, Siegfried Boskowitz, Ernst Deutsch, Otto Fiala-Dóri, Dr. Theodor Friedrich, Hans Hammerschlag, Romulus Kácser, Hans Katz, Anton Lázár, Lev Lázár, Eugen Mohácsi, Thomas Moly, Julius Nagy, Matthes Nitsch, Alexander Pfeifer, Dr. Leopold Pollák, Marius Rabinovszky, Otto Rauch, Jacques Sarlós, Dr. Heinrich Schiller, Hans Schlenker, Heinrich Schwét, Dr. Karl Sebestyén, Karl Szabó, Dr. Josef Turóczi.

Befehl.

Alle Roten Soldaten, die das Feld ungerechtfertigt verlassen haben, haben sich innerhalb von vierundzwanzig Stunden behufs Instradierung nach dem Felde bei ihren Ersatzkörper zu melden.

Gegen alle, die diesem Befehl zuwiderhandeln, kommen standrechtliche Maßregeln zur Anwendung.

Am 31. Juli 1919.

Armeeoberkommando.

Budapest, 31. Juli.

Alle Anstrengungen der parlamentarischen Staaten, ihr Dasein auf der alten Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft fortzuführen, scheitern in erster Reihe an der staatsfinanziellen Unmöglichkeit. Die Staatsvoranschläge, die bisher bekannt wurden, weisen so riesige Defizite auf, für die keine Deckung gefunden werden kann und bei denen die Fortführung der Staatsgeschäfte für kurze Zeit nur durch weitere Fortsetzung jener Papiergeldvermehrung möglich ist, die die kapitalistische Welt dem russischen und dem ungarischen Sowjetstaat so häufig vorwirft. Aus diesen Staatsvoranschlägen läßt sich schon heute die Gewißheit des nahen Staatsbankerotts feststellen. Das Defizit des laufenden Budgetjahres wird in Frankreich auf 12 Milliarden Francs, jenes von Deutschland auf 7 Milliarden Mark, das der Tschecho-Slowakei auf 4·6, das Jugoslawiens mit 2·6 Milliarden Kronen und das Italiens auf 2½ Milliarden Lire veranschlagt. Der Staatsvoranschlag aber, den der Staatssekretär für Finanzen der deutschösterreichischen Nationalversammlung soeben unterbreitet hat, weist trotz optimistischer Präliminierung ein Defizit von nahezu fünf Milliarden Kronen auf. Ueberall also dieselben Symptome der vollständigen finanziellen Zerrüttung, der stockenden Produktion, der unerschwinglichen Kriegsschulden, des riesenhaften sozialen Aufwandes und der explosiven Steigerung der Löhne und Gehälter. Das größte Kontingent des Finanzbedarfes besteht jedoch in allen Staaten gleicherweise in dem Schuldenzinsdienst der Kriegsanleihen. Die bisherigen Staatseinnahmen: Steuern, Gebühren, Zölle, Gefälle usw. ergeben nicht einmal den Betrag des Staatsschuldendienstes. Die Staatsbetriebe arbeiten überall mit bedeutendem Verlust. Die verschiedenen Finanzpläne zur Abtragung der Kriegsschulden gründen sich im Wesen überall — mit Ausnahme Englands — auf die einmalige große Vermögensabgabe. Die oberflächlichste Berechnung fördert jedoch sofort die klare Gewißheit zutage, daß selbst die höchste Vermögensabgabe bloß einen Bruchteil der Kriegsschulden abzutragen vermag, der größte Teil jedoch verschleppt und verzinst werden muß, was einen Staatsschuldenaufwand verursacht, den die nationale Gesamtproduktion nirgend zu erschwingen vermag. Wäre das Fortwirtschaften auf der alten Basis noch möglich, so würden die jährlichen Defizite die Staatsschuldenlast von Jahr zu Jahr noch erhöhen, so daß statt einer Besserung der Finanzlage notwendigerweise eine stete Verschlimmerung eintreten müßte. Dem staatsfinanziellen Zusammenbruch können also die Staaten, die in den Krieg verwickelt waren, nicht mehr entgehen.

Ganz besonders hoffnungslos ist die staatsfinanzielle Lage der besiegten Staaten. Einsichtsvolle Fachleute, vorurteilslose Finanzpolitiker des Deutschen Reiches geben diese Tatsache unumwunden zu. Die Volkswirtschaft Deutschlands könnte selbst bei ihrer einstigen vorkriegszeitlichen Leistungsfähigkeit nicht einmal den eigenen Aufwand des Reiches erschwingen, geschweige denn die riesigen finanziellen Lasten, die der Pariser Friedensvertrag dem besiegten Reiche auferlegt. Kapitalistische Finanzgelehrte, wie Helfferich und Ballod, haben ziffernmäßig nachgewiesen, daß Deutschland die Kosten seines staatlichen Daseins sowie des Friedens nicht aufbringen kann und finanziell unbedingt zusammenbrechen muß. Und nun enthüllt der deutschösterreichische Staatssekretär für Finanzen die ähnliche traurige Wahrheit. In seinem Exposé äußert sich Dr. Schumpeter, daß das besiegte Deutschösterreich im Laufe einiger Jahre wohl imstande gewesen wäre, seine Finanzen zu rekonstruieren und zu einem geordneten Haushalte zu gelangen, doch sei diese Hoffnung durch den St. Germainer Friedensvertrag zunichte geworden. Dieser Vertrag lasse keinen Ausweg und keine Hoffnung übrig, welches System immer auch Deutschösterreich einschlagen möge. Einige Daten aus dem deutschösterreichischen Staatsvoranschlag decken diese Hoffnungslosigkeit der Finanzlage in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit auf. Der Gesamtabgang wird im Budget mit nahezu fünf Milliarden veranschlagt, wobei das Budget nur 21 Prozent der 83 Milliarden betragenden Staatsschuld des alten Oesterreich zu Lasten von Deutschösterreich einstellt, während der Friedensvertrag etwa 70 Prozent diesem Staate auferlegt. Trotz dieser willkürlich fast nur mit einem Drittel aufgenommenen geringen Quote beträgt das Gesamterfordernis der Staatsschulden nahezu 3½ Milliarden. Für soziale Aufwendungen, unter denen auch die Kosten der Lebensmittelbeschaffung figurieren, ist ein Betrag von über drei Milliarden eingestellt. Das gesamte Budget weist Staatsausgaben in der Höhe von 8½ Milliarden gegenüber Einnahmen von nur 3½ Milliarden auf, und dabei sind in diesem Fünf-Milliarden-Defizit die onerosen Verpflichtungen aus dem St. Germainer Friedensvertrag überhaupt noch gar nicht berücksichtigt. Von einer Deckung der ins Riesenmäßige gewachsenen Staatsausgaben durch eine entsprechende Erhöhung der Staatseinnahmen kann schon gar keine Rede sein. Selbst die fabelhaftesten Anstrengungen zur Erhöhung der einzelnen Einnahmeposten ergeben bloß lächerlich kleine Resultate. Die Staatsbetriebe arbeiten ebenfalls mit wesentlichem Verlust: so beträgt das Defizit der Staatsbahnen 180 und das der Post 103 Millionen Kronen.

Wie soll nun aus diesem finanziellen Chaos ein Ausweg gefunden werden? Es ist ganz eigentümlich, daß erfahrene Männer, die mit dem Rechenstift umzugehen verstehen, noch immer in dem Wahne leben, die Staatsmaschinerie auf der alten Grundlage des Steuerstaates weiterführen zu können, wo es doch offenbar ist, daß das geschwächte, gebietlich so wesentlich verstümmelte Deutschösterreich auf kapitalistischer Grundlage unmöglich den Achtmilliardenaufwand und noch dazu das vorerst ganz unbestimmbare Millionenerfordernis des Friedensvertrages erarbeiten kann. An der Fiktion, daß der Staat nach dem alten Rezept aufrechterhalten werden könne, daß das arbeitende Volk alle Kosten des Krieges ersterem, dem Sieger und zweitens den Kriegsanleiheinhabern des eigenen Staates zu verzinsen vermochte, wird noch immer hartnäckig festgehalten. Deutschösterreichische Staatsmänner stammeln den Finanzkapitalisten und Industriebaronen noch immer den Wunsch nach, die Ehre der Nation gebiete das Einhalten des gegebenen Versprechens, die Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen, die ungekürzte Verzinsung aller Staatsschulden. Auch die Kapitalisten Deutschösterreichs geben sich noch heute dem Irrwahn hin, ihre wirtschaftliche Position ließe sich für die Zukunft durch eine Abwälzung vervielfachter Arbeit auf die Schultern des arbeitenden Proletariats retten. Sie rechnen weder mit einem Staatsbankerott noch mit einer Sozialisierung aller Produktionsmittel, sie wollen das Geschäft auf privatwirtschaftlicher Grundlage weiterführen und glauben dies dadurch erzielen zu können, daß die Löhne und Gehälter herabgedrückt werden, die Arbeitsleistung des Volkes aber hinaufgeschraubt wird.

Der deutschösterreichische Staatsvoranschlag macht all diese Erwartungen zuschanden. Auf kapitalistischer Grundlage kann es keine Hilfe für Deutschösterreich geben. Auch dort muß und wird der gründliche Wandel erfolgen, denn es gibt keinen anderen Ausweg. Aus dem Steuerstaat muß ein Arbeitsstaat werden, der sich aller Produktionsmittel bemächtigt, um den Bedarf für die Staatsnotwendigkeiten im Wege der Beschlagnahme des Gesamtergebnisses der Produktion zu sichern. Aus keinem — noch so großen — Anteil des privatwirtschaftlichen Ertrages können die Milliarden herbeigeschafft werden. Ein Finanzsystem, bei dem der Anteil der gesamten Privatwirtschaft an den Staatsausgaben nicht einmal die Hälfte der Staatsschulden zu decken vermag, dieser kolossale Staatsschuldendienst hinwieder zum überwiegenden Teile der arbeitslosen Bereicherung eben dieser Privatwirtschaft durch Renten dient, ist reif zum Zusammenbruch. Der ehemalige Minister des Aeußern Graf Czernin, sicherlich kein Kommunist, hat jüngst den Ausspruch getan, daß Deutschösterreich „vielleicht" gezwungen werden wird, mit dem großen bolschewistischen Vormarsch mitzugehen. Der Staatsvoranschlag Schumpeters stempelt dieses „vielleicht" des Grafen Czernin zu einer völligen Gewißheit.

Die Machenschaften der Entente gegen die Räteregierung.

Budapest, 31. Juli.

Volksbeauftragter für Aeußeres Béla Kun sah sich heute abermals veranlaßt, sich in einem Aufruf an die Völker aller Länder zu wenden, um die nichtswürdigen, tückischen Machinationen der Ententemachthaber zu brandmarken und das Lügengewebe zu zerreißen, das ohne Unterlaß tagtäglich von den Staatsmännern und Diplomaten der Entente sowie der in ihrem Solde stehenden bürgerlichen Presse um den jungen ungarischen Proletarierstaat gesponnen wird. Der Aufruf sagt nichts Neues, sondern stellt nur abermals mit Nachdruck fest, daß nicht wir, sondern die Entente und ihre kleinen Bundesgenossen die Waffenstillstandsbedingungen verletzt haben, daß die Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen in Wirklichkeit mit dem Vorgehen der Entente nichts zu tun hat, daß die Entente die Räterepublik vernichten will einzig und allein aus dem Grunde, weil das ungarische Proletariat den Mut hatte, sich von den Fesseln seiner Ausbeuter zu befreien und daß das ungarische Proletariat nicht wegen in dem revolutionären Kampfe aufgerieben wird. Zugleich gibt Béla Kun der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die Arbeitenden der Ententeländer die Kraft besitzen werden, der Hungerblockade ein Ende zu setzen.

Der neuerliche Aufruf war notwendig, da in den letzten Tagen abermals die abenteuerlichsten und verlogensten Gerüchte über die Räteregierung in den ausländischen Zeitungen verbreitet worden sind. Unter anderem brachte auch in mehreren Wiener Zeitungen die Nachricht veröffentlicht, wahrscheinlich durch Vermittlung der Szegeder Gegenrevolutionäre, die Entente habe die Auf-

Arbeiterzeitung

2./8. 1919

2/8

69

...itung

...eichs.

...hr nachmittags.

Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . . „ 16.20
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . . K 7.80
Vierteljährig . . . . . „ 23.40
Tschecho-slovakischer Staat:
Morgenblatt allein:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . . „ 16.20
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . . K 7.80
Vierteljährig . . . . . „ 23.40
(Tschechische Kronen.)
Deutschland: Morgenblatt allein: Vierteli. M. 20.—, Morgenblatt und Abendblatt M. 30.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Morgenblatt allein: Vierteli. Fr. 25.—, Morgenblatt und Abendblatt Fr. 36.—.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
II. Pazmanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Tel. 68244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 38126
XVI. Klausgasse 34, Tel. 34146
XVII. Backnergasse 22, Tel. 17175
XXI. Angererstraße 14.

XXXI. Jahrgang.

Bela Kun gefallen.

Die kommunistisch-sozialistische Regierung Ungarns ist zurückgetreten. Der Zentralarbeiterrat hat die Bildung einer neuen Regierung beschlossen, die aus den alten bewährten Führern der ungarischen Sozialdemokratie und der ungarischen Gewerkschaften zusammengesetzt wird. Die kommunistische Episode ist vorüber. Die Sozialdemokratie unternimmt den heroischen Versuch, in letzter Stunde das ungarische Proletariat vor dem furchtbaren Verhängnis zu retten, in das es der Kampf des Entente-Imperialismus gegen die Regierung Kun gestürzt hat.

Mit dem Mut der Verzweiflung hat sich das ungarische Proletariat im März dem Kommunismus in die Arme geworfen. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, die vorher Monatelang das Proletariat vor der kommunistischen Versuchung gewarnt, ihm immer wieder die Gefährlichkeit eines kommunistischen Experiments vor Augen geführt hatten, mußten der Stimmung der proletarischen Massen nachgeben, als diese unter dem furchtbaren Eindruck des französischen Ultimatums nur noch in der Rätediktatur die Rettung ihres Landes und ihrer Klasse zu finden glaubten. Unsere Genossen wußten, wie gefährlich die Methode ist, zu der die Kommunisten drängten; sie hatten die Arbeiter hundert- und tausendmal vor dieser Methode gewarnt; da sich aber die Arbeitermassen trotzdem zu dieser Methode entschlossen, blieb den Führern nichts anderes übrig, als den Willen der Massen zu vollziehen. Die sozialdemokratische und die kommunistische Partei vereinigten sich miteinander, die Rätediktatur wurde aufgerichtet, jeder ihrer Gegner wurde durch den Terror zur Unterwerfung gezwungen, die Sozialisierung wurde ohne jede organisatorische Vorbereitung binnen wenigen Tagen dekretiert.

Aber nur allzubald zeigte es sich, wie wohlbegründet die Warnungen der Sozialdemokratie gewesen waren. Wohl gelang es unschwer, die Bourgeoisie durch den Terror niederzuhalten. Aber den passiven Widerstand der Bauernmasse vermochte kein Terror zu brechen. Die Lebensmittelzufuhr in die Städte geriet ins Stocken. Budapest, das mitten in einer der fruchtbarsten Ebenen Europas liegt und selbst während des ganzen Krieges immer reichlich verpflegt gewesen war, begann zu hungern. Die Arbeitermassen sahen ihre Lebenshaltung nicht gehoben, sondern gedrückt. Zugleich zeigten sich auch in der Industrie die Folgen einer unvorbereiteten, planlosen Sozialisierung. Die alte kapitalistische Organisation der Industrie war zerstört; aber die neue sozialistische Betriebsverfassung konnte nicht in wenigen Tagen oder Wochen geschaffen werden. Der ganze Produktionsprozeß geriet ins Stocken. Zur Organisierung der neuen Produktionsordnung hatte man Tausende „Kommissäre“ gebraucht. Da konnte man nicht lang aussuchen. Man mußte nehmen, wer sich meldete. Und es meldeten sich viele Ungeeignete und Unwürdige, die ihre neue Machtfülle bald mißbrauchten. Die Korruption, Ungarns altes Uebel, nistete sich auch in das neue System ein. Hungersnot, Stocken der Produktion, Korruption, — was Wunder, daß die Arbeiter unzufrieden wurden? Der Terror, der sich anfangs gegen die Bourgeoisie, später auch gegen die Bauernschaft richtete, mußte sich schließlich gegen immer breitere Schichten der Arbeiterschaft selbst wenden. In der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft entstand und erstarkte eine Opposition gegen das kommunistische Regime, die sich schon seit Monaten um den Genossen Peidel scharte.

Aber diese inneren Schwierigkeiten wären vielleicht doch zu überwinden gewesen; manche Uebel, an denen das kommunistische Regime krankte, waren zweifellos nur Kinderkrankheiten, die bei längerer Dauer des Regims sicherlich hätten geheilt werden können. Unüberwindlich aber war der Widerstand von außen her. Die Proklamierung der Rätediktatur war von der Entente als eine Herausforderung betrachtet worden. Der Entente-Imperialismus setzte alles daran, die Proletarierdiktatur zu Falle zu bringen. Er würgte Ungarn durch seine Blokade. Er hetzte ihm Rumänen, Tschechen, Südslaven an den Hals. Und wenn sich auch die Rote Arme, durch Wilhelm Böhms Tatkraft aus dem Boden gestampft, des tschechischen Angriffs tapfer erwehrte, so mußte Ungarn schließlich doch der überlegenen Waffen-

...ichts sichtbar. Aber die Lage bleibt trotz allem unge...nein gefährlich, wenn man auch hoffen darf, daß das ...ngarländische Proletariat aus dieser fürchterlichen Situation und schrecklichen Prüfung ungefährdet hera... ...ommen wird.

Pester Lloyd 2/8 1919. 73

Zustellung ferner für das Inland und Oesterreich Morgen- und Abendblatt: Ganzjährl. 140 Kronen, halbj. 70 Kronen, viertelj. 35 Kronen, monatl. 13 Kronen. Bloss Morgenblatt: Ganzjährl. 100 Kronen, halbjährig 50 Kronen, viertelj. 26 Kronen, monatlich 9 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährlich 60 Kronen, halbj. 30 Kronen, viertelj. 15 Kronen, monatl. 6 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten.
Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt.
Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 40 K, für alle übrigen Staaten 45 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Löwstein, Oyfot & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Nagyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: H. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.
Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller.
Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller.
Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang. Budapest, Samstag, 2. August 1919 Nr. 179

Rücktritt der Räteregierung.

Konstituierung eines neuen Kabinetts

Ein Manifest an das Volk Ungarns.

Ein Aufruf des Oberstleutnants Romanelli.

Budapest, 1. August.

„Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben, der täglich sie erobern muß." Bei keinem Volk der Welt hat sich dieses Wort des großen deutschen Dichters in so charakteristischer Weise bewahrheitet, wie bei dem armen leidenden ungarischen Volk. In einem viereinhalbjährigen furchtbaren Weltkrieg opferte es die Besten seiner Söhne, all sein schwer errungenes Hab und Gut, um seine Existenz zu retten. All der Heldenmut, all die Opferwilligkeit waren vergebens, es mußte vor einem mächtigen Gegner die Waffen strecken. Sein Schicksal war in den Händen seines Feindes. Monatelang sah man mit zurückgehaltenem Atem den Beratungen in Paris entgegen. Die Nachrichten, die von dort nach Ungarn kamen, lauteten täglich düsterer und entmutigender. Einige beherzte Männer glaubten, es seien die subjektiven und objektiven Bedingungen dafür gegeben, daß der soziale Kampf, der Kampf der Klassen, nun zur Austragung gebracht werde. Nach viereinhalb Monaten stellte es sich nun heraus, daß die objektiven Wirkungen die gehegten subjektiven Erwartungen nicht erfüllten. Die militärische und wirtschaftliche Macht unserer Gegner ist wohl geschwächt, aber nicht gebrochen und das kleine ungarische Volk, dessen Kraft durch das fünfjährige Kataklysma erschüttert ist, konnte einer Welt von Feinden im Innern, Feinden in der Nachbarschaft und Feinden in den entfernten Ländern, den Feinden in der ganzen Welt nicht trotzen. Die Blockade gegen Ungarn wurde streng gehandhabt, wie gegen alle anderen besiegten Länder, und die vollständige Absperrung von der Außenwelt verhindert einen organischen Wiederaufbau, geschweige denn eine Organisation des Wirtschaftslebens auf vollständig neuen Grundlagen.

Es mußte und muß Friede gemacht werden. Wir können nicht länger aus dem internationalen Verkehr ausgeschlossen bleiben. Wir müssen Annäherung und Anschluß finden an das wirtschaftliche Leben der uns umgebenden Länder, an die große wirtschaftliche Organisation der siegreichen Staaten, insbesondere Englands und Amerikas. Die Entente, die den Frieden mit ihrem größten Feind, mit Deutschland, bereits geschlossen hat und den Frieden mit Deutschösterreich, in den allernächsten Tagen zu perfektionieren gedenkt, knüpfte den Beginn der Friedensverhandlungen mit Ungarn an die Bedingung, daß die Räteregierung ihren Platz verlasse. Ein weiterer bewaffneter Widerstand gegenüber der noch immer mächtigen Entente, die sich aller ihrer Gegner bereits entledigt hat, wäre — um mit Aesop zu sprechen — kein Heldenmut, sondern Selbstmord. Um jedes nutzlose Blutvergießen zu vermeiden, faßte die Räteregierung den Entschluß, ihr Mandat, das sie aus den Händen des Proletariats erhalten hat, niederzulegen. Die provisorische Regierung des Landes übernahm im Auftrage des Zentral-Arbeiterrates ein Kabinett, das aus den Führern der organisierten und bewaffneten ungarischen Gewerkschaften besteht. Die neue Regierung stützt sich auf die Kraft der selbstbewußten organisierten Arbeiterschaft. Die neuen Männer, die in so schweren verantwortungsvollen Zeiten die Aufgabe übernommen haben, die Angelegenheiten Ungarns zu leiten, sind ohne Ausnahme erprobte Kämpen der ungarischen Arbeiterbewegung. Hinter ihnen stehen in geschlossenen Reihen die ernsten, selbstbewußten Elemente der ungarischen Arbeiterschaft. Die Pflicht der neuen Regierung ist vor allem die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Ruhe. Der Ausbruch der Gegenrevolution wird und muß mit allen Mitteln verhindert werden. Ebenso wie der 21. März ohne Blutvergießen verlaufen ist, darf auch jetzt kein Tropfen Blut fließen. Die Regierung hat unverzüglich noch im Laufe des heutigen Tages alle Maßnahmen getroffen, um jede Ausschreitung von links oder von rechts her im Keime zu verhindern. Wichtige Aufgaben harren der Regierung. Der Waffenstillstand muß endgültig mit der Entente geschlossen werden, damit die Friedensverhandlungen beginnen können. Es muß so bald als möglich der Friede hergestellt werden, damit die Rekonstruktion des wirtschaftlichen Lebens in Angriff genommen werden könne. Dazu bedarf es der Ruhe und der Ordnung. Alle, die an die wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Ungarns glauben, müssen sich vereinigen, um in diesen ernsten Stunden mit gemeinsamer Arbeit für das Wohl der Allgemeinheit zu wirken. Der Ernst der Stunde muß jedem das Prinzip ins Gedächtnis zurückrufen: Salus rei publicae suprema lex. Alle Gegensätze müssen gegenwärtig ausgeschaltet, die Interessen des Einzelnen dem heiligen Ziel der Allgemeinheit untergeordnet werden.

Die Proklamation, die die neue Regierung an das Volk Ungarns gerichtet hat, wird nicht ungehört verhallen.

Die Proklamation der Regierung.

Die Regierung hat heute folgende

Proklamation

erlassen:

An Ungarns Volk!

Die Ententemächte haben an uns ein Ultimatum gerichtet. Sie forderten, daß die auf Grundlage des Rätesystems stehende Regierung durch eine andere abgelöst werde. An diese Bedingung knüpften sie die Eröffnung der Friedensverhandlungen.

Die Regierung der Ungarländischen Sozialistischen Räterepublik war der Auffassung, daß derzeit der zähe Widerstand gegen die Ententemächte bloß unnützes Blutvergießen zur Folge hätte. So legte sie denn ihre Betrauung zurück. Die vorläufige Regierung des Landes ist im Auftrage des Zentralarbeiterrates auf das aus den Leitern der disziplinierten und bewaffneten Gewerkschaften Ungarns gebildete Kabinett übergegangen.

Die neue Regierung stützt sich auf die Kraft der selbstbewußten organisierten Arbeiterschaft. Ihr Ziel ist die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Einleitung der Verhandlungen mit der Entente.

Wir haben keine Ursache, kleinmütig zu sein. Die Theißfront halten wir fest. Auch daheim bedarf es disziplinierter Ausdauer. Die neue Regierung hegt das Vertrauen, daß die organisierte Arbeiterschaft das Unwesen weder der Gegenrevolutionäre, noch der Plünderer dulden werde. Sie will Ungarns Volk vor dem Gespenst der Verheerungen durch den weißen Terror und den Pöbel unbedingt bewahren. In dem Bewußtsein, daß unsere arbeitenden Mengen in geschlossenen Reihen hinter der Regierung stehen, fordert diese Ungarns Volk auf, diszipliniert die Ereignisse abzuwarten und den Verfügungen der Regierung bedingungslos zu gehorchen. Jedermann bleibe auf seinem Platze. Die Arbeiterräte und sonstigen Behörden haben ihre Pflichten streng zu erfüllen. Vergehen gegen Ordnung und Disziplin werden durch die Regierung mit voller Kraft geahndet werden. Mit der Aufrechthaltung von Ordnung und Disziplin hat das neue Kabinett den Kriegsminister Josef Haubrich beauftragt.

Wer sich den Maßnahmen der Regierung widersetzt, findet sich dem Willen der organisierten Arbeiterschaft gegenüber. Einzig allein Ordnung und Disziplin vermögen Ungarns Volk vor der Vernichtung zu retten.

Julius Peidl m. p., Ministerpräsident,

Peter Agoston m. p., Minister des Aeußern,

Anton Dovcsák m. p., Minister für Industrie und Handel,

Alexander Garbai m. p., Unterrichtsminister,

Ernst Garami m. p., Justizminister,

Josef Haubrich m. p., Kriegsminister,

Viktor Knaller m. p., Nationalitätenminister,

Franz Knittelhoffer m. p., Volksernährungsminister,

Franz Miákits m. p., Finanzminister,

Karl Peyer m. p., Minister des Innern,

Emerich Szabó m. p., Minister für Arbeitswesen und Volkswohlfahrt,

Josef Takács m. p., Ackerbauminister.

Der Aufruf an die Provinz.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet:

Die Regierung hat an die Gesamtbevölkerung sämtlicher Gegenden, Dörfer, Ortschaften, Bezirke, Städte und Komitate durch

Pester Lloyd 2./8. 1919. 2/8 74

Für Budapest: mit täglich zweimaliger Zustellung, ferner für das Inland und Oesterreich: Morgen- und Abendblatt: Ganzjährl. 140 Kronen, halbj. 70 Kronen, viertelj. 35 Kronen, monatl. 13 Kronen. Bloss Morgenblatt: Ganzjährl. 100 Kronen, halbjährig 50 Kronen, viertelj. 25 Kronen, monatlich 9 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährlich 60 Kronen, halbj. 30 Kronen, viertelj. 15 Kronen, monatl. 6 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 40 K, für alle übrigen Staaten 45 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

In Budapest, in der Administration des Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, L. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ad. Mosse, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Nagy, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd. Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller. Morgenblatt auf den Bahnhöfen 40 Heller. Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang. Budapest, Samstag, 2. August 1919 Nr. 180

Die Ungarische Republik.

Verordnung.

Sämtliche bisher geltenden Rechtsvorschriften, so auch die gesamten Verordnungen der früheren Räteregierung bleiben so lange in Geltung, bis die Regierung sie ausdrücklich außer Kraft setzt.

Die Regierung der Ungarischen Republik.

Der neue Armeeoberkommandant.

Die Regierung hat in ihrer gestern nachmittag abgehaltenen Beratung in erster Linie die Armeefragen, darunter das Armeeabzeichen, erörtert. Es wurde gemeldet, daß der provisorische Armeeoberkommandant Eugen Landler zurückgetreten sei. Die Regierung nahm diesen Rücktritt zur Kenntnis und ernannte Josef Haubrich zum Armeeoberkommandanten.

Befehl.

Alle Ansammlungen und Demonstrationsumzüge sind verboten. Auf den Straßen dürfen mehr als drei Personen weder untereinander gehen noch sich ansammeln.

Budapest, 2. August 1919.

Haubrich, m. p.
Kriegsminister.

Befehl.

Flaggenschmuck jeder Art und in jeder Farbe ist überall sofort einzuziehen. Bis auf weiteres dürfen Fahnen nicht gehißt werden.

Budapest, 2. August 1919.

Haubrich, m. p.
Kriegsminister.

Befehl.

Die in Budapest auf Urlaub weilenden Soldaten haben sich bei ihren Ersatzkörpern, diejenigen aber, deren Ersatzkörper sich nicht hier befindet, beim Stadtkommando am 2. August zu melden, wo über die Verlängerung ihres Urlaubes entschieden wird.

Haubrich m. p.,
Kriegsminister.

Konferenz der Vertrauensmännerkorporationen.

Die Vertrauensmännerkorporationen sämtlicher Gewerkschaften werden heute, Samstag, um 4 Uhr nachmittags an den gewohnten Stellen eine Konferenz abhalten. Tagesordnung: Die politische Lage. Referenten werden vom Parteisekretariat entsendet.

Erklärungen des Ministerpräsidenten.

In der Népszava äußert sich Ministerpräsident Julius Peidl folgendermaßen über die nächsten und dringlichsten Aufgaben der Regierung:

— Eine der bedeutungsvollsten und nächstliegenden Aufgaben der Regierung ist die Wahrung der inneren Ordnung und Ruhe. Wenn es je nottat, daß alle Welt vollste Selbstdisziplin und Selbstbeherrschung bekunde, so gilt dies in den heutigen Zeiten im allerhöchsten Maße. Zur Reorganisierung des Landes können Ruhe und Ordnung am wirksamsten beitragen, unser Bestreben ist denn auch darauf konzentriert, jede Ordnungsstörung zu verhindern und die innere Ruhe aufrechtzuhalten.

— Der nächste Schritt der Regierung ist die Aufnahme der Verhandlungen mit der Entente. Diesbezüglich sind schon alle Verfügungen erfolgt, so daß die Vertreter der Regierung die Waffenstillstandsverhandlungen demnächst schon eröffnen.

— Von großer Wichtigkeit und Bedeutung ist, daß jeder auf seinem Platze verbleibe und die Arbeiterräte mit gesteigertem Eifer den Aufgaben nachkommen, deren Lösung in den gegenwärtigen schweren Zeiten ihrer harrt.

Der Minister des Aeußern über die Lage.

Minister des Aeußern Peter Agoston hat sich über die außenpolitische Lage, sowie über die innerpolitischen und wirtschaftlichen Fragen in Verbindung mit dem Regimewechsel folgendermaßen geäußert:

Die Richtung der auswärtigen Politik ist dadurch gegeben, daß wir mit der Entente unbedingt Frieden schließen wollen. Im Interesse des Friedens war unser erster und wichtigster entscheidender Schritt der, daß wir von dem Rätesystem auf den Weg der Demokratie übergingen und uns zur Schaffung eines der Demokratie entsprechenden Verfassungsentwurfes, sowie zur Einberufung der konstituierenden Nationalversammlungen verpflichtet haben. Wir haben die Verpflichtung übernommen, jenen Kreis der politischen Delikte, die mit dem Rätesystem zusammenhingen und der weiter nicht aufrechterhalten werden kann, einzustellen und den politischen Verurteilten Amnestie zu erteilen. Dies bedeutet aber nicht, als ob wir die Gefährdung der Grundlage des republikanischen Systems ermöglichen würden. Den Entwurf der Amnestieverordnung wird der heute nachmittag abzuhaltende Ministerrat verhandeln.

Hinsichtlich der Sozialisierung steht die Regierung entschieden auf der Grundlage des Sozialisierungsprinzips, doch ist hinsichtlich der Dimensionen und Grenzen dieser Sozialisierung, nicht der Ministerrat, sondern die konstituierende Nationalversammlung berufen zu entscheiden. Daher bleiben die gegenwärtig sozialisierten Betriebe auch weiter sozialisierte Betriebe, insofern dies gemäß den wahren Prinzipien der Sozialisierung und nicht als Ausfluß einzelner individueller Aktionen erfolgte.

Die Regierung der Volksrepublik erachtet als ihre erste Aufgabe den sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes und die Einstellung des Blutvergießens. Als Ergebnis ihrer diesbezüglichen Schritte hat der Leiter der Budapester italienischen Militärmission Oberstleutnant Romanelli, der zugleich der alleinige hiesige Vertreter der Entente ist, jene Offiziere bereits im Laufe der Nacht zu den Kommandanten der rumänischen Armee mit der Weisung abgesendet, die Feindseligkeiten unverzüglich einzustellen. Auf Grund dieser Weisung wurden heute vormittag die Feindseligkeiten entlang der ganzen Front auch bereits eingestellt.

Die Regierung hat Verfügungen bezüglich der ferneren Versorgung der Hauptstadt und der größeren Städte des Landes mit Fett, Lebensmitteln, Kohle und sonstigen erstrangigen Bedarfsmitteln getroffen. Die Wiener Mission der Entente hat hinsichtlich der ehestbaldigen Aufhebung der Blockade eine bestimmte Versprechung geleistet und auch Oberstleutnant Romanelli hat diesbezüglich in seiner heute veröffentlichten Proklamation beruhigende Zusagen erteilt. Die Regierung macht auch in der Richtung Schritte, daß wir im Interesse der Sicherung des Milchbedarfes von Säuglingen, kleinen Kindern und Kranken von Amerika Hilfe erhalten, und wir hoffen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, die, vom Geiste des Humanismus durchdrungen, den Kindern Wiens und anderer großer Städte geholfen hat, sich auch der Versorgung ungarischer Kinder nicht verschließen wird.

Die Regierung beginnt auch Verhandlungen wegen Freilassung der Internierten. Im Interesse der raschen Abwicklung der Verhandlungen haben wir das Ersuchen gestellt, der Vorsitzende der Ententemission möge nach Budapest kommen, oder aber einen Ort zwischen Wien und Budapest bestimmen, damit die Mitglieder der Regierung zu zeitraubenden längeren Reisen zum Zwecke der Verhandlungen nicht gezwungen seien.

Sowohl vom Gesichtspunkte des Erfolges der Waffenstillstandsverhandlungen, als auch hinsichtlich des Erfolges der auf die politischen und wirtschaftlichen Fragen bezüglichen und mit dem Systemwechsel verbundenen Unterhandlungen ist es beruhigend, daß die Entente bestimmte Zusagen erteilt hat, mit der gegenrevolutionären Regierung nicht zu verhandeln und mit dieser keinerlei Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Aeußerungen des Ministers des Innern.

Der Minister des Innern Karl Peyer hat einem Vertreter der Korrespondenz A Munka erklärt, daß so lange die Veränderungen nicht vor sich gehen, die als Folgen der politischen Systemänderung zu betrachten sind, die Räteverwaltung verbleibt. Jedermann bleibt auf seinem Posten und hat die Pflicht, alle Verfügungen und Verordnungen einzuhalten, die derzeit zu Recht bestehen. In diesen schweren Zeiten ist jedermann verpflichtet, unter der größten moralischen Verantwortung zu arbeiten, und Ruhe und Ordnung müssen im Lande selbst um den Preis größter Anstrengungen aufrechterhalten bleiben.

— Ich werde alles aufbieten — sagte der Minister —, um Zusammenstoßen und Ordnungsstörungen vorzubeugen. Ich erlasse die Verfügung, daß jede Art von Fahnenschmuck und sonstiger Fassadenverzierung weggeschafft werde. Diese äußerst ernsten und heimsuchungsvollen Zeiten eignen sich zu nichts weniger als zu Pomp und Fahnenschmuck. Ernst, mannhaft und diszipliniert müssen wir der Zukunft ins Auge blicken.

Jakob Weltner über seine Mission.

Aus Wien wird dem Ung. Tel.-Korr.-Bureau telegraphiert: Die Neue Freie Presse bringt ein kurzes Interview eines Redakteurs mit Jakob Weltner, worin dieser über seine Mission folgendes erklärte:

— Ich bin mit der Betrauung nach Wien gekommen, um hier mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Entente darüber zu verhandeln, wie es möglich wäre, den Uebergang in Ungarn zu sichern, die Blockade aufzuheben und Ungarn wieder auf den Weg der Produktion und des Friedens zu führen.

Auf die Frage, ob die Regierung provisorischen oder definitiven Charakter habe, sagte Weltner:

— Die neue ungarische Regierung ist eine provisorische und bereitet die Friedensverhandlungen vor.

Der Interviewer fragte, ob die neue Regierung auf der Grundlage der Nationalversammlung stehe, worauf Weltner erwiderte:

— Das Kabinett hat zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, doch läßt sich diese Frage auf Grund der Zusammensetzung der Ministerliste unschwer beantworten.

Verordnung des ungarischen Ministeriums des Aeußern Nr. 34.819 über den besonderen Schutz der auf ungarischem Gebiet sich aufhaltenden ausländischen Staatsbürger.

In der Wohnung fremder Staatsbürger ist, mit Ausnahme der Fälle von Verbrechen, eine behördliche Intervention bis auf weitere Verfügung unstatthaft. Infolgedessen verbietet sich aufs strengste, in der Wohnung fremder Staatsbürger Requisitionen oder andere behördliche Handlungen vorzunehmen. Ausnahmen bilden einzig die legitimierten Organe der Staatspolizei, die zusammen mit dem Delegierten des Bureaus für den Schutz der Fremden des Ministeriums für Aeußeres in einem Kriminalfalle auch in der Wohnung fremder Staatsbürger Recherchen vornehmen dürfen. In unaufschiebbaren, in sehr dringenden Fällen dürfen die legitimierten Organe der Staatspolizei auf ihre eigene Verantwortung auch in den erwähnten Wohnungen allein vorgehen, doch haben sie nachträglich und unverzüglich dem Fremdenschutzbureau des Ministeriums des Aeußern Meldung zu erstatten. In den Geschäftslokalen sowie in den gewerblichen und Fabriksanlagen fremder Staatsbürger ist nur der Delegierte des Fremdenschutzbureaus des Ministeriums des Aeußern zur Vornahme behördlicher Handlungen berechtigt. Die von dem ehemaligen Volkskommissariat für Aeußeres bisher ausgestellten und die fremde Staatsbürgerschaft nachweisenden Legitimationen, beziehungsweise Schutzscheine bleiben in Geltung, doch müssen die von den zur Legitimierung fremder Staatsbürger zuständigen ausländischen Behörden, in erster L

Pester Lloyd 3./8. 1919. 3/8 76

Österreich Morgen- und Abendblatt: Ganzjährl. 140 Kronen, halbj. 70 Kronen, viertelj. 35 Kronen, monatl. 12 Kronen. Bloss Morgenblatt: Ganzjährl. 100 Kronen, halbjährig 50 Kronen, vierteljährl. 25 Kronen, monatlich 9 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährlich 60 Kronen, halbj. 30 Kronen, vierteljährl. 15 Kronen, monatl. 6 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 3 Kronen zu entrichten.
Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt.
Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlich: Für Deutschland 40 K, für alle übrigen Staaten 45 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen österreichischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Herausgeber: Sigmund Bettelheim, Dr. Leopold Lukácsy, Nagy, Jauner & Co., Geb. Leopold, Act. Wessely, Rudolf Hirsch, Jos. Tenzer, Ludwig Hegedüs, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wallnerstr. 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Österreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.
Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 40 Heller, Abendblatt 30 Heller.
Morgenblatt auf dem Bahnhöfen 60 Heller.
Redaktion und Administration: V., Maria Valeria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang. Budapest, Sonntag, 3. August 1919 Nr. 180

Budapest, 2. August.

Der gestrige Tag hat einen Abschnitt in der Geschichte Ungarns abgeschlossen, ein neuer hebt an. Er beginnt mit einem Auftakt, der geeignet ist, unsere Herzen mit freudevollem Stolz zu erfüllen: die Millionenstadt verharrt in einer mustergültigen Ruhe, die Sicherheit der Person, die Ordnung des Verkehrs wird in keiner Weise gefährdet, ein unerbittlich strenges, wachsames Auge, ein unbeugsamer Wille wacht über Budapests stille Nächte und bewegte Tage. Nie hat noch ein Volk so mächtige, tiefgreifende, erschütternde Umwälzungen so ruhmreich unblutig erlebt und durchgemacht, wie das ungarische. Dieses Volk hat im Laufe seiner tausendjährigen Geschichte viel gesündigt durch Tat und Unterlassung, hat ein schweres, unheilvolles Schicksal auf sein armes Haupt heraufbeschworen; es hat sich im letzten Weltkrieg auf allen Schlachtfeldern glänzend bewährt und auf der inneren Front allen Lastern des Parteiunwesens, des gemeinen Haders gefeit. Aber all seine Fehler und Versäumnisse, seine Sünden und Vergehen hat es durch sein glänzendes Verhalten in den drei aufeinander folgenden Umwälzungen gesühnt. Es hat sich menschlich, eines Kulturvolkes würdig benommen. Und dieses sein Benehmen hat eine freundlichere Perspektive in seine Zukunft eröffnet.

An der Ausgestaltung dieser Zukunft sind emsige Hände und kundige Köpfe tätig. Der Minister des Aeußern Peter Agoston hat heute eine programmatische Erklärung gegeben, die uns den nahen Frieden verheißt; den Frieden mit der Entente und den inneren Frieden. Es soll eine neue Verfassung geschaffen werden und ihr Grundpfeiler heißt Demokratie. Kein Rückfall in veraltete Ideologien, keine Reaktion einer kleinen, privilegierten Gruppe des Volkes, kein konfessioneller Haß und keine rückständige Vergeltungspolitik darf die kummervolle, schwere Zukunft des ungarischen Volkes bedrohen. Was jetzt in erster Reihe notiut, das ist die straffe, unzerbrechliche, allen Versuchungen Widerstand leistende Einheit des ungarischen Volkes. Und die einzige Platform, die alle Schichten, Klassen, Parteien, Konfessionen in diese unbezwingbare Einheit zu bannen vermag, ist die Demokratie. Aus der Erklärung des Ministers des Aeußern geht hervor, daß die neue Regierung an der Sozialisierung der Betriebe festhält, die letzte Entscheidung über diese grundlegende Frage wird aber der bald einzuberufenden Nationalversammlung anheimgestellt. Die Gesamtheit der Nation, die ihren Willen ungehemmt, frei, jeder Pression enthoben, durch den Wahlakt wird äußern dürfen, hat das letzte Wort über dieses ernste und für die Zukunft unseres Wirtschaftslebens so bedeutende Problem zu sprechen.

Inzwischen harren zwei andere, nicht minder leidige Probleme der raschen, äußerst dringenden Lösung. In erster Reihe muß der Lebensmittelnot abgeholfen werden. Die Not würgt am Hals unserer Frauen, sie frißt an der Lebenskraft unserer Kinder. Uns ist es ein Grauen, daran zu denken, daß wir noch monatelang zusehen sollten, wie Greise, Kinder und Frauen in diesem einst mit Recht gepriesenen Kanaan zusammenfallen und Hungers sterben. Ungarn ist heute dem Torre del fame, dem gräßlichen Hungerturm des Ugolino ähnlich. In den Hallen und Märkten spielen sich danteske Szenen ab; und was zwischen den vier Wänden geschieht, das weiß jeder selbst am besten. Minister Agoston stellt die ehestbaldige Aufhebung der Hungerblockade in Aussicht und beruhigt die Bevölkerung, daß wenigstens die Kinder durch den Mangel an der unerläßlichsten Nahrung, der Milch, nicht zu leiden haben werden. Das Volk der Hauptstadt wird diese zuversichtliche Beruhigung mit dem größten Danke entgegennehmen. Die heilige Sache der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist halbwegs schon gewonnen, wenn es gelungen ist, uns darüber zu beruhigen, daß die unerträgliche Not in der nächsten Zukunft gelindert wird.

Die Lösung des vielleicht allerdringendsten Problems ist der jungen Regierung den heute eingelaufenen Meldungen zufolge bereits restlos gelungen. Es fließt kein Blut mehr, es werden keine Schüsse gewechselt, die Kriegshandlungen sind beendet, kein Soldat darf mehr seine Hand zum gesetzlich geschützten, sogar geforderten Mord erheben. Fünf volle Jahre hat Mars Gradivus in unseren Reihen gewütet. Millionen, für ein schöneres Geschick bestimmt, sind ihm zum Opfer gefallen. Das Blut strömte wie eine unversiegbare Quelle. Und mit den Millionen von Menschenleben sind Milliarden von menschlichen Gütern hingeopfert worden. Es ist nicht Ort und Zeit, darüber zu sinnen, wozu das alles geschehen mußte. Es werden ruhige Zeiten kommen, Jahre der objektiven Kritik, der inneren Sammlung, der forschenden Selbstbetrachtung. Die sollen das Werk der Abrechnung mit diesen fünf Unglücksjahren ermöglichen. Wir aber haben an dem schlichten und doch so bedeutungsvollen Satz der Erklärung von Agoston dankbar halt zu machen: „Heute vormittag wurden die Feindseligkeiten entlang der ganzen Front bereits eingestellt." Wir begrüßen den Waffenstillstand, den Herold des Friedens. Und diesen Frieden, den Frieden der Arbeit, der Erholung, der Völkerversöhnung wird kein Widersacher stören, wir lassen ihn von keinem inneren Feind unterwühlen und untergraben. Das soll unser heiliges Gelöbnis sein am heutigen Tage, da die Kanonen verstummten, die Gewehre ruhten und die einander gegenüberstehenden Soldaten sich ehrlich und friedlich die Hand gereicht haben.

Die ungarische Volksrepublik.

Die ersten Verordnungen der neuen Regierung.

Budapest, 2. August.

Das neue ungarische Ministerium hat heute drei Verordnungen erlassen. Die erste betrifft die Staatsform, die zweite die Rechtskontinuität, die dritte die Amnestie für politische Häftlinge. Die Wandlung, die der Systemwechsel mit sich bringt, kommt in diesen Verordnungen bereits am ersten Tage des neuen Regimes zum Ausdruck. An Stelle der Diktatur tritt die Demokratie und das bedingt einen Bruch mit der Rätevertassung. Aus diesem Grunde mußte eine deklaratorische Verordnung die Staatsform Ungarns feststellen. Sie ist die Volksrepublik, ihre Regierung führt den Namen Regierung der ungarischen Volksrepublik. Durch die Festlegung dieser Staatsform kehrt Ungarn zu dem System der republikanischen Demokratie zurück, dessen Weg es in der Oktoberrevolution betreten hat und das am 21. März durch das Sowjetsystem abgelöst wurde. Durch die Festlegung dieser Staatsform wird die Sowjetverfassung implizite außer Kraft gesetzt.

Damit aber die Rechtskontinuität nicht jäh unterbrochen werde und das Staatsleben seinen Gang weiter nehmen könne, spricht die zweite Verordnung aus, daß alle Erlässe der gewesenen Räteregierung solange in Geltung verbleiben, bis sie durch die neue Regierung nicht ausgesprochen außer Kraft gesetzt werden. In Anbetracht des radikalen Umsturzes, den das Rätesystem auf allen Gebieten des Lebens bewirkt hatten, kann die Rückkehr zu den demokratischen Einrichtungen natürlich nicht momentan erfolgen, sie wird vielmehr bei jeder einzelnen Institution einzeln angeordnet werden müssen.

Die notwendige Folge des Abrückens von der Diktatur ist die Begnadigung der politischen Häftlinge, die eine strafrechtliche Verfolgung aus dem Grunde zu erleiden hatten, weil sie sich gegen die Gebote der Diktatur vergangen haben. Die ungarische Volksrepublik stellt sich restlos auf die Grundlage der demokratischen Freiheit, daher ist eine strafrechtliche Verfolgung jener, die durch die Diktatur wegen ihrer politischen Gesinnung und der daraus entspringenden Handlungen zur Verantwortung gezogen worden sind, nicht am Platze. Der Geist der Versöhnlichkeit liegt in der Verfügung.

Ueber die drei ersten Verordnungen der ungarischen Volksregierung meldet das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau folgendes:

Die ungarische Regierung hat heute drei Verordnungen erlassen; eine lautet über die Staatsform, eine über die Sicherung der Rechtskontinuität und eine über die Begnadigung der politischen Gefangenen.

Die erste Verordnung hat folgenden Wortlaut:

„Ungarns Staatsform ist die Volksrepublik.

Infolgedessen lautet die amtliche Bezeichnung des ungarischen Staates: „Ungarische Volksrepublik"; die der Regierung: „Regierung der Ungarischen Volksrepublik."

Die zweite Verordnung lautet:

„Die bisher geltenden Rechtsvorschriften, auch sämtliche Verordnungen der früheren Räteregierung, bleiben solange in Kraft, bis die Regierung der Ungarischen Volksrepublik sie ausdrücklich außer Kraft setzt."

Die dritte Verordnung:

„Jedes strafrechtliche Verfahren, das wegen einer in der Zeit zwischen dem 21. März und 2. August l. J. verübten Handlung politischer Natur eingeleitet wurde, ist einzustellen. Wegen solcher Handlungen in Präventivhaft befindliche Personen sind in Freiheit zu setzen.

Ist in der Angelegenheit bereits ein Strafurteil erbracht, wird die Strafe erlassen und alle mit dem Urteil verbundenen Rechtsfolgen erlöschen. Politische Gefangene, die sich in Verwahrung befinden, ohne daß gegen sie ein Kriminalverfahren eingeleitet wäre, sind auf freien Fuß zu stellen.

Die Verordnung wird durch den Justizminister vollstreckt."

Alle drei Verordnungen sind vom Ministerpräsidenten Julius Peidl gezeichnet.

Ablegung des Gelöbnisses durch die Regierung.

Die Mitglieder der Regierung haben heute nachmittags 5 Uhr in die Hände des Präsidiums des Zentral-Arbeiterrates das Gelöbnis abgelegt.

Hierauf traten die Mitglieder der Regierung zu einem Ministerrat zusammen.

Die provisorischen Leiter des Finanz- und des Justizministeriums.

Der heutige Ministerrat hat mit der provisorischen Leitung des Finanzministeriums den Ministerpräsidenten Julius Peidl und des Justizministeriums den Minister des Aeußern Peter Agoston für die Dauer der Abwesenheit des Finanzministers Franz Miákics, beziehungsweise des Justizministers Ernst Garami betraut.

Die Staatssekretäre.

Heute abend hat der Ministerrat zu Staatssekretären ernannt: Emil Balázs (Justiz), Zoltán Rónai (Inneres), Eugen Horovitz (Krieg), Koloman Mehely (Handel und Industrie), Moritz Erdélyi (Approvisionierung), Johann Czikora (Ackerbau, politischer Staatssekretär), Julius Rácz (Ackerbau, administrativer Staatssekretär), Heinrich Kalmár (Nationalitäten), Stefan Ascher (Unterricht).

Anerkennung der ungarischen Regierung durch die Entente.

Aus Wien wird telegraphiert: Die Blätter melden, daß die Entente nach Mitteilungen von zuständiger Seite die neue ungarische Regierung anerkennen werde.

Rücktritt des Wiener Gesandten Wilhelm Böhm.

Aus Wien wird telegraphiert: Wie die Neue Freie Presse vernimmt, wird der ungarische Gesandte in Wien Böhm von seinem Posten scheiden. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt.

Die Zeit 3/8. 1919. 77

DIE ZEIT

für Wien

Abonnement für Wien

zum Abholen in unseren Expeditionslokalen monatlich K 6.50

mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus monatlich K 8.50, vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—

Abonnement für auswärts:

mit täglich einmaliger Postversendung monatlich K 8.50, vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—

mit täglich zweimaliger Postversendung monatlich K 9.50, vierteljährig K 27.—, halbjährig K 54.—, ganzjährig K 108.—

Nach allen Weltpostvereinsländern monatlich K 10.—, vierteljährig K 30.—

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere Quittung vorlegen

Wien, Sonntag, den 3. August 1919 — 18. Jahr.

Rumänische Unterhändler in Budapest.

Zur Herbeiführung des Waffenstillstandes.

Aus Budapest, 2. d., wird uns gemeldet:

Sofort nach erfolgter Uebernahme der Regierung durch die Sozialdemokraten hatte Oberstleutnant Romanelli, der Budapester Vertreter der Entente, eine Delegation seiner Offiziere an die Front entsendet und dem rumänischen Oberkommando namens der Entente die Einstellung des Vormarsches anbefohlen. Die Rumänen leisteten diesem Befehl Folge und machten nordwestlich von Ujszasz halt.

Heute erhielt das rumänische Oberkommando von General Franchet d'Esperey den Befehl, den Vormarsch gegen Budapest fortzusetzen.

Um 8 Uhr abends erschienen in der Vorstadt Budapests mehrere Automobile mit rumänischen Offizieren und Soldaten. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, daß die Vorhut der Rumänen in der Stadt eingetroffen sei, die Regierung ließ Alarm blasen. Unterdessen waren die Automobile vor dem Parlamentsgebäude angelangt, in dem seit nachmittags der Ministerrat tagte. Dort trat ihnen Außenminister Dr. Agoston entgegen. Die Rumänen teilten ihm mit, daß ihre Armee sich im Anmarsch befinde, jedoch in die Stadt nicht einrücken werde. Die Kommission sei lediglich beauftragt, der ungarischen Regierung die Waffenstillstandsbedingungen zu überbringen.

Die Vorrückung der rumänischen Armee vollzieht sich ohne jeden Widerstand. Von der Roten Armee ist kein einziger Soldat mehr übrig. Auf die Nachricht vom Rücktritt der Räteregierung sind die Truppen in alle Winde zerstoben.

Ein Koalitionskabinett bevorstehend.

Da als erste Bedingung für den Abschluß eines Waffenstillstandes der Rücktritt des sozialdemokratischen Kabinetts zugunsten einer Koalitionsregierung gefordert wird, dürfte die gegenwärtige Regierung demissionieren. An ihre Stelle wird eine Koalitionsregierung treten, in der Vertreter der Szegediner Regierung und der Sozialdemokraten vereinigt sein werden.

Das Waffenstillstandsansuchen Clemenceau übermittelt.

Budapest, 2. August. (Funkspruch.) Der Kommandant der italienischen Militärmission, Oberstleutnant Romanelli, hat an den Präsidenten Clemenceau telegraphiert:

Die ungarische Räteregierung ist zurückgetreten und heute durch eine neue Regierung ersetzt worden, die erklärt, die Vorschläge der verbündeten und befreundeten Staaten annehmen, wie sie am 25. Juli in Wien durch den Fürsten Borghese und den Obersten Cunninghame festgelegt worden sind. Die neue Regierung hat mich als einzigen Vertreter der verbündeten und befreundeten Regierungen in Budapest beauftragt, den Kommanden der gegnerischen Armeen einen Waffenstillstand vorzuschlagen. In Erwartung der Entschließungen Eurer Exzellenz habe ich mir erlaubt, den genannten Kommanden nachstehende Vorschläge direkt zu übermitteln, um jedes weitere Blutvergießen zu vermeiden:

1. Bis zum Einlangen der Entscheidungen des Obersten Rates wären so schnell als möglich alle Feindseligkeiten zwischen den alliierten Armeen und den ungarischen Streitkräften einzustellen.

2. Demzufolge jegliche Vorwärtsbewegung der alliierten Truppen einzustellen.

3. Mit dem Kommandierenden der ungarischen Armee wäre ein Waffenstillstand zu schließen, der provisorische Besetzungslinien festlegt, so lange, bis der Präsident der Friedenskonferenz seine Entschließung im Gegenstand mitgeteilt haben wird. Die ungarische Regierung ersucht dringend, daß als Waffenstillstandslinie für die rumänische Armee die Theiß bestimmt werde.

Das Programm des ungarischen Kabinetts.

Erklärungen des Ministers Agoston.

Budapest, 2. August. Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet:

Minister des Aeußern Agoston machte vor den Vertretern der ausländischen Presse folgende Aeußerungen:

Unsere außenpolitische Lage ist gegeben mit dem Schritte, mit dem wir erklärt haben, daß wir unbedingt den Frieden wünschen. Vom Rätesystem gehen wir zum System der Demokratie über. Gegenüber der Entente verpflichten wir uns zur Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfes und zur Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung. Den politisch Verurteilten erteilen wir eine Amnestie. Die neue Regierung steht auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung der Sozialisierung. Den Umfang der Sozialisierungen wird jedoch nicht das Kabinett, sondern die konstituierende Nationalversammlung zu bestimmen haben. Die sozialisierten Betriebe werden bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung im Dienste der Gesellschaft produktiv bleiben, insofern deren Sozialisierung den Prinzipien gemäß und nicht auf Grund individueller Aktionen einzelner vorgenommen wurde. Im übrigen verfügt die heute ausgegebene Verordnung Nr. 1 der neuen Regierung ausdrücklich, daß alle bisherigen Verordnungen des Regierenden Rates in Geltung bleiben, bis die Außerkraftsetzung ausdrücklich erfolgt ist.

Die Absicht der Entente uns gegenüber erhellt daraus, daß sie mit der neuen Regierung den Waffenstillstand sofort abschließt und die Friedensverhandlungen beginnt. Zur Einstellung der Feindseligkeiten wurden bereits im Laufe der Nacht Maßnahmen getroffen, indem Oberst Romanelli, der Leiter der italienischen Militärmission und der alleinige Vertreter der Entente in Budapest, Offiziere im Automobil zum rumänischen Armeekommando gesendet hat mit der Weisung, daß die Feindseligkeiten sofort einzustellen sind. In diesem Augenblick ist dies wahrscheinlich bereits erfolgt. Was die Aufhebung der Blockade anlangt, so enthält diesbezüglich das Manifest Romanellis eine Mitteilung, und in deren Ergänzung bemerke ich, daß ich die Notwendigkeit der Aufhebung der Blockade, beziehungsweise die Linderung derselben durch die Ententemission in Wien im Laufe der seit längerer Zeit im Zuge befindlichen Verhandlungen stets betont habe. Diese Verhandlungen charakterisieren übrigens eine gewisse Zuvorkommenheit. Die Entente macht mit der Szegediner gegenrevolutionären Regierung keine gemeinsame Sache und scheint mit ihr auch in der Vergangenheit nicht in Verbindung gestanden zu sein. Was die Zusammensetzung der neuen Regierung anlangt, so ist sie, wie dies aus der Ministerliste ersichtlich ist, eine rein sozialistische. Jene Mitglieder, die auch an der früheren Regierung teilnahmen, wollte die Entente selbst im neuen Kabinett sehen.

Unsere Beziehungen zu Oesterreich haben sich bedeutend gebessert, obwohl dieselben auch in der Vergangenheit nicht von Antipathie geleitet wurden. Wenn die zwischen uns bestehenden guten Beziehungen durch einzelne Umstände gestört wurden, so war hieran weder Oesterreich noch Ungarn schuld.

Das Wesen der ganzen Systemänderung besteht darin, daß wir mit der Aufhebung der Diktatur zur reinen Geltendmachung der demokratischen Parteizwecke übergehen. Die nahe Einberufung der Nationalversammlung wird die Kursänderung dokumentieren.

Rücktritt des Regierenden Rates.

Budapest, 2. August. Das Amtsblatt meldet: In der am 1. d. abgehaltenen Sitzung des Zentralarbeiterrates hat der Regierende Rat der föderativen sozialistischen Räterepublik seine Demission angemeldet, die von dem Arbeiterrat angenommen wurde.

Eidesleistung der neuen Regierung.

Budapest, 2. August. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Die Mitglieder der Regierung versammelten sich heute nachmittags im Präsidium des Zentralarbeiterrates, um den Eid zu leisten. Hierauf versammelten sie sich zu einem Ministerrat.

Die neuen Staatssekretäre.

In dem heute abends abgehaltenen Ministerrat wurden die Staatssekretäre ernannt. Staatssekretär für Justiz ist Emil Balasz, Staatssekretär des Innern Zoltan Ronai, Staatssekretär für Krieg Eugen Horowitz, Staatssekretär für Handel und Gewerbe Koloman Mehely, Staatssekretär für Verpflegs-

Reichspost
3./8. 1919.
3/8
78

Die Diktatoren auf der Flucht.

Asylrecht in Deutschösterreich!

Wie es zu erwarten war, haben die jüdischen Gewalthaber, die 132 Tage lang Ungarn verheerten, sofort nach dem Zusammenbruch ihrer Herrschaft die Flucht ergriffen. Bela Kun und einige Genossen seiner Schuld haben bereits die niederösterreichische Grenze überschritten und sind nach Wien gebracht worden. Die deutschösterreichische Regierung hat ihnen nämlich Asylrecht in Deutschösterreich gewährt. Denn wir liefern zwar Familien aus, die seit 700 Jahren in Oesterreich Bürgerrecht gehabt und in dieser Zeit sozusagen auch einige Verdienste sich erworben haben, nehmen aber dafür davongejagte ungarische Juden auf, die mit Blut und Verbrechen befleckt und uns deshalb besonders lieb und wert sind, weil sie uns mit allerhand Verschwörungen das Dach über dem Kopfe anzünden wollten.

Diese Tatsache teilt folgende amtliche Verlautbarung der „Staatskorrespondenz" mit:

„Die deutschösterreichische Regierung hat auf Wunsch der neuen ungarischen Regierung einer Reihe von Volkskommissären der jetzt gestürzten ungarischen Räteregierung, darunter auch Bela Kun, sowie einer Anzahl ihrer Angehörigen den Aufenthalt in Deutschösterreich gestattet, um zu vermeiden, daß ihr weiteres Verbleiben in Budapest Anlaß zu Ruhestörungen und unnötigem Blutvergießen geben könnte. Dies war bei der Erregung der Bevölkerung um so eher zu befürchten, als ein Teil der Budapester Arbeiterschaft auch heute noch ihrer Richtung angehört und Maßnahmen gegen diese Personen sicher nicht ruhig hätte geschehen sollen (?). Es ist jetzt das dringendste Interesse für Deutschösterreich, daß der neuen Regierung in Budapest keine inneren Schwierigkeiten erwachsen und daß sie das Werk des Wiederaufbaues ungestört und ohne Erschütterungen durchführen kann. In diesem Wunsche weiß sich die deutschösterreichische Regierung eins mit den verschiedenen Vertretern der Entente in Wien. Um ihr aber vollkommen freie Hand zu lassen, wurde die Aufnahme der Volkskommissäre an die Bedingung geknüpft, daß sie hier keinerlei politische Propaganda betreiben dürfen und daß sie sich einer Konfinierung unterwerfen müssen. Auch wird ihr Aufenthalt hier nur solange dauern, bis Ungarn in der Lage ist, sie wiederum in Ungarn aufzunehmen. Für den Fall jedoch, daß sich in der Zwischenzeit irgendeine innere oder äußere Schwierigkeit für Deutschösterreich infolge der Asylgewährung ergeben sollte, hat sich die deutschösterreichische Regierung die Bewegungsfreiheit vorbehalten, um jederzeit die notwendigen Verfügungen für die Wahrung der eigenen Interessen treffen zu können."

Diese Fürsorge ist ohne Zweifel ebenso großartig wie die Hochherzigkeit der neuen Gäste. Die Herren Bela Kun und Genossen sind nämlich so liebenswürdig zu versprechen, daß sie bei ihrem diesmaligen Wiener Aufenthalte nicht kommunistische Putsche oder Kellereinbrüche oder Giftmordversuche unternehmen wollen und sogar gestatten, daß sie in irgend einem guten Hotel ein wenig überwacht werden, was man so „Konfinieren" nennt. Der Grund für diese Maßregel ist die Besorgnis der deutschösterreichischen Regierung, daß den Bela Kun und Genossen in Budapest etwas geschehen und dort die Ruhe zerstört werden könnte. Deshalb mußte sie dem Verlangen der neuen ungarischen Regierung entsprechen, diese Herren in freundliche Aufbewahrung zu nehmen. Sie hätte so gerne auch den Bluthund Tibor Szamuely bei Sacher oder im Hotel Bristol versorgt, aber der junge Mann, der mit reichen Schätzen glücklich über die Grenze kam, war so unvorsichtig, der bei uns geübten Fürsorge für ungarische Verbrecher zu mißtrauen und sich vorschnell umzubringen, als er sich von ein paar Gendarmen festgehalten sah.

Man könnte das Ganze für einen üblen Spaß halten. In ganz Ungarn soll es keinen Ort geben, in dem die neue Regierung die kommunistischen „Volksmänner" von gestern in sicheren Gewahrsam zu bringen vermöchte! Ausgerechnet Wien, in dem ausgerechnet vor 48 Stunden der Landeshauptmann Sever die ausnahmslose Ausweisung sämtlicher, seit Anfang März eingetroffenen Ungarn plakatieren ließ, soll der einzig mögliche Aufenthaltsort für die gestürzten Budapester Terroristenhäuptlinge sein. Es hätte ganz gut die Entente, die der neuen Regierung in den Sattel geholfen hat, diese Herrschaften in Obhut nehmen können. Daß man bei uns bereit war, anständige Leute, die vor der ungarischen Schreckensherrschaft nach Wien geflüchtet waren, ihren verbrecherischen Henkern auszuliefern, war unmenschlich; daß man dann aber, als sich das Blatt wendet, diesen Henkern vor dem ungarischen Volke jenen Schutz gewährt, den man ihren Opfern verweigerte, ist dafür ein um so freundlicherer — letzter Liebesbeweis. Die Bevölkerung wird es verstehen, was sie für einen Reim auf diese höfliche Privilegierung flüchtiger ungarischer Verbrecher auf deutschösterreichischem Staatsgebiete zu machen hat.

Kun, Landler und andere Kommunistenführer angeblich in Wien.

Wiener-Neustadt, 2. August.

Wie aus Bruck an der Leitha gemeldet wird, wurden dort heute nacht Bela Kun, Landler und andere ungarische Kommunistenführer von der Grenzpolizei verhaftet. Die Grenzpolizei war von ihrer bevorstehenden Ankunft verständigt und nahm im Eisenbahnzuge die Verhaftung der Genannten vor. Sie wurden unter Eskorte nach Wien gebracht.

Tibor Szamuely durch Selbstmord geendet.

Wiener-Neustadt, 2. August.

Heute früh verbreitete sich in der ganzen Stadt die Nachricht, daß Tibor Szamuely, der Massenmörder der ungarischen Kommunistenregierung, durch Selbstmord in der Nähe von Wiener-Neustadt geendet. Hierüber werden uns folgende Einzelheiten berichtet:

Szamuely kam gestern im Automobil in Gesellschaft zweier russischer Bolschewiken, die bis an die Zähne bewaffnet waren, nach dem bekannten an der ungarischen Grenze gelegenen Kurorte Sauerbrunn. Im Automobil führte Szamuely Handgranaten mit. In Sauerbrunn nahm er einen Arbeiter auf, der sich professionsmäßig mit dem Hinüberschmuggeln von Ungarn nach Deutschösterreich befaßt, auf. Wie er mit dem Mann in Verbindung trat, ist nicht bekannt, wahrscheinlich ist er ihm von Sauerbrunner Kommunisten empfohlen worden.

Vor Sauerbrunn trat nun Szamuely in den ersten Morgenstunden in Begleitung des Schmugglers zu Fuß den Weg zur Grenze an, welche er nächst dem „Waldheim" erreichte. Dort bildet die deutschösterreichische Grenze einen Bogen, der tief in das ungarische Gebiet hineinragt. Wegen der dichten Waldungen, die sich dort längs des Bahnkörpers der von Wiener-Neustadt nach Oedenburg führenden Bahn hinziehen, ist diese Stelle besonders zum heimlichen Ueberschreiten der Grenze geeignet. Szamuely konnte auch ungehindert über die Grenze kommen und gelangte sodann nach Lichtenwörth. Dort wurde er aber von einer Gendarmerie patrouille, die ihn erkannte, angehalten und auf das dortige Wachzimmer gebracht.

Während ein die Gendarmerie den Szamuely begleitenden Schmuggler visitierte und die Aufmerksamkeit von Szamuely abgelenkt war, zog dieser sein Taschentuch heraus und trocknete sich damit scheinbar das Gesicht vom Schweiße. Indes hatte Szamuely im Taschentuch eine kleine Pistole verborgen. Unbemerkt konnte er die Pistole ansetzen und einen Schuß gegen sich abfeuern. Das Projektil drang in den Brustraum unterhalb der sechsten Rippe auf der linken Körperseite. Die Schußwunde zeigte eine kleine Einschußöffnung von fünf Millimeter Durchmesser. Das Projektil, welches von unten nach oben drang, war im Körper stecken geblieben. Es wurde sofort Gemeindearzt Dr. Schneider gerufen, der die Wunde behandelte und die sofortige Ueberführung Szamuelys, der noch Lebenszeichen von sich gab, in das Kriegsspital nach Wiener-Neustadt anordnete.

In Lichtenwörth hatte sich indes die Nachricht von Szamuelys Verhaftung wie im Lauffeuer verbreitet und trotz der frühen Morgenstunde eilte die Bevölkerung zum Gendarmeriegebäude. In einem Automobil wurde Szamuely in das Kriegsspital abtransportiert. Die angesammelte Menge erging sich bei der Abfahrt in Verwünschungen des „roten Henkers". Als das Automobil in das Kriegsspital einfuhr, starb Szamuely. Er dürfte sich in das Herz geschossen haben.

Die Leiche wurde in die Totenkammer des Kriegsspitales gebracht. Sollte Szamuely, wie behauptet wird, der mosaischen Konfession angehören und seine Ueberführung nach Ungarn nicht erfolgen, so verweigert die israelitische Kultusgemeinde Wr.-Neustadt, zu deren Sprengel Lichtenwörth gehört, die Beerdigung Szamuelys am hiesigen israelitischen Friedhof.

Bei Szamuely wurden Bargeld im Betrage von 138.000 Kronen, ausschließlich in blauen Banknoten, sowie bedeutende Summen in amerikanischer, englischer und schweizerischer Währung gefunden.

•

Szamuely entstammt einer aus Galizien nach Ungarn eingewanderten jüdischen Familie und ist in Nyiregyhaza geboren. Dort war er auch als Winkeljournalist tätig, nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, bei Budapester Zeitungen unterzukommen; denn schon damals war er wegen verschiedener schmutziger Manöver berüchtigt. Als er endlich beim sozialdemokratischen Blatte „Nepszawa" angestellt wurde, mußte er schon nach einigen Tagen wieder entlassen werden, da ihm Erpressung nachgewiesen wurde. An der Front verbrachte er seiner eigenen Angabe gemäß nur anderthalb Stunden, er lief sofort zu den Russen über. In der Gefangenschaft arbeitete er mit Bela Kun ein bolschewikisches Aktionsprogramm für Ungarn aus, stellte aus österreichischen und ungarischen Kriegsgefangenen und aus russischen Kriegsflüchtlingen die erste Moskauer Rote Garde zusammen und erwarb sich dadurch die Zuneigung und das Vertrauen Lenins. Nach dem Zusammenbruch schwang er sich zum Budapester Volksredner auf und die Rätediktatoren bestellten ihn zum Kommandanten über sämtliche Gebiete hinter der Front. Seine Macht war unbeschränkt. Er hatte die Aufgabe, alle einzufangen, die sich nicht zur Roten Armee pressen ließen, und die Gegenrevolution zu unterdrücken. Dies tat er mit einem verbrecherischen Haß und mit einer schrankenlosen Blutgier, die an Wahnsinn grenzte und ihn zum Gegenstande des glühendsten Hasses des ungarischen Volkes machte. In zahlreichen Städten, so in Hajduszoboszlo, Debreczin, Szolnok, Veszprim usw. fanden auf seine Befehle Massenhinrichtungen statt, bei denen er stets persönlich zugegen war. Wenn er mit seiner aus russischen Kriegsgefangenen und heimischen „Opfern des Strafgesetzes" ausgewählten Terrortruppe, die bis auf die Zähne bewaffnet war, um ihn vor der Wut des Volkes zu schützen, in einem Orte erschien, so gab er die Parole aus: „Fangt einige Bourgeois zusammen und hängt sie." So wurden unter seinen Augen in Szolnok 87, in Debreczin 80 und in Budapest weit über 500 Bürger hingerichtet. Unter seinem Befehle wurde der Eisenstädter Arbeiteraufstand blutig niedergeworfen, er war es ebenso, der den westungarischen Bauernaufstand in einem Blutmeere erstickte. „Blut" war die immer wiederkehrende Aufforderung in seinen Reden. Dabei gab er sich stets voll schleichender Freundlichkeit und kleidete sich nach der Art eines eitlen Sportstutzers. In der Glanzzeit seiner Macht heiratete er nach Bolschewikenart ein Mädchen aus ungarischer Adelsfamilie. Sein Einfluß auf die Rätediktatur war namentlich zur Zeit der Erfolge gegen die Tschechen sehr groß und überragte fast Bela Kuns. Als dieser in den letzten Wochen wankend wurde, führte Szamuely den extremsten Flügel der Terroristen gegen ihn und erzwang dadurch die letzte Theißoffensive gegen die Rumänen, die den Stein endgültig ins Rollen brachte und das Schicksal der Räterepublik besiegelte. Tibor Szamuely, der „Bluthund", wie er im Volke hieß, befand sich insbesondere in schärfster Gegnerschaft zu den Gewerkschaftsführern und namentlich gegen ihn richteten sich die scharfen antisemitischen Proteste in den letzten Rätekongressen und Zentralratssitzungen. Er war sich wie sein Selbstmord beweist, sehr wohl bewußt, welches Schicksal ihn erwartete, sobald seine schwerbezahlte Verbrechergarde auseinanderstob. Das ungarische Volk, das dem Namen dieses Fremdlings für immer ein Schandmal setzen wird, hätte an ihm zweifellos ein furchtbares Gericht geübt, sobald es seiner Person habhaft geworden wäre. Daß man aber in Wien ihm, dem Tibor Szamuely, ein Asyl zu bieten bereit sei, hatte er offenbar gar nicht für möglich gehalten.

Der neue Name Ungarns.

Budapest, 2. August.

Im Sinne einer Regierungsverordnung ist die amtliche Bezeichnung des ungarischen Staates „Ungarische Volksrepublik" und der Name der Regierung „Regierung der Ungarischen Volksrepublik".

Reichspost
3./8. 1919.
3/8
79

Bezugspreise für Wien:
Morgenbl. allein: monatl. K 6.—, vierteljährlich 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich K 8.—, vierteljährlich 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt monatlich K 9.—, vierteljährlich 27.—
Redaktion, Verwaltung, Druckerei: Wien, VIII. Strozzigasse Nr. 8, Fernsprecher 18870, 18082, 22641. Postsparkassenkonto Oesterreich 20656, Ungarn 8, Bosnien-Herzegowina 7744. — Stadtzweigstelle: I. Schulerstraße 11, Fernsprecher: 2926.
Anzeigen-Annahme: Wien, VIII. Strozzig. 8, Fernsprecher: 18870, 18082, 22641, Wien, I. Schulerstraße 11, Fernsprecher: 2926, 8374.
Drahtadresse: Heralduerlag Wien

Morgenblatt.

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk.

Bezugspreis für die Nationalstaaten bei täglich einmaliger Postzusendung
Morgenbl. allein: monatl. K 6.—, vierteljährlich 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen monatlich K 8.—, vierteljährlich 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt monatlich K 9.—, vierteljährlich 27.—
Bei täglich zweimaliger Postversendung
Morgenblatt u. Wiener Stimmen monatlich K 8.70, vierteljährlich 26.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt monatlich K 9.70, vierteljährlich 29.—
Für Deutschland: Morgenblatt allein vierteljährlich K 23.—, Morgenblatt u. Wiener Stimmen vierteljährlich K 29.—

Nr. 296 | Wien, Sonntag, den 3. August 1919 | XXVI. Jahrgang

Der Bankerott des Kommunismus in Ungarn.

Wien, am 2. August.

Die Erscheinungen heften sich dem Kommunismus an überall, wo er auftritt: Nirgends sind es, abgesehen von einigen Schwärmern und überspannten Phantasten, die anständigen und ehrlichen Elemente, die er an die Oberfläche bringt, überall sind es Abenteurer, Geschäftemacher und lustmörderische Entartete, die in seinem Namen die Herrschaft ergreifen und alsbald eine pestilenzialische Wolke von verderbter Gewinnsucht, blutiger Roheit und verbrecherischem Machthunger um sich verbreiten. Wo immer der Kommunismus auftritt, wirkt er wie ein verheerender Brand, der von seinen Urhebern nicht mehr gelöscht werden kann und eine Trümmerstätte wirtschaftlicher Vernichtung für alle Stände, am meisten für den von ihm mit den größten Versprechen überhäuften Arbeiterstand zurückläßt. Und überall ist es infolgedessen der gesunde Teil der Arbeiterschaft, inbegriffen die meisten sozialdemokratischen Anhänger, die zu ihm in schärfsten Gegensatz geraten und seinen Sturz herbeiführen helfen. So war es in Berlin, so in München, so jetzt in Budapest. — Daß in Rußland sich der bolschewikische Kommunismus trotz der Gegnerschaft großer Massen der Arbeiterschaft bisher zu halten vermochte, liegt nicht daran, daß er in Rußland ein anderes Wesen gezeigt hätte als bei seinen Einbrüchen nach Mitteleuropa, sondern daran, daß Rußland in seiner Riesengröße fast unerschöpfliche Machtquellen den kommunistischen Gewalthabern zur Verfügung stellte, aus denen sie sich bis heute zu nähren vermochten, ohne aber deswegen ihre Herrschaft auf sichere Grundlagen stellen zu können. Auch der russische Kommunismus wird ebenso wie seine mitteleuropäischen Setzlinge bald von der in Zorn und Scham berstenden Erde verschwunden sein.

Wehe dem Volke, das durch solche Heimsuchungen klüger werden muß! Die 132tägige Diktatur des Kommunismus in Ungarn ist eine einzige Widerlegung des kommunistischen Systems. Der ungarische Staat war aus dem Krieg reicher hervorgegangen, als er je zuvor war. Die Kurse seiner Industriepapiere hatten eine nie gekannte Höhe erreicht, die Landwirtschaft strotzte von Geld, die ungarischen Staatspapiere standen dauernd höher als die österreichischen. Der Volkswohlstand prägte sich mit allen Merkmalen der modernen Geldwirtschaft aus. Das alles ist wie rasiert. Als am 22. März in Budapest die Rätediktatur ausgerufen wurde, da bestand eine der ersten Regierungsmaßnahmen darin, daß das Privateigentum aufgehoben und eine radikale Sozialisierung der gesamten Produktion angeordnet wurde. Allenthalben wurden die Fabriken enteignet, die leitenden Persönlichkeiten verjagt und Betriebsräte an deren Stelle gesetzt. Zwar zahlte man riesige Arbeiterlöhne, doch bald begannen die Fabriken stillzustehen, da ihnen die fachliche Führung mangelte und jede ernste Arbeit erlahmte. Das Ende war, daß in Budapest mit Ausnahme der Munitionsfabriken und ein paar Mühlen alle Industrieunternehmungen und größeren gewerblichen Betriebe verdorrten und die Arbeiter von der Arbeitslosenunterstützung leben mußten. Gleichzeitig mit dem industriellen Leben kam auch jeder finanzielle Verkehr zum Stillstand. Die Banken wurden sozialisiert und alle nicht den Ausländern gehörenden Wertpapiere und Goldbestände beschlagnahmt. Auch die Budapester Hauptanstalt der Oesterreichisch-ungarischen Bank blieb nicht verschont und ihre Goldbarren und die in den Schränken zurückbehaltenen Banknoten bildeten für die sogenannten Volksbeauftragten eine willkommene Beute, mit der der ungeheuerliche Goldbedarf der Räteregierung wenigstens für die erste Zeit gedeckt werden konnte. Schon nach acht Wochen stellten sich die Folgen ein. Man hatte kein Geld mehr. Alles war verpraßt und verpulvert. Nach russischem Muster griff man zur Notenpresse, um die Räteherrschaft über Wasser zu halten. Da die Banknotenmatritzen der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in Wien verwahrt lagen, so druckte man in einem Dutzend Druckereien das sogenannte weiße Geld gegen dessen Annahme trotz allen Strafandrohungen der Bauer sich wehrte, weil es keine Deckung hatte. Von einer Fortführung des Zinsendienstes der Staatsanleihen konnte keine Rede mehr sein. Die Räteregierung versprach zwar zu wiederholtenmalen, die Coupons der Ausländer, also insbesondere auch der Deutschösterreicher einlösen zu wollen: doch es blieb beim Versprechen. Nicht ein Zinsenabschnitt wurde eingelöst und als um die Mitte des Monats April sechshundert Millionen ungarischer Schatzscheine fällig wurden, da fiel es in Budapest niemand ein, diese Verbindlichkeiten zu regeln. Es mehrten sich die Anzeichen, daß man es auch auf die ausländischen Wertpapiere abgesehen hatte, um den dringendsten Geldbedarf befriedigen und die kostspielige Auslandsminierarbeit fortführen zu können. Unsere Finanzverwaltung machte daher mehrfache Versuche, die Budapester Machthaber zur Herausgabe dieser Depots zu bewegen; doch ohne Erfolg. Es ist möglich, daß selbst diese Depots bereits angegriffen oder vielleicht sogar schon verschleppt sind. Fast ebenso schwer wie Industrie und Finanzen hat Ungarns ehedem so blühende Landwirtschaft gelitten. Die kleinbäuerliche Bevölkerung wird sich von den gewalttätigen Räubereien der Budapester Machthaber am ehesten wieder erholen, doch sie kommt für die Versorgung der Städte und die Ausfuhrkraft des Landes erst in letzter Linie in Betracht. Schlimmer ist der mittlere Grundbesitz mitgenommen, der von den maßlosen Forderungen der aufgehetzten Landarbeiter fast erdrückt worden ist; es wurden den Schweinehirten Monatslöhne bis zu zwölf- und fünfzehnhundert Kronen bezahlt. Trostlos ist die Lage des Großgrundbesitzes, der, in der landwirtschaftlichen Technik hochentwickelt, der Lieferant des großen Getreideüberschusses war, der die Städte ernährte und alle Jahre seinen Weg über die ungarische Grenze nahm. Die Mißwirtschaft der von der Regierung bestellten Kommissäre hat selbst die besten Güter mit Defiziten belastet, die zumeist in die Hunderttausende, in manchen Fällen sogar in die Millionen gehen. Was an wertvoller Einrichtung vorhanden war, ist zumeist herabgekommen, verschleudert oder gestohlen; große Landstrecken sind unbebaut geblieben. Für die nächste Zeit ist nicht daran zu denken, daß Ungarn wieder in die Reihe der Getreideausfuhrländer eintritt. Noch viel schwerer wird es der Industrie fallen, sich von den in den letzten Monaten erlittenen Schlägen zu erholen. Alles, was an Reserven angesammelt wurde, ist vergeudet, der Abbau der kommunistischen Ueberbleibsel wird nur langsam vor sich gehen. Die Früchte der Industrieförderung, wie sie in den letzten Jahrzehnten jenseits der Leitha mit Hochdruck betrieben wurde, sind damit verloren und unter dem Zwange der

Der Stockgraber.

Studie aus der Steiermark.

Von Hans Maurer.

Nach sechs Uhr früh, wenn der Tau noch auf allen Gräsern blinkt und die Wildtauben auf frischgepflügten Aeckern nach Saatgut suchen, bei jedem Schritte mit dem Kopfe nickend, geht der alte Hold von Gleisdorf schon den stillen Waldweg gegen Hohenberg.

Er heißt eigentlich Anton Hold, die Leute aber nennen ihn in der ganzen Gegend den „Stöckgraber", weil das Stockausgraben keiner so gut kann wie er. Wo immer ein Bauer auf seinen Holzschlag ein paar Jahre alte Baumstrünke weiß und Holz braucht oder den Grund neu aufforsten will, gleich schickt er zum Stöckgraber-Toni, er möchte so gut sein und ihm diese Arbeit besorgen; denn der alte Hold ist ein Fachmann auf diesem Gebiete, der seinesgleichen weit und breit nicht findet. Was zwei drei andere in einem Tag nicht leisten können, das kann er. Unbeaufsichtigt und unkontrolliert arbeitet er in den entlegensten Waldgründen mutterseelenallein vom frühen Morgen bis zum späten Abend. Nur Häher, Elstern und Krähen schauen zu, wenn der Schneidkrampen, von den wuchtigen Händen geführt, in die knorrigen Wurzeln hineinhaut, daß das harte Buchenholz nur so splittert und der mächtige Strunk bis ins Innerste erbebt. Hin und wieder kreist auch ein Habicht neugierig über den Stöckgraber-Toni und ängt eine Weile aus riesiger Höhe herunter oder es hält im benachbarten Jungholz ein vorüberziehendes Reh in seinem gazellenhaften Gange inne und horcht auf die bald dumpfen, bald hellen grimmigen Waldbauernhiebe in das knarrende, knorrige Holz.

Hat ein dreiviertel Jahrhundert auf dem nur leicht gekrümmten Rücken und ist mit seinen grauen Haaren und faltendurchwirkten, echt deutschen Bauerngesicht noch ein ganz stattlicher Kerl, dessen grobe, klotzige Hände und muskulöse Arme im Verein mit den gutmütigen, treuherzigen Augen echtes Germanenblut verraten. Er kennt keinen Achtstundentag und keinen Lohn, wie ihn die Arbeiter in der Stadt verlangen, er hat keine Bedürfnisse und ist deshalb der zufriedenste Mensch. Einer der in der Früh seine saure Suppe löffelt, über Tag mit einem Krug voll Most und einem halben Brotlaib auskommt und erst abends um 8 Uhr einen Teller voll Erdäpfelsuppe, Salat mit Brot und einen Teller voll Grieskoch ißt. Verdient nur ein paar Kronen und ist trotz allem gesund und in sein Schicksal ergeben. Ein Pfeiferl Tabak ist seine einzige Freude und eine Zigarre, die ihm dann und wann einer schenkt, wird ihm zum Ereignis, an das er sich noch lange Zeit danach erinnert.

In Roseggers Heimat wuchsen solche Urgestalten und seine Feder wußte viel von ihnen zu erzählen. Um so mehr war ich erfreut, auch in der schon näher am pulsierenden Leben liegenden Oststeiermark eine solche Type in dem „Stöckgraber" zu finden. Mein Vater hatte ihn eben für unsern Wald genommen. Vier Tage schon arbeitete er dort, als ich mich auf den Weg machte, den alten Hold an seiner Arbeitsstätte aufzusuchen.

Hübsch lang zog sich der Weg. Viertel- um Viertelstunde erst über frischgemähte, bächleindurchzogene Wiesen, dann zwischen wogenden Weizen- und Haferfeldern und endlich hinein in den Wald. Bergan klettert der Pfad, durch junge, duftende Fichtenbestände, über Schläge und Blößen, über farnkrautumwucherte Wildbachbeete, an geheimnisvollen „Jagersitzen" vorbei, höher und höher, durch Dickicht und Lichtungen, in stetem Wechsel und rascher Folge. Etwa zehn Minuten trennen mich noch von unserem Wald und schon höre ich den Stöckgraber-Toni an der Arbeit. Deutlicher und lauter dringt der Klang gleichmäßiger Schläge zu mir, bis ich endlich aus dem Tann heraus auf den Holzschlag trete, wo der alte Hold, mit dem Rücken mir zugekehrt, am Werke ist. Er hört mich nicht und auch als ich rufe, gibt er keine Antwort, denn der alte Mann ist schwerhörig und weiße Haarbüschel wachsen aus seinen Ohren. Ganz nahe muß ich an ihn herantreten und ihm fast schreiend mein „Grüß Gott, Stöckgraber!" entbieten. Da erst zieht er sein „Hüatl" und erwidert freundlich meinen Gruß. Ihm zuzuschauen bei der Arbeit sei ich gekommen, sage ich ihm, ich hätte solche Arbeit noch nie gesehen. „Nöt?" fragt er erstaunt und schmunzelt ungläubig. In Wien gebe es keine Stöcke auszugraben, meinte ich erklärend. Das scheint ihm einzuleuchten, denn jetzt schwindet das Ungläubige seines Schmunzelns und verständnisinniger nickt er mit dem grauen Kopfe: „Ja, söll glab i wohl, söll glab i wohl!"

Dann arbeitet er weiter. Er hat nicht viel Zeit und Lust zum Plaudern, wann er an der Arbeit ist. Eben geht er einen ziemlich kräftigen Buchenstrunk an. Einige Meter weit verkrampfen sich die Wurzeln des Stockes in den moosbewachsenen Boden, nach allen Seiten greifen sie, hübsch an der Oberfläche, daß ihr knorriger Rücken sichtbar zwischen dem Moos und Katzenpfötchen dahinläuft, aber auch hübsch tief unter der Erde, unsichtbar und ungeahnt. Da beginnt der alte Hold mit der Hacke die Erde um eine solche Wurzel zu lockern und wegzufassen, haut ein Stück mit dem Schneidkrampen heraus und wirft es auf die Seite. Mit Kennerblick, erworben durch langjährige Uebung, erfaßt er, wie und wo die Wurzeln verankert sind, erröt es schon aus dem Klang des Klopfens mit dem Krampen wie der Specht aus dem Hämmern mit seinem Schnabel erkennt, wo für ihn das Gesuchte zu finden ist. Kein Schlag, kein Griff, kein Bücken ist bei ihm überflüssig, alles wohl berechnet und gezielt. Hat ein ganzes Arsenal von Werkzeug bei sich, das an Güte seinesgleichen suchen muß. Da liegt ein sieben, acht Kilogramm schwerer, mächtiger „Stemmer" (Stemmeisen), ein wuchtiger Schlögel, ein „Wäghangl" (eine Eisenklammer mit einem Ring, durch den ein Fichtenstamm gesteckt wird, wenn es eine Wurzel oder den Stock selbst zu heben gilt), ein „Schneidkrampen", eine „Wasenhau" (Rasenhaue), eine gewöhnliche Haue und eine Säge. Eben entdeckt er, daß ein Stück der „Wurzen" noch wo hängt ... „Hm, hm," brummt er, greift nach dem Stemmer, setzt ihn an und hebt den schweren Schlögl in die Höhe. „Na wart', Rabenvieh," stößt es ihm der Zorn zwischen den Zähnen hervor, und wuchtig saust der Schlögl auf den Stemmer nieder. Die Wurzel hat er glatt durchtrennt, dabei aber auch einen Ameisenbau durchstoßen, daß die großen, braunen Bewohner aufgeregt herumzulaufen beginnen. Aber noch

Die Zeit 5./8. 1919. 80

Die Koalitionsregierung gescheitert

Gerüchte über den Anmarsch der Szegediner Truppen.

Uebersicht.

Die Bildung eines Koalitionsministeriums in Ungarn ist gescheitert.

*

Die Truppen der Szegediner Regierung befinden sich im Anmarsch auf Budapest.

*

Staatskanzler Dr. Renner wird mit den meisten Mitgliedern der Friedensdelegation Freitag früh in Wien eintreffen.

*

Für Wien werden große Sendungen argentinischen Rindfleisches und amerikanischen Schweinefleisches erwartet. Nach Freigabe des Seefischhandels in Deutschland sind größere Zufuhren für Wien avisiert. Durch direkte Zufuhr aus Ungarn soll die Wiener Eierversorgung gebessert werden.

Das Gebot der Stunde.

Ungarn, vom Alp des Bolschewismus befreit, erwacht langsam aus seinem tiefen hypnotischen Schlaf, der der Todesstarre so ähnlich sah, und beginnt gleichsam sich die Augen zu reiben und die Glieder zu recken. Ueberall sucht man vor allem die äußeren Spuren der wüsten Räteherrschaft zu verwischen, wie um den bösen Traum möglichst rasch zu vergessen. Mit Hilfe der Entente soll jetzt schleunigst an das große Reinemachen gegangen werden. Große Schwierigkeiten macht einstweilen noch die Bildung einer handlungs- und verhandlungsfähigen Regierung. Das Kabinett Peidl, das an dem historischen Freitag aus den Händen der zurückweichenden Räteregierung die Gewalt übernommen hat, ist den Aufgaben, die jetzt zu lösen sind, nicht gewachsen. Diese Regierung vertritt, da sie fast ausnahmslos aus sozialistischen Vertretern der Industriearbeiterschaft besteht, in der einseitigsten Weise eine einzige Klasse. Eine solche Homogenität entspricht aber in keiner Weise den Geboten dieses ernsten Augenblickes, denn wenn je, so ist es diesmal unumgänglich notwendig, daß alle Klassen und alle Parteien Ungarns einmütig zusammenstehen, um das Land einer langsamen politischen und wirtschaftlichen Gesundung zuzuführen.

Die Bildung einer Koalitionsregierung ist bis zur Stunde nicht gelungen, und so muß das in aller Hast improvisierte Kabinett einstweilen noch die Geschäfte führen. Indessen ist auch die sogenannte Szegediner Regierung nicht untätig geblieben. Während sie sich mit ihren Truppen von dem bisherigen Standort Szegedin langsam in der Richtung auf Budapest in Bewegung setzt, bemühen sich ihre Wiener Exponenten, in erster Linie Graf Bethlen, der in den letzten Wochen die Fäden der Verbindung zur Entente fleißig weiter gesponnen, das Heft ganz in die Hand zu bekommen. Und wie nach einem schweren Gewitter die verschüchterten Einwohner vorsichtig aus ihren Häusern treten und den Himmel prüfend mit ihren Blicken abstreifen, tauchen auch wohlvertraute Gestalten aus einer längst vergangen anmutenden Epoche wieder auf: Graf Julius Andrassy und Wilhelm Vazsonyi, die auf dem Wege nach Wien sein sollen, um an den Verhandlungen mit den Vertretern der Entente teilzunehmen und sich womöglich einen Anteil an der Macht zu sichern.

Es scheint uns, daß jetzt zu langwierigen Verhandlungen wirklich keine Zeit ist, zu sogenannten „Entwirrungen der Lage", wie sie in vorrepublikanischer Zeit ein beliebter Zeitvertreib der ungarischen Gentrypolitiker gewesen. Denn nicht nur die Szegediner Truppen sind im Anmarsch auf Budapest, auch eine mächtige rumänische Heeressäule bedroht Budapest, und es ist im Augenblick nicht abzusehen, welche Folgen ein Einmarsch dieser Truppenkontingente in die Hauptstadt hervorrufen könnte. Darum wäre jetzt etwas anderes dringender als die „definitive" Bildung eines „provisorischen" Kabinetts und die Befriedigung der einzelnen Parteiansprüche: ein festes Regime der Ordnung, unter dessen Schutz dann an den politischen Aufbau des neuen Ungarn geschritten werden könnte.

s. k.

Einem heute früh aus Budapest eingelangten telegraphischen Berichte zufolge, ist der Plan der Bildung einer Koalitionsregierung, wie sie durch Minister Agoston vorgeschlagen und vom Kabinett Peidl angenommen wurde, gestern nachmittags fallen gelassen worden. Die Verhandlungen werden seit Sonntag abend in anderer Richtung geführt.

Die bürgerlichen Parteien zögern.

Aus Budapest, 4. d., wird uns telegraphiert: Zur Stunde ist noch nicht bekannt, wie die neue Ministerliste lautet: Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung werden noch fortgesetzt. Die Schwierigkeiten rühren von der bürgerlichen Seite her. Viele Männer, deren demokratische Gesinnung bekannt ist, und die nach dem Sturze Tiszas Einfluß gewonnen hatten, stehen im Vordergrund der Kombination. Sie verhalten sich aber ablehnend, da sie die große Verantwortung scheuen, die jetzt den Regierungsmännern aufgebürdet wird.

Die Szegediner Regierung rückt vor.

Verlegung des Sitzes nach Czegled.

Aus Budapest, 4. d., wird uns telegraphiert:

Die Szegediner Regierung hat ihren Sitz von Szegedin nach Czegled, das etwa 60 Kilometer von Budapest entfernt ist, verlegt.

Anmarsch der Szegediner Truppen?

Zweifellos hat die Idee, wonach nicht die Exponenten von politischen Parteien, sondern Vertreter der verschiedenen Klassen der Bevölkerung die Regierung bilden sollen, nicht überall Anklang gefunden. Die Situation ist momentan ziemlich verworren.

Seit Sonntag nachmittags sind in Budapest Gerüchte verbreitet, wonach die Szegediner Regierung, beziehungsweise ihre Truppen in Czegled stehen und auf die Erlaubnis der Entente warten, um in Budapest einzuziehen. Bis heute früh 9 Uhr ist diese Erlaubnis noch nicht erfolgt.

Rumänische Truppen in Budapest.

Budapest, 3. August. Die rumänischen Truppen sind bis zur Gemarkung von Budapest vorgedrungen. Hier erschienen Kriegsminister Haubrich und Bürgermeister Harrer, die mit dem Kommandanten der rumänischen Truppen General Rurescu in Verhandlungen traten.

General Rurescu erklärte, er habe den Befehl erhalten, den Vormarsch bis zur Grenze des Budapester Stadtgebietes fortzusetzen. Zur Besetzung der Hauptstadt habe er keine Weisung erhalten. In die Angelegenheit der Aufrechterhaltung der Ordnung werde er sich nicht einmengen; dies sei die Aufgabe der ungarischen Regierung. Hinsichtlich der Einquartierung der vor Budapest eingetroffenen rumänischen Soldaten kam ein Uebereinkommen zustande, wonach die Regierung nicht auf Grund der Besetzung, sondern auf Grund des Gastrechtes zwei in der Peripherie der Hauptstadt gelegene Kavalleriekasernen zur Verfügung stellt.

Ein Befehl Haubrichs.

Anläßlich des Eintreffens der rumänischen Soldaten erließ der Kriegsminister Haubrich folgenden Befehl: Rumänische Truppen sind bis zur Gemarkung der Hauptstadt vorgedrungen und dort stehen geblieben. Der Kommandant Regime der Ordnung, unter dessen Schutz dann der rumänischen Truppen erklärt, er beabsichtige zurzeit Budapest nicht zu besetzen. Ich fordere die Bewohner der Hauptstadt auf Grund des Gastrechtes auf, die hier weilenden oder verkehrenden rumänischen Soldaten nicht feindlich zu empfangen und ihnen gegenüber die internationalen Rechte und ein der gegenwärtigen Situation entsprechendes Verhalten zur Schau zu tragen. Zuwiderhandelnde werden strengstens bestraft.

Rumänische Gewalttätigkeiten.

Plünderungen in den Vorstädten Budapests.

Budapest, 4. August. (Funkspruch.) Die Korrespondenten der großen englischen und amerikanischen Blätter berichten nach Paris, daß die rumänischen Truppen Telephonlinien durchschneiden und Eisenbahnlinien bei Budapest unterbrechen, ungarische Automobile mit Lebensmitteln ausplündern, mit Kanonen gegen Häuser schießen und in den östlichen Vororten von Budapest rauben und plündern. Die Bevölkerung, die vollständig ruhig war, ist nun sehr erregt und Kriegsminister Haubrich lehnt jede Verantwortung für etwa eintretende Zusammenstöße ab. Die ungarischen Soldaten in Budapest werden weggeschleppt. Die Lage sei sehr kritisch, Blutvergießen wahrscheinlich.

Der Einzug der rumänischen Hauptstreitkräfte sollte nach Möglichkeit verhindert werden. Obgleich Oberstleutnant Romanelli persönlich den rumänischen Divisionskommandanten den Befehl Clemenceaus einhändigte, dauert der Einmarsch an, und der rumänische Kommandierende habe Romanelli mitgeteilt, er werde im Innern von Budapest weitere Befehle abwarten.

General Drescu in Budapest.

Aus Budapest, 4. d., wird uns telegraphiert: Die Rumänen sind in den Kasernen in den äußeren Bezirken untergebracht, nur General Drescu mit seinem Stabe wohnt im Hotel Ritz, vor dem zwei rumänische Wachposten stehen. Sonst sind nur sehr wenige Rumänen sichtbar.

Das Ende der Roten Armee.

Die Demobilisierung beschlossen.

Die „Ungarische Post" meldet aus Budapest: Der in der Nacht auf Sonntag abgehaltene Ministerrat hat beschlossen, den Befehl zur Demobilisierung der Roten Armee zu veröffentlichen. Für Budapest bleibt ein Kontingent von 4000 Mann. Einschließlich der Sicherheitstruppen in der Provinz wird die ungarische Armee auf 20.000 Mann herabgesetzt.

Die revidierten Verordnungen.

Keine Sozialisierung der Häuser.

Budapest, 3. August. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Ein Sonntag nachmittags abgehaltener Ministerrat beschloß, daß die Ressortminister die von seiten der Räteregierung erlassenen Verordnungen ohne Verzug einer Revision unterziehen und bereits vor den nächsten Ministerrat mit fertigen Vorschlägen treten, welche Verordnungen außer Kraft gesetzt werden sollen und wie der vor dem 21. März bestandene Rechtszustand wiederhergestellt werden kann.

In erster Reihe wird die auf die Sozialisierung der Häuser bezug habende Verordnung der Räteregierung außer Kraft gesetzt werden.

Harrer — Bürgermeister.

Budapest, 3. August. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Der Sonntag abgehaltene Ministerrat betraute Dr. Franz Harrer mit der Versehung der Bürgermeisteragenden von Budapest und ernannte gleichzeitig den gewesenen Oberstadthauptmann Karl Dietz neuerdings zum Oberstadthauptmann von Budapest.

Oeffnung der Geschäfte.

Aus Budapest, 4. d., wird uns telegraphiert:

Die Geschäftsläden in ganz Budapest sind seit heute früh fast ausnahmslos geöffnet, wenn auch viele von ihnen nur spärliche Warenbestände haben. Viele Geschäftsleute haben freiwillig wieder aufgeschlossen, den übrigen wurde durch einen Erlaß der Auftrag erteilt, dies zu tun.

Besetzung eines Komitats.

TK Paris, 3. August. (Priv.-Tel.) Der Oberste alliierte Rat beriet über die Maßnahmen betreffend die Besetzung des Komitats Baranya und befaßte sich weiter mit den Ereignissen in Budapest. Der Rat beschloß, die weitere Entwicklung der Ereignisse abzuwarten, ehe die nächsten Schritte unternommen werden.

(Das Komitat Baranya liegt zwischen der Drau und der Donau. Sein Hauptort ist die Stadt Fünfkirchen. D. Red.)

Ende der Rätediktatoren in Westungarn.

Nach Mitteilungen eines heute aus Oedenburg hier eingetroffenen Bürgers wurde der Sturz der Räteregierung von den Deutschen Westungarns mit ungemeinem Jubel aufgenommen. Die Häuser sind fast in allen Orten beflaggt, die Räteführer überall verschwunden. Die Stimmung ist für den Anschluß an Deutschösterreich, die Bevölkerung will weder von der gegenwärtigen noch von der Szegediner Regierung noch von Budapest überhaupt mehr etwas wissen.

Ein Schritt zur Besserung.

Das Urteil in Deutschösterreich.

Der in Ungarn eingetretene Wechsel der Regierung, beziehungsweise seine Rückwirkung auf Deutschösterreich, wird die Parteien und den Hauptausschuß beschäftigen. An den Umsturz wird in parlamentarischen Kreisen zwar keine übertriebene Hoffnung geknüpft, doch wird er als ein Schritt zur Besserung betrachtet, dem unaufhaltsam weitere Fortschritte der Gesundung folgen müßten. Daß Deutschösterreich einzelnen der geflohenen Räteführer (bis jetzt zehn) Asyl gewährt hat, wurde, wie die Korrespondenz „Austria" schreibt, beim ersten Bekanntwerden vielfach abfällig beurteilt, wird jedoch schließlich als im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe augenblicklich als unvermeidlich hingenommen.

Ungarische Politiker in Wien.

Wie verlautet, treffen heute Graf Julius Andrassy, Wilhelm Vazsony und Garami in Wien ein, um an den hier stattfindenden Besprechungen ungarischer Politiker über die Lösung der ungarischen inneren und äußeren Krise teilzunehmen.

(Weitere Nachrichten Seite 2.)

Die Zeit 5/8. 1919.

Redaktion, Administration und Druckerei
IX., Liechtensteinstrasse 23.
Abonnement- und Inseraten-Aufnahme: I., Schulerstrasse 16

Telephone:
Redaktion . . . . . } 17—0—40
Administration . . . . .
Expedition . . . . . } 17—0—41
Druckerei . . . . .
Abonnementaufnahme I., Schulerstrasse 16 } 32—40
Nur für den Fernverkehr 15—9—88

Vierteljahrspreis bei den Postämtern ist:
DEUTSCHLAND M. 12.04; SCHWEIZ Fr. 14.—; HOLLAND Fl. 10.80; DÄNEMARK Kr. 10.96; NORWEGEN Kr. 13.75; SCHWEDEN Kr. 12.20; BULGARIEN L. 26.50; TÜRKEI (europ.) K 15.—; TÜRKEI (asiat.) K 21.—

DIE ZEIT

für Wien

Abonnement für Wien
zum Abholen in unseren Expeditionsstellen monatlich K 6.30
mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus monatlich K 8.50, vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—.

Abonnement für auswärts:
mit täglich einmaliger Postversendung monatlich K 8.50, vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—.
mit täglich zweimaliger Postversendung monatlich K 9.50, vierteljährig K 27.—, halbjährig K 54.—, ganzjährig K 108.—.
Nach allen Weltpostvereinsländern monatlich K 10.—, vierteljährig K 30.—.

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere Quittung vorlegen.

Nr. 6054 | Wien, Dienstag, den 5. August 1919 | 18. Jahr.

Uebersicht.

30.000 rumänische Soldaten sind gestern in Budapest einmarschiert.

*

Der ungarische Ministerrat hat die Durchführung der Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung beschlossen.

*

Die Eisenbahner der Vereinigten Staaten haben beschlossen, in den Streik zu treten.

*

Der Beamte Polanyi der ungarischen Gesandtschaft wurde unter dem Verdacht verhaftet, eine Viertelmilliarde defraudiert zu haben.

Budapest und Paris.

Auch das also ist dem von seinen eigenen Beglückern genugsam gebrandschatzten Budapest nicht erspart geblieben: 30.000 Mann rumänischer Truppen sind in die Hauptstadt Ungarns eingezogen, haben sie besetzt und spielen dort die Sieger, was ihnen stets um so besser gelingt, je weniger Feinde sie auf ihrem Siegeszug angetroffen haben. Schon heißt es, auch der rumänische König wolle es sich nicht versagen, hoch zu Roß in Budapest einzuziehen. Hoffentlich findet sich noch eine Hand, die sich da zwischen Lipp' und Kelchesrand schiebt. Nicht der Tapferkeit seines Volkes, noch weit weniger der Gerechtigkeit seiner Sache verdankt Ferdinand von Rumänien die Möglichkeit, von solch grausamer Demütigung des verhaßten ungarischen Volkes auch nur zu träumen. Auch diese Schmach ist ein Erbe, das die Räteregierung der Bela Kun und Genossen ihrem Volke hinterlassen hat. Um ihre Gewaltherrschaft noch um ein paar armselige Tage zu verlängern, haben sie nicht nur unbedenklich das Proletarierblut ihrer Roten Soldaten verspritzt, sondern den haßerfüllten Rumänen auch den Anlaß zur Besetzung des Landes und der Hauptstadt geboten.

Schmählicher, fast möchte man sagen schäbiger, ist wohl noch niemals ein System zusammengebrochen, das mit großen heroischen Worten und idealen Verkündungen so protzig um sich warf. Nichts Versöhnliches ist an diesem Ende. Diese Gewaltmenschen, die unablässig mit der gepanzerten Faust auf den Tisch schlugen oder dröhnend an ihre Heldenbrust pochten, haben sich aus dem Staub gemacht wie Bankrotteure, und sie, die das Privateigentum abschafften, haben sich bemüht, von ihrem Privateigentum, das noch unmittelbar vorher Staatseigentum war, soviel als möglich über die Grenze zu schaffen. Dabei muß man noch dem Himmel danken, daß diese Helden, die der ganzen gesitteten Welt den Krieg erklärten, so wenig kriegerisches Talent gezeigt haben. Denn wenn es gelungen wäre, die oft angekündigte Verbindung zwischen den Truppen der russischen und der ungarischen Roten Armeen herzustellen, so wären die Folgen vielleicht unabsehbare geworden und es hätte eines ungeheuren Kraftaufwandes bedurft und zahllose Menschenleben gekostet, um den Westen vor dieser Gefahr zu bewahren, einer der größten, die jemals vom Osten her die Kultur Europas bedrohten.

Ungarn ist in einen Trümmerhaufen verwandelt, das Schuttaufräumen ist nun eine wahre Herkulesarbeit geworden. Und wenn alles gelingt, wenn eine Regierung gebildet sein wird, in der der Wille des ungarischen Volkes zum Ausdruck gelangt, wenn die tollen Befehle und Verordnungen der Räteregierung, die jede Produktion, jeden Wiederaufbau, jedes Wiederaufatmen unmöglich gemacht haben, beseitigt sein werden, dann steht das arme Land nach diesen vier Monaten innerer Verwüstung noch geschwächter und erschöpfter da als nach dem verlorenen Krieg, und sieht in zitternder Hilflosigkeit dem harten Diktat seiner Besieger entgegen.

Aber die Lehre von Budapest schreit laut genug, daß sie auch in Paris gehört und verstanden werden könnte. Alle ihre Erfolge gegen die Gewalt hat die Entente bisher durch Gewalt erzielt. Militarismus gegen Militarismus, Unrecht gegen Unrecht, neuer Raub gegen alte Annexion war bisher ihrer Weisheit letzter Schluß. Auch den Räteterror in Ungarn hat sie nur mit Kanonen und Maschinengewehren besiegt, die Rettung des Landes, der Wiederaufbau, die Wiedereinführung von Ordnung und Gesittung, die Sicherung des künftigen Friedens beginnt — mit 30.000 Mann Rumänen in Budapest. Das ist nicht die richtige Methode. Das ist ein veraltetes System, das man vielleicht früher bei einem Kolonialkrieg als hinreichend für die augenblicklichen Zwecke ansehen konnte, in Mitteleuropa aber muß man über die Wurfweite von Handgranaten hinaussehen. Wenn man wirklich in Mitteleuropa jene innere Ruhe, jene fest begründete Ordnung schaffen will, die allein den verläßlichen Damm gegen den östlichen Bolschewismus aufrichten kann, darf man sich in Paris nicht begnügen, den Widerstand gegen die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen zu brechen und den Sieger zu spielen, der teils aus Rachgier, teils aus anderer Gier bloß demütigt und fordert. Man muß auch redlich an den Wiederaufbau denken, ihn ermöglichen, ja ihn nach Kräften unterstützen. In Paris arbeitet man jetzt an den Friedensbedingungen für uns, auch die Verhandlungen mit Ungarn werden wohl bald beginnen. Es wird sich zeigen, ob die Lehren des Budapester Exempels in Paris richtig verstanden worden sind. Nur ein Frieden, der ruhige Arbeit, Sattessen und Aufatmen ermöglicht, kann die Torhüter des Westens gegen den Osten so zu Kräften bringen, daß sie die Pflichten ihres historischen Wächteramtes zu erfüllen vermögen.

Budapest von den Rumänen besetzt.

Einmarsch von dreißigtausend Mann.

Aus Budapest, 4. d., wird uns berichtet:

Die Rumänen sind heute abends um 6 Uhr in Budapest mit 30.000 Mann eingerückt. Sie zogen mit klingendem Spiel durch die Andrassystraße und besetzten alle öffentlichen Gebäude. Alle Automobile, auch die der Regierung, wurden von ihnen beschlagnahmt. Die Besatzungsarmee steht unter dem Oberbefehl des Generals Madarescu.

Einzug des Königs von Rumänien.

Mit großer Bestimmtheit auftauchende Gerüchte wollen wissen, daß der König von Rumänien schon in den nächsten Tagen seinen Einzug in Budapest halten wird.

Franzosen rücken ein.

Das Eintreffen von 2500 Franzosen ist in den Abendstunden zu erwarten.

In der Stadt herrscht tiefste Bestürzung. Man befürchtet Gewalttaten und Plünderungen durch die rumänische Soldateska.

Eine tote Stadt.

Aus Budapest, 4. d., wird uns ferner berichtet:

Das rumänische Militär hat heute abends die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzt. Zuerst kam das Hauptpostamt daran, dann die Oesterreichisch-ungarische Bank, die Staatskasse und schließlich die Bahnhöfe. Das Bild der Stadt während des Einmarsches war ein ödes und trauriges. Die Bevölkerung floh von den Straßen, die Rumänen marschierten in eine tote Stadt. Hinter geschlossenen Fenstern und herabgelassenen Läden verfolgte die Bevölkerung den Einmarsch der Truppen.

Zusammenstöße.

In den äußeren Bezirken kam es infolge der provokatorischen Haltung des rumänischen Militärs zu Reibungen zwischen den rumänischen Soldaten und der Arbeiterschaft, in deren Verlauf kleinere bewaffnete Zusammenstöße stattfanden. Größere Unruhen konnten bisher vermieden werden.

Die Versorgung gefährdet.

Der Ministerrat tagt in Permanenz und beschäftigt sich unausgesetzt mit der durch den Einmarsch der Rumänen geschaffenen Lage. Die Verhandlungen und Beratungen wegen Rekonstruktion des Kabinetts mußten in den Hintergrund treten. Der rumänische Vormarsch hat die Lebensmittelversorgung der Hauptstadt seit zwei Tagen unmöglich gemacht, da die Rumänen sämtliche Zufuhrwege hermetisch versperrt haben. Die Folgen waren schon heute sehr unangenehm fühlbar, die Versorgung war womöglich noch schlechter als bisher. Die Regierung hat mit dem rumänischen Armeekommando Verhandlungen begonnen, um die Lebensmittelzuschübe aufrechterhalten zu können.

Die ungarische Regierung hat bei der rumänischen Heeresleitung Schritte unternommen, sie möge im Interesse der Sicherung der Versorgung der Hauptstadt mit Nahrungsmitteln die unbehinderte Abwicklung der Nahrungsmitteltransporte gestatten. Rumänischerseits wurden diesbezüglich zwar Versprechungen gemacht, aber bis jetzt sind noch keine endgültigen Vereinbarungen zustandegekommen.

Ankunft von Ententevertretern aus Wien.

Noch während des Einmarsches der Rumänen beschloß der zusammengetretene Ministerrat, den Außenminister Dr. Agoston zu den Ententemissionen nach Wien zu entsenden. Auf die telephonische Bekanntgabe dieses Beschlusses an die Wiener Ententevertretung kam die telephonische Rückäußerung, daß Dr. Agoston in Budapest verbleiben möge, da Prinz Livio Borghese bereits auf der Fahrt nach Budapest sei. Abends ist Prinz Borghese mittelst Caproni-Flugzeuges in Budapest eingetroffen. Der englische General Gordon hat sich im Automobil nach Kiralyhida begeben. Von dort wird er mittelst Extrazuges die Reise nach Budapest fortsetzen, wo er um fünf Uhr früh eintrifft.

Die Anwesenheit der Ententevertreter in Budapest bedeutet eine große Erleichterung für die Verhandlungen mit Paris, da der Verkehr nunmehr direkt im Wege der Csepeler Radiostation vor sich gehen kann. Die ungarische Regierung ist auch damit der direkten Kontrolle der Ententevertreter unterstellt, die die Verbindung zwischen dem Kabinett und dem rumänischen Oberkommando herstellen werden.

*

Vertragsbruch der Rumänen.

Zum Einmarsch der rumänischen Truppen erfährt die „Ungarische Post", daß in der Nacht von Samstag auf Sonntag mit General Rurescu, dem Kommandanten der rumänischen Vorhuttruppen, ein schriftliches Uebereinkommen vereinbart wurde, wonach die Rumänen die Stadt nicht besetzen, sondern nur einzelne Truppen dort einquartieren werden. Heute in der Früh hat das Gros der Armee Mardarescu die Vorhuten vor Budapest eingeholt. Als Mardarescu von dem in der Nacht getroffenen Uebereinkommen Kenntnis erhielt, erklärte er, daß er dieses nicht respektieren könne und in der Hauptstadt einziehen werde. Er gab Befehl zum weiteren Vormarsch und zog an der Spitze seiner Truppen in Budapest ein.

Der Einmarsch der rumänischen Armee erfolgte über die von Westen in das Innere der Stadt führende Waitznerstraße, dann über die Ringstraße und Andrassystraße. Ein anderer Teil der Truppen marschierte über den Kaiser Wilhelm-Ring und über die Margareteninsel auf die Ofner Seite der Hauptstadt. Die rumänischen Truppen bezogen sofort die verschiedenen Kasernen in Budapest. Das in Budapest befindliche ungarische Militär wurde gleichfalls in Kasernen konsigniert. Der Einzug der rumänischen Truppen dauerte ungefähr anderthalb Stunden und vollzog sich in vollster Ordnung.

Um 6 Uhr nachmittags haben die rumänischen Truppen die wichtigsten Gebäude und die Hauptpost und das Telegraphenamt besetzt. (Das telephonische Gespräch, das diesen Bericht vermittelt hat, dürfte eines der letzten telephonischen Gespräche zwischen Wien und Budapest gewesen sein.) General Mardarescu, der rumänische Kommandant, hat im Hotel Ritz sein Quartier aufgeschlagen. Die Bevölkerung von Budapest steht unter dem niederschmetternden Eindruck des rumänischen Eindringens in die ungarische Hauptstadt. Auf den Straßen und in den Kaffeehäusern spielten sich Szenen der Verzweiflung und der ungeheuren Aufregung ab, und nur dem besonnenen Dazwischentreten von energischen Männern ist es zu danken, daß es an einzelnen Stellen, wo sich die rumänischen Truppen in herausfordernder Weise benahmen, nicht zu Zusammenstößen kam. Ueber der Stadt lastet die Ohnmacht der Verzweiflung und der nationalen Demütigung.

Der letzte rumänische Kriegsbericht.

TK Bukarest, 4. August. (Funkspruch.) Heeresbericht des rumänischen Großen Hauptquartiers vom 3. d., Ostfront: Die Operationen gegen Budapest sind heute beendet worden. Unsere Truppen haben vor Budapest Halt gemacht. Zwei unserer Regimenter sind in Budapest als Vorhut eingerückt, es ereignete sich kein Zwischenfall.

Der Vormarsch wurde aus eigener Initiative, nicht auf Intervention von dritter Seite eingestellt.

TK Bukarest, 4. August. (Funkspruch.) Das rumänische Pressebureau meldet: Der Einzug der rumänischen Truppen in Budapest wurde von der magyarischen Bevölkerung mit Begeisterung begrüßt. Unsere Truppen wurden mit Blumen überschüttet, den Offizieren besonders wurde für die Erlösung, die der Budapester Bevölkerung gebracht wurde, stürmisch gedankt.

Ein Dementi der Okkupationsarmee.

TK Bukarest, 4. August. (Priv.-Tel.) Das Rumänische Preßbureau meldet:

Das rumänische Okkupationskommando in Budapest teilt mit: Die in mehreren Wiener Blättern erschienenen tendenziösen Meldungen, wonach die rumänischen Truppen in Budapest und Umgebung sich zahlreiche Gewalttaten, wie Raub, Plünderungen und Devastierungen von Gebäuden, zuschulden kommen ließen, entbehren jeder Grundlage und stellen nichts als eine böswillige Verleumdung der rumänischen Armee dar. Wie hinfällig diese erhobenen Anschuldigungen sind, geht übrigens auch daraus hervor, daß sich nach diesen Meldungen unter den geplünderten Läden zum größten Teil Lebensmittelgeschäfte befinden sollen, die es aber, wie allgemein bekannt ist, seit Monaten in Budapest überhaupt nicht mehr gibt.

Diplomatische Intervention in Bukarest.

Paris, 3. August, 11 Uhr nachts. (Funkspruch des Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Der französische Minister des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Bukarest: „Dringend. — Ich habe Ihnen den Funkspruch mitgeteilt, den der Präsident der Friedenskonferenz an den Kommandanten der italienischen Militärmission in Budapest gerichtet hat. Den Bestimmungen dieser Mitteilungen entsprechend, die die Entschlüsse des Obersten Rates der verbündeten und befreundeten Mächte darstellen, wollen Sie dringend von der rumänischen Regierung verlangen, ihre Truppen sogleich auf jenen Stellungen Halt machen zu lassen, die sie gegenwärtig einnehmen. Benachrichtigen Sie mich vom Ergebnis Ihres Einschreitens."

Redaktion, Administration und Druckerei:
IX. Liechtensteinstrasse 25.
Abonnement- und Inseraten-Aufnahme: I., Schulerstrasse 16

Telephone:
Redaktion . . . . . } 17—0—40
Administration . . . . .
Expedition . . . . . } 17—0—41
Druckerei . . . . .
Abonnementaufnahme I., Schulerstrasse 16 } 32—40
Nur für den Fernverkehr 15—9—85

Vierteljahrspreis bei der Postämtern ist:
DEUTSCHLAND M. 12.04; SCHWEIZ Fr. 14.—; HOLLAND Fl. 10.60; DÄNEMARK Kr. 10.96; NORWEGEN Kr. 13.75; SCHWEDEN Kr. 12.20; BULGARIEN L. 20.60; TÜRKEI (europ.) K 18.— TÜRKEI (asiat.) K 21.—

DIE ZEIT

für Wien

Abonnement für Wien
mit Abholen in unseren Expeditionslokalen monatlich K 6.50
mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus monatlich K 8.50, vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—

Abonnement für auswärts:
mit täglich einmaliger Postversendung monatlich K 8.50, vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—
mit täglich zweimaliger Postversendung monatlich K 9.50, vierteljährig K 27.—, halbjährig K 54.—, ganzjährig K 108.—
Nach allen Weltpostvereinsländern monatlich K 10.—, vierteljährig K 30.—

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere Quittung vorlegen.

Nr. 6055 — Wien, Mittwoch, den 6. August 1919 — 18. Jahr.

Uebersicht.

Die Friedenskonferenz soll die Blockade gegen Ungarn aufgehoben haben.

*

Die ungarische Regierung hat die Entscheidung über die ihr vorgelegten Waffenstillstandsbedingungen Rumäniens in die Hände der Ententemächte gelegt.

*

Die Arbeiterunion in Zürich hat den Abbruch des Generalstreiks beschlossen.

*

In Straßhof an der Nordbahn wurde eine Zweigstelle des Kohlenamtes errichtet, die die Dispositionen über die Belieferung mit oberschlesischer Kohle zu treffen hat.

*

Der Revolverattentäter Lindner, der in der Münchener Landtagssitzung vom 22. Februar den Minister Auer lebensgefährlich verletzte, wurde beim Versuch, die ungarische Grenze bei Sommerein zu überschreiten, verhaftet.

*

Die Wiener Cafetiers beschlossen, auf eigene Kosten Karbidbeleuchtung einzuführen, um länger offen halten zu können.

Aufhebung der Blockade gegen Ungarn.

TK Zürich, 5. August. (Priv.-Tel.) Die Schweizerische Telegraphen-Information meldet aus Paris: Gemäß dem Bericht Hoovers an die Friedenskonferenz wurde die Aufhebung der Blockade gegen Ungarn verfügt.

Der Bericht Hoovers.

TK Paris, 5. August. (Priv.-Tel.) Der Bericht Hoovers über die Frage der Aufhebung der Blockade gegen Ungarn fordert Ausfuhren aus dem Banat und Jugoslawien, das große Ueberschüsse an Lebensmitteln besitze. Hoover äußert auch die Ansicht, daß die neue Regierung seitens der Entente zu unterstützen sei, da sie eine gute Verwaltung zu gewährleisten scheine.

Eine interalliierte Militärmission für Budapest.

Saint-Germain, 5. August. Der „New York Herald" meldet, der Oberste Rat habe gestern über die aus Ungarn kommenden Meldungen lange debattiert und schließlich beschlossen, eine interalliierte Militärkommission nach Budapest zu entsenden. Gleichzeitig soll die Blockade in gewissen Beziehungen gemildert werden.

Foch erwägt eine Intervention.

Paris, 5. August. Dem „Echo de Paris" zufolge scheint die Anwesenheit des Marschalls Foch bei der gestrigen Besprechung des Obersten Rates über die Lage in Ungarn darauf hinzudeuten, daß Foch die Bedingungen für eine militärische Intervention in Betracht ziehe.

Die Szegediner Regierung fallen gelassen.

TK Zürich, 5. August. (Priv.-Tel.) Wie die Schweizerische Telegraphen-Information berichtet, beurteilen Pariser Konferenzkreise die letzten Beschlüsse der Friedenskonferenz in dem Sinne, daß dadurch die Szegediner Regierung fallen gelassen worden sei. Ein in Konferenzkreisen sehr bekannter Diplomat erklärte der Schweizerischen Telegraphen-Information, der Umstand, daß die Entente stets in der Lage sei, nach eventueller Aufhebung der Blockade diese wieder zu verhängen, böte die ausreichendsten Garantien dafür, daß die neue Regierung, die derzeit am Ruder sei, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe in Ungarn Sorge tragen werde.

Aus Budapest, 5. d., wird uns gemeldet:

Der Wunsch der Szegediner Regierung, mit ihrer Armee in Budapest einzuziehen, ist an dem energischen Veto der Ententevertreter, insbesondere der englischen Mission gescheitert. Die Szegediner Regierung, deren Truppen nur gestattet wurde, als Nachhut hinter der rumänischen Armee vorzumarschieren, beabsichtigt nun, von Czegled wo sie sich gegenwärtig befindet, nach Westungarn zu übersiedeln und ihren Sitz zunächst in Stuhlweißenburg und späterhin in Papa aufzuschlagen. Dort hofft sie, unter der klerikal gesinnten Bauernschaft Anhänger zu finden.

* * *

Die dritte Heimsuchung.

Die dritte, die schwerste Heimsuchung ist nun über Ungarn gekommen. Nach dem unglücklichen Krieg, der mit einer Friedensdrohung endete, die von dem Land nur einen Rumpf ohne Glieder übrig lassen wollte, nach dem selbstmörderischen Dilettantismus Karolyis, der das Land unreifen Lenin-Lehrbuben als Versuchskaninchen hinwarf, nun diese aufreizende Siegspielerei der rumänischen Besetzung. Die Wege der Entente werden immer dunkler, ihre Ratschlüsse immer unerforschlicher. Man hat in Budapest eine Regierung sich bilden lassen, ihr die Unterstützung der Entente zugesagt, und der angeblich bevollmächtigte Vertreter der Entente, der italienische Oberstleutnant Romanelli, hat die Bevölkerung aufgefordert, diese Regierung zu unterstützen, Ruhe und Ordnung zu halten, wofür die Entente die Blockade aufzuheben, Lebensmittel zu schicken und die rascheste Erholung des Landes zu fördern versprach. Vierundzwanzig Stunden später sitzen 30.000 Rumänen in Budapest, drücken diese angeblich von der Entente geschützte und unterstützte Regierung platt an die Wand, schießen auf die Bevölkerung, erwürgen alles Leben und allen Verkehr in der Stadt, und wer sie kennt, weiß, daß die Befürchtung, sie würden in Budapest requirieren und wegtragen, was zu erraffen ist, durchaus nicht unbegründet erscheint. In vierundzwanzig Stunden hat es diese geniale Taktik der den Alliierten assoziierten Rumänen dahingebracht, daß die soeben von der Schreckensherrschaft der Räteregierung befreiten Ungarn sich nach Bela Kun zurücksehnen und vielleicht sogar einen wenigstens ungarisch sprechenden heimatlichen Tibor Szamuely leichter ertragen zu können glauben als einen rumänischen General, der ihnen eine Standrechtverkündigung aus seinem Rumänisch in ihr Ungarisch übersetzen läßt. Vorgestern sind die Lebensmittelgeschäfte schüchtern geöffnet worden, heute verkriecht sich jeder in Budapest in das Innere seines Hauses und zittert vor der Soldateska eines Feindes, der vernichtend geschlagen war und nur durch die Entente wieder zum Sieger ernannt wurde.

Was soll das heißen, was will die Entente, was kann sie damit wollen? Daß sie machtlos gegenüber diesen Rumänen ist, die ihr das nackte Leben verdanken, die von ihr im Friedensschluß mit Ungarn das Riesengeschenk einer wahrhaftig unverdienten Beute erlangen, kann ja doch kein Mensch glauben. Wenn die Entente wirklich nicht imstande wäre, in einer so wichtigen Frage ihren Willen bei den Rumänen durchzusetzen, dann hätte wahrhaftig Deutschland den Frieden nicht zu unterschreiben gebraucht. Und dann stünde unsere Sache vielleicht auch noch nicht verzweifelt. Das ist natürlich nicht ernst gemeint, es soll nur beweisen, wie unsinnig die Annahme ist, daß Clemenceau, Lloyd George, Wilson und alle anderen, die der Welt jetzt ihren Willen aufzwingen, vor dem Herrn General Madarescu kapitulieren müssen. Warum aber treiben sie dann Ungarn zur Verzweiflung? Welchen Sinn kann es haben, dieses ausgeraubte und ausgehungerte Land, das unter grausamen Friedensbedingungen auch ungeheuerliche finanzielle und wirtschaftliche Verpflichtungen auf sich nehmen soll, von den Rumänen vorausplündern zu lassen? Warum schickt die Entente Vorexekutoren, die wegtragen und kahlfressen, worauf sie selber die Hand legen will? Das Rätsel ist wahrhaftig für einen Christen zu spitz, da muß man schon einen Heiden fragen.

Die Rumänen stellen sich, als ob sie nicht vor einer Revision des Friedens stünden, den sie nach ihrer Niederlage mit den Mittelmächten abschließen mußten, sondern am Ende eines Krieges mit Ungarn, in dem sie glorreich gesiegt hätten. Sie haben gestern der unter dem Schutz der Entente stehenden neuen ungarischen Regierung Waffenstillstandsbedingungen überreicht, die am selben Tage bis 10 Uhr angenommen werden sollten und in denen sich eine wahrhaft bestialische Raubgier austobt. Sie fordern das Vieh, die Ernte, das Eisenbahnmaterial, die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, verlangen die Verpflegung einer Okkupationsarmee, die bis zur Erfüllung dieser unerfüllbaren Bedingungen das Land brandschatzen soll, und spielen, nachdem sie vorher schon halb Ungarn eingesteckt haben, dabei die Geschädigten und Ausgeplünderten. Die ungarische Regierung hat sich an die Entente gewendet und sich darauf berufen, daß Ungarn bereits einen Waffenstillstand mit den wirklichen Siegern abgeschlossen habe, zu dessen Ausführung eben diese Regierung gebildet und von der Entente anerkannt wurde. Sie ersucht also die Entente, den Rumänen die entsprechende Antwort zu erteilen. Das ist klug und würdig.

Nach dem vorher Erlebten ist aber schwer zu erraten, was die Entente nun tun wird. Läßt sie die Rumänen gewähren, dann bleibt von Ungarn nichts mehr übrig, mit dem man Frieden schließen könnte. Sollte das die Absicht sein? Will man Ungarn aufteilen und noch einen ungeheuren Brandherd in Mitteleuropa aufrichten? Nach der Zusammenleimung des zerstückelten Polen ein in Fetzen gerissenes Ungarn schaffen? Wir haben schon so viele Beispiele unbegreiflicher Beschlüsse jener Sieger erlebt, die ausgezogen sind, den ewigen Frieden zu erkämpfen, und nun eine Saat von Drachenzähnen über ganz Europa ausstreuen, daß wir nicht mehr wagen, etwas für unmöglich zu halten. Aber endlich muß sich das Bedürfnis, den Siegerübermut auszutoben, doch erschöpfen. Endlich müssen die Beherrscher der Welt doch auch daran denken, einen Frieden zu schaffen, in dem die Völker wieder leben können und arbeiten. Wenn sie mit den sadistischen Quälereien nicht ein Ende machen und den zermarterten besiegten Mitteleuropäern nicht die Möglichkeit des Weiterlebens zeigen, dann werden sie es mit Ausbrüchen der Verzweiflung zu tun bekommen, vor denen selbst ihrer Gottähnlichkeit bange werden dürfte!

Drakonische Waffenstillstandsbedingungen Rumäniens.

Budapest, 5. August. (Meldung des U. T. K. B.) Am 3. d. begaben sich im Auftrag der ungarischen Regierung, beziehungsweise des ungarischen Armeeoberkommandos der Gesandtschaftssekretär Dr. Zoltan Nagyibany und Generalstabshauptmann Anton Schiller ins rumänische Hauptquartier, wo sie dem Oberkommandanten des rumänischen Heeres General Mardarescu den Wunsch der ungarischen Regierung zum Ausdruck brachten, daß zwecks Beendigung des Blutvergießens ein Waffenstillstand abgeschlossen werde. General Mardarescu nahm dies zur Kenntnis und ließ am 5. d. den ungarischen Vertretern folgenden Entwurf eines Waffenstillstandübereinkommens übermitteln:

Militärabkommen zwecks Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Rumänien und Ungarn.

A. Das höchste rumänische Kommando verzichtet darauf, ganz Ungarn zu besetzen, wenn das ungarische Oberkommando sich verpflichtet:

1. zu übergeben:

a) alles, noch im Besitze des ungarischen Staates und der ungarischen Truppen befindliche Kriegsmaterial, zu welchen Zweigen der Kriegführung es immer gehören mag. Eine Ausnahme hiervon bildet jenes Material, das für die Zwecke der inneren bewaffneten Macht für notwendig befunden werden wird, die Ungarn zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inland bis zur Ratifizierung des mit Rumänien zu schließenden Friedensvertrages zu erhalten das Recht haben wird. Diese Armee wird keinesfalls mehr als 15.000 Mann stark sein, einschließlich der Offiziere. Die Organisierung, Ergänzung, Bewaffnung und Gruppierung dieser Truppen und Einheiten wird nachträglich seitens des rumänischen Oberkommandos bestimmt werden;

b) alle jene Fabriken, die in Ungarn zur Herstellung von Waffen, Ausrüstungsgegenständen und Munition dienen. Die Abrüstung dieser Fabriken wird zugunsten Rumäniens durch rumänische Spezialisten und ungarische Arbeiter durchgeführt werden;

c) Ausrüstungsgegenstände aller Art, die für die Zwecke einer 300.000 Mann starken Armee notwendig sind;

d) 50 Prozent des ganzen beweglichen Eisenbahnmaterials, das dem Inventar zufolge noch im Eigentum des ungarischen Staates sich befindet, desgleichen 50 Prozent der Maschinen und des Materials, die sich noch in Ungarn befinden und zum Ersatz sowie zur Ergänzung und Erhaltung der Eisenbahnen und des beweglichen Eisenbahnmaterials dienen;

e) 200 Tourenautomobile und 400 Lastenautomobile in betriebsfähigem Zustand samt Ausrüstung;

f) 30 Prozent des gesamten Bestandes an Rindern und sonstigen Tieren, die sich den Inventaren zufolge noch in Ungarn befinden;

g) 30 Prozent aller noch in Ungarn befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen aller Art;

h) 20.000 Waggons Getreide, 10.000 Waggons Mais, 15.000 Gerste und Hafer;

i) alle jene Wasserfahrzeuge, die das Eigentum des rumänischen Staates, rumänischer Gesellschaften und rumänischer Bürger bilden und die vom Feind in Rumänien erbeutet wurden und sich jetzt in ungarischen Gewässern befinden;

j) 50 Prozent der Wasserfahrzeuge aller Art, die das Eigentum des ungarischen Staates sind;

k) sämtlicher rumänischen Kriegsgefangenen, Geiseln und Deserteure, gleichviel welcher Nationalität sie sind, die sich zur Zeit der Unterzeichnung dieses Militärabkommens in Ungarn befinden.

Notiz: Zum Punkt 1: Die Bestimmung dieses Materials ist, daß es jenen rumänischen Soldaten übergeben werde, die ihr Feld aus den folgenden zwei Gründen nicht bestellen konnten: a) weil sie mobilisiert wurden zur Sicherung der Ruhe des Landes gegen jene, die den Frieden ständig gefährdeten; b) weil die notwendigen Mittel nicht vorhanden waren, da ihnen diese der Feind weggenommen hat.

2. Ungarn ist verpflichtet, auf eigene Rechnung sämtliche rumänischen Truppen, die das Gebiet westlich der Theiß besetzt halten und die sich zur Zeit der Unterzeichnung dieses Abkommens westlich der Theiß aufhalten, auf die Dauer der Zeit der Besetzung, beziehungsweise des Aufenthaltes zu erhalten.

3. Der ungarische Staat hat für die Beschaffung der Kohle zu sorgen, die für den Verkehr der rumänischen Militärbehörden notwendig ist, die sich auf dem besetzten Gebiet westlich der Theiß befinden.

B. Die königlich rumänische Armee wird sich erst dann über die Theiß nach Osten zurückziehen, wenn das ungarische Oberkommando sämtliche unter dem Punkt A angeführten Bedingungen durchgeführt hat.

Die Presse und die Budapester Rätediktatur.

Ein Nachwort zu einem Kommunistenprozesse in Wien. — Die Tätigkeit ungarischer Journalisten während der Bolschewikenherrschaft in Ungarn.

Gestern hatten sich, wie wir berichteten, die ehemaligen aktiven Offiziere Adalbert Garzuly und Emil Popper vor dem Einzelrichter OLGR. Doktor Kastner wegen Einschränkung der persönlichen Freiheit zu verantworten, weil sie vor einigen Wochen den kommunistischen Journalisten aus Budapest Franz Göndör alias Jakob Nathan Krauß auf der Kärntnerstraße festgenommen und ihn dann dem Polizeikommissariat Hietzing überliefert haben. Außer der „Reichspost" brachte die gesamte Wiener Presse, welche zur öffentlichen Reinwaschung Göndörs eine harte Offensive etlicher Gesinnungsgenossen dieses Budapester Bolschewikenführers zu erdulden hatte, mehr und minder objektive Artikel über den „Ueberfall", ja sogar über den „verbrecherischen Ueberfall" auf den ausgezeichneten, völlig unschuldigen, — in einigen Zeitungen sogar: „wegen gegenrevolutionärer Gesinnung von den Bolschewiken verfolgten Göndör", dem der Aufenthalt in Wien in dieser „frevelhaften" Weise verleidet werde. Die Folge war, daß Göndör, von dem jedes Kind in Budapest weiß, daß er einer der Hauptschuldigen am Ausbruche der Bolschewikenherrschaft war, nach 24 Stunden enthaftet wurde, seine Gegner jedoch wegen „Einschränkung der persönlichen Freiheit" in Haft behalten wurden. Nun hat in der gestrigen Verhandlung der Staatsanwalt Dr. Herrdegen aus den Zeugenaussagen zweifellos feststellen müssen, daß Göndör unbedingt ein gefährlicher Kommunist sei, dessen Aufenthalt in Deutschösterreich nicht im geringsten erwünscht sein kann. Es stellte sich nämlich während der Verhandlung heraus, daß Göndör, den die Wiener Zeitungen nach seiner Festnahme wie einen Märtyrer gefeiert haben und der während der 3½monatigen Herrschaft der Kommunisten in Wort, Tat und Schrift einer der exponiertesten und heute infolgedessen der kompromittiertesten Kämpen der Gewalthaber war, genau so eine Rolle in der Diktatur inne hatte, wie Pogany und Szamuely, jedoch mit dem Unterschied, daß er den Terror nicht physisch ausgeübt hatte. Und trotzdem wurde Genosse Göndör, sofort enthaftet.

Genosse Göndör veranstaltete noch an dem Abend seiner Enthaftung in einem eleganten Ringhotel einen Champagnerabend mit seinen Gesinnungsgenossen zur Feier des Ereignisses. Am nächsten Tage besuchte er mit seinen hiesigen Freunden die Wiener Redaktionen und schwor, daß er nie ein Kommunist war, daß er nie ein Wort über den Kommunismus geschrieben und daß er jetzt deshalb nach Wien gekommen sei, weil er mit Jakob Weltner Gegenrevolution machen wollte. In seiner Begleitung befanden sich ihm ähnliche Genossen, wie zum Beispiel Oskar Gellert-Günsberger, der bolschewikische Pressechef aus Budapest Josef Major-Maier, Cafétier aus Neusatz, der die Provinzpropaganda der Bolschewiken geleitet hatte, ferner Eugen Erdelyi-Klein, der Pressechef der Wiener bolschewikischen Gesandtschaft, dessen Hauptaufgabe war, den Stellvertreter Bela Kuns, einen gewissen „Volksbeauftragten" Alpary, über jene in Wien weilenden ungarischen Politiker und Publizisten telephonisch zu informieren, die sich über den Bolschewismus irgendwie abfällig geäußert haben, um in Budapest als Vergeltung dafür ihre Familien zu verhaften und ihre Wohnungen plündern zu können. Dieser Erdelyi, der einst Stenograph beim „Az Est" war, ist übrigens heute noch bei der ungarischen Gesandtschaft und versieht die Wiener Presse mit Informationen.

Göndör, der „Gegenrevolutionär", der seiner eigenen Aussage nach wegen der Verfolgung durch die Bolschewiken nach Wien geflüchtet ist, erhielt zweimal von der hiesigen Vertretung des ihn angeblich verfolgenden Staates je 10.000 Kronen, weil er so viel Geld zu seinem Lebenswandel während seines dreiwöchigen Aufenthaltes in Wien unbedingt nötig hatte.

Nun stellte die gestrige Verhandlung beim Landesgericht verschiedene politische Personalien der ungarischen Bolschewikenherrschaft ins wahre Licht. Die beiden Angeklagten brachten diejenigen vom gerichtlichen Dolmetsch übersetzten Artikel, welche Göndör während der Zeit des Kommunismus in der Zeitschrift „Az Ember" geschrieben hatte, vor das Gericht. In diesem „Az Ember", welches das schändlichste der je in Ungarn erschienenen Organe war und als einzige Wochenschrift von den Bolschewiken nicht eingestellt wurde, schrieb Göndör in einem Artikel: „Die Zeit ist nicht mehr lange, wo die roten Gardisten Ungarns in das Sowjet-Wien einmarschieren werden und dann sollen es unsere erste Aufgabe sein, alle antibolschewikischen Politiker und Publizisten an den Laternenpfählen der Wiener Ringstraße aufzuknüpfen.

Auch in seinen anderen Artikeln, die vor dem Gerichte vorgelesen wurden, schwelgt er in den Flüchen gegen die in Wien weilenden Verräter des Proletarievaterlandes; u. a. droht er in einem Artikel die „Reichspost" samt ihrer Druckerei, die in einem ihrer Artikel die bolschewikischen Machthaber des Sowjetungarns, darunter auch ihn, in geziemender Weise darstellte, im gegebenen Augenblicken „maßregeln" zu lassen.

Göndör denunzierte in Budapest wiederholt seine Kollegen, ließ die hervorragenden Persönlichkeiten des Adels und des Mittelstandes aus nichtigen Gründen verhaften, um am anderen Tage bei ihnen zu erscheinen und nach ihren Wünschen fragen zu können, welche er, wie er beteuerte, vor dem Sowjet vertreten wolle.. So wurde der 80jährige Eugen Rakosi, der Stolz der ungarischen Journalistik, zufolge eines Artikels, in dem Göndör ihn gegenrevolutionärer Gesinnung bezichtigte, verhaftet. Göndör besuchte ihn am nächsten Tage in seiner Zelle, fragte ihn nach seinen Wünschen, wurde jedoch von dem greisen Rakosi mit einer Gebärde der Verachtung abgewiesen.

Dieser Göndör, der, obwohl angeblich als Flüchtling in Wien weilte, noch vor dem Umsturze nach Budapest zurückkehrte, war derjenige, der mit zwanzig bis fünfundzwanzig jungen Winkeljournalisten und Reportern, von denen bewiesen ist, daß sie noch vor dem kommunistischen Umsturz in Ungarn im Solde Bela Kuns gestanden sind, den Kommunismus in der ungarischen Presse durchführte und der mit diesen in der ungarischen Presse — während der Bolschewikenherrschaft erschienen nur „Vörös-Ujsag", „Nepszava" und „Pester Lloyd" — den gefährlichsten physischen Terror auf die Massen ausübte.

Es ist seltsam, welche unheilvolle Rolle die Journalistik im inneren Niederbruche Ungarns gespielt hat Neben Göndör darf in erster Linie der Pressechef der Bolschewiken Oskar Gellert-Günsberger erwähnt werden, der während des ganzen Krieges der militärische Referent des „Pesti-Hirlap" war und sich in seinen Artikeln mit kühnen Dithyramben für den Krieg sehr begeisterte. Dann Ludwig Magyar-Millhofer, der Kriegsberichterstatter und Reporter des Freimaurerorgans „Vilag", dem das Tempo der Verhaftungen und Hinrichtungen viel zu langsam war und der deshalb nur in Szamuely den richtigen Mann für eine Proletarierdiktatur sah. Dann Robert Oskar-Cohn, der in einer Besserungsanstalt erzogen, ein Spion der Budapester Terrortruppen war. Nikolaus Farago-Frankfurter, ein ehemaliger Mitarbeiter des „Az Est", war Privatsekretär Bela Kuns. Ernst Brody, bisher Stenograph beim „Pester Lloyd", ließ den alten Chefredakteur Veszi aus seinem Zimmer hinauswerfen, nachdem er ihm erklärt hatte, daß er von nun an nicht mehr Chefredakteur sei und übernahm sofort die Leitung des fortan bolschewikisch geleiteten „Pester Lloyd." Ein anderer Brody: Bela Brody, der Stenograph des „Az Est" war, hatte als Mitglied des Pressedirektoriums besonderen Anteil an der Vernichtung der nichtsozialistischen Presse. Ernst Lorschi und seine Frau Elsa Stephanie, beide ehemalige Redaktionsmitglieder des „Pester Lloyd", versahen den Pressedienst im Volkskommissariat für Aeußeres und erhielten zusammen eine monatliche Gage von 70.000 Kronen. Dionysius Pauker-Pök, der vier Jahre in einer Irrenanstalt verbrachte, fungierte als Vizepräsident der journalistischen Gewerkschaft Ladislaus Turteltaub-Tölgy der Bela Kun freiwillig in das Exil gefolgt ist, war früher Redakteur beim „Pesti Naplo", nach dem Umsturze Redakteur des „Vörös Ujsag". Emil Mannheimer-Mudarasz, ein früherer Mitarbeiter der „Nepszava", war „politischer Beauftragter" bei der Armee Poganys. Paul Krammer-Keri, den Graf Michael Karolyi neulich in einem in Wien veröffentlichten Artikel als den Vertrauensjournalisten der Bolschewiken bezeichnet hatte, war zuletzt „politischer Beauftragter" bei einer Terrortruppe. Eugen Löwy-Laszlo, ein früherer Mitarbeiter des „Az Est", war während der Bolschewikenherrschaft Präsident des Revolutionstribunals. Josef Halmi-Hochstapler, Redakteur des „Vörös Kattona", fungierte als Spion bei der Polizei. Andor Gabor-Grünbaum, ein Kabarettdichter, dessen Stücke auch in Wien gespielt wurden, war ein Vertrauensmann Bela Kuns. Tibor Diosszegi-Deutsch, ein junger Mann von 21 Jahren, Mitarbeiter des „Az Ember", verlangte in seinen blutrünstigen Artikeln Massenhinrichtungen unter der Bourgeoisie. Eugen Hajnal-Honig, ein Mitarbeiter des „Vörös Ujsag", begleitete Szamuely zur Niederwerfung einer Gegenrevolution nach Kalocsa und war diesem behilflich bei der Ermittlung der Gegenrevolutionäre, von denen 37 kurzerhand ermordet wurden. Ebenso werden sich Paul Relle-Redlich, ein Busenfreund Göndörs, Julius Merö-Menzer, ein Sekretär der internationalen Propagandaabteilung, vor der öffentlichen Meinung Ungarns für ihre Tätigkeit schwer zu verantworten haben.

Die erste Aufgabe eines halbwegs neuen dauerhaften Regimes in Ungarn muß das Reinemachen in den journalistischen Organisationen sein. Diese Gesellschaft, die den Spionendienst in dieser blutigen Geschichte Ungarns versah, die Geschäfte machte, in der Hauptstadt und in der Provinz ihre eigene Diktatur den unterdrückten Opfern auferlegte und Ungarn in ein so fürchterliches Elend, in eine so gräßliche Armut und Erniedrigung stürzte, darf nicht mehr öffentliche Meinung in Ungarn machen. Wenn

Die Zeit

6./8. 1919.

6/8
84

Das besetzte Budapest.

Das Sowiethotel rumänische Residenz. — Der Eisenbahnverkehr eingestellt. — Verbot der Wohnungsrequirierungen.

Z Budapest, 5. August. (Priv.-Tel.) Die Durchführung der Note Romanellis, wonach die ungarische Rote Armee sofort abzurüsten und die Waffen abzuliefern hat, ist bereits in vollem Gange, und es sind schon verschiedene Dispositionen von seiten der ungarischen Regierung erlassen worden, um den Wünschen der Entente nachzukommen.

Die rumänischen Besatzungstruppen haben im Laufe der gestrigen Nacht beide Bahnhöfe, die Telephonzentralen und die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzt.

Wie nach einer zwischen dem General Madarescu, dem Oberkommandanten der rumänischen Armee, und dem ungarischen Kriegsminister Haubrich abgehaltenen Konferenz verlautet, wurde General Holban mit dem Oberkommando über Budapest betraut.

Das Hotel Hungaria, in dem bekanntlich die Sowietregierung bis zu ihrem Sturz residierte, dient jetzt als Residenz des rumänischen Stadtkommandos.

Sämtliche Brücken wurden von den Rumänen besetzt, desgleichen wurde der Bahnverkehr über die Verbindungsbrücke eingestellt. Seit gestern 9 Uhr abends hat kein Zug mehr von Budapest abgehen können, auch der fällig gewesene Zug nach Wien wurde nicht geführt. Als einziger Zug passierte ein Sonderzug unter der Führung eines rumänischen Obersten die Brücke, der englische Offiziere nach Budapest brachte.

In der Stadt ist es, wie ein soeben bekannt gewordener Polizeibericht meldet, nirgends zu Zwischenfällen gekommen. Das Stadtkommando hat für 8 Uhr abends die strengste Sperre aller Lokale verfügt.

Mit gestrigem Tage wurde die von der Räteregierung praktizierte Requirierung von Wohnräumen eingestellt. Es darf unter gar keinem Titel mehr irgendeine Wohnung beschlagnahmt werden. Auch die Möbelhandlungen dürfen jetzt wieder ihre Objekte im freien Handel veräußern.

Bezüglich der Versorgung Budapests mit Lebensmitteln schweben noch Verhandlungen zwischen Vertretern der ungarischen Regierung und Delegierten des rumänischen Oberkommandos. Es besteht große Aussicht, daß diese Frage in der allernächsten Zeit in einem für Budapest günstigen Sinne geregelt sein wird.

Heute früh wurde durch das in Budapest ungewöhnliche Trommelschlagen durch rumänische Soldaten verkündet, daß alle etwa im Besitze von ungarischen Zivilpersonen befindlichen Waffen sofort abzuliefern seien.

* *

Schreckensherrschaft der Rumänen.

Es fließt Blut.

Aus Budapest, 5. d., wird uns telegraphiert: Nach aus Budapest eingelangten Meldungen üben die Rumänen an der Peripherie der Hauptstadt eine wahre Schreckensherrschaft. In den Vorstädten wurden mehrere Leute erschossen. In Czuglo, einem meist von Arbeitern bewohnten Viertel Budapests, kam es gestern abends zu heftigeren Zusammenstößen, in deren Verlauf Blut floß.

Die Rumänen hatten die Straße, die über das Eisenbahngleis führt, um 8 Uhr abends abgesperrt, so daß auch der Verkehr der Straßenbahn eingestellt werden mußte. Viele Tausende Arbeiter, die von ihren Fabriken, und Beamte, die von ihren Bureaus nach Hause zurückkehren wollten, waren gezwungen, die Nacht im Freien zu verbringen. Als einige von ihnen versuchten, den rumänischen Militärkordon zu passieren, um in ihre Wohnungen zu gelangen, gaben die Rumänen mehrere Gewehrsalven ab, durch die eine große Anzahl von Arbeitern getötet wurde.

Die Rumänen haben heute in den Morgenstunden sogar die über die Donau führende Brücke zwischen Ofen und Pest abgesperrt, so daß der Verkehr in der Stadt vollständig lahmgelegt ist.

Auch die Lebensmittelzufuhr ist dadurch neuerlich erschwert und die Gefahr einer völligen Hungersnot noch näher gerückt.

Der Ministerrat ist seit gestern nachmittags in Permanenz.

* *

Entente-Truppen im Anmarsch

Die gestern angekündigten 2500 Franzosen sind bisher noch nicht in Budapest eingetroffen. Es sind jedoch Meldungen eingelangt, die besagen, daß vom Südosten her französische, aus Fiume englische Truppen sich auf der Fahrt nach Budapest befinden.

Budapest ohne Polizei.

Aus Budapest, 5. d., wird uns telegraphiert: Das rumänische Militär hob die neuorganisierte Staatspolizei auf und übernahm selbst den Ordnungsdienst in der Stadt. Seit gestern abends steht kein einziger Polizist der Bevölkerung zu ihrem Schutz zur Verfügung.

*

Der „Temps" für die Entwaffnung der Magyaren.

Saint-Germain, 4. August. Der „Temps" erklärt im Leitartikel, es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich die Nachricht von dem Vormarsch der Rumänen auf Budapest bewahrheiten würde. Es handle sich nicht darum, wie manche vorgeben, eine sozialistische Regierung zu stürzen und durch eine reaktionäre zu ersetzen, es handle sich vielmehr um die Entwaffnung der Magyaren, die um des Friedens willen durchgeführt werden müsse. Die Entwaffnung könne aber nur vollzogen werden, wenn im Zentrum selbst die militärische Kraft eingesetzt werde, die die Ablieferung der Waffen, der Munition und des Kriegsmaterials erzwinge.

Nach der Meinung des Blattes müßten gerade jene, die für die politische Freiheit der Magyaren schwärmen, den Einzug der Rumänen in Budapest wünschen; denn erstens hätten die Magyaren unter dem bolschewikischen Regime überhaupt keine Freiheit gehabt, zweitens aber hätten sich die Truppen der Szegediner Regierung in Bewegung gesetzt und nach den letzten Nachrichten bereits Szegled, 75 Kilometer von Budapest, erreicht. Wenn sie Budapest allein besetzen würden, so wären die Repressalien wahrscheinlich viel härter, als wenn in Budapest eine von den Rumänen repräsentierte interalliierte Autorität eingesetzt wird.

In demselben Artikel benützt der „Temps" die Gelegenheit, auch die Frage der Entwaffnung Bulgariens zu besprechen, und meint, es sei sonderbar, daß die Ordnung der türkischen Angelegenheiten, bei der immerhin einige Vorteile herausschauen können, den Engländern, die undankbare Aufgabe des Polizeidienstes in Bulgarien aber fast allein den Franzosen zufallen soll.

Pester Lloyd
7./VIII. 1919
86

Wien, I., [illegible]
Telephon-Nr.: 17.310, 17.390, 19.352
Filiale der Administration: Wien, I., An der Hilfben 1; Expedition: VII., Bandgasse 28. Telephon 30.436.

Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt.
Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 70

tionalversammlung ausgeschrieben wurden, wagte es seine Partei nicht, sich am Wahlkampfe zu beteiligen, sondern erklärte ihre volle Abstinenz. Der bürgerliche Standpunkt, den Oskar Jaszi vertritt, ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß er die rote Weltrevolution nach dem Zustandekommen des Bolschewismus in feierlicher Rede noch begrüßt hatte. Heute hat er allerdings eine andere Basis betreten und — es wird an anderer Stelle gezeigt — diese Basis ist fast identisch mit der, die die Szegediner Regierung niemals verlassen hat. Er tut diesen Schritt, umkleidet von leidenschaftlichen, tönenden Ausbrüchen. Kann er damit hinwegtäuschen über die Klüfte, in die seine Theorie und seine unglückliche Praxis sein Vaterland zerschlagen haben?

Die Budapester Regierung veröffentlicht heute einen Wahlrechtsentwurf. Er ist nahezu identisch mit dem, der als Grundlage zu den Wahlen zur Nationalversammlung im März dieses Jahres hätte dienen sollen. Das Wahlverfahren aber ist noch nicht festgestellt, auch einen Termin für die Einberufung der Nationalversammlung hat sich die Budapester Regierung noch nicht gewählt. Zwei schwerwiegende Momente. Inzwischen ist die Situation völlig umgestürzt, und die Regierung ein gemaltes Bild, hinter dem die Waffenmacht der rumänischen Besatzung starrt.

Die rumänischen Waffenstillstandsbedingungen.

Budapest, 5. August.

General Madarescu hat heute den Vertretern des roten Armeeoberkommandos den Entwurf eines Waffenstillstandsübereinkommens übermittelt, demzufolge das rumänische Kommando darauf verzichtet, ganz Ungarn zu besetzen, wenn sich das ungarische Oberkommando zur Erfüllung folgender Bedingungen verpflichtet, und zwar:

Alles noch im Besitze des ungarischen Staates und der ungarischen Truppen befindliche Kriegmaterial zu übergeben, mit Ausnahme jenes, das für die Zwecke einer inneren bewaffneten Macht für notwendig befunden werden wird, die Ungarn zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern zu erhalten das Recht haben wird. Diese Armee darf höchstens 15.000 Mann stark sein; ferner alle Waffen- und Munitionsfabriken zugunsten Rumäniens abzurüsten, Ausrüstungsgegenstände aller Art für 300.000 Mann abzuliefern, die Hälfte des gesamten beweglichen Eisenbahnmaterials, 200 Tourenautomobile und 400 Lastenautomobile, 30 Prozent des gesamten Viehstandes, 30 Prozent aller in Ungarn befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, 20.000 Waggons Getreide, 10.000 Waggons Mais, 15000 Waggons Gerste und Hafer und alle in ungarischen Gewässern befindlichen, Eigentum Rumäniens bildenden Wasserfahrzeuge sowie die Hälfte der das Eigentum Ungarns bildenden Fahrzeuge den Rumänen zu übergeben. Endlich müssen sämtliche rumänische Kriegsgefangenen, Geiseln und Deserteure ausgeliefert werden.

Ferner wird Ungarn verpflichtet, sämtliche rumänische Truppen westlich der Theiß für die Dauer der Besetzung auf eigene Rechnung zu erhalten und die in diesem Gebiete für den Verkehr der rumänischen Behörden erforderliche Kohle zu beschaffen. Die rumänische Armee zieht sich erst dann über die Theiß zurück, wenn alle Bedingungen durchgeführt und die Fristen für die Durchführung der einzelnen Forderungen werden noch separat bestimmt und zur Kontrolle der Durchführung wird in Budapest eine rumänische Militärmission eingesetzt, die insolange tätig bleibt, bis der rumänisch-ungarische Frieden ratifiziert sein

Englische Generäle in Budapest.

(Privattelegramm des „Pester Lloyd".)

Budapest, 6. August.

Heute früh trafen mittels Sonderzug vier englische Generäle in Budapest ein, die der Mission des englischen Generals Gordon angehören. Bis heute morgens sind in Budapest englische und französische Truppen noch nicht eingezogen.

Zürich, 6. August.

(Priv.-Tel. des „P. Ll.") Von eingeweihter Seite erhalten wir die Mitteilung, daß der Oberste Rat der Alliierten eine Kommission ernannte, die aus Offizieren der vier Großmächte besteht und mit entsprechenden Vollmachten ausgerüstet ist, um in Budapest alle die gegenwärtige ungarische Krise berührenden Fragen und Angelegenheiten prüfen und über sie verhandeln zu können. Diese interalliierte Kommission befindet sich bereits auf dem Wege nach Budapest.

Die Blockade gegen Ungarn aufgehoben.

Zürich, 5. August. (Meldung der Telegraphen-Kompagnie.) Die Schweizerische Telegraphen-Information meldet aus Paris: Gemäß dem Berichte Hoovers an die Friedenskonferenz wurde die Aufhebung der Blockade gegen Ungarn verfügt.

Die französische Presse über den Umsturz.

Paris, 5. August. (Meldung der Agence Havas.) „Petit Journal" bezeichnet den Sturz Bela Kuns als einen Erfolg der Ententepolitiker, der auf Rußland eine günstige Rückwirkung haben dürfte. „Excelsior" fordert die Entwaffnung der ungarischen Armee. „Figaro" meint, daß die siegreichen Rumänen berechtigt seien, aus dem Sieg alle Vorteile zu ziehen. „Matin" hält den Frieden in Ost-Europa für unmöglich, so lange Ungarn nicht von den maßlosen Hoffnungen abkommt, die es auf das Wohlwollen gewisser Alliierten stützt.

Die Szegediner Armee.

Szegedin, 5. August.

Aus den Kreisen der Szegediner Regierung wird gegenüber den Nachrichten, wonach die Szegediner Armee mit Rachegelüsten gegen Budapest marschiere und in der Armee einzelne Truppenkörper Progromabsichten hätten oder monarchistische Tendenzen verfechten würden, festgestellt, daß diese Meldungen unrichtig sind. Die Szegediner Regierung duldet in ihren Truppenbeständen weder Mannschaften noch Offiziere, die konfessionellen, sozialen oder politischen Haß- oder Racheabsichten dienstbar wären. Die Szegediner Armee hat die Aufgabe, bei der Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn der legitimen Staatsmacht Dienste zu leisten.

Wahrscheinliche Verzögerung des Friedensschlusses in St. Germain wegen der Ereignisse in Ungarn.

Wien, 6. August.

In Ententekreisen verlautet, daß die Ereignisse in Ungarn allem Anscheine nach eine Verzögerung in der endgültigen Festsetzung der Friedensbedingungen von St. Germain herbeiführen werden, was indes zu einer ungünstigen Deutung keinen Grund bietet. Die Pariser Friedenskonferenz will das ungarische Problem je rascher gelöst sehen. Vielfach fallen wirtschaftliche und finanzpolitische Momente beider Länder in die gleiche Interessensphäre, so daß bei der bezüglichen Entscheidung so ziemlich nur ein Gesichtspunkt maßgebend bleibt. Dies gilt auch für einzelne territoriale und solche Fragen, die den internationalen Flußverkehr berühren, soweit dabei Strom- und Flußgebiete der beiden Nachbarstaaten in Betracht kommen.

Entsendung von vier Entente-Generalen nach Budapest.

Paris, 6. August, 2 Uhr morgens. (Funkspruch des Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

„An die ungarische Regierung in Budapest.

Der Oberste Rat der Friedenskonferenz hat beschlossen, nach Budapest eine Mission von vier Generalen — Amerikaner, Franzosen, Engländer und Italiener — zu senden, damit diese a) mit der ungarischen Regierung in Verhandlungen trete, um die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen mit jenen Abänderungen zu sichern, die sie einvernehmlich (d'un commun accord) für notwendig halten wird, b) um mit den Kommandierenden der rumänischen und der südslawischen Armee in Verbindung zu treten, damit das besetzte Land den Weisungen der Friedenskonferenz entsprechend gegen rauhe und grausame Behandlung (sévices) geschützt werde, und um den Kommandierenden der Armeen jene Weisungen zu geben, die sie für die tatsächliche Besetzung durch die Armeen und den Rückzug der die notwendige Besatzungsstärke überschreitenden Kräfte auf die Grenzen für nützlich halten wird.

Gez.: Clemenceau.

Reichspost 7./8. 1919. 7/89

auf den Vertragsentwurf von St.-Germain [illegible] diese Kunst der Ueberzeugung völlig aus. Bewe[illegible] kräftiger, sachlich-leidenschaftsloser kann man nicht m[illegible]

Leider sind durch den Einmarsch der Rumänen auch die Verhandlungen über die innere politische Konsolidierung Ungarns unterbrochen worden und wiewohl heute selbst die ungarischen Sozialdemokraten nach einem Konzentrationskabinett rufen, kann dessen Bildung anscheinend nicht vorwärts kommen, da das Militärdiktat in Budapest keine Voraussetzungen für die Installation der neuen Regierung bietet. Die Unruhen in Budapest beweisen, welche Gefahr in dieser Verzögerung liegt und daß nur eine vom Vertrauen der gesamten Bevölkerung getragene Regierung das Land aus dem Chaos herausführen kann. Der Rücktritt der Sozialistenregierung, die heute erfolgt ist, gibt den Weg für die neue Regierung bereits frei und wird nun wohl die Verhandlungen hierüber in rascheren Fluß bringen, um so mehr, als auch die Entente ein großes Interesse an der sofortigen Schaffung einer starken und repräsentablen Staatsregierung in Ungarn besitzt.

Früher wird Ungarn nicht zur Ordnung kommen, früher die unselige Erbschaft der Bolschewikenära nicht beseitigt werden können. Eine unmittelbare Folge dieser Blutherrschaft sind auch die Unruhen, in denen nun der Volkszorn über die Kun-Agenten sich entladet. In Budapest wie im übrigen Ungarn sind Rächer hinter den flüchtigen Bolschewiken her und die Volksstimmung wandte sich, wie zu befürchten war, in nächster Folge gegen die Juden. Zwar ist es vorläufig noch eine Uebertreibung von Pogromen in Budapest zu sprechen, weil einige bolschewikische jüdische Studenten überfallen worden sind. Aber ebenso falsch ist es zu behaupten, daß diese Bewegung gegen die Juden von außen her ins Volk hineingetragen werde. Dazu braucht es keiner Szegediner Regierungsagenten — was über diese in der Presse gelogen wird, beweist übrigens z. B. der Bericht der „Frankfurter Nachrichten" über einen nie stattgefundenen Einzug der Szegediner Truppen in Budapest, mit allerlei pikanten Schilderungen der „königlich ungarischen Fahnen und Standarten", die dabei im Zuge getragen worden seien. Die Ausschreitungen in Budapest haben vielmehr sehr leicht erklärliche innere Ursachen. Jedermann in Ungarn wußte, daß die Mehrzahl der Bolschewikenführer, die das Land in dieses unsägliche Elend gestürzt haben, Juden waren, daß gerade jüdische Führer die blutgierigsten und eigensüchtigsten waren und daß gerade die jüdische Intelligenz den furchtbaren Terror der Bolschewiken eifrig unterstützte. Auf Grund dieser Tatsache haben schon vor vielen Wochen jüdische Blätter die Juden gewarnt, sich an den Exzessen der Kommunisten zu beteiligen, weil dann die Juden im allgemeinen dafür verantwortlich gemacht würden. Es war daher unschwer vorauszusehen, welche Rückwirkung diese Tatsachen auf das Volk haben würden, sobald der Terror gebrochen. Aus unseren Berichten geht überdies hervor, daß sich an diesen Ausschreitungen derselbe Pöbel beteiligt, der unter der Kun-Herrschaft kommunistisch plünderte und jetzt Pogrome veranstaltet. Dazu kommt noch, daß dieser Pöbel infolge der kurzsichtigen Maßnahmen des rumänischen Kommandos, das die gesamte Polizei mit einem Schlage abschaffte, vor ortsunkundigen Patrouillen sich zu decken versteht, daß die Gerichte noch nicht eingesetzt sind, daß schließlich die; Regierung keine Machtmittel besaß, diese Bewegung hintanzuhalten. Aus einer Kundgebung des Sozialistenministers Haubrich geht deutlich hervor, daß auch die abgesetzten Bolschewiken redlich an der Vermehrung der Anarchie mitarbeiten, namentlich, sagt er, durch Verbreitung von Schreckensnachrichten in der Bevölkerung einige davon würden übrigens in einer Budapester Depesche auch den Wienern aufgetischt — in der Abendausgabe des Wiener sozialistischen Organes, das offenbar die Zusammenhänge noch nicht verloren hat.

Unser Empfinden wendet sich entschieden gegen jede Lynchjustiz, da sie blind ohne Anhören des Beschuldigten das Urteil fällt. Die Ausschreitungen in Budapest sind aber um so mehr zu bedauern, als dadurch Schuldige und Unschuldige wahllos betroffen werden, ja gewiß in der Mehrzahl Unschuldige, da die Urheber des Terrors, die Blutrichter und Großdiebe, sich zum größten Teile bereits in Sicherheit gebracht haben. Pogrom und Plünderungen sind keine Sühne für das, was eine gewissenlose Horde Ungarn angetan hat. Es wird vielmehr bald auch in Ungarn das ordentliche Gericht erstehen, das die wirklichen Schuldigen zur Verantwortung ziehen wird, wo immer sie sich jetzt verkriechen, und das dem verletzten Rechtsempfinden des Volkes Genüge leisten wird.

Die Rumänen unter Kommando der Alliierten.

St.-Germain, 6. August.

Der „Temps" meldet, daß sämtliche Truppen der Alliierten, die sich auf ungarischem Boden befinden, laut einem gestern gefaßten Beschluß des Obersten Rates der aus vier Generalen bestehenden Budapester Alliiertenmission unterstellt werden. Die rumänische und die jugoslawische Regierung seien hievon bereits verständigt worden.

Aufrichtung einer nationalen Regierung in Ungarn.

Erzherzog Josef mit der höchsten Gewalt betraut.

(Nachricht um 2 Uhr nachts eingelangt.)

Budapest, 6. August.

Das Ungarische Telegraphenkorrespondenzbureau meldet: Heute um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidium General Franz Schnetzer, Polizeioberinspektor Julius Wolkenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Johann Fritz und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Csillery.

Sie forderten die eben zu einer Beratung versammelten Minister auf, abzudanken, mit der Begründung, daß sie nicht die Gesamtheit der Nation vertreten und, wie dies auch die Unruhen in Westungarn beweisen, nicht imstande seien, die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Ministerpräsident Julius Peidl bat die Erschienenen, zu gestatten, daß die Regierung über diese Aufforderung kurze Zeit berate. Dies wurde zugestanden. Die Regierung beschloß nach einer Beratung von zehn Minuten zu demissionieren.

Nach der Demission der Regierung übertrugen die hier weilenden Missionen der Ententemächte und deren Generäle, die hierüber eingehend berieten, die Ausübung der höchsten Macht an Erzherzog Josef, der noch im Laufe der Nacht den gewesenen Staatssekretär im Kriegsministerium Stefan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung der einzelnen Ministerien betraute Erzherzog Josef Fachleute, Hochschullehrer, bezw. die ältesten Beamten der Ministerien.

In den Straßen verbreitete sich rasch die Nachricht von dieser neuerlichen weittragenden historischen Wendung. Die Leute berieten überall in Gruppen diesen glatten, unblutigen Uebergang, von dem man die endliche Konsolidierung Ungarns, das so viel gelitten hat, erhoffen kann. Vor dem Hotel Bristol, wo die Mitglieder der neuen Regierung wohnen, veranstaltete im Laufe der Nacht eine riesige Menge begeisterte Demonstrationen und zerstreute sich schließlich unter Absingung des „Hymnus". Ueberall in der Stadt herrscht Ruhe und Ordnung.

Budapest, 6. August.

Das Ungarische Telegraphenkorrespondenzbureau meldet: Die hier weilenden Missionen der Ententemächte waren heute abend zu einer gemeinsamen Beratung zusammen, zu der auch Erzherzog Josef und Ministerpräsident Stefan Friedrich beigezogen waren. Die Beratung galt den schwebenden Fragen, wobei vollkommenes Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratung sofort verständigt.

Budapest, 6. August.

Das Ungarische Telegraphenkorrespondenzbureau meldet: Auf Grund einer Vereinbarung mit den Ententemissionen dürfen von nun an wieder nationale Flaggen gehißt werden.

Budapest, 6. August.

Wie das Ung. Tel.-Korr.-Bur. erfährt, wurde General Franz Schnetzer mit der provisorischen Leitung des Kriegsministeriums betraut und zu dessen Stellvertreter Oberst Lorz ernannt. Die provisorische Leitung des Ministeriums des Aeußern wurde General Gabriel Tanczos, jene des Ministeriums für die nationalen Minderheiten dem Universitätsprofessor Jakob Bleyer und die des Ministeriums für Volksgesundheit dem Azt Andreas Szillery übertragen.

60.000 Rumänen in Budapest.

Plünderungen großen Stils. — Tausende Familien ohne Nahrung.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Budapest, 6. August.

Die Rumänen kümmern sich nicht um den Einspruch des Verbandes und lassen immer größere Truppenmassen in Budapest einmarschieren. Von amerikanischer Seite wird die Zahl der augenblicklich in der Hauptstadt befindlichen Rumänen auf 60.000 geschätzt. Die Pariser Konferenz entsandte sechs Generale nach Budapest, Franzosen, Engländer, Amerikaner und Italiener, die die Rumänen bewegen sollen, mit dem größten Teile ihrer Truppen die Hauptstadt wieder zu verlassen. Indessen ist bei den Rumänen gegenwärtig noch nicht die geringste Geneigtheit vorhanden, diesem Wunsche zu entsprechen. Sie wollen ihren „Triumph" bis zum letzten Rest auskosten.

Die rumänische Soldateska verfährt mit der wehrlosen Bürgerschaft schonungslos. Zahlreich sind die Fälle, daß Soldaten in die Wohnungen eindringen, Möbel, Schmuck, Wäsche wagenweise wegschleppen.

Die Lage der Bürgerschaft ist umso verzweifelter, als infolge des fast völligen Stockens aller Verkehrseinrichtungen und Zuschübe keine Lebensmittel mehr in der Stadt vorhanden sind.

Es gibt hier tausende Familien, die buchstäblich nichts mehr zu essen haben. Die Lebensmittelgeschäfte sind leer. Wenn nicht baldigste Hilfe eintritt, wird ein Massensterben anheben, wie es die Stadt noch nie gesehen hat.

Die Folgen dieser Not sind zunehmende

Plünderungen.

Namentlich die Villenviertel der Stadt sind schwer heimgesucht.

Es handelt sich fast durchgehends um bolschewikische Elemente, die neuestens sich einer wüsten Pogromhetze hingeben in der Hoffnung, dabei auf ihre Rechnung zu kommen. Wenn nicht bald eine Regierung kommt, die Kraft und Autorität hat, Ordnung zu schaffen, so ist

ein Chaos unausweichlich.

An den ausbrechenden Wirren müßte dann jede Regierung scheitern. Daß die Rumänen, die die Pogromleidenschaften begünstigen, hiezu nicht imstande sind, ist bereits erwiesen. Ihr Generalstabschef Madarescu erklärte entschuldigend, es sei schwer, den rumänischen Soldaten jetzt in der Hand zu haben, da man ihn habe größere Freiheit gewähren müssen, um ihn überhaupt noch zum Vorgehen zu bewegen. Die rumänische Heeresleitung scheint in der Tat gegenüber der Zuchtlosigkeit der rumänischen Soldaten völlig machtlos.

Die Ententemission für Budapest.

St.-Germain, 6. August.

Der Oberste Rat hat eine aus vier Generalen bestehende interalliierte Kommission ernannt, die in Budapest die Durchführung der Waffenstillstandsklauseln überwachen wird. Der Kommission gehören an für Frankreich General Graziani, für Italien General Mondelli, für Großbritannien General Gordon und für die Vereinigten Staaten General Bandholtz.

Führer der Generalsmission wird wahrscheinlich der französische General Graziani sein.

Die Blockade gegen Ungarn ist angeblich praktisch bereits aufgehoben und der Wiener Vertreter Hoovers Kapitän Gregory ist bereit, so schnell als möglich Nahrungsmittel zu senden. Die Maßnahme wird allerdings dadurch erschwert, daß die vorhandenen Vorräte für Oesterreich, Polen und die Tschecho-Slowakei bestimmt sind.

Der Donauverkehr soll sofort aufgenommen werden. Britische Monitore werden in Budapest ankern, bis normale Verhältnisse eingetreten sind.

Der Volkszorn über die Bolschewiken.

Budapest, 6. August. (Ung.-Tel.-Korr.-B.)

Im Zentralstadthause versammelten sich heute gegen Mittag eine Menge von ungefähr 200 Personen, zumeist Universitätshörer und drang, mit Stöcken, Ochsenziemern und Hundspeitschen bewaffnet, in die einzelnen Amtslokale ein, wo die noch dort befindlichen kommunistischen Beamten blutig geschlagen wurden.

Besonders arg wurde der gewesene Präsident des hauptstädtischen Arbeiterrates Eugen Barna zugerichtet.

An der technischen Hochschule kam es heute vormittag zu einer blutigen Schlägerei. Die zum Zirkel der sogenannten „Erwachenden Ungarn" gehörenden Techniker überhäuften ihre jüdischen Kollegen mit Schimpfworten, die von diesen erwidert wurden. Es entstand eine große Schlägerei, bei der 15 jüdische Techniker blutig geschlagen wurden.

Nach einem Bericht der „Nepszava" kam es gestern gegen 3 Uhr nachmittags in der Mensa der jüdischen Universitätshörer in der Rakaczistraße durch das Eindringen unbekannter Leute nach einem heftigen Wortwechsel zu einer Schlägerei, in deren Verlauf vier Mediziner schwer verletzt wurden. Einige andere Personen trugen leichte Verletzungen davon. Die Oberstadthauptmannschaft hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

TK. Szegedin, 5. August.

Aus den Kreisen der Szegediner Regierung wird gegenüber den Nachrichten, wonach die Szegediner Armee mit Rachegelüsten gegen Budapest marschiere und in der Armee einzelne Truppenkörper Pogromabsichten hätten oder monarchistische Tendenzen verfechten würden

Pester Lloyd
8./VIII. 1919
90

K 60·—, vierteljährig K 30·—, monatlich K 10·—.
Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung monatlich: Für Deutschland K 14·—, für alle übrigen Staaten K 15·—.
Abonnements werden bei sämtlichen Postämtern entgegengenommen.
Abonnement-Aufnahme in Wien in der Administration, I., Helferstorferstraße 13 und in der Filiale, Wien, I., An der Hülben 1.

PESTER LLOYD

DERZEIT WIEN.

Redaktion und Administration: Wien, I., Helferstorferstraße 13. Telephon-Nr.: 17.319, 17.390, 19.352
Filiale der Administration: Wien, I., An der Hülben 1; Expedition: VII., Bandgasse 28. Telephon 30.436.
Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt.
Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang | Wien, Freitag, 8. August 1919 | Nr. 71

Der Umschwung in Budapest.

Wien, 7. August.

Die Budapester Regierung Peidl ist weggefegt. Die Männer, die Ungarn die rumänische Besetzung nicht erspart haben, nur um noch einmal den Versuch zu unternehmen, die absolute Klassenherrschaft in neuer Form aufrechtzuerhalten, wurden gestern durch einen kraftvollen Eingriff der Budapester Bevölkerung beseitigt. Soldaten und Polizisten haben den Ministerrat dieser Herren aufgehoben, die Demission erzwungen und eine wertvolle, allgemein geschätzte Persönlichkeit des ungarischen öffentlichen Lebens, den Erzherzog Josef, zur Lösung der brennenden Probleme herangezogen. Erzherzog Josef hat ein provisorisches Ministerium ernannt, das sich aus ehrenvollen, erfolgreich wirkenden alten Beamten der ungarischen Ministerien und aus bewährten Militärs zusammensetzt. Die Proklamation, in der sich Erzherzog Josef an das ungarische Volk wendet, erklärt, daß dieses jetzt ernannte Ministerium nur der Wegbahner eines kommenden sein soll, das nach Anhörung der berufenen Vertreter einer nüchternen Arbeiterschaft, dann der Bauernschaft und des Bürgertums aus den Repräsentanten dieser Volksschichten gebildet werden wird. Die Szegediner Regierung und die im Auslande noch wirkenden Exposituren jener Bewegung, die Ungarn die Ordnung und den Frieden wiederbringen wollte, werden bei der Konstituierung dieses engültigen Kabinetts in entsprechender Weise Geltung finden.

Der Umschwung in Budapest erfüllt uns mit der ganzen Genugtuung, mit der ganzen Freude, zu der sich unser Herz in dieser schmerzvollen Zeit der Erniedrigung und Beschämung noch aufzuschwingen vermag. Es ist ein Umschwung, der befreiend wirkt, weil er aus dem Volke selbst hervorgegangen und nicht ein Akt ausländischer Hilfe ist. Nicht als ob wir das Wohlwollen der Entente unterschätzen oder nicht dankbar anerkennen würden, aber die Tatsache, daß die Feuer alter Tatkraft noch unter der Asche des niedergebrannten Hauses aufglühten, ist ein Symbol der Fähigkeit, wieder zu erstehen. Auch die Sicherheit, mit der die Handelnden die richtigen Personen gesucht und gefunden haben, die zur erfolgreichen Durchführung dieser rettenden Aktion notwendig waren, scheint uns verheißungsvoll. Hervorgehoben muß noch der Umstand werden, daß sich die Ereignisse unblutig und mit größtem Maßhalten vollzogen haben. Die Proklamation der neuen Regierung schlägt die Verleumdungen zu Boden, mit denen das Befreiungswerk gehemmt werden sollte, Verleumdungen, die zum großen Teile ihren Ausgang aus den bolschewistischen Kreisen der Wiener ungarischen Gesandtschaft nahmen und die Presse mit dem Gerüchte überfluteten, daß die zukünftige Ordnungsregierung Ungarns eine Regierung der Rache und des blutigen weißen Terrors sein werde. Die Proklamation des Erzherzogs Josef stellt ausdrücklich fest, daß alle Rachegelüste ausgeschlossen sind und daß die Regierung keine andere Strafe kennt, als die, die das Gesetz und der gesetzliche Richter aussprechen. Es ist auch ein Zeichen bürgerlicher Demokratie, daß so die erste Enunziation der ersten vom Klassenterror befreiten ungarischen Regierung gewissermaßen wortwörtlich den Garantieparagraphen aller Strafgesetzbücher enthält, jenen Paragraphen, der ausspricht, daß die Persönlichkeit nur der Strafe unterliegt, die auf ein Delikt im Strafgesetzbuch ausgesetzt und durch den zuständigen Richter bemessen wird.

Erzherzog Josef hat wieder die Fäden der Entwirrung in seinen Händen. Diese Fäden wurden ihm entrissen in der Stunde höchster nationaler Gefahr, in dem Augenblicke, als das von ihm vorgeschlagene Kabinett Hadik nicht zustande kommen konnte und jenem Regime Karolyi den Platz räumen mußte, das für unser Land so verderblich geworden ist. Der durchaus liberalen, durchaus volksfreundlichen Artung seines Wesens entsprechend hat Erzherzog Josef schon in seiner ersten Kundgebung die Idee einer Koalitionsregierung aller Volksschichten Ungarns als den einzig möglichen Ausweg aus einer Situation bezeichnet, die unhaltbar ist, nicht nur weil der Feind im Lande steht, nicht nur weil ganze Landstriche Ungarns in Aufruhr sind, sondern vor allem, weil die Regierung Peidl die Reetablierung der Herrschaft einer einzigen Klasse, die Entrechtung der breiten Schichten des ungarischen Volkes bedeutete. Die Richtlinien, die durch die Proklamation des Erzherzogs bezeichnet sind, finden die Gutheißung aller denkenden Ungarn und haben Anspruch auf Anerkennung durch alle anständigen Menschen. Sie sind gerecht, demokratisch, liberal und helfend.

Mit dem Stolze, der uns geblieben ist, sehen wir in diesem Entwicklungsgange die Vollführung eines Programms, das wir nie aufgehört haben, zu vertreten. Unter dem Terror des Regimes Karolyi, unter der drückenden Knechtung durch die aufdämmernde Gewalt des Bolschewismus, vertrieben von der eigenen Arbeitsstätte auf fremden Boden, haben wir ununterbrochen verkündet, daß nur die Koalition aller Parteien, die rechtmäßige Berücksichtigung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Bürgertums, der Arbeiter und der Bauernschaft einen Ausweg aus dem fürchterlichen Irrgarten bedeuten können, in dem die ungarische Politik rettungslos verrannt schien. Vieles hat sich in dieser Zeit unseres Beharrens gewandelt, vieles ist versucht worden und hat sich als untauglich, ja sogar als fürchterlich verheerend erwiesen. Aber die Wahrheit und Gerechtigkeit ringen sich durch. Diese Wahrheit finden wir bestätigt durch das Wiedererwachen des Volkes von Budapest, durch das Ende einer willkürlichen Klassenherrschaft, und deshalb glauben wir auch unerschütterlich daran, daß die Gerechtigkeit und Wahrheit, die auf dem Marsche ist, nicht halt machen wird bei der Regelung unserer inneren Zustände, sondern auch Anerkennung finden wird vor dem Tribunal der Welt, wo heute unser Schicksal entschieden werden soll. Die Wiederherstellung des Friedens im Innern ist ein erster Schritt zur Schaffung eines äußeren Friedens, in dem das ungarische Volk den Anspruch erheben darf, leben und an seiner Zukunft arbeiten zu dürfen.

Eine Darstellung der gestrigen Vorgänge seitens des neuen Ministerpräsidenten.

Budapest, 7. August.

(Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Die heute früh erschienenen Extraausgaben der Blätter stellen auf Grund der Informationen, die sie vom Ministerpräsidenten Friedrich erhalten haben, die Entwicklung der Dinge folgendermaßen dar:

Sämtliche ordnungsliebenden Organisationen sowie die Beamtenkörper sämtlicher Ministerien hielten gestern eine Konferenz ab, in deren Verlauf die Lage besprochen wurde. Die Redner beklagten sich besonders darüber, daß das Land mit Riesenschritten dem Abgrund entgegengehe. Von seiten der hier befindlichen Ententemissionen mehrten sich die Klagen, daß im Lande vollständige Anarchie herrsche, die Regierungsgewalt nicht funktioniere und der Zusammenbruch Ungarns unvermeidlich sei. Das ungarische Land sei der Vernichtung nahe, wenn sich nicht jemand fände, der es in zwölfter Stunde rette.

Das erste Ergebnis war die Zusammenstellung einer großen Brachialformation. Diese begab sich nach Alcsuth, wo Erzherzog Josef die Deputation empfing. Der Erzherzog wurde von der militärischen Abordnung ersucht, die Lösung der Ordnung in die Hand zu nehmen und das Land vor der völligen Vernichtung zu retten.

Erzherzog Josef erklärte sich zu dieser äußerst schwierigen Aufgabe bereit. Der Erzherzog kam sofort nach Budapest und stattete sämtlichen Ententemissionen Besuche ab. Er unterhandelte den ganzen Tag hindurch und es gelang ihm, sich die Basis für seine Aktion zu sichern. Als Ergebnis der Beratungen mit den Vertretern der Entente übernahm Erzherzog Josef die Lösung der Krise. In den Mittagsstunden war die frühere Staatspolizei in ihren alten Uniformen nach einem Alarm nahezu vollkommen versammelt, außerdem wurde eine Freiwilligentruppe von etwa 8000 Bewaffneten bereitgestellt. Eine Abordnung der Brachialgewalt erschien in dem eben zusammengetretenen Ministerrat, wo die Minister aufgefordert wurden, ihre Macht niederzulegen. Dieser Aufforderung leisteten die Minister Folge, die auf kurze Zeit in Gewahrsam genommen, später, in den Abendstunden jedoch, auf freien Fuß gesetzt und in ihre Wohnungen gebracht wurden. Der historische Wechsel im Regime vollzog sich in der größten Ordnung, in vollkommener Ruhe, ohne Zwischenfall. Der kommandierende rumänische General, der Ruhestörungen befürchtete, hatte die rumänische Garnison in Bereitschaft gestellt.

Um ½8 Uhr abends versammelte sich eine große Menge vor dem Hotel „Bristol" am Donaukai, wo Ministerpräsident Stephan Friedrich im Namen der neuen Regierung kundgab, daß die bisherige Regierung abgedankt habe und die neue Regierung von Erzherzog Josef eingesetzt worden sei. Um 10 Uhr abends hielten sämtliche in Budapest befindlichen Ententemissionen eine Konferenz ab, zu welcher Erzherzog Josef und Stephan Friedrich eingeladen waren. Den Vorsitz führte der englische General Gordon. Die Konferenz dauerte zwei Stunden. Es wurde in allen schwebenden Fragen ein Einvernehmen erzielt. Sämtliche Missionsleiter versicherten die neue Regierung ihrer wärmsten Unterstützung. Im Wege der Missionen verständigte die Regierung das Ausland, speziell die Entente von dem eingetretenen Regimewechsel. Gleichzeitig wurden Verfügungen getroffen, die in Szegedin, in

Pester Lloyd
8./VIII. 1919
6
91

Erzherzog Josef.

Ein Charakterbild.

An die Persönlichkeit des Erzherzogs Josef, der jetzt mit der höchsten Macht in Ungarn betraut ist, knüpft die Tradition eine völkische Sympathie, die in ihrem Ursprung auf ein Jahrhundert zurückführt. Die Familie des einstigen Palatins Josef ist stets in Ungarn als der ungarisch-nationale Teil des Hauses Habsburg geliebt und verehrt worden. Der Vater des jetzigen Erzherzogs Josef war als Chef der ungarischen Honvéd der Repräsentant der Verkörperung jener Ideale, die das ungarische Volk, namentlich aber die ungarische Bauernschaft, immer erfüllten, vor allem des Ideals eines selbständigen ungarischen Heeres. Der verblichene Erzherzog Josef hat diese Gefühle, die ihm aus dem Volke entgegenstrahlten, immer verständnisvoll und aufrichtig erwidert, er hatte regsten Verkehr und unmittelbare, ganz unzeremoniöse Beziehungen zu den Männern des ungarischen Geisteslebens und der ungarischen Politikt. Er war ein Protektor der Künste in Ungarn und selbst als Sprachforscher tätig.

Das Erbe an Volkstümlichkeit, das dieser Mann seinem Sohn hinterließ, wurde von diesem in jeder Beziehung gewahrt und vermehrt. Erzherzog Josef, auf den der Blick Aller gerichtet ist, die um das Schicksal Ungarns bangen, ist eine durchaus kraftvolle männliche Erscheinung. Der scharfgeschnittene, charakteristisch ungarische Soldatenkopf, zwei warmblickende, helle Augen, ein ungesuchtes und doch immer ganz von Takt erfülltes Benehmen kennzeichnen das äußere Wesen des Erzherzogs. Er hat im ungarischen Geistesleben ebenso wie an der Front als Soldat niemals aufgehört, ein ganzer Ungar zu sein. Tausende freundlicher Anekdoten kursieren im Volk, von Geschichten erzählend, die sich zwischen dem Erzherzog und seinen Soldaten abgespielt haben.

Als der Umsturz im Oktober kam, zögerte Erzherzog Josef keinen Augenblick lang, sich voll und ganz auf den Boden des ungarischen Staatsbürgers zu stellen und den Wandlungen in staatsbürgerlicher Pflichterfüllung Rechnung zu tragen. Abgesehen von journalistischen Attacken, die von den allerletzten Pressemachern des Bolschewismus ausgingen, wagten selbst die Leute der Räteregierung gegen die Person des Erzherzog Josef kaum etwas zu unternehmen, weil man die Volkstümlichkeit dieses Mannes fürchtete. Seine Beliebtheit wurde auch wesentlich durch seine Gemahlin Auguste gefördert, die trotz ihrer bayrischen Abstammung in Budapest und in Ungarn die Herzen der Bevölkerung durch vielseitige gesellschaftliche Tätigkeit gewonnen hatte.

*

Man schreibt uns:

In den fünf Kriegsjahren war das Verhältnis des Erzherzogs Josef und des ungarischen Volkes das innigste und herzlichste. Erzherzog Josef hatte die meiste Zeit, 2½ Jahre, im Kriege als Kommandant des 7. Korps an der Isonzofront verbracht. In den schweren Kämpfen hatte er sich nicht nur als Soldat, sondern als ein fühlender Mensch gezeigt. Seine Soldaten kannte er persönlich. Um 6 Uhr früh war er an der Front, von wo er Kostanilvica, wo er in einer Schule einquartiert war, zu Fuß heraufmarschierte auf den Doberdo, San Michele und Monte San Martino, wo seine ungarischen Soldaten die Linie verteidigten. Für jeden Soldaten hatte er ein Wort gehabt, das diesem zu Herzen ging. Er kannte die Sprache des ungarischen Volkes. Er schrieb für seine Soldaten Feldpostkarten, war informiert über alle Familienverhältnisse seiner Leute, hielt Ansprachen, die glühten von Vaterlandsliebe und zeigte sein Herz. Von der Isonzofront kam er erst als Armeekommandant, dann als Heeresfrontkommandant nach Siebenbürgen, erst nach Klausenburg, dann nach Maros-Vasárhely. Seine alten Truppen hatten eine Deputation zu König Karl gesandt, daß sie unter dem Kommando des Erzherzogs Josef dienen wollen, man möge sie dorthin entsenden. Von der rumänischen Front kommandierte man den Erzherzog Josef an die italienische Front zurück, wo er wieder Heeresfrontkommandant wurde. In den letzten Oktobertagen bekam er den Befehl, nach Wien zu reisen. An diesem Tage war der Erzherzog Tag und Nacht bei seinen ungarischen Truppen. An der Front des Generaloberst Boroevics war damals schon eine Bewegung im Gange. Der Erzherzog konnte nur durch seine Popularität die Auflösung aufhalten. Er reiste nach Wien, wo er am 21. Oktober eintraf. Er wurde gleich vom König empfangen, der ihn bat, in Ungarn zu intervenieren. König Karl konnte den Erzherzog Josef nur so überreden, daß er ihm erklärte, daß der Umsturz in Ungarn nur durch seine Person aufzuhalten sei. An diesem Tage war Graf Michael Károlyi in Wien und fuhr mit dem Zuge des Erzherzogs Josef nach Budapest zurück. Károlyi erschien im Salonwagen des Erzherzogs Josef und erklärte, daß er nie daran denken werde, Politik gegen den Erzherzog zu unternehmen, weil er wisse, daß die einzige moralische Reserve für die Monarchie und für die gesunde Entwicklung des ungarischen Volkes die Persönlichkeit des Erzherzogs Josef sei. Vor der Abreise aber sprach Károlyi telephonisch mit Siegmund Kunfi, Oskar Jászi und mit einigen Führern der Károlyi-Partei mit denen er sich darüber verständigte, daß man das Eingreifen des Erzherzogs Josef in die ungarische Politik zurückweisen sollte.

Die Ankunftdes Erzherzogs in Budapest wurde von einer großen Menschenmenge erwartet, die jedoch den Grafen Michael Károlyi mit stürmischen Kundgebungen feierte, während sie gegen den Erzherzog eine vorher organisierte Demonstration unternahm. Der Erzherzog empfing in der Hofburg Tage hindurch sämtliche führenden ungarischen Politiker und bereitete die Bildung des Kabinetts Hadik vor. Die Revolution hatte dann eine neue Situation geschaffen und die Minister des Kabinetts Károlyi legten den Eid in die Hände des Erzherzogs ab.

Im Jänner waren bereits jene Männer die entscheidende Macht in der Regierung, die später das Rätesystem mitmachten. Aber noch immer hatten diese Leute Scheu vor der Volkstümlichkeit des Erzherzogs und in der „Nepszava", in dem Blatte Göndörs „Az Ember" und in dem Organ „A Világ", wurde Wochen hindurch eine verleumderische Kampagne gegen Erzherzog Josef geführt. Pamphlete wurden in die Bevölkerung geworfen, um die Person des Erzherzogs herabzusetzen und im Palais des Erzherzogs in Ofen wurden Einquartierungen vorgenommen. Josef Pogány hielt seine Audienzen in den Räumen des erzherzoglichen Palais, die Korrespondenzen des Erzherzogs wurden beschlagnahmt, wer den Erzherzog besuchte, wurde angegriffen. Die Kommunisierung des „Déli Hirlap" erfolgte aus dem Grunde, weil das Blatt den Erzherzog in Schutz nahm. Er wurde ununterbrochen bewacht und als der Kommunismus in vollster Blüte stand, sorgten die Volkskommissäre Pogány und Moses Alpáry Adler für besondere Chikanen. Am 30. März gelang es dem Detektiv Mikovényi, der Erzherzog nach Nagytapolcsan zu begleiten. Mikovényi wurde zwei Wochen später erschossen und dem Erzherzog von der bolschewistischen Regierung mit der Tötung seines Sohnes gedroht, wenn er nach Alcsuth zurückkehren würde. Bekanntlich war der Sohn des Erzherzogs in der Gewalt der Kommunisten, die ihn zuerst im Sammelgefängnis und später im Hotel Ritz interniert hatten.

Erzherzog Josef und Michael Karolyi.

In den Oktoberwirren war Erzherzog Josef bekanntlich als homo regius nach Budapest gekommen, um dort die Krise, die mit der Demission des Kabinetts Wekerle eingesetzt hatte, zu lösen. In dieser Krise, in der Michael Károlyi und sein Kreis die Macht anstrebten, hatte das Kabinett Wekerle bekanntlich seine Demission nur unter der Voraussetzung gegeben, daß Michael Károlyi sich verpflichtet hatte, eine Koalitionsregierung zu bilden, die alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zur Rechten des Hauses, diese mitinbegriffen, umfassen sollte. Nachdem die Demission des Kabinetts erfolgt war, fiel jedoch Károlyi um und erklärte, ein Kabinett bilden zu wollen, das sich nur auf die äußerste Linke des Hauses und auf die damals noch außerhalb des Hauses stehenden Radikalen und Sozialisten stützen sollte. Damals war Erzherzog Josef bestrebt, das Entstehen einer solchen Regierung Károlyi durch die Schaffung eines Kabinetts Hadik überflüssig zu machen. Es lag nicht an der Person des Erzherzogs, daß diese damals noch einzig Rettung verheißende Kombination nicht Wirklichkeit geworden ist.

Ungarn und Deutschösterreich.

Von **Graf Nikolaus Szécsen**, Botschafter a. D.

Nach dem Frieden von Versailles steht nunmehr jener von St. Germain vor dem Abschlusse. Nach Deutschland muß jetzt Deutschösterreich die Bitternisse eines rücksichtslos grausamen Gewaltfriedens verkosten. Wenn jetzt in Budapest eine verhandlungsfähige Regierung ans Ruder gelangt, dürfte bald die Reihe an Ungarn kommen.

Es scheint das System der Entente zu sein, ihre bisherigen Gegner gewissermaßen einzeln vorzunehmen und neue Verhandlungen erst dann anzufangen, wenn die mit einem anderen Staate begonnenen Friedensverhandlungen zum Abschluß gebracht sind.

So präjudiziert dann ein Friedensschluß den anderen. In St. Germain dürften wohl manche Fragen entschieden werden, die ungarische Interessen sehr direkt berühren, ohne daß wir jetzt noch in die Lage kämen, zu diesen Fragen Stellung nehmen zu können.

Es erscheint müßig, im gegenwärtigen Augenblick darüber nachzugrübeln, ob die Dinge sich für uns günstiger gestaltet hätten, wenn die Mittelmächte seinerzeit, anstatt einzeln abzufallen, gemeinsam um Frieden gebeten hätten oder wenn wenigstens, trotz der eingetretenen staatsrechtlichen Trennung, Ungarn und Oesterreich hinsichtlich der Wahrung ihrer parallel laufenden Interessen eine gewisse diplomatische Fühlung aufrechterhalten hätten. Es sei aber doch gestattet, auf den unseligen Waffenstillstand von Belgrad hinzuweisen, der Ungarn viel ungünstigere Bedingungen auferlegte, als der sogenannte Diazsche Waffenstillstand.

Wenn auch der Text des Friedensvertrages von St. Germain noch nicht endgültig festgesetzt ist, so sehen wir doch aus den bekannt gewordenen Propositionen, daß über Fragen entschieden werden soll, die uns sehr nahe berühren und daß von der Entente unsere Zustimmung zu den uns noch gar nicht mitgeteilten Bedingungen im voraus eskomptiert wird. Die Entente verhandelt eben nicht, sie diktiert einfach den Frieden.

Es ist vorauszusehen, daß mit der Unterfertigung des formalen Friedensinstrumentes die ganze Angelegenheit nicht glatt erledigt und abgeschlossen sein wird. Es dürfte einzelne Fragen geben, über die Spezialkonventionen abzuschließen sein werden. Es wird die Durchführung der einzelnen Bestimmungen des Friedensvertrages überwacht werden müssen. Zur Regelung gewisser Punkte werden gemischte Kommissionen zusammentreten. Man wird über die Auslegung der einzelnen Paragraphen unterhandeln. Kurz, die diplomatischen Kanzleien werden noch viel zu tun bekommen.

Wenn es Ungarn und Deutschösterreich auch nicht möglich war, beim Friedensabschluß ihre Interessen, insoferne sie identisch sind, gegenseitig zu unterstützen, so dürfte sich ihnen nach Abschluß des Friedens noch öfters Gelegenheit zu einer einvernehmlichen diplomatischen Aktion, speziell auf wirtschaftlichem Terrain, darbieten.

Daß diese zwei Ländergebiete auf einander angewiesen sind und sich wechselseitig ergänzen, ist eine alte, unbestrittene Wahrheit. Das Unglück, das beide durch den Frieden trifft, hat daran nichts geändert, in gewissen Belangen sogar ihre identischen Interessen noch verstärkt. Vom Meere abgeschnitten, haben sowohl Deutschösterreich wie Ungarn ein erhöhtes Interesse an der Entwicklung der Donauschiffahrt. Früher hatten beide Staaten ihre eigenen Seehäfen und waren in dieser Beziehung von einander ziemlich unabhängig. Jetzt müssen sie glücklich sein, wenn es ihnen gelingt, gemeinsam ein Debouche zum Meere zu erhalten. Beide haben Interesse daran, daß der dem tschechischen Staate zugesicherte freie Handelsweg zum Meere, der beide

Pester Lloyd
9./VIII. 1919

Die Entwirrung.

Ankunft Bázsonyi in Wien.

Wien, 8. August.

Heute um 10 Uhr vormittags traf mit dem aus der Schweiz eingelangten Schnellzug der gewesene Justizminister der Kabinette Esterhazy und Wekerle, Dr. Wilhelm Bázsonyi hier ein. Auf dem Westbahnhofe erwarteten ihn der gewesene Reichstagsabgeordnete Dr. Alexander Pető, seitens der ungarischen sozialdemokratischen Partei deren Generalsekretär Emanuel Buchinger und Bernard Kondor, seitens der ungarischen Gesandtschaft Baron Tibor Podmaniczki und Ministerialrat Nikolaus Medve, ferner einige Freunde und Anhänger. Graf Julius Andrassy, den man gleichfalls erwartete, ist nicht eingetroffen, sondern verbleibt bis auf weiteres noch in der Schweiz. Auch die Ankunft des gewesenen Handelsministers der Regierung Károlyi, Ernst Garami, war mit demselben Zuge avisiert, Garami hat aber in Buchs einer Einladung des Staatskanzlers Doktor Renner folgend, den Diplomatenzug bestiegen, der die deutschösterreichische Friedensdelegation aus St. Germain nach Wien bringt.

Dr. Bazsonyi wurde von seinen Freunden und Gesinnungsgenossen wärmstens begrüßt. Einem Redakteur des „Pester Lloyd" gegenüber äußerte er sich folgendermaßen:

„Nach neunmonatlicher Abwesenheit bedeutet für mich die Tatsache allein, daß ich wieder in Wien bin, schon eine große Freude. Meine Abreise aus der Schweiz ist durch eine an mich gerichtete Einladung veranlaßt worden. Man hat mich hierher berufen, und erst auf dem Wege erfuhr ich von dem Umschwung, der sich in Budapest vollzogen hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß ich die sensationelle Wendung mit großer Genugtuung empfinde. In diesem Moment, da ich noch mit niemand gesprochen habe, kann ich ihnen nur sagen, daß ich immer noch der bin, der ich war, der traditionelle Anhänger einer demokratischen und sozialen Entwicklung, denn nur die Demokratie kann unser schwer geprüftes Vaterland aus der furchtbaren Krise, in der es sich befindet, retten. Hiezu gibt es, meiner Ueberzeugung nach, nur ein Mittel: die Konzentration aller Kräfte, die Ungarn wieder zum Leben erwecken und ihm eine gesicherte Zukunft bereiten kann.

Dr. Bazsonyi bestieg hierauf ein bereitstehendes Auto und fuhr in Begleitung Emanuel Buchingers und Alexander Petös ins Hotel Sacher, wo eine Konferenz der führenden ungarischen Politiker stattfand.

Ernst Garami in Wien.

Der frühere Handelsminister im Kabinett Michael Károlyis, der frühere Redakteur des sozialdemokratischen Organes „Nepszava", Ernst Garami, ist heute mittags um ¾12 Uhr am Westbahnhofe mit dem aus Bur kommenden Separatzuge der deutschösterreichischen Friedensdelegation, die auf kurze Zeit aus St. Germain in Wien eingetroffen ist, nach Wien gekommen. Garami wurde in Zürich von dem Staatskanzler Dr. Renner eingeladen, in seinem Zug Platz zu nehmen. Am Westbahnhof erwartete ihn der Generalsekretär der ungarländischen sozialdemokratischen Partei Emanuel Buchinger. Minister Garami erklärte einem unserer Redakteure nach seiner Ankunft folgendes:

„In Zürich erhielt ich die Einladung der Regierung Peidl und machte mich sofort auf den Weg nach Budapest. Als ich schon auf dem Wege war, erreichte mich das Gerücht, man sei in Budapest bemüht, ein Königreich zu schaffen. Ich werde heute mit Herrn Lovászy konferieren. Ich glaube, daß ich Dienstag — wenn nichts dazwischenkommt — nach der Schweiz zurückkehren werde. Ich bin absolut uninformiert und kann infolgedessen in diesem Momente nichts näheres sagen."

Die Konferenz Garami-Lovászy.

Um ½1 Uhr erschienen Ernst Garami und Emanuel Buchinger bei Martin Lovászy im Hotel Sacher zur Beratung. Die Besprechungen dauern bei Schluß unseres Blattes noch an.

Wichtige Erklärungen Wilhelm Bázsonyis.

Martin Lovaszy hielt heute bereits seit den frühen Morgenstunden ständig Konferenzen ab. Noch im Bette liegend, verhandelte er mit dem Staatssekretär im Ministerium des Innern, Moritz Palugyai. Später empfing er den Besuch des Vertreters der christlichsozialen Partei, des gewesenen Obergespans Edmund Beniczky und des gewesenen Reichstagsabgeordneten Karl Huszar. Vor dem Hotel Sacher versammelten sich im Laufe des Vormittags bekannte ungarische Persönlichkeiten, darunter der gewesene Minister Graf Bela Serenyi, mehrere Großindustrielle und Finanzkapazitäten. Sie harrten mit großer Spannung der Ergebnisse der Konferenzen, die Martin Lovaszy mit Wilhelm Bazsonyi von 10 bis 12 Uhr führte. Um einviertelein Uhr kehrte Dr. Bazsonyi, begleitet von seinen immer treuen Demokraten von Lovaszy zurück. Dr. Bazsonyi hatte die Liebenswürdigkeit, einem Redakteur des „Pester Lloyd" nachstehende Mitteilungen zu machen:

„Immer sagte ich, Ungarn dürfe nur eine demokratische Politik führen und nur auf dem Wege der sozialen Entwicklung gehen. Seitdem ich in das politische Leben eingetreten bin, habe ich immer diesen Standpunkt vertreten. Mit diesem Programme trat ich in das ungarische Parlament, mit diesem Programme wurde ich zuerst Wahlrechts- und dann Justizminister. Der Wahlrechtsentwurf, den ich ausgearbeitet und dem Parlamente vorgelegt habe, ist heute schon überholt, aber seinerzeit war er ein anständiges Kompromiß und wurde auch von der sozialdemokratischen Partei beifällig aufgenommen. Die Wahlrechtsvorlage konnte ich nicht durchbringen und deshalb demissionierte ich. Im Wahlrechtsausschusse hatte ich noch bemerkt, daß Ungarn nur durch die demokratische Evolution vom Bolschewismus gerettet werden kann. Ich habe auch betont, daß man eine demokratische Grundbesitzreform schaffen müsse, wenn es auch Milliarden koste und habe die weitgehendste Sozialisierung gefordert. Ich habe die Politik der Evolution vertreten, damit die Revolution vermieden werde. Bereits damals habe ich die Gefahr des Bolschewismus vorausgesehen und als Minister habe ich in meinen parlamentarischen Reden das Land vor dem Bolschewismus gewarnt. Man sagte aber, dies sei meine ureigene fixe Idee.

In dieser Rede habe ich prophezeit, daß der Bolschewismus Ungarn zu Grunde richten werde. Was war denn damals meine Lage? Von der rechten Seite wurde ich verfolgt, weil man in mir den Vertreter der demokratischen Evolution erblickte. Der äußerste linke Flügel wieder war von brennendem Haß gegen mich erfüllt, weil ich die Aufwiegelung durch demokratische Umwandlung und soziale Evolution verhindern wollte. Ich sah schon damals die Gefahr des Bolschewismus, als andere, die sich für große Politiker hielten, meine „Gespensterseherei" verhöhnten. Vor dem Friedensschlusse in Brest-Litowsk hatte ich im Ministerrat dreimal mein Wort erhoben und mich gegen den Friedensschluß verwahrt. Ich brandmarkte es als unmoralisch, mit den Bolschewisten einen Frieden zu schließen, die die russische bürgerliche Demokratie zerstampften. Da sollten wir uns noch dazu hergeben, die Bolschewisten in Rußland zu stärken! Ich habe davor gewarnt, unsere Grenzen dem Bolschewismus zu eröffnen. Statt dem empfahl ich, daß wir mit der Entente den Frieden suchen sollen, eventuell um den Preis Elsaß-Lothringens. Mein Streben war, mit gemeinsamer Kraft Rußland zu befreien. Dies war meine „schuldhafte" ungarische Politik, deshalb mußte ich neun Monate lang fern von meinem Vaterlande sein, fern von meinem Budapest, dem ich mein ganzes Leben, meine ganze Jugend und die ganze Kraft meines Mannesalters geopfert habe."

Auf die Frage, was die Ansicht Bazsonyis bezüglich der Zukunft ist, lautete die Antwort folgend:

„Ich glaube, Ungarn hat genug gelitten, um endlich zu lernen. Es war genug vom inneren und äußeren Kriege. Jede Kraft muß sich vereinigen, damit Bürger, Bauern und Arbeiter ohne Nationalitäten- und Konfessionsunterschied arbeiten mögen für das demokratische Ungarland, für die soziale Entwicklung und hauptsächlich im Zeichen der Arbeit und des Rechtes."

Wilhelm Bazsonyi erklärte noch, daß er immer ein Anhänger und Freund Martin Lovaszys gewesen, mit ihm sich vollständig verständigt habe und bereits heute abends nach Budapest fahre.

Heimkehr ungarischer Politiker.

Erzherzog Josef hat die Unterhandlungen mit den ungarischen politischen Kreisen zur Schaffung einer endgültigen Regierung bereits begonnen. Er hat die im Auslande weilenden ungarischen Politiker dringend ersuchen lassen, möglichst rasch heimzukehren, damit er ihre Ansichten hören könne. Dieser Einladung Folge leistend, reist ein großer Teil der in Wien weilenden ungarischen Politiker bereits im Laufe des heutigen Tages mit einem Separatzuge, welcher ihnen von den Wiener Ententemissionen zur Verfügung gestellt wurde, nach der ungarischen Hauptstadt. Den bisherigen Dispositionen zufolge reisen mit diesem Zuge außer Martin Lovaszy, auch Graf Stephan Bethlen, Graf Nikolaus Banffy, Wilhelm Bazsonyi, Ernst Garami, Obergespan Edmund Benitzky, Karl Huszar, der Generalstabschef der Szegediner Armee Generalstabshauptmann Gömbös nach Budapest. In dem Zug werden auch der englische Bevollmächtigte Oberst Cuninghann und der Vertreter Italiens Prinz Livio Borghese nach Budapest reisen. Der Zug fährt bis Budaörs, von wo die Fahrt mit Automobilen fortgesetzt wird. Die Geleise der Eisenbahn zwischen Budaörs und Kelenföld sind gesprengt worden, ein Verkehr nach den Budapester Bahnhöfen ist also vorläufig unmöglich.

Der Umschwung in Ungarn.

Die gestrigen Vorgänge in Budapest.

Wien, 8. August.

Aus Budapest wird uns gemeldet: Erzherzog Josef empfing eine Deputation der Organisationen der ungarländischen Gewerbetreibenden und Kaufleute, welche die Bitte vortrug, daß in Hinkunft den Gewerbetreibenden und Kaufleuten ein Einfluß auf die Landesangelegenheiten eingeräumt werde. Der Erzherzog betonte in seiner Antwort, daß für den Wiederaufbau des Vaterlandes ein enges Zusammenarbeiten aller Bürger unumgänglich notwendig sein werde und sprach den Dank der Nation den Kaufleuten und Gewerbetreibenden aus, die in der Gefahr treu zur nationalen Idee gehalten haben. Ministerpräsident Friedrich fügte hinzu, daß der neue Führer Ungarns kein Kabinett von Aristokraten und Politikern wünsche, sondern ein Kabinett, bestehend aus den Vertretern aller Berufsstände und der ungarischen Gelehrtenwelt.

Ueber die Intentionen des Erzherzogs ist bekannt, daß dieser mit Zustimmung der Entente das provisorische Kabinett einsetzte, aber sobald als möglich ein Uebergangskabinett schaffen wolle, welches den Wünschen der Stadtbevölkerung, Landbevölkerung und der Arbeiterschaft entspricht. Die erste Aufgabe ist die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Das Hervortreten des Erzherzogs wirkt allgemein beruhigend und verheißend.

Erzherzog Josef empfing auch eine Abordnung eines unter der Benennung „Ungarischer Nationalbund" unter dem Vorsitze des Barons Siegmund Perenyi gegründeten unpolitischen neuen Vereines, der sich die Pflege des nationalen Geistes zum Ziel gesetzt hat. Die Abordnung bot die hingebungsvolle und selbstlose Mitarbeit des Bundes am Wiederaufbau Ungarns an und verwies darauf, daß der Nationalbund sich aus Männern zusammensetze, welche die schweren Leiden der Kommunistenherrschaft standhaft ertragen haben. Man habe sie Gegenrevolutionäre genannt, obwohl sie nur Patrioten waren. In seiner Erwiderung sagte der Erzherzog, es sei ihm die Mitarbeit aller jener willkommen, die in schwerer und gefährlicher Zeit für das Wohl des Vaterlandes uneigennützig eingetreten seien.

In Budapest herrschte den ganzen Tag über bewegtes Leben. Die Häuser wurden beflaggt, die öffentlichen Lokale waren überfüllt. Die Arbeiterschaft verhält sich vollkommen ruhig. In allen Betrieben wurde gearbeitet. Es kam nirgends zu Demonstrationen. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Die „Nepszava", das alte Organ der sozialdemokratischen Partei wurde eingestellt. Die neue, historische Wendung der Geschehnisse wird in der Landeshauptstadt vertrauensvoll begrüßt.

Pester Lloyd
10. Juni. 1919
P
94

Für Wien und Deutsch-Oesterreich: Ganzjährig K 120·—, halbjährig K 60·—, vierteljährig K 30·—, monatlich K 10·—.
Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung monatlich: Für Deutschland K 14·—, für alle übrigen Staaten K 15·—.
Abonnements werden bei sämtlichen Postämtern entgegengenommen.
Abonnement-Aufnahme in Wien in der Administration, I., Helferstorferstraße 13 und in der Filiale, Wien, I., An der Hülben 1.

PESTER LLOYD

DERZEIT WIEN.

Auf den Bahnhöfen 50 Heller.
Redaktion und Administration: Wien, I., Helferstorferstraße 13. Telephon-Nr.: 17.319, 17.390, 19.352
Filiale der Administration: Wien, I., An der Hülben 1; Expedition: VII., Bandgasse 28. Telephon 30.436.
Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt.
Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang — Wien, Sonntag, 10. August 1919 — Nr. 73

Erzherzog Josef — Gouverneur von Ungarn.

Wien, 9. August 1919.

Die soldatische Geste und der rasche Entschluß, mit dem Erzherzog Josef in dem Augenblicke, da Ungarn durch die Kurzsichtigkeit und Störrigkeit einer kleinen Gruppe von Leuten aufs neue vor die Gefahr eines Bürgerkrieges gestellt wurde, an die Spitze der Regierung trat, zeugt von Willenskraft, Mut und hohem Pflichtbewußtsein. Nicht verdunkelt wird die Tat des Erzherzogs durch tendenziös verbreitete Stimmen, die dem Feldmarschall reaktionäre Absichten zuschieben und sein Regime als ein Symbol des Rückschrittes deuten wollen. In Ungarn wird man mit diesen bedenklichen Unternehmungen nichts erreichen. Dort ist die Persönlichkeit des Erzherzogs Josef gegen solche Proben gesichert, durch den Wall von Volkstümlichkeit, die sie umgibt. Jedoch nicht an die ungarische Adresse richten sich die bezeichneten Angriffe jener Kreise, die teilnahmslos zugeschaut haben, wie Ungarn an der Vernichtung der Demokratie durch den Bolschewismus verblutete. Diese Kreise sind emsig bestrebt, das Ausland glauben zu machen, daß die Demokratie unter dem Regime des Erzherzogs Josef für ihre Existenz zu fürchten habe. Ihm muß gesagt werden, daß Erzherzog Josef den einzig korrekten ungarischen Rechtsstandpunkt eingenommen hat, indem er betonte, daß die Entscheidung über alle großen Fragen des Staates der ungarischen Volksvertretung zufällt.

Die ungarische Volksvertretung wird auf demokratischer Basis zusammentreten. Sie wird nicht nur das Recht, sondern auch die Macht besitzen, alle Probleme, vom Problem der Staatsform bis zu dem der Besitzverhältnisse, zu behandeln, denn ein Volk steht hinter ihr, das aus der Vergangenheit viel gelernt hat. Es wird seine Richtung nicht mehr beeinflussen lassen von dem, was die immer zielbewußten, doch mehr oder minder aufrichtigen nachbarlichen Zeitungen schreiben oder was von der Schweiz als Meinung eines sicher wenig Realität besitzenden Diplomaten ins Land telegraphiert wird. Ungarn hat genügend Gelegenheit gefunden, Anregung und Wohlwollen Außenstehender gehörig abschätzen zu lernen. Unser Land will leben. Es ist nicht berufen ausschließlich dazu, die Ideale jener zu verwirklichen, die, wenn es um ihre eigene Haut ging, es verstanden haben, sehr realpolitisch zu denken, auch wenn diese Realpolitik mit ungarischem Blute und ungarischem Gute bezahlt werden mußte.

Der ungarische Staat ist im Kriege geschlagen und durch Unglück aufgewühlt. Die Realpolitik, die er fürderhin befolgen muß, um leben zu können, wird ihn davor bewahren, seine eigenen Kräfte zu überschätzen. Er wird sich anpassen müssen und wird sich auch anpassen, dem, was der Sieger fordert und was zu leisten dem Besiegten möglich ist. Dabei rechnet er darauf, daß das Unglück, das er ertragen mußte, in der Liste seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. Niemals wird er jene vergessen, die ihm heute in der Stunde der tiefsten Erniedrigung Wohlwollen, Menschlichkeit, Verständnis entgegenbringen und seine schwere Lage erleichtern.

Die neue Regierung, die in Budapest das Uebergangsregime ablösen wird, dürfte bereits in den nächsten Tagen vor das Volk treten können. Die gegenwärtige Uebergangsregierung ist inzwischen bestrebt, den Zustand der Ordnung und des Rechtes, wie er vor dem Umsturze bestand, wieder herzustellen. Sie greift dabei, wie die heutige Verordnung über den Grundbesitz beweist, auch in die Zeit des Regimes Karolyi zurück, unter dem gerade auf agrarpolitischem Gebiete die Anarchie schon ihre ersten Blüten trieb. Die neue Regierung wird also ein armes, zugrunde gerichtetes Land jedoch in einer erneuerten Rechtslage vorfinden. Es liegt in ihr, nun in allererster Reihe die Interessen unseres Volkes zu vertreten. Sie ist nicht der Sachwalter Europas, nicht der alleinige Sachwalter der Welt oder einiger Träumer, sondern sie ist die jedem ungarischen Staatsbürger verantwortliche Verwaltung von Gut und Blut des Volkes, das in diesem Lande lebt.

Die Vergangenheit hat gezeigt und die neue Zukunft wird Gelegenheit zur Erkenntnis auf diesem Gebiete geben, wo unsere Feinde, wo unsere Freunde sind, wer uns wohlwollend gegenübersteht und wer uns zu unterdrücken wünscht. In sachlicher, ruhig und unbeeinflußt erwägender Weise muß die Regierung Kenntnis nehmen von dem sehr geminderten Maße unserer Kraft und von den großen Lasten, die wir tragen müssen, von unseren Möglichkeiten und von unserer politischen Gesamtlage. Diesen Momenten muß sie ihre Bestrebungen anpassen. Die Volksvertretung wird dann dazu bestimmt sein, über das Wollen der Regierung die Entscheidung zu fällen. Ein einziges Wort muß heute als Inbegriff aller Hilfe und aller Ehrfurcht, alles Strebens und alles Könnens dienen und muß auch das Leitwort jeder ungarischen Regierung sein: „Ungarn"!

Unser Volk hat nie Veranlassung gefunden, daran zu zweifeln, daß Erzherzog Josef ein treuer, hingebungsvoller Patriot ist. Gerade die Zeiten des Umsturzes haben diese Auffassung unseres Volkes wiederholt durch Tatsachen bestätigt. Wir blicken dem Beginnen des Erzherzogs vertrauensvoll entgegen und Ungarn wird sich nicht irre machen lassen von unbeteiligten Tendenzfreunden.

Budapest, 8. August.

(Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Die Mitglieder der neuen Regierung hielten heute um 6 Uhr abends im Ministerpräsidium den ersten Ministerrat ab und beschlossen, den Erzherzog Josef als Gouverneur von Ungarn anzuerkennen, der als solcher bis zu den Wahlen für die Nationalversammlung im Amte bleibt, und vor ihm den Amtseid abzulegen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, damit im Lande in dieser schweren, verworrenen Uebergangszeit ein fester Punkt sei. Nachdem der Ministerrat diesen Beschluß gefaßt hatte, erschien Erzherzog Josef, einer Bitte des Ministerpräsidenten Stefan Friedrich folgend, im Ministerrate, um die Minister in Eid zu nehmen. Nach einer Ansprache des Ministerpräsidenten legten die Minister den Eid in die Hände des Erzherzogs ab. Nach diesem feierlichen Akte richtete der Erzherzog an die Minister eine Ansprache, in der er sie aufforderte, ihn mit allen Kräften bei der Arbeit des Wiederaufbaues Ungarns zu unterstützen.

Der Amtseid der neuen Regierung.

Budapest, 9. August.

(Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Der gestern von den Ministern abgelegte Amtseid besagt, daß sie Ungarn treu sein, seine Unabhängigkeit schirmen und das Wohl und den Fortschritt seines Volkes mit allen Kräften fördern werden. Bis die Nation die Staatsform Ungarns auf verfassungsmäßigem Wege festgestellt haben werde, erkennen sie den Erzherzog Josef als Verweser Ungarns an.

Die Ereignisse des gestrigen Tages.

Budapest, 9. August.

Der gestrige Tag, der Ungarn auf dem Wege der Entwirrung um bedeutende Schritte vorwärts brachte, verlief vollkommen ruhig. Die Straßen der Hauptstadt sind noch immer mit Nationalfarben geschmückt und die Bevölkerung befindet sich in einer günstigeren Stimmung. Trotz des Elends und der Hungersnot, trotz der Arbeitslosigkeit der großen Massen ist an den Gesichtern eine gewisse Hoffnungsfreude bemerkbar, eine Erleichterung, die im krassen Gegensatze steht zu der Niedergeschlagenheit, welche während der letzten Tage der Bolschewikenherrschaft, während des unsäglichen Terrors, der von den Räteherren ausgeübt wurde, am Betragen dieser Millionenstadt bemerkbar war.

Die Blätter erscheinen vorläufig nicht und Ministerpräsident Friedrich hat auf den Vorschlag der Vertreter der Presse eine Verordnung erlassen müssen, welche das Erscheinen sämtlicher Preßprodukte, also auch der Tageblätter, Zeitschriften und Wochenschriften bis auf weiteres verbietet. Diese Maßregel ist infolge des Papiermangels notwendig geworden. Bis dieser behoben sein wird, erscheint das Amtsblatt „Budapesti Közlöny" täglich zweimal und informiert das Publikum über die wichtigen Ereignisse und die neuesten Verordnungen der Regierung im nichtamtlichen Teile. Im Wege dieses Organes wurde auch die Depesche des Erzherzogs Josef an Clemenceau und im Laufe des vormittags eine Proklamation des Ministerpräsidenten Stephan Friedrich veröffentlicht. Die Depesche lautet übrigens folgendermaßen:

„Herrn Clemenceau, Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris.

Das teilweise aus Mitgliedern der ehemaligen Regierung Kun rekrutierte Ministerium haben wir getreu der Auffassung der Bevölkerung des Landes zur Abdankung aufgefordert, worauf dieses Ministerium gestern abends demissioniert und ein neues Uebergangsministerium sich gebildet hat. Ich als durch das neue ungarische Uebergangsministerium ersuchter Verweser habe die Macht übernommen und die Regierung ernannt und betraut. Die Bevölkerung der Hauptstadt Budapest hat die Niederwerfung des Regimes des bolschewistischen Terrors mit großer Begeisterung zur Kenntnis genommen, und ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung des ganzen Landes hiervon mit derselben Begeisterung Kenntnis nehmen wird. Unser nächstes Ziel ist nun die Vorbereitung und tunlichst rasche Einberufung der Nationalversammlung, damit diese dann in der Angelegenheit der Staatsform auf verfassungsmäßiger Grundlage entscheiden könne. Bis dahin ist unser Programm: Vollständige Niederwerfung des mit den Mitteln des Terrors hierher verpflanzten Bolschewismus, Durchführung der Waffenstillstandsabkommen, Regelung der zerrütteten Zustände des Landes, Sicherung der produktiven Arbeit und Vorbereitung des Materials für die Friedensverhandlungen. Aus all diesen Gründen suchen wir nähere Berührung mit der Entente. Wir bitten um ihre wohlwollende Unterstützung und im Interesse des Erfolges unserer Bestrebungen um die Anerkennung der Regierung.

Erzherzog Josef, Feldmarschall."

Im Laufe des Nachmittags erschien die Proklamation des Ministerpräsidenten, der, auf das Selbstbewußtsein und die bekannte, stets liberale Gesinnung des ungarischen Volkes appellierend, das Publikum aufruft, sich von konfessionellen und Rassenverfolgungen fern zu halten. Er sagt:

„An das Publikum! Mit Befremden und Empörung erfahre ich, daß die in der Regierung Ungarns eingetretene Wendung, welche das Volk des Landes überall mit freudvollem Empfinden der Befreiung von sozialer Willkür aufgenommen hat, Einzelne, ja selbst auch Institute und Aemter durch willkürliche Ahndung des Bolschewismus und unter dem Vorwande dieser Ahndung durch konfessionelle und Rassenver-

Pester Lloyd
12./VIII. 1919
95

Für Wien und Deutsch-Oesterreich: Ganzjährig K 120·—, halbjährig K 60·—, vierteljährig K 30·—, monatlich K 10·—.
Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung monatlich: Für Deutschland K 14·—, für alle übrigen Staaten K 15·—.
Abonnements werden bei sämtlichen Postämtern entgegengenommen.
Abonnement-Aufnahme in Wien in der Administration, I., Helferstorferstraße 13 und in der Filiale, Wien, I., An der Hülben 1.

Wirtschaftsverbande zusammenschließen. Der betreffenden Sitzung [illegible]

PESTER LLOYD

DERZEIT WIEN.

Auf den [illegible]hnhöfen 50 Heller.
Redaktion und Administration: Wien, I., Helferstorferstraße 13. Telephon-Nr.: 17.319, 17.393, 19.352
Filiale der Administration: Wien, I., An der Hülben 1; Expedition: VII., Bandgasse 28. Telephon 30.456.
Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt.
Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

66. Jahrgang — Wien, Dienstag, 12. August 1919 — Nr. 74

Wien, 11. August.

In den Tagen der Bedrängnis, da unser Volk hilfesuchend umherschaute, hörten wir ununterbrochen im Chore die Antwort, daß der Bolschewismus eine innere Angelegenheit Ungarns sei, und daß es kein Staat unternehmen dürfe, sich in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzumengen.

Je radikaler der Standpunkt eines Organes der Presse war, um so entschiedener wurde diese Auffassung vertreten, ja, es fehlte auch nicht an großen, öffentlichen Demonstrationen linksstehender politischer Kreise zur Feststellung der Tatsache, daß niemand ein Recht habe, von außen in die inneren Angelegenheit eines Landes einzugreifen. Die Erinnerung an die Kundgebungen, die sich gegen eine Intervention in Ungarn richteten, ist noch zu neu, als daß sie aufgefrischt werden müßte. Erwähnenswert aber ist, daß gerade jene Kreise, die den Interventionsgedanken am heftigsten bekämpften und die Auffassung vertraten, daß es der Welt ganz gleichgültig sei, ob ein Messias oder ein Räuberhauptmann Ungarn regiere, heute in einem wahrhaftigen Delirium des Protestes die Welt dagegen aufrufen, daß Erzherzog Josef zum Gouverneur von Ungarn auserkoren wurde. Es ist gar nichts geschehen. In der Frage der Staatsform entscheidet nach wie vor das ungarische Volk. Wenn die Persönlichkeit des Erzherzogs Josef in den bezeichneten ausländischen Kreisen nicht genügende Sympathien besitzt, so sei demgegenüber darauf hingewiesen, daß in Ungarn Erzherzog Josef nie aufgehört hat, die ganze Freundschaft des Volkes zu genießen, kein Wunder, daß das Hervortreten des Erzherzogs, nachdem Ungarn fünf Monate hindurch die Persönlichkeit Bela Kuns genossen hatte, mit neuer Hoffnungsfreude begrüßt wurde. Das konnte um so mehr geschehen, weil die Aktion des Erzherzogs nicht nur mit dem Rechte des ungarischen Staates, sondern auch mit dem Rechte, das durch die Oktoberrevolution geschaffen wurde, durchaus im Einklang steht. Nach dem Rechte des ungarischen Staates wird die Macht im Lande ausgeübt durch das Volk, das vom ersten bis zum letzten Bürger verkörpert ist in der Stephanskrone. Auch der König besitzt seine Macht nur durch die Berührung mit dieser Krone, das heißt durch eine bedingte Zession, in der das Volk dem König die Macht überträgt, die dieser nur im Sinne der Verfassung ausüben kann. Der König verfügt auch nicht erbrechtlich über seine Macht und auch nicht mit dem Rechte des Eigentümers. Urquelle alles staatlichen Wollens und Könnens ist die Volksmasse. In diesem Sinne ist die Legende der heiligen Stephanskrone ein ausgesprochen republikanisches Prinzip. Sie steht nicht um Haaresbreite hinter dem Prinzip der Staatsregierung Englands. Es folgt daraus, daß nach der Thronentsagung des früheren Königs Karl wieder das ungarische Volk über seine weitere Regierungsform zu entscheiden hat, namentlich auch, weil die Voraussetzungen, die in der pragmatischen Sanktion niedergelegt sind, ihre bindende Kraft nicht mehr besitzen. Das ist die Lage vom Standpunkt des ungarischen Staatsrechtes. Vom Standpunkt des Rechtes der Revolution aber ist der jüngste Status noch viel übersichtlicher und einfacher gestaltet. Der Beschluß des ungarischen Nationalrates lautete übrigens so, daß über die Staatsform die zusammentretende Nationalversammlung entscheiden wird. Diese Nationalversammlung ist noch nicht vereinigt gewesen. Sobald sie tagen wird, wird sie mit souveräner Macht auch darüber entscheiden, ob Ungarn eine Monarchie oder eine Republik sein soll. Sie wird sich in dieser Frage ausschließlich von den Rücksichten auf die Existenz des ungarischen Volkes leiten lassen. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir in der Republik eine höhere Gestaltung des Staatslebens erblicken als in der Monarchie gegeben ist. Dieses Urteil ist jedoch durchaus theoretisch gehalten und erleidet unter bestimmten Verhältnissen Einschränkungen und Erweiterungen. Leuchtend in seinem Glanze stand der Ruhm und stand die Geschichte, das Wesen und die Form der Republik Frankreich stets vor uns und sicher haben wir in der letzten Not der Monarchie oftmals auf dieses hohe Gebilde völkischer Reife geblickt, aber wir können nicht sagen, daß die Monarchie Großbritanniens staatsmoralisch tiefer steht als die Republik Haiti und wir müßten lügen, sollten wir sagen, daß die Republik Michael Karolyis und heilsamer gewesen sei als die Monarchie des Matthias Corvinus. Wir hegen den Wunsch, daß unser Staat aufwärtsstrebe auch in den Formen einer politischen Gestaltung, daß er beseelt bleibe auch in der Not und in dem Elend, in dem er sich jetzt befindet, von den Idealen der politischen Moral. Wir müssen es der berufenen Vertretung des ungarischen Volkes anheimstellen, darüber zu entscheiden, welche Staatsform Ungarn haben soll. Wir glauben, daß dieses Recht der ungarischen Nationalversammlung von außen nicht strittig gemacht werden kann. Deshalb müssen wir jene publizistische Kampagne, die den Versuch macht, in die ungarischen Verhältnisse einzugreifen, entschieden als überflüssig und unbefugt ablehnen. Die ungarische Nationalversammlung wird auf demokratischester Grundlage zusammentreten und aus freiestem Wahlrecht hervorgehend, die Wünsche und die Bedürfnisse, das Können und das Wollen des ungarischen Volkes verkörpern und über die Lebensfragen entscheiden. Wir haben in der Zeit der radikalen Regierung Karolyi und der Kommunistenregierung Bela Kuns auf diese Nationalversammlung vergebens gewartet. Wir werden heute, da diese Nationalversammlung in kurzer Frist zusammentreten soll, uns noch in Geduld fassen können. Mögen unsere ausländischen Gegner und Freunde dieselbe Geduld bewahren.

Erzherzog Josef hat übrigens heute durch eine politische Kundgebung die Verleumdung, daß er die Diktatur verkörpere, restlos dementiert. Auch die Verhandlungen, die in Budapest geführt werden, zeigen nicht das Bild diktatorischen Wollens. Neben den Vertretern des Handels sind Vertreter der Gewerkschaften, neben den Christlichsozialen die Sozialdemokraten, neben den Großgrundbesitzern die Bauern und die Arbeiter vor dem Erzherzog zu Worte gekommen. Eine Uebergangsregierung, denn nur um eine solche kann es sich bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung handeln, wird gebildet werden durch Anhörung aller Parteien, die an der Regeneration des Landes mitarbeiten wollen und in dem Bestreben, Ungarn einen möglichst erträglichen Frieden zu sichern. Der deutschösterreichische Staatskanzler Dr. Renner hat angesichts der Schwierigkeiten der Friedensverhandlungen das Zusammenwirken aller deutschösterreichischen Parteien als dringendstes Erfordernis der Stunde gekennzeichnet. Wir hoffen, daß dieses Prinzip, das in den Konferenzen des Erzherzogs bildlichen Ausdruck findet, auch alle ungarischen Kreise erfüllen wird und daß die Budapester Verhandlungen ehestens das Ergebnis zeitigen, das sie vertreten: Die Schaffung einer Regierung, die sich aus Vertretern aller ungarischen Volksschichten zusammensetzt, damit die Wahlen zur Nationalversammlung frei und ungehemmt schleunigst durchgeführt werden können. Im übrigen wollen wir die Entscheidung über sein Schicksal, so weit es noch Herr dieses Schicksales ist, dem ungarischen Volke überlassen. Es hat viel gelernt und es hat viel zu vergessen.

Eine offiziöse Erklärung.

Mit Rücksicht darauf, daß in einem Teile der Auslandspresse Mitteilungen verbreitet werden, in denen der ungarischen Regierung die Absicht zugeschrieben wird, die Monarchie wieder errichten zu wollen, wird aus den Kreisen der ungarischen Regierung an zuständiger Stelle festgestellt, daß ihr ebenso wie dem Gouverneur jede Absicht auf Wiederherstellung der Monarchie ferne liegt. Ueber die Frage der Staatsform entscheidet in souveräner Weise die Nationalversammlung. Keine einzelne Person kein Funktionär des Staates ist befugt, in dieser Frage dem Willen der Nationalversammlung, sei es durch Taten, sei es durch Absichten vorzugreifen.

Ferner wird das Gerücht, das, tendenziös verbreitet, glauben machen will, daß die ungarische Regierung reaktionäre Ziele verfolge, zu Boden geschlagen durch die einfache Tatsache, daß die Regierung ebenso wie der Gouverneur emsig bestrebt sind, die Vertreter der Arbeiterschaft ebenso wie die der übrigen Volksschichten zum Eintritte in die Regierung zu bewegen.

Eine Erklärung des Erzherzogs Josef.

Budapest, 11. August.

Das offizielle Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Erzherzog Josef ließ heute als Gouverneur im Wege des Amtsblattes folgende Erklärung veröffentlichen:

„Ich erkläre ganz entschieden, daß ich nicht im Interesse der Monarchie tätig bin, sondern daß ich in der geradezu trostlosen Lage, in der sich Ungarn befindet, auf die von allen Seiten an mich gerichtete Aufforderung die Aufgabe übernommen habe, bis zur Wahl der Nationalversammlung. Meine Aufgabe als Gouverneur ist, unbedingt und gegen jedermann die freie und unbeeinflußte Willensäußerung der Nation zu sichern, damit dann die Nation durch ihre auf Grund des allgemeinsten Wahlrechtes zustandegekommene Vertretung selbständig ihre Staatsform und über die Zukunft entscheide. Sobald die Nationalversammlung nach den Wahlen zusammentritt, ist meine Tätigkeit von selbst zu Ende. Die Entscheidung der Nationalversammlung wird uns allen heilig sein."

Diese Erklärung des Erzherzogs läßt es zweifellos erscheinen, daß die freie Willenskundgebung der Nation nicht nur nicht eingeschränkt werden, sondern gegen jedermann zur Geltung kommen wird.

Die Verhandlungen des Erzherzogs Josef.

Budapest, 11. August.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Gestern berief Erzherzog Josef die in Budapest weilenden Parteiführer zu sich, mit denen er gesonderte Besprechungen hatte, und empfing in den späten Abendstunden eine Gruppe von Parteiführern. Im Laufe des Vormittags suchten Martin Lovászy, Graf Stephan Bethlen, Paul Teleki, Géza Zsombor, Dr. Jakob Bleyer, Fürstprimas Johann Csernoch, Karl Huszár, Franz Heinrich, Julius Wlassics und Alexander Gießwein den Erzherzog auf, der ihre Ansichten über die Modalitäten erfahren wollte, welche sie für notwendig und wünschenswert halten, damit das Land aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herausgeführt werden könne. Nachmittags empfing der Erzherzog Andreas Czismadia, Ladislaus Beöthy den Präsidenten des Gewerkschaftsrates Samuel Jászay, ferner Roland Hegedüs, Julius Peidl, in

Pester Lloyd
13./VIII.1919
13
97

OYD

Auf den Bahnhöfen 50 He
Redaktion und Administratio
Wien, I., Heiligenstädterstraß
Telephon-Nr.: 17.310, 17.390, 1
Filiale der Administration: W
I., An der Hülben 1; Expedit
VII., Bandgasse 28. Telephon 50

Manuskripte werden in keinem F
zurückgestellt.
Unfrankierte Briefe werden n
angenommen.

Nr. 75

Ist es schon an und für sich unsinnig, voraus setzen, daß gerade eine auf rein demokratischer Ba aufgebaute Republik, wie Frankreich, die Initiative zur Schaffung einer ähnlichen Bewegung ergreif könnte, so entspricht überdies au noch das von der französische Republik stets hochgehalten Kardinalprinzip der Nichtei mischung in die innerpolitische Verhältnisse anderer Länder de wichtigsten Traditionen ihrer Regierung Es muß mithin allen Ausstreuungen, deren Quell naturgemäß nur ententefeindliche Tendenzen sein können, entschiedenst entgegengetreten und die bezüglichen Behauptungen einfach als unwahr bezeichnet — — —

Die Entwirrung in Ungarn.

Budapest, 12. August.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Der Verweser von Ungarn hat nach seinen Besprechungen mit den politischen Parteiführern diese aufgefordert, einen Entwirrungsplan auszuarbeiten. Dieser Aufforderung Folge leistend, sind die Parteiführer zu einer Beratung zusammengetreten, die im Laufe des heutigen Tages beendet werden dürfte. Die Vereinbarung wird sodann dem Verweser unterbreitet werden.

Berlin, 12. August.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus dem Haag: Nach französischen Berichten hat die Verbandsvertretung mit dem Erzherzog Josef und den Ministern eine Konferenz abgehalten und sodann Clemenceau mitgeteilt, daß sie mit der neuen Regierung in Uebereinstimmung stehe.

Die Ereignisse des gestrigen Tages.

Budapest, 12. August.

Gouverneur Erzherzog Josef und Ministerpräsident Friedrich setzten im Laufe des gestrigen Tages ihre Beratungen fort. Beim Ministerpräsidenten sprachen gestern vormittags Martin Lovászy, Stephan Bárczy, Georg Szmrecsányi, Simon Kraus, Julius Rubinek, Bernhard Kondor und im Namen der Siebenbürger Sachsen Guido Gündisch vor. Im Laufe des Vormittags hielt die Kurie aus Anlaß der Wiederherstellung des ordentlichen Gerichtverfahrens ihre erste Plenarsitzung ab.

Die Aktion zur Reorganisation des Landes hat weitere Fortschritte gemacht. Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat eine Verfügung herausgegeben, wonach die von der gewesenen Räteregierung als öffentliches Eigentum erklärten kirchlichen und konfessionellen Stiftungswerte ihren Besitzern, beziehungsweise Verwaltern zurückzuerstatten sind. Eine andere Verfügung setzt die Verordnung der Räteregierung bezüglich der Uebernahme eines Teiles der Kunstgegenstände Privater in Staatseigentum außer Kraft und ordnet die Rückgabe dieser Gegenstände an die Eigentümer an. Kriegsminister Schnetzer hat an die Soldaten einen Appell gerichtet, worin er sagt, daß Soldaten in der Zukunft nicht politisieren dürfen. Aktive Offiziere und Soldaten der Armee dürfen einer politischen Partei oder einem geheimen Vereine nicht beitreten. Sollten Sie Mitglieder solcher sein, haben Sie sofort auszutreten. Betreffs der Disziplin seien die vor dem 30. Oktober 1918 im Heere gültig gewesenen Normen m-b- gebend.

für einen zweiwöchentlichen Versorgungstermin hinreichen. An Mehl- und Brotfrucht und teilweise auch an Gemüsen herrscht in Budapest kein Mangel. Dieser besteht nur im exzessivsten Grade in Fleisch, Fett, Milch und den wichtigsten sonstigen Zubußen. Eine Milderung der Hungerkatastrophe ist durch die im Zuge befindlichen Ententeaktionen zu erhoffen.

Die Herstellung der Ordnung.

Budapest, 12. August.

(Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Der Handelsminister hat die Liquidierung sämtlicher Materialämter, wie Mineralölamt, Möbelamt, Kohlenamt usw. angeordnet. Die von den einzelnen Kaufleuten in Anspruch genommenen Materialbestände und Einrichtungsgegenstände sind sofort rückzuerstatten. Eine weitere Verordnung des Handelsministers betrifft die sofortige Auflösung der Mühlenbetriebszentrale.

Die Entente und Ungarn.

Saint-Germain, 11. August.

Der Oberste Rat tritt heute nachmittags zusammen, um über die Lage in Ungarn und über die Haltung gegenüber der neuen Regierung zu beraten. Nach dem „Temps" hat die Finanzkommission die Grundzüge der Antwort festgestellt, die auf die österreichische Note bezüglich der Verteilung der Schulden der alten Monarchie erfolgen soll.

Reichspost
16/VIII. 1919
16
101

Morgenblatt u. Wiener Stimmen bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich . . . . . K 8.—
vierteljährlich . . . . . 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.—
vierteljährlich . . . . . 27.—
Redaktion, Verwaltung, Druckerei: Wien, VIII. Strozzlgasse Nr. 8, Fernsprecher 13870, 16082, 22641. Postsparkassenkonto Oesterreich 80656, Ungarn 2, Bosnien-Herzegowina 7744. — Geschäftszweigstelle: I. Schulerstraße 11. Fernsprecher: 2926, 8374.
Anzeigenannahme: Wien, VIII. Strozzlg. 8. Fernsprecher: 13870, 16082, 22641. Wien, I. Schulerstraße 11. Fernsprecher: 2926, 8374.
Drahtadresse: Herold-Verlag Wien

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk.

vierteljährlich . 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 8.—
vierteljährlich . . . . . 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.—
vierteljährlich . . . . . 27.—
Bei täglich zweimaliger Postversendung
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 8.70
vierteljährlich . . . . . 26.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.70
vierteljährlich . . . . . 29.—
Für Deutschland:
Morgenblatt allein:
vierteljährlich . . . . . K 22.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
vierteljährlich . . . . . K 23.—

Nr. 309 Wien, Samstag, den 16. August 1919 XXVI. Jahrgang

Ungarns neue Regierung.

Drei Portefeuilles unbesetzt. — Die Beeidigung. — Die ersten Regierungserklärungen.

Budapest, 15. August.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Heute mittag wurde die neue ungarische Regierung vom Verweser königlichen Prinzen Josef ernannt. Das Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt:

Präsidium: Stefan Friedrich;
Aeußeres: Martin Lovaszy;
Inneres: Baron Siegmund Perenyi;
Finanzen: Johann Grünn;
Krieg: General Franz Schnetzer;
Justiz: Georg Baloghy;
Ackerbau: Stefan Szabo;
Kultus und Unterricht: Karl Huszar;
Volkshygiene: Andreas Csillery;
nationale Minoritäten: Jakob Bleyer;
ohne Portefeuille: Stefan Haller und Johann Mayer;
mit den Vorbereitungen der Friedensverhandlungen betrauter Minister ohne Portefeuille: Graf Paul Teleky.

Das Handelsportefeuille, das Ernährungs- und das Volkswohlfahrtsministerium sind noch nicht besetzt.

*

Wien, am 15. August.

Das neue Ordnungskabinett Ungarns ist heute vor die Oeffentlichkeit getreten. Sein charakteristisches Gesicht ist der Wille zur Arbeit. Der amerikanische Ernährungsdiktator Hoover spricht eben in einem Berichte über die Lage Europas die Wahrheit aus, daß die Arbeitslosigkeit die größte Gefahr für die Welt sei, eines neues, noch größeres Chaos heraufzubeschwören drohe, als das war, dem alle Staaten eben schwer verwundet entronnen sind, und daß das vollständige Debakel der Weltwirtschaft und damit neue blutige Konflikte entstehen würden, wenn nicht endlich Europa zur Arbeit zurückkehre. Ungarn will nun wieder arbeiten. Es hat an seinem furchtbar verstümmelten Leibe alle sozialen Experimente erfahren; aus der Bolschewikenflut, die nun abebbt, verbleibt ihm eine vollständig zerrüttete Volkswirtschaft, ein von seinen bittersten nationalen Feinden besetztes Land und die Aussichten auf einen doppelt grausamen Frieden. Es gehört starker nationaler Opfermut dazu, auf diesem Trümmerfelde, das die Klage eines Jeremias erregen könnte, den Spaten zu neuer Rodung zu ergreifen. Arbeit und Wiederaufbau des Lebens ist die Losung der Männer, die heute Ungarns Geschick in die Hand genommen haben und die dafür den Dank nicht nur ihrer Nation, sondern auch der Nachbarn verdient haben. Deutschösterreich und vor allem Wien ist auf tausend wirtschaftliche Fäden mit Ungarns Gedeihen verknüpft und unser Gewerbe wie unsere Industrie wissen, wieviele Betriebsstätten sich schließen mußten, als Ungarns kaum wiedergewonnenes Wirtschaftsleben durch die Kommunisten erstickt wurde. Die Arbeit wird in Hinkunft die Legitimation in den Beziehungen zwischen den Völkern darstellen und Ungarn tritt heute mit der Absicht, diese Legitimation zu erwerben, wieder in den Kreis der internationalen Gesellschaft ein.

Es ist eine Regierung der kleinen Leute, die heute Ungarns Rettung in Angriff genommen hat. Zwei Vertrauensmänner der Kleinbauern, Stefan Szabo und Johann Mayer, stellen die Vertretung der agrarischen Produktion dar, des Hauptwirtschaftszweiges in Ungarn; ihre Berufung entwaffnet die Behauptung, daß die ungarische Politik zur Herrschaft der Gentry und der Latifundienbesitzer zurückstrebe. Der Eintritt Karl Huszars, des Führers der ungarischen Christlichsozialen, verbürgt es, daß künftig nicht landfremde Agitatoren, sondern wirklich das christliche Volk selbst in Ungarn mitbestimmen wird. Auch der vormalige christlichsoziale Abg. Haller gehört der Regierung an, der erst kürzlich vor dem Verweser für die Interessen der industriellen Arbeiterschaft eingetreten ist und eine Abordnung derselben führte. Ebenso zählt der Minister für die deutschen Minderheiten Professor Dr. Bleyer zu den besten Männern des christlichen Ungarn. Alle Macht dem Volke, heißt die Parole der neuen Zeit und dem entspricht es, daß das christliche Volk Ungarns nun auch die Selbstbestimmung für sich beansprucht; dies wird zugleich auch die beste Gewähr für die ruhige Entwicklung des Landes sein. Dagegen mag sich bei uns und anderswo eine jüdische Einheitsfront bilden; an den tatsächlichen Verhältnissen vermag das nichts zu ändern.

Die neue Regierung will jedoch kein Parteienkabinett sein. Ihre Aufgabe ist es, die Wahlen in die Nationalversammlung vorzubereiten, welcher die vollste Freiheit zur Lösung der Verfassungsfrage vorbehalten ist, und bis dahin die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen neu anzuknüpfen. Der neue Minister des Innern Perenyi ist der Vorsitzende des „Ungarischen Nationalbundes", der mit Ausschluß jeder politischen Tendenz nur die Pflege des nationalen Geistes und die patriotische Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes auf sein Programm geschrieben hat. „Die Parteiführer mögen sich gedulden", sagte heute einer der neuen Minister; erst wenn die Nationalversammlung gewählt ist, wird es möglich sein, nach dem völligen Umsturze aller Begriffe die Verteilung der politischen Kräfte zu beurteilen. Umso unbegreiflicher erscheint die Weigerung der ungarischen Sozialdemokraten, der Regierung beizutreten. Es sind ihnen drei Stimmen im Kabinette vorbehalten, das Handelsministerium, das Wohlfahrtsministerium und das Ernährungsministerium; es soll ihnen ein eigenes Ressort zur Vertretung der industriellen Arbeiterschaft eingeräumt werden; und dennoch zögern sie, ausschließlich aus persönlichen Gründen, nur weil sie gegen die Vertretung einzelner Arbeitszweige Einwendungen erheben. Es wäre unverständlich und auch für die Beurteilung der Partei in ihrer Wählerschaft gewiß verhängnisvoll, wenn sie aus solchen Gründen sich der Pflicht an der Wiederbelebung der nationalen Arbeit entzögen. Als sozialdemokratische Kandidaten werden Garami für das Handelsportefeuille, der Gewerkschafter und erster Ministerpräsident nach der Bolschewikenherrschaft Peidl für die Vertretung der Industriearbeiter und Karl Payer genannt. Einer ihrer Führer hat kürzlich auf die Verantwortung verwiesen, welche die Sozialdemokraten vor ihrer Arbeiterschaft übernehmen würden, wollten sie sich

Sommerferienschnörkel.

Von Anna Eisenmenger.

Ich behaupte, daß man mit leblosen Gegenständen (ich stelle sie hierbei zu gegenstandlosen Lebenden in gehörigen Gegensatz) ebensogut Freundschaft schließen kann, wie mit manchen Mitmenschen, die sich in ihrer inneren und äußeren Ausstattung kaum von einem schlecht gearbeiteten Waschtisch oder Schrank unterscheiden. In den vier Wochen meines Sommerurlaubes, bewohne ich ein mit lichten Kirschholzmöbeln ausgestattetes Zimmer, welchem ich vom ersten Tags an ein freundliches Vertrauen entgegenbrachte, wie einem Menschen, der einem andern auf den ersten Blick „zu Gesicht steht". Wenn ich mein Zimmer heute nach bald vierwöchiger Bekanntschaft, rechtschaffen, liebenswürdig und geschmackvoll nenne, so sage ich wahrlich nicht zu viel und wünschte nur, von recht vielen meiner sogenannten und ungenannten Menschenfreunde dasselbe sagen zu können. Die Möbel meines Zimmers sind für mich seine in greifbare Formen gerückten Gedanken und Gefühle. Die Eigenschaften eines Zimmers können schön oder häßlich, zwecklos oder praktisch, überspannt oder vernünftig sein. Mein Zimmer ist voll von nützlichen Talenten, die es mir in aufopfernder Weise zur Verfügung stellte.

Schon der große doppeltürige, mit gefälligen Blattverzierungen und blanken Messingbeschlägen ausgestatte Schrank, welcher mit geräumigem Grinsen meine Garderobe in sich aufnahm, ist das Bild treuherziger Behaglichkeit.

Die äußere Aehnlichkeit mit seinen anderen Geschwistern, ich meine das Nachtkästchen, den Waschtisch, der Schubladekasten, den Schreibtisch, die Sessel und das Bett, gibt für die solide Abstammung der ganzen Familie die beste Gewähr. Alle sind aus gutem Holz geschnitzt. Jedes Mitglied dieser so sympathischen Familie von Kirschholz, hat ein eigenes Talent, welches es von der großen Masse vorteilhaft unterscheidet. Das Nachtkästchen ist, außer mit der gebräuchlichen oberen Schublade und dem unteren türverschlossenen, porzellanhütenden Schrankfach, noch mit einer offenen, auf wohlgebildeten Säulen ruhenden Galerie begabt.

Der Waschtisch, auf dem sich die dunkle Marmorplatte von dem blonden Holztypus vorteilhaft abhebt, wie ein sonnengebräuntes Gesicht inmitten blonder Haare, trägt seinen hohen Aufsatzkasten mit dem sichtlichen Selbstbewußtsein, mehr zu leisten als seine Dutzendvettern, deren häufig unsolider Charakter nicht immer verhindert, daß ihnen schmutziges Waschwasser zwischen die Rippen rinnt und ihr Inneres verunreinigt. Ueber solche Gemeinheit ist dieser Waschtisch erhaben und sein helles Auge, welches in Gestalt eines Spiegels die Tür seines Aufsatzkastens schmückt, sagt in kühner Offenheit jedem die Wahrheit ins Gesicht. Nun erst der Schubladekasten! Ein Schubladekasten ist der stehende Beweis dafür, daß man Errungenschaften früherer Zeitalter nicht verbannen oder verdammen soll, um wertlose Neuerungen oder Modetorheiten an ihre Stelle zu setzen, die ihnen weder an Diensteifer noch an Ansehen nahekommen. Wenn ich vom Schubladekasten behaupte, daß er das gemütvollste Möbel meines Zimmers darstellt, so will ich selbstverständlich die hervorragenden Eigenschaften seiner Geschwister nicht in den Schatten stellen, aber es geht einmal nichts über die Gemütlichkeit eines besseren Schubladekastens. Obgleich moderne Möbelgecken ihn leider aus den meisten Zimmern verdrängten, hält er allen Widersprüchen zum Trotz mit lobenswerter Starrheit an der Ueberzeugung seines inneren und äußeren Wertes fest und ich stärke ihn, wo ich nur kann in seinem Selbstbewußtsein. Die noble Abgeschiedenheit seiner drei Laden verhält sich einem ordinären Schrank gegenüber, wie eine bevölkerte Familienpension zu einer eleganten Garçonwohnung. Abgesehen von diesen praktischen Eigenschaften, trägt er seine Kunstliebhaberei deutlich zur Schau und eine alte Stockuhr, einige blumengeschmückte Vasen, Miniaturen, Dosen oder Schatullen, denen er mit Vergnügen seinen Rücken bietet, geben ihm ein ungemein schmuckes, behagliches Aussehen. Ueber meinen Schreibtisch, der seine Familienzugehörigkeit nicht verleugnet, kann ich nur berichten, daß er wie jeder gebildete Schreibtisch mit allen notwendigen Schreibutensilien ausgerüstet ist und mit bewunderungswürdiger Geduld und Nachsicht den literarischen Bestrebungen seiner Umgebung immerwährendes, aufmunterndes Interesse entgegenbringt, ohne durch Stampfen von einem Bein aufs andere unangenehme Vibrationserscheinungen, Quietschen oder Steckenbleiben der Laden Zeichen von Ungeduld zu geben. Ich will ihn deshalb nicht über Gebühr loben, denn ich meine, daß ein brauchbarer Schreibtisch eine berufliche Qualifikation mitbringen muß. Er ist eine Vertrauensperson wie ein Arzt. Seine Begabung soll nicht zuletzt in der Kunst zu schweigen bestehen. Er soll die gescheitesten und verworrensten, die banalsten und erschütterndsten Gedanken- und Gefühlsergüsse in Duldsamkeit und Teilnahme über sich ergehen lassen können.

Die zwei einzigen Stühle meines Zimmers sind Zwillingsbrüder. Sie haben eine solide, rohrgeflochtene Hose an und sind trotz ihrer scheinbaren Starrheit in Liebe unzertrennlich. Die breite, gepolsterte, teppichüberdeckte Chaiselongue ist mit der Familie von Kirschholz nicht blutsverwandt. Sie ist der behäbige Typus einer angeheirateten Tante. Eine von diesen, jedem besseren Haushalt unentbehrlichen Tanten, welche mit weder durch Hausvatergroll noch Hausmutterlaunen unterdrückbarer Jovialität und Herzensgüte allen Nichtenränken und Neffenpossen zum Trotz ihre feiste Gutmütigkeit und ihre in Wohlwollen gepolsterten Nerven und Gefühle dem von ihr erkorenen Haushalt unverdrossen und unermüdlich zur Verfügung stellt. Ihr danke ich so manche ungestörte Siesta.

Nun zu meinem Bett! Das gewichtigste Familienmitglied derer von Kirschholz ist zweifellos mein Bett. Es trägt das Bewußtsein seines verantwortungsvollen Amtes deutlich zur Schau: Seine selbstverständliche Breitspurigkeit wirkt in ihrer unerschütterlichen Ruhe unwiderstehlich einladend. Aber noch mehr gewinnt es bei näherer Bekanntschaft. Wie bei vielen verschlossenen Menschen muß man mit ihm warm werden, um seinen inneren Wert ganz kennen zu lernen. Abend für Abend habe ich mich, Ruhe und Erholung heischend, in seine Arme geworfen und bin immer gleich liebevoll aufgenommen worden. Nicht jedes Bett ist so wie du, meine säulenverzierte, behagenatmende Ruhestätte! Du ahnst nicht, wieviele elende Berufsgenossen jedes Schimpfwort eher verdienen als deinen das halbe Leben bedeutenden Namen!

Aber was seh' ich? Der Gedanke an die hervorragenden Eigenschaften meines Bettes hat mich in beinahe lyrische Stimmung versetzt. Nochmals sehe ich mich in meinem gastfreundlichen Zimmer um. Habe ich nicht doch eine oder die andere gute Eigenschaft übersehen oder vergessen? Richtig! Da hängen ja noch französische Lithographien mit Abbildungen aus dem Pferdeleben. Barock und witzig, launige Einfälle aus guter, alter Zeit, aus Kunst- und Sportliebhaberei geboren.

Nun bin ich mit der Schilderung meines Ferienfreundes zu Ende und kann nur hoffen, daß auch er mir keine schlechte Nachrede hält. Ich gab mir in den vier Wochen, die ich hier verbrachte, alle Mühe, seine Stimmungen zu berücksichtigen und ihm auch körperlich kein Leid zu tun. Ich habe ihm weder das helle Spiegelauge eingeschlagen, noch eine seiner Säulen oder Ecken verletzt. Noch einmal danke ich meinem wohnlichen Gastgeber, daß seine gleichmäßig, freundlichen Eigenschaften in den vier Wochen unseres Beisammenseins weder Grillen- noch Katerstimmung in mir aufkommen ließen. Ich scheide von ihm in der nicht unberechtigten Hoffnung, daß auch er mit einem nicht allzufernen frohen Wiedersehen rechnet!

Die Zeit
17./VIII.1919
17
103

Haftantrag gegen Bela Kun und Genossen.

Ein Ersuchen an die Wiener Polizeidirektion.

Budapest, 16. August. Die Kriminalabteilung der Budapester Oberstadthauptmannschaft hat an sämtliche Verwaltungs- und Polizeibehörden sowie an die Polizeidirektion in Wien folgendes Ersuchen gerichtet:

Ich ersuche Sie, die gewesenen Volksbeauftragten: 1. Bela Kun, 2. Eugen Landler, 3. Bela Vago, 4. Karl Vantus, 5. Eugen Hamburger, 6. Bela Szekely, 7. Siegmund Kunfi, 8. Georg Lukacs, 9. Desider Boganyi, 10. Rudolf Fidler, 11. Matthias Rakosi, 12. Josef Oganyi, 13. Bela Szanto, 14. Eugen Varga, 15. Zoltan Ronai, 16. Stephan Laday, 17. Wilhelm Böhm, 18. Julius Hevesy, 19. Heinrich Kalmar, 20. Moritz Erdely, 21. Artur Illes, ferner den gewesenen Präsidenten des Budapester Soldaten- und Arbeiterrates Stephan Biermann, welche der Verbrechen des Mordes, des Raubes, der Geldfälschung, der Verletzung der persönlichen Freiheit und der Verletzung des Wohnungsrechtes als Täter oder Anstifter mit Grund verdächtigt werden, im Sprengel ihrer Zuständigkeit suchen zu lassen, sie im Falle des Auffindens in Voruntersuchungshaft zu nehmen und hiervon die Oberstadthauptmannschaft telegraphisch zu verständigen.

Forderung nach Sequestrierung des Vermögens.

Budapest, 16. August. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Gegen die Funktionäre der Räteregierung wird das Verfahren eifrig fortgesetzt. Die Staatsanwaltschaft verfügte, daß die in Oesterreich befindlichen gewesenen Volkskommissäre einvernommen und das in ihrem Besitz vorgefundene, mehrere Millionen betragende und unrechtmäßig angeeignete Vermögen sequestriert werde. Zu diesem Behuf werden hohe Polizeibeamte nach Wien fahren.

Die verhafteten Volkskommissäre.

In Budapest befinden sich sämtliche gewesenen Volkskommissäre in Haft, und zwar der gewesene Volkskommissär für Heerwesen Haubrich, Volkskommissär für Aeußeres Peter Agoston, Volkskommissär für Ackerbau Georg Nieszlor, der Leiter des Landesamtes der Geistesprodukte Alexander Szabatos, Alexander Vinczer, ein leitendes Mitglied des Direktoriums der Hauptstadt, ferner der ehemalige Leiter des Wohnungsamtes Desider Somlo, der Leiter des Liquidierungsamtes für Religionsangelegenheiten Oskar Faber und endlich der Leiter des Volksamtes Moritz Szamek.

Ausdehnung des Massenprozesses.

Die Staatsanwaltschaft mußte infolge der Ausdehnung des Massenprozesses verschiedene Gruppen aufstellen. In die erste Gruppe gehören die vorerwähnten höchsten Funktionäre der Räteregierung. Die zweite Gruppe umfaßt die Leiter, Mitglieder und Anklagekommissäre der Revolutionsgerichte. Bei diesen spielte der gewesene Advokat Eugen Laszlo die Hauptrolle, der als Volkskommissär der Revolutionsgerichte fungierte. Dieser hielt sich mehrere Tage lang versteckt, meldete sich jedoch gestern freiwillig bei der Staatsanwaltschaft. Gleichzeitig mit ihm wurde der Präsident des Budapester Revolutionsgerichtes Nikolaus Kiß verhaftet, ferner der Vizepräsident des Revolutionsgerichtes Anton Hikado und der Leiter des Anklagekommissariats Arpad Trattner sowie die Kommandanten der Roten Wache.

Gegenstand einer besonderen Untersuchung werden die im Zusammenhng mit der Presse begangenen Delikte bilden.

Eine besondere Untersuchung wird die zum Schaden der Oesterreichisch-ungarischen Bank, der Postsparkasse und der hauptstädtischen Geldinstitute begangenen Delikte eruieren. Auch die Umtriebe in den hauptstädtischen Aemtern und in den Bezirksarbeiterräten werden eruiert. Eine besondere Gruppe wird sich mit den Terrorbuben, von denen etwa hundert verhaftet worden sind, befassen.

Auch Karolyi wird verfolgt.

Budapest, 16. August. Das Amtsblatt „Budapesti Közlöny" veröffentlicht in seinem nichtamtlichen Teile eine heftige Polemik gegen den Grafen Michael Karolyi, der in einem Interview erklärt hatte, Erzherzog Josef strebe ganz sicher nach der Krone; wenn in Ungarn das monarchistische Prinzip siege, werde man auch in Oesterreich dahin streben, den Erzherzog Otto auf den kaiserlichen Thron zu setzen. Das Blatt nennt diese Aeußerungen plumpste Unwahrheiten und erinnert daran, daß Karolyi in den letzten Oktobertagen vor Männern, unter denen sich auch Friedrich befand, auf Ehrenwort erklärte, er halte das Heer zur Verfügung des Prinzen Josef, und dieses sein Ehrenwort in der Weise gehalten habe, daß er das Heer Josef Pogany in die Hände spielte. Das Blatt schreibt sodann:

Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, wird Karolyi sehr bald Gelegenheit haben, den Versuch zu machen, vor der ungarischen öffentlichen Meinung die Verantwortung auf sich zu nehmen, die ihn wegen der Ruinierung seines Vaterlandes und wegen seiner sonstigen Taten belastet. Er wird wegen der verschwundenen Millionen vor das Gericht gestellt werden, und dann wird er sich auch hinsichtlich seiner Treulosigkeit äußern können. Bis dahin wird aber der Mann, der Ungarn ins Verderben und unser armes Vaterland den Bolschewiken in die Hände gespielt hat, gut daran tun, wenn er sich zurückzieht und sich in reuevollstes Schweigen hüllt.

Verhaftete Terroristen.

Budapest, 16. August. Dem Budapester Amtsblatt zufolge ist es gelungen, den berüchtigten Führer der Lenin-Buben Josef Cserny, der in den letzten Tagen des Juli aus Budapest geflüchtet war, und zwei seiner Genossen zu verhaften. Cserny hatte nach seiner Flucht aus Budapest in einzelnen Städten Transdanubiens versucht, die enttäuschten Anhänger der Diktatur zu neuer Kraftanstrengung anzuspornen.

Unter den in den letzten Tagen Verhafteten befinden sich weiter Zoltan Varda, der nach Janesik Oberkommandant der Roten Armee war, ferner der politische Bevollmächtigte der Roten Armee Franz Breznay, der als Präsident eines Revolutionstribunals vierzig Gendarmen hatte hinrichten lassen, und das Ehepaar Peczkay, das gemeinsam mit Tibor Szamuely an den Massenhinrichtungen in Kalocsa den Hauptanteil hatte.

Ein bolschewikischer Beutemacher.

Budapest, 16. August. Die Besitzungen des bayrischen Königshauses in Sarvar wurden aus der kommunistischen Verwaltung wieder übernommen. Aus dem Schlosse waren fast alle wertvollen Gegenstände weggeschleppt worden. Der Verwalter der Herrschaft, Dr. Siegmund Geiringer, der bereits unter Karolyi mit der Leitung der Herrschaft betraut worden war, hatte während eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes ein Vermögen von einer Million Kronen gesammelt. Jetzt wurde er auf Anzeige der Arbeiterschaft verhaftet und als Betrüger und gefährlicher kommunistischer Agitator dem Gerichte überwiesen.

Trübe Aussichten für Erzherzog Josef.

Saint-Germain, 16. August. Alle Blätter sind heute einig in der Ansicht, daß die Wiedereinsetzung der Habsburger keinerlei Aussicht habe und daß die Herrschaft des Erzherzogs Josef in Ungarn ihr Ende finden werde, noch ehe sie begonnen habe.

Reichspost

17./VIII. 1919

12.

104

auch durch die Volksabstimmung gezeichneten Richtlinie gewissenhaft; die Regierung sei meistens nicht diejenige, die am weitesten vorgehe, die Initiativen Gedanken und Taten wachsen aus dem Volke heraus. Deshalb können die Führer der Anschlußsache um einen Schritt weiter gehen als die Landesregierung und es bleibe ihnen überlassen, was sie weiterhin zu machen gedenken. Was das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs anbelangt, herrsche Einigkeit. Was aber den Anschluß an die Schweiz betreffe, so kennen die Führer der Bewegung die Stärke ihrer Sache im Volke selbst am besten.

*

Die Belgrader Krise.

Ein demokratisch-sozialistisches Kabinett in Sicht.

Belgrad, 15. August. (Korr.-Bur. Laibach.)

Die letzten Versuche zur Erreichung eines Einvernehmens zwischen den Radikalen und den Demokraten sind heute vormittag wegen der Stellungnahme der Radikalen in persönlichen Fragen und zur Agrarreform gescheitert. Protic erklärte, darauf zu bestehen, daß seine Forderungen ganz erfüllt würden und die Minister Voljak, Bulovic und Alaupovic aus dem Kabinett ausscheiden. Die Agrarreform müsse eingeschränkt werden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt und die Krise dürfte in den nächsten Tagen im Sinne eines demokratisch-sozialistischen Kabinetts gelöst werden, (wodurch neuerlich die katholischen Kroaten und Slowenen vor den Kopf gestoßen würden. D. R.)

Wie verlautet, sollen die Sozialdemokraten im neuen Ministerium drei Portefeuilles erhalten. Für diese kämen in Betracht: Korac, Kristan und Bukseg. Das Finanzministerium wird wahrscheinlich Milorad Draskovic übernehmen, während Trumbic Minister des Aeußern bleiben dürfte.

Die Bestrafung der Verbrechen der ungarischen Räteregierung.

Sämtliche gewesenen Volkskommissäre in Haft. — Bevorstehender Massenprozeß. — Der Anführer der Leninbuben in Haft.

Budapest, 16. August.

Die Kriminalabteilung der Budapester Oberstadthauptmannschaft hat an sämtliche Verwaltungen und Polizeibehörden sowie an die Polizeidirektion in Wien ein Ersuchen gerichtet, gegen 21 „Volksbeauftragte" und gegen den gewesenen Präsidenten des Budapester Soldaten- und Arbeiterrates Stefan Biermann, welche der Verbrechen des Mordes, des Raubes, der Geldfälschung, der Verletzung der persönlichen Freiheit und der Verletzung des Wohnungsrechtes als Täter oder Anstifter mit Grund beschuldigt werden, im Sprengel ihrer Zuständigkeit suchen zu lassen, sie im Falle des Auffindens in Voruntersuchungshaft zu nehmen und hievon die Oberstadthauptmannschaft telegraphisch zu verständigen.

Budapest, 16. August.

Gegen die Funktionäre der Räteregierung wird das Verfahren eifrig fortgesetzt. Die Staatsanwaltschaft verfügte, daß die in Deutschösterreich befindlichen gewesenen Volkskommissäre einvernommen und die in ihrem Besitze vorgefundenen mehrere Millionen betragenden und unrechtmäßig angeeigneten Vermögen sequestriert werden. Zu diesem Behufe werden hohe Polizeibeamte nach Wien fahren.

In Budapest befinden sich sämtliche gewesene Volkskommissäre in Haft: Der gewesene Volkskommissär für Heerwesen Haubrich, Volkskommissär für Aeußeres Peter Agoston, Volkskommissär für Ackerbau Georg Njißtor, der Leiter des Landesamtes der Geistesprodukte Alexander Szabatos, Alexander Vinczer, ein leitendes Mitglied des Direktoriums der Hauptstadt, ferner der ehemalige Leiter des Wohnungsamtes Desider Somlo, der Leiter des Liquidierungsamtes für Religionsangelegenheiten Oskar Feber und endlich der Leiter des Volksamtes Moritz Szamek.

Die Staatsanwaltschaft mußte infolge der Ausdehnung des Massenprozesses verschiedene Gruppen aufstellen. In die erste Gruppe gehören die vorerwähnten Funktionäre der Räteregierung. Die zweite Gruppe umfaßt die Leiter, Mitglieder und Anklagekommissäre der Revolutionsgerichte. Bei diesen spielte der gewesene Advokat Eugen Laszlo die Hauptrolle, der als „Volks-[illegible]missär" der Revolutionsgerichte fungierte. Dieser hielt sich mehrere Tage lang versteckt, meldete sich jedoch gestern freiwillig bei der Staatsanwaltschaft. Gleichzeitig mit ihm wurde der Präsident des Budapester Revolutionsgerichtes Nikolaus Kiss verhaftet, ferner der Vizepräsident des Revolutionsgerichtes Anton Hikado und der Leiter des Anklagekommissariates Arpad Trattner sowie die Kommandanten der Roten Wache.

Gegenstand einer besonderen Untersuchung werden die im Zusammenhang mit der Presse begangenen Delikte bilden.

Eine besondere Untersuchung werden die zum Schaden der Oesterreichisch-ungarischen Bank, der Postsparkasse und der hauptstädtischen Geldinstitute begangenen Delikte ergeben. Auch die Umtriebe in den hauptstädtischen Aemtern und in den Bezirksarbeiterräten werden eruiert. Eine besondere Gruppe wird sich mit den „Leninbuben", von denen etwa 100 verhaftet worden

Die Zeit
21./VIII. 1919
110

Eine Verbalnote an Ungarn in der westungarischen Frage.

Die deutschösterreichische Regierung hat beim ungarischen Außenminister Lovaszy eine Verbalnote überreicht, die die Antwort auf die am 17. d. überreichte Protestnote der ungarischen Regierung darstellt.

Die Note stellt zunächst fest, daß die deutschösterreichische Regierung sich seit dem Augenblicke der Auflösung der Monarchie allzeit bemüht hat, zwischen dem magyarischen und dem deutschösterreichischen Volke ein freundnachbarliches Verhältnis aufrechtzuerhalten, ohne Rücksicht auf die in Ungarn jeweils herrschende Staats- und Regierungsform. Ueberzeugt von der dauernden Interessengemeinschaft beider Nationalstaaten an der mittleren Donau hat die deutschösterreichische Regierung den Grundsatz festgehalten, jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates strengstens und sorgfältigst zu vermeiden, und sie hat jeden Annexionsversuch, ja selbst jeden Versuch, die öffentliche Meinung Deutschwestungarns durch amtliche Propaganda zu beeinflussen, unterlassen.

Die Note weist dann darauf hin, daß die Friedenskonferenz dem Standpunkt der deutschösterreichischen Regierung in der Frage Deutschwestungarns Rechnung getragen, und in ihrer Antwortnote vom 20. Juli den Entschluß kundgegeben hat, dieses Gebiet Deutschösterreich zuzusprechen. Die deutschösterreichische Republik betrachtet diesen von Vernunft und Gerechtigkeit diktierten Beschluß der Weltmächte als unabänderlich.

Gegenüber dem Hinweis der ungarischen Protestnote auf den peinlichen Eindruck, den die Entschließung Deutschösterreichs, die Ruhe und Ordnung in den deutschen Gebieten Westungarns mit deutschösterreichischen Sicherheitsorganen aufrechtzuerhalten, angeblich deshalb hervorgerufen habe, weil Deutschösterreich während des Terrors keine Intervention beschlossen hätte, betont die deutschösterreichische Regierung, daß sie grundsätzlich weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart eine Politik der Intervention betrieben hat noch in Hinkunft betreiben wird. Sie sorgt einfach für die Sicherheit und Ordnung im ganzen Umfange ihrer Verantwortlichkeit und überall dort, wo es das Wohl des eigenen Volkes erfordert. Demgemäß erwächst ihr die Pflicht zur Fürsorge, daß Westungarn nicht in letzter Stunde Requisitionen preisgegeben und in erschöpftem Zustande mit Deutschösterreich vereiniat werde. Ein Vorgehen der neuen ungarischen Regierung, vermöge dessen ohne Rücksicht auf die Intentionen der Pariser Friedenskonferenz, des obersten völkerrechtlichen Forums der Welt, magyarische Truppen nach Westungarn verlegt werden, ohne mit der künftigen Staatsgewalt das Einvernehmen herzustellen, müßte offenbar als ein unfreundlicher Akt gegen uns angesehen werden.

Die magyarische Volksrepublik befindet sich im Widerspruch zu den Erfordernissen unserer Zeit, wenn sie ein Recht zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über deutsche Gebiete in Anspruch nimmt und die Bewohner dieses Gebietes im Widerspruch zu den in aller Welt bekannten Tatsachen als „Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut" anspricht. Sie verkennt hiermit auch die Voraussetzung dauernder Freundschaft zwischen den beiden Nachbarvölkern.

Die Note wendet sich weiter gegen die geplante Besetzung Westungarns mit magyarischen Truppen unter dem Vorwand der Sicherung einer stufenweisen Erholung und besseren Zukunft und sieht darin die Absicht der ungarischen Regierung, das Dreiburgenland an der freien Entschließung und Abstimmung durch die Gewalt der Waffen zu behindern oder zumindest noch rasch vor der Abstimmung entscheidende Tatsachen zugunsten des nationalen Imperialismus zu setzen.

Zu der in der ungarischen Protestnote beanständeten Wendung von der chauvinistischen Gewaltsamkeit der magyarischen Truppen bemerkt die Note, daß sie von den gesicherten Erfahrungen eines halben Jahrhunderts eingegeben sei, die uns belehrt hätten, daß die von Franz Deak 1868 den nichtmagyarischen Völkern gemachten Zusagen nicht eingehalten und durch gewaltsame Unterdrückung ersetzt worden sind. Daher müsse es die ungarische Regierung begreiflich finden, daß das Zutrauen zur milden Behandlung der deutschen Bewohner dieses Gebietes durch magyarische Truppen sich nicht allzu rasch und auf die bloße Versicherung der gegenwärtigen Regierung hin einstellen könne.

Die ungarische Regierung beruft sich auf die bisherige Haltung Deutschösterreichs, das eine unbeeinflußte Volksabstimmung forderte. Deutschösterreich beharrt bei dieser Forderung, unsere Loyalität darf aber von keiner anderen Seite als erworbenes Recht behandelt werden, um Illoyalitäten darauf zu stützen, indem die Volksabstimmung durch Besatzungstruppen beeinflußt wird. Bei dem Entschluß unserer Regierung hat es sich nicht um eine militärische Besetzung, sondern um die Sicherung von Ruhe und Ordnung gehandelt. Die Volksabstimmung, auf der wir bestehen, soll stattfinden unter der Besetzung einer dritten, neutralen Macht.

Es handelt sich um eine entschiedene Sache, die nur den vollen rechtlichen Vollzug erwartet. Die deutschösterreichische Regierung vertraut darauf, daß auch die neue ungarische Regierung in freundschaftlicher Weise dabei bemüht sein wird, die Voraussetzung für eine dauernde gute Nachbarschaft der beiden Völker an der mittleren Donau zu schaffen und zu erhalten.

Der magyarische Terror in Deutsch-Westungarn.

Aus Fürstenfeld wird berichtet: Trotz der wahrscheinlich erfolgten Einsprache der Ententemissionen bei der Budapester Regierung dauern die Gewaltmaßnahmen der untergeordneten magyarischen Organe fort. Alle eruierbaren Teilnehmer an den Anschlußkundgebungen des letzten Sonntag werden unter Mißhandlungen brutalster Art eingezogen. Vor den auf ihre Brust gerichteten Bajonetten werden sie gefragt, ob sie für den Verbleib bei Ungarn stimmen wollen. Wenn sie dies tun, werden sie freigelassen und unter Gendarmerieaufsicht gestellt. Trotzdem lassen sich die Leute nicht einschüchtern und erklären frei, daß sie nach wie vor zu Deutschösterreich gehören wollen. Alle Gefängnisse Steinamangers sind überfüllt. Die Vertreter der 231 Gemeinden des Eisenburger Komitats, die den Anschluß an Steiermark vollzogen haben, haben sich an alle in Betracht kommenden Stellen der Entente und der Regierung von Wien gewendet, um die Einstellung aller Verfolgungen seitens der Budapester Regierung zu erreichen.

Strenge Grenzsperre seitens der Magyaren.

Aus Wiener-Neustadt wird berichtet: Leute aus dem Oedenburger Komitat, die von Neufeld nach Ebenfurth in Niederösterreich herüberkommen konnten, berichten, daß die Grenze jetzt nicht mehr passiert werden kann, da die Magyaren eine strenge Grenzsperre eingerichtet haben. Den Grenzdienst versehen Szekler Truppen, die bis zu den Zähnen bewaffnet und mit Handgranaten ausgerüstet, in gewalttätigster Weise vorgehen und sowohl verhindern, daß Leute von Deutschösterreich nach Westungarn gehen als auch, daß umgekehrt Bewohner Deutsch-Westungarns nach Deutschösterreich gehen. Ueberall wurde wieder die magyarische Sprache eingeführt und in den Aemtern darf nur magyarisch gesprochen werden.

Eine Deutsche Bauern- und Bürgerpartei in Ungarn.

Wie uns aus Budapest berichtet wird, werden im Lande unter den Deutschen Aufrufe mit der Aufforderung zum Beitritt zu einer Deutschen Bauern- und Bürgerpartei verbreitet, die den Zweck verfolgt, die nationalen Interessen der ungarländischen Deutschen zu pflegen und insbesondere die Autonomie für die Deutschen Ungarns zu erlangen.

Blutige Zusammenstöße zwischen ungarischen Truppen und Bevölkerung.

Aus Budapest wird unterm Gestrigen berichtet: Das rumänische Preßbureau meldet: Nach aus Varoszalonak hier eintreffenden Nachrichten ist es beim Einrücken der ungarischen Truppen, die die Stadt besetzen wollten, zwischen diesen und der Bevölkerung zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die ungarischen Truppen wurden gezwungen, die Stadt zu räumen und mußten sich nach Steinamanger zurückziehen.

Forderung nach Uebernahme der westungarischen Verwaltung.

Aus Graz, 20. d., wird uns telegraphiert: Veranlaßt durch die Entschließung der 213 Gemeinden Deutsch-Westungarns hat die Parteileitung des steirischen Bauernbundes, Dr. Klusemann, Wastian sowie der Landtagsabgeordnete Pichler, beim Landeshauptmann Dr. Rintelen vorgesprochen, um die Landesregierung zur sofortigen Uebernahme der gesamten Verwaltung Deutsch-Westungarns zu veranlassen. Die Abordnung besprach eingehend mit dem Landeshauptmann die Lage und beriet über die einzuleitenden Schritte.

*

Ein Dementi Dr. Bauers.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau ist zu folgender Mitteilung ermächtigt:

Nach einer Meldung des rumänischen Preßbureaus hätten die rumänischen Besatzungsbehörden in Budapest in den Archiven des ungarischen Ministeriums des Aeußern unter anderem auch ein Telegramm des ehemaligen deutschösterreichischen Staatssekretärs für Aeußeres Dr. Bauer an Bela Kun vorgefunden, in dem an diesen das Ersuchen gerichtet wird, alle auf die Waffenlieferungen Deutschösterreichs an Ungarn bezüglichen Akten zu vernichten. Diese Meldung ist vollständig unwahr. Dr. Bauer hat ein solches oder ähnliches Telegramm weder an Bela Kun noch an irgendeine Person oder irgendeine Stelle der ungarischen Räteregierung gerichtet. Während der Amtstätigkeit des Staatssekretärs Dr. Bauer ist niemals die staatliche Erlaubnis zur Lieferung von Waffen oder Munition an die ungarische Räteregierung gegeben worden.

Die Zeit 21./VIII. 1919

Rücktritt Josef Habsburgs?

Ein Koalitionskabinett in Sicht.

Budapest, 20. August. (Meldung der „Ungarischen Post".)

Heute abends verbreitete sich in politischen Kreisen das Gerücht, daß die Krise gelöst sei und daß bereits morgen die Einigung zwischen den Parteien erfolgen werde. Das Gerücht bewahrheitete sich. Den vereinten Bemühungen von ungarischen Politikern aus verschiedenen Parteien ist es gelungen, den Erzherzog Josef und seinen Anhang zu überzeugen, daß ein weiteres Festhalten an dem heutigen System den Interessen Ungarns nachteilig sein würde. Heute nachmittags gab nun Erzherzog Josef seine prinzipielle Bereitwilligkeit kund, eine Koalitionsregierung zu ernennen und sich dann der politischen Macht zu entledigen und den Ausgang der sofort auszuschreibenden Wahlen als Privatmann abzuwarten. Ausschlaggebend für diesen Entschluß war die Erwägung, daß die Zustimmung der Entente zu dem unter dem Namen des Prinzen Josef inaugurierten System nicht zu erlangen sei. Hierdurch ist die Bahn für die Bildung einer wirklichen Konzentrationsregierung auf breitester Grundlage frei geworden.

Die Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung haben begonnen, und da auf der Grundlage der Koalitionsidee die Parteiführer einer Einigung bereits sehr nahe waren, als der Putsch der Friedrich-Gruppe einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, konnte man heute den abgerissenen Faden wieder aufnehmen. Man hofft, daß, wenn der morgen in Budapest eintreffende Ernst Garami mit den heute zwischen Lovaszy, Vazsonyi und Peidl vereinbarten Abmachungen auch einverstanden ist, die Bildung der neuen Regierung und der Systemwechsel sehr bald erfolgen kann. Die neue Regierung wird ein formelles Koalitionsministerium sein. Man glaubt, daß die neue Regierung aus folgenden Mitgliedern bestehen werde: Präsidium und Ministerium des Aeußern — Martin Lovaszy (bürgerlicher Demokrat); Handelsminister — Ernst Garami (Sozialdemokrat); Finanzminister — Dr. Roland Hegedüs (der frühere langjährige Budgetreferent und derzeitige Direktor der Pester Ungarischen Kommerzialbank); Justizminister — Dr. Wilhelm Vazsonyi; Ackerbauminister — der Direktor des Bundes der Landwirte Julius Rubinek; Volkswohlfahrtsminister — der Sozialdemokrat Payer; Volksernährungsminister — der Sozialdemokrat Peidl, der Präsident der durch den Friedrichschen Putsch gestürzten sozialistischen Regierung. Als Staatssekretär im Ministerium des Aeußern wird Emanuel Buchinger, im Volksernährungsministerium Bernhard Kondor genannt, beide führende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

Der Wahltermin.

Budapest, 20. August. Heute hat ein Ministerrat stattgefunden, in dem beschlossen wurde, daß die Wahlen zur Nationalversammlung um den 20. September stattfinden sollen. In Angelegenheit der Durchführung der Wahlen wird der Ministerpräsident mit den Ententemissionen verhandeln.

*

Das monarchistische Abenteuer in Ungarn geht seinem Ende entgegen. Die Verhandlungen, welche in den letzten Tagen einerseits zwischen dem Führer der ungarischen Sozialdemokraten Garami und dem Doyen der hiesigen Ententemissionen Oberst Cuninghame, andererseits zwischen dem Minister des Aeußern Lovaszy und dem Budapester Ententevertreter geführt wurden, haben das Ergebnis gezeitigt, daß die Entente die Anerkennung des Regimes Erzherzog Josef entschieden ablehnt.

Auch die eigentliche politische Mission des Erzherzogs, die Vorbereitung einer politischen Föderation unter den Sukzessionsstaaten, ist bereits an dem einmütigen heftigen Widerstand der Nationalstaaten gescheitert. Der unglückselige Plan, durch ein solches föderatives Bündnis die Herrschaft der Habsburger wieder aufzurichten, die von der Schweiz aus in die ungarischen reaktionären Kreise getragen wurde, hat außer bei der im Trüben fischenden französischen Militärpartei nirgends Unterstützung gefunden. Am allerwenigsten in der Bevölkerung des Landes, die nur unter dem Druck des weißen Terrors die reaktionäre Regierung erduldet.

Die Regierung ist sich auch bereits darüber klar, daß sie ebenso wie unter den Arbeitern auch unter den Bürgern und Bauern auf keine auch nur nennenswerte Zahl von Anhängern rechnen kann und daß ihr als letztes nur noch erübrigt, einem ehrlich republikanischen Kabinette den Weg frei zu machen.

Im Auftrage des Kabinetts Friedrich hat der Minister des Innern Baron Perenyi neue Verhandlungen mit den Sozialdemokraten wegen Bildung einer Konzentrationsregierung begonnen. Zur Führung dieser Verhandlungen begibt sich heute Garami nach Budapest. An dem Standpunkt der Sozialdemokraten hat sich nichts geändert. Sie fordern den sofortigen bedingungslosen Rücktritt des Erzherzogs Josef und die Bildung eines Ministeriums, in welchem alle Parteien gleichmäßig vertreten sind, zur ehesten Durchführung reiner Wahlen.

Mit der Eröffnung der Verhandlungen mit Garami, der vom ersten Augenblick an mit unerbittlicher Zähigkeit daran festgehalten hat, daß, solange nicht Erzherzog Josef und sein monarchistischer Anhang in der Versenkung verschwunden sind, kein Sozialdemokrat in die Regierung eintreten dürfe, ist die Krise in vollem Umfange bereits ausgebrochen, und die Demission des „Verwesers" und des Kabinetts Friedrich ist stündlich zu erwarten.

Er sollte heute gekrönt werden.

Saint-Germain, 20. August. Der „Temps" äußert sich im Leitartikel neuerdings sehr mißtrauisch über die Person und die Politik des Erzherzogs Josef, der, wie das Blatt erwähnt, ursprünglich am heutigen Stephanstag von seinen Offizieren zum König von Ungarn gekrönt werden sollte, welcher Plan aber fallen gelassen worden sei. Das Blatt schreibt, daß der Erzherzog vor allem Zeit, Geld und Freunde zu gewinnen suche. Es sei die Frage, ob die Alliierten genau über die Verhandlungen unterrichtet wären, die zwischen der Oesterreichisch-ungarischen Bank und den Bevollmächtigten des Erzherzogs in Wien geführt würden. Seine militärischen Kräfte seien nicht sehr stark, aber er verfüge nach den letzten Nachrichten immerhin über 12.000 bis 14.000 Mann, für die er von den Alliierten Waffen verlange.

Keine Donauföderation.

Das Blatt schreibt weiter, daß man in Wien und auch anderwärts die Pariser Politik gegenüber dem Erzherzog mit Mißtrauen beobachte und daß man den Alliierten ein Programm zuschreibe, das angeblich zunächst zu einer Bestätigung des Erzherzogs als König von Ungarn und dann zu einem ähnlichen Vorgehen in Oesterreich, also zu einer Neuschaffung Oesterreich-Ungarns führen solle. Diese Nachrichten müßten energisch dementiert werden. Die Behauptung, daß man in Paris über die Donauföderation berate, sei der Wahrheit entgegengesetzt. Die französische Regierung habe niemals gedacht, daß eine Donaukonföderation möglich oder wünschenswert sei, und arbeite in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, für eine solche Kombination.

Der Brief des Ex-Kaisers Karl an Josef Habsburg.

Ein scharfes Dementi.

Lausanne, 19. August. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Das „Berliner Tageblatt" stellt durch seinen Wiener Korrespondenten fest, daß seine Nachricht über ein Schreiben des Ex-Kaisers Karl an Erzherzog Josef auch durch das offiziöse Dementi nicht berührt werde. Der Sekretär des Ex-Kaisers erklärt nunmehr, daß der Gewährsmann des Berliner Blattes gelogen habe; ein solcher Brief sei nie geschrieben worden.

Standrecht in Ungarn.

Budapest, 20. August. Die bereits gemeldete Verhängung des Standrechtes über Budapest wurde auf das ganze Land ausgedehnt.

Die Requirierungen der Rumänen.

Budapest, 20. August. Laut einer Verordnung des rumänischen Oberkommandos dürfen die rumänischen Truppen in Hinkunft nur im Wege der zuständigen ungarischen Behörden Requierierungen in Ungarn durchführen.

Kein Abzug der Rumänen.

TK Budapest, 21. August. (Priv.-Tel.) Das rumänische Preßbureau meldet: Die Nachricht, daß ein Teil der rumänischen Besatzungstruppen Budapest verlassen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die ganze rumänische Besatzung befindet sich noch in Budapest. Die Bildung einer interalliierten Polizeimacht in Budapest ist wohl beabsichtigt, doch ist der Abzug der rumänischen Truppen aus Ungarn noch nicht in Aussicht genommen.

Andrassy und Vazsonyi in Wien.

Z Budapest, 20. August. (Priv.-Tel.) Graf Andrassy und Dr. Vazsonyi, die in den letzten Tagen an zahlreichen politischen Beratungen teilnahmen, begeben sich heute nach Wien, um dort weitere Verhandlungen zu pflegen.

Die Zeit
22./VIII. 1919
112

Das rumänische Kommando gegen Josef.

Oeffentliche Desavouierung des Regimes Friedrich.

Z **Budapest**, 21. August. (Priv.-Tel.) Die Sensation des Tages ist ein Plakat, das die rumänische Kommandantur in den Straßen Budapests anschlagen ließ und vor dem sich die Passanten in großen Gruppen stauen, den Inhalt lebhaft kommentierend. Das Plakat ist ein scharfer Hieb gegen das derzeitige Regime in Budapest, dem darin vorgeworfen wird, daß alle Bemühungen der Rumänen, der Bevölkerung Lebensmittel zuzuführen, an der totalen Unorganisiertheit — das ist der Ausdruck der Kundmachung — der derzeitigen Regierung kläglich gescheitert sind. Die Rumänen haben Bahnen eröffnet, den Schleppverkehr auf der Donau wieder eingeführt, das Offenhalten der Lebensmittelladen bis 9 Uhr abends veranlaßt, alle Mühe war vergeblich. Weiter protestiert die Kundmachung energisch gegen die Verdächtigung, die rumänische Regierung habe die politische und die Preßfreiheit eingeschränkt und politische Verfolgungen veranlaßt. Die Verantwortung für solche Dinge trifft ausschließlich jene, die den Rumänen solche Dinge unterschoben haben. Das Publikum nimmt diese Plakate zum Anlaß ziemlich unverblümter Aeußerungen gegen die derzeitige Regierung, der allgemein vollständige Unfähigkeit vorgeworfen wird.

Bekräftigt wird die allgemeine Ansicht, daß das Verbleiben der gegenwärtigen Regierung ein Undina sei, durch die Nachricht, daß die Versailler Friedenskonferenz dem jetzigen Regime die Friedensbedingungen nicht übermitteln werde.

Keine Anerkennung des Standrechtes.

Eine andere, sehr kräftige Desavouierung des Kabinetts Friedrich erfolgte durch die heutige offizielle Verlautbarung der rumänischen Kommandantur, wonach das von der ungarischen Regierung verhängte Standrecht über das Land und die Stadt Budapest nicht zu Recht bestehe, da zu solchen Maßnahmen während der Besetzung ausschließlich das rumänische Kommando berechtigt sei.

Trotz dieser unhaltbaren Verhältnisse und unbekümmert um die schiefe Situation, in der sich das gegenwärtige Regime befindet, arbeitet die Regierung an den Vorbereitungen für die im letzten Drittel des Monats September in Aussicht genommenen Wahlen in die Nationalversammlung weiter. Das Wahlrecht, das als Oktroi gedacht ist, soll ein allgemeines, gleiches, geheimes, auch die Frauen einbeziehendes sein. Die Altersgrenze ist für das aktive Wahlrecht mit dem 24., für das passive mit dem 30. Lebensjahr festgesetzt und an die Kenntnis der Elementargegenstände gebunden.

Nach all dem ist es aber mehr als fraglich, ob die gegenwärtige Regierung dazu kommen wird, die Wahlen durchzuführen. Die Entente und Rumänien lehnen die Regierung des Erzherzogs Josef entschieden ab, und da das Land unbedingt auf das Wohlwollen dieser beiden Machtfaktoren angewiesen ist, dürften die Tage der Regierung gezählt sein.

Garami oder Wekerle.

Schon heute wird die Nachfolge lebhaft besprochen und man spricht einerseits von einem Kabinett Garami unter Beibehalt einiger der gegenwärtigen Minister, andererseits wird auch der Name Wekerle vielfach genannt. Eine andere Version, die nicht so ohneweiters von der Hand zu weisen ist, spricht davon, daß die Regierung Ungarns bis zu den Wahlen in die Nationalversammlung durch ein fünfgliedriges Direktorium geführt werden soll, das sich aus einem Vertreter der königlichen Kurie, der obersten Gerichtsbarkeit Ungarns, einem Vertreter des ungarischen Magnatenhauses, einem des Abgeordnetenhauses und aus je einem Vertreter der sozialistischen und der bürgerlichen Parteien zusammensetzen soll. Auch die Zustimmung der Ententevertreter zu einer derartigen Lösung der gegenwärtigen Krise soll bereits gesichert sein.

*

Die „Ungarische Post" meldet aus Budapest:

Der Führer der Sozialdemokraten Ernst Garami ist heute nachmittags in Budapest eingetroffen. Gestern und heute sind außerdem einige Herren in Budapest angelangt, die in Wien an den dort parallel mit den Budapester Unterhandlungen geführten Besprechungen mit den politischen Vertretern der Entente als Vertrauensmänner verschiedener Parteigruppen teilgenommen haben. Die Besprechungen in Wien ergaben die Feststellung, daß das durch die Regierung Friedrich repräsentierte System jene Unterstützung der Entente, die Erzherzog Josef in seinem am 9. d. an Clemenceau gerichteten Telegramm erbeten hat, nicht erhalten werde.

Die magyarisch-rumänische Entente gescheitert.

Saint-Germain, 21. August. Der „Temps" läßt sich über Zürich aus Wien melden, daß die geringe Unterstützung, die der Erzherzog Josef und Ministerpräsident Friedrich bei der Entente gefunden haben, den Plan der konservativen Kreise, eine enge Verbindung zwischen Ungarn und Rumänien herzustellen, wieder aufs Tapet gebracht habe. Im Sinne der Konservativen wäre es gelegen, eine magyarisch-rumänische Annäherung zum Kristallisationspunkt einer weiter ausgedehnten Entente zu machen, der auch Polen und unter Umständen auch Deutschösterreich angehören sollen und die sich gegen die Jugoslawen, Bulgaren, Ukrainer und Russen richten würde. Das Blatt fügt hinzu, daß dieser Plan weit von der Verwirklichung sei, da er auf den Widerstand der rumänischen und polnischen Demokraten stoßen müßte.

Der Prager Korrespondent des „Temps" berichtet zu dem gleichen Gegenstand, daß die rumänischen Wortführer der magyarisch-rumänischen Verbindung Bratianu und Diamandi sind, während in Budapest Graf Teleky für sie eintritt. Die Politik des beabsichtigten Blocks wäre ausgesprochen antisozialistisch.

Die Zeit 23./VIII. 1919
23
113

Josef denkt nicht an den Rücktritt.

Z **Budapest**, 22. August. (Priv.-Tel.) Die Situation ist nach wie vor ungeklärt. Noch immer schwirren Krisengerüchte in der Luft. Man spricht davon, daß die Regierung des Erzherzogs Josef gestern schon fest zur Demission entschlossen gewesen wäre, daß aber angesichts der gegenwärtigen verworrenen Lage der Dinge doch jene Minister im Kabinett die Oberhand behielten, die von einem Rücktritt nichts wissen wollen. Nach den von der Regierung verbreiteten und auch sicherlich auf Wahrheit beruhenden Informationen denkt Erzherzog Josef aber keineswegs an einen Rücktritt, sondern sein Kabinett arbeitet eifrig an der Vorbereitung der Wahlen und läßt sich davon auch nicht durch die Versagung der Anerkennung der Entente abbringen. Erzherzog Josef empfängt den ganzen Tag Besuche, um sich über die Situation zu informieren, und macht bei solchen Anlässen stets auch Aeußerungen über seine Position, die auf alles eher als auf Rücktrittsabsichten schließen lassen.

In einem Interview erklärte Erzherzog Josef heute:

„Wenn von einer Krise gesprochen wird, so tun das die, die eine solche heraufbeschwören wollen. Die Regierung geht unbekümmert um alle diese Dinge ruhig ihren Weg weiter auf das Ziel los, das von allen momentan das wichtigste ist: Die Vorbereitung der Neuwahlen. Die Durchführung der Wahlen ist so wichtig und notwendig, daß dagegen die Erlangung der Anerkennung unserer Regierung durch die Entente und die Uebermittlung der Friedensbedingungen zurückstehen müssen. Dafür ist nach den Wahlen noch immer Zeit und die Entente wird einer Regierung, die aus den Neuwahlen hervorgegangen ist, die Friedensbedingungen gewiß nicht mehr verweigern."

Erzherzog Josef und die Presse.

Heute empfing Erzherzog Josef den Präsidenten der Journalistenorganisation, Chefredakteur Markus, der ihm über die gegenwärtige Lage der Presse in Ungarn Mitteilungen machte. Markus erklärte, daß es momentan im Lande überhaupt keine Presse gebe. Ohne Presse sei aber ein Aufklärungsdienst, eine Beruhigung der Gemüter und eine Aeußerung der öffentlichen Meinung ausgeschlossen. Unter allen Umständen müsse die Presse in ihrer vollen Freiheit wiederhergestellt werden. Erzherzog Josef erwiderte hierauf, daß er damit einer Meinung mit dem Präsidenten der Journalistenorganisation sei, bemerkte aber, daß es unter den Journalisten eine Reihe von Leuten gegeben habe, die an der Heraufbeschwörung der gegenwärtigen Zustände nicht ganz ohne Schuld seien. Präsident Markus erklärte noch einmal, daß die Herstellung der Presse in Ungarn die erste Aufgabe der Regierung sein müsse, daß aber selbstverständlich diejenigen, die die Preßfreiheit mißbrauchten, strenge zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

Zwischen den Zeitungsherausgebern und der Regierung ist ein Konflikt entstanden, weil die Regierung das Rotationspapier der Verleger beschlagnahmt hat, was die Herausgeber als Eingriff in das Recht des Privatbesitzes bezeichnen.

Friedrich über die Lage.

Budapest, 22. August. Ministerpräsident Stephan Friedrich hat heute einen Redakteur des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus empfangen, dem er über die in der Wiener Presse verbreiteten Krisengerüchte, und im allgemeinen über die Lage der Regierung, folgende Erklärung abgab:

Die Frage, ob eine Krise besteht, kann ich nur dahin beantworten, daß es eine Krise nur in den Augen derer gibt, die ständig eine Krise herbeisehnen. Bis zum 20. September können sich wohl jene Politiker gedulden, die jetzt das Land um jeden Preis nach dem eigenen Rezept lenken wollen, denn am 20. September wird die Nation entscheiden. Jede Regierung, die im Wege der auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes angeordneten Wahlen zustandekommen wird, wird durch jeden ausländischen Staat anerkannt werden, denn in diesem Falle wäre die Nichtanerkennung absurd. Es hat keinen Sinn, daß einzelne Politiker ununterbrochen die hier weilenden Ententeoffiziere nach verschiedenen Richtungen hin zu beeinflussen suchen, denn hierdurch werden die ohnehin chaotischen Zustände noch schwieriger. Es gibt keine Krise, es kann nur von Ungeduld die Rede sein. Die Nation wird ihre Politiker wählen und ich bin überzeugt, daß die großen Koryphäen der Vergangenheit zum größten Teil kein Mandat erhalten werden.

Ob die Entente die Regierung anerkennt oder nicht, ist nicht die allerdringendste Frage, und es wird keine Katastrophe sein, wenn die sonst äußerst wünschenswerte Anerkennung sich bis zum 20. September verzögern wird. Was für ein Kabinett immer gebildet werden dürfte, die Intrigen würden nie ein Ende nehmen. All diesem können nur die Wahlen ein Ende machen.

Rücktritt des Verwesers nach den Wahlen.

Bezüglich der Person des Verwesers kann es keinerlei Beunruhigung geben. Das ungarische Landwirtevolk hängt so sehr an der Person des Verwesers, daß keine Rede davon sein kann, daß er sich vor den Wahlen zurückziehe. Der Verweser wird nach den Wahlen abdanken. Er wird sich zurückziehen und nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung nicht mehr fungieren. Betreffs der Staatsform wird bald nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung ein besonderes Plebiszit stattfinden. Die dummen, schreckenerregenden Gerüchte, als ob wir am Stephanstag den Verweser krönen wollen, sind nichts als böswillige Lügen.

Wohlwollen der Rumänen.

Von den Friedensverhandlungen ist noch nicht die Rede, denn selbst die Ernennung der Regierung ist bloß vom Gesichtspunkte der Friedensverhandlungen aus von Belang. Wir werden aber die Friedensverhandlungen selbst dann nicht versäumen, wenn die neue Regierung nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung zu Friedensverhandlungen eingeladen wird. Bis dahin können wir auch ohne Friedensverhandlungen existieren. Auch ist es nicht stichhaltig, daß die rumänische Besetzungsarmee der Regierung in welcher Hinsicht immer Schwierigkeiten in den Weg legen würde, denn das hier befindliche rumänische Militärkommando unterstützt die Bemühungen der Regierung mit dem größten Wohlwollen. Die Kommanden der Besetzungsarmee gehen in der korrektesten Weise vor.

Der Ministerpräsident bezeichnet sodann die Gerüchte über den weißen Terror und die Judenverfolgungen als übertrieben, und schloß mit der Bemerkung, daß die sogenannten Herren Politiker, die ihre weisen Ratschläge nicht bei der Regierung, sondern bei den Ententemissionen anbringen, nur wertlose Raketen loslassen.

*

Auflösung der Szegediner Regierung.

Budapest, 22. August. Der Ausschuß der 48er und Unabhängigkeitspartei hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der Desider Abraham über die Bildung und die Tätigkeit der Szegediner Regierung Bericht erstattete und erklärte, daß die Szegediner Regierung ihre Tätigkeit eingestellt habe, und alle ihre Organe und Truppen der Budapester Regierung zur Verfügung stelle.

*

Jugoslawien gegen Habsburg.

Eine Note an die Friedenskonferenz.

Laibach, 22. August. „Slovenec" meldet aus Belgrad: Der Präsident der jugoslawischen Delegation in Paris Paschitsch hat der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Erzherzog Josef und seine Umgebung stellen das Element des magyarischen Chauvinismus vor. Der Erzherzog ist ein Mitglied der Dynastie Habsburg, deren Haupt der gewesene Kaiser Karl war, der auf sein Herrscherrecht heute noch nicht verzichtet hat. Die Herrschaft des Erzherzogs Josef kann nichts anderes bezwecken als die Wiederherstellung der Autorität des Hauses Habsburg in den Donauländern. Dies würde aber für Jugoslawien und die anderen vom österreichisch-ungarischen Joch befreiten Völker eine Epoche ernster und größter Gefahr bedeuten. Im Jahre 1914 waren es die Habsburger, die durch ihre ungerechten Angriffe gegen die Serben den Weltkrieg hervorgerufen haben. Ihre Rückkehr würde auch die Rückkehr ihrer Verbündeten, der Hohenzollern, und damit jenes Regimes, das für den Weltkrieg verantwortlich ist, zur Folge haben. Deshalb erwartet das jugoslawische Volk, daß die Friedenskonferenz die Herrschaft des Erzherzogs Josef nicht anerkennen wird. Jugoslawien stellt zur Befolgung nachstehender Politik seine Mitwirkung zur Verfügung: Vor allem muß der ungarische Generalstab aufgelassen und das ungarische Heer, soweit es nicht zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung absolut notwendig ist, entwaffnet werden. Sodann soll eine Regierung eingesetzt werden, die den demokratischen Kreisen entnommen ist. Diese Regierung müßte unter ständiger Kontrolle der Verbündeten stehen, um Ruhe und Ordnung im Lande zu verbürgen.

*

Die Korruption des Kun-Regimes.

Z **Budapest**, 22. August. (Priv.-Tel.) Die Verhöre der Polizei mit den verhafteten Kommunisten und Terroristen fördern ein ungeheures belastendes Material zutage über die Art und Weise, wie die Räteregierung mit den Menschenleben und dem Nationalvermögen gewüstet hat. Es steht nunmehr fest, daß die Regierung Bela Kuns nicht weniger als 28 Millionen blauen Geldes nur dazu verwendet hat, um in Szegedin einen gegen die dortige Nebenregierung gerichteten Streik zu inszenieren. 44 Millionen Kronen wurden für die Förderung des Außenhandels in Ausgabe gestellt; da es aber erwiesen ist, daß während des Regimes Bela Kun nicht um einen Heller ausländische Ware eingeführt wurde, kann man sich vorstellen, welchen Zwecken diese ungeheuren Summen zugeflossen sind.

Reichspost
24./VIII. 1919
114

Morgenbl. allein: monatl. K 6.—
vierteljährlich . 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
bei täglich zweimaliger Zustellung
monatlich . . . . . K 8.—
vierteljährlich . . . . . 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.—
vierteljährlich . . . . . 27.—

Redaktion, Verwaltung, Druckerei: Wien, VIII. Strozzigasse Nr. 8, Fernsprecher 13870, 18082, 22641. Postsparkassenkonto Oesterreich 30656, Ungarn 8, Bosnien-Herzegowina 7744. — Stadtzweigstelle: I. Schulerstraße 11. Fernsprecher: 2926.

Anzeigen-Annahme: Wien, VIII. Strozzig. 8, Fernsprecher: 13870, 18082, 22641, Wien, I. Schulerstraße 11, Fernsprecher: 2926, 8374.
Drahtadresse: Heroldverlag Wien

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk.

Morgenbl. allein: monatl. K 6.—
vierteljährlich . 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 6.—
vierteljährlich . . . . . 26.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.—
vierteljährlich . . . . . 27.—
Bei täglich zweimaliger Postversendung
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich . . . . . K 8.70
vierteljährlich . . . . . 28.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatlich . . . . . K 9.80
vierteljährlich . . . . . 32.—

Für Deutschland:
Morgenblatt allein:
vierteljährlich . . . . . K 22.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
vierteljährlich . . . . . K 29.—

Nr. 317 | Wien, Sonntag, den 24. August 1919 | XXVI. Jahrgang

Rücktritt der Budapester Regierung.

Arbeiterräte und Staatsverwaltung.

Von Stadtrat Dr. Viktor Kienböck.

Unsere demokratische Republik ist nicht viel mehr als ein halbes Jahr alt. Das ist sehr wenig. Wem es mit positiven politischen Zielen für unser armes, schwergeprüftes Volk Ernst ist, der muß alles daran setzen, um die Grundlagen unseres neuen Gemeinwesens fester und fester im öffentlichen Vertrauen zu verankern. Hiezu gehört vor allem, daß wir uns von jedem Abenteuer fern halten. Unsere Politik sollte sich vor allen Elementen hüten, denen man es auf hundert Schritte ansieht, wie sehr sie auf irgend einen neuen Umsturz spekulieren, einen Umsturz, der zu einer kurzen Glorie für einige Personen führen würde, die Allgemeinheit aber sicher noch tiefer ins Unglück hineinreißen müßte. Insbesondere wer mit der Idee einer Räteregierung liebäugelt, sollte als Funktionär eines demokratischen Staates unmöglich sein.

Der weitaus größte Teil der deutschösterreichischen Bevölkerung schreckt vor jedem Experiment, vor allen gewalttätigen und gewaltsamen Schritten zurück. Dieses negative Bewußtsein ist allgemein. Was aber weniger allgemein ist, ist bisher leider die Erkenntnis, daß wir einer folgerichtigen Vertiefung der demokratischen Grundsätze noch sehr bedürfen, wenn uns verhängnisvolle weitere Umwälzungen erspart bleiben sollen. Die demokratischen Grundsätze erheischen Mitarbeit der Bevölkerung an allen Aufgaben des öffentlichen Lebens und zwar Mitarbeit an den neuen rein demokratischen, vom Gesetze gewiesenen Formen.

Wir müßten alle reges Interesse für die positiven Arbeiten der demokratischen Politik gewinnen und empfindlich sein für alles, was diese Arbeiten stören kann. Sie sind ja schwer genug.

Zu den Zielen, die unserer Politik gestellt sind, gehört in erster Linie die Ausarbeitung der Verfassung des neuen Staates. Diese Aufgabe ist die oberste der „konstituierenden" Nationalversammlung, sie hat ihr ja den Namen gegeben. In dem Hangen und Bangen um die Friedensbedingungen droht das fast in Vergessenheit zu geraten. Während im Deutschen Reich die grundlegende Arbeit der Verfassungsgebung schon geleistet ist, stehen wir noch vor den Anfängen. Unsere jetzige skizzenhafte Verfassung reicht auf die Dauer nicht aus. Das Verhältnis des Staates zu den Ländern ist unklar. Aber die Klärung schreitet nicht vor. Diese Lässigkeit schädigt den Gedanken der Demokratie. Sie gibt der gefährlichen, vergiftenden Vorstellung Raum, daß bei der Republik „doch nichts herauskomme". Anstatt die schaffenden Kräfte zu fördern, lähmen wir sie durch die Untätigkeit in einem so ausschlaggebenden Punkte.

Als zweitwichtigste Aufgabe obliegt dem Staat eine gründliche Reform der Verwaltung. Hier handelt es sich aber nicht darum, die eigentliche Staatsverwaltuug und die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden zu verknüpfen oder zu vereinheitlichen — ein Problem, dessen Lösung noch kaum eingeleitet wurde — sondern auch um die weitere Aufgabe, unsere höchst unzulängliche Verwaltung endlich zu verbessern. Die mangelnde Tüchtigkeit und mangelnde Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Oesterreich ist mit Recht als eine der Hauptursachen des Zusammenbruchs bezeichnet worden. Die Bureaukratie hat uns fast ausschließlich regiert und sie hat versagt. Der beste Wille und Fleiß vieler einzelner Beamter blieb in einem grundverfehlten System ohne Erfolg. Das ist aus Anlaß des Zusammenbruches oft und laut genug ausgesprochen worden. Ist es aber jetzt besser geworden? Geht man überhaupt ernstlich daran, Hand ans Werk der Verbesserung zu legen? Ist irgend etwas geschehen, um die schreiendsten Mängel abzustellen? Die Frage muß leider vereint werden. Die Aufgaben, die der Verwaltung hinsichtlich des Gewerbewesens, des Wohnungswesens, der Finanzverwaltung, des Ernährungswesens, des Verkehrs, der Bekämpfung des Schleichhandels usw. obliegen, werden nach wie vor äußerst mangelhaft erfüllt. Die gewissenhaften Kräfte in der Verwaltung spüren und sagen es selbst. Es ist sogar vielfach weit schlechter geworden als es früher war. Die Instanzen, die Kompetenzen häufen sich mehr und mehr, die Amtsräume werden zahlreicher als je, die Schwerfälligkeit wächst, die Lähmung jedes einzelnen Funktionärs durch zahlreiche andere nimmt zu, die Verordnungen türmen sich immer noch höher, der Geist der Verwaltung ist papierener als je. Mehr als jemals hat die Bevölkerung den Eindruck, daß dieser Wust an Aemtern in keiner Weise dem Wohl der Oeffentlichkeit dient, vielmehr jede vernünftige Maßregel unmöglich macht. Die Last, mit der das alles auf das Volk drückt, schwillt immer mehr an und droht uns zu erdrücken.

Hier liegt eine stete Quelle der Erbitterung für die weitesten Kreise. Aus dieser Stimmung sind die vielfachen Uebergriffe der Arbeiterräte zu erklären. Der theoretische Gedanke des Klassenkampfes hat gewiß auch bei uns manche Gläubige. Die in ihm ruhenden Gefahren sind nicht zu unterschätzen. Aber ein viel wirksameres Argument für die Tätigkeit der Arbeiterräte bietet die nur zu nahe liegende Kritik der bestehenden legitimen Verwaltung. Das Bedürfnis, mit den empörendsten Mißbräuchen des Schleichhandels, des Wuchers, der Verschwendung via facti aufzuräumen, spielt ganz gewiß eine Hauptrolle. Um nur irgendwie die in den Aemtern vermißte Energie zu ersetzen, tauchen alle diese neuen Organe auf. Weil die notwendige Reform ausbleibt, macht sich die Unzufriedenheit in ungeordneten Vorstößen der Arbeiterräte Luft. Wie verhält sich nun all dem gegenüber die herrschende sozialdemokratische Partei? Hat sie sich ernstlich zum Ziele gesetzt, die ihr zugefallene Macht zur Verbesserung der Verwaltung zu benützen? Hat sie einen Finger gerührt, um wirksame Abhilfe gegen die Mißstände unserer Verwaltung zu schaffen, über die sie zu einer Zeit lebhaft klagte, als sie noch viel weniger arg waren? Es wird schwer fallen, die Frage zu bejahen. Zumindest wird der Beweis für die Bejahung schwer sein. Die Sozialdemokratie scheint vielmehr bloß von der Neigung geleitet zu sein, dem Unwesen der Arbeiterräte weiteren Vorschub zu leisten. Statt die legitimen behördlichen Einrichtungen zu verbessern, ihre Energie dort zu stärken wo es not tut, läßt sie die Behörden und Aemter vor den Arbeiterräten zurückweichen, ihnen das Feld räumen. Ist das übler Wille oder Schwäche? Vielleicht bei manchen das eine, bei vielen das zweite.